

Herausgeber
 Statistisches Bundesamt

Verlag
 W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz

Inhalt	Seite
Aus diesem Heft	3
Textteil	
Sozialprodukt im Jahr 1986	5
Arbeitsstättenzählung 1987	15
Zu einigen aktuellen Aspekten der Forschung und Entwicklung im Statistischen Bundesamt	31
Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	37
Entwicklung der Einbürgerungen seit 1983	46
Außenhandel 1986	52
Güterbeförderung der Bundesrepublik Deutschland durch die Niederlande 1984	59
Aktienmarkt im Jahr 1986	67
Meldepflichtige Krankheiten 1985	74
Finanzplanung von Bund und Ländern 1986 bis 1990	79
Öffentliche Ausgaben für den Verkehr 1984	82
Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe 1984	92
Preise im Jahr 1986	100
Tabellentell	
Übersicht	1*
Statistische Monatszahlen	2*
Ausgewählte Tabellen	16*
Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.	

Contents	Page	Table des matières	Pages
In this issue	3	Dans ce numéro	3
 Texts		 Textes	
National product in 1986	5	Produit national en 1986	5
Census of non-agricultural local units, 1987	15	Recensement des établissements de 1987	15
Some topical aspects of research and develop- ment at the Federal Statistical Office	31	Quelques aspects actuels de la recherche et du développement à l'Office fédéral de la Statistique	31
Credit institutions in national accounts	37	Les instituts de crédit dans la comptabilité nationale	37
Development of naturalizations since 1983	46	L'évolution des naturalisations depuis 1983	46
Foreign trade, 1986	52	Commerce extérieur en 1986	52
Goods transport of the Federal Republic of Ger- many via the Netherlands, 1984	59	Transport de marchandises de la République fédérale d'Allemagne passant par les Pays-Bas en 1984	59
Stock market in 1986	67	Marché des actions en 1986	67
Cases of notifiable diseases in 1985	74	Cas de maladies à déclaration obligatoire en 1985 .	74
Financial planning of the Federation and the Laender, 1986 to 1990	79	Programme financier du Bund et des Laender de 1986 à 1990	79
Public expenditure for transport, 1984	82	Dépenses publiques pour le transport en 1984	82
Cost of labour in wholesale and retail trade, banking and insurance business, 1984	92	Coût du travail dans le commerce de gros et de détail, l'activité bancaire et de l'assurance en 1984	92
Prices in 1986	100	Prix en 1986	100
 Tables		 Tableaux	
Summary survey	1*	Résumé	1*
Monthly statistical figures	2*	Chiffres statistiques mensuels	2*
Selected tables	16*	Quelques tableaux sélectionnés	16*

Data relate to the Federal Republic; they include Berlin (West).

Les données se rapportent au territoire de la République fédérale; Berlin-Ouest y est inclus.

Aus diesem Heft

Sozialprodukt im Jahr 1986

Dieser Beitrag berichtet anhand erster vorläufiger Ergebnisse über die Entwicklung des Sozialprodukts im abgelaufenen Jahr. Damit stellt das Statistische Bundesamt — wie in den vorangegangenen Jahren — unmittelbar nach Abschluß des Berichtsjahres erste amtliche Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Verfügung. Die Angaben zeigen die Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen und konstanten Preisen, die Verteilung des Volkseinkommens, das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, die Ersparnis der inländischen Sektoren sowie die Einnahmen und Ausgaben des Staates.

Das Bruttosozialprodukt — der umfassendste Ausdruck für die von Inländern erbrachte wirtschaftliche Leistung — ist nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Sozialproduktsberechnung real von 1985 auf 1986 um 2,5 % gestiegen, also genauso stark wie von 1984 auf 1985. Die Zunahme der wirtschaftlichen Leistung beruhte sowohl auf der Verbesserung der Arbeitsproduktivität als auch auf einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen.

Die Verwendungsseite des Sozialprodukts ist 1986 vor allem durch die rückläufige reale Entwicklung der Exporte gekennzeichnet. Die Ergebnisse zeigen, daß in den beiden vorangegangenen Jahren die wesentlichen konjunkturellen Impulse von der Auslandsnachfrage ausgegangen waren. Der Anstieg der inländischen Nachfrage war dagegen deutlich höher als in allen vorangegangenen Jahren. An der Erhöhung der Inlandsnachfrage war vor allem der Private Verbrauch beteiligt.

Die Zunahme des Volkseinkommens war mit 6,3 % noch stärker als die des Sozialprodukts (+ 5,6 %). Von den beiden Komponenten des Volkseinkommens stiegen die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um rund 9½ % an und damit prozentual knapp doppelt so stark wie die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (+ 5 % gegenüber 1985).

Arbeitsstättenzählung 1987

Innerhalb der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987 nimmt die Arbeitsstättenzählung eine Sonderstellung ein. Während die anderen Zählungsteile hauptsächlich den Menschen in seinen gesellschaftlichen Bezügen betreffen, ist die Arbeitsstättenzählung dem Bereich der Wirtschaftsstatistik zuzuordnen. Sie erstreckt sich auf alle nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und damit auch auf Bereiche, die in den übrigen Wirtschaftsstatistiken überhaupt nicht oder nur lückenhaft erfaßt werden. Ihre Bedeutung liegt vor allem darin, daß sie zu einem einheitlichen Stichtag und nach einheitlichen Kri-

terien Informationen über die kleinsten Wirtschaftseinheiten, die Arbeitsstätten, bereitstellen kann. Hieran hat sich auch durch den Aufbau abgestimmter statistischer Erhebungssysteme für Teilbereiche der Wirtschaft in den 70er Jahren kaum etwas geändert. Die methodische Weiterentwicklung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, im Handel und Verkehr hat allenfalls den Charakter der Arbeitsstättenzählung als umfassende Rahmenerhebung starker in den Vordergrund treten lassen.

In diesem Beitrag wird zunächst auf die Stellung der Arbeitsstättenzählung im statistischen System und die wichtigsten Verwendungszwecke ihrer Daten eingegangen. Im zweiten Teil werden die methodischen Grundlagen, wie der Erhebungsbereich, die Erhebungs- und Darstellungseinheiten, die verwendete Systematik sowie das Erhebungsprogramm und die Ausgestaltung des Fragebogens, dargestellt. Auch werden die für bestimmte Bereiche vorgesehenen Sonderregelungen bei der Durchführung der Arbeitsstättenzählung erläutert. Anschließend wird auf Aufbereitung und Darstellung der Ergebnisse eingegangen. In einem Ausblick werden Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung der Arbeitsstättenzählung diskutiert. Die Wiedergabe des kompletten Fragebogens zur Arbeitsstättenzählung rundet die Darstellung ab.

Zu einigen aktuellen Aspekten der Forschung und Entwicklung im Statistischen Bundesamt

Die technologischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Bundesstatistik haben sich in den letzten Jahren besonders dynamisch entwickelt. Dies bedingt auch einen erhöhten Einsatz an Forschungs- und Entwicklungsleistungen des Statistischen Bundesamtes.

Vor dem Hintergrund der sich zum Teil sehr schnell ändernden Rahmenbedingungen soll der Aufsatz einen kurzen Überblick über die derzeitige Organisation sowie die Planung und Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Statistischen Bundesamt geben. Ferner werden die Vorhaben des laufenden Forschungs- und Entwicklungsprogramms aufgezeigt und kurz charakterisiert. Damit wird zugleich ein Überblick über die Vielseitigkeit der Arbeitsgebiete des Statistischen Bundesamtes und über den breitgefächerten Einsatzbereich seiner Forschungs- und Entwicklungsbemühungen gegeben.

Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Messung des Produktionswertes und der Wertschöpfung der Kreditinstitute bereitet in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen besondere Probleme, weil diese Institutionen die von ihnen erbrachten Dienstleistungen ganz über-

wiegend ohne ein spezielles Entgelt abgeben.

Im Zusammenhang mit den derzeit laufenden Arbeiten an der Revision der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen wird die Frage der Messung der Wertschöpfung der Kreditinstitute erneut diskutiert. Eine Reihe von Vorschlägen zur Neuformulierung der entsprechenden Regelungen in den internationalen Systemen wurde in den letzten Jahren vorgelegt und in verschiedenen Gremien erörtert. In diesem Aufsatz werden die Vorschläge in ihren Grundzügen dargestellt und konzeptionell beurteilt. In einer zusammenfassenden Würdigung wird ein Verfahrensvorschlag zur Übernahme in die revidierten Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen empfohlen.

Entwicklung der Einbürgerungen seit 1983

Die Zahl der Einbürgerungen ist seit 1983 rückläufig. Im Jahr 1985 haben 34 913 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, und zwar 21 019 oder 60 % aufgrund eines Rechtsanspruchs (größtenteils Einbürgerung von Aussiedlern aus den Ostgebieten des Deutschen Reichs und aus osteuropäischen Ländern) und 13 894 oder 40 % durch Ermessensentscheidung (Einbürgerung von Ausländern). Gegenüber dem Vorjahr betrug die Abnahme der Einbürgerungszahl etwa 8 %, 1984 hatte sie knapp 4 % betragen. Der Rückgang beruhte 1984 gegenüber 1983 ausschließlich auf einer Verringerung der Anspruchseinbürgerungen, im Zeitraum 1984 auf 1985 hat auch die Zahl der Ermessenseinbürgerungen abgenommen.

Im Hauptteil des Aufsatzes wird versucht, die Häufigkeit der Einbürgerung von Ausländern zu messen. Das Statistische Bundesamt berichtet über die hierbei angewandten Verfahren, bei denen insbesondere die Voraussetzungen für eine Einbürgerung (z. B. Staatsangehörigkeit des Ehepartners, Aufenthalts- und Ehedauer) zu berücksichtigen sind. Abschließend werden die Ergebnisse der Berechnung aufenthaltsdauer- und familienstandsspezifischer Einbürgerungsziffern dargestellt.

Außenhandel 1986

Das vorläufige Gesamtergebnis der amtlichen Außenhandelsstatistik für das vorangegangene Kalenderjahr wird jährlich im Januar-Heft dieser Zeitschrift dargestellt. Für 1986 ist insgesamt festzuhalten, daß der Außenhandel wie in den Jahren zuvor eine wesentliche Stütze der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland gewesen ist. Im Berichtsjahr wurden Waren im Wert von 414,2 Mrd. DM eingeführt und für 526,4 Mrd. DM ausgeführt. Damit lagen zwar die nominalen Werte der Einfuhr um 11 % und die der Ausfuhr um 2,0 % niedriger als im Vorjahr, dem Volumen nach, das heißt bei Bewertung der Mengen zu Durchschnittswerten des Jahres 1980 hatte sowohl die Einfuhr mit

+ 6,2 % als auch die Ausfuhr mit + 1,5 % gegenüber 1985 reale Zunahmen aufzuweisen.

Aufgrund der im Vergleich zur Ausfuhr stärkeren Abnahme der Einfuhr hat sich 1986 mit 112,2 Mrd. DM (nach 73,4 Mrd. DM 1985) der höchste nominale Ausfuhrüberschuß in der bisherigen Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland ergeben.

Güterbeförderung der Bundesrepublik Deutschland durch die Niederlande 1984

Anhand einer Auswertung der niederländischen Durchfuhrstatistik wird in diesem Beitrag dargestellt, welche Umschlagsverluste die deutschen Nordseehäfen 1984 durch die ebenfalls den Regelungen für den Binnenmarkt unterliegenden konkurrierenden niederländischen Nordseehäfen hinnehmen mußten. Von 58,9 Mill. t Gütern, die 1984 durch die Niederlande in die Bundesrepublik Deutschland verbracht wurden, wurden 58,5 Mill. t über See transportiert und hätten somit direkt in den deutschen Nordseehäfen angelandet werden können. Für die deutschen Nordseehäfen belief sich im gleichen Jahr der Güterempfang im grenzüberschreitenden Verkehr jedoch nur auf 39,3 Mill. t; demnach wurden rund 19 Mill. t Güter mehr über die Niederlande nach der Bundesrepublik Deutschland verbracht, als bei direkten Transporten die deutschen Häfen erreichten.

Aktienmarkt 1986

Der Rückblick auf das Börsenjahr 1986 zeigt gegenüber dem Vorjahr — im Verlauf des Jahres 1985 war der Index der Aktienkurse um 72,8 % angestiegen — eine vergleichsweise geringe Erhöhung des Kursniveaus. Der Index der Aktienkurse (30. 12. 1980 = 100) stieg von 284,7 am 30. Dezember 1985 um 5 % auf einen Stand von 298,8 am Ultimo 1986. Bezieht man jedoch die Börseneinführungen und die Kapitalerhöhungen mit ein, so ist das Ergebnis für 1986 positiver zu bewerten, als es die Indexerhöhung ausdrückt.

Meldepflichtige Krankheiten 1985

Grundlage für die Darstellung der Entwicklung der Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten und sonstigen meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten sind die Mitteilungen der behandelnden Ärzte an die Gesundheitsämter. Während die Angaben über die Erkrankungen an den nach dem Bundes-Seuchengesetz meldepflichtigen Infektionskrankheiten — abgesehen von den Tuberkuloseerkrankungen, die in tieferer Untergliederung nachgewiesen werden — nur gegliedert nach Art der Krankheit und Alter des Erkrankten nachgewiesen werden, stehen für die an Geschlechtskrankheiten erkrankten Personen auch Angaben über deren Geschlecht zur Verfügung.

Für das Jahr 1985 wurden den Gesundheitsämtern 85 717 Erkrankungsfälle an

einer nach dem Bundes-Seuchengesetz meldepflichtigen Krankheit mitgeteilt. In der Statistik der Geschlechtskrankheiten wurden 40 968 Erkrankungsfälle registriert.

Finanzplanung von Bund und Ländern 1986 bis 1990

Die Betrachtung der Finanzplanung basiert, was den Bund anbetrifft, für 1986 und 1987 auf der am 28. November 1986 verabschiedeten Fassung des Bundeshaushalts 1987. Der Darstellung des Zeitraums 1988 bis 1990 liegt der Finanzplan zugrunde. Die vorliegenden Daten der Länder sind den Finanzplänen entnommen.

1987 werden die Ausgaben des Bundes gegenüber 1986 um 1,9 % zunehmen, die Ausgaben der Länder werden um 3,4 % steigen. Für den Planungszeitraum 1988 bis 1990 rechnet der Bund mit einer Steigerung der Ausgaben um 3,2 % im Jahresdurchschnitt, die Länder rechnen mit um durchschnittlich 2,9 % höher liegenden Ausgaben.

Öffentliche Ausgaben für Verkehr 1984

Die öffentlichen Haushalte verausgabten 1984 insgesamt 43,3 Mrd. DM für den Straßen-, Schienen-, Schiffs- und Luftverkehr und beanspruchten damit 7,9 % der Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts (ohne Sozialversicherung und Krankenhäuser). Die Ausgaben konnten bei weitem nicht durch entsprechende Einnahmen in Höhe von 5,8 Mrd. DM abgedeckt werden, so daß allgemeine Steuermittel, insbesondere die Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuer, zur Finanzierung der Ausgaben herangezogen werden mußten. Neben diesen unmittelbaren Ausgaben und Einnahmen, die der Durchführung von Aufgaben im Verkehrswesen dienten, fanden darüber hinaus in den Verkehrsbereichen umfangreiche Ausgleichsleistungen zwischen den öffentlichen Haushalten statt, die eine Umverlagerung der finanziellen Belastungen der öffentlichen Haushalte zum Ziele hatten.

Der vorliegende Beitrag soll aufzeigen, wie die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur, die Erbringung von Verkehrsleistungen und die finanzielle Förderung des Verkehrswesens durch die öffentliche Hand zu diesen Ausgaben und Einnahmen geführt haben

Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe 1984

Auf Anordnung des Rates der Europäischen Gemeinschaften werden seit 1978 auch im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe alle drei Jahre Arbeitskostenerhebungen durchgeführt. Im System der Lohnstatistik ist diesen Erhebungen die Aufgabe gestellt, die Aufwendungen der Arbeitgeber für ihre Beschäftigten, darunter insbesondere Aufwendungen, die nicht Lohn darstellen, möglichst umfassend und detailliert

festzustellen und hierdurch auch die Berechnung personalwirtschaftlicher Kennzahlen, wie die „Personalnebenkosten“ und das „Entgelt für geleistete Arbeit“, zu ermöglichen.

Demnach beliefen sich die Kosten je Arbeitnehmer 1984 auf 43 800 DM im Handel und 63 200 DM im Bank- und Versicherungsgewerbe; hiervon entfielen im Handel rund 80 % und im Bank- und Versicherungsgewerbe 75 % auf die Löhne und Gehälter. Der Personalnebenkostenanteil am Gesamtwert betrug im Handel rund 40 % und im Bank- und Versicherungsgewerbe knapp 50 %.

Preise im Jahr 1986

In diesem jährlich erscheinenden Beitrag wird die Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1986 im Zusammenhang dargestellt. Dabei werden preisrelevante Vorgänge im Ausland und auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen im Inland in ihrer Auswirkung auf die Entwicklung der verschiedenen Preisindizes aufgezeigt.

Überwiegend negative Veränderungsraten machen das Jahr 1986 aus der Sicht der Preisstatistik zu einem herausragenden Jahr: Erstmals seit 1953 liegt die jahresdurchschnittliche Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung mit — 0,2 % im negativen Bereich, wobei dieser Index im Dezember 1986 sogar um 1,1 % unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats stand. Der Index der Großhandelsverkaufspreise verzeichnete 1986 mit — 7,4 % ebenfalls die stärkste negative Jahresveränderungsrate und erreichte im Dezember 1986 mit — 9,4 % die niedrigste jährliche Veränderungsrate seit Bestehen des Index im Jahr 1960. Auch der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, der im Jahresdurchschnitt 1986 um 3,0 % niedriger lag als 1985, weist mit — 4,9 % im November 1986 den niedrigsten Stand der jährlichen Veränderungsrate seit Beginn der Berechnung dieses Index im Jahr 1948 aus.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte endgültige Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des Produzierenden Gewerbes lag im November 1986 mit einem Stand von 114,2 (1980 = 100) um 0,4 % unter dem Stand des Vormonats und um 0,4 % höher als im November 1985.

Außenhandel

Im Dezember 1986 lag der Wert der Einfuhr mit 33,1 Mrd. DM um 11 % und der Wert der Ausfuhr mit 44,7 Mrd. DM um 0,8 % niedriger als im Dezember 1985. Im Zeitraum Januar/Dezember 1986 war die Einfuhr mit 414,2 Mrd. DM um 11 % und die Ausfuhr mit 526,4 Mrd. DM um 2,0 % zurückgegangen.

Ha/St.

Sozialprodukt im Jahr 1986

Vorbemerkung

Das Statistische Bundesamt hat — wie auch in den vorangegangenen Jahren — im Januar dieses Jahres erste vorläufige Sozialproduktergebnisse für das abgelaufene Jahr ermittelt. Auf Wunsch des Bundesministeriums für Wirtschaft, das sich im Jahreswirtschaftsbericht auf diese Angaben stützt, wurde der Termin für den Abschluß der ersten Sozialproduktsberechnung in diesem Jahr besonders früh festgesetzt, um die Vorlage im Kabinett schon Mitte Januar zu ermöglichen. Der frühe Zeitpunkt der Berechnungen bedingt, daß auf statistische Ausgangsdaten für den Dezember und bei zahlreichen Reihen auch für den November und weiter zurückliegende Monate verzichtet werden muß und daß die vorläufigen Ergebnisse größere Unsicherheiten in sich bergen als später vorgelegte Angaben, die sich auf vollständigeres statistisches Basismaterial stützen können.

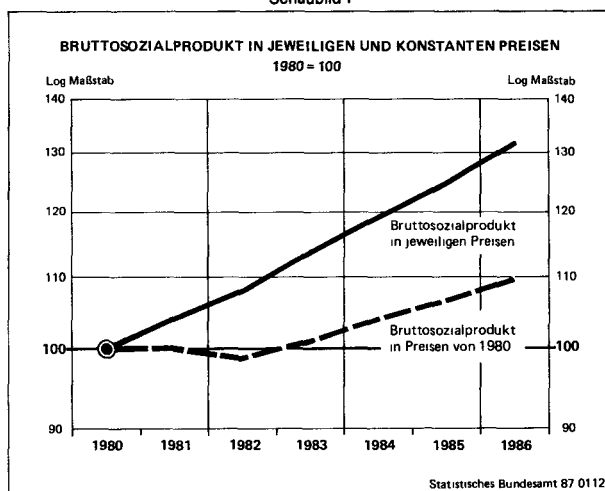
Die wichtigsten Ergebnisse der Sozialproduktsberechnung sind bereits am 7. Januar als Pressemitteilung sowie im „Statistischen Wochendienst“ 3/1987 veröffentlicht worden. Es sei darauf hingewiesen, daß die hier vorgelegten Angaben für das Jahr 1986 nicht mit den in „Wirtschaft und Statistik“ 9/1986 und im „Statistischen Wochendienst“ 49/1986 veröffentlichten Ergebnissen für das erste Halbjahr bzw. die ersten drei Vierteljahre 1986 vergleichbar sind, weil inzwischen neu angefallenes Ausgangsmaterial in die Ermittlung des Jahresergebnisses eingegangen ist, eine an sich erforderliche Neuberechnung der Vierteljahreszahlen jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden kann. Aus rechnerisch ermittelten Differenzen sollten deshalb keine Rückschlüsse auf die Entwicklung im zweiten Halbjahr oder im vierten Quartal 1986 gezogen werden.

Ausführliche Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die auf vollständigerem statistischen Basismaterial beruhen und auch Halb- und Vierteljahreszahlen einschließen, werden im März-Heft von „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht. Wichtige Vierteljahreszahlen der Sozialproduktsberechnung erscheinen — wie in den Vorjahren — bereits Anfang März im „Statistischen Wochendienst“.

Entstehung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt — der umfassendste Ausdruck für die von Inländern erbrachte wirtschaftliche Leistung — ist nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Sozialproduktsberechnung real von 1985 auf 1986 um 2,5 % gestiegen, also genauso stark wie von 1984 auf 1985. Damit haben sich die in der ersten Jahreshälfte 1986 aufgestellten Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung

Schaubild 1



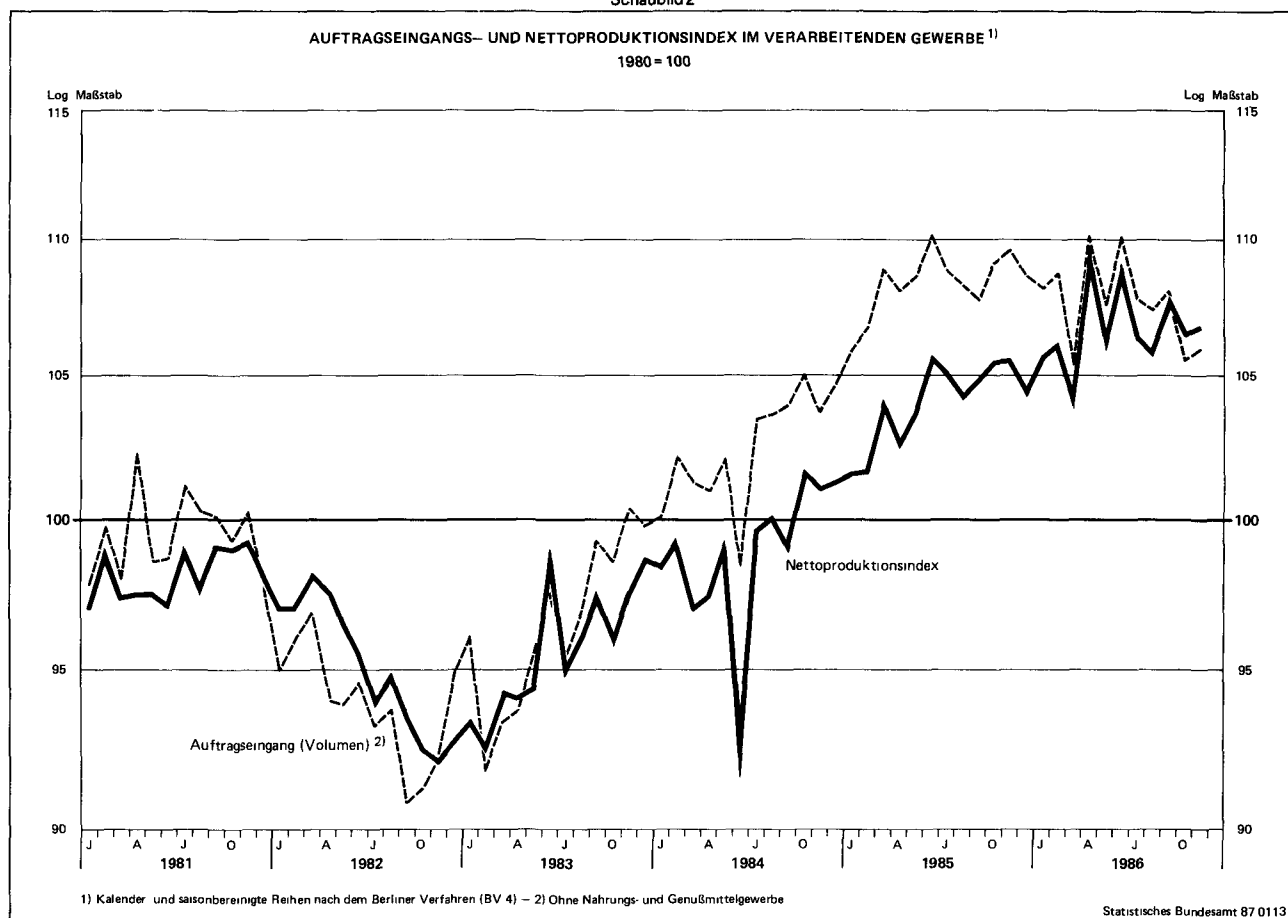
nicht ganz erfüllt. Die Bundesregierung und ein Teil der wirtschaftswissenschaftlichen Institute hatten für 1986 ein etwas höheres Wachstum (um 3%) erwartet. Bei der Beurteilung des 1986 erzielten wirtschaftlichen Wachstums sollte beachtet werden, daß die Absatzlage deutscher Waren auf den Weltmärkten infolge der Höherbewertung der D-Mark und des daraus folgenden verschärften Preiswettbewerbs schwieriger geworden ist. 1984 und 1985 waren von der Exportentwicklung noch starke Wachstumsanstöße ausgegangen.

In jeweiligen Preisen erhöhte sich das Bruttosozialprodukt 1986 um 5,6 % auf 1951 Mrd. DM, also deutlich stärker als in den vorangegangenen Jahren seit 1980. Schaubild 1 zeigt die Entwicklung der nominalen und realen Sozialproduktsgrößen seit 1980. Der im Vergleich zu 1985 gleich hohe Anstieg des realen Sozialprodukts bei beschleunigter Zunahme des nominalen Sozialprodukts im Berichtsjahr hängt mit der starken Verbesserung der Terms of Trade zusammen und führt rechnerisch zu einem höheren Sozialproduktsdeflator als in den beiden Vorjahren. Darauf wird im Zusammenhang mit der Darstellung der Verwendung des Sozialprodukts näher eingegangen.

Wie bereits erwähnt, mußte bei den vorgelegten Ergebnissen von recht unvollständigem statistischen Basismaterial, insbesondere für die letzten Monate, ausgegangen werden, so daß diese Angaben mit größeren Unsicherheiten behaftet sind als sonst in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen üblich. Die beobachtete Fehlermarge, gemessen an den Korrekturen, die die Ergebnisse jeweils im darauffolgenden September brachten, ist bei der Gesamtgröße des Sozialprodukts relativ gering. In den letzten zehn Jahren mußte die Zuwachsrate des Sozialprodukts in konstanten Preisen nur dreimal um mehr als einen Zehntelprozentpunkt korrigiert werden. Bei den einzelnen Aggregaten der Entstehungs- und Verwendungsseite des Sozialprodukts war der Korrekturbedarf dagegen etwas höher.

Die bei Abschluß der Berechnungen verfügbaren Indikatoren machen die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Monaten des Jahres 1986 schwierig. Fast alle Monatsangaben deuten für den Oktober und den November auf ein eher ungünstiges Ergebnis hin:

Schaubild 2



Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1986

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	September	Oktober	November
Verarbeitendes Gewerbe			
Umsatz (Volumen) ..	+ 2,5	- 1,6	+ 0,2
Index der Nettoproduktion ..	+ 4,7	+ 0,7	- 0,2
Auftragseingang (Volumen) ..	+ 2,2	- 2,7	- 5,2
Inland ..	+ 4,6	- 2,2	- 3,8
Ausland ..	- 1,9	- 3,7	- 7,0
Bauhauptgewerbe			
Geleistete Arbeitsstunden ..	- 0,4	- 2,9	..
Einzelhandel			
Umsatz ..	+ 5,9	+ 0,8	..
Warenausfuhr (Spezialhandel) ..	+ 1,2	- 2,1	- 4,5
Wareneinfuhr (Spezialhandel)	- 6,7	- 7,5	- 14,0

Weitere Angaben enthält der Tabellenteil dieses Heftes. Besonders unsicher waren bei Abschluß der Berechnungen die Schätzungen der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie des Umsatzsteueraufkommens; schwierig zu schätzen waren außerdem der Private Verbrauch, für den der Konsumklimaindex der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung in Nürnberg für September bis November sinkende Tendenzen, aber für den Dezember eine leichte Besserung meldete, und die Vorratsveränderung, für die zu diesem Zeitpunkt außer den Angaben aus den Ifo-Konjunkturtests noch jegliche Information fehlt. Schaubild 2 zeigt für das Verarbeitende Gewerbe, das einen Anteil von einem Drittel an der gesamten Bruttowertschöpfung hat, den Index der Nettoproduktion sowie den Auftragseingang (Volumen) und macht die besonderen

Schwierigkeiten deutlich, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung am Jahresende 1986 auftraten. Während 1984 und 1985 der Volumenindex des Auftrags-eingangs im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Nahrungs-mittel) saisonbereinigt ständig über dem Nettoproduktionsindex gelegen hatte, näherte sich der Auftragseingang in den letzten Monaten 1986 dem Nettoproduktionsindex und blieb im Oktober und November sogar darunter. Eine ähnliche Entwicklung war seit Mitte 1983 nicht mehr zu beobachten.

Die in die Berechnungen eingegangenen Schätzungen der Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche bzw. der einzelnen Aggregate der Verwendungsseite bedeuten in der Summe, daß — saisonbereinigt betrachtet — Stagnation des Sozialprodukts in Preisen von 1980 vom dritten zum vierten Vierteljahr unterstellt wird.

Wie die Ergebnisse in Tabelle 1 zeigen, hat sich das Bruttoinlandsprodukt ähnlich entwickelt (real + 2,5 %) wie das Bruttosozialprodukt (+ 2,5 %). Das Bruttoinlandsprodukt mißt die im Inland erbrachte wirtschaftliche Leistung und unterscheidet sich vom Bruttosozialprodukt um die per saldo von der übrigen Welt empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Dieser Saldo ist nach den zur Zeit verfügbaren Angaben 1986 um rund 1 Mrd. DM niedriger als 1985. Die geleisteten Kapitalerträge sind — u. a. aufgrund hoher Gewinnausschüttungen — recht kraftig gestiegen, während die aus der übrigen Welt empfangenen Kapitalerträge nur leicht den Vorjahreswert übertrafen. Auf die Einnahmen aus Kapitalerträgen wirkt

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttosozialprodukt

Jahr ¹⁾	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1980		
	Bruttoinlandsprodukt	Einkommen aus der übrigen Welt (Saldo) ²⁾	Bruttosozialprodukt	Bruttoinlandsprodukt	Einkommen aus der übrigen Welt (Saldo) ²⁾	Bruttosozialprodukt
Mill. DM						
1981	1 540 930	4 170	1 545 100	1 481 390	3 910	1 485 300
1982	1 597 920	— 820	1 597 100	1 471 830	— 830	1 471 000
1983	1 674 840	4 460	1 679 300	1 493 920	3 880	1 497 800
1984	1 754 310	8 790	1 763 100	1 534 870	7 530	1 542 400
1985	1 839 910	7 090	1 847 000	1 574 850	5 950	1 580 800
1986	1 944 510	6 090	1 950 600	1 614 710	4 990	1 619 700
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
1981	4,2	x	4,0	0,2	x	0,0
1982	3,7	x	3,4	— 0,6	x	— 1,0
1983	4,8	x	5,1	1,5	x	1,8
1984	4,7	x	5,0	2,7	x	3,0
1985	4,9	x	4,8	2,6	x	2,5
1986	5,7	x	5,6	2,5	x	2,5

1) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — 2) Aus der übrigen Welt empfangene abzüglich an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen

sich auch der hohe Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen aus.

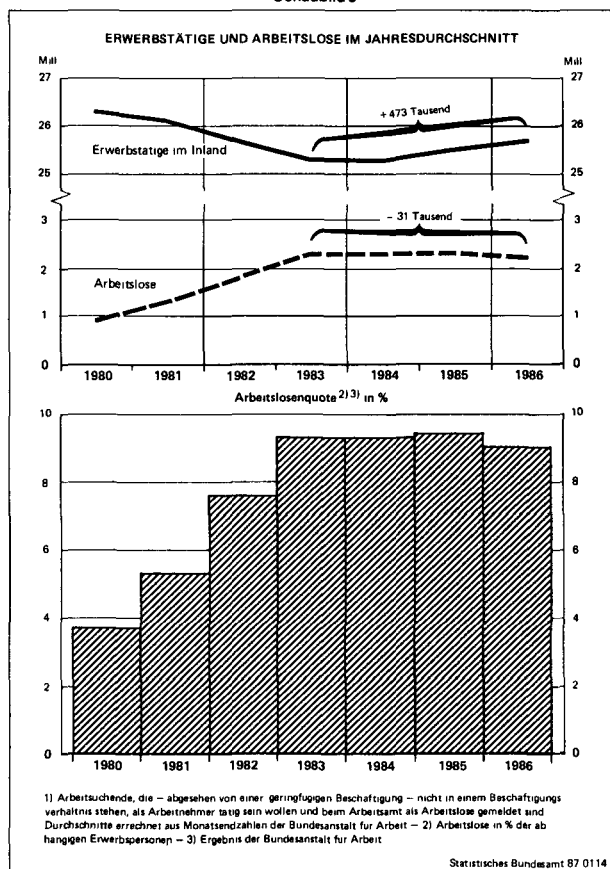
Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1980 beruhte sowohl auf der Verbesserung der Arbeitsproduktivität als auch auf einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen. Die Arbeitsproduktivität — gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen — nahm von 1985 auf 1986 um 1½ % zu, also schwächer als in den Vorjahren (siehe Tabelle 2). Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland im Jahresdurchschnitt 1986 um 263 000 Personen (+ 1,0 %) auf 25,75 Mill. Eine ähnliche prozentuale Zunahme war zuletzt 1980 (+ 1,1 %) zu verzeichnen, nur in den Jahren 1961 (+ 1,4 %), 1969 (+ 1,6%), 1970 (+ 1,3 %) und 1979 (+ 1,4 %) waren höhere Zuwachsraten zu beobachten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß es bei einem jährlichen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen zwischen 200 000 und 300 000 Personen noch eines langanhaltenden Aufschwungs auf dem Arbeitsmarkt bedarf, um die Arbeitslosigkeit wesentlich zu verringern. Von 1985 auf 1986 ist die Anzahl der Arbeitslosen per saldo nur

Tabelle 2: Erwerbstätige, Arbeitslose und Produktivität ¹⁾

Jahr ²⁾	Erwerbstätige im Inland		Arbeitslose	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980		
	insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer		insgesamt	je durchschnittlich Erwerbstätigen	
Durchschnitt in 1000			Mill DM	1970 = 100		
1981	26 092	22 817	1 272	1 481 390	131	133
1982	25 651	22 378	1 833	1 471 830	130	135
1983	25 272	21 998	2 258	1 493 920	132	139
1984	25 297	22 015	2 266	1 534 870	135	142
1985	25 482	22 188	2 304	1 574 850	139	145
1986	25 745	22 434	2 227	1 614 710	143	147
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
1981	- 0,7	- 0,6	43,1	0,2	0,9	
1982	- 1,7	- 1,9	44,1	- 0,6	1,1	
1983	- 1,5	- 1,7	23,2	1,5	3,0	
1984	0,1	0,1	0,4	2,7	2,6	
1985	0,7	0,8	1,7	2,6	1,9	
1986	1,0	1,1	- 3,3	2,5	1,5	

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je durchschnittlich Erwerbstätigen — 2) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis

Schaubild 3



um 77 000 Personen (— 3,3 %) zurückgegangen; im Jahresdurchschnitt 1986 waren immer noch 2,23 Mill. Personen arbeitslos. Schaubild 3 stellt anhand der jahresdurchschnittlichen Angaben dar, daß die Zahl der Erwerbstätigen von 1983 bis zum Berichtsjahr leicht um 473 000 Personen zugenommen hat. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit konnte allerdings dadurch nicht wesentlich abgebaut werden, von 1983 bis 1986 sank die Zahl der Arbeitslosen nur um 31 000 Personen. Daß die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen sich nicht in einer stärkeren Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen niedergeschlagen hat, liegt zum einen an der demographischen Entwicklung, die das Erwerbspersonenpotential vergrößert hat, zum anderen daran, daß zunehmend Personen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder sich arbeitslos melden, die vorher nicht als Arbeitslose gemeldet waren.

Die folgenden Ausführungen zur Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen gehen von der unbereinigten Bruttowertschöpfung aus. Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich, indem die Summe der unbereinigten Bruttowertschöpfung um die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen vermindert und um die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer (Aufkommen an Steuern vom Umsatz und einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen) sowie die vom Staat und von den Institutionen der Europäischen Gemeinschaften erhobenen Einfuhrabgaben (außer Einfuhrumsatzsteuer) erhöht wird.

Gemessen an der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen haben im Jahr 1986 alle in Tabelle 3 dargestellten zusammengefaßten Wirtschaftsbe-

reiche zum positiven gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftswachstum beigetragen. Vom Gewicht her am bedeutsamsten waren dabei die Zunahmen der Wertschöpfung im Warenproduzierenden Gewerbe sowie bei den Dienstleistungsunternehmen mit Zunahmen gegenüber 1985 um rund 2 bzw. 4 %. Im Vergleich zur wirtschaftlichen Entwicklung im Vorjahr fällt auf, daß sich — mit Ausnahme des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, der nach dem erntebedingten Rückgang im Vorjahr einen Zuwachs um 6 % erzielen konnte — in allen anderen hier dargestellten Wirtschaftsbereichen die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung etwas abgeflacht hat. Besonders deutlich wird diese Abflachung im Warenproduzierenden Gewerbe (mit einer Zunahme um 2 nach 3 % im Vorjahr). Dies ist hier insbesondere auf das stark exportabhängige Verarbeitende Gewerbe sowie auf die Entwicklung im Bereich Energiewirtschaft, Bergbau zurückzuführen; demgegenüber zeichnet sich beim Baugewerbe wieder eine leichte Besserung im Vergleich zu dem niedrigen Vorjahresniveau ab. Die wirtschaftliche Situation im Verarbeitenden Gewerbe verdeutlicht Schaubild 2. Als Nachfrageindikator wird der preisbereinigte Auftragseingangsindex dem Angebotsindikator Nettoproduktionsindex gegenübergestellt. Wie bereits erwähnt, hat in der Phase der Aufwärtsentwicklung seit Mitte 1983 die Kurve des Auftragseingangsindex deutlich über der des Nettoproduktionsindex gelegen. Im Verlauf des Jahres 1986 näherten sich die Kurven erstmals wieder stark einander an und trafen schließlich zusammen. Die Entwicklung im Bereich Handel und Verkehr fiel mit einer Zunahme um gut 2 % etwas schwächer als im Vorjahr aus, was vor allem auf die Lage in einigen Ver-

kehrsbereichen zurückzuführen ist, während insbesondere der Einzelhandel kräftig expandierte.

In jeweiligen Preisen gerechnet, erhöhte sich die Bruttowertschöpfung aller zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche in unterschiedlichem Maße (siehe Tabelle 3). In den meisten Wirtschaftsbereichen nahm die nominale Bruttowertschöpfung stärker zu, als das die kurzfristig verfügbaren statistischen Output-Indikatoren über Umsätze und Einnahmen signalisieren. Dies ist vor allem auf die durch die Wechselkurs- und Erdölpreisentwicklung bedingten Preisrückgänge insbesondere bei importierten Vorleistungsgütern zurückzuführen, die tendenziell zu einer Kostenentlastung und damit zu einem verstärkten Anstieg der nominalen Wertschöpfung der Unternehmen führte. Besonders ausgeprägt tritt dieser Effekt beim Verarbeitenden Gewerbe zutage; im gesamten Warenproduzierenden Gewerbe schlägt sich dies in einer Zunahme der nominellen Wertschöpfung um rund 7 % nieder. Deutlich überdurchschnittlich hat sich auch die nominelle Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen (+ 6 %) sowie im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+ 8½ %) entwickelt, womit im Agrarbereich aber der Rückgang im Vorjahr noch nicht vollständig ausgeglichen werden konnte. Demgegenüber fiel die Zunahme der Wertschöpfung im Bereich Handel und Verkehr wesentlich geringer aus (+ 1½ %); das hängt mit den teilweise starken Umsatzrückgängen in einigen Teilbereichen und dem starken Rückgang des Index der Großhandelspreise um rund 7 % zusammen. Die Zunahme der Bruttowertschöpfung des Staates (einschl. privater Haushalte und privater

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr ¹⁾	Bruttoinlands- produkt ²⁾	Bruttowertschöpfung					
		insgesamt ³⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenprodu- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungs- unternehmen	Staat, private Haushalte ⁴⁾
in jeweiligen Preisen Mill. DM							
1981	1 540 930	1 426 070	31 680	641 590	236 510	366 890	212 660
1982	1 597 920	1 481 730	36 340	656 980	243 730	397 690	220 460
1983	1 674 840	1 549 280	32 220	685 060	254 860	430 440	228 420
1984	1 754 310	1 621 820	34 800	710 210	267 300	459 250	234 330
1985	1 839 910	1 706 850	31 070	755 590	275 890	484 510	244 140
1986	1 944 510	1 808 250	33 650	809 450	280 240	513 870	257 130
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
1981	4,2	4,2	4,3	1,5	4,8	9,5	6,5
1982	3,7	3,9	14,7	2,4	3,1	8,4	3,7
1983	4,8	4,6	- 11,3	4,3	4,6	8,2	3,6
1984	4,7	4,7	8,0	3,7	4,9	6,7	2,6
1985	4,9	5,2	- 10,7	6,4	3,2	5,5	4,2
1986	5,7	5,9	8,3	7,1	1,6	6,1	5,3
in Preisen von 1980 Mill. DM							
1981	1 481 390	1 372 940	30 550	619 160	229 760	345 030	204 010
1982	1 471 830	1 365 840	36 010	601 960	226 890	351 950	206 180
1983	1 493 920	1 384 910	32 840	609 430	231 430	362 350	208 010
1984	1 534 870	1 425 120	35 590	621 580	240 410	377 190	211 000
1985	1 574 850	1 466 280	34 560	640 810	246 280	392 900	215 170
1986	1 614 710	1 503 260	36 580	654 290	251 580	408 680	219 280
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
1981	0,2	0,3	0,6	- 2,1	1,8	3,0	2,2
1982	- 0,6	- 0,5	17,9	- 2,8	- 1,2	2,0	1,1
1983	1,5	1,4	- 8,8	1,2	2,0	3,0	0,9
1984	2,7	2,9	8,4	2,0	3,9	4,1	1,4
1985	2,6	2,9	- 2,9	3,1	2,4	4,2	2,0
1986	2,5	2,5	5,8	2,1	2,2	4,0	1,9

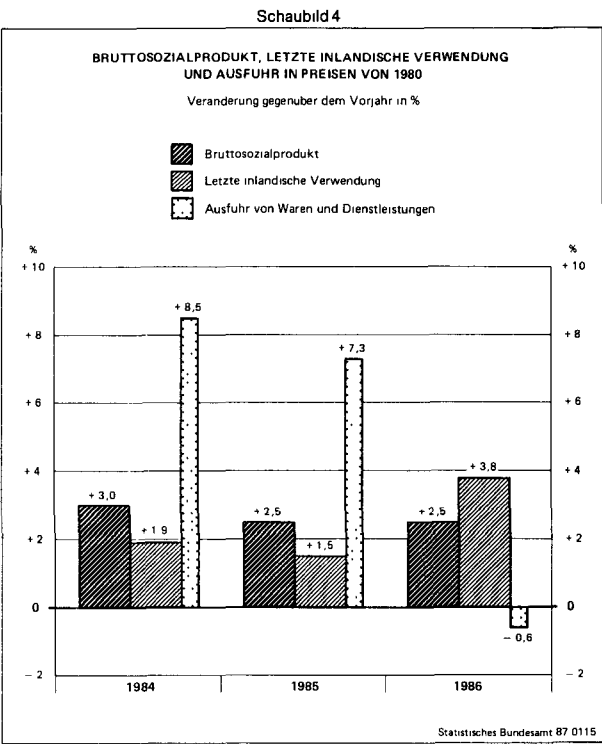
1) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — 2) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung insgesamt zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben — 3) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen — 4) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck

Organisationen ohne Erwerbszweck) lag auch 1986 wiederum deutlich über der des Vorjahres (rund 5½ %, nach 4 % im Vorjahr), sie blieb damit aber weiterhin hinter der Entwicklung des Unternehmenssektors (+ 6 %) zurück.

Verwendung des Sozialprodukts

Die Verwendungsseite des Sozialprodukts ist 1986 in Preisen von 1980 vor allem durch die rückläufige Entwicklung der Exporte gekennzeichnet. Die Ergebnisse in Tabelle 4 zeigen, daß in den beiden vorangegangenen Jahren die wesentlichen konjunkturellen Impulse von der Auslandsnachfrage ausgegangen waren. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen hatte von 1983 auf 1984 — in Preisen von 1980 gemessen — um 8,5 % oder 40 Mrd. DM und von 1984 auf 1985 um 7,3 % oder 37 Mrd. DM zugenommen. Im Berichtsjahr ging dagegen der Export real um rund ½ % oder 3½ Mrd. DM gegenüber 1985 zurück. Der Anstieg der inländischen Nachfrage war dagegen deutlich höher als in allen vorangegangenen Jahren seit 1979. Die letzte inländische Verwendung von Gütern (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch und Bruttoinvestitionen) stieg — wie Schaubild 4 zeigt — im Berichtsjahr um knapp 4 % (nach schwachen Zunahmen um 1,9 und 1,5 % in den beiden Jahren 1984 und 1985). Auch die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen nahm real weiter zu (+ 3 %), allerdings nicht mehr so stark wie in den beiden Vorjahren. An der Erhöhung der Inlandsnachfrage war — in Preisen von 1980 betrachtet — vor allem die kräftige Zunahme des Privaten Verbrauchs beteiligt, auf den mehr als die Hälfte der Güter der letzten inländischen Verwendung entfällt. Der Staatsverbrauch nahm geringfügig starker zu als in den beiden Vorjahren. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen real um 4½ %, die Bauinvestitionen um 2 %. Damit haben sich die Bauinvestitionen nach dem starken Rückgang im Vorjahr im Berichtsjahr wieder positiv entwickelt, allerdings beschränkt sich die Belebung der Bautätigkeit weitgehend auf den gewerblichen und öffentlichen Bau, die Nachfrage nach Wohnbauten blieb weiterhin rückläufig. Ein nicht unerheblicher Anteil an der Zunahme des Sozialprodukts entfällt auf den Lageraufbau. Zu diesem frühen Berechnungszeitpunkt sind nur sehr wenige Informationen über Vorratsbestände oder Lagerbewegungen verfügbar. Die ausgewiesenen Vorratsveränderungen werden als Differenz zwischen der Entstehungsrechnung des Sozialprodukts und der übrigen Aggregate der Verwendungsseite ermittelt. Eventuelle spätere Korrekturen schlagen sich deshalb meist auch in Berichtigungen der Vorratsveränderung nieder, die Aussagefähigkeit dieses Aggregats darf deshalb bei den ersten Berechnungen nicht zu hoch bewertet werden.

Das Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen ist — wie bereits erwähnt — deutlich stärker (+ 5,6 %) gestiegen als in den letzten Jahren. Das ist zum einen auf den kräftigen nominalen Anstieg der Inlandsnachfrage zurückzuführen (+ 4 %), zum anderen hat der Außenbeitrag um fast 35 Mrd. DM gegenüber 1985 zugenommen. Damit steht dem oben beschriebenen Rückgang des Außenbeitrags in konstanten Preisen eine starke Erhöhung des Außenbeitrags in nominaler Betrachtung gegenüber. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die nominal



stark rückläufigen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (— 8½ %), die in den beiden vorangegangenen Jahren noch beträchtlich (um 10,2 bzw. 6,9 %) zugenommen hatten. Dieser kraftige Rückgang der nominalen Einfuhr von 1985 auf 1986 hängt zum Teil mit den gesunkenen Preisen für Rohöl, Mineralölprodukte und andere Rohstoffe (zumeist auf Dollarbasis notiert), vor allem aber mit dem gestiegenen Außenwert der D-Mark zusammen. Die Preise für die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen gingen um über 11 % zurück. Bei den Ausfuhrpreisen war dagegen nur ein relativ schwacher Rückgang um 1½ % zu verzeichnen. Die Terms of Trade, die das Verhältnis der Entwicklung von Ausfuhrpreisen zu Einfuhrpreisen angeben, sind damit um 11 % gestiegen. Eine Verbesserung der Terms of Trade in diesem extremen Ausmaß drückt sich rechnerisch deutlich im Sozialproduktsdeflator aus:

Preisentwicklung				
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Jahr	Brutto-sozial-produkt	Letzte in-landische Verwendung	Terms of Trade	Terms-of-Trade-Effekt
1980	+ 4,8	+ 6,3	— 5,1	— 1,4
1981	+ 4,0	+ 5,6	— 5,0	— 1,5
1982	+ 4,4	+ 4,1	+ 1,0	+ 0,3
1983	+ 3,3	+ 2,9	+ 1,1	+ 0,3
1984	+ 2,0	+ 2,3	— 1,2	— 0,3
1985	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,2
1986	+ 3,1	+ 0,1	+ 10,9	+ 3,0

Die starke Verbesserung der Terms of Trade bedeutet, daß die Verbilligung der Einfuhren 1986 letztlich nicht in gleichem Maße wieder als Verbilligung der Ausfuhren an das Ausland zurückgegeben wurde, sondern zum großen Teil in Form von Preissenkungen bzw. relativ schwachen Preiserhöhungen und erweitertem Spielraum für die Einkommensverteilung im Inland zur Verfügung stand. Der Einfluß der Veränderung der Terms of Trade läßt sich als Relation zwischen der prozentualen Entwicklung des Sozialproduktsdeflators und der Preisentwicklung der Güter

der letzten inländischen Verwendung ausdrücken. Mit dem sogenannten Terms-of-Trade-Effekt kann gemessen werden, wieviel Prozentpunkte des Anstiegs des Sozialproduktsdeflators durch die Veränderung der Terms of Trade erklärt werden können. 1986 sind die Preise für die Güter der letzten inländischen Verwendung nahezu völlig stabil geblieben (+ 0,1 %), der Anstieg der Terms of Trade schlägt sich in einer Erhöhung des Sozialproduktsdeflators um 3,1 % nieder. Der Terms-of-Trade-Effekt betrug 3,0 %-Punkte¹⁾ (1985 + 0,2 %-Punkte). Auf Terms-of-Trade-Effekte, die Aussagefähigkeit der Preisentwicklung des Sozialprodukts und auf die Probleme der realen Kaufkraftmessung wird in einem gesonderten Aufsatz voraussichtlich im nächsten Heft dieser Zeitschrift eingegangen.

Der erwähnte Anstieg der inländischen Nachfrage um 4 % gegenüber 1985 beruht bei nominaler Betrachtung zu einem großen Teil auf der überdurchschnittlichen Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen. Die Ausrustungs-investitionen wurden gegenüber 1985 um 5½ % erhöht, also recht kräftig, aber — wie Tabelle 4 zeigt — deutlich weniger als im Vorjahr. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung ist daran zu erinnern, daß Ende 1983 die Frist für die Inanspruchnahme der Investitionszulage nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz vom Juni 1982 ausgelaufen war, was zu einem Vorzieheffekt von Investitionen im Jahr 1983 und zu niedrigeren Investitionen 1984 geführt haben dürfte, ferner auch daran, daß 1984 durch die Ar-

beitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie Ausfälle entstanden waren, so daß ein Teil der hohen Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 1985 (+ 11,8 %) auf Basiseffekte im Vorjahr zurückzuführen war. Die Bauinvestitionen, die von 1984 auf 1985 außergewöhnlich stark abgenommen hatten, haben im Berichtsjahr wieder zugenommen (+ 3½ % gegenüber 1985). Allerdings stagnierten die Investitionen — wie bereits erwähnt — im Bereich des Wohnungsbaus. Die Baugenehmigungen für Wohngebäude zeigen weiterhin eine rückläufige Tendenz. Stark zugenommen haben dagegen die Bauinvestitionen des Staates und der Unternehmen (ohne Wohnungsbau).

Der Staatsverbrauch hat sich mit einem Anstieg um 4½ % geringfügig stärker erhöht als 1985. Vom Gewicht her am bedeutsamsten war für diese Entwicklung die Zunahme der Einkommen aus unselbständiger Arbeit im öffentlichen Dienst (+ 5 %), die sich aus der Tarifanpassung um 3½ %, der Anhebung der allgemeinen Zulage und des Urlaubsgeldes für untere Einkommensgruppen sowie aus der Verbesserung des Ortszuschlages für kinderreiche Familien ergab. Stark erhöht wurden die Käufe des Staates von Gütern für die laufende Produktion im Bereich der Sozialversicherung (+ 5½ %), bedingt durch die kräftige Zunahme der Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung für soziale Sachleistungen. Die Käufe der Gebietskörperschaften für zivile Zwecke und die Käufe für Verteidigungszwecke nahmen nur relativ schwach zu (+ 3½ bzw. + 2½ %).

Der Private Verbrauch ist 1986 in laufenden Preisen prozentual schwacher gestiegen als 1985. In dieser

¹⁾ $(1,031 \cdot 1,001 - 1) \times 100 = 3,0$

Tabelle 4. Verwendung des Sozialprodukts

Jahr ¹⁾	Brutto-sozial-produkt	Letzte inländische Verwendung von Gütern									Außen-beitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	Nachrichtlich	
		insge-samt	Letzter Verbrauch			zu-sammen	Bruttoinvestitionen			Vorrats-ver-änderung		Aus-fuhr	Ein-fuhr
			zu-sammen	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch		zu-sammen	Anlageninvestitionen					
								zu-sammen	Aus-rüstungen				
in jeweiligen Preisen													
Mill DM													
1981	1 545 100	1 529 850	1 206 010	887 850	318 160	323 840	335 240	127 650	207 590	- 11 400	15 250	482 110	466 860
1982	1 597 100	1 559 630	1 244 240	918 050	326 190	315 390	326 890	124 900	201 990	- 11 500	37 470	517 540	480 070
1983	1 679 300	1 642 390	1 300 370	964 160	336 210	342 020	343 820	135 600	208 220	- 1 800	36 910	524 630	487 720
1984	1 763 100	1 712 800	1 353 070	1 002 840	350 230	359 730	354 630	137 580	217 050	5 100	50 300	587 970	537 670
1985	1 847 000	1 774 300	1 407 500	1 041 790	365 710	366 800	359 300	153 850	205 450	7 500	72 700	647 340	574 640
1986	1 950 600	1 843 290	1 462 540	1 079 490	383 050	380 750	375 150	162 220	212 930	5 600	107 310	633 870	526 560
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
in Mill DM											in %		
1981	4,0	2,8	5,9	5,6	6,8	- 7,4	- 0,2	0,2	- 0,4	- 25 200	18 220	14,2	9,8
1982	3,4	1,9	3,2	3,4	2,5	- 2,6	- 2,5	- 2,2	- 2,7	- 100	22 220	7,3	2,8
1983	5,1	5,3	4,5	5,0	3,1	8,4	5,2	8,6	3,1	9 700	- 560	1,4	1,6
1984	5,0	4,3	4,1	4,0	4,2	5,2	3,1	1,5	4,2	6 900	13 390	12,1	10,2
1985	4,8	3,6	4,0	3,9	4,4	2,0	1,3	11,8	- 5,3	2 400	22 400	10,1	6,9
1986	5,6	3,9	3,9	3,6	4,7	3,8	4,4	5,4	3,6	- 1 900	34 610	- 2,1	8,4
in Preisen von 1980													
Mill DM													
1981	1 485 300	1 448 660	1 139 670	836 380	303 290	308 990	319 690	121 810	197 880	- 10 700	36 640	456 730	420 090
1982	1 471 000	1 419 250	1 125 970	825 230	300 740	293 280	302 880	113 590	189 290	- 9 600	51 750	471 450	419 700
1983	1 497 800	1 451 980	1 141 040	839 600	301 440	310 940	312 440	119 900	192 540	- 1 500	45 820	468 810	422 990
1984	1 542 400	1 479 800	1 160 700	851 880	308 820	319 100	314 900	119 360	195 540	4 200	62 600	508 660	446 060
1985	1 580 800	1 502 110	1 182 410	866 930	315 480	319 700	313 900	130 530	183 370	5 800	78 690	545 600	466 910
1986	1 619 700	1 559 010	1 225 830	902 470	323 360	333 180	323 480	136 540	186 940	9 700	60 690	542 300	481 610
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
in Mill DM											in %		
1981	0,0	- 2,7	0,1	- 0,5	1,8	- 11,6	- 4,8	- 4,3	- 5,1	- 24 500	39 610	8,2	- 1,2
1982	- 1,0	- 2,0	- 1,2	- 1,3	- 0,8	- 5,1	- 5,3	- 6,7	- 4,3	1 100	15 110	3,2	- 0,1
1983	1,8	2,3	1,3	1,7	0,2	6,0	3,2	5,6	1,7	8 100	- 5 930	- 0,6	0,8
1984	3,0	1,9	1,7	1,5	2,4	2,6	0,8	- 0,5	1,6	5 700	16 780	8,5	5,5
1985	2,5	1,5	1,9	1,8	2,2	0,2	- 0,3	9,4	- 6,2	1 600	16 090	7,3	4,7
1986	2,5	3,8	3,7	4,1	2,5	4,2	3,1	4,6	1,9	3 900	- 18 000	- 0,6	3,1

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Entwicklung spiegelt sich der Preistrückgang um 0,5 % im Berichtsjahr wider (nach einem Preisanstieg um 2 % im Vorjahr). In Preisen von 1980 bewertet, nahm 1986 — wie bereits dargestellt — der Private Verbrauch sehr stark (+ 4 %) zu. Ein Preistrückgang des Privaten Verbrauchs (nach den Abgrenzungen und Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) war zuletzt 1953 zu verzeichnen gewesen. Zur rückläufigen Preisentwicklung des Privaten Verbrauchs haben vor allem die gegenüber 1985 niedrigeren Preise für Heizöl und Benzin beigetragen. Im Jahr 1986 gaben die privaten Haushalte für ihren Privaten Verbrauch fast 38 Mrd. DM mehr aus als 1985, davon allein über 12 Mrd. DM mehr für den Erwerb von Kraftfahrzeugen. Gleichzeitig sparten sie — vor allem aufgrund der günstigen Preise — im Vergleich zu 1985 rund 15 Mrd. DM an den Ausgaben für Energie und Benzin. Kräftig erhöht wurden nach den zur Zeit verfügbaren Informationen besonders die Ausgaben für Bildung, Unterhaltung, Freizeit, die Käufe von Nahrungsmitteln und Getränken sowie von Möbeln und Hausrat.

Der Außenbeitrag ist 1986 in jeweiligen Preisen um 35 auf 107 Mrd. DM gestiegen. Es wurde schon erläutert, daß diese Entwicklung ausschließlich auf die Verbesserung der Terms of Trade zurückzuführen ist: Die Importpreise sanken sehr viel stärker (— 11 %) als die Exportpreise (— 1½ %), dabei spielten sowohl die gesunkenen Weltmarktpreise für Rohöl und Mineralölprodukte (meist in US-Dollar fakturiert), aber auch für andere Rohstoffe, als auch der gestiegene Außenwert der D-Mark eine Rolle. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen nahm in jeweiligen Preisen von 1985 auf 1986 um 2 % ab. An diesem Rückgang war vor allem die Warenausfuhr beteiligt (— 2½ %), und hier wiederum die schwache Ausfuhr in die Nicht-EG-Länder, insbesondere in die Staatshandelsländer und die Entwicklungsländer (einschl. der OPEC-Länder), aber auch in die USA. Die Ausfuhr von Dienstleistungen ging nur um 1 % zurück. Der starke Rückgang der Einfuhr um 8½ % gegenüber 1985 resultiert ausschließlich aus der rückläufigen Entwicklung der Wareneinfuhr (— 11½ %). Dabei wirkt sich sowohl der Rückgang der Einfuhren aus EG-Ländern (Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Dänemark) als auch die stark verminderte

Einfuhr aus den OPEC-Ländern und aus den westlichen Industrieländern (ohne EG) aus. Die Einfuhr von Dienstleistungen blieb etwa auf dem Vorjahresniveau (+ 1 %).

Verteilung des Volkseinkommens

Wie im vorangegangenen Abschnitt dargestellt, ist — bei prozentual gleich hohem realen Wachstum des Sozialprodukts wie 1985 — das Brutto Sozialprodukt in jeweiligen Preisen 1986 stärker gestiegen als im Vorjahr. Die Zunahme des Volkseinkommens war mit + 6,3 % noch stärker als die des Sozialprodukts (+ 5,6 %), da sich sowohl der Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen als auch die Abschreibungen, die vom Sozialprodukt abgezogen werden, um das Volkseinkommen zu ermitteln, unterproportional veränderten. Tabelle 5 zeigt diesen Zusammenhang. Im längerfristigen Vergleich ist dieser Anstieg die höchste Zuwachsrate des Volkseinkommens seit 1979. Berücksichtigt man darüber hinaus noch, daß die Inlandspreise — gemessen am Preisindex der letzten inländischen Verwendung von Gütern — im Berichtsjahr nahezu stagnierten, in den siebziger Jahren dagegen Zunahmen zwischen 3½ und 8 % aufwiesen, so läßt sich für das Jahr 1986 der höchste Zuwachs der realen Kaufkraft des Volkseinkommens seit 1970 feststellen.

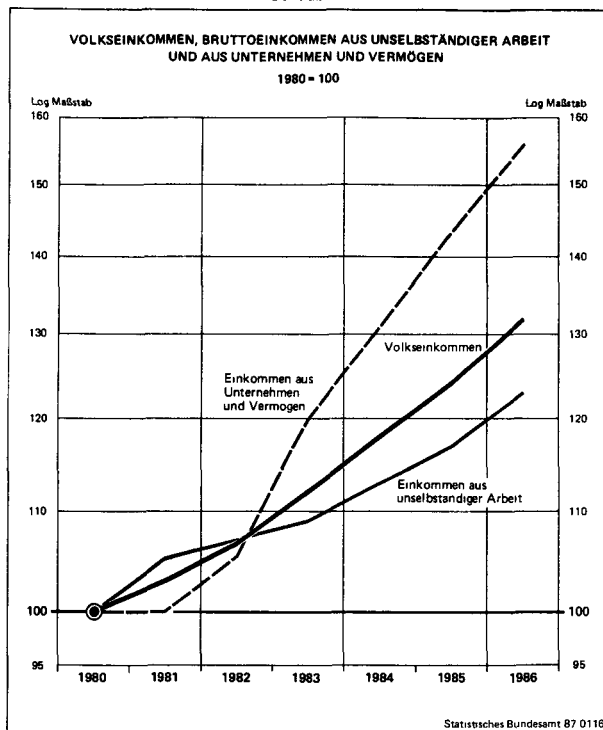
Von den beiden Komponenten des Volkseinkommens stiegen die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um rund 9½ % und damit prozentual knapp doppelt so stark an wie die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (+ 5 % gegenüber 1985). Schaubild 5 veranschaulicht die Entwicklung der beiden Einkommensarten seit 1980. Für beide Einkommensarten bedeuteten diese Zuwachsraten im Berichtsjahr eine Beschleunigung des Anstiegs im Vergleich zu den Erhöhungen im vorangegangenen Jahr. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit wiesen die stärkste Zunahme seit 1980 auf. Unter Berücksichtigung der im Zeitablauf sehr unterschiedlichen Preisveränderungen lag die reale Verbesserung der Lohneinkommen im Berichtsjahr in der Größenordnung, wie sie Anfang der siebziger Jahre zu verzeichnen gewesen war. Durch den weit überdurchschnittlichen Anstieg der Unternehmens- und Vermö-

Tabelle 5. Sozialprodukt und Volkseinkommen

Jahr ¹⁾	Brutto-sozial-produkt	Ab-schrei-bungen	Nettosozial-produkt zu Marktpreisen (Sp 1 – Sp 2)	Indirekte Steuern	Subven-tionen	Volkseinkommen			Nachrichtlich	
						insgesamt (Sp 3 – 4 + 5)	Bruttoeinkommen aus		Bruttoeinkommen aus	
							un-selbständiger Arbeit	Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	un-selbständiger Arbeit	Unternehmer-tätigkeit und Vermögen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Mill DM						% des Volkseinkommens				
1981	1 545 100	188 640	1 356 460	198 340	29 130	1 187 250	882 950	304 300	74,4	25,6
1982	1 597 100	201 110	1 395 990	201 890	29 420	1 223 520	902 520	321 000	73,8	26,2
1983	1 679 300	211 430	1 467 870	214 510	31 780	1 285 140	920 730	364 410	71,6	28,4
1984	1 763 100	221 500	1 541 600	226 240	36 250	1 351 610	952 850	398 760	70,5	29,5
1985	1 847 000	230 770	1 616 230	229 810	36 920	1 423 340	989 430	433 910	69,5	30,5
1986	1 950 600	239 440	1 711 160	237 550	39 540	1 513 150	1 038 650	474 500	68,6	31,4
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1981	4,0	8,6	3,4	2,6	– 4,6	3,4	4,6	0,0	x	x
1982	3,4	6,6	2,9	1,8	1,0	3,1	2,2	5,5	x	x
1983	5,1	5,1	5,1	6,3	8,0	5,0	2,0	13,5	x	x
1984	5,0	4,8	5,0	5,5	14,1	5,2	3,5	9,4	x	x
1985	4,8	4,2	4,8	1,6	1,8	5,3	3,8	8,8	x	x
1986	5,6	3,8	5,9	3,4	7,1	6,3	5,0	9,4	x	x

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis

Schaubild 5



genseinkommen ging die Lohnquote, definiert als Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, 1986 erneut zurück, und zwar auf 68,6 %. Dies ist der niedrigste Wert seit 1970 (68,0 %). Ihren bisher höchsten Stand hatte die Lohnquote im Jahr 1981 mit 74,4 % erreicht.

Innerhalb der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit hat die Brutto Lohn- und -gehaltsumme — diese ergibt sich nach Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitgeber von den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit — um ebenfalls 5,0 % zugenommen. Dieser Anstieg setzt sich aus einer Erhöhung der Durchschnittsverdienste um 3,8 % und einer Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 1,1 % zusammen. Im Vorjahr waren die Durchschnittsverdienste um 2,9 % und die Zahl der Arbeitnehmer um 0,8 % gestiegen. Die Nettolohn- und -gehalt-

summe, die sich nach Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer von der Brutto Lohn- und -gehaltsumme ergibt, stieg im Berichtsjahr um 5,2 %, also etwas stärker als die Brutto Lohn- und -gehaltsumme. Ausschlaggebend hierfür war die unterproportionale Zunahme der Lohnsteuer (siehe Tabelle 6), in der sich die zu Beginn des Berichtsjahres in Kraft getretene Steuerentlastung nach dem Steuersenkungsgesetz 1986/88 widerspiegelt. Einen im Vergleich zur Brutto Lohn- und -gehaltsumme stärkeren Anstieg der Nettogröße hat es vor 1986 zuletzt 1979 gegeben.

Bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dürften sich 1986 nach den bisher vorliegenden, noch sehr unvollständigen Informationen die den privaten Haushalten und dem Staat zufließenden Vermögenseinkommen schwächer und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit — hierbei handelt es sich um die Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie um die unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit — stärker als die Gesamtgröße entwickelt haben.

Für die komplette Darstellung des Wirtschaftskreislaufs mit vollständigen, sektoral untergliederten Angaben über empfangene und geleistete Nettoeinkommen, laufende Übertragungen, das verfügbare Einkommen, die Ersparnis und Vermögensbildung fehlen zu diesem frühen Berechnungstermin noch ausreichend sichere statistische Ausgangsdaten. Lediglich für die Ausgaben und Einnahmen des Staates und die Übertragungen zwischen inländischen Sektoren und der übrigen Welt liegen schon relativ genaue Angaben vor. In den beiden folgenden Abschnitten wird deshalb nur auf das verfügbare Einkommen und die Ersparnis der inländischen Sektoren zusammen sowie auf die Einnahmen und Ausgaben des Staates eingegangen.

Verfügbares Einkommen und Ersparnis der Sektoren

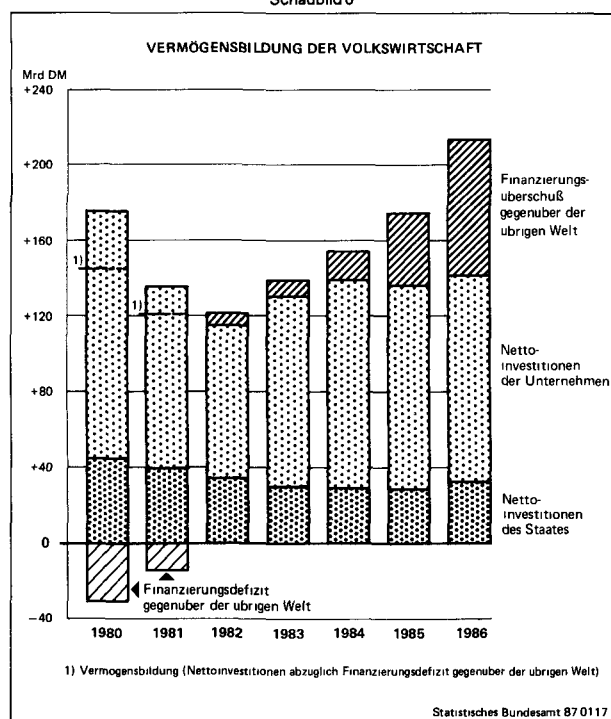
Das verfügbare Einkommen der inländischen Sektoren stieg von 1985 auf 1986 um 6 % auf 1 680 Mrd.

Tabelle 6: Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Jahr ¹⁾	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ²⁾	Bruttolohn- und -gehaltsumme	Abzüge			Nettolohn- und -gehaltsumme	Nachrichtlich	
				insgesamt	Lohnsteuer ³⁾	Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer		Brutto-lohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer monatlich	Netto-lohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer monatlich
Mill DM				DM					
1981	882 950	163 550	719 400	213 590	116 290	97 300	505 810	2 621	1 843
1982	902 520	167 730	734 790	223 950	121 750	102 200	510 840	2 729	1 897
1983	920 730	174 970	745 760	232 130	126 770	105 360	513 630	2 818	1 941
1984	952 850	184 380	768 470	245 770	134 850	110 920	522 700	2 901	1 973
1985	989 430	192 760	796 670	261 890	144 920	116 970	534 780	2 984	2 003
1986	1 038 650	202 410	836 240	273 490	149 680	123 810	562 750	3 098	2 085
Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %									
1981	4,6	6,0	4,2	5,2	3,8	7,0	3,8	4,9	4,5
1982	2,2	2,6	2,1	4,9	4,7	5,0	1,0	4,1	2,9
1983	2,0	4,3	1,5	3,7	4,1	3,1	0,5	3,2	2,3
1984	3,5	5,4	3,0	5,9	6,4	5,3	1,8	3,0	1,7
1985	3,8	4,5	3,7	6,6	7,5	5,5	2,3	2,9	1,5
1986	5,0	5,0	5,0	4,4	3,3	5,8	5,2	3,8	4,1

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören z. B. Beiträge für die Altersversorgung der Beamten, Beiträge in Höhe der Aufwendungen der Arbeitgeber aufgrund betrieblicher Ruhegeldverpflichtungen und im Fall von Krankheit, Unfall u. a. — ³⁾ Ohne Lohnsteuer auf Pensionen, vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage

Schaubild 6



DM. Ausschlaggebend für die im Vergleich zur Entwicklung des nominalen Bruttosozialprodukts (+ 5,6 %) stärkere Zunahme des verfügbaren Einkommens war der schwache Anstieg der Abschreibungen und der Rückgang der per saldo an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen (siehe Tabelle 7). Von der Zunahme des in der Volkswirtschaft insgesamt verfügbaren Einkommens um rund 95 Mrd. DM wurden nur rund 55 Mrd. DM zur Erhöhung des letzten Verbrauchs (+ 4 %) verwendet, die Ersparnis der Volkswirtschaft wurde gegenüber 1985 um rund 40 Mrd. DM (+ 23 %) aufgestockt. Von der Ersparnis der Volkswirtschaft wird per saldo ein geringer Teil in Form von Vermögensübertragungen an die übrige Welt geleistet, der Rest der Ersparnis stellt die Vermögensbildung der inländischen Sektoren dar. Tabelle 8 gibt einen Überblick über die gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung und ihre Verwendung. Im Berichtsjahr nahm die Vermögensbildung der Volkswirtschaft (214 Mrd. DM) wie die Ersparnis um 23 % zu, vom Gesamtbetrag der Vermö-

Tabelle 7: Verfügbares Einkommen und Ersparnis der inländischen Sektoren

Jahr ¹⁾	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Laufende Übertragungen von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen der inländischen Sektoren	Letzter Verbrauch	Ersparnis der inländischen Sektoren
Mill. DM					
1981	1 356 460	- 27 710	1 328 750	1 206 010	122 740
1982	1 395 990	- 28 950	1 367 040	1 244 240	122 800
1983	1 467 870	- 26 260	1 441 610	1 300 370	141 240
1984	1 541 600	- 31 980	1 509 620	1 353 070	156 550
1985	1 616 230	- 31 830	1 584 400	1 407 500	176 900
1986	1 711 160	- 31 470	1 679 690	1 462 540	217 150
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1981	3,4	x	3,2	5,9	- 17,6
1982	2,9	x	2,9	3,2	0,0
1983	5,1	x	5,5	4,5	15,0
1984	5,0	x	4,7	4,1	10,8
1985	4,8	x	5,0	4,0	13,0
1986	5,9	x	6,0	3,9	22,8

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis.

gensbildung entfielen 141 Mrd. DM auf die Sachkapitalbildung (Nettoinvestitionen) und 73 Mrd. DM auf die Geldkapitalbildung (Finanzierungssaldo). Damit hat der Finanzierungsüberschuß gegenüber der übrigen Welt stark zugenommen. Schaubild 6 zeigt, daß vom Anstieg der Vermögensbildung gegenüber 1985 (40 Mrd. DM) der überwiegende Teil, nämlich 35 Mrd. DM auf den Nettoforderungszuwachs gegenüber der übrigen Welt entfielen. Der Finanzierungssaldo der inländischen Sektoren gegenüber der übrigen Welt stieg von 38 Mrd. DM im Vorjahr auf 73 Mrd. DM im Berichtsjahr. Ausschlaggebend für diese außergewöhnliche Zunahme des Finanzierungssaldos war der bereits beschriebene starke Anstieg des Außenbeitrags um fast 35 Mrd. DM auf 107 Mrd. DM. Die Nettoinvestitionen der Volkswirtschaft wurden ebenfalls erhöht, sie stiegen um 4 % (5½ Mrd. DM). Der Rückgang der Nettoinvestitionen, der 1985 sowohl im Unternehmenssektor als auch im staatlichen Bereich zu verzeichnen war, hat sich im Berichtsjahr nicht fortgesetzt. Die Kreditaufnahme des Staates war per saldo 1986 etwa genauso hoch wie 1985 und mit 20 Mrd. DM — wie im Vorjahr — geringer als die Nettoinvestitionen. In den Jahren 1981 bis 1984 hatte die staatliche Kreditaufnahme die Nettoinvestitionen zum Teil weit übertroffen. Auf die Einnahmen und Ausgaben des Staates, aus denen sich der Finanzierungssaldo ableitet,

Tabelle 8: Vermögensbildung in der Volkswirtschaft

Mill. DM

Jahr ¹⁾	Vermögensbildung ²⁾			Nettoinvestitionen			Finanzierungssaldo ³⁾		
	insgesamt	Private Sektoren ⁴⁾	Staat	insgesamt	Unternehmen	Staat	gegenüber der übrigen Welt	Private Sektoren ⁴⁾	Staat
1981	120 220	137 330	- 17 110	135 200	95 660	39 540	- 14 980	41 670	- 56 650
1982	120 180	138 670	- 18 490	114 280	80 290	33 990	5 900	58 380	- 52 480
1983	138 640	151 120	- 12 480	130 590	100 770	29 820	8 050	50 350	- 42 300
1984	153 900	158 420	- 4 520	138 230	109 070	29 160	15 670	49 350	- 33 680
1985	174 120	164 910	9 210	136 030	106 990	29 040	38 090	57 920	- 19 830
1986	214 280	202 080	12 200	141 310	109 230	32 080	72 970	92 850	- 19 880
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
1981	- 24 980	- 6 740	- 18 240	- 40 660	- 36 100	- 4 560	15 680	29 360	- 13 680
1982	- 40	1 340	- 1 380	- 20 920	- 15 370	- 5 550	20 880	16 710	4 170
1983	18 460	12 450	6 010	16 310	20 480	- 4 170	2 150	- 8 030	10 180
1984	15 260	7 300	7 960	7 640	8 300	- 660	7 620	- 1 000	8 620
1985	20 220	6 490	13 730	- 2 200	- 2 080	- 120	22 420	8 570	13 850
1986	40 160	37 170	2 990	5 280	2 240	3 040	34 880	34 930	- 50

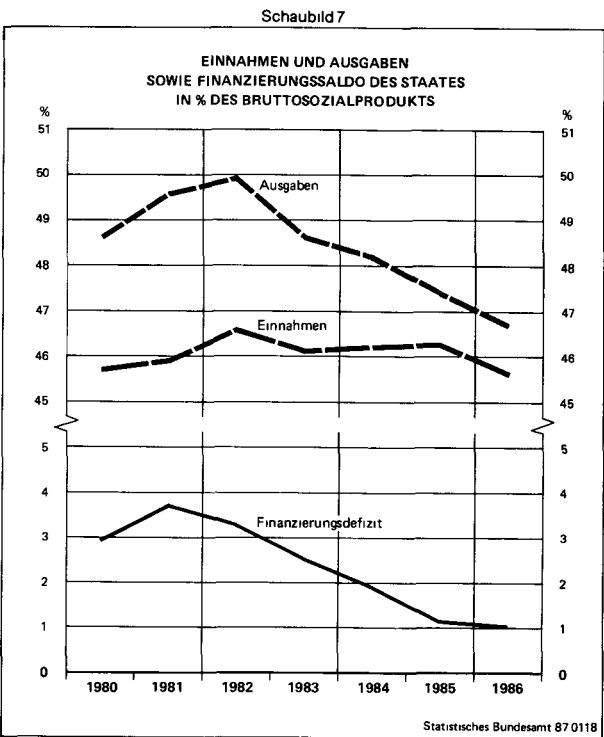
¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Ersparnis zuzüglich der per saldo empfangenen Vermögensübertragungen — ³⁾ Veränderung der Forderungen abzüglich Veränderung der Verbindlichkeiten — ⁴⁾ Unternehmen, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck

wird im folgenden Abschnitt eingegangen. Der Finanzierungssaldo der privaten Sektoren (Unternehmen, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck) hat sich von 58 Mrd. DM im Jahr 1985 auf 93 Mrd. DM im Berichtsjahr erhöht, wobei nach dem derzeitigen Erkenntnisstand der größte Teil dieser Zunahme aus einem kräftigen Anstieg der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen resultieren dürfte.

Einnahmen und Ausgaben des Staates

Die gesamtwirtschaftliche Situation des Staates (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) war im Jahr 1986 durch einen nahezu gleich starken Anstieg von Einnahmen (rund + 4 %, nach + 4,9 % 1985 und + 5,3 % 1984) und Ausgaben (+ 4 %, nach + 3,0 % 1985 und + 4,0 % 1984) gekennzeichnet. Das Finanzierungsdefizit des Staates blieb dadurch unverändert gegenüber dem Vorjahr bei knapp 20 Mrd. DM. 1981 hatte das staatliche Finanzierungsdefizit noch 56,7 und 1982 52,5 Mrd. DM betragen. Schaubild 7 veranschaulicht die verringerte Aufnahme fremder Mittel durch den Staat seit 1981. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt machte der Finanzierungssaldo des Staates 1986 nur 1,0 % aus, im Jahr 1981 waren es noch 3,7 % und 1982 3,3 % gewesen. Die sogenannte „Staatsquote“ (Ausgaben des Staates bezogen auf das Bruttosozialprodukt) war 1986 aufgrund der in den zurückliegenden Jahren unter den Zunahmen des Bruttosozialprodukts liegenden Erhöhungen der Staatsausgaben um gut 3 Prozentpunkte niedriger als zu Beginn der achtziger Jahre (46,7 % 1986 gegenüber 49,6 % 1981 und 49,8 % 1982).

Die Einnahmen des Staates haben im Berichtsjahr mit + 4 % deutlich schwächer zugenommen als in den beiden Vorjahren. Maßgeblich für diese Entwicklung war vor allem das schwache Steueraufkommen. 1986 war die erste Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 in Kraft getreten. Der entsprechende Steuerausfall im Jahr 1986 wird auf gut 11 Mrd. DM geschätzt, dies sind mehr als 2 % des in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen Steueraufkommens und mehr als 1 % der gesamten staatlichen Einnahmen. Durch diesen Ausfall, aber auch durch die stark abgeflachte Preisentwick-



lung, haben sich die Steuern — nach Zunahmen um 4,6 % 1985 und 5,9 % 1984 — nur um 3½ % erhöht. Etwas stärker als 1984 und 1985 stiegen im Berichtsjahr dagegen die vom Staat empfangenen Sozialbeiträge (+ 5½ % gegenüber 1985). Die Entwicklung der Ausgaben hat sich 1986 im Vergleich zum Vorjahr beschleunigt (+ 4 gegenüber + 3,0 % 1985), ging jedoch nicht über die Zunahme im Jahr 1984 (ebenfalls + 4,0 %) hinaus. Deutlich höher als 1985 war im Berichtsjahr der Zuwachs der Übertragungen (+ 3 nach + 1,8 % 1985), wobei vor allem die Subventionen (+ 7 % gegenüber 1985), aber auch die sozialen Leistungen (+ 3½ %) stärker stiegen als 1985. Der Staatsverbrauch hat 1986 (+ 4½ %) nur geringfügig mehr zugenommen als im Vorjahr (+ 4,4 %). Dagegen erhöhten sich die Bruttoinvestitionen des Staates im Berichtsjahr erstmals seit 1980 wieder kräftig (+ 8½ %), nachdem sie in den Jahren 1981 bis 1984 jeweils zurückgegangen und 1985 nur leicht gestiegen waren.

Dr. Frank Dorow

Tabelle 9: Einnahmen und Ausgaben des Staates

Jahr ¹⁾	Einnahmen ²⁾			Ausgaben ³⁾				Finanzierungs-saldo
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter			
		Steuern	Sozial-beiträge		Über-tragungen ⁴⁾	Staats-verbrauch	Brutto-investitionen	
Mill DM								
1981	709 520	386 450	268 820	766 170	362 520	318 160	50 020	— 56 650
1982	743 500	395 070	284 480	795 980	380 500	326 190	45 260	— 52 480
1983	774 140	414 870	290 370	816 440	388 370	336 210	41 770	— 42 300
1984	815 330	439 260	304 630	849 010	404 320	350 230	41 740	— 33 680
1985	854 960	459 490	320 290	874 790	411 650	365 710	42 130	— 19 830
1986	890 300	475 870	337 420	910 180	424 150	383 050	45 660	— 19 880
Veränderung gegenüber dem Vorjahr								
in %								
1981	4,4	1,4	8,1	6,1	5,9	6,8	— 6,7	in Mill. DM — 13 680
1982	4,8	2,2	5,8	3,9	5,0	2,5	— 9,5	4 170
1983	4,1	5,0	2,1	2,6	2,1	3,1	— 7,7	10 180
1984	5,3	5,9	4,9	4,0	4,1	4,2	— 0,1	8 620
1985	4,9	4,6	5,1	3,0	1,8	4,4	0,9	13 850
1986	4,1	3,6	5,3	4,0	3,0	4,7	8,4	— 50

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Laufende Einnahmen, empfangene Vermögensübertragungen und Abschreibungen. — ³⁾ Laufende Ausgaben, geleistete Vermögensübertragungen und Bruttoinvestitionen. — ⁴⁾ Laufende und Vermögensübertragungen

Arbeitsstättenzählung 1987

1 Stellung der Arbeitsstättenzählung im Statistischen System

Innerhalb der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung nimmt die Arbeitsstättenzählung eine Sonderstellung ein¹⁾. Während die anderen Zählungsteile hauptsächlich den Menschen in seinen gesellschaftlichen Bezügen — u. a. als Einwohner, Wohnungsinhaber, Arbeitskraft usw. — darstellen, ist die Arbeitsstättenzählung dem Bereich der Wirtschaftsstatistik zuzuordnen. Sie wendet sich nicht wie die Volkszählung an den einzelnen, sondern erfaßt wichtige Tatbestände direkt bei den kleinsten Wirtschaftseinheiten, den Arbeitsstätten. Diese sind abgegrenzt als örtliche Einheiten, in denen regelmäßig eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind. Über eine Erfassung dieser Einheiten und ihre Zuordnung zu den Unternehmen als kleinste rechtlich selbständige Einheiten ist es möglich, aus der Arbeitsstättenzählung ein Strukturbild der Wirtschaft und Verwaltung in ihrer ganzen Vielfalt, in tiefer regionaler Gliederung und zugleich in der Verflechtung zwischen Unternehmen und Arbeitsstätten zu gewinnen. Einbezogen ist fast das gesamte Spektrum wirtschaftlicher Tätigkeiten, das von den verschiedenen Teilbereichen der produzierenden Wirtschaft über den Dienstleistungsbereich, die Organisationen ohne Erwerbszweck bis zu den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung reicht.

Die Arbeitsstättenzählung erstreckt sich auch auf solche Bereiche, die in den übrigen Wirtschaftsstatistiken überhaupt nicht oder nur lückenhaft erfaßt werden. Ihre Bedeutung liegt vor allem darin, daß sie zu einem einheitlichen Stichtag und nach einheitlichen Kriterien Informationen über fast die gesamte Volkswirtschaft in tiefer regionaler Gliederung bereitstellen kann. Hieran hat sich auch durch den Aufbau abgestimmter statistischer Erhebungssysteme für Teilbereiche der Wirtschaft in den siebziger Jahren kaum etwas geändert. Die methodische Weiterentwicklung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, im Handel und Verkehr hat allenfalls den Charakter der Arbeitsstättenzählung als umfassende Rahmenerhebung stärker in den Vordergrund treten lassen. Auch unter veränderten Ausgangsbedingungen bleibt ihre zentrale Stellung im System der Wirtschaftsstatistiken unangetastet.

Dies war in den Beratungen über die Durchführung einer Arbeitsstättenzählung im Rahmen der Volkszählung stets unbestritten. Nicht nur die zuständigen Bundes- und Länderressorts, die kommunalen Spitzenverbände, sondern auch die Wirtschaft und ihre Institutionen haben immer wieder einhellig und mit Nachdruck eine Arbeitsstättenzählung gefordert; die Verschiebung dieser Zählung als Auswirkung des Karlsruher Urteils zur Volkszählung wurde daher allseitig beklagt. Der ungedeckte Bedarf an Strukturdaten regte auch Diskussionen an, die Arbeitsstättenzählung von der Volkszählung abzukoppeln, und veranlaßte u. a. die Städte Frankfurt/Main und Duisburg dazu, auf kommunaler Ebene Arbeitsstättenzählungen auf freiwilliger Basis für Zwecke der Stadt- und Regionalplanung durchzuführen.

Im Bereich der Bundesstatistik behielten für das Zählungswerk 1987 die Argumente die Oberhand, die für eine gemeinsame Durchführung von Volks- und Arbeitsstättenzählung sprachen²⁾. Die Verbindung beider Zählungen hat sich in Deutschland über lange Zeiträume hinweg bewährt. Dies hat vor allem organisatorische Gründe. Konzeptionell ist die Arbeitsstättenzählung wie die Volkszählung auf den Einsatz von Zählern angewiesen, die in einem abgegrenzten Bezirk alle Gebäude aufsuchen und hierbei neben den Haushalten auch die Arbeitsstätten befragen. Diese „Begehung“ ermöglicht es besser und vollständiger als jede andere Erhebungsmethode, durch persönlichen Augenschein auch jene kleinen und kleinsten Arbeitsstätten — auch solche in Wohnungen — festzustellen, die einer statistischen Erfassung sonst schwer zugänglich sind. Schwer zu finden sind insbesondere Arbeitsstätten, die vom Inhaber allein betrieben werden (zum Beispiel Handelsvertreter, selbständige Näherin).

Seit 1875 werden Arbeitsstättenzählungen in Deutschland in größeren Abständen als totale Bestandsaufnahmen durchgeführt. Zunächst wurden sie noch losgelöst von Volkszählungen organisiert, zum Teil aber mit Berufszählungen verbunden. Erst ab 1925 sind sie — von einer Ausnahme abgesehen — regelmäßig an Volkszählungen gekoppelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden Arbeitsstättenzählungen in der Bundesrepublik in den Jahren 1950, 1961 und 1970 statt. Durch das Volkszählungsgesetz (VZG) 1987 ist die nächste Erhebung dieser Art nun für den 25. Mai 1987 angesetzt worden.

2 Ziel und Zweck der Arbeitsstättenzählung

2.1 Bereitstellung von allgemeinem Basismaterial in tiefer Gliederung

Das Erhebungsprogramm der Arbeitsstättenzählung konzentriert sich auf die Ermittlung wirtschaftsstatistischer Basisdaten über Arbeitsstätten und Unternehmen. Erfragt werden wenige, leicht zu erfassende Strukturmerkmale. Neben dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktivitäten, der eine branchenmäßige Aufgliederung der Wirtschaft

¹⁾ Zum gesamten Zählungswerk siehe Wurzberger, P./Stortzbach, B./Sturmer, B. „Volkszählung 1987 — Rechtliche Grundlagen und Konzept nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983“ in WiSta 12/1986, S. 927 ff. Zur Arbeitsstättenzählung siehe auch Travnicek, R. „Fragenkatalog und Tabellenprogramm der Arbeitsstättenzählung 1981“ in WiSta 2/1979, S. 81 ff. sowie Anton, W. „Die Vorbereitung des Zählungswerkes 1970 — Teil 3: Die Arbeitsstättenzählung“ in WiSta 1/1969, S. 9 ff.

²⁾ Siehe dazu auch Wurzberger, P./Stortzbach, B./Sturmer, B., a. a. O., S. 935 ff.

ermöglicht, sowie der Zahl der tätigen Personen und den gezahlten Löhnen und Gehältern sollen auch Angaben zur näheren Kennzeichnung der Arbeitsstätten bzw. Unternehmen (Niederlassungsart, Rechtsform, Eintragung in die Handwerksrolle) erhoben werden.

Anhand dieser Angaben läßt sich für die gesamte Bundesrepublik die Struktur der Wirtschaft in tiefer systematischer und regionaler Gliederung abbilden. Der Bedeutung dieser Daten trägt das VZG 1987 dadurch Rechnung, daß es ausdrücklich die Veröffentlichung von Beschäftigtergebnissen in kleinräumlicher Gliederung auch dann zuläßt, wenn darin Einzelangaben enthalten sind. Hierdurch wird es möglich sein, aussagekräftige Daten über die regionale Verteilung der Arbeitsstätten — als ein entscheidendes Element zum Beispiel der Städteplanung und Stadterneuerung — bereitzustellen. Über eine bausteinartige Zusammenführung können auch Ergebnisse für wichtige nichtadministrative Raumeinheiten — wie zum Beispiel die Arbeitsmarkregionen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ — ermittelt werden.

2.2 Lieferung von Ausgangsdaten zur Vervollständigung und Durchführung von Bereichsstatistiken

Aus der Stellung der Arbeitsstättenzählung als Rahmenerhebung leitet sich ihre Bedeutung für die Einordnung einer Vielzahl von Einzelstatistiken in das Gesamtsystem der Wirtschaftsstatistik ab. Die Arbeitsstättenzählung stellt gewissermaßen eine Klammer um zahlreiche Bereichsstatistiken dar, die durch sie das notwendige Bezugssystem erhalten. Zugleich füllt die Arbeitsstättenzählung Lücken im Berichtssystem der amtlichen Statistik, insbesondere im Bereich des Dienstleistungsgewerbes. § 15 Abs. 5 VZG 1987 gestattet ausdrücklich, wichtige Merkmale aus der Arbeitsstättenzählung für die Aktualisierung der Kartei im Produzierenden Gewerbe sowie als Auswahlgrundlage für nachgehende Erhebungen zu nutzen. Im einzelnen handelt es sich dabei (jeweils für Arbeitsstätten und Unternehmen) um Name und Anschrift, Zahl der tätigen Personen, die wirtschaftliche Tätigkeit sowie Angaben über Eintragungen in die Handwerksrolle. Die Angaben aus der Arbeitsstättenzählung können damit auch den Aufbau von Unternehmens- und Betriebskarteien erleichtern.

2.3 Lieferung von Daten für die verschiedenen Politikbereiche

Mit ihrem Basismaterial liefert die Arbeitsstättenzählung nicht nur Orientierungspunkte für politische Grundsatzentscheidungen, sondern auch Planungsdaten für die verschiedensten Politikbereiche. Unentbehrlich sind diese Angaben für die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen und für die Erfolgskontrolle u. a. in der Arbeitsmarkt-, Struktur-, Mittelstands- und Regionalpolitik.

Ziel der sektoralen Strukturpolitik des Bundes ist es, den Strukturwandel zu erleichtern, zu fördern und Anpassungshemmnisse abzubauen. Zur Aufdeckung solcher Hemmnisse und gegebenenfalls zur gezielten staatlichen Beeinflussung von Anpassungsvorgängen bedarf es

detaillierter statistischer Informationen. Da sektorale Strukturpolitik vom Vergleich zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ausgehen muß, ist sie auf eine Statistik angewiesen, die alle Wirtschaftsbereiche umfaßt. Diesem Anspruch wird die Arbeitsstättenzählung gerecht, indem sie branchenspezifische Verhältnisse aufdeckt, wie zum Beispiel überwiegende Rechtsformen, Beschäftigtenstruktur, Gründungsjahr der Arbeitsstätten, durchschnittliche Löhne und Gehälter.

Mit der Regionalförderung im Rahmen der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sollen für die gewerbliche Wirtschaft in den strukturschwachen Regionen die Wettbewerbs- und Wachstumschancen verbessert, der Strukturwandel erleichtert und im Vergleich zu anderen Regionen bestehende Arbeitsplatzdefizite abgebaut werden. Für alle Untersuchungen, die sich mit Regionalproblemen befassen, bietet die Arbeitsstättenzählung umfassendes Grundlagenmaterial. Dies gilt zum Beispiel auch für die Abgrenzung und Typisierung einzelner Regionen. Der Einblick in die räumliche Verteilung der einzelnen Branchen vermittelt Aufschlüsse über die regionalen Entwicklungsmöglichkeiten und konjunkturellen Abhängigkeiten. Branchenkonjunkturen lassen sich in ihren Wirkungen damit besser regional abgrenzen, und die wirtschaftliche Situation einzelner Regionen ist in ihrer besonderen Branchenabhängigkeit zutreffender zu erkennen.

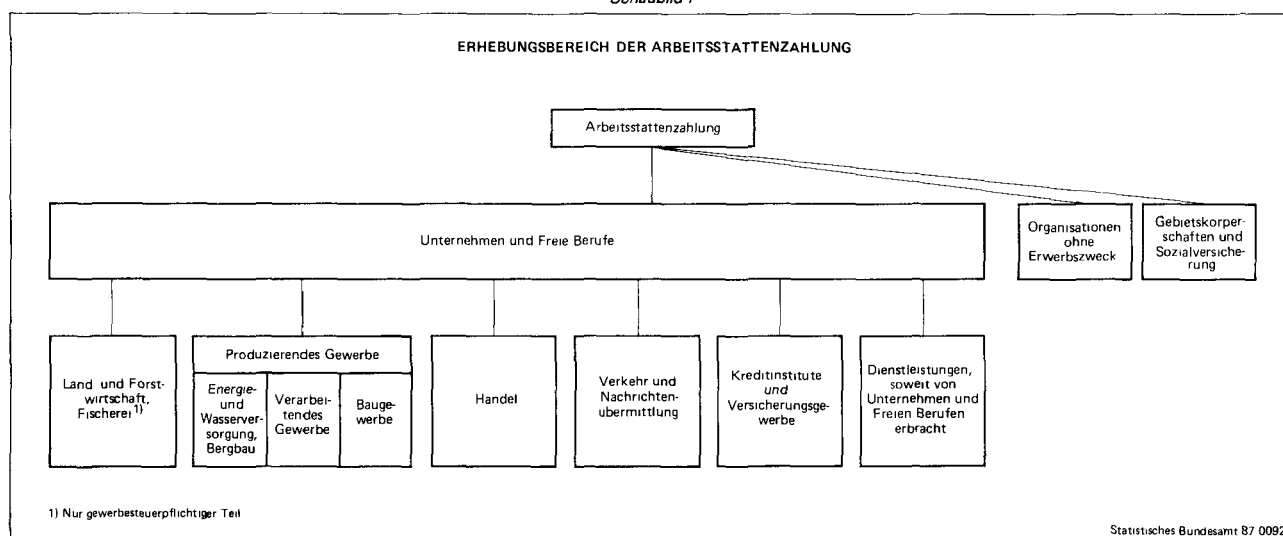
Die Beschäftigungspolitik erhält aus der Arbeitsstättenzählung wichtige Anhaltspunkte über die Zahl der besetzten Arbeitsplätze in der Untergliederung nach Regionen und Wirtschaftszweigen sowie nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung. Die Bedeutung dieser Angaben für eine wirkungsvolle Arbeitsmarktpolitik liegt auf der Hand.

Die Politik der Mittelstandsförderung erwartet eine statistische Differenzierung in kleine, mittlere und große Unternehmen. Dies ist nicht nur erforderlich, um Aspekte der Unternehmensgröße in der allgemeinen Finanz-, Sozial- und Regionalpolitik angemessen zur Geltung zu bringen, sondern auch um spezielle Förderprogramme finanziell richtig dimensionieren und in ihren Langzeitwirkungen beobachten zu können. Die Arbeitsstättenzählung ermöglicht es, sämtliche Unternehmen differenziert nach ihrer Größe nachzuweisen, ihre Personal- und Lohn-/Gehaltsstruktur zu analysieren sowie ihre regionale Verteilung aufzuzeigen.

Auch für die Wettbewerbspolitik sind die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung von großem Interesse. Da die Arbeitsstättenzählung Aufschlüsse über die Beschäftigtenkonzentration vermittelt, ist auch die Monopolkommission in starkem Maße auf diese Ergebnisse angewiesen, insbesondere weil die Arbeitsstättenzählung auch Angaben für solche Bereiche liefert, für die es keine laufenden Statistiken gibt.

Für die Umweltpolitik liefert die Arbeitsstättenzählung mit ihren Daten über Standort, Größe und Tätigkeit der wirtschaftlichen Einheiten ebenfalls wichtige Informa-

Schaubild 1



tionen. Arbeitsstätten und Unternehmen mit ihren vielfältigen Aktivitäten sind umweltprägend und üben nachhaltigen Einfluß auf die Wohn- und Lebensqualität der Bevölkerung aus.

2.4 Informationsquelle für Unternehmen, Verbände und sonstige Organisationen

Weit über die Anforderungen im staatlichen Bereich hinaus leistet die Arbeitsstättenzählung auch einen unentbehrlichen Beitrag zur Absicherung betrieblicher Entscheidungen. Die Ergebnisse aus dieser Quelle sind allen Interessenten zugänglich, deshalb verbessert die Arbeitsstättenzählung die Informationssituation insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die sich aus Kostengründen häufig keine eigenen Stabsabteilungen leisten können. Von den Informationen über den Markt und das allgemeine wirtschaftliche Umfeld, wie sie die Arbeitsstättenzählung bereitstellt, gehen deshalb positive externe Effekte für die gesamte Wirtschaft aus.

Für die Marktforschung der Unternehmen und Verbände lassen sich aus dem Material der Arbeitsstättenzählung Anhaltspunkte über das Nachfragepotential gewinnen. Der Branchennachweis auf regionaler Ebene mit der Anzahl der Arbeitsstätten und der Beschäftigten ermöglicht zuverlässige Rückschlüsse auf die Existenz weniger großer Arbeitsstätten oder einer Vielzahl von kleinen Einheiten oder auch auf das völlige Fehlen von potentiellen Nachfragern. Hieraus ergeben sich wertvolle Einblicke in die Struktur der Märkte. Im Hinblick auf die Mitbewerber gibt die Arbeitsstättenzählung Auskunft zur Konkurrenzsituation, zum Beispiel über die Zahl und Größe der in der gleichen Branche konkurrierenden Arbeitsstätten und Unternehmen.

Bei Fragen der Standortwahl kann die Arbeitsstättenzählung wichtige Daten über das gesamte wirtschaftliche Umfeld bereitstellen, angefangen bei Vorlieferanten über die regionale Lohn- und Gehaltsstruktur, die örtliche Infrastruktur sowie das — gegebenenfalls aufgrund der Wirtschaftsstruktur einer Region — zu erwartende Know-how.

3 Grundlagen der Arbeitsstättenzählung

3.1 Bereich der Zählung

Die Arbeitsstättenzählung 1987 wird sich wie die vorangegangenen Erhebungen dieser Art auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche erstrecken. In die Zählung einbezogen werden damit die Sektoren „Unternehmen und Freie Berufe“, „Organisationen ohne Erwerbszweck“ sowie „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe werden nur dann erfaßt, wenn sie bei der Besteuerung als Gewerbebetrieb gelten. Private Haushalte zahlen nicht zu den Arbeitsstätten, auch dann nicht, wenn sie Hausangestellte beschäftigen. Nicht erhoben werden auch die Vertretungen ausländischer Staaten in der Bundesrepublik, inter- und supranationale Organisationen, Privatquartiere (nicht erlaubnispflichtige Beherbergungsstätten mit weniger als neun Betten) sowie Arbeitsstätten, in denen ausschließlich ehrenamtlich gearbeitet wird.

Im Sektor „Unternehmen und Freie Berufe“ erstreckt sich die Arbeitsstättenzählung auf alle Arbeitsstätten der gewerblichen Landwirtschaft, des Produzierenden Gewerbes, des Handels und Verkehrs, der Banken und Versicherungen, der Reinigung und Körperpflege (z. B. Friseure), der Wissenschaft, Bildung, Kultur, Kunst und Publizistik, des Gesundheitswesens (z. B. Ärzte), der Rechts- und Wirtschaftsberatung (z. B. Rechtsanwälte). Freiberuflich Tätige haben auch dann einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn die Arbeitsstätte in ihrer Wohnung liegt.

Zu den „Organisationen ohne Erwerbszweck“ gehören zum Beispiel Kirchen, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen, karitative Organisationen, kulturelle, wissenschaftliche und im Erziehungswesen tätige Vereinigungen, politische Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und andere Wirtschaftsverbände, Kammern, Sportverbände und -vereine usw. Der Bereich der „Organisationen ohne Erwerbszweck“ ist von besonderem Interesse, da er außerhalb der

Arbeitsstättenzählung statistisch nur unzureichend erfaßt wird.

In den Sektor „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“ fallen alle Arbeitsstätten von Bund, Ländern und Gemeinden, von öffentlichen Zweckverbänden, außerdem die Arbeitsstätten der Arbeitsverwaltung, der Sozialversicherung sowie einiger verwandter Körperschaften des öffentlichen Rechts. Arbeitsstätten in der Form von öffentlich-rechtlichen Anstalten, Regiebetrieben, Eigenbetrieben und sonstigen Sondervermögen, die erwerbswirtschaftlich tätig sind und Kostendeckung anstreben, gehören jedoch zum Sektor „Unternehmen und Freie Berufe“.

3.2 Erhebungs- und Darstellungseinheit

Für eine Erhebung, die sich auf den Einsatz von Zählern stützt, bietet sich als klar abzugrenzende und leicht zu erkennende Erhebungseinheit die Arbeitsstätte an. Als Arbeitsstätte gilt jede örtliche Einheit (ein Grundstück oder eine abgegrenzte Räumlichkeit), in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind. In dieser Form findet der Zähler die Wirtschaft und Verwaltung vor, wenn er von Grundstück zu Grundstück geht und die Gebäude, Wohnungen, Haushalte und Arbeitsstätten erfaßt. Somit ist für jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jeden Filialbetrieb, jede Werkstätte, jede Praxis, jede Geschäftsstelle, jedes Büro, jede Dienststelle einer Behörde usw. ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Dabei wird das Prinzip der örtlichen Einheit möglichst streng gewahrt.

Nur in Ausnahmefällen wird das strenge Konzept von der Abgrenzung einer Arbeitsstätte verlassen. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn sich eine Arbeitsstätte über mehrere aneinanderliegende Grundstücke erstreckt oder lediglich durch eine über das Betriebsgrundstück führende nichtöffentliche Straße oder Gleisanlage getrennt ist. Auch Baustellen und Schiffe gelten nicht als Arbeitsstätten. Die dort tätigen Personen werden im Arbeitsstättenbogen der zuständigen Haupt- oder Zweigniederlassung des Bauunternehmens bzw. des Schiffseigners oder der Reederei erfaßt.

Von den einzigen Niederlassungen (Einbetriebsunternehmen) und den Hauptniederlassungen werden auch Unternehmensangaben erfragt. Eine Hauptniederlassung muß also nicht nur die Angaben für sich selbst liefern, sondern gleichzeitig auch für das gesamte, von ihr aus geleitete Unternehmen (Mehrbetriebsunternehmen). Diese Angaben stellen die Basis für die Unternehmensergebnisse der Arbeitsstättenzählung dar und ersetzen zugleich eine komplizierte Zusammenführung der Daten für die einzelnen örtlichen Einheiten zu Unternehmensangaben. Soweit Angaben für das gesamte Unternehmen erfragt werden, ist daher auch das Unternehmen als „Erhebungseinheit“ der Arbeitsstättenzählung anzusehen.

Als Darstellungseinheiten der Arbeitsstättenzählung sind Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) und Unter-

nehmen (wirtschaftliche Einheiten) vorgesehen. Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und den Ertrag ermittelt. In den meisten Fällen sind Arbeitsstätten und Unternehmen identisch, das heißt, das Unternehmen besteht nur aus einer einzigen Arbeitsstätte. Ein sogenanntes Mehrbetriebsunternehmen umfaßt dagegen mehrere örtliche Einheiten, also eine Haupt- und eine oder mehrere Zweigniederlassungen. Die regionale Zuordnung der Unternehmen erfolgt nach dem Sitz ihrer Hauptniederlassung, während die Arbeitsstätten an ihrem eigenen Standort nachgewiesen werden.

3.3 Systematik

Die Grundlage für die wirtschaftssystematische Zuordnung von Arbeitsstätten und Unternehmen in der Arbeitsstättenzählung 1987 bildet die „Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung“. Dabei handelt es sich um eine von der „Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979“ abgeleitete Fassung in verkürzter Form, die in 650 Wirtschaftsklassen gegliedert ist.

Die Zuordnung der Arbeitsstätten und Unternehmen erfolgt dabei nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit. Bei Mehrbetriebsunternehmen stellt die wirtschaftliche Tätigkeit des gesamten Unternehmens den Maßstab für die Zuordnung dar und nicht etwa die Tätigkeit der Hauptniederlassung. Die Arbeitsstätten können dagegen sowohl nach ihrem eigenen wirtschaftlichen Schwerpunkt als auch nach dem Unternehmenskonzept zugeordnet werden (siehe dazu auch Abschnitt 5. Aufbereitung und Darstellung der Ergebnisse).

Da sich das Frageprogramm der Arbeitsstättenzählung an den Erfordernissen einer Rahmenezählung orientiert, also nur relativ einfache Fragen gestellt werden, ist die Festlegung des wirtschaftlichen Schwerpunkts anhand einer Wertschöpfungsgröße nicht möglich. Bei der Arbeitsstättenzählung 1987 wird dem Auskunftspflichtigen auch kein Kriterium für die Zuordnung der Arbeitsstätte oder des Unternehmens, wie zum Beispiel Zahl der Beschäftigten oder Umsatz, vorgegeben. Dies ist deshalb nicht sinnvoll, weil ein für alle Zahlungsbereiche gleichermaßen gültiger Maßstab für die Ermittlung des Schwerpunktes nicht existiert. Der Auskunftspflichtige soll also selbst einschätzen, welche Tätigkeit so überwiegt, daß sie den wirtschaftlichen Schwerpunkt bildet.

Bei früheren Zählungen hat sich anhand von Vergleichen mit Bereichserhebungen gezeigt, daß die Auskunftspflichtigen sich bei der wirtschaftssystematischen Zuordnung durch Selbsteinschätzung dennoch im wesentlichen an Wertschöpfungsanteilen orientieren. Es erscheint angezeigt, vor allem bei der wirtschaftssystematischen Zuordnung von Unternehmen in den Statistischen Ämtern vorhandene sogenannte „Referenzdateien“ (wie z. B. die Kartei im Produzierenden Gewerbe) zu berücksichtigen, damit die Zuordnung der Auskunftspflichtigen in der Arbeitsstättenzählung und in den Bereichsstatistiken einheitlich erfolgt.

3.4 Erhebungsprogramm und Ausgestaltung des Fragebogens

Als Rahmenezahlung und Bestandsaufnahme beschränkt sich die Arbeitsstättenzählung — wie erwähnt — auf die Erfassung weniger grundlegender wirtschaftlicher Tatbestände. Das Frageprogramm steht mit den Auskunftsmöglichkeiten der Arbeitsstätten im Einklang. Da die Arbeitsstättenzählung die gesamte Wirtschaft erfaßt, muß sie einerseits den unterschiedlichsten Ausprägungen von Arbeitsstätten Rechnung tragen, andererseits gerade für die Bereiche, für die kaum Informationen vorhanden sind, ein Maximum an Zahlen liefern. Insofern steht auch die Zahlung 1987 in einer langen Kontinuität. Auch das Karlsruher Urteil hatte keine Auswirkungen auf den Inhalt des Frageprogramms; allerdings führten datenschutzrechtliche Vorgaben zu einer Umgestaltung des Fragebogens. Alle Angaben zu Anschriften befinden sich auf dem abtrennbaren Deckblatt; das ist die Voraussetzung für die gesetzlich vorgeschriebene Trennung des Anschriftenteils vom Merkmalsteil. Der Fragebogen ist so aufgebaut, daß eine Zweigniederlassung nur die Seiten 3 und 4, eine einzige oder Hauptniederlassung zusätzlich die Seite 5 und nur eine Hauptniederlassung auch noch die sechste und letzte Seite des Bogens ausfüllen muß³⁾. Durch die farbliche Abstufung des Fragebogens wird dieser Aufbau zusätzlich verdeutlicht.

Das grundlegende Ziel der Arbeitsstättenzählung, nämlich einen regional und wirtschaftssystematisch tiefgegliederten Nachweis über alle wirtschaftenden Institutionen zu gewinnen, wird über die Fragen der Abschnitte A 1 und A 2 erreicht, in denen in detaillierter Form nach der wirtschaftlichen Tätigkeit gefragt wird.

In Abschnitt A 3 wird zum ersten Mal bei einer Arbeitsstättenzählung die Frage nach dem Eröffnungsjahr der Arbeitsstätte gestellt. Sie gibt Hinweise auf die Altersstrukturen der verschiedenen Wirtschaftszweige in den einzelnen Regionen. Im Zusammenhang mit den Fragen nach Standortverlagerungen und Neueröffnungen können die Wirkungen von regionalen und sektoralen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen verfolgt werden. Auch die Mobilität des Produktionsfaktors Kapital wird erkennbar. Ob für diese Entwicklungen staatliche Förderprogramme, die allgemeine Attraktivität von Wirtschaftsraumen oder unternehmensindividuelle Einflußfaktoren ausschlaggebend waren, läßt sich allerdings allein anhand der Daten aus der Arbeitsstättenzählung nicht klären; dazu sind weiterführende Analysen erforderlich.

Die Frage nach der Niederlassungsart in Abschnitt B des Arbeitsstättenbogens entscheidet darüber, welche weiteren Teile des Fragebogens auszufüllen sind, und gibt Auskunft, ob die Arbeitsstätte einem organisatorischen Überbau angehört. Bezeichnet sich die Arbeitsstätte als Zweigniederlassung eines Unternehmens, müssen nur noch die Fragen über die tätigen Personen und Löhne und Gehälter der Abschnitte C und D beantwortet werden.

Zusätzlich sind die Adresse der Hauptniederlassung auf dem Deckblatt und der Schwerpunkt des Unternehmens anzugeben. Diese Angaben werden erhoben, damit für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein Nachweis der Arbeitsstätten nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen möglich ist. Handelt es sich bei der Arbeitsstätte um die einzige des Unternehmens, liegt ein Einbetriebsunternehmen vor, für das neben den Fragen der Abschnitte C und D Fragen zur Handwerkseigenschaft und Rechtsform unter Abschnitt E und F zu beantworten sind. Bezeichnet sich die Arbeitsstätte als Hauptniederlassung eines Unternehmens, so müssen zusätzlich die Abschnitte G und H des Arbeitsstättenbogens ausgefüllt werden.

Eine zentrale Bedeutung kommt der Frage nach den tätigen Personen in Abschnitt C des Fragebogens zu. Sie liefert wichtige Informationen über die Struktur der Beschäftigung nach Branchen und Regionen. Während die Volkszählung Erwerbstätige und Erwerbslose, also die Nachfrager nach Arbeitsplätzen, am Wohnort erfaßt, werden in der Arbeitsstättenzählung die Beschäftigten am Arbeitsort und damit das dort gegenwärtig bestehende Angebot an Arbeitsplätzen ermittelt. In der Arbeitsstättenzählung wird auf Beschäftigungsfälle abgestellt, das heißt, Erwerbstätige mit mehr als einer Tätigkeit werden mehrfach erfaßt. Die weitere Untergliederung der tätigen Personen nach tätigen Inhabern, unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, Beamten und Richtern, Angestellten, Facharbeitern und Gesellen, sonstigen Arbeitern sowie Auszubildenden ergibt ein differenziertes Bild der sozioökonomischen Bedingungen innerhalb der Arbeitsstätten. Die tätigen Inhaber und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen und Beamten sind von besonderem Interesse, da dieser Personenkreis in der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesanstalt für Arbeit nicht erfaßt wird. Der Nachweis der Auszubildenden in tiefer regionaler und wirtschaftssystematischer Gliederung ist für die Klärung der Frage wichtig, welche Branchen besonders viele Nachwuchskräfte beschäftigen. Durch die Untergliederung nach dem Geschlecht können die Diskussionen um Frauenarbeitsplätze auf eine exakte Datengrundlage gestellt werden. Abgerundet wird das Datenangebot durch den Nachweis von Teilzeitbeschäftigten und Ausländern nach Geschlecht, getrennt für jede Arbeitsstätte. Beide Merkmalskategorien sind derzeit höchst aktuell. Im Gegensatz zur Volks- und Berufszählung wird für die Abgrenzung der Teilzeitbeschäftigten keine bestimmte Stundenzahl vorgegeben. Als Teilzeitbeschäftigte gelten in der Arbeitsstättenzählung alle am Stichtag tätigen Personen, die zur Ableistung einer kürzeren als der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind.

Nach den im Jahr 1986 gezahlten Löhnen und Gehältern wird in Abschnitt D des Arbeitsstättenbogens gefragt. Hiermit bietet sich die Möglichkeit, einen Großteil der gesamten Wertschöpfung der Wirtschaft regional aufgliedern nachzuweisen.

Die Arbeitsstättenzählung erfaßt als einzige Statistik nach einheitlichen Kriterien für alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Landwirtschaft die Löhne und Gehälter für ein

³⁾ In Zahlen von 1970 bedeutet dies, daß ca. 380 000 Arbeitsstätten (16,6 v. H. aller Arbeitsstätten) zwei Seiten des Fragebogens ausfüllen müssen, 1,8 Mill. Arbeitsstätten (79,7 v. H.) drei Seiten und lediglich 64 000 Arbeitsstätten (3,7 v. H.) alle vier Seiten.

Jahr. Die Statistiken einzelner Wirtschaftsbereiche mit gleicher Fragestellung decken lediglich mehr oder minder große Teilbereiche ab; die daraus vorliegenden Zahlen sind infolge unterschiedlicher Erhebungseinheiten, Abschneidegrenzen, Systematiken, Zeiträume und Stichtage nur eingeschränkt vergleichbar und additionsfähig. Auch die Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit kann eine Erfragung der Löhne und Gehälter in der Arbeitsstättenzahlung nicht ersetzen, da dort nur die sozialversicherungspflichtigen Lohn- und Gehaltsbestandteile der versicherungspflichtig Beschäftigten erfaßt werden. Ferner reicht das vorliegende Datenmaterial nicht aus, um den wachsenden Bedarf nach kleinräumigen Gliederungen zu decken.

Da im Personenbogen der Volkszählung nicht nach dem Einkommen gefragt wird, kann die Frage nach den gezahlten Löhnen und Gehältern in der Arbeitsstättenzahlung diese Lücke teilweise füllen und die potentielle regionale Kaufkraft nachweisen. Weil der Arbeitsort jedoch vielfach nicht mit dem Wohnort übereinstimmt, ist Voraussetzung für solche Auswertungen, daß eine globale regionale Umrechnung über die Pendlerströme aus der Volkszählung erfolgt.

Wie schon weiter oben angemerkt, sind die Abschnitte E bis H des Fragebogens für Unternehmensangaben vorgesehen. Von Zweigniederlassungen sind diese Fragen nicht zu beantworten. In Abschnitt E des Fragebogens wird nach der *Handwerkseigenschaft* gefragt, das heißt festgestellt, ob das Unternehmen mit einem Haupt- oder Nebenbetrieb in die Handwerksrolle eingetragen ist. Damit wird ein separater Überblick über den für die Volkswirtschaft wichtigen Bereich des Handwerks erzielt.

Fragen nach der *Rechtsform* des Unternehmens gehören seit jeher zum Fragenkatalog der Arbeitsstättenzahlung. Auch diesmal wird die Frage gestellt, und zwar in Abschnitt F des Fragebogens. Für rechtspolitische Entscheidungen bilden diese Angaben eine unentbehrliche Grundlage. Die Arbeitsstättenzahlung ermöglicht als einzige Statistik eine Gesamtübersicht über die in allen Wirtschaftsbereichen vorkommenden Rechtsformen und die Entwicklung im Zeitablauf.

Die Art der Rechtsform, in der ein Unternehmen betrieben wird, kann als Antwort auf haftungsrechtliche, finanzwirtschaftliche, steuerrechtliche und/oder organisatorische Gegebenheiten verstanden werden. Sie ist damit eine Instrumentvariable und eine Eckgröße in der Unternehmensstrategie. Wird die Rechtsform eines Unternehmens als Grundlage seines autonomen Handelns verstanden, so gilt dies nur für unabhängige Unternehmen. Im Wirtschaftsleben gibt es jedoch eine Vielzahl von Unternehmensabhängigkeiten (wie zum Beispiel Holding, Konzern). In der Arbeitsstättenzahlung wird ein Nachweis dieser Abhängigkeiten nicht erbracht, da die amtliche Statistik über die Erhebungseinheit Unternehmen angesichts der zum Beispiel bei der Erfassung von Konzernen zu lösenden erheblichen Probleme bisher noch nicht hinausgegangen ist. Somit kann die Arbeitsstättenzahlung bezüglich ihrer Unternehmensangaben die wirtschaftliche Wirklichkeit nur annähernd abbilden, was die Darstellung von Entscheidungs- und Risikogemeinschaften betrifft.

Im Abschnitt G des Arbeitsstättenbogens müssen die Hauptniederlassungen von Unternehmen Angaben für das gesamte Unternehmen zu den tätigen Personen — nach Geschlecht und Stellung im Unternehmen — sowie den im Jahr 1986 gezahlten Löhnen und Gehältern und dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens machen. Hiermit werden auch für Unternehmen mit mehreren Arbeitsstätten Unternehmensangaben erzielt. Sie bilden u. a. das Ausgangsmaterial für Konzentrationsuntersuchungen.

Im Abschnitt H des Arbeitsstättenbogens sind von der Hauptniederlassung eines Unternehmens sämtliche im Inland gelegenen Zweigniederlassungen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt, tätigen Personen und den gezahlten Löhnen und Gehältern zu melden, obwohl diese Einheiten an ihrem jeweiligen Sitz schon als Arbeitsstätten erfaßt werden. Außerdem sind die Anschriften der Zweigniederlassungen auf dem Fragebogendeckblatt anzugeben. Dies hat seinen Grund darin, daß es in der Vergangenheit nie gelungen ist, die als Zweigniederlassungen gemeldeten Arbeitsstätten mit der Hauptniederlassung zum Unternehmen zusammenzuführen. Erst die jetzt realisierte Art der Befragung ermöglicht es, Verflechtungstabellen aufzustellen, die die Verteilung der Niederlassungen von Unternehmen auf die verschiedenen Regionen und Wirtschaftszweige aufzeigen (siehe hierzu Abschnitt 5: Aufbereitung und Darstellung der Ergebnisse).

4 Sonderregelungen bei der Durchführung der Zählung

Geht man von den Verhältnissen des Jahres 1970 aus, werden mehr als 90 v. H. der Arbeitsstätten durch reguläre Zähler erhoben werden. Für die Rückgabe der ausgefüllten Fragebogen haben die Auskunftspflichtigen mehrere Alternativen: Die Erhebungsvordrucke können zum einen direkt an den Zähler zurückgegeben werden (dies war bei früheren Zählungen der Regelfall). Zum anderen hat jede Arbeitsstätte die Möglichkeit, den Fragebogen bei der örtlichen Erhebungsstelle abzugeben oder dorthin im gebührenfreien Volkszahlungsbrief zu übersenden. Durch diese verschiedenen Rückgabemöglichkeiten wird die Vollzähligkeitskontrolle vom Zähler auf die Erhebungsstelle verlagert.

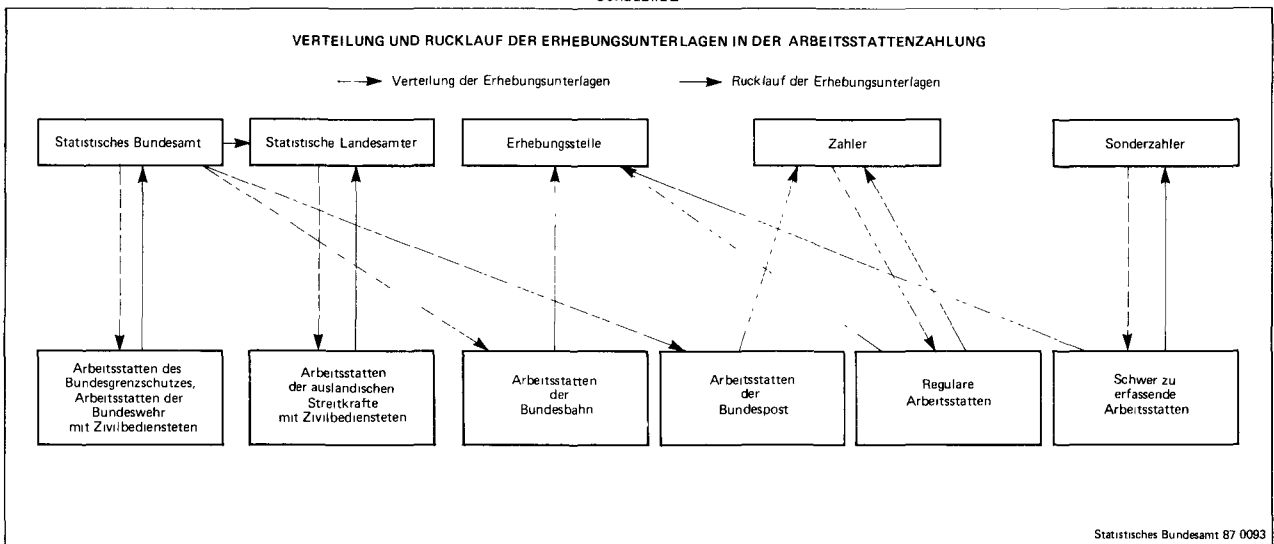
In gewissen Bereichen sind auch für die Arbeitsstättenzahlung 1987 Sonderregelungen vorgesehen. Dabei handelt es sich um räumlich abgegrenzte Bezirke, zu denen der Zähler nicht ohne weiteres Zutritt hat, oder um Institutionen, deren Erfassung kompliziert ist. Sonderregelungen bieten die Gewähr dafür, daß auch in diesen Fällen eine vollständige und einheitliche Erfassung durchgeführt wird.

Für folgende Bereiche sind Sonderregelungen getroffen worden:

- Arbeitsstätten von Bundesbahn und Bundespost,
- Arbeitsstätten mit Zivilbediensteten von Bundeswehr und Stationierungstreitkräften,
- Arbeitsstätten des Bundesgrenzschutzes.

Die Arbeitsstätten der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden 1987 — wie in der Arbeits-

Schaubild 2



stättenzählung 1970 — mit Sonderfragebogen über die Bundesbahn- bzw. Oberpostdirektionen erfaßt. Die ausgefüllten Fragebogen werden von den einzelnen Dienststellen der Bundesbahn direkt den zuständigen Erhebungsstellen zugeleitet, die diese nach Eintragung in die Regionalliste zusammen mit den übrigen Erhebungsunterlagen an die Statistischen Landesämter abliefern. Im Bereich der Bundesbahn ist auf bestimmten Bahngeländen (zum Beispiel Hauptbahnhof Frankfurt/Main) der Einsatz von Sonderzählern (besonders geschulten und ortskundigen Zählern) für nicht bahneigene Arbeitsstätten vorzusehen. Mit der Bundespost bestehen Vereinbarungen, daß die Sonderfragebogen in den einzelnen Arbeitsstätten der Bundespost zur Abholung durch den Zähler (gegebenenfalls Sonderzähler) bereitliegen.

Die Erfassung der Arbeitsstätten der Bundeswehr mit Zivilbediensteten sowie der Arbeitsstätten des Bundesgrenzschutzes erfolgt zentral durch das Statistische Bundesamt. Die Erhebungsstellen werden hierbei nicht eingeschaltet. Eine zentrale Erhebung für die Arbeitsstätten der ausländischen Stationierungstreitkräfte mit Zivilbediensteten erfolgt durch das jeweils zuständige Statistische Landesamt. Private Arbeitsstätten in Anlagen der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes sowie der ausländischen Streitkräfte werden über Sonderzähler der Erhebungsstellen mit dem allgemeinen Arbeitsstättenbogen erfaßt. Bei der Erfassung der Bereitschaftspolizei sollen ebenfalls Sonderzähler eingesetzt werden.

Großere abgegrenzte Bereiche, wie zum Beispiel Einkaufszentren, Flughäfen, Hafen, bestimmte Großbetriebe und schwer zu erfassende Gewerbegebiete werden ebenfalls durch Sonderzähler erfaßt. Auch die Arbeitsstätten von Behörden können in die Erhebung durch Sonderzähler einbezogen werden.

Für große Unternehmen mit zahlreichen Niederlassungen besteht unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, mit dem zuständigen Statistischen Landesamt Sondervereinbarungen zur Erleichterung des Zählungsablaufs zu treffen.

5 Aufbereitung und Darstellung der Ergebnisse

Die vom Zähler zurückgegebenen sowie die per Post übermittelten ausgefüllten Erhebungsvordrucke werden von der Erhebungsstelle auf Vollständigkeit und Vollständigkeit kontrolliert. Außerdem ist dort zu prüfen, ob die räumliche Zuordnung der Arbeitsstätten korrekt ist und ob die Klartextangaben zum Wirtschaftszweig ausreichen. Nach Abschluß dieser Arbeiten werden sämtliche Erhebungsunterlagen — unter Umständen in Teilmengen — an das Statistische Landesamt abgeliefert.

Dort werden sie einer erneuten Vollständigkeitskontrolle unterzogen. Daran schließt sich die eigentliche Aufbereitung an. Diese erfolgt völlig getrennt von der Aufbereitung der übrigen Zählungsteile. Zunächst wird geprüft, ob in den Fragebogen alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Damit verbunden ist eine erste Sichtkontrolle auf richtige Ausfüllung. Möglicherweise sind Rückfragen beim Auskunftspflichtigen erforderlich.

Vor der Übernahme der Daten auf maschinelle Datenträger erfolgt die Signierung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Arbeitsstätte und des Unternehmens sowie der Regionalangaben und der wirtschaftlichen Tätigkeit für die von der Hauptniederlassung gemeldeten Zweigniederlassungen des Unternehmens. Danach werden die Angaben des Arbeitsstättenbogens erfaßt. Eine umfassende maschinelle Plausibilitätskontrolle schließt sich an, in der mehr als 130 Fehlerbedingungen abgeprüft werden. Ein Teil der Korrekturen erfolgt maschinell. Anhand der Fehlerlisten und der Erhebungsvordrucke werden die übrigen Fehler bearbeitet. Bei Mußfehlern ist eine Korrektur zwingend erforderlich; bei Kannfehlern ist im einzelnen zu prüfen, ob eine Änderung der betroffenen Eingabefelder notwendig ist. Eine zwingend vorgesehene maschinelle Vollständigkeitskontrolle stellt sicher, daß sämtliche Einheiten, die auf der Regionalliste verzeichnet sind, vorliegen. Umgekehrt müssen für alle Arbeitsstätten Regionalangaben vorhanden sein. Bei paarigen Einheiten (aus Regionalliste und Arbeitsstättenatz) werden die Regionalangaben aus der Regionalliste in das Datenmaterial übernommen. Eine Ver-

bindung zwischen der Arbeitsstättenzahl und den Daten aus Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung ist auch in diesem Stadium nicht herstellbar.

Nach Abschluß der Plausibilitätskontrollen sind erste Ergebnisse mit Eckzahlen vorgesehen.

Das Material der Arbeitsstättenzählung wird in einem zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern abgestimmten Veröffentlichungsprogramm herausgegeben werden. Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes werden sich — dem üblichen Arbeitsschnitt folgend — vorwiegend auf die Darstellung von Bundesergebnissen konzentrieren. Die Statistischen Landesämter werden für ihren Bereich regional tief gegliederte Zahlenangaben bereitstellen.

Das Standardtabellenprogramm für die Arbeitsstättenzählung 1987 wird wiederum aus drei Tabellengruppen bestehen. Die erste enthält die Ergebnisse für Arbeitsstätten (örtliche Einheiten). Für die Arbeitsstätten bestehen zwei Möglichkeiten des Nachweises, wobei sich die Entscheidung nach dem Auswertungsziel richten wird. Zum einen können die Arbeitsstätten nach der tatsächlichen Tätigkeit der örtlichen Einheit nachgewiesen werden. Dies ist vor allem bei regional tief gegliederten Tabellen sinnvoll, in denen zum Beispiel die Versorgung der Bevölkerung eines Gebietes mit bestimmten Dienstleistungen dargestellt werden soll. So erscheint die offene Verkaufsstelle einer Kaffeerösterei in einer solchen Tabelle als „Einzelhandel mit Kaffee, Tee, Kakao“. Zum anderen ist es auch möglich, die Arbeitsstätten zum Beispiel für Zwecke der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Unternehmenskonzept nachzuweisen. Die im Beispiel genannte Arbeitsstätte fällt nach diesem Konzept in den Wirtschaftszweig „Verarbeitung von Kaffee, Tee“.

Die Ergebnisse für Ein- und Mehrbetriebsunternehmen (wirtschaftliche Einheiten) machen die zweite Tabellengruppe aus. Hier werden die Merkmale Beschäftigte, Löhne und Gehälter, Handwerkseigenschaft und Rechtsform in wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung nachgewiesen.

Die dritte Tabellengruppe zeigt die strukturellen und regionalen Zusammenhänge zwischen den Mehrbetriebsunternehmen und ihren Niederlassungen in sogenannten Verflechtungstabellen. Diese Ergebnisse werden aus den Angaben der Hauptniederlassungen über das Unternehmen erstellt. Die Auswertungsschwerpunkte der Arbeitsstättenzählung 1987 werden in strukturellen und regionalen Analysen liegen. Erstmals werden die wirtschaftssystematischen und regionalen Verflechtungen zwischen Unternehmen und ihren Niederlassungen ermittelt. Die Unternehmen einer bestimmten Region und eines bestimmten Wirtschaftszweiges einschließlich der zugehörigen Arbeitsstätten können, aufgegliedert nach Sitz und Wirtschaftszweig der Arbeitsstätten, nachgewiesen werden. Umgekehrt können auch die Arbeitsstätten einer bestimmten Region und eines bestimmten Wirtschaftszweiges nach Sitz und Wirtschaftszweig der Unternehmen, zu denen sie gehören, aufbereitet werden.

In allen drei Tabellengruppen werden die Ergebnisse für Bund und Länder, zum Teil auch für Kreise, Gemeinden

und nichtadministrative Gebietseinheiten, in einer systematischen Gliederung bis zu den fünfstelligen Wirtschaftsklassen bzw. bis zu den dreistelligen Wirtschaftsgruppen nachgewiesen. Ein vierter Programmteil enthält Sondertabellen u. a. mit Konzentrationstabellen sowie Tabellen für Handwerksunternehmen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 werden nicht nur in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter herausgegeben, sondern auch in Form von Tabellen in das EDV-gestützte Informationssystem des Statistischen Bundesamtes (STATIS-BUND) übernommen, so daß Interessenten ihre Auswertungen selbst vornehmen können.

6 Zukunftsperspektiven

Die Überlegungen zu einer Weiterentwicklung der Arbeitsstättenzählung haben durch den im „Volkszählungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts enthaltenen Auftrag an die amtliche Statistik, sich an den jeweils neuesten Methoden zu orientieren und die mildesten Mittel einzusetzen, eine gewisse Akzentverschiebung erfahren und sind stärker in den Blickpunkt gerückt. Es geht darum, Wege zu finden, die auch in Zukunft in einem veränderten statistischen Umfeld die Durchführung einer Arbeitsstättenzählung ermöglichen, wobei die Kosten nur einen, wenn auch wesentlichen Aspekt darstellen. Daß Arbeitsstättenzählungen nur als Totalerhebungen sinnvoll sind, schränkt die Zahl der Alternativen zum bisherigen Erhebungsablauf von vornherein stark ein, gegenwärtig erscheinen Möglichkeiten der postalischen Befragung der Arbeitsstätten eine ausführliche Untersuchung wert zu sein.

In der Schweiz hat erstmals im September 1985 eine postalische Arbeitsstättenzählung stattgefunden. Das Schweizer Bundesamt für Statistik ließ zu diesem Zweck im Vorfeld der eigentlichen Zählung sämtliche ihm bekannten Anschriften von Arbeitsstätten auf Postkarten ausdrucken und an die schweizerische Post ausliefern. Den Briefträgern kam hierbei die Aufgabe zu, die Anschriften zu prüfen und gegebenenfalls zu berichtigen; zusätzlich waren sie angehalten, ihnen bekannte Arbeitsstätten, für die keine Postkarte vorlag, zu melden. Bei einer Beurteilung des schweizerischen Verfahrens muß berücksichtigt werden, daß nur solche Arbeitsstätten erfaßt wurden, die eine eigene Postanschrift haben. Wenn es zum Beispiel innerhalb einer Gemeinde nur eine Unternehmensverwaltung mit Postanschrift, aber mehrere Produktionsbetriebe gibt, ist die kleinräumliche Zuordnung dieser Produktionsbetriebe nicht von vornherein gewährleistet. Sie mußte gegebenenfalls erst durch sehr aufwendige manuelle Abgleiche hergestellt werden. Eine eingehende Analyse der Probleme und Erfahrungen mit dem Schweizer Versuch — vor allem auch im Hinblick auf die rechtlichen Gegebenheiten in der Bundesrepublik — steht noch aus, sie wird aber sicherlich wertvolle Hinweise auch für die Bundesrepublik Deutschland liefern.

Unabdingbare Voraussetzung für die postalische Durchführung einer Arbeitsstättenzählung ist eine aktuelle Adressenkartei, die die Anschriften aller Arbeitsstätten

umfaßt. 1970, zum Zeitpunkt der letzten Arbeitsstättenzählung, bestanden zum Aufbau einer solchen Kartei noch keine Erfahrungen. Inzwischen existiert jedoch mit der Kartei im Produzierenden Gewerbe ein Vorbild, an dem sich der Aufbau einer Gesamtkartei anhand der Anschriften aus der Arbeitsstättenzählung 1987 orientieren könnte. Durch die Nutzung entsprechender Angaben aus kurzfristigen Bereichsstatistiken und/oder die Auswertung von sekundärstatistischen Quellen, in denen etwa Gewerbean- und -abmeldungen oder Konkursanzeigen publiziert werden, wäre eine Fortschreibung der stichtagsbezogenen Ausgangsdaten möglich und — mit gewissen Einschränkungen — eine Aktualisierung des Anschriftenmaterials bis zur nächsten Arbeitsstättenzählung gewährleistet. Damit könnte die Arbeitsstättenzählung auch unabhängig von der Volkszählung und gegebenenfalls in kürzeren Zeitabständen durchgeführt werden

Die anhand der Arbeitsstättenzählung erstellte Adressenkartei aller Arbeitsstätten wäre die ideale Auswahlgrundlage für die verschiedensten Bereichsstatistiken, so zum Beispiel auch Anknüpfungspunkt für den Aufbau einer Statistik für den Dienstleistungsbereich, der entgegen seiner wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung von der Statistik immer noch völlig unzureichend erfaßt wird. Ein anderes konkretes Projekt, das sich mit dieser Kartei angehen ließe, wäre eine Konzernstatistik als aufschlußreiche Ergänzung zu den üblichen Unternehmensstatistiken. Es ist zu erwarten, daß eine auf der Arbeitsstättenzählung basierende Arbeitsstätten- und Unternehmenskartei ähnlich produktive Wirkungen auf das Gesamtsystem der Wirtschaftsstatistik hätte wie der Aufbau einer Kartei im Produzierenden Gewerbe in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf die Statistiken in diesem Bereich.

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Buchwald
Dipl.-Volkswirt Christiane Krüger-Hemmer
Dipl.-Volkswirt Alwin Baus

Hinweis
Eine verkleinerte Reproduktion des Arbeitsstättenbogens folgt auf S. 24 ff



Arbeitsstättenbogen 1987

Stichtag für die Zahlung ist der 25. Mai 1987

Bogen-Nummer

Bitte beachten Sie an den mit ☐ gekennzeichneten Stellen die Erläuterungen auf dem heraustrennbaren Blatt

- **Rechtsgrundlage.** Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzahlung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8.11.1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14.3.1980 (BGBl. I S. 289)
- Der Text des Volkszählungsgesetzes 1987 sowie allgemeine Informationen auch zur Arbeitsstättenzahlung sind im Informationsblatt zur Volkszählung 1987 enthalten
- Weitere Hinweise zur Arbeitsstättenzahlung entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Erläuterungsblatt ① und ②
- Für jede Arbeitsstätte ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Als Arbeitsstätte gilt jede örtliche Einheit, in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind. **Ausnahme:** Keinen Arbeitsstättenbogen erhalten Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) nicht als Gewerbebetrieb gelten
- Arbeitsstätten von Behörden, der Sozialversicherung, von Kirchen, Verbänden und sonstigen Organisationen sowie von deren Anstalten und Einrichtungen, brauchen nur die mit ☒ gekennzeichneten Fragen zu beantworten. **Ausnahme:** Arbeitsstätten in der Form von öffentlich-rechtlichen Anstalten, Regiebetrieben, Eigenbetrieben und sonstigen Sondervermögen, die erwerbswirtschaftlich tätig sind und Kostendeckung anstreben, bitte den Fragebogen entsprechend den Erläuterungen ausfüllen ③
- **Rückgabe:** Sie können den ausgefüllten Fragebogen
 - dem Zahler/der Zahlerin aushändigen oder in verschlossenem Umschlag übergeben,
 - bei der Erhebungsstelle abgeben oder dorthin übersendenBei Abgabe in verschlossenem Umschlag bitte **unbedingt** Namen, Bezeichnung sowie vollständige Anschrift der Arbeitsstätte, für die dieser Fragebogen ausgefüllt wird, auf dem Umschlag angeben

➡ **Vollständige Anschrift der Arbeitsstätte, für die dieser Fragebogen ausgefüllt wird**
(Bitte in Blockschrift oder mit deutlichem Stempелеindruck)

Name, Geschäfts- oder Berufsbezeichnung

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Gemeinde

Nur ausfüllen, wenn diese Arbeitsstätte zugleich ZWEIGNIEDERLASSUNG ist – siehe Frage B 3 –

Anschrift des Unternehmens, zu dem diese Arbeitsstätte als Zweigniederlassung gehört

Name, Geschäfts- oder Berufsbezeichnung

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Gemeinde

Nur ausfüllen, wenn diese Arbeitsstätte zugleich HAUPTNIEDERLASSUNG ist – siehe Frage B 2 –

Anschrift(en) der Zweigniederlassung(en)

(Falls Sie mehr als 3 ZWEIGNIEDERLASSUNGEN haben, fordern Sie bitte vom Zähler/von der Zählerin Ergänzungsblätter an)

Laufende Nummer	Name, Geschäfts- oder Berufsbezeichnung	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Gemeinde ④
1			
2			
3			

Um Rückfragen zu erleichtern, bitten wir um folgende freiwillige Angaben:

Bearbeiter(in) dieser Meldung

Telefon- und Apparatnummer

Erläuterungen zum Fragebogen der Arbeitsstättenzählung 1987 als Bestandteil der Erhebungspapiere

① Zahlungsbereich

Bei der Arbeitsstättenzahlung handelt es sich um eine stichtagsbezogene, umfassende Bestandsaufnahme. Sie liefert in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung einen Überblick über Zahl und Größe der Arbeitsstätten und Unternehmen. Zu diesem Zweck werden vor allem Angaben über die tätigen Personen und die von den Arbeitsstätten und Unternehmen gezahlten Löhne und Gehälter erfragt.

Als **Arbeitsstätte** gilt jede örtliche Einheit (ein Grundstück oder eine abgegrenzte Raumllichkeit), in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind. Somit ist für jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jeden Filialbetrieb, jede Werkstätte, jede Praxis, jede Geschäftsstelle, jedes Büro, jede Dienststelle einer Behörde usw. ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Die Arbeitsstättenzahlung erstreckt sich auf alle Arbeitsstätten der gewerblichen Landwirtschaft, der Produktion, des Handels und Verkehrs, der Banken und Versicherungen, des Gastgewerbes, der Reinigung und Körperpflege (z. B. Friseure), der Wissenschaft, Bildung, Kultur und Publizistik (z. B. Schulen, Theater, selbständige Künstler, Schriftsteller), des Gesundheitswesens (z. B. Ärzte und Hebammen, Krankenhäuser), der Rechts- und Wirtschaftsberatung (z. B. Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsberater und -prüfer), der Kirchen, Verbände, sonstigen Organisationen ohne Erwerbszweck, der Behörden und der Sozialversicherung.

Arbeitsstätten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei werden bei der Arbeitsstättenzahlung erfaßt, sofern sie bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetrieb gelten. Dazu gehören z. B.: Betriebe der gewerblichen Gärtnerei (Landschafts- und Friedhofsgärtnerei), Betriebe der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Tierhaltung (Schweinemastereien, Geflügelfarmen, Hundezuchtereien u. dgl.) sowie Dienstleistungsbetriebe für die Land- und Forstwirtschaft (Mahdrusch, Schadlingsbekämpfung, Schafschur u. dgl.).

Auch Hausgewerbetreibende, Zwischenmeister und Werkvertragspartner gelten als Selbständige und haben deshalb einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Arbeitsstätten von Heimarbeitern werden jedoch **nicht** erfaßt. Baustellen und Schiffe gelten nicht als besondere Arbeitsstätten.

Als **Unternehmen** gilt die kleinste rechtliche Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und den Ertrag ermittelt.

Bestehen Betriebs-, Büro-, Ladengemeinschaften und Einkaufszentren aus verschiedenen Unternehmen, so müssen auch verschiedene Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden.

② Weitere Verwendung der Daten

Aus Gründen des Datenschutzes werden die Hilfsmerkmale (Name, Bezeichnung, Straße und Hausnummer, Bearbeiter[in] des Fragebogens und Telefonnummer) zum frühestmöglichen Zeitpunkt von den Erhebungsmerkmalen getrennt und gesondert aufbewahrt. Sie dürfen (ohne Telefonnummer und Bearbeiter[in] des Fragebogens) zusammen mit dem Namen der Gemeinde, der Zahl der tätigen Personen, der Angabe des Wirtschaftszweiges und der Angabe über die Zugehörigkeit zum Handwerk für Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken sowie zur Aktualisierung der Kartei im Produzierenden Gewerbe genutzt werden.

③ Wirtschaftliche Arbeitsstätten von Behörden

Arbeitsstätten, die als **Hauptniederlassungen** der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Anstalten, Regiebetriebe, Eigenbetriebe und sonstigen Sondervermögen zu behandeln sind, bitte die Abschnitte A – H vollständig ausfüllen.

Arbeitsstätten hingegen, die als **Zweigniederlassungen** gelten, müssen nur die Abschnitte A – D ausfüllen. Besteht nur eine **einzige Arbeitsstätte**, sind Angaben zu den Abschnitten A – F zu machen. Die betreffenden Anschriften sind auf Seite 1 des Fragebogens bzw. im Ergänzungsblatt anzugeben.

- ④ Auch wenn Sie in einer Gemeinde mehrere Zweigniederlassungen haben, führen Sie diese bitte einzeln auf.

⑤ Träger der Arbeitsstätte

Hier sollen die Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung sowie von Organisationen ohne Erwerbszweck ihren Träger angeben, z. B.

Arbeitsstätte	Träger
Erholungsheim	Gewerkschaft
Kindergarten	Kirche
Krankenhaus	Rotes Kreuz
Wirtschaftsministerium	Bund
Polizei	Land
Ordnungsamt	Gemeinde
Altenpflegeheim	gesetzliche Rentenversicherung

- ⑥ Bitte tragen Sie hier keine Sammelbezeichnungen ein, sondern beschreiben Sie die Art der **hergestellten, reparierten oder gehandelten Waren** möglichst genau, also nicht Fahrzeuge, sondern Kraftrader, Kraftwagen; nicht Metallwaren, sondern Metallmöbel, Beschläge; nicht Bekleidung, sondern Herrenoberbekleidung, Wasche, Kopfbedeckung.

- ⑦ Zu den **erbrachten Bauleistungen** gehören die Leistungen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe, wie z. B. im Hochbau, Straßenbau, Gerüstbau, in der Dachdeckerei und Zimmerei, der Klempnerei, Bautischlerei, Fliesen- und Plattenlegerei und im Malergewerbe.

- ⑧ Hierzu gehören die von Handelsvertretern und -vermittlern **vermittelten Waren** sowie die von Grundstücks-, Hypotheken-, Finanzierungs- und Versicherungsvertretern u. dgl. **vermittelten Leistungen**.

- ⑨ Geben Sie bitte an, ob es sich bei den **Transportleistungen** z. B. um Leistungen bei der Personen- oder Güterbeförderung, bei der See- oder Binnenschifffahrt, im Luftverkehr, in der Spedition oder Lagerei handelt.

- ⑩ Hierzu gehören sämtliche **Dienstleistungen** von Unternehmen und freien Berufen wie z. B. von Sparkassen, Krankenversicherungen, Zahnärzten, Restaurants und Schankwirtschaften, Pensionen, Damenfriseuren, selbständigen Wissenschaftlern und Sportlern, privaten Theatern, Sanatorien, Waschereien, Chemischen Reinigungen, Bestattungsinstituten u. dgl.

- ⑪ Eine **neue wirtschaftliche Tätigkeit** liegt dann vor, wenn eine erhebliche Änderung des Schwerpunkts des betrieblichen Gewerbes, der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebietes erfolgt ist, z. B. von der Herstellung von Oberbekleidung zum Einzelhandel mit Oberbekleidung. Bitte beachten Sie dazu die Fragen A 2 a – c.

Bei gleichzeitiger Aufnahme einer neuen wirtschaftlichen Tätigkeit und Standortverlagerung bitte nur die Frage nach der Neueroöffnung der Arbeitsstätte ankreuzen.

- ⑫ Kreuzen Sie hier bitte an, wenn Ihre Arbeitsstätte die **Hauptniederlassung** einer Firma, eines Unternehmens, einer Praxis u. dgl. ist, zu der noch rechtlich unselbständige Arbeitsstätten (Zweigniederlassungen ⑬) gehören. Als Hauptniederlassung gilt nur die Arbeitsstätte, von der aus das ganze Unternehmen geleitet wird.

- ⑬ Eine Arbeitsstätte gilt als **Zweigniederlassung**, wenn sie von der Hauptniederlassung räumlich – gegebenenfalls auch in derselben Gemeinde – getrennt besteht und rechtlich unselbständig ist.

– Dieses Blatt kann herausgetrennt werden –

⑭ **Tätige Personen**

Als tätige Personen gelten **alle** voll- und teilzeitbeschäftigten Personen, die am Stichtag in einem Arbeitsverhältnis stehen und in der Lohn- und Gehaltsliste geführt werden, einschließlich tätiger Inhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger, **unabhängig** von der Arbeitszeit, die sie in der Arbeitsstätte tätig sind

Mitzuzählen sind auch Vertreter und Reisende sowie das Personal auf Bau- und Montagestellen, auf Fahrzeugen und Schiffen

Nicht zu melden sind Personen, die zur Ableistung des Grundwehrdienstes oder des zivilen Ersatzdienstes einberufen sind, im Ausland beschäftigte Personen und Arbeitskräfte, die als Beauftragte anderer Arbeitsstätten in der meldenden Arbeitsstätte Montage- oder Reparaturarbeiten durchführen. Nicht mitzuzählen sind auch Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen wurden (Leiharbeiter wie Fremdlöhner, Zeitbeschäftigte für Bürotätigkeiten usw.)

Bei Arbeitsstätten, die an Arbeitsgemeinschaften des Baugewerbes beteiligt sind, müssen die Angaben einschließlich „Arge-Anteile“ gemacht werden

Heimarbeiter werden nicht erfaßt

⑮ **Stichtag ist der 25. Mai 1987**

Sind die tätigen Personen zu diesem Tag nicht zu ermitteln, nehmen Sie bitte als Stichtag den nächstmöglichen Zeitpunkt vor oder nach dem 25. Mai 1987

⑯ **Unbezahlt mithelfende Familienangehörige**

Mithelfende Familienangehörige, die in einem Lohn-, Gehalts- oder Ausbildungsverhältnis stehen, sind nicht hier, sondern unter C 4 – 7 und bei Hauptniederlassungen auch unter G 1 c zu melden.

⑰ **Angestellte**

Angestellte sind Arbeitnehmer, die der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung unterliegen oder auf Grund besonderer Vorschriften von dieser befreit sind. Betriebsleiter, Direktoren, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, die nicht Inhaber sind, sondern im Angestelltenverhältnis stehen, sind hier mitzuzählen

⑱ **Facharbeiter/Gesellen**

Facharbeiter/Gesellen sind Arbeitnehmer, die der Arbeiterrentenversicherung unterliegen oder auf Grund besonderer Vorschriften von dieser befreit sind und wegen ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig oder verantwortungsvoll gelten. Die Befähigung kann durch eine abgeschlossene praktische Berufsausbildung, einen gleichwertigen Berufsfachschulabschluß oder durch langjährige Beschäftigung mit gleichwertigen Arbeiten bei entsprechender Entlohnung erworben sein (z.B. Vorarbeiter). Arbeiterrentenversicherungspflichtige Meister sind hier ebenfalls zu erfassen.

⑲ **Auszubildende**

Hierzu zählen gewerblich, kaufmännisch, handwerklich, landwirtschaftlich und technisch Auszubildende in allen Ausbildungsbereichen und im öffentlichen Dienst, einschl. Anlernlinge, Umschuler, Volontäre und Praktikanten, jedoch ohne Beamte im Vorbereitungsdienst

⑳ **Teilzeitbeschäftigte**

Als Teilzeitbeschäftigte gelten alle am Stichtag tätigen Personen, die zur Ableistung einer kürzeren als der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind. Tätige Inhaber und unbezahlt mithelfende Familienangehörige sind entsprechend zu beurteilen. Kurzarbeit gilt nicht als Teilzeitbeschäftigung

㉑ **Ausländer**

Ausländer sind alle Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit einschl. der Staatenlosen und der Personen mit „ungeklärter“ Staatsangehörigkeit, die sich im

Bundesgebiet aufhalten. Die in der Bundesrepublik anwesenden nichtdeutschen Flüchtlinge, die den Status eines heimatlosen Ausländers oder ausländischen Flüchtlings besitzen, zählen zu den Ausländern. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine fremde Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

㉒ **Löhne und Gehälter für 1986**

Die Summe der Löhne und Gehälter bezieht sich auf das Kalenderjahr 1986. Sollte die Angabe nur für das Geschäftsjahr möglich sein, sind die Angaben für das letzte Geschäftsjahr zu machen, das bis Mai 1987 zu Ende ging.

Bei den Löhnen und Gehältern sind **einzubeziehen** alle tariflichen oder frei vereinbarten Zulagen (z.B. Akkord-, Nachtarbeits- und Schmutzzulagen, Mietzuschüsse, Kinderzulagen, Fahrkartenzuschüsse, Essengeld), Naturalvergütungen, Vergütungen für ausgefallene Arbeitszeit (insbesondere Urlaubsgeld), Zuschüsse der Arbeitgeber zum Krankengeld, Urlaubsbeihilfen, Entschädigungen für nicht gewährten Urlaub, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Erfolgsprämien, Erfindergeld, vermögenswirksame Leistungen im Sinne von § 2 des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer

Vergütungen für Heimarbeiter sind nicht zu melden.

Nicht einzubeziehen sind Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, Zahlungen auf Grund des Kindergeldgesetzes, allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. für Kantinen, Werkskindergarten, Erholungshome usw.), Spesenersatz, Bergmannsprämien für Bergleute unter Tage, Ruhegehälter und Betriebspensionen, Auslosungen im Baugewerbe sowie Umzugskostenvergütungen.

㉓ **Rechtsform des Unternehmens**

Hierzu gehören auch die mit dem Zweck der Kostendeckung betriebenen erwerbswirtschaftlich geführten Unternehmen ohne eigenständige Rechtsform (Regiebetriebe, Eigenbetriebe und sonstige Sondervormögen) von juristischen Personen des öffentlichen Rechts

㉔ **Angaben über das gesamte Unternehmen**

Die Angaben über das gesamte Unternehmen als rechtlich selbständige Einheit einschließlich aller Zweigniederlassungen im Inland – auch land- und forstwirtschaftlicher Art – zu machen. Zweigniederlassungen im Ausland werden hingegen nicht erfaßt. Bei Unternehmen, die sich an Arbeitsgemeinschaften des Baugewerbes beteiligen, sind die „Arge-Anteile“ einzubeziehen

– Die tätigen Personen des **gesamten Unternehmens** in Abschnitt G setzen sich aus den tätigen Personen in der Hauptniederlassung (Abschnitt C) und den tätigen Personen in den Zweigniederlassungen (Abschnitt H) zusammen

In Abschnitt H sind die tätigen Personen je Zweigniederlassung nur in einer Position ausgewiesen. Deshalb müssen sie in männliche und weibliche tätige Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und Arbeitnehmer aufgeteilt werden. Zusammen mit den entsprechenden Positionen in Abschnitt C erhalten Sie als **Summe** die für das gesamte Unternehmen einzutragenden Zahlen. Die Arbeitnehmer setzen sich in Abschnitt C aus den Positionen 3 – 7 zusammen

– Die Bruttolöhne und -gehälter des **gesamten Unternehmens** in Abschnitt G erhalten Sie ebenfalls als Summe der Löhne und Gehälter der Hauptniederlassung (Abschnitt D) und der Löhne und Gehälter der Zweigniederlassungen (Abschnitt H)

㉕ Zu den **Arbeitnehmern** zählen Beamte, Angestellte, Facharbeiter, Gesellen, sonstige Arbeiter und Auszubildende

㉖ In **Abschnitt H** sind alle inländischen **Zweigniederlassungen** aufzuführen, auch solche land- und forstwirtschaftlicher Art.

㉗ Bitte geben Sie hier die **wirtschaftliche Tätigkeit** ihrer Zweigniederlassung(en) in Anlehnung an die Fragen A 2 a – c an.

A	Allgemeine Angaben über die Arbeitsstätte, für die dieser Fragebogen ausgefüllt wird	Bogen-Nummer	Satz- stelle 1 – 7
	➡ 1 Träger der Arbeitsstätte – nur bei Anstalten oder Einrichtungen von Behörden oder der Sozialversicherung sowie von Kirchen, Verbänden und sonstigen Organisationen ⑤	Bitte nicht ausfüllen! <div>Satzart 1</div>	8
	➡ 2 Wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeitsstätte a Genaue Bezeichnung des betriebenen Gewerbes, der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebietes:	Wirtschaftsklasse der Arbeitsstätte <div></div> des Unternehmens <div></div>	9 – 13 14 – 18
b	Mit folgenden zusätzlichen Angaben ermöglichen Sie uns die Zuordnung Ihrer Arbeitsstätte zu den einzelnen Wirtschaftszweigen. Nennen Sie bitte die		
b 1	– hergestellten, erzeugten oder gewonnenen Güter oder Waren ⑥	Falls Sie in einer Zeile mehrere Angaben gemacht haben, unterstreichen Sie bitte die hauptsächlich hergestellte Ware oder erbrachte Leistung	
b 2	– reparierten Waren ⑥		
b 3	– erbrachten Bauleistungen ⑦		
b 4	– im Großhandel gehandelten Waren ⑧		
b 5	– im Einzelhandel gehandelten Waren ⑧		
b 6	– vermittelten Waren und vermittelten Leistungen ⑨		
b 7	– erbrachten Transportleistungen ⑨		
b 8	– erbrachten sonstigen Tätigkeiten, Dienstleistungen ⑩		
c	Falls Sie in mehreren Zeilen Angaben gemacht haben, kreuzen Sie bitte unten die Nummer der Zeile an, die den Schwerpunkt Ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit beschreibt <div>b 1 <input type="checkbox"/> b 2 <input type="checkbox"/> b 3 <input type="checkbox"/> b 4 <input type="checkbox"/> b 5 <input type="checkbox"/> b 6 <input type="checkbox"/> b 7 <input type="checkbox"/> b 8 <input type="checkbox"/></div>		

➡ 3

a

Eröffnung dieser Arbeitsstätte (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Wann wurde die unter A 2 angegebene wirtschaftliche Tätigkeit an diesem Standort aufgenommen (Eröffnung)?

11	vor 1960	1960 – 1969	1970 – 1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9

b

Wenn nach 1980 eröffnet:

Handelt es sich um eine Neueroöffnung der Arbeitsstätte?
(Neugründung oder neue wirtschaftliche Tätigkeit) ⑪

oder eine Standortverlagerung innerhalb der Gemeinde?

oder eine Standortverlagerung aus einer anderen Gemeinde?

12

1

12

2

12

3

B

Niederlassungsart (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Arbeitsstätten von Behörden, der Sozialversicherung, von Kirchen, Verbänden und sonstigen Organisationen sowie deren Anstalten und Einrichtungen brauchen diese Frage nicht zu beantworten

1

Besteht die Firma (Unternehmen, Praxis, Büro u. dgl.) nur aus dieser **einzigsten Arbeitsstätte**?

15

1

B 1

2

Wenn B 1 nicht zutrifft, wird das aus mehreren Arbeitsstätten bestehende Unternehmen von dieser Arbeitsstätte aus geleitet (**Hauptniederlassung**)? ⑫

15

2

B 2

3

Wenn B 1 und B 2 nicht zutreffen, bitte das Feld zu B 3 ankreuzen und die Anschrift auf Seite 1 und den **Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit** des Unternehmens eintragen, zu dem diese Arbeitsstätte als **Zweigniederlassung** gehört ⑬

15

3

B 3

Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit des gesamten Unternehmens in Anlehnung an die Fragen A 2 a – c

C

Tätige Personen ⑭ in dieser Arbeitsstätte am 25. Mai 1987 ⑮

einschließlich der vorübergehend Abwesenden, Kranken und Urlauber

1

Tätige Inhaber

16

17

2

Unbezahlt mithelfende Familienangehörige ⑯

18

19

➡ 3

Beamte/Richter, Beamtenanwärter (im öffentl.-rechtl. Dienstverhältnis)

20

21

➡ 4

Angestellte (ohne Auszubildende) ⑰

24

25

➡ 5

Facharbeiter, Gesellen (ohne Auszubildende, ohne Heimarbeiter) ⑱

26

27

➡ 6

Sonstige Arbeiter (ohne Heimarbeiter)

28

29

➡ 7

Auszubildende (auch Anlernlinge, Praktikanten u. Volontäre) ⑲

30

31

➡ 8

Tätige Personen insgesamt

32

33

➡ 9

von den tatigen Personen insgesamt sind Teilzeitbeschäftigte ⑳

34

35

➡ 10

von den Arbeitnehmern unter 4 – 7 sind Ausländer ㉑

36

37

D

Löhne und Gehälter in dieser Arbeitsstätte

in vollen DM

➡ 1

Bruttolöhne und -gehälter im Kalenderjahr 1986 ㉒

38

➡ 2

Bitte kreuzen Sie nebenstehendes Feld an, wenn im Kalenderjahr 1986 keine Löhne und Gehälter zu zahlen waren

39

1

Diese Seite nur ausfüllen,
wenn Frage B 1 (einzige Arbeitsstätte) oder B 2 (Hauptniederlassung) angekreuzt ist!

E

Handwerkseigenschaft (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

1 Ist der Inhaber/die Inhaberin oder der Leiter/die Leiterin mit einem handwerklichen Haupt- oder Nebenbetrieb in die Handwerksrolle eingetragen?

ja

40	1	
----	---	--

(Handwerksähnliche Gewerbe bitte nicht berücksichtigen)

nein

40	2	
----	---	--

2 Wenn ja: Die Eintragung im Sinne der Handwerksordnung gilt

a für einen handwerklichen Hauptbetrieb

41	1	
----	---	--

b für einen oder mehrere handwerkliche Nebenbetriebe

41	2	
----	---	--

F

Rechtsform des Unternehmens (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

1 Nur eine Person als Inhaber(in)

42	01	
----	----	--

2 Mehrere Personen als Inhaber (z.B. Sozietät, Gesellschaft bürgerlichen Rechts), jedoch nicht in einer der nachstehend genannten Rechtsformen

42	02	
----	----	--

3 OHG

42	03	
----	----	--

4 KG

42	04	
----	----	--

5 GmbH und Co KG

42	05	
----	----	--

6 GmbH

42	06	
----	----	--

7 AG bzw. KGaA

42	07	
----	----	--

8 Eingetragene Genossenschaft

42	08	
----	----	--

9 Sonstige private Rechtsform, z.B. eingetragener Verein, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

42	09	
----	----	--

10 Wirtschaftliche Unternehmen von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts

42	10	
----	----	--

Diese Seite nur ausfüllen, wenn Frage B 2 (Hauptniederlassung) angekreuzt ist!

G	Angaben über das gesamte Unternehmen ②④	Anzahl		
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">männlich</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">weiblich</td> </tr> </table>	männlich	weiblich
männlich	weiblich			
1	Tätige Personen ④ im Unternehmen am 25. Mai 1987 ⑤			
a	Tätige Inhaber	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">44</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">45</td> </tr> </table>	44	45
44	45			
b	Unbezahlt mithelfende Familienangehörige ⑥	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">46</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">47</td> </tr> </table>	46	47
46	47			
c	Arbeitnehmer ②⑤	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">48</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">49</td> </tr> </table>	48	49
48	49			
d	Tätige Personen insgesamt	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">50</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">51</td> </tr> </table>	50	51
50	51			
2	Bruttolöhne und -gehälter im Unternehmen im Kalenderjahr 1986 ②	in vollen DM		
3	Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens in Anlehnung an die Fragen A 2a - c.			
4	Anzahl der inländischen Zweigniederlassungen, die zum Unternehmen gehören Machen Sie bitte in Abschnitt H für diese Zweigniederlassungen weitere Angaben.	53		

H	Zweigniederlassungen des Unternehmens ②⑤ Hier sind für die unter G 4 angegebenen Zweigniederlassungen Angaben zu machen. Wichtig: Reihenfolge von Seite 1 beibehalten!	Bogen-Nummer	Satz- stelle 1 - 7 8
		Satzart	7
1	Wirtschaftliche Tätigkeit ②⑦ (Betriebenes Gewerbe, ausgeübte Tätigkeit):	Bitte nicht ausfüllen! laufende Nummer	1
		Land	Kreis
		Gemeinde	
		Wirtschaftsklasse der Arbeitsstätte	
		Anzahl	
		in vollen DM	
		Bitte kreuzen Sie nebenstehendes Feld an, wenn 1986 keine Löhne und Gehälter zu zahlen waren.	
		1	
2	Wirtschaftliche Tätigkeit ②⑦ (Betriebenes Gewerbe, ausgeübte Tätigkeit):	Bitte nicht ausfüllen! laufende Nummer	2
		Land	Kreis
		Gemeinde	
		Wirtschaftsklasse der Arbeitsstätte	
		Anzahl	
		in vollen DM	
		Bitte kreuzen Sie nebenstehendes Feld an, wenn 1986 keine Löhne und Gehälter zu zahlen waren.	
		1	
3	Wirtschaftliche Tätigkeit ②⑦ (Betriebenes Gewerbe, ausgeübte Tätigkeit):	Bitte nicht ausfüllen! laufende Nummer	3
		Land	Kreis
		Gemeinde	
		Wirtschaftsklasse der Arbeitsstätte	
		Anzahl	
		in vollen DM	
		Bitte kreuzen Sie nebenstehendes Feld an, wenn 1986 keine Löhne und Gehälter zu zahlen waren.	
		1	

Zu einigen aktuellen Aspekten der Forschung und Entwicklung im Statistischen Bundesamt

1 Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die Bundesstatistik

Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, die darauf angelegt sind, in systematischer und schöpferischer Weise den Kenntnisstand über die Konzepte, Methoden und Verfahren statistischen Arbeitens zu erweitern und damit das praktische Statistikwissen in Erhebung, Aufbereitung und Weiterverarbeitung sowie Darbietung zu ergänzen, haben für die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik seit jeher eine sehr große Bedeutung gehabt¹⁾. Allerdings stießen die in Fachkreisen intensiv geführten wissenschaftlichen Diskussionen über diese Kreise hinaus nicht in gewünschtem Maße auf größere Resonanz. Dennoch waren sich die Statistiker in den Statistischen Ämtern immer darüber im klaren, in welch starkem Maße die Leistungsfähigkeit ihrer Disziplin davon abhängt, inwieweit neue Konzepte, Methoden und Verfahren rechtzeitig untersucht, erprobt und angewandt werden.

Das Statistische Bundesamt steht in dieser Tradition der Forschung und Entwicklung in den statistischen Zentralämtern der Industrienationen. Zeit seines Bestehens hat es in enger Verbindung mit den Statistischen Landesämtern aus der praktischen Arbeit heraus das laufende Programm der Bundesstatistik ständig auf Zuverlässigkeit und Effizienz der angewandten Konzepte, Methoden und Verfahren überprüft und verbessert. Darüber hinaus waren naturgemäß mit der bedarfsorientierten inhaltlichen Weiterentwicklung des Programms der Bundesstatistik viele Neugestaltungen oder durchgreifende Änderungen der Methoden statistischer Arbeit verbunden.

Die dafür erforderliche Forschung bediente sich vielfältiger Quellen²⁾. Zu einem Teil konnten die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse einer Vielzahl von Institutionen und Stellen im In- wie im Ausland aufgegriffen werden, um sie nach Anpassung an die spezifischen Verhältnisse der Bundesstatistik für die eigenen Aufgaben nutzbar zu machen. Allerdings war es in der Vergangenheit in vielen Fällen nicht möglich, auf die Ergebnisse anderer Institutionen zurückzugreifen, vielmehr mußten die anzuwenden-

den Konzepte, Methoden und Verfahren vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern selbst entwickelt werden. Doch auch in diesen Fällen wurde der Gedankenaustausch mit Wissenschaftlern an Hochschulen, bei anderen Behörden und sonstigen Institutionen intensiv gepflegt.

Die Vielseitigkeit des Arbeitsgebietes der amtlichen Statistik brachte es dabei mit sich, daß enge Verbindungen zu einer ganzen Reihe von Wissenschaftsdisziplinen aufgebaut wurden. So stehen die amtlichen Statistiker heute in einem intensiven Austausch mit Wissenschaftlern in Hochschul- und sonstigen wissenschaftlichen Instituten der Wirtschaftsforschung, der Bevölkerungs- und Sozialforschung, der Agrarwissenschaft, der Umweltforschung, der Verkehrswissenschaft und insbesondere natürlich mit den Wissenschaftlern der Hochschulstatistik.

In den letzten Jahren hat das Statistische Bundesamt versucht, über eine weitere Intensivierung der Kontakte zur Hochschulforschung den Forschungseinsatz für die Bundesstatistik zu erhöhen. Dies geschah in der Erkenntnis, daß sich in den letzten Jahren die technologischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Bundesstatistik entscheidend verändert haben. Abzulesen ist dies an so wichtigen Einflußfaktoren wie

- dem Informationsbedarf der Benutzer amtlicher statistischer Daten, der kontinuierlich gestiegen ist,
- der Auskunftsbereitschaft der Befragten bei amtlichen statistischen Erhebungen, die sich in den letzten Jahren deutlich verändert hat,
- den Informations- und Kommunikationstechniken, bei denen gerade in letzter Zeit ganz wesentliche Fortschritte erzielt worden sind,
- den finanziellen Ressourcen der statistischen Ämter, die verhältnismäßig immer enger werden, und
- der datenschutzrechtlichen Entwicklung, die in den letzten Jahren entscheidenden Einfluß auf die Regelung und Abwicklung von statistischen Erhebungen genommen hat.

Schon aus dieser kurzen Aufzählung wird deutlich, daß sich die technologischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Bundesstatistik in den letzten Jahren besonders dynamisch entwickelt haben. Dies bedingt auch einen erhöhten Einsatz an Forschung und Entwicklung, denn Forschungsaktivitäten sind das wohl wesentlichste Instrument, um eine sachgerechte Anpassung des Systems der Bundesstatistik an die sich wandelnden Rahmenbedingungen zu erreichen.

Vor dem Hintergrund dieser sich zum Teil sehr schnell ändernden Gegebenheiten des Bundesstatistiksystems soll der vorliegende Beitrag einen kurzen Überblick über die derzeitige Organisation sowie die Planung und Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Statistischen Bundesamt geben. Darüber hinaus hat er das Ziel, Schwerpunkte im derzeit laufenden Forschungs- und Entwicklungsprogramm des Statistischen Bundesamtes aufzuzeigen.

¹⁾ Zur Bedeutung der Forschung für die amtliche Statistik siehe: United Nations Handbook of Statistical Organization, Volume I, A Study on the Organization of National Statistical Services and Related Management Issues, New York 1980, S. 56 ff., zur Definition von Forschung und Entwicklung siehe: Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Die Messung wissenschaftlicher und technischer Tätigkeiten, „Frascati-Handbuch 1980“, Bonn 1982, S. 29.

²⁾ Siehe Hamer, G. „Mehr Forschung für die Bundesstatistik“ in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel, Stuttgart und Mainz 1984, S. 25 f.

2 Organisation von Forschung und Entwicklung im Statistischen Bundesamt

Die Organisationsstruktur eines statistischen Amtes kann vom Grundsatz her eher an Funktionen (z. B. Erhebung, Aufbereitung und Weiterverarbeitung, Darbietung usw.) oder eher an Fachgebieten (z. B. Bevölkerungsstatistik, Wirtschaftsstatistik usw.) ausgerichtet werden³⁾. Ohne auf diese grundlegenden Organisationsprinzipien an dieser Stelle näher eingehen zu wollen — der Interessierte mag beispielsweise im Handbook of Statistical Organization der Vereinten Nationen nachlesen —, ist hier doch festzuhalten, daß bei der Organisation des Statistischen Bundesamtes in erster Linie fachorientierte Überlegungen den Ausschlag gegeben haben, wie der nachstehende Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes in Übersicht 1 zeigt.

Übersicht 1 Organisation von Forschung und Entwicklung im Statistischen Bundesamt



Die Organisation der Forschung und Entwicklung folgt der Fachbereichsorientierung und bedeutet damit eine Dezentralisierung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten. Für die Weiterentwicklung der Konzepte, Methoden und Verfahren ist zunächst die jeweilige Fachabteilung (Abteilungen III bis VIII) zuständig

Allerdings wurden die Abteilungen in ihren Forschungs- und Entwicklungsbemühungen stets durch die sogenannten Querschnittsabteilungen Z (Verwaltung), I (Allgemeine und zusammenfassende Aufgaben der Statistik) und II (Mathematik, Maschinelle Datenverarbeitung) unterstützt. Insofern war seit jeher ein gewisses Element funktionaler Ausrichtung auch in der Organisation der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Statistischen Bundesamt enthalten. Mit der Einrichtung einer kleinen Arbeitsgruppe Methodenforschung für die Bundesstatistik im Jahr 1985 ist dieses fachübergreifende Element noch unterstrichen worden. Sie ist Abteilung I zugeordnet.

Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, die Planung der Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik zusammenfassend zu bearbeiten, zur Entwicklung neuer Konzepte, Methoden und Verfahren beizutragen, soweit davon mehrere fachliche Einheiten berührt sind, und zudem die Fachabteilungen bei bestimmten Vorhaben zu unterstützen. Außerdem soll sie den Kontakt zu wissenschaftlichen Einrichtungen, zu Behörden und zu sonstigen Institutionen in Methodenfragen intensivieren sowie zur Beschreibung und Verbreitung der methodischen Arbeiten des Statistischen Bundesamtes beitragen.

3 Planung und Durchführung der Forschung und Entwicklung im Statistischen Bundesamt

Im Zusammenhang mit der statistischen Arbeit kann, nach der eingangs skizzierten Definition der Forschung als Prozeß der Gewinnung neuer Erkenntnisse, die routinisierte Sammlung statistischer Informationen, das heißt die Durchführung statistischer Erhebungen nach festgelegten Konzepten sowie eingeübten Methoden und Verfahren, nicht als Forschung oder Entwicklung bezeichnet werden. Allerdings ist der Bundesstatistiker seit jeher gehalten, auch das laufende Programm der Bundesstatistik permanent auf Zuverlässigkeit und Effizienz der angewandten Methoden und Verfahren zu überprüfen, so daß auch im Zusammenhang mit der Durchführung von „Standarderhebungen“ Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten notwendig werden

Im allgemeinen vollzieht sich diese Forschung und Entwicklung nicht in spektakulären Sprüngen, sondern begleitend bei der steten Überprüfung und Weiterentwicklung des Arbeitsprogramms der Bundesstatistik. Häufig lassen sich die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten auch gar nicht hinreichend genau von der laufenden Arbeit der einzelnen Facheinheiten im Statistischen Bundesamt trennen und können deshalb auch nicht im Rahmen eigenständiger Forschungs- und Entwicklungsprojekte bearbeitet werden

Einige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten haben allerdings eine gewisse Mindestgröße, die — bestimmt durch das Forschungsziel und den Umfang des Forschungseinsatzes — zur Definition eines größeren Forschungs- und Entwicklungsprojektes führt. Projekte dieser Art werden im Statistischen Bundesamt einer detaillierteren Forschungsplanung unterzogen, nicht zuletzt

³⁾ Siehe United Nations Handbook a a O, S 7 ff

deshalb, weil diese Aktivitäten Personalkapazitäten binden und insoweit eine Ausrichtung an den Amtsprioritäten unabdingbar erforderlich ist. Gleichzeitig hat diese Planung eine Transparenzfunktion, das heißt, sie setzt alle Stellen, die an der Planung der Bundesstatistik mitwirken, in den Stand, die wesentlichen konzeptionellen, methodischen und verfahrensbezogenen Weiterentwicklungen im Überblick zu behalten.

Der Planungsprozeß für diese größeren Vorhaben ist gestuft aufgebaut. Der **Forschungsbedarfsplan** — als erste Stufe dieser Planung — soll lediglich einen Überblick über die Gesamtheit der interessanten Forschungsfragestellungen auf dem Gebiet der Bundesstatistik ohne weitere Konkretisierung und in zunächst nur schwacher Strukturierung geben. Diese umfassende Sammlung der denkbaren Forschungsansätze sollte allerdings möglichst vollständig geführt werden. Als Anregung für externe Wissenschaftler wurde eine Auswahl von Themen aus diesem Forschungsbedarfsplan im Jahr 1985 zusammengestellt und verschiedenen wissenschaftlichen Gesellschaften mit der Bitte um Verbreitung überlassen. Daraus haben sich bereits einige konkrete Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit ergeben.

Zentrales internes Planungsinstrument ist der **Forschungsgesamtplan**, der die wesentlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekte enthält, in denen innovativ für die Bundesstatistik und unter Einsatz wissenschaftlich ausgebildeten Personals Fragestellungen bearbeitet werden, die der Weiterentwicklung der Konzepte, Methoden und Verfahren der Bundesstatistik dienen sollen. In diesem Plan sind nur solche Projekte enthalten, die im Hinblick auf die übergeordneten Zielsetzungen der Bundesstatistik mindestens als wichtig eingestuft werden und von den fachlich zuständigen Stellen im Statistischen Bundesamt in den jeweils nächsten fünf Jahren in Angriff genommen werden können.

Die Bedeutung der einzelnen Projekte und ihre Einstufung orientieren sich unter anderem daran, ob die Forschungsergebnisse zu einem bestimmten Zeitpunkt für eine wichtige Amtsaufgabe zwingend zur Verfügung stehen müssen, ob sie eher die Voraussetzung für eine längerfristige erfolgreiche Weiterentwicklung der Bundesstatistik sind, und/oder ob sie von den Auftraggebern, den sonstigen Konsumenten, den Befragten oder der breiten Öffentlichkeit als vordringlich eingeschätzt werden.

Der zur Zeit gültige Forschungsgesamtplan mit dem Stand 1986 hat eine Reichweite bis 1990. Laufende Arbeiten zur Weiterentwicklung der Konzepte, der Methoden und der Verfahren, die in untrennbarem Zusammenhang mit der inhaltlichen Vorbereitung statistischer Erhebungen stehen, wurden in den Forschungsgesamtplan nicht aufgenommen. Der Plan enthält zu jedem Projekt eine Skizze, in der das Ziel des Vorhabens, der Aufbau des Projekts, das erwartete Ergebnis, die geschätzte Zeitdauer des Projekts, seine Priorität sowie die Verbindungen zu anderen Projekten beschrieben werden.

In einem dritten Schritt schließt sich bei größeren Projekten noch eine detailliertere **Einzelprojektplanung** an, die zum Beispiel immer dann unabdingbar erforderlich

ist, wenn externe Stellen als Forschungsauftraggeber auftreten.

Von Dritten finanzierte Forschungs- und Entwicklungsprojekte sind in der Bundesstatistik allerdings bisher eher die Ausnahme. Dies bedingt, daß die Projekte ganz überwiegend vom Statistischen Bundesamt aus eigener Kraft und mit dem verfügbaren Personal neben dem laufenden Statistikgeschäft durchgeführt werden müssen. Dabei sind Kapazitätsprobleme nicht immer zu vermeiden. Der flexible Einsatz der Arbeitsgruppe Methodenforschung, die verschiedene Projekte der Facheinheiten unterstützt, kann hier teilweise helfen.

Darüber hinaus suchen die Facheinheiten nach Möglichkeiten einer externen Unterstützung ihrer Forschungs- und Entwicklungsprojekte, soweit die Art der zu leistenden Arbeiten dies zuläßt. Die Möglichkeiten dieser externen Unterstützung reichen von der Installation eines projektbegleitenden Beirats aus externen Wissenschaftlern bis zur Bearbeitung eines spezifischen Aspekts eines Vorhabens im Rahmen einer Diplomarbeit oder sonstigen wissenschaftlichen Arbeit im Ausbildungsprozeß an den Hochschulen. Zu denken ist auch an die gemeinsame Veranstaltung eines wissenschaftlichen Kolloquiums zu einem Themenkomplex oder an die Übernahme eines Projekts durch einen externen Zuwendungsempfänger. Die Möglichkeiten, Forschungsaufträge für Zwecke der methodischen Weiterentwicklung der Bundesstatistik zu vergeben, sind allerdings bisher sehr begrenzt, weil im Statistischen Bundesamt kein zweckunabhängiger Forschungstitel zur Disposition steht. Gelegentlich finanziert jedoch auch ein Bundesministerium ein Projekt, das Relevanz für die methodische Weiterentwicklung der Bundesstatistik hat.

4 Schwerpunkte im laufenden Forschungs- und Entwicklungsprogramm

Die Vielseitigkeit der Arbeitsgebiete im Rahmen der Bundesstatistik führt zu einem breitgefächerten Einsatzbereich und zu sehr unterschiedlichen Ansätzen der Forschung zur Unterstützung der Weiterentwicklung. Dieses Spektrum umfaßt

- die konzeptionelle Weiterentwicklung statistischer Gesamtsysteme sowie speziellerer problemorientierter Darbietungssysteme und
- die konzeptionelle, methodische und verfahrensbezogene Weiterentwicklung der Basisfunktionen statistischen Arbeitens, das heißt des Erhebens, des Aufbereitens und Weiterverarbeitens sowie des Darbietens der statistischen Ergebnisse, zumeist — aber nicht immer — orientiert an der Weiterentwicklung einer einzelnen Statistik.

Übersicht 2 gibt einen Überblick über die zwischen 1986 und 1990 geplanten Forschungsschwerpunkte des Statistischen Bundesamtes in dieser Untergliederung. Die darin enthaltenen Projekte sind nach den bereits dargelegten Prioritätsregeln aus einer Vielzahl von möglichen und sicherlich auch sehr interessanten Forschungsfragestellungen

Übersicht 2: Ausgewählte Forschungsprojekte aus dem laufenden Programm 1986 bis 1990

I Statistische Gesamtsysteme und speziellere problemorientierte Darbietungssysteme

- Ansätze zur Aufstellung von Satellitensystemen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
- Erstellung eines Satellitensystems für den Umweltschutz
- Konzepte zur statistischen Erfassung der Haushaltsproduktion
- Möglichkeiten und Grenzen einer statistischen Erfassung der Schattenwirtschaft
- Ansätze zu einer koordinierten statistischen Auswertung von Umweltmeßdaten
- Ansätze zur statistischen Erfassung von Recycling-Prozessen
- Möglichkeiten und Grenzen von Registerauswertungen am Beispiel der Einwohnerdatei
- Ansätze zur Bestimmung eheähnlicher Lebensgemeinschaften
- Auf- und Ausbau spezieller problemorientierter Darbietungssysteme am Beispiel „Gesundheitsrisiken“

II Basisfunktionen statistischen Arbeitens

a) Erhebungsfunktion

- Methodische Weiterentwicklung des Mikrozensus über die freiwilligen Testerhebungen
- Methodische Weiterentwicklung der Volkszählung über das Begleituntersuchungsprogramm zur Volkszählung 1987
- Methodische Vorbereitung der Erhebungen für besondere Zwecke
 - Stichprobenmethodische Möglichkeiten und Grenzen
 - Verfügbarkeit von allgemein zugänglichen Registern bzw. Adreßdateien
- Einsatzmöglichkeiten von Telefoninterviewverfahren
- Methodische Vorbereitung einer Erhebung über Zeitbudgets
- Möglichkeiten und Probleme einer statistischen Erfassung von Dienstleistungen
- Luftbildgestützte Flachendatei – bessere Daten über die Bodennutzung
- Konzepte einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bei Ausländerhaushalten und in Anstalten
- Konzeption einer eigenen Erhebung über den Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln
- Möglichkeiten der Gewinnung von bundesstatistischen Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen
- Vergleich des Lohnsummen- und des Individualverfahrens zum Nachweis der Entwicklung von Arbeitnehmerverdiensten

b) Aufbereitungs- und Weiterverarbeitungsfunktion

- Berechnung eines Preisindex für Computer
- Konzepte der Einbeziehung der Eigennutzung von Wohnungen in den Preisindex für die Lebenshaltung
- Konzeption von Kaufwertindizes für landwirtschaftlich genutzte Flächen
- Erweitertes Kennzahlensystem für den Aktienmarkt
- Erschließung außenhandels- und produktionsstatistischer Quellen für verkehrsstatistische Darstellungen
- Untersuchung des seewartigen Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland unter Verwendung ausländischer und internationaler Quellen
- Schätzung des Gefahrgutaukommens unter Einbeziehung von Verkehrs-, Außenhandels-, Produktions- und Umweltstatistiken
- Konzepte monatlicher Erwerbstätigenschätzungen
- Entwicklung eines methodischen Konzepts zur Schätzung von Erwerbstätigenzahlen nach Wirtschaftssektoren sowie nach Kreisen auf der Basis von laufenden Erhebungen
- Möglichkeiten von Kalenderbereinigungsverfahren in kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken
- Konzepte zur „Witterungsberichtigung“ des Unfallgeschehens in der Straßenverkehrsunfallstatistik
- Ermittlung des Risikos einer Deanonymisierung statistischer Einzeldaten über den Opportunitätskostenansatz

Satellitensystemen ausgewählt⁴⁾. Dabei sollen vorliegende Arbeiten, insbesondere des französischen Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, das in diesem Bereich eine Führungsrolle eingenommen hat, im einzelnen analysiert und anschließend notwendige Modifikationen bei einer Anwendung der Systeme in der Bundesrepublik Deutschland untersucht werden. Parallel zu diesen konzeptionellen Überlegungen wird an der Datenerstellung zu einem Satellitensystem für den Umweltschutz gearbeitet. Erste Ergebnisse wurden im Frühjahr und Sommer 1986 vorgestellt⁵⁾. In einem weiteren Projekt sollen die Möglichkeiten einer statistischen Erfassung der Haushaltsproduktion, das heißt der Produktion von Waren und insbesondere von Dienstleistungen in privaten Haushalten im einzelnen diskutiert werden⁶⁾. Dabei geht es um die Fragen der begrifflichen Abgrenzung, um Berechnungsmodelle und um die notwendigen statistischen Erhebungen zur Fundierung dieser Berechnungen. Damit im Zusammenhang steht ein weiteres Vorhaben, in dessen Rahmen die Möglichkeiten und Grenzen einer statistischen Erfassung der Schattenwirtschaft untersucht werden sollen⁷⁾.

Bei der konzeptionellen Weiterentwicklung des ökostatistischen Gesamtsystems, für das von Seiten der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen erst kürzlich mehr als 70 interessante Ansatzpunkte einer methodischen Weiterentwicklung des Statistikinstrumentariums dargelegt wurden, sollen im Statistischen Bundesamt Forschungsaktivitäten im Bereich der koordinierten Auswertung von Umweltmeßdaten initiiert werden. Im Rahmen dieses Projekts sollen geeignete Einzel- und Summenparameter der Beschaffenheit von Wasser und Luft ausgewählt und mit den Mengendaten aus amtlichen Statistiken verknüpft werden. In einem weiteren Projekt werden die methodischen und verfahrenstechnischen Ansätze zur statistischen Erfassung von Recycling-Prozessen untersucht werden. Dabei sind zunächst die Verfahren zur Separierung, zur Sammlung usw. von Reststoffen zur Systematisierung zusammenzustellen, bevor in einem weiteren Schritt über eine Optimierung von Erhebungsverfahren nachgedacht werden kann.

Im Rahmen des Gesamtsystems demographischer und Sozialstatistiken, für dessen konzeptionelle Weiterentwicklung ebenfalls eine Vielzahl von möglichen Forschungsfragestellungen diskutiert wird, soll durch ein Forschungsprojekt des Statistischen Bundesamtes untersucht werden, welche Ansätze einer Typologie eheähnlicher Gemeinschaften zu unterscheiden

gen ausgewählt worden. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser Zusammenstellung auch solche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, die mehr oder weniger untrennbar mit laufenden statistischen Arbeiten verbunden sind und deshalb nicht als eigenständige Projekte bearbeitet werden können.

4.1 Konzeptionelle Weiterentwicklung statistischer Gesamtsysteme und speziellerer problemorientierter Darbietungssysteme

Aus der Vielzahl der Fragestellungen im Rahmen der konzeptionellen Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde als ein wichtiges Projekt die Untersuchung der Ansätze zur Aufstellung von

⁴⁾ Siehe Hämer, G. „Satellitensysteme im Rahmen der Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in Hanau, K., et al. (Hrsg.) Wirtschafts- und Sozialstatistik, Göttingen 1986, S. 60 ff.; Reich, U. P. / Stahmer, C. u. a. „Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Forum der Bundesstatistik, Band 6 (in Vorbereitung)

⁵⁾ Siehe Ryll, A. / Schafer, D. „Bausteine für eine monetäre Umweltberichterstattung“ in Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, Heft 2/1986, S. 105 ff.

⁶⁾ Siehe Lützel, H. „Haushaltsproduktion und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ in Hauswirtschaft und Wissenschaft, Heft 5/1983, S. 260 ff.

⁷⁾ Siehe Schafer, D. / Wittmann, P. „Zur Abgrenzung und Erfassung der Schattenwirtschaft“ in WiSta 8/1985, S. 618 ff.

den sind und welche Schätzverfahren zur Ermittlung des Bestandes eheähnlicher Lebensgemeinschaften und seiner zeitlichen Entwicklung zur Verfügung stehen. Ein weiteres Forschungsvorhaben im Bereich des Gesamtsystems der Bevölkerungsstatistik beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Grenzen von Registerauswertungen am Beispiel der Einwohnerdatei. Im Rahmen dieses Projekts soll vor allem geprüft werden, welche Bevölkerungsdaten aus Einwohnerregistern gewonnen werden können, und wie die Qualität dieser Daten beschaffen ist.

Neben den umfassenden statistischen Gesamtsystemen sind in den letzten Jahren problemorientierte Darbietungssysteme integrierter statistischer Datenbasen für einen begrenzten Konsumenten- bzw. Auftraggeberkreis zunehmend bedeutsamer geworden. Im laufenden Programm soll deshalb neben einer Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes am Aufbau verschiedener problemorientierter Darbietungssysteme zur Armut und zum Informationssektor für spezifische Zwecke der Europäischen Gemeinschaften, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa usw. in eigener Regie u. a. das Projekt problemorientierter Statistikbereich: Gesundheitsrisiken bearbeitet werden. Im Rahmen dieses Vorhabens werden die vielfältigen Gesundheitsrisiken anhand von aufeinander abgestimmten Daten aus verschiedenen Gesundheitsstatistiken quantitativ beschrieben.

4.2 Methodische Weiterentwicklung der Basisfunktionen statistischen Arbeitens

In den Forschungsaktivitäten des Statistischen Bundesamtes werden in den nächsten Jahren zwei Bereiche eine Sondereinstellung einnehmen, die für die weitere methodische Entwicklung der gesamten Bundesstatistik von außerordentlicher Bedeutung sind: die Volkszählung und der Mikrozensus. Für beide Erhebungen sind Sonderforschungsprogramme zur methodischen und verfahrensbezogenen Weiterentwicklung angelaufen. Sowohl das Forschungsprogramm zur Volkszählung als auch zum Mikrozensus werden von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet. So berät dieser Beirat, dem die Professoren Esser, Grohmann, Müller und Schäfer angehören, die durch Paragraph 13 Mikrozensusgesetz angeordneten Testerhebungen mit freiwilliger Auskunftserteilung⁸⁾. Mit diesen, im Zeitraum 1985 bis 1987 zusätzlich zur Mikrozensus-Haupterhebung durchzuführenden Erhebungen soll geprüft werden, ob in künftigen Mikrozensuserhebungen ganz oder teilweise auf die Auskunftspflicht verzichtet werden kann.

Der genannte Beirat wirkt aufgrund des Beschlusses des Bundestages zum Volkszahlungsgesetz 1987 auch an der Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung 1987 mit⁹⁾. Dabei geht es in erster Linie um die Konzeption und

Durchführung wissenschaftlicher Begleituntersuchungen, in denen auch alternative Erhebungsmethoden mit dem Ziel der Vereinfachung und der Freiwilligkeit bei künftigen Volkszählungen geprüft werden sollen.

4.2.1 Erhebungsfunktion

Aus der Vielzahl interessanter und reizvoller Forschungsfragestellungen zur methodischen Weiterentwicklung der Erhebungsfunktion wurden für das allgemeine Forschungs- und Entwicklungsprogramm als ein Schwerpunkt die Erhebungen für besondere Zwecke ausgewählt, wie sie in Paragraph 7 des Entwurfs eines Bundesstatistikgesetzes vorgesehen sind¹⁰⁾. Einzelne Projekte zu den stichprobenmethodischen Möglichkeiten und Grenzen dieses neuen Instrumentariums der Bundesstatistik, zu den allgemein zugänglichen Registern als Adressenbasis für diese Erhebungen und zu den Einsatzmöglichkeiten von Telefoninterviewverfahren zielen insbesondere auf eine methodische Vorbereitung und Absicherung dieses neuen und das bisherige Instrumentarium der Bundesstatistik ergänzenden Erhebungsinstruments ab. Ein weiteres Projekt beschäftigt sich mit der methodischen Vorbereitung einer spezifischen Erhebung für besondere Zwecke, in der Zeitbudgets von Personen erfaßt werden sollen. Für die Bundesstatistik wäre eine Erhebung in dieser Form Neuland; sie ist deshalb besonders eingehend und intensiv hinsichtlich der zu verwendenden Methoden und Verfahren vorzubereiten.

Mit der zunehmenden Bedeutung der Produktion, des Handels und des Verbrauchs von Dienstleistungen wird die statistische Erfassung der Dienstleistungen, die bisher nur sehr unzulänglich realisiert ist, immer dringender. Im Statistischen Bundesamt wird deshalb mit Priorität an Konzepten, Methoden und Verfahren gearbeitet, die eine Erfassung dieses wichtigen Bereichs verbessern bzw. überhaupt erst ermöglichen.

Eine Anpassung des Erhebungsinstrumentariums in einzelnen Statistiken ergibt sich auch aus den Fortschritten der Informations- und Kommunikationstechniken, die es teilweise erlauben, eine Modifikation des Erhebungsverfahrens in der Weise vorzusehen, die für die Auskunftgebenden weniger belastend und/oder für die durchführenden statistischen Ämter rationeller ist. Häufig ist mit dem Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken zudem der Vorteil verbunden, daß für die Benutzer der Statistik verbesserte Ergebnisse bereitgestellt werden können. Mit diesen Zielsetzungen sind aus einer größeren Zahl denkbarer Forschungsansätze als prioritär ausgewählt zunächst einmal das Projekt einer luftbildgestützten Flächendatei¹¹⁾ als Kernstück eines umfassenden Bodeninformationssystems und das Vorhaben zur Prüfung der Möglichkeiten der Gewinnung von bundesstatistischen Daten aus dem betrieblichen

⁸⁾ Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10. Juni 1985, BGBl. I S. 955

⁹⁾ Beschlußempfehlung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zum Entwurf des Volkszahlungsgesetzes, BT-Drucksache 10/3843

¹⁰⁾ Entwurf eines Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG), BT-Drucksache 10/5345

¹¹⁾ Siehe Radermacher, W. „Daten über die Bodennutzung“ in WiSta 5/1986, S. 387 ff.

Rechnungswesen von Unternehmen ange-
laufen. Die zunehmende Leistungsfähigkeit der automati-
sierten Datenverarbeitung hat auch Einfluß auf ein For-
schungsprojekt, bei dem das Lohnsummenver-
fahren mit dem Individualverfahren zum
Nachweis der Entwicklung von Arbeitneh-
merverdiensten verglichen werden soll. Dabei ist
insbesondere zu prüfen, ob mit dem zunehmenden DV-
Einsatz das Individualverfahren auch bei den kurzfristigen
Verdiensterhebungen im Vergleich zum Summenverfah-
ren hinreichend aktuelle Ergebnisse zu liefern vermag.

Gleich zwei Projekte beschäftigen sich mit der methodi-
schen Weiterentwicklung der Einkommens- und Ver-
brauchsstichprobe (EVS). Im Rahmen des einen Vorha-
bens soll geprüft werden, inwieweit auch die bisher in der
EVS nichterfaßten Haushalte von Auslän-
dern und in Anstalten zukünftig einbezogen wer-
den können, und welche Auswirkung dies auf die zu ver-
wendenden Erhebungsverfahren hat. Bei dem anderen
Projekt soll im Ergebnis festgestellt werden, ob die bisher
in der EVS erfaßten Nahrungs- und Genußmit-
telverbräuche zweckmäßigerweise in einer zeitver-
setzten eigenen Stichprobe erhoben werden sollten.

4.2.2 Aufbereitungs- und Weiterverarbeitungsfunktion

Ein erster wesentlicher Schwerpunkt in der methodischen
und verfahrensbezogenen Forschung und Entwicklung
liegt für die Aufbereitungs- und Weiterverarbeitungsfunk-
tion bei den Meßzahlen und Indexrechnungen. Zu den mit
Priorität in den nächsten Jahren voranzutreibenden Vorha-
ben rechnen in diesem Bereich etwa die Entwicklung von
Konzepten zur Berechnung eines Preisindex für
Computer, zur Einbeziehung der Eigennutzung
von Wohnungen in den Preisindex für die
Lebenshaltung und die Konzeption von Kauf-
wertindizes für landwirtschaftlich ge-
nutzte Flächen. Gemeinsames Ziel dieser Vorhaben
ist es, die indikative Messung von (Preis-)Entwicklungen
zu verbessern. Ein etwas anders gelagertes Anliegen
ebenfalls im Bereich der Meßzahlenbearbeitung verfolgt
ein Forschungsvorhaben, in dem ein erweitertes
Kennzahlensystem für den Aktienmarkt
entwickelt werden soll.

Fragen der Weiterverarbeitung von Daten und deren Ver-
wendung für andere als die ursprünglich vorgesehenen
Zwecke stehen auch im Mittelpunkt zweier Vorhaben, die
sich mit der Erschließung inländischer und ausländischer
Quellen über Außenhandel und Produk-
tion für verkehrsstatistische Darstellun-
gen beschäftigen sollen. Ziel dieser Projekte ist es, mit
Hilfe der angesprochenen Quellen Lücken im verkehrsstati-
stischen Datenangebot zu schließen.

Ein weiteres wichtiges Teilgebiet der Aufbereitungs- und
Weiterverarbeitungsfunktion umfaßt die Entwicklung von
Schätzmethoden und Schätzungen. Auch in diesem
Schwerpunkt sind vielfältige Forschungsansätze denkbar.
In das gegenwärtig laufende Forschungsprogramm konn-
ten nur einige wenige prioritär aufgenommen werden, zum

Beispiel das Projekt zur Schätzung des Gefahren-
gutaufkommens unter Einbeziehung von Verkehrs-,
Außenhandels-, Produktions- und Umweltstatistiken.
Gleich zwei Projekte befassen sich mit der Entwicklung
von Schätzverfahren für Erwerbstätigenschätzungen, ein-
mal geht es um die Entwicklung eines Schätzansatzes für
eine globale monatliche Erwerbstätigen-
schätzung¹²⁾, das andere Projekt soll Methoden für
eine Schätzung von Jahreswerten für Erwerbs-
tätige in tiefer regionaler Untergliede-
rung liefern. Um Schätzverfahren handelt es sich im
weiteren Sinne auch bei den Kalenderbereini-
gungsverfahren in kurzfristigen Wirt-
schaftsstatistiken¹³⁾ und den Verfahren der Witter-
ungsereinigung des Unfallgeschehens in der
Straßenverkehrsstatistik, die in zwei weiteren
Projekten untersucht werden sollen.

Ein gewisser Schwerpunkt der methodischen Weiterent-
wicklung in der Aufbereitungs- und Weiterverarbeitungs-
funktion wird auch in den Arbeiten zur Anonymisierung
statistischer Einzelangaben nach Maßgabe des neuen
Bundesstatistikgesetzes gesehen, das in Paragraph 16
Abs. 6 die Weiterleitung von Einzelangaben an die Wis-
senschaft vorsieht, wenn diese Einzelangaben so anony-
misiert sind, daß sie nur mit einem unverhältnismäßig
hohen Aufwand deanonymisiert werden können (faktische
Anonymität). Dabei soll unter verschiedenen, methodisch
interessanten Forschungsansätzen prioritär geprüft wer-
den, inwieweit der Opportunitätskostenansatz eine Grund-
lage zur Bestimmung des Deanonymisie-
rungsrisikos bei faktischer Anonymität
statistischer Einzelangaben darstellen
kann¹⁴⁾.

5 Schlußbemerkung

Die vorstehenden Ausführungen sollten einen ersten Ein-
blick in institutionelle, prozedurale und inhaltliche Fragen
der Erforschung und Entwicklung neuer Konzepte, Metho-
den und Verfahren statistischen Arbeitens im Statistischen
Bundesamt geben. Wegen der Vielschichtigkeit der be-
schriebenen Materie konnte dies nur ein erster Überblick
sein. Diejenigen Leser, die ein weitergehendes Interesse
haben, können jederzeit beim Statistischen Bundesamt
zusätzliche Informationen erhalten. Insbesondere wäre es
wünschenswert, wenn sich externe Wissenschaftler zu
einer Beteiligung an dem einen oder anderen Projekt des
Statistischen Bundesamtes entschließen könnten.

Dipl.-Ökonom Erwin Südfeld

¹²⁾ Siehe Becker, B / Schoer, K „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstä-
tigenzahlen“ in WiSta 8/1986, S. 588 ff

¹³⁾ Siehe Strohm, W „Zur Frage der Kalenderbereinigung von Zeitreihen“ in WiSta
6/1986, S. 421 ff

¹⁴⁾ Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Nutzung von anonymisierten Einzelanga-
ben aus Daten der amtlichen Statistik“ in Forum der Bundesstatistik, Band 5 (in Vorbe-
reitung)

Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorbemerkung

Seit etwa fünf Jahren wird bei den internationalen Organisationen ¹⁾ unter Mitwirkung der nationalen statistischen Ämter an einer umfassenden Revision der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen gearbeitet, um sie neuen Aufgaben anzupassen. Obwohl das von den Vereinten Nationen herausgegebene System of National Accounts (SNA)²⁾ und das für den Bereich der Europäischen Gemeinschaften maßgebliche Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)³⁾ inzwischen nahezu 20 Jahre die wesentliche Grundlage für die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen in den marktwirtschaftlich orientierten Ländern bilden und sich in diesen 20 Jahren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht unwesentlich verändert haben, vertritt die überwiegende Mehrheit der nationalen statistischen Ämter und auch der Vertreter der internationalen Organisationen die Meinung, daß eine grundlegende Revision der bestehenden Systeme, die die bisherigen Konzepte und Definitionen erheblich verändern würde, nicht dringend erforderlich erscheint. Von deutscher Seite wurde von Beginn an diese Position eingenommen. Angestrebt werden bei der Überarbeitung vor allem die Präzisierung und Erläuterung von Punkten, die bisher nicht klar genug geregelt sind. Anpassungen können dann notwendig sein, wenn Veränderungen im Wirtschaftsgeschehen Rechnung getragen werden muß oder wenn einzelne, bei der damaligen Abfassung der Systeme vereinbarte Kompromißlösungen aus heutiger Sicht als unzureichend angesehen werden. Im übrigen sollten neue Nachweisungen und Erweiterungen in der Form von Parallel- und Ergänzungsdarstellungen erfolgen.

In diesem Aufsatz wird nicht angestrebt, einen umfassenden Überblick über den bisher erreichten Stand der Revisionsarbeiten zu geben, sondern es wird auf ein Teilgebiet eingegangen, dessen Regelung von Anfang an umstritten war und von vielen Seiten als revisionsbedürftig angesehen wird: die Messung des Produktionswerts und der Wertschöpfung der Kreditinstitute. Die nachfolgenden Ausführungen enthalten zunächst einige grundsätzliche Überlegungen zur Definition und zur Messung

der Produktion der Kreditinstitute. Es wird dann, unter Hinweis auf die Empfehlungen in den internationalen Systemen, auf die derzeitige Berechnung des Produktionswerts und der Wertschöpfung der Banken im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland eingegangen, ergänzend wird die früher verwendete Methode erläutert. Anschließend wird eine Reihe alternativer Lösungsvorschläge, die zum Teil auf den alle zwei Jahre stattfindenden Tagungen der International Association for Research in Income and Wealth (IARIW), zum Teil auf Expertentagungen der OECD diskutiert wurden, vorgestellt und einer konzeptionellen Beurteilung unterzogen. Zu einer sorgfältigen und eingehenden Prüfung der Ansätze gehört es auch, die einzelnen Vorschläge zahlenmäßig umzusetzen und ihre Auswirkungen auf die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Aggregate darzustellen. Dieser zweite Schritt auf dem Wege zu einer besseren Durchleuchtung des Problems der Messung der Wertschöpfung der Kreditinstitute bleibt einem weiteren Aufsatz vorbehalten, der in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift erscheinen wird. Ausgeklammert wird in dieser Untersuchung auch zunächst das Problem der Preisbereinigung bei Bankdienstleistungen. Es soll ebenfalls zu einem späteren Zeitpunkt in einem gesonderten Aufsatz behandelt werden.

1 Zum Problem der Definition und Messung der Produktion der Kreditinstitute

Der Produktionswert der Unternehmen ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen definiert als der „Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere (in- und ausländische) Wirtschaftseinheiten, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an halbfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion und um den Wert der selbsterstellten Anlagen“⁴⁾. Diese Definition ist auf die Produktionsunternehmen zugeschnitten, für die Geschäftstätigkeit der Banken läßt sie sich unmittelbar nicht verwenden, da die Banken die von ihnen erbrachten Dienstleistungen ganz überwiegend ohne ein spezielles Entgelt abgeben. Für den Bankensektor muß also eine eigene Definition des Produktionswertes gefunden werden.

Es ist allgemein anerkannt, daß Banken erheblich mehr Dienstleistungen für die Einleger und die Kreditnehmer erbringen, als durch die tatsächlich erhobenen Gebühren zum Ausdruck kommt. Ein Ansatz, der als Produktionswert der Banken nur die den Kunden in Rechnung gestellten Provisionen und Gebühren für Leistungen im Wertpapiergeschäft, im Auslandsgeschäft, für die Führung von Konten, für die Aufbewahrung von Wertgegenständen

¹⁾ Statistisches Amt der Vereinten Nationen (UNSO), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG), Internationaler Währungsfonds (IMF) und Weltbank

²⁾ United Nations „A System of National Accounts“, New York 1968

³⁾ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen — ESVG“, Luxemburg 1970 (1979 in zweiter, etwas erweiterter Auflage in englischer und in französischer Sprache, 1984 in deutscher Sprache erschienen)

⁴⁾ Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1 „Konten und Standardtabellen 1985“, S. 86

usw. berücksichtigt (1984 rund 20,8 Mrd. DM einschließlich der Warenverkäufe der Raiffeisenbanken), würde — zumindest unter Zugrundelegung der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland — zu einem Ergebnis führen, bei dem die Vorleistungen (1984 rund 26,1 Mrd. DM) den Produktionswert der Banken übersteigen. Als Saldo des Produktionskontos der Kreditinstitute würde mithin eine negative Bruttowertschöpfung ausgewiesen, bei noch zu zahlenden Einkommen aus unselbständiger Arbeit in Höhe von 29,7 Mrd. DM im Jahr 1984. Daß ein derartiges Ergebnis dem Benutzer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht plausibel erscheint, dürfte auf der Hand liegen, und dies insbesondere dann, wenn man sich die günstige Geschäftsentwicklung der Banken in den letzten Jahren in Erinnerung ruft. Das Schwergewicht der Erträge der Kreditinstitute liegt eben nicht bei den reinen Gebühreneinnahmen, es liegt auch nicht bei den im Bankensektor allerdings häufig nicht unerheblichen Erträgen aus Finanztransaktionen, den weitaus größten Teil ihrer Erträge erwirtschaften die Banken über die Zinsspanne, das heißt über die Differenz zwischen den an ihre Einleger gezahlten und den für ihre Ausleihungen empfangenen Zinsen einschließlich sonstiger Vermögenserträge. Zinszahlungen für die Nutzung von geliehenem Geld gehören aber in den bisher gültigen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen grundsätzlich zu den Einkommensverteilungsvorgängen und stellen nicht etwa, wie zum Beispiel die Mieten als Entgelt für die Nutzung von Wohnungen, gewerblichen Räumen, Ausrüstungen u. ä., ein Dienstleistungsentgelt dar, das heißt, sie werden erst im Einkommensverteilungskonto der Sektoren gebucht.

Die konsequente Einhaltung dieses Prinzips würde für die Kreditinstitute — wie schon gesagt — bedeuten, daß sich der überwiegende Teil ihrer laufenden Erträge weder im Produktionswert noch in der Wertschöpfung dieses Teilssektors niederschlägt. Für die Wertschöpfung wurde dies in der Regel ein negatives Ergebnis zur Folge haben. In den heute gültigen und auch in den früheren internationalen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen wollte man dieses nicht hinnehmen, und man hat den Produktionswert der Kreditinstitute um „unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen“ aufgestockt

2 Die Berechnung des Produktionswerts und der Wertschöpfung der Kreditinstitute

2.1 Das derzeit angewandte Verfahren

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland schließt der Produktionswert der Kreditinstitute „neben den tatsächlichen Einnahmen aus Gebühren u. ä. unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen in Höhe der Differenz zwischen Ertragszinsen, Kreditprovisionen und anderen Vermögenseinkommen (ohne die von Auslandsfilialen) der Kreditinstitute einerseits und Aufwandszinsen dieser Institutionen andererseits ein“. Die Ableitung der Wertschöpfung

der Kreditinstitute sei anhand der Angaben für 1984 mit der folgenden Staffelformel verdeutlicht⁵⁾:

	Mrd. DM
Verkäufe von Waren, Provisionen, Gebühren u. ä.	20,8
+ Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen	84,1
Empfangene Zinsen und sonstige Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	236,7
Abzüglich geleistete Zinsen	152,6
= Produktionswert	104,9
- Vorleistungen	26,1
= Bruttowertschöpfung	78,8
- Abschreibungen	3,0
- Produktionssteuern	4,8
= Nettowertschöpfung	71,0
Entstandene Einkommen aus unselbständiger Arbeit	29,7
Entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	41,3

Auch in den internationalen Systemen wird als Maß für den Wert der Bankdienstleistungen gegen unterstelltes Entgelt von der Differenz zwischen Aufwands- und Ertragszinsen ausgegangen, wobei die exakten Definitionen geringfügige Unterschiede aufweisen. Sowohl das SNA⁶⁾ als auch das ESVG⁷⁾ wollen die Vermögenseinkommen der Kreditinstitute grundsätzlich nur insoweit einbeziehen, als sie nicht Einkommen aus der Anlage eigener Mittel darstellen. Im SNA werden jedoch auch die praktischen Schwierigkeiten dieser Lösung gesehen: „In practice, it will generally be necessary to include all the property income received in the calculation“⁸⁾. Die deutsche Lösung steht damit durchaus noch in Übereinstimmung mit den Regeln des SNA.

Die zur Zeit gültigen Empfehlungen in den internationalen Systemen, die auch dem deutschen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zugrunde liegen, gehen davon aus, daß es nahezu unmöglich ist, die mittels der unterstellten Bankgebühr gemessenen Bankdienstleistungen auf deren *V e r w e n d e r* aufzuteilen. Sie werden deshalb nicht den tatsächlichen Verbrauchern der Bankdienstleistungen (Unternehmen, Staat, private Haushalte, übrige Welt) zugeordnet, sondern insgesamt als Vorleistungsverbrauch einer fiktiven Einheit zugerechnet. Für diese ergibt sich eine negative Bruttowertschöpfung in Höhe der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen, die Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt vermindert sich entsprechend. In den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird bei der Ergebnisdarstellung so vorgegangen, daß in den Standardtabellen zwischen unbereinigten und bereinigten Ergebnissen unterschieden wird, in den Konten erscheinen dagegen nur bereinigte Angaben. „Bereinigt“ sind die Bruttowertschöpfung um die unterstellten Entgelte für

⁵⁾ Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1 „Konten und Standardtabellen 1985“, S. 87 und S. 256

⁶⁾ Siehe SNA, S. 97

⁷⁾ Siehe ESVG (2. Auflage), S. 45

⁸⁾ SNA, S. 97

Bankdienstleistungen kleiner und die Vorleistungen entsprechend größer als die „unbereinigten“ Größen. In der Kontendarstellung wird bei der Untergliederung des Unternehmenssektors in Teilsektoren aus Vereinfachungsgründen der Verbrauch an Bankdienstleistungen gegen unterstellte Entgelte den Vorleistungen des Teilsektors Kreditinstitute hinzugefügt, wodurch sich für diesen eine entsprechend verminderte Wertschöpfung ergibt. Im Einkommensverteilungskonto dieses Sektors können die empfangenen und geleisteten Zinsen damit in voller Höhe nachgewiesen werden. Die Regelung im ESVG unterscheidet sich hiervon etwas, kommt jedoch letztlich zum gleichen Ergebnis.

Bei der Beurteilung des bisher angewandten Verfahrens zur Ermittlung des Produktionswerts und der Bruttowertschöpfung der Kreditinstitute läßt sich positiv hervorheben, daß es eine gute Approximation des unmittelbar nicht feststellbaren Wertes der von Banken bereitgestellten Dienstleistungen liefert. Die Tätigkeit der Banken, die in erster Linie im Ansammeln, Umwandeln und Verteilen finanzieller Mittel besteht, wird vor allem durch die Differenz zwischen empfangenen und geleisteten Zinsen entlohnt. Dabei kann man davon ausgehen, daß in den Zinsen für gewährte Kredite neben dem als Vermögenseinkommen anzusehenden Zins im engeren Sinne ein Entgelt für die Dienstleistungen der Banken enthalten ist und daß die Zinsen für die Einlagen eine Nettogröße darstellen, die sich aus den Vermögenseinkommen für die Überlassung des Geldvermögens abzüglich eines Entgelts für die Dienstleistungen der Banken ergeben⁹⁾. Weitere Vorteile der bisherigen Regelung liegen darin, daß sie mit wenigen, relativ leicht verständlichen Buchungen auskommt und daß von dieser nur mittels Konventionen bestimmbarer Größe die Höhe des Sozialprodukts nicht beeinflusst wird. Die zuletzt genannten Argumente für die Anwendung dieses Verfahrens lassen sich allerdings auch umkehren. Mit dem Verzicht auf die Verteilung der unterstellten Bankgebühr auf die Verwender der Bankdienstleistungen weicht man den konzeptionellen und statistischen Problemen einer solchen Verteilung aus, man wagt nicht einmal einen einzigen Schritt in Richtung auf eine Lösung. Die Zurechnung der gesamten Bankdienstleistung zu den Vorleistungen einer fiktiven Einheit läßt bewußt außer acht, daß nicht geringe Teile dieser Leistungen auch von Endverbrauchern (private Haushalte, Staat, übrige Welt) in Anspruch genommen werden und damit als Bestandteil der letzten Verwendung von Waren und Dienstleistungen in das Bruttoinlands- bzw. -sozialprodukt erhöhend eingehen müßten. Im ESVG heißt es hierzu: „Mit dieser Lösung wird von der Summe der Bruttowertschöpfung auch der Teil der Bankdienstleistungen abgezogen, der in den letzten Verbrauch eingeht, was eine entsprechende Verminderung des Bruttoinlandsprodukts zur Folge hat“¹⁰⁾.

2.2 Das frühere Verfahren

Bis zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von 1977 war in der Bundesrepublik Deutschland die Behandlung der unterstellten Bankgebühr an die im wesentlichen übereinstimmenden Regelungen des Standardsystems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (A Standardised System of National Accounts) der OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) aus dem Jahr 1952 und des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (System of National Accounts and Supporting Tables) von 1953 angelehnt. Dementsprechend wurden die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen — die ebenfalls der Differenz zwischen empfangenen Vermögenseinkommen und gezahlten Zinsen entsprachen — als Käufe der Sektoren gebucht, die diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Bei den Unternehmen wurden sie in die Vorleistungen, beim Staat ebenfalls in die Vorleistungen und damit auch in den Staatsverbrauch, bei den privaten Haushalten in den Privaten Verbrauch und im Konto der übrigen Welt in die Ausfuhr einbezogen. Innerhalb des Unternehmenssektors wurde die Aufschlüsselung der unterstellten Käufe von Bankdienstleistungen in voller Tiefe der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen durchgeführt. Als Schlüssel für die Aufteilung der Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen wurden im OEEC-System die Bankeinlagen der Sektoren bzw. Wirtschaftsbereiche vorgeschlagen, ersatzweise auch die Wertschöpfung¹¹⁾. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland war diesem Vorschlag nicht gefolgt worden. Die unterstellte Bankgebühr wurde vielmehr zunächst je zur Hälfte den Einlegern und Kreditnehmern zugerechnet und dann weiter nach den Ertrags- und Aufwandszinsen bzw. dem Kreditvolumen aufgeteilt. Durch ein System von Ausgleichsbuchungen, auf das hier nicht näher eingegangen werden soll¹²⁾, wurde in den Einkommensverteilungskonten der Sektoren (bzw. auf dem Konto der übrigen Welt), auf denen die tatsächlichen Zinsströme vollständig nachgewiesen wurden, der Ausgleich für die unterstellten Käufe von Bankdienstleistungen geschaffen. Die Ersparnis blieb dadurch in allen Sektoren von der unterstellten Bankgebühr unberührt.

Das frühere Verfahren war dem heute angewandten aus theoretischer Sicht ohne Zweifel überlegen, die logische Geschlossenheit des Systems wurde und wird allgemein anerkannt. Daß man es trotzdem international durch ein theoretisch weniger befriedigendes Verfahren abgelöst hat, liegt darin begründet, daß die frühere Methode den Bemühungen um eine möglichst tiefe Gliederung der Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen im Wege stand. In den meisten Ländern fehlten spezielle Unterlagen für die Aufschlüsselung der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen insbesondere auf Wirtschaftsbereiche. Ein

⁹⁾ Siehe Bartels, H. „Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland. Erster Teil. Das angestrebte Kontensystem“ in WiSta 6/1960, S. 317 ff.

¹⁰⁾ ESVG (2. Auflage), S. 46, Fußnote 1.

¹¹⁾ Siehe OEEC (Hrsg.) „Ein Standardsystem Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, Bonn 1953 (Deutsche Übersetzung des 1952 herausgegebenen „A Standardised System of National Accounts“), S. 42 f.

¹²⁾ Einzelheiten enthält der Aufsatz von Dorow, F. „Zur Behandlung der unterstellten Bankgebühr in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 7/1972, S. 380.

gänzlicher Verzicht auf die Verteilung der unterstellten Bankgebühr und die Einführung des bereits beschriebenen heutigen Systems erschienen deshalb als tragbare Kompromißlösung. Auf nationaler Ebene wurde dem Beschluß vor allem deshalb gefolgt, weil man bei diesem wichtigen Posten nicht von den internationalen Regeln abweichen wollte.

3 Vorschläge zur Messung von Produktionswert und Wertschöpfung der Kreditinstitute

3.1 Der Vorschlag des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen (UNSO)¹³⁾

Der „neue“ Ansatz des UNSO entspricht in seinen wesentlichen Teilen der gerade beschriebenen Vorgehensweise im alten OEEC-System. Berechnet werden soll die unterstellte Bankgebühr, indem von den empfangenen Zinsen der Banken auf alle Ausleihungen (einschließlich der auf Eigenkapital) die gezahlten Zinsen für die aufgenommenen Mittel (ohne gezahlte Zinsen auf Kredite, die zum Kauf von Gütern des Anlage- oder des Umlaufvermögens verwendet wurden) abgezogen werden. Wie im alten OEEC-System sollen die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen auf die Sektoren und Wirtschaftsbereiche, die sie in Anspruch nehmen, schätzungsweise aufgeteilt werden. Im einzelnen würde der Nachweis in den Vorleistungen der Wirtschaftsbereiche, im Staatsverbrauch, im Privaten Verbrauch und in der Ausfuhr erfolgen, wobei letzteres bedeutet, daß auch importierte Bankdienstleistungen geschätzt werden mußten. Als Maß für die Aufteilung der unterstellten Bankgebühr auf die Sektoren wird, abweichend vom alten OEEC-System, die Summe aus Bankkrediten und Bankeinlagen jedes Sektors vorgeschlagen, da sowohl Kreditnehmer als auch Einleger Bankdienstleistungen beanspruchten. Um die Ersparnis der Sektoren durch die Buchung der unterstellten Bankgebühr nicht zu verändern, sah der Vorschlag des UNSO zunächst vor, die Stornobuchungen des alten OEEC-Systems wieder einzuführen und die tatsächlichen Zinsströme zu buchen. Dies wurde in einem im Mai 1986 vorgelegten Papier noch einmal modifiziert, und zwar in der Weise, daß auf die Stornobuchungen ganz verzichtet wird und statt dessen in den Einkommensverteilungskonten der Sektoren nicht mehr die tatsächlichen Zinsströme, sondern nur noch die hierin enthaltenen Vermögenseinkommen nachgewiesen werden. Bei den Banken sind diese auf der Einnahmenseite um den Anteil der Kreditnehmer an der Zinsmarge niedriger als die tatsächlichen Zinsen, auf der Ausgabenseite um den Anteil der Einleger an der

Zinsmarge höher. Die so korrigierten empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen der Banken würden sich ausgleichen.

Die Beurteilung des UNSO-Vorschlags fällt zwangsläufig ganz ähnlich aus wie die des alten OEEC-Verfahrens. Aus theoretischer Sicht ist er der derzeit angewandten Methode vorzuziehen, die statistischen Probleme insbesondere bei der tiefen Gliederung nach Wirtschaftsbereichen bleiben bestehen. Die wichtigsten Änderungen im Vergleich zum alten OEEC-Verfahren betreffen einmal die Aufteilung der Zinsmarge auf Einleger und Kreditnehmer, zum anderen den Verzicht auf Stornobuchungen und statt dessen den Übergang auf einen Nachweis von verminderten Kredit- und erhöhten Einlagezinsen als empfangene bzw. geleistete Vermögenseinkommen. Daß sowohl Kreditnehmer als auch Einleger von den Dienstleistungen der Banken profitieren, dürfte unstrittig sein. Die Verteilung der Zinsmarge auf beide Gruppen ist deshalb folgerichtig und wurde in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Änderung des Verfahrens in der Revision von 1977 auch praktiziert. Einer sorgfältigen Prüfung bedarf dagegen die Einführung von fiktiven Transaktionen, wie sie die vorgeschlagenen korrigierten Zinsströme darstellen. Man weicht damit von den tatsächlich zu beobachtenden Zahlungsvorgängen ab, die alleine als gesicherte Datengrundlage für die vorzunehmenden Berechnungen verfügbar sind. Das Argument, daß damit der Nachweis der Transaktionen der Kreditinstitute einerseits und der Versicherungsunternehmen andererseits — bei letzteren werden im Verteilungskonto nur die Nettoprämien und die Leistungen, nicht aber das Dienstleistungsentgelt gebucht — besser übereinstimmen würde, ist zwar grundsätzlich richtig, dieses ansich erstrebenswerte Ziel ließe sich aber auch durch eine Änderung bei der Darstellung der Versicherungstransaktionen erreichen. Auf der anderen Seite würde mit der beschriebenen Vorgehensweise der bereits an anderer Stelle erwähnten Überlegung, daß die tatsächlichen Zinszahlungen der Kreditnehmer sowohl eine echte Verzinsung des geliehenen Geldes (Vermögenseinkommen) als auch einen Kauf von Bankdienstleistungen enthalten und daß die von den Einlegern tatsächlich empfangenen Zinsen einen Nettobetrag aus Vermögenseinkommen abzüglich des Wertes der von ihnen in Anspruch genommenen Bankdienstleistungen darstellen, konsequent Rechnung getragen. Ob der UNSO-Vorschlag in das revidierte SNA übernommen wird, ist derzeit noch völlig offen.

3.2 Der Vorschlag von Sunga¹⁴⁾ (Statistisches Amt Kanada)

In einem zur 18. Konferenz der „International Association for Research in Income and Wealth“ (IARIW) vorgelegten Papier schlägt Sunga vor, Zinsen als die Bezahlung einer Dienstleistung zu betrachten und sie damit direkt in den Produktionswert bzw. in die Vorleistungen einzubeziehen. Die Buchung einer unterstellten Bankgebühr im Pro-

¹³⁾ „Treatment of Banks and Similar Financial Intermediaries in the United Nations System of National Accounts (SNA)“, Arbeitspapier des UNSO für die Sitzung der Arbeitsgruppe „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris vom 23. bis 25. Mai 1984, „Imputations for Financial Services“, Arbeitspapier des UNSO für die Sitzung der Arbeitsgruppe „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ bei der OECD in Paris vom 14. bis 16. Mai 1986.

¹⁴⁾ Siehe Sunga, P. „An Alternative to the Current Treatment of Interest as Transfer in the United Nations and Canadian Systems of National Accounts“ in The Review of Income and Wealth 4/1984, S. 385 ff.

duktionswert der Kreditinstitute würde durch diese Vorgehensweise entfallen, da sich die Zinsmarge als Saldo der in den Produktionswert und in die Vorleistungen einbezogenen tatsächlichen Zinsströme unmittelbar in der Wertschöpfung niederschlagen würde. Gleichzeitig entfielen die Buchung von Zinsströmen in den Einkommensverteilungskonten, da Zinsen in voller Höhe als Dienstleistungsentgelt und nicht mehr als Vermögenseinkommen zu behandeln wären. Wichtig ist, daß Sungas Vorschlag sich nicht auf den Bankensektor beschränkt. Die Zinstransaktionen aller Sektoren sollen, um die Geschlossenheit des Systems zu wahren, in der gleichen Weise behandelt werden, was unter anderem zur Folge hätte, daß den privaten Haushalten erhebliche Produktionsaktivitäten zugeordnet würden.

Die kurzen Ausführungen zeigen bereits, daß die Übernahme des Vorschlags von Sunga zu umfangreichen Änderungen am bestehenden System führen würde. Die Buchung der gesamten Aufwands- und Ertragszinsen der Kreditinstitute im Produktionskonto dieses Teilssektors würde voraussetzen, daß bei den Einlegern (insbesondere private Haushalte) in Höhe der Aufwandszinsen der Banken eine Dienstleistungsproduktion und bei den Kreditnehmern (insbesondere Unternehmen) in Höhe der Ertragszinsen der Banken ein Dienstleistungskauf nachgewiesen würde. Die privaten Haushalte würden damit in Höhe der empfangenen Zinsen (1984 einschließlich Nettopachten rund 100 Mrd. DM) Dienstleistungen produzieren und verkaufen. Diese Unterstellung einer nicht unerheblichen Produktionstätigkeit der privaten Haushalte würde einen grundlegenden Wandel der bisher gültigen Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen darstellen. Die Höhe des Beitrags der einzelnen Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung würde von den jetzigen Ergebnissen stark abweichen, und zwar in Abhängigkeit vom Umfang der Fremdfinanzierung. Ein erheblicher Teil der Wertschöpfung würde vom Unternehmens- in den Haushaltssektor verlagert. Die hinter dem Vorschlag von Sunga stehende Auffassung, daß Geldvermögen beim Kreditgeber und nicht beim Kreditnehmer zur Wertschöpfung beiträgt, widerspricht grundlegend den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Wertschöpfung entsteht durch den Einsatz von Produktionsfaktoren, und zu diesen zählen neben den beschäftigten Arbeitnehmern und der unternehmerischen Tätigkeit das Produktionsvermögen (der Kapitalstock), und zwar gleichgültig, ob es durch Eigenkapital oder durch fremde Mittel finanziert wurde. Die Entlohnung der Produktionsfaktoren mit einem Faktorentgelt erfolgt aus der entstandenen Wertschöpfung und stellt einen Verteilungsvorgang dar. An diesem Prinzip sollte auch bei der bevorstehenden Revision des SNA nicht gerüttelt werden.

3.3 Der Vorschlag von Haig¹⁵⁾ (Australien) und Brodersen¹⁶⁾ (Statistisches Amt Dänemark)

Nach dem zunächst von Haig in die Diskussion gebrachten und später von Brodersen aufgegriffenen Lösungsvorschlag sollen die Bankdienstleistungen wie ein öffent-

liches Gut und nicht wie eine marktbestimmte Dienstleistung behandelt werden. Sie können danach weder den Kreditnehmern noch den Einlegern eindeutig zugerechnet werden, sondern stellen einen Konsum der gesamten Gesellschaft dar, wie zum Beispiel die unentgeltlich abgegebenen Leistungen des Staates. Die Berechnung des Produktionswertes der Kreditinstitute soll — entsprechend der Vorgehensweise beim Staat — über die Produktionskosten erfolgen, das heißt durch Addition der Kostenelemente Vorleistungen, geleistete Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Abschreibungen und Produktionssteuern. Auf der Seite der Güterverwendung würde die unterstellte Bankgebühr — das ist die Summe aus geleisteten Einkommen aus unselbstständiger Arbeit zuzüglich Abschreibungen und Produktionssteuern (Bruttowertschöpfung) sowie Vorleistungen abzüglich der direkt berechneten Gebühreneinnahmen — als neue Position „Endverbrauch der Kreditinstitute“ in das Einkommensverwendungskonto dieses Sektors eingestellt. Um den Wert des zusätzlichen Endverbrauchs würde sich im Vergleich zur jetzigen Vorgehensweise auch das Bruttosozialprodukt erhöhen, die Ersparnis der Kreditinstitute würde dagegen nicht verändert.

Das von Haig und Brodersen befürwortete Verfahren zur Definition und Berechnung der unterstellten Bankgebühr hat aus praktischen Gesichtspunkten heraus nicht zu übersehende Vorteile. Die Vorgehensweise ist leicht zu verstehen und die erforderlichen Daten stehen ausnahmslos zur Verfügung, wenn auch die Berechnungen in konstanten Preisen ebenso wie beim Staat nicht ganz problemlos wären. Gegen das Verfahren sprechen jedoch erhebliche konzeptionelle Gründe. So ist es kaum zu rechtfertigen, die Dienstleistungen der Banken wie ein öffentliches Gut einzustufen und über die bei der Produktion anfallenden Kosten zu bewerten. Im Gegensatz zum Staat und zu den Organisationen ohne Erwerbszweck ist die Tätigkeit der Banken auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Zwar sind weder Preise noch Mengen der Bankdienstleistungen aus den verfügbaren Zahlen über die Geschäftstätigkeit der Banken unmittelbar ablesbar, doch besteht kein Zweifel daran, daß die Einnahmen aus dieser Geschäftstätigkeit in der Regel die Kosten deutlich übersteigen. Der zweite Einwand bezieht sich auf die Zurechnung der unterstellten Bankgebühr als Ganzes zu einem „Endverbrauch des Bankensektors“. Das gegenwärtige SNA hat den Mangel, die unterstellte Gebühr für Bankdienstleistungen ausschließlich den Vorleistungen zuzuordnen, die vorgeschlagene Vorgehensweise will sie als Ganzes dem Endverbrauch zuordnen. Beides ist unbefriedigend, ein Fortschritt in dem neuen Verfahren nicht unmittelbar erkennbar. Darüber hinaus wird mit dem „Endverbrauch des Bankensektors“ ein neues — sozialproduktswirksames — Aggregat ins Leben gerufen, das ebenso

¹⁵⁾ Siehe Haig, B. „The Treatment of Interest and Financial Intermediaries in the National Accounts of Australia“ in *The Review of Income and Wealth* 4/1986, S. 409 ff.

¹⁶⁾ Siehe Brodersen, S. „Credit Institutions and Insurance Enterprises — a Simple Solution to an old Complex of Problems“, Arbeitspapier für die Sitzung der Arbeitsgruppe „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ bei der OECD in Paris vom 14. bis 16. Mai 1986.

wie der Endverbrauch des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck das schwierige Problem der Verteilung dieser Ströme auf die Sektoren und die Wirtschaftsbereiche nicht löst, sondern nur verschleiert. Die beiden zuletzt genannten Größen versucht man im Zusammenhang mit der Revision des SNA so weit wie möglich aufzuteilen, indem Teile als individualisierte Konsumausgaben des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck einem erweiterten Verbrauch der privaten Haushalte zugerechnet werden¹⁷⁾. Der Vorschlag, ein neues Aggregat dieser Art in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzuführen, würde diesen Bestrebungen entgegenwirken.

3.4 Der Vorschlag von Mamalakis¹⁸⁾ (USA)

Nach Mamalakis müssen die von Kreditnehmern an ihre kreditgebenden Banken zu zahlenden Zinsen aufgeteilt werden in

- den als Vermögenseinkommen anzusehenden Zins im engeren Sinne als Bezahlung für die von den Kapitaleigentümern bereitgestellte **Faktorleistung**,
- den Gegenwert für die von den Banken erbrachten **Dienstleistungen**, die im einzelnen die Umwandlung der Einlagen in eine Form beinhalten, die in zeitlicher, räumlicher und quantitativer Hinsicht den Wünschen der Kreditnehmer entspricht, ferner die Bereitstellung einer allgemeinen Rechnungseinheit, der Instrumente für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs sowie einer Wertaufbewahrungs- und -erhaltungsleistung umfassen,
- einen Ausgleich für **Kreditausfälle** der Banken.

Aus dieser Zusammensetzung des Zahlungsstroms von den Kreditnehmern an die Banken leitet Mamalakis ab, daß sowohl das im SNA empfohlene Verfahren als auch die von Sunga vorgeschlagene Vorgehensweise nicht haltbar seien. Das erstere Verfahren geht davon aus, daß der gesamte Zahlungsstrom Faktoreinkommen ist und negiert dabei das darin enthaltene Dienstleistungsentgelt, das letztere Verfahren unterstellt, daß ausschließlich Dienstleistungsentgelt gezahlt wird und negiert damit die Funktion von Finanzkapital als Produktionsfaktor. Mamalakis empfiehlt deshalb, den Zahlungsstrom aufzuteilen, und zwar in der Weise, daß von den gesamten Zins- und sonstigen Vermögenseinnahmen der Banken die an die Einleger gezahlten Zinsen und zusätzlich ein Betrag für uneinbringliche Forderungen der Banken abgesetzt werden, um zu dem in den Bruttozinsen enthaltenen Entgelt der Banken für die von ihnen bereitgestellten Dienstleistungen zu gelangen. Zur Ermittlung der Wertschöpfung sind dann noch die direkt berechneten Gebühren zu addieren und die Vorleistungen abzuziehen

Insoweit unterscheidet sich der Vorschlag von Mamalakis im Ergebnis noch nicht sehr weit von dem des UNSO. Stark abweichende Vorstellungen hat Mamalakis allerdings bei der Verteilung der Gebühren für die Bankdienstleistungen auf die Verwender. Da er die an die Einleger gezahlten Zinsen mit dem als Vermögenseinkommen zu betrachtenden Zins im engeren Sinne gleichsetzt, entfällt die gesamte Gebühr für die Dienstleistungen auf die Kreditnehmer. Als Grundlage für die Verteilung schlägt er die Höhe der den einzelnen Sektoren bzw. Wirtschaftsbereichen gewährten Kredite vor. Auf dem Einkommensverteilungskonto der Banken und damit auch der anderen Sektoren sollen nur noch die um das **Dienstleistungsentgelt** verminderten Zahlungsströme nachgewiesen werden, das Dienstleistungsentgelt im Produktionskonto bzw. im Endverbrauch der Sektoren. Ausgleichsbuchungen entfallen damit. Im Vergleich zur derzeitigen Vorgehensweise würde sich das Sozialprodukt um die auf die letzte Verwendung entfallenden Teile des Dienstleistungsentgelts erhöhen.

Mamalakis wichtigster Beitrag in der Auseinandersetzung um die Definition der Wertschöpfung der Banken ist seine eingehende Analyse der **Funktion der Banken** und der von ihnen bereitgestellten Dienstleistungen. Die daraus abgeleitete Berechnung der Höhe des Dienstleistungsentgelts entspricht weitgehend dem entsprechenden Vorschlag des UNSO. Warum Mamalakis diese Beträge nur auf die Kreditnehmer verteilen will, bleibt unverständlich. Gerade die von ihm herausgearbeiteten Kategorien von Bankdienstleistungen machen deutlich, daß auch die Einleger Empfänger derartiger Leistungen sind.

3.5 Der Vorschlag von Rymes¹⁹⁾ (Kanada)

Nach den Darlegungen von Rymes liegt der von den Banken auf Einlagen gezahlte Zins vor allem deswegen unter dem für Ausleihungen empfangenen, weil die Banken selbst **zinslose Reserven** bei den Zentralbanken halten müssen. Die dadurch entstehende Belastung der Banken kann entweder als eine zusätzliche Steuer oder als Entgelt für die Bereitstellung eines öffentlichen Gutes durch die Zentralbanken an die Banken angesehen werden. Mit der unterstellten Bankgebühr wird nach Rymes der Versuch einer Messung des hierfür anzusetzenden Betrages gemacht. Da diese Messung nicht genau durchführbar und es im übrigen auch unangebracht sei, derartiges in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufzunehmen, äußert Rymes als Ergebnis seiner Analyse erhebliche Zweifel, ob der Nachweis von unterstellten Entgelten für Bankdienstleistungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beibehalten werden solle. In der Frühzeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen habe sich an einer negativen Wertschöpfung der Banken auch niemand gestört, wichtig für den Bankensektor sei nicht das Produktionskonto, sondern das Einkommensverteilungs-

¹⁷⁾ Siehe Pétre, J. „The Treatment in the National Accounts of Goods and Services for Individual Consumption, Produced, Distributed or Paid for by Government“, Studies of National Accounts — No. 1, herausgegeben vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1983, sowie Kopsch, G. „Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept“ in WiSta 4/1984, S. 297 ff.

¹⁸⁾ Siehe Mamalakis, M. „The Treatment of Interest and Financial Intermediaries in the National Accounts“, Diskussionspapier vorgelegt zur 19. Allgemeinen Konferenz der International Association for Research in Income and Wealth in Nordwijkerhout/Niederlande vom 25 bis 31 August 1985

¹⁹⁾ Siehe Rymes, T. K. „Problems of Interest and Financial Intermediaries in the SNA“, Diskussionspapier vorgelegt zur 19. Allgemeinen Konferenz der International Association for Research in Income and Wealth in Nordwijkerhout/Niederlande vom 25 bis 31 August 1985, derselbe „Further Thoughts on the Banking Imputation in the National Accounts“ in The Review of Income and Wealth 4/1986, S. 425 ff.

und das Finanzierungskonto und im übrigen sei die gegenwärtige SNA-Lösung ein ziemlich primitives Verfahren.

Die Schlüsse von Rymes mögen auf den ersten Blick ganz überzeugend erscheinen. Beim näheren Hinsehen muß man jedoch einwenden, daß zumindestens der Ausweis einer negativen Wertschöpfung der Banken keine akzeptable Lösung sein kann, auch wenn zuzugestehen ist, daß die Verteilungs- und Finanzierungsströme bei den Banken eine erhebliche Bedeutung haben. Der Einsatz von nicht unerheblichen Personal- und Sachmitteln ist jedoch ein klares Indiz für die Produktionstätigkeit der Banken. Probleme bei der Messung des Ergebnisses dieser Produktionstätigkeit dürfen kein Argument dafür sein, auf die Messung ganz zu verzichten. Der Vollständigkeit halber sei noch hinzugefügt, daß der fehlende Ansatz für die Dienstleistungsproduktion der Banken auch die Verteilung dieser Dienstleistungen auf die sie in Anspruch nehmenden Sektoren ausschließt.

4 Versuch einer Schlußfolgerung aus den beschriebenen Ansätzen

Sowohl die bisherigen internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen als auch die in diesem Beitrag diskutierten Vorschläge zu einer Neuformulierung der für die Messung der Wertschöpfung der Banken zur Zeit geltenden Vorschriften gehen in breiter Übereinstimmung davon aus, daß als Entgelt für die Dienstleistungen der Banken neben den tatsächlich in Rechnung gestellten Gebühren ein zusätzlicher Betrag anzusetzen ist. Selbst Rymes argumentiert in dieser Weise, bezweifelt aber dann die Durchführbarkeit der Messung. Aus den von Mamalakis beschriebenen Funktionen, die die Banken im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang erfüllen, lassen sich zum einen das Vorhandensein von Bankdienstleistungen und zum anderen die Notwendigkeit ihrer Bemessung und der Verteilung ihres geschätzten Wertes auf die empfangenden Gruppen von Wirtschaftseinheiten zweifelsfrei ableiten. Strittig bleibt allerdings nach wie vor die Beantwortung von drei grundlegenden Fragen auf diesem Gebiet:

1. In welcher Höhe ist das Entgelt für die erbrachten Bankdienstleistungen anzusetzen?
2. Welchen Gruppen von Wirtschaftseinheiten (Sektoren, Wirtschaftsbereiche) sollen die Entgelte für Bankdienstleistungen in welcher Weise als Käufe zugeordnet werden?
3. Sollen die Zinsströme zwischen Banken, Einlegern und Kreditnehmern in ihrer tatsächlichen Höhe oder bereinigt um die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen als Einkommensverteilungstransaktionen dargestellt werden?

4.1 Die Höhe des Entgelts für Bankdienstleistungen

Die Palette der Antworten zu der Fragestellung, was über die unmittelbar berechneten Gebühren hinaus zum

Dienstleistungsentgelt der Banken gerechnet werden soll, ist ausgesprochen vielfältig. Die Extrempositionen nehmen Rymes, der die Höhe des Dienstleistungsentgelts als nicht meßbar betrachtet, und Sunga, der die gesamten Ertragszinsen der Banken als Dienstleistungsentgelt ansieht, ein. Dazwischen liegen die in dem derzeitigen und dem früheren SNA, in dem Vorschlag des UNSO und dem Vorschlag von Mamalakis enthaltenen Ansätze, in denen jeweils — mit gewissen Unterschieden im Detail — die Differenz zwischen Ertrags- und Aufwandszinsen der Banken dem Dienstleistungsentgelt der Banken zugerechnet werden, sowie der Ansatz von Haig und Brodersen, die das Dienstleistungsentgelt der Banken anhand der Kosten dieser Institutionen messen wollen. Die bisherigen Ausführungen zu den einzelnen Vorschlägen haben bereits gezeigt, daß die Verfahrensansätze von Rymes, Sunga und Haig/Brodersen im wesentlichen aus konzeptionellen Gründen nicht in Betracht kommen. Die Ermittlung des — neben den unmittelbaren Gebühreneinnahmen — zu berücksichtigenden Dienstleistungsentgelts der Banken als Differenz zwischen Ertrags- und Aufwandszinsen erscheint für die Messung des Produktionswerts der Banken als eine akzeptable Lösung.

Bei den Banken erstreckt sich — anders als bei den Produktionsunternehmen — die eigentliche Geschäftstätigkeit auf die mit der Hereinnahme von Geld und mit dessen rentabler Anlage in Form von Ausleihungen, Wertpapieren usw. verbundenen Dienstleistungen, und deshalb ist auch das als Differenz zwischen Soll- und Haben-zinsen errechnete Entgelt für diese Tätigkeit — zusammen mit den direkten Gebühreneinnahmen — am ehesten mit dem Umsatz der Produktionsunternehmen vergleichbar. Man könnte an dieser Stelle dazu neigen, den Ansatz von Sunga, der die Bruttozinsströme auf dem Produktionskonto nachweisen will, als besser vergleichbar mit Umsatz und Vorleistungen der Produktionsunternehmen anzusehen, doch wurde an anderer Stelle bereits deutlich gemacht, daß damit die im Zins enthaltenen Vermögenseinkommen unzulässigerweise in die Dienstleistungstransaktionen einbezogen würden. Im übrigen würde bei Sungas Verfahren — hierauf wurde bereits eingegangen — den privaten Haushalten als Eigentümer von Einlagen bei Banken eine erhebliche Produktion zugerechnet, was mit dem Produktionsbegriff der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht vereinbar ist. Bei der genauen Festlegung, wie der Unterschied zwischen Ertrags- und Aufwandszinsen exakt zu definieren ist, sollte pragmatisch vorgegangen werden. Der Ausschluß bestimmter Ertragszinsen (zum Beispiel für ausgeliehenes Eigenkapital) oder bestimmter Aufwandszinsen (zum Beispiel für aufgenommene Gelder, die für Anlageinvestitionen verwendet werden) aus der Rechnung oder die Minderung der Ertragszinsen um Veränderungen der Rückstellungen für zweifelhafte Kredite läßt sich weder eindeutig begründen, noch problemlos mit den üblicherweise vorhandenen Statistiken realisieren. Dazu kommt, daß der Unterschied derart differenzierter Rechnungen zu der einfachen Saldierung der gesamten nachgewiesenen Ertrags- und Aufwandszinsen in der Regel nicht sehr erheblich sein dürfte. (Dies muß an anderer Stelle noch zahlenmäßig belegt werden.) Insofern kann die vom Statistischen Bundesamt vorgenommene Berechnung des

Produktionswerts der Kreditinstitute als direkte Gebühreneinnahmen zuzüglich des Saldo aus Ertrags- minus Aufwandszinsen auch im Licht der neuen internationalen Vorschläge als weiterhin akzeptabel angesehen werden.

4.2 Der Nachweis der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen in den Produktionskonten der Sektoren

Unproblematisch und unstrittig ist zunächst, daß die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen, unabhängig von ihrer genauen Definition, zusammen mit den direkt berechneten Bankgebühren in den Produktionswert der Kreditinstitute eingehen. Die sehr viel schwerer zu entscheidende Frage ist jedoch, woher die Verkaufserlöse kommen, das heißt, welche Wirtschaftseinheiten als Käufer von Bankdienstleistungen auftreten. Nicht in Erscheinung tritt dieses Problem bei den Vorschlägen von Rymes und von Sunga, die beide auf die Berechnung einer unterstellten Bankgebühr verzichten. Statt dessen weisen sie nur die Bruttozinsströme nach, und zwar der eine auf dem Einkommensverteilungskonto, der andere auf dem Produktionskonto. Gegen beide Vorschläge sprechen konzeptionelle Gründe. Haig/Brodersen sehen in der unterstellten Bankgebühr, die sie als Kosten abzüglich in Rechnung gestellte Gebühren definieren, einen Eigenverbrauch der Kreditinstitute. Auch diese Lösung wurde schon als nicht akzeptabel bezeichnet. Nicht in eine neu zu schaffende Endverbrauchskategorie der Banken, sondern in die Vorleistungen verweist das derzeitige SNA die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. Dieses Verfahren muß ebenfalls, wie bereits erwähnt, sehr kritisch gesehen werden, die Verhältnisse in der Realität spiegelt es in keiner Weise wider. Es verbleiben die Ansätze, die von einer Verteilung der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen auf deren Nutzer ausgehen, wobei allerdings noch einmal wesentliche Auffassungsunterschiede im Hinblick darauf bestehen, welche Gruppen von Wirtschaftseinheiten letztlich die Bankdienstleistungen in Anspruch nehmen. Während das frühere OEEC-System die Bankeinlagen als Schlüssel für die Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen vorsah, sieht Mamalakis in seinem Beitrag nur die Kreditnehmer der Banken als Empfänger von Bankdienstleistungen an. Auf beide Gruppen von Bankkunden hat das frühere Verfahren des Statistischen Bundesamtes die unterstellte Bankgebühr verteilt und gleiches sieht der heutige Vorschlag des UNSO für die Revision des SNA vor.

Betrachtet man die Art der Dienstleistungen von Banken, so läßt sich aus diesen in keiner Weise ableiten, daß nur die eine oder nur die andere Seite des Bankgeschäfts mit der Bereitstellung von Dienstleistungen verbunden sein könnte. Sowohl Einleger als auch Kreditnehmer ziehen Vorteile aus der Tätigkeit der Banken, und zwar Vorteile, die auch auf der Einlegerseite über den Empfang von Guthabenzinsen hinausgehen. Wenn Mamalakis in seinem Beitrag davon ausgeht, daß nur die Kreditnehmer Dienstleistungen empfangen und bezahlen, so übersieht er, daß die von ihm selbst definierten Bankdienstleistungen

auch für die Einleger eine erhebliche Bedeutung haben, wobei die Bezahlung über eine Verminderung der Guthabenzinsen abgewickelt wird. Als Schlüssel für die Verteilung der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen schlägt das UNSO die Summe aus Bankkrediten und Bankeinlagen jedes Sektors und der übrigen Welt vor. Als Näherungslösung erscheint dieses Verfahren akzeptabel und — dies ist im einzelnen zu überprüfen — vor allem auch praktikabel, wobei allerdings noch zu überlegen ist, ob auch die tatsächlichen Zinsströme oder zumindestens Teile davon als Verteilungsschlüssel in Betracht kommen. Nur schwer zu realisieren dürften jedoch die noch weitergehenden Überlegungen des UNSO sein, den auf den Unternehmenssektor entfallenden Anteil an der unterstellten Bankgebühr in voller Tiefe nach Wirtschaftsbereichen zu gliedern und jeweils in die Vorleistungen der Wirtschaftsbereiche einzubeziehen.

Dieses in erster Linie statistische Problem sollte jedoch die mit der Revision des SNA befaßten Experten nicht daran hindern, eine theoretisch einwandfreie und schlüssige Lösung als Empfehlung in das System aufzunehmen. Bei der Realisierung dieser Empfehlung könnte so vorgegangen werden, daß in einem ersten Schritt zwar eine Verteilung der unterstellten Bankgebühr auf die Sektoren und die übrige Welt vorgenommen, auf die Verteilung innerhalb des Unternehmenssektors nach Wirtschaftsbereichen jedoch verzichtet und statt dessen der auf die Unternehmen entfallende Betrag global von der aufsummierten Wertschöpfung der Produktionsunternehmen abgesetzt wird. Diese Vorgehensweise hätte im Vergleich zu der jetzt praktizierten den Vorteil, daß zum einen die auf den Endverbrauch (privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Export abzüglich Import) entfallenden Anteile an der Bankgebühr methodisch richtig nachgewiesen und damit auch das Sozial- und das Inlandsprodukt in dieser Hinsicht korrekt gemessen würden, und zum anderen nicht nur die unbereinigte, sondern auch die bereinigte Bruttowertschöpfung der Kreditinstitute einen positiven und damit der Realität entsprechenden Betrag aufweisen würde. Im Vergleich zu dem UNSO-Vorschlag wäre von Vorteil, daß die bei einer tiefen Wirtschaftsbereichsgliederung entstehenden erheblichen statistischen Unsicherheiten entfallen würden. An Verbesserungen der Datengrundlage auf diesem Gebiet, die eine vollständige Übernahme der UNSO-Empfehlung ermöglicht, müßte in Zukunft gearbeitet werden.

4.3 Der Nachweis der Zinsströme in den Einkommensverteilungskonten der Sektoren

Mit der Ermittlung der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen als Differenz von Ertrags- und Aufwandszinsen der Banken, mit der Verteilung dieses Betrages auf die die Dienstleistungen in Anspruch nehmenden Sektoren und mit dem damit verbundenen Ausweis einer positiven Brutto- und Nettowertschöpfung des Bankensektors ergibt sich das Problem, daß die tatsächlichen Zinsnahmen und -ausgaben der Banken im

Einkommensverteilungskonto nicht unkorrigiert nachgewiesen werden können, da ansonsten den Banken die Zinsdifferenz zweimal zugerechnet würde. Das alte OEEC-System hat diese K o r r e k t u r — wie bereits erwähnt — mit einem System von Stornobuchungen vorgenommen, der Vorschlag des UNSO und auch der Ansatz von Mamelakis sehen dagegen eine unmittelbare Korrektur der auf den Einkommensverteilungskonten der Sektoren ausgewiesenen Zinstransaktionen vor. Folgt man den bisherigen Überlegungen, daß die Banken eine marktbestimmte Dienstleistung erbringen, deren Bezahlung zum Teil durch einen Zuschlag zu den von den Banken erhobenen Darlehenszinsen, zum Teil durch einen Abschlag von den von den Banken zu leistenden Zinsen auf Einlagen erfolgt, so ist die unmittelbare Korrektur dieser Zinsströme auf den Einkommensverteilungskonten der Sektoren eine sinnvolle und verständliche Lösung des Problems. Es würde damit auch eine eindeutige und klare Trennung der zur Produktionssphäre zählenden Dienstleistungskäufe und -verkäufe von den zur Verteilungssphäre gehörenden Zinstransaktionen im engeren Sinne, also der Vermögenseinkommen, vorgenommen. In einer gesonderten Tabelle sollte allerdings gezeigt werden, wie sich diese unterstellten Transaktionen aus den tatsächlichen Zinsströmen ableiten, da ein völliger Verzicht auf den Nachweis der Zahlungsvorgänge nicht akzeptabel ist.

Dipl.-Kaufmann Günter Kopsch

Entwicklung der Einbürgerungen seit 1983

Einbürgerungszahl rückläufig

Nach den Ergebnissen der Einbürgerungsstatistik haben im Jahr 1985 34 913 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, und zwar 21 019 (60 %) aufgrund eines Rechtsanspruchs und 13 894 (40 %) durch Ermessensentscheidung¹⁾. 1984 waren hingegen 38 046 und 1983 39 485 Personen eingebürgert worden. Jeweils gegenüber dem Vorjahr betrug die Abnahme 1985 etwa 8 % und 1984 knapp 4 %. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, beruht der Rückgang 1984 gegenüber 1983 ausschließlich auf einer

Tabelle 1: Einbürgerungen nach Personengruppen und Einbürgerungsart

Jahr	Insgesamt		Männer		Frauen		Kinder und Jugendliche ¹⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Anspruchseinbürgerungen								
1983	25 151	100	9 268	36,8	9 747	38,8	6 136	24,4
1984	23 351	100	8 489	36,4	9 232	39,5	5 630	24,1
1985	21 019	100	7 714	36,7	8 298	39,5	5 007	23,8
Ermessenseinbürgerungen								
1983	14 334	100	5 596	39,0	5 584	39,0	3 154	22,0
1984	14 695	100	5 833	39,7	5 788	39,4	3 074	20,9
1985	13 894	100	5 531	39,8	5 447	39,2	2 916	21,0
Einbürgerungen insgesamt								
1983	39 485	100	14 864	37,6	15 331	38,8	9 290	23,5
1984	38 046	100	14 322	37,6	15 020	39,5	8 704	22,9
1985	34 913	100	13 245	37,9	13 745	39,4	7 923	22,7

¹⁾ Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben

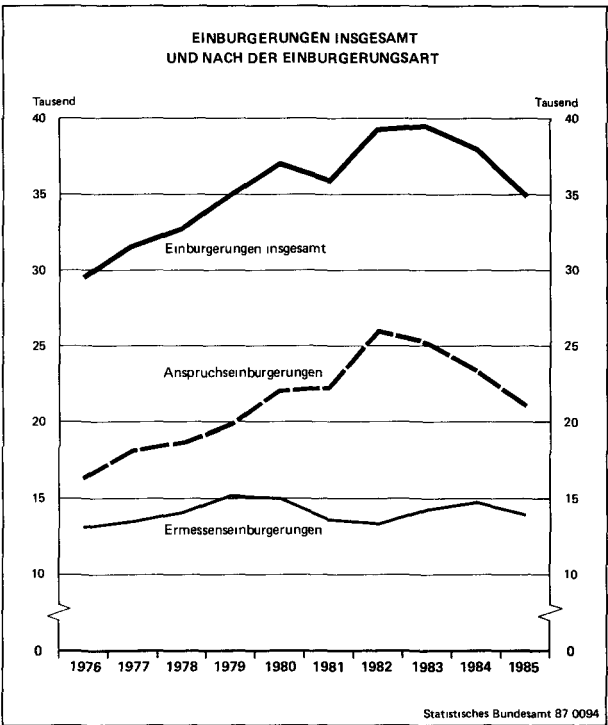
Verringerung der Zahl der Anspruchseinbürgerungen. Im Zeitraum 1984/85 nahm auch die Zahl der Ermessenseinbürgerungen ab.

Von allen 1985 eingebürgerten Personen waren 38 % Männer, 39 % Frauen und 23 % Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Regionale Verteilung

Von den 34 913 Einbürgerungen im Jahr 1985 wurden die meisten — 8 553 oder 24 % — in Baden-Württemberg vorgenommen. Weitere 8 143 (23 %) entfielen auf Bayern und 7 585 (22 %) auf Nordrhein-Westfalen (siehe Tabelle 2). In diesen drei Ländern wurden auch 15 962 oder 76 % der 21 019 Anspruchseinbürgerungen registriert. Von den 13 894 Ermessenseinbürgerungen entfielen 9 984 oder

¹⁾ Bei Anspruchseinbürgerungen handelt es sich in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle um Personen, die aufgrund von Art. 116 Abs. 1 GG Deutsche sind, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Demgegenüber betreffen die Ermessenseinbürgerungen die Einbürgerung von Ausländern (§ 8 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes — RuStAG) bzw. die Einbürgerung ausländischer Ehegatten von Deutschen (§ 9 RuStAG).



72 % auf Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Diese Verteilung entspricht der regionalen Verteilung der Ausländer im Bundesgebiet; so wohnten von den Ende Dezember 1985 hier ansässigen rund 4,4 Mill. Ausländern etwa 3,3 Mill. oder 76 % in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen.

Tabelle 2: Einbürgerungen 1985 nach dem Registrierort¹⁾

Land	Einbürgerungen insgesamt		Anspruchseinbürgerungen		Ermessenseinbürgerungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein	460	1,3	132	0,6	328	2,4
Hamburg	1 100	3,2	564	2,7	536	3,9
Niedersachsen	1 983	5,7	1 194	5,7	789	5,7
Bremen	244	0,7	131	0,6	113	0,8
Nordrhein-Westfalen	7 585	21,7	3 910	18,6	3 675	26,5
Hessen	3 045	8,7	1 380	6,6	1 665	12,0
Rheinland-Pfalz	1 412	4,0	825	3,9	587	4,2
Baden-Württemberg	8 553	24,5	6 189	29,4	2 364	17,0
Bayern	8 143	23,3	5 863	27,9	2 280	16,4
Saarland	296	0,8	80	0,4	216	1,6
Berlin (West)	2 092	6,0	751	3,6	1 341	9,7
Bundesgebiet	34 913	100	21 019	100	13 894	100

¹⁾ Registrierort ist die Gemeinde der Staatsangehörigkeitsbehörde

Frühere Staatsangehörigkeit

Bei den Anspruchseinbürgerungen handelt es sich in der weitaus größten Zahl der Fälle um Aussiedler aus den Ostgebieten des Deutschen Reichs und aus osteuropäischen Ländern. So besaßen von den 1985 aufgrund eines Rechtsanspruchs eingebürgerten 21 019 Personen 11 897 oder 57 % vor ihrer Einbürgerung die rumänische Staatsangehörigkeit (siehe Tabelle S. 16*). Weitere 24 % stammten ihrer früheren Nationalität nach aus Polen, 5 % aus der Sowjetunion und jeweils rund 3 % aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Auf die genannten sechs Länder entfielen somit 19 777 oder 94 % aller Einbürgerungen; das sind 4 114 weniger als 1983 (23 891).

Von den 1985 im Ermessensweg eingebürgerten 13894 Personen stammten 4790 oder 34% ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit nach aus einem der früheren Anwerbeländer Türkei, Jugoslawien, Italien, Griechenland und Spanien. Der auf jedes dieser fünf Länder entfallende Anteil an allen Ermessenseinbürgerungen ist sehr unterschiedlich; er beträgt beispielsweise bei denn Jugoslawen 16%, bei den Griechen und Spaniern hingegen nur 2 bzw. 1% (siehe Tabelle S. 16*).

In nennenswertem Umfang wurden 1985 durch Ermessensentscheidung ferner Personen eingebürgert, die zuvor die österreichische oder polnische Staatsangehörigkeit besaßen oder staatenlos waren (jeweils 6%).

Unter den 1985 auf dem Ermessensweg eingebürgerten Personen befanden sich 4813 (35%) ausländische Ehegatten von Deutschen. Erheblich höher liegt dieser Anteil beispielsweise bei den Personen, die zuvor die ägyptische (59%), südafrikanische (57%) oder bulgarische Staatsangehörigkeit (53%) besaßen. Von den Türken, Israelis und US-Amerikanern hatten hingegen nur zwischen 19 und 22% einen deutschen Ehepartner (siehe Tabelle S. 16*).

Bei der Beurteilung der Zahl der Ermessenseinbürgerungen sind grundsätzlich zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen, und zwar zum einen die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung und zum anderen die Bereitschaft der Ausländer, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Voraussetzungen für die Einbürgerung im Ermessensweg sind nach geltendem Recht grundsätzlich die Wohnsitzgründung im Inland, Geschäftsfähigkeit, Unbescholtenheit und gesicherte Existenzgrundlage. Außerdem wird — insbesondere wegen der mit der Einbürgerung verbundenen politischen Mitwirkungsrechte — eine gewachsene Beziehung und Bindung zur staatlichen Gemeinschaft gefordert. Da diese sich in der Regel nicht in kurzer Zeit entwickelt, kommt eine Einbürgerung im allgemeinen erst nach einem Aufenthalt von mindestens zehn Jahren in Betracht. Ausnahmen gelten etwa bei Ausländern, die mit einem deutschen Partner verheiratet sind; hier genügt eine kürzere Aufenthaltsdauer. Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen können Ausländer im allgemeinen mit ihrer Einbürgerung rechnen²⁾. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch die Grundsätze für die Einbürgerung in besonderen Fällen. So soll nach den vom Bundesminister des Inneren erlassenen Einbürgerungsrichtlinien³⁾ beispielsweise die Einbürgerung bestimmter Ausländergruppen (heimatlose Ausländer, Asylberechtigte, ausländische Flüchtlinge, Staatenlose) erleichtert werden. Bei Ausländern, die mit Deutschen verheiratet sind, unterstellt das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz regelmäßig ein öffentliches Interesse an einer Einbürgerung. Daher ist das den Behörden eingeräumte Ermessen in diesen Fällen erheblich eingeschränkt.

2) Antwort der Bundesregierung vom 5. Mai 1982 auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP zur Ausländerpolitik (Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1629)

3) GMBI 1978, S. 16 ff.

Zur Bereitschaft bzw. zum Wunsch, eingebürgert zu werden, vermitteln die Ergebnisse der 1985 vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung durchgeführten Repräsentativuntersuchung über Ausländer gewisse Aufschlüsse⁴⁾. Im Rahmen dieser Untersuchung — befragt wurden 6111 Ausländer im Alter von 15 und mehr Jahren aus den früheren Anwerbeländern Türkei, Jugoslawien, Italien, Spanien, Griechenland und Portugal — wurde auch die Bereitschaft, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, ermittelt. Danach sind nur etwa 6% der Befragten bereit, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen; 79% sind hierzu nicht bereit, und 15% sind unentschlossen. Es bestehen aber nationalitätenspezifische Unterschiede. So ist der Anteil derjenigen, die bereit sind, Deutsche zu werden, am höchsten bei den Türken (7%) und am geringsten bei den Spaniern (3%). — Die meisten Unentschlossenen gab es anteilmäßig mit 22% unter den Jugoslawen. Diejenigen Ausländer, die nicht bereit sind, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, gaben als Grund hierfür am häufigsten an, ihre nationale Identität behalten zu wollen.

Tabelle 3: Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet von 10 und mehr Jahren am 31. Dezember 1985 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Darunter mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 10 Jahren	
		1 000	%
Europäische Staaten	3 763,8	2 378,9	63,2
darunter			
Bulgarien	4,3	1,5	34,9
Frankreich	74,9	39,1	52,2
Griechenland	280,6	217,9	77,7
Italien	531,3	350,2	65,9
Jugoslawien	591,0	453,5	76,7
Niederlande	108,4	84,0	77,5
Österreich	172,5	125,0	72,5
Polen	104,8	27,7	26,4
Rumanien	13,7	3,2	23,4
Sowjetunion	6,7	2,9	43,3
Spanien	152,8	129,7	84,9
Tschechoslowakei	28,2	11,3	40,1
Türkei	1 401,9	768,3	54,8
Ungarn	21,4	8,7	40,7
Außereuropäische Staaten	562,3	164,8	29,3
darunter			
Ägypten	8,3	2,8	33,7
Israel	8,2	3,3	40,2
Korea, Republik	16,7	5,7	34,1
Südafrika	2,5	0,9	36,0
Syrien	7,9	2,5	31,6
Vereinigte Staaten	85,7	41,3	48,2
Staatenlos	27,8	17,8	64,0
Ungeklärt und ohne Angabe	25,0	15,7	62,8
Insgesamt	4 378,9	2 577,2	58,9

Aussagen über den Wunsch der Ausländer, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, wären schließlich auch anhand der Zahl der gestellten Einbürgerungsanträge möglich, die wiederum von mehreren Faktoren abhängen, sei es vom Bestand an Ausländern der jeweiligen Nationalität (siehe Tabelle 3), sei es von den jeweils gegebenen

4) „Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland — Repräsentativuntersuchung '85“ Sie knüpft an die vom gleichen Institut ebenfalls im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung durchgeführte Repräsentativuntersuchung von 1980 sowie an Erhebungen der Bundesanstalt für Arbeit aus den Jahren 1972 und 1968 an

Voraussetzungen für eine Einbürgerung (z. B. Aufenthaltsdauer, Staatsangehörigkeit des Ehepartners). Die Zahl der gestellten Einbürgerungsanträge wird in der Einbürgerungsstatistik jedoch nicht erhoben.

Nachstehend wird versucht, unter Berücksichtigung der jeweiligen Datenlage eine möglichst adäquate Maßzahl zur Darstellung der Einbürgerungshäufigkeit zu berechnen. Ein entscheidender Ansatz hierfür besteht darin, die im Ermessensweg eingebürgerten Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet nicht nur insgesamt nach Nationalitäten bzw. in Bezug zum jeweiligen Ausländerbestand darzustellen, sondern in Relation zur Zahl potentieller Einbürgerungsbewerber. Auf diese Weise erhält man eine Maßzahl, die Auskunft gibt über die Häufigkeit der Einbürgerung von Ausländern.

Einbürgerungsziffern für Ausländer

Methodische Überlegungen

Die Messung der Einbürgerungshäufigkeit von Ausländern stößt auf erhebliche methodische Schwierigkeiten. Im folgenden wird versucht, Berechnungsmöglichkeiten aufzuzeigen und den Aussagewert der jeweiligen Ziffer zu erläutern.

Am naheliegendsten erscheint es zunächst, eine allgemeine Einbürgerungsziffer (e_a) zu berechnen, die in etwa der allgemeinen Heirats-, Geburten- oder Sterbeziffer entspricht. Zu diesem Zweck werden die in einem bestimmten Jahr auf dem Ermessensweg eingebürgerten Personen⁵⁾ auf die durchschnittliche ausländische Bevölkerung des Bundesgebietes im gleichen Jahr bezogen:

$$e_a = \frac{E_j}{A_j}$$

Dabei bedeuten:

E_j : Im Berichtsjahr durch Ermessensentscheidung eingebürgerte Personen.

A_j : Ausländische Bevölkerung im Durchschnitt des Jahres j .

Der Wert dieses Bruchs ist jedoch zu hoch, weil in der Bezugsmasse auch diejenigen Personen enthalten sind, die die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nicht bzw. noch nicht erfüllen. Die allgemeine Einbürgerungsziffer eignet sich daher nicht zur Messung der Einbürgerungshäufigkeit der Ausländer, insbesondere nicht in der Gliederung nach bestimmten Nationalitäten.

Die Voraussetzungen für eine Einbürgerung sind im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und in den Einbürgerungsrichtlinien festgelegt. Danach soll der Einbürgerungsbewerber beispielsweise die deutsche Sprache in Wort und Schrift in dem Maße beherrschen, wie dies von Personen seines Lebensbereiches erwartet wird. Weitere Voraussetzungen sind u. a. — wie schon erwähnt — eine einwandfreie Lebensführung, das Vorhandensein einer Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland und die

Fähigkeit, den Unterhalt für sich und die Familienangehörigen aus eigenen Kräften und Mitteln aufzubringen.

Ob der Einbürgerungsbewerber alle diese Voraussetzungen erfüllt, läßt sich im Einzelfall statistisch verständlicherweise nicht messen. Der in Frage kommende Personenkreis kann jedoch aufgrund der Dauer des Aufenthalts im Bundesgebiet zumindest abgeschätzt werden. Nach den Einbürgerungsrichtlinien ist weitere Voraussetzung der Einbürgerung die Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse; sie setzt in der Regel ein langfristiges Einleben in die deutsche Umwelt voraus. Für die Einbürgerung ist deshalb ein langjähriger Inlandsaufenthalt erforderlich. Dieser soll in der Regel — wie erwähnt — mindestens zehn Jahre betragen.

Es ist daher zweckmäßig — wieder in Parallele zur Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung —, eine besondere Einbürgerungsziffer (e_b) zu berechnen. Hierzu wird die Zahl der im Berichtsjahr auf dem Ermessensweg eingebürgerten Personen auf die Zahl der Ausländer bezogen, die sich im gleichen Jahr seit mindestens zehn Jahren im Bundesgebiet aufgehalten haben⁶⁾:

$$e_b = \frac{E_j}{A(j,a+)}$$

wobei

E_j : Im Berichtsjahr durch Ermessensentscheidung eingebürgerte Personen.

$A(j,a+)$: Ausländer am 30. September bzw. 31. Dezember des Jahres j mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens a Jahren⁶⁾

bedeuten.

Auch diese Ziffer ist jedoch noch zu ungenau, weil bei ihrer Berechnung Ausnahmeregelungen von dem Erfordernis eines mindestens zehnjährigen Inlandsaufenthalts unberücksichtigt bleiben. So genügt nach den Einbürgerungsrichtlinien in der Regel ein Aufenthalt im Bundesgebiet von fünf Jahren, wenn der Einbürgerungsbewerber mit einem(r) Deutschen verheiratet ist. (In der Praxis galt diese Regelung allerdings nur bis zum 31. Dezember 1984. Auf die derzeitige Regelung wird in einem späteren Abschnitt eingegangen.)⁷⁾ Außerdem soll die Ehe bereits zwei Jahre bestehen. Nachfolgend werden aufenthaltsdauer- bzw. familienstandsspezifische Einbürgerungsziffern berechnet, die die genannten Regelungen zumindest annähernd berücksichtigen. Die Berechnung wird dabei für eingebürgerte Personen durchgeführt, die

a) mit einem(r) Deutschen verheiratet sind,

b) einen ausländischen Ehepartner haben oder nicht verheiratet sind.

Es bedeuten

$E(j,D)$: Im Berichtsjahr als Ehegatten Deutscher eingebürgerte Personen.

⁶⁾ Zahlen über die Ausländer nach der Aufenthaltsdauer im Jahresdurchschnitt konnten nicht ermittelt werden, da aus der Ausländerstatistik nach den Unterlagen des Ausländerzentralregisters (AZR) bis einschließlich Berichtsjahr 1984 nur Werte zum 30. September eines Jahres vorlagen

⁷⁾ Für die Einbürgerungsbewerber aus dem deutschsprachigen Raum genügt in der Regel ein Inlandsaufenthalt von zwei Jahren

⁵⁾ Gemeint sind hier und im folgenden die auf dem Ermessensweg eingebürgerten Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet

$E(j,N)$: Im Berichtsjahr nicht als Ehegatten Deutscher eingebürgerte Personen.

$A(j,D,a,d)$: Ausländer mit deutschem Ehepartner am 30. September bzw. 31. Dezember des Jahres j .

$A(j,N,a,d)$: Nicht verheiratete Ausländer und solche mit ausländischem Ehepartner am 30. September bzw. 31. Dezember des Jahres j .

a : Dauer des Aufenthalts im Bundesgebiet (a_+ : mindestens a Jahre; a_- : weniger als a Jahre).

d : Ehedauer (d_+ : mindestens d Jahre; d_- : weniger als d Jahre).

Voraussetzung für die Einbürgerung von Ehegatten Deutscher ist — wie gesagt — in der Regel ein fünfjähriger Inlandsaufenthalt sowie ein zweijähriges Bestehen der Ehe. Bei einer Ehedauer von weniger als zwei Jahren kann eine Einbürgerung im allgemeinen nur erfolgen, wenn sich der Einbürgerungsbewerber seit mindestens zehn Jahren im Bundesgebiet aufhält. Danach würde sich die Einbürgerungsziffer von Ehegatten Deutscher (e_d) wie folgt errechnen:

$$e_d = \frac{E(j,D)}{A(j,D,5_+,2_+) + A(j,D,10_+,2_-)}$$

Angaben über Aufenthaltsdauer und Familienstand der Ausländer — jeweils in Kombination mit der Staatsangehörigkeit — liefert die Ausländerstatistik. Hinsichtlich der Verheirateten steht zusätzlich die Zahl der Personen mit deutschem Ehepartner zur Verfügung. Im Ausländerzentralregister (AZR) werden jedoch weder die Ehedauer noch das Eheschließungsjahr gespeichert. Aus diesem Grund können die Werte im Nenner des Bruchs nicht genau bestimmt werden. Möglich ist aber eine näherungsweise Ermittlung zumindest des ersten Summanden im Nenner. Dieser Summand — die Zahl der Ausländer mit deutschen Ehegatten, die sich am 30. September des Jahres j seit mindestens fünf Jahren im Bundesgebiet aufhielten und deren Ehe seit mindestens zwei Jahren bestand — wird abgeschätzt durch die Zahl derjenigen Ausländer, die zwei Jahre zuvor, also am 30. September des Jahres $j-2$ mit einem(r) Deutschen verheiratet waren und sich zu diesem Zeitpunkt seit mindestens drei Jahren im Bundesgebiet aufhielten⁸⁾:

$$A(j,D,5_+,2_+) \approx A(j-2,D,3_+)$$

Für den zweiten Summanden [$A(j,D,10_+,2_-)$] läßt sich — wie bereits angedeutet — kein Näherungswert ermitteln. Er dürfte jedoch wegen der hier zugrundegelegten, relativ langen Aufenthaltsdauer bei gleichzeitig sehr kurzer Ehedauer kaum ins Gewicht fallen. Außerdem ist zu bedenken, daß die Schätzung für den ersten Summanden geringfügig überhöht ist, da ein Teil der im Jahr $j-2$ anwesenden Ausländer bis zum Jahr j verstorben ist oder das Bundesgebiet wieder verlassen hat.

⁸⁾ Die entsprechenden Daten wurden durch eine Sonderauswertung des AZR ermittelt. Die verkürzte zeitliche Einbürgerungsvoraussetzung für Personen aus dem deutschsprachigen Raum blieb dabei unberücksichtigt.

Vernachlässigt man daher den zweiten Summanden, so ergibt sich als Näherung für die gesuchte Einbürgerungsziffer der Ehegatten Deutscher:

$$e_d \approx \frac{E(j,D)}{A(j-2,D,3_+)}$$

Für 1985 beispielsweise wäre die Einbürgerungsziffer also wie folgt zu berechnen:

Im Jahr 1985 eingebürgerte Ehegatten Deutscher

Ausländer, die am 30. September 1983 einen deutschen Ehepartner hatten und sich am gleichen Stichtag seit mindestens drei Jahren im Bundesgebiet aufhielten

Ab Berichtsjahr 1985 tritt bei der Berechnung der Einbürgerungsziffer für Ehegatten Deutscher ein weiteres Problem auf:

Im Oktober 1984 sind die Staatsangehörigkeitsreferenten von Bund und Ländern übereingekommen, die Einbürgerungsrichtlinien an die Entschließung (77) 12 des Ministerkomitees des Europarats anzupassen. Danach soll bei der Einbürgerung von Ehegatten Deutscher ab 1. Januar 1985 ein Inlandsaufenthalt in der Regel dann als ausreichend angesehen werden, wenn er fünf Jahre (nach der Einreise) oder drei Jahre nach der Eheschließung bestanden hat. Die Ehe soll zwei Jahre bestanden haben⁹⁾.

Nach der neuen Regelung hätte ein Ausländer, der beispielsweise 1982 in das Bundesgebiet eingereist ist und im gleichen Jahr eine Deutsche geheiratet hat, 1985 die zeitliche Voraussetzung für eine Einbürgerung erfüllt. Derartige Fälle fehlen jedoch in der Bezugsmasse für die Berechnung der Einbürgerungsziffer. Eine Abschätzung der Zahl der Personen, die die verkürzte zeitliche Einbürgerungsvoraussetzung der neuen Regelung erfüllen, ist aber mangels entsprechender Informationen aus den zugrundeliegenden Statistiken kaum möglich.

Die Einbürgerung von Personen, die nicht verheiratet sind oder einen ausländischen Ehepartner haben, setzt zeitlich einen mindestens zehnjährigen Aufenthalt im Bundesgebiet voraus. Bezugzahl für die Ziffer der nicht als Ehegatten Deutscher eingebürgerten Personen (e_n) ist also die Zahl der Ausländer, die dieses Kriterium erfüllen:

$$e_n = \frac{E(j,N)}{A(j,N,10_+)}$$

Für 1985 beispielsweise wäre die Einbürgerungsziffer der Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht als Ehegatten Deutscher erworben haben, wie folgt zu berechnen:

Im Jahr 1985 nicht als Ehegatten Deutscher eingebürgerte Personen

Ausländer, die am 31. Dezember 1985 nicht verheiratet waren oder einen ausländischen Ehepartner hatten und sich am gleichen Stichtag seit mindestens zehn Jahren im Bundesgebiet aufhielten

Ergebnisse¹⁰⁾

Im Jahr 1985 wurden — wie gesagt — 4 813 ausländische Ehegatten von Deutschen eingebürgert. Bezieht man die-

⁹⁾ GMBI. 1984, S. 521

¹⁰⁾ Die in diesem Abschnitt dargestellten Einbürgerungsziffern sind aus den zuvor genannten Gründen mit gewissen Unsicherheiten behaftet. Beim tabellarischen Nachweis wurde deshalb von der Angabe einer Nachkommastelle abgesehen.

Tabelle 4: Einbürgerungsziffer der Ausländer, die als Ehegatten Deutscher auf dem Ermessensweg die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben

Staatsangehörigkeit	Von jeweils 1 000 Ausländern nebenstehender Staatsangehörigkeit, die am		
	30 Sept. 1981	30. Sept. 1982	30 Sept 1983
	mit einem(r) Deutschen verheiratet waren und sich zu diesem Zeitpunkt seit mindestens 3 Jahren im Bundesgebiet aufhielten		
	wurden in untenstehendem Jahr auf dem Ermessensweg eingebürgert		
	1983	1984	1985
Europäische Staaten ..	36	34	26
darunter:			
Bulgarien ..	337	215	221
Frankreich ..	11	9	8
Griechenland ..	50	35	27
Italien ..	27	21	13
Jugoslawien ..	61	61	44
Niederlande ..	14	13	9
Österreich ..	24	23	16
Polen ..	120	88	98
Rumänien ..	209	276	211
Spanien ..	17	24	16
Tschechoslowakei ..	187	147	136
Türkei ..	37	41	29
Ungarn ..	168	174	169
Außereuropäische Staaten ..	72	70	62
darunter:			
Ägypten ..	184	133	136
Israel ..	128	125	102
Korea, Republik ..	250	170	126
Südafrika ..	137	88	114
Syrien ..	327	319	265
Vereinigte Staaten ..	9	7	6
Staatenlos ..	189	202	165
Insgesamt ¹⁾ ..	45	43	35

¹⁾ Ohne Ausländer mit ungeklärter Staatsangehörigkeit sowie ohne Angabe der Nationalität

se Zahl auf 1 000 oder 100 Ausländer mit deutschem Ehepartner, bei denen hinsichtlich Ehe- und Aufenthaltsdauer die zeitlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung gegeben sind, so erhält man eine Einbürgerungsziffer von 35 bzw. eine Einbürgerungsquote von 3,5 %; das heißt, von diesen Personen wurde jede 28. eingebürgert. 1983 war es jede 22. gewesen (siehe Tabelle 4).

Bei mit Deutschen verheirateten Ausländern wird — wie bereits erwähnt — regelmäßig ein öffentliches Interesse an einer Einbürgerung unterstellt; der den Einbürgerungsbehörden eingeräumte Ermessensspielraum ist daher erheblich eingeschränkt. In diesen Fällen dürfte die Zahl der Eingebürgerten somit weitgehend der Zahl der Einbürgerungsbewerber entsprechen. Wenn nun die Einbürgerungshäufigkeit insgesamt gesehen niedrig ist, so läßt das auf ein im allgemeinen nur geringes Interesse der mit Deutschen verheirateten Ausländer schließen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. In dieser Hinsicht bestehen allerdings beachtliche nationalitätenspezifische Unterschiede.

Zunächst fällt auf, daß in den Jahren 1983 bis 1985 als Ehegatten Deutscher Nichteuropäer jeweils häufiger eingebürgert wurden als Europäer. Innerhalb der Gruppe der Personen mit der Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes weisen 1985 die Bulgaren mit 22 % die höchste Einbürgerungsquote auf, obwohl ihr Anteil an allen Einbürgerungen von Ausländern mit deutschem Ehepartner im gleichen Jahr nur 1 % betrug. Es folgen Rumänen (21 %), Ungarn (17 %) und Tschechoslowaken (14 %). Die Häufig-

keit der Einbürgerung von tschechoslowakischen Ehegatten Deutscher hat sich allerdings seit 1983 kontinuierlich verringert.

Bei den Jugoslawen beträgt die Einbürgerungsquote — bei einem Anteil an allen 1985 eingebürgerten Ehegatten Deutscher von 13 % — lediglich 4 %. Sehr niedrig ist diese Quote auch bei den mit einem(r) Deutschen verheirateten Angehörigen der früheren Anwerbeländer Türkei und Griechenland (jeweils 3 %), Spanien (2 %) und Italien (1 %).

Auffallend ist ferner die geringe Häufigkeit der Einbürgerung von österreichischen Ehegatten Deutscher (1985: 2 %).

Von den in Tabelle 3 nachgewiesenen Ausländern mit der Staatsangehörigkeit eines außereuropäischen Landes wiesen 1985 die höchste Einbürgerungsquote Syrer (26 %), Staatenlose (16 %) und Ägypter (14 %) auf. Bei den US-Amerikanern mit deutschem Ehepartner betrug sie hingegen nur 1 %.

Aus Tabelle 5 ist die Einbürgerungsziffer bzw. -quote der Ausländer ersichtlich, die nicht verheiratet waren oder einen ausländischen Ehepartner hatten und sich seit mindestens zehn Jahren im Bundesgebiet aufhielten. Auch bei diesem Personenkreis wurden Nichteuropäer häufiger eingebürgert als Europäer. Unter den Personen mit der Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes weisen die Angehörigen der Ostblockländer Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei und Polen durchweg eine höhere Einbürgerungsziffer auf als die Angehörigen der

Tabelle 5: Einbürgerungsziffer der Ausländer, die nicht als Ehegatten von Deutschen auf dem Ermessensweg die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben

Staatsangehörigkeit	Von jeweils 1 000 Ausländern nebenstehender Staatsangehörigkeit, die am		
	30 Sept. 1983	30. Sept. 1984	31 Dez 1985
	nicht verheiratet waren oder einen ausländischen Ehepartner hatten und sich zu diesem Zeitpunkt seit mindestens 10 Jahren im Bundesgebiet aufhielten		
	wurden in untenstehendem Jahr auf dem Ermessensweg eingebürgert ¹⁾		
	1983	1984	1985
Europäische Staaten	3	3	3
darunter:			
Bulgarien	83	66	40
Frankreich ..	5	4	4
Griechenland ..	1	1	1
Italien ..	2	2	2
Jugoslawien ..	4	4	4
Niederlande ..	2	2	2
Österreich ..	7	6	6
Polen ..	17	16	17
Rumänien ..	62	69	45
Spanien ..	1	2	1
Tschechoslowakei ..	54	45	39
Türkei ..	1	1	1
Ungarn ..	57	53	49
Außereuropäische Staaten	14	15	14
darunter:			
Ägypten	39	26	21
Israel ..	48	53	50
Korea, Republik ..	74	60	45
Südafrika ..	25	19	3
Syrien ..	45	59	59
Vereinigte Staaten ..	5	4	3
Staatenlos ..	26	27	31
Insgesamt ²⁾ ..	4	4	4

¹⁾ Ohne Einbürgerungen von Personen, die im Ausland leben — ²⁾ Ohne Ausländer mit ungeklärter Staatsangehörigkeit sowie ohne Angabe der Nationalität

früheren Anwerbeländer Türkei, Jugoslawien, Italien, Griechenland und Spanien. Während von jeweils 1 000 Ausländern, die die zeitlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllten, 1985 beispielsweise bei den Ungarn und Rumänen 49 bzw. 45 eingebürgert wurden, war es bei den Türken, Griechen und Spaniern jeweils nur einer.

Diese Unterschiede dürften auch damit zusammenhängen, daß sich unter den aus Ostblockstaaten durch Ermessensentscheidung Eingebürgerten viele Flüchtlinge und damit Personen befinden, deren Einbürgerung erleichtert werden soll. Die Einbürgerungshäufigkeit von Bulgaren, Tschechoslowaken und Ungarn ist allerdings seit 1983 rückläufig.

Unter den Nichteuropäern wiesen 1985 Syrer und Israelis die höchste Einbürgerungshäufigkeit auf; von allen Ausländern dieser Staatsangehörigkeit, bei denen die zeitlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung vorlagen, wurde jeder 17. bzw. 20. eingebürgert. Die niedrigste Einbürgerungsziffer wiesen wiederum — neben den Südafrikanern — die US-Amerikaner auf (jeweils nur drei Ermessenseinbürgerungen je 1 000 Ausländer entsprechender Staatsangehörigkeit).

Abschließend soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich die Einbürgerungsziffer der nichtverheirateten oder mit einem ausländischen Partner verheirateten Ausländer (e_n) vom Ergebnis her von der besonderen Einbürgerungsziffer (e_b) (durch Ermessensentscheidung eingebürgerte Personen je 1 000 Ausländer mit mindestens zehnjährigem Aufenthalt im Bundesgebiet) unterscheidet. Zu diesem Zweck wurden in Tabelle 6 die nach den beiden Berechnungsarten für 1985 ermittelten Verhältniszahlen einander gegenübergestellt. Wie daraus hervorgeht, hängt die Höhe der Differenz zwischen den Ziffern wesentlich auch von der Höhe des Anteils der als Ehegatten Deutscher eingebürgerten Ausländer an allen durch Ermessensentscheidung eingebürgerten Personen ab. Je höher diese Quote im allgemeinen ist, desto stärker weichen e_b und e_n im Ergebnis voneinander ab und umgekehrt. So wurden beispielsweise von allen Ägyptern, die 1985 durch Ermessensentscheidung die deutsche Staatsangehörigkeit erwarben, nahezu sechs Zehntel als Ehegatten Deutscher eingebürgert. Die Einbürgerungsziffer der nicht bzw. nicht mit einem(r) Deutschen verheirateten Ägypter liegt folglich mit 21 erheblich unter der Ziffer für alle eingebürgerten Ägypter (47). Bei den US-Amerikanern hingegen machen die als Ehegatten Deutscher eingebürgerten Personen lediglich 22 % aller im Jahr 1985 Eingebürgerten aus; die Zahl der eingebürgerten US-Amerikaner beträgt — bezogen auf je 1 000 Ausländer gleicher Staatsangehörigkeit mit mindestens zehnjährigem Aufenthalt im Bundesgebiet — jeweils drei, die Berechnung von e_b und e_n führt somit zum gleichen Ergebnis.

Unter ausländer- und einbürgerungspolitischen Gesichtspunkten ist die Entwicklung von Zahl und Häufigkeit der Einbürgerungen von Angehörigen der früheren Anwerbeländer von besonderem Interesse. Für Aussagen hierüber wurde bisher lediglich das Zahlenverhältnis von eingebürgerten Personen dieser Nationalität zur Zahl der Ausländer

Tabelle 6: Gegenüberstellung der nach unterschiedlichen Berechnungsverfahren für 1985 ermittelten Einbürgerungsziffer der Ausländer ausgewählter Staatsangehörigkeit

Derzeitige bzw. frühere Staatsangehörigkeit	Durch Ermessensentscheidung 1985				
	eingebürgerte Personen insgesamt			nicht als Ehegatten Deutscher eingebürgerte Personen	eingebürgerte Ehegatten Deutscher
	insgesamt	darunter mit deutschem Ehegatten	je 1 000		
			Ausländer	nicht ver- heiratete Ausländer und Aus- länder mit auslän- dischem Ehegatten	Ausländer mit deutschem Ehegatten und mindestens 3jährigem Aufenthalt im Bundes- gebiet am 30. Sept. 1983
				%	mit mindestens 10jährigem Aufenthalt im Bundesgebiet
Europäische Staaten darunter:	100	30,6	4	3	26
Bulgarien	100	52,9	79	40	221
Frankreich	100	29,6	5	4	8
Griechenland	100	38,8	1	1	27
Italien	100	24,3	2	2	13
Jugoslawien	100	27,1	5	4	44
Niederlande	100	39,8	3	2	9
Österreich	100	28,4	7	6	16
Polen	100	47,5	29	17	98
Rumänien	100	47,7	81	45	211
Spanien	100	38,4	1	1	16
Tschechoslowakei	100	30,8	53	39	136
Türkei	100	19,3	2	1	29
Ungarn	100	33,9	69	49	169
Außereuropäische Staaten darunter:	100	44,1	23	14	62
Ägypten	100	59,4	47	21	136
Israel	100	20,1	59	50	102
Korea, Republik	100	26,3	57	45	126
Südafrika	100	56,6	52	3	114
Syrien	100	43,9	98	59	265
Vereinigte Staaten	100	22,5	3	3	6
Staatenlos	100	33,8	44	31	165
Insgesamt	100	34,6	5	4	35

gleicher Staatsangehörigkeit mit mindestens zehnjährigem Aufenthalt im Bundesgebiet herangezogen¹¹⁾. Zur Gewinnung eines allgemeinen Überblicks reicht das auch aus, wie der Vergleich der nach unterschiedlichen Berechnungsarten ermittelten Einbürgerungsziffern bei Türken, Jugoslawen, Italienern, Griechen und Spaniern in Tabelle 6 zeigt. Für eine eingehendere Beurteilung der Einbürgerungshäufigkeit von Ausländern, insbesondere unter Berücksichtigung der Grundsätze für die Einbürgerung in besonderen Fällen, sind jedoch — bei allen methodischen Vorbehalten gegenüber der Berechnung und Aussagekraft von Einbürgerungsziffern an sich — differenziertere Verfahren in dem hier aufgezeigten Sinn erforderlich.

Dr. Henning Fleischer

¹¹⁾ So beispielsweise in dem vom Bundesminister des Innern vorgelegten Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Teil, Bundestagsdrucksache 10/863, S. 40, Tabelle 4

Außenhandel 1986

Vorläufiges Gesamtergebnis

Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Außenhandelsstatistik wurden von der Bundesrepublik Deutschland 1986 im grenzüberschreitenden Warenverkehr¹⁾ Erzeugnisse im Wert von 414,2 Mrd. DM eingeführt und für 526,4 Mrd. DM ausgeführt. Im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung lagen die nominalen Werte damit in der Einfuhr um 11 % und in der Ausfuhr um 2,0 % niedriger als im Vorjahr. Negative Veränderungsraten wurden das letzte Mal bei der Einfuhr im Jahr 1967 (— 3,4 %) und bei der Ausfuhr im Jahr 1975 (— 3,9 %) registriert.

In der Gesamtwertung des Jahresergebnisses ist jedoch auch für 1986, das vierte Aufschwungjahr, festzuhalten, daß der Außenhandel wiederum eine wesentliche Stütze der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland gewesen ist. Die Rahmenbedingungen für den Außenhandel haben sich jedoch 1986 durch die Höherbewertung der D-Mark im Außenverhältnis und als Folge des drastischen Ölpreissrückganges stark verändert. Die damit einhergehende Verbesserung der Terms of Trade des deutschen Außenhandels hat im ganzen zu einer deutlichen Zunahme der Inlandsnachfrage beigetragen. Der leichte nominale Rückgang der deutschen Exporte war einem zeitweise geringeren Wachstum in wichtigen Abnehmerländern des Westens, einer wechselkursbedingten Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren im Dollar-Raum und der durch den Verfall der Rohstoffpreise weiter gesunkenen Kaufkraft in den Erdölländern und anderen Entwicklungsländern zuzuschreiben. Andererseits war die Folge dieser geänderten Rahmenbedingungen eine spektakuläre Erhöhung des nominalen Ausfuhrüberschusses der Bundesrepublik Deutschland auf eine in der Nachkriegsgeschichte noch nicht erreichte Höhe.

Dem Volumen nach, das heißt unter Zugrundelegung der Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1980, ergab sich im Vergleich der Jahre 1985 auf 1986 jedoch in beiden Handelsrichtungen eine positive Entwicklung. Einer realen Zunahme der Einfuhr um 6,2 % stand ein reales Wachstum der Ausfuhr um 1,5 % gegenüber. Die Ausfuhr hat sich damit etwas ungünstiger entwickelt als der Welthandel, der nach den bisher für 1986 verfügbaren Daten um fast 4 % gewachsen ist. Im Vorjahr hatte der reale Zuwachs der deutschen Ausfuhr mit + 5,9 % noch deutlich über dem des Welthandels (+ 3 %) gelegen. Die starke Stellung der Bundesrepublik Deutschland als zweitwichtigstes Welthandelsland nach den Vereinigten Staaten und vor Japan, Großbritannien und Frankreich wurde durch das Außenhandelsergebnis 1986 erneut bestätigt. Stützt man sich bei der Zusammenstellung der Rangliste der am Welthandel beteiligten Länder nur

auf die Exportzahlen, so war die Bundesrepublik Deutschland 1986 sogar das wichtigste Land.

Aus dem Unterschied zwischen den nominalen und den realen Veränderungen können die Veränderungen der Außendurchschnittswerte abgelesen werden. Es zeigte sich von 1985 auf 1986 ein deutlicher Rückgang der Durchschnittswerte der Einfuhr um 16 %, der hauptsächlich auf die Verbilligung der Einfuhr von Erdöl und Mineralölprodukten sowie auf die De-facto-Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar und anderen wichtigen Währungen zurückzuführen war. Da dieser ausgeprägten „Verbilligung“ der Einfuhr nur ein Rückgang der Ausfuhrdurchschnittswerte um 3,4 % gegenüberstand, verbesserte sich das reale Austauschverhältnis (Terms of Trade) um 15 % auf einen Stand von 112 (1980 = 100), also in einem Maße, wie es sich bisher noch nicht von einem auf das andere Jahr verändert hat. Die Terms of Trade waren somit 1986 etwa so günstig wie Anfang 1979. Die nach diesem Zeitraum eingetretene Verschlechterung des realen Austauschverhältnisses (Ölpreisschub und DM-Abwertung) wurde demzufolge jetzt ausgeglichen.

Bedingt durch die im Vergleich zur Ausfuhr stärkere Abnahme der Einfuhr hat sich 1986 mit 112,2 Mrd. DM der höchste nominale Ausfuhrüberschuß in der bisherigen Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Der zweithöchste Überschuß war im Vorjahr mit 73,4 Mrd. DM und der dritthöchste mit 54,0 Mrd. DM im Jahr 1984 erzielt worden. Nach den ersten vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank schloß auch die Leistungsbilanz der Zahlungsbi-

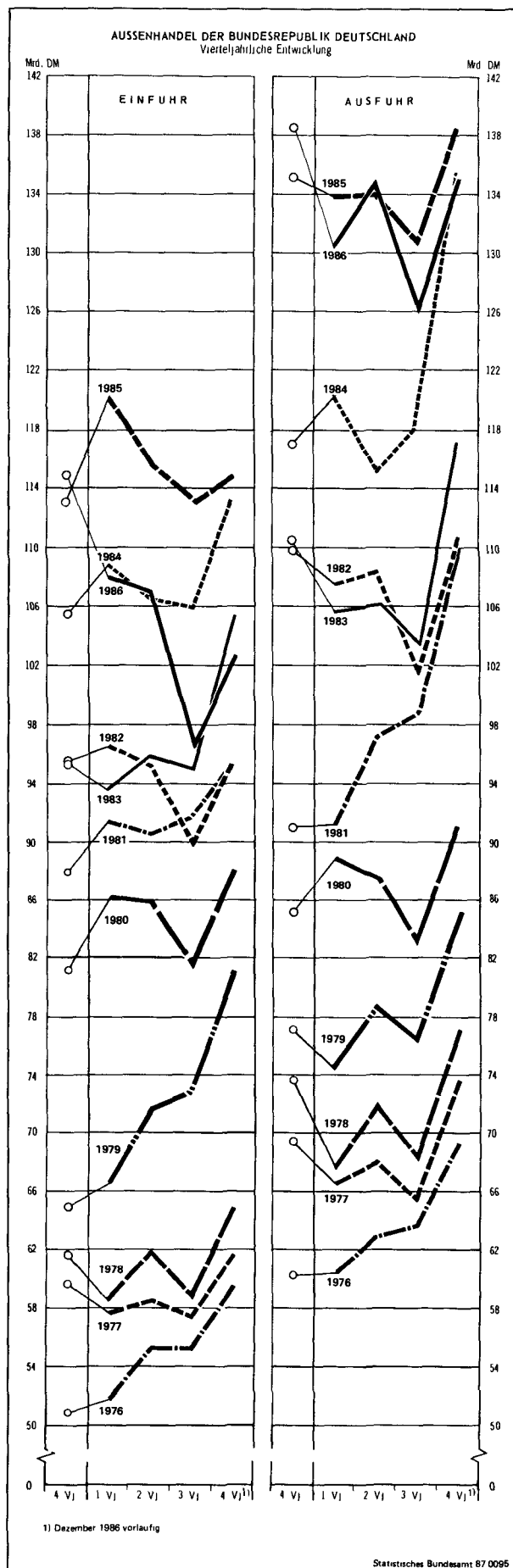
Tabelle 1: Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Ein- fuhr	Aus- fuhr-	Aus- fuhr- über- schuß	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
				der tatsäch- lichen Werte		des Volumens ¹⁾	
				Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr
	Mrd DM			‰			
1960	42,7	47,9	5,2	+ 19,3	+ 16,4	+ 17,8	+ 14,6
1961	44,4	51,0	6,6	+ 3,8	+ 6,3	+ 9,0	+ 6,3
1962	49,5	53,0	3,5	+ 11,6	+ 3,9	+ 17,4	+ 3,0
1963	52,3	58,3	6,0	+ 5,6	+ 10,1	+ 8,9	+ 4,9
1964	58,8	64,9	6,1	+ 12,6	+ 11,3	+ 11,9	+ 14,1
1965	70,4	71,7	1,2	+ 19,7	+ 10,4	+ 15,6	+ 7,4
1966	72,7	80,6	8,0	+ 3,2	+ 12,5	+ 3,2	+ 10,0
1967	70,2	87,0	16,9	- 3,4	+ 8,0	- 0,7	+ 7,0
1968	81,2	99,6	18,4	+ 15,7	+ 14,4	+ 16,1	+ 15,4
1969	98,0	113,6	15,6	+ 20,7	+ 14,1	+ 16,3	+ 10,6
1970	109,6	125,3	15,7	+ 11,9	+ 10,3	+ 18,5	+ 14,4
1971	120,1	136,0	15,9	+ 9,6	+ 8,6	+ 8,3	+ 4,4
1972	128,7	149,0	20,3	+ 7,2	+ 9,6	+ 6,5	+ 6,3
1973	145,4	178,4	33,0	+ 13,0	+ 19,7	+ 5,5	+ 14,0
1974	179,7	230,6	50,8	+ 23,6	+ 29,3	- 3,9	+ 10,9
1975	184,3	221,6	37,3	+ 2,5	- 3,9	- 0,3	- 11,2
1976	222,2	256,6	34,5	+ 20,5	+ 15,8	+ 17,8	+ 18,6
1977	235,2	273,6	38,4	+ 5,9	+ 6,6	+ 2,3	+ 4,0
1978	243,7	284,9	41,2	+ 3,6	+ 4,1	+ 6,8	+ 3,2
1979	292,0	314,5	22,4	+ 19,8	+ 10,4	+ 7,6	+ 4,8
1980	341,4	350,3	8,9	+ 16,9	+ 11,4	- 0,0	+ 1,7
1981	369,2	396,9	27,7	+ 8,1	+ 13,3	- 5,0	+ 6,6
1982	376,5	427,7	51,3	+ 2,0	+ 7,8	+ 1,3	+ 3,3
1983	390,2	432,3	42,1	+ 3,6	+ 1,1	+ 4,0	- 0,3
1984	434,3	488,2	54,0	+ 11,3	+ 12,9	+ 5,2	+ 9,2
1985	463,8	537,2	73,4	+ 6,6	+ 10,0	+ 4,2	+ 5,9
1986 ²⁾	414,2	526,4	112,2	- 10,7	- 2,0	+ 6,2	+ 1,5

¹⁾ In der methodischen Abgrenzung des Spezialhandels.

¹⁾ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1980 — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis

Schaubild 1



lanz 1986 mit einem bisher noch nicht erreichten Überschuß (in Höhe von 77,9 Mrd. DM) ab, gegenüber einem Aktivum von 38,9 Mrd. DM 1985. Die kräftige Erhöhung des Ausfuhrüberschusses hat sich fast vollständig im Saldo der Leistungsbilanz niedergeschlagen, weil die traditionellen Defizite im Dienstleistungsverkehr und bei den Übertragungen keine wesentlichen Veränderungen aufwiesen (Dienstleistungsbilanz von - 2,6 auf - 8,1 Mrd. DM und Übertragungsbilanz von - 30,8 auf - 27,2 Mrd. DM). Hauptposten der Dienstleistungsbilanz waren wiederum die Ausgaben und Einnahmen im Reiseverkehr, während bei den Übertragungen die Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitskräfte und die Zahlungen an internationale Organisationen (insbesondere der Nettobeitrag zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften) die größte Bedeutung hatten. Der ebenfalls in die Leistungsbilanz der Zahlungsbilanz eingehende Saldo aus „Ergänzungen zum Warenverkehr und Transithandel“ wies 1986 einen Überschuß von 1,0 Mrd. DM auf, gegenüber einem Defizit von 1,1 Mrd. DM im Vorjahr.

In der vierteljährlichen Darstellung der nominalen Werte des Außenhandels zeigt sich der Rückgang der Einfuhr gegenüber der jeweiligen Vorjahreszeit in allen

Tabelle 2: Monatliche und vierteljährliche Entwicklung des Außenhandels 1986

Monat Vierteljahr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr- (-) bzw Aus- fuhr- über- schuß (+)	Veränderung gegenüber dem			
				Vormonat bzw. Vorviertel- jahr		Vorjahres- monat bzw -vierteljahr	
				Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr
	Mrd DM			%			
Januar	36,8	43,8	+ 7,0	- 0,6	- 2,7	- 6,9	+ 4,0
Februar	35,9	42,8	+ 6,8	- 2,5	- 2,4	- 5,9	- 0,2
März	35,3	43,7	+ 8,4	- 1,8	+ 2,3	- 17,0	- 10,5
1. Vj	108,0	130,3	+ 22,2	- 5,9	- 5,9	- 10,1	- 2,7
April	39,9	50,0	+ 10,0	+ 13,2	+ 14,3	+ 1,1	+ 11,1
Mai	32,6	40,6	+ 8,1	- 18,5	- 18,7	- 17,4	- 13,5
Juni	34,5	44,4	+ 9,9	+ 5,8	+ 9,3	- 5,8	+ 5,4
2. Vj	107,0	135,0	+ 28,0	- 1,0	+ 3,6	- 7,4	+ 0,7
Juli	34,5	45,4	+ 10,9	+ 0,2	+ 2,3	- 16,0	- 5,2
August	28,0	36,1	+ 8,1	- 19,0	- 20,5	- 21,5	- 7,3
September	34,0	44,4	+ 10,4	+ 21,7	+ 23,0	- 6,7	+ 1,2
3. Vj	96,5	125,9	+ 29,4	- 9,8	- 6,7	- 14,7	- 3,7
Oktober	37,5	48,2	+ 10,7	+ 10,3	+ 8,6	- 7,5	- 2,1
November	32,0	42,2	+ 10,2	- 14,8	- 12,4	- 14,0	- 4,5
Dezember ¹⁾	33,1	44,7	+ 11,6	+ 3,4	+ 5,8	- 10,7	- 0,8
4. Vj ¹⁾	102,6	135,1	+ 32,5	+ 6,3	+ 7,3	- 10,6	- 2,4

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis

Quartalen mit Veränderungsraten, die zwischen - 7,4 und - 14,7 % lagen. Bei den Exporten bewegten sich die Werte für das erste, dritte und vierte Vierteljahr mit Raten zwischen - 2,4 und - 3,7 % deutlich unter dem Vorjahresniveau, während der Wert für das zweite Quartal noch einen Zuwachs um 0,7 % aufwies. Die Salden des Außenhandels, die bereits in allen Quartalen des Vorjahres Höchstwerte waren, übertrafen diese Zahlen im Berichtsjahr erneut mit Überschüssen von 22,2 Mrd. DM im ersten bis zu 32,5 Mrd. DM im letzten Vierteljahr.

Da bei Redaktionsschluß für dieses Heft nur die Gesamtzahlen der Einfuhr und Ausfuhr im Jahr 1986 vorlagen, kann sich die folgende Darstellung der Entwicklung der Durchschnittswerte und der Terms of Trade sowie der Ergebnisse nach Warengruppen und nach Ländergruppen nur auf die Angaben für den Jahresteil Januar/November²⁾ beziehen, die jedoch vom vollständigen Jahresergebnis im ganzen nicht mehr wesentlich abweichen dürften.

Durchschnittswerte und Austauschverhältnis

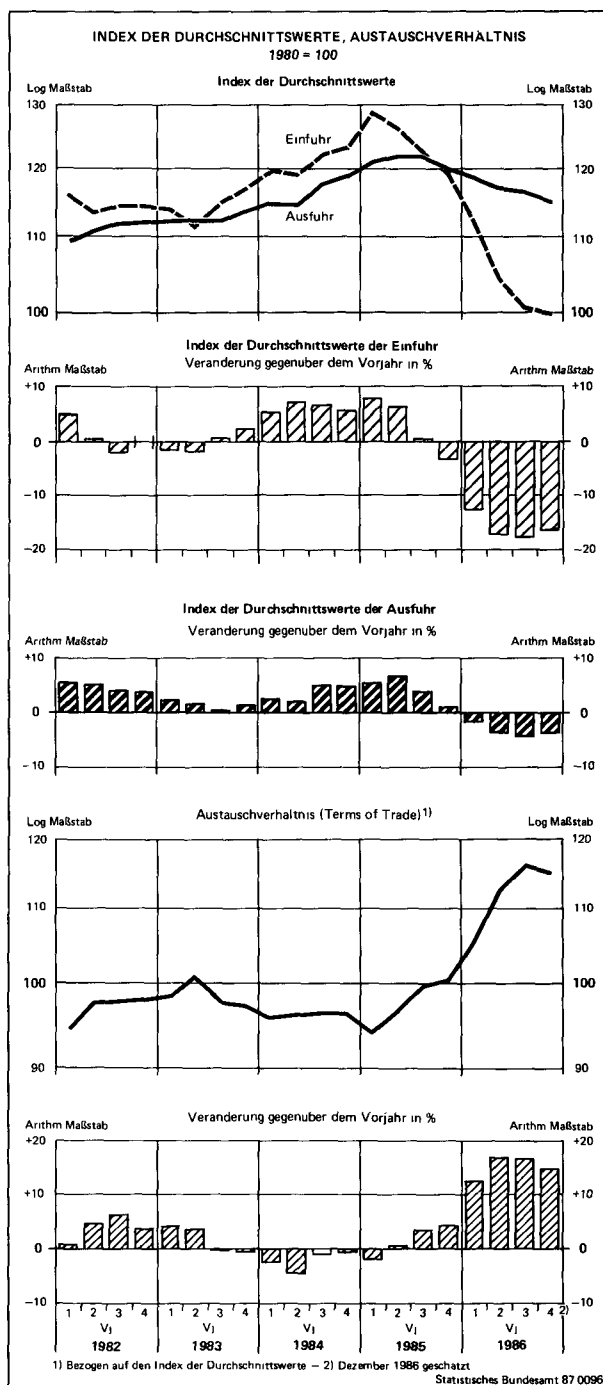
Die Entwicklung der Durchschnittswerte der Einfuhr war vom dritten Vierteljahr 1983 bis zum ersten Vierteljahr 1985 durch einen ununterbrochenen Anstieg gekennzeichnet, der durch die Höherbewertung des US-Dollars bedingt war. Der Durchschnittswertindex³⁾ (1980 = 100) erhöhte sich in diesem Zeitabschnitt von 115 auf 129 Punkte. Vom Ende des ersten Quartals 1985 an trat eine Wende ein, weil von diesem Zeitpunkt an die Einfuhrpreise insbesondere für Erdöl und Mineralölprodukte stetig zurückgingen und die D-Mark gegenüber dem US-Dollar und anderen wichtigen Währungen de facto aufgewertet wurde (siehe Schaubild 2). Der Index der Durchschnittswerte fiel vom zweiten Quartal 1985 an ohne Unterbrechung bis zum letzten Vierteljahr 1986, und zwar von 126 auf 100 Punkte. Im Mittel des Jahresteils Januar/November 1986 ergab sich eine Abnahme der Durchschnittswerte um 16 % auf 105 Punkte. Bewirkt wurde die „Verbilligung“ in erster Linie durch den Rückgang der Durchschnittswerte für die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen (— 47 %) und Halbwaren (— 34 %). Weniger ins Gewicht fiel dagegen die Durchschnittswertentwicklung bei der Einfuhr von Ernährungsgütern (— 7,9 %) und von gewerblichen Fertigwaren (— 5,4 %).

Auf der Ausfuhrseite lag der Index der Durchschnittswerte mit 117 (1980 = 100) für Januar/November 1986 um 3,4 % niedriger als im Vorjahr. Dieser Rückgang spiegelt in gewissem Umfang Preiszugeständnisse wider, die die deutschen Ausfuhrer als Folge der Höherbewertung der D-Mark auf wichtigen Auslandsmärkten (wie zum Beispiel dem Dollar-Raum) in Kauf nehmen mußten. Der Rückgang der Ausfuhrdurchschnittswerte begann im vierten Quartal 1985 (120 Punkte) und setzte sich im Berichtsjahr kontinuierlich fort, um im letzten Quartal 1986 auf einen Stand von 115 Punkten zu kommen. Ausgeprägt waren im Vorjahresvergleich die Abnahmen bei den Durchschnittswerten für die Ausfuhr von gewerblichen Halbwaren (— 19 %) und von Gütern der Ernährungswirtschaft (— 11 %). Unter dem Gesamtdurchschnitt bewegten sich hingegen die Durchschnittswertveränderungen für die Gruppe der gewerblichen Fertigwaren (— 1,6 %), auf die allein 87 % aller Exporte entfielen.

²⁾ Siehe auch „Statistische Monatszahlen“ auf S. 2* ff und Fachserie 7 „Außenhandel“, Reihe 1, für November 1986

³⁾ Siehe hierzu Heilmann, J. „Neuberechnung des Außenhandelsvolumens und der Außenhandelsindizes auf Basis 1980“ in WiSta 2/1984, S. 155 ff. — Wegen der methodischen Unterschiede zwischen Außenhandelsdurchschnittswerten und Außenhandelspreisen siehe Rostin, W. „Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 1970“ in WiSta 6/1974, S. 387 ff und Bergmann, W. „Außenhandelsvolumen und Außenhandelsindizes auf Basis 1970“ in WiSta 12/1974, S. 823 ff

Schaubild 2



Als Folge der deutlicheren Abnahme der Einfuhrdurchschnittswerte im Vergleich zur Entwicklung der Ausfuhrdurchschnittswerte hat sich das reale Austauschverhältnis (Terms of Trade)⁴⁾ — das anzeigt, in welchem Maße der gewogene durchschnittliche Erlös je Mengeneinheit in der Ausfuhr sich günstiger oder ungünstiger entwickelt hat als der gewogene durchschnittliche Aufwand je Mengeneinheit in der Einfuhr — in den ersten elf

⁴⁾ Vom Statistischen Bundesamt werden „Terms of Trade“ des Außenhandels auch auf der Grundlage des Einfuhr- und des Ausfuhrpreisindex berechnet. Die Ergebnisse können aus den bekannten Gründen von den hier genannten Zahlen leicht abweichen

Monaten zusammen um 15 % auf 112(1980 = 100)verbessert. Vierteljährlich betrachtet, stand einem Anstieg des Austauschverhältnisses von 106 im ersten Quartal bis auf 116 Punkte im dritten Quartal ein leichter Rückgang auf 115 Punkte im letzten Vierteljahr 1986 gegenüber.

Gliedert man die Terms of Trade im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen, so fällt insbesondere die drastische Erhöhung des Austauschverhältnisses gegenüber den OPEC-Ländern um 107 % auf einen Stand von 177 Punkten auf. Der ölpreisbedingten Abnahme der Durchschnittswerte der Einfuhr um 54 % stand nämlich nur ein Rückgang der Ausfuhrdurchschnittswerte um 5 % gegenüber. Auch im Warenverkehr mit den anderen Entwicklungsländern verbesserte sich das Verhältnis der Ausfuhrdurchschnittswerte zu den Einfuhrdurchschnittswerten (+ 20 % auf 114 Punkte), weil auch hier als Folge nachgebender Rohstoffpreise die Einfuhrdurchschnittswerte (— 19 %) stärker fielen als die Ausfuhrdurchschnittswerte (— 3,3 %). Beachtlich war schließlich auch die Verbesserung der Terms of Trade im Warenverkehr mit den Staatshandelsländern (+ 28 % auf 117 Punkte), während die Veränderungen im Außenhandel mit den EG-Partnerländern (+ 10 % auf 110 Punkte) und den anderen industrialisierten westlichen Ländern (+ 9,4 % auf 105 Punkte) unter dem Gesamtdurchschnitt blieben.

Warengruppen

Im Zeitraum Januar/November 1986 wurden Waren im Wert von 381,1 Mrd. DM eingeführt. Das entsprach einer Abnahme gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 11 %. Bei den einzelnen Hauptwarengruppen ergaben sich recht unterschiedliche nominale Veränderungen. Erheblich gesunken sind die Werte für die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen (— 46 %) und Halbwaren (— 30 %), während der Rückgang bei den Bezügen von Gütern der Ernährungswirtschaft (— 5,2 %) weitaus weniger ins Gewicht fiel. Leicht gestiegen ist dagegen die Einfuhr von gewerblichen Fertigwaren (+ 2,3 %).

Da die Durchschnittswerte von 1985 auf 1986 um 16 % gesunken sind, ist die Einfuhr real um 6,2 % gewachsen. In warenmäßiger Gliederung ergaben sich real bei allen Hauptgruppen positive Veränderungen. Am stärksten sind die Volumina für die Einfuhr von gewerblichen Fertigwaren (+ 8,2 %) und von gewerblichen Halbwaren (+ 5 %) gewachsen.

In der Warenstruktur der Einfuhr sind (unter Zugrundelegung der nominalen Werte) im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls beachtliche Veränderungen eingetreten. So fielen die gewerblichen Rohstoffe, die 1985 noch 13 % der Gesamteinfuhr bestritten, im Berichtsjahr auf einen Anteil von 7,5 %. Auch die gewerblichen Halbwaren verloren an Bedeutung im Rahmen der Gesamteinfuhr (von 19 auf 15 %). Gleichzeitig nahm der Anteil der gewerblichen Fertigwaren weiter zu, und zwar von 55 auf 63 %. Fast unverändert blieb jedoch die Beteiligung der Ernährungsgüter am

Gesamtimport (13 % gegenüber 12 % für Januar/November 1985).

	Veränderung Jan./Nov. 1986 gegenüber Jan./Nov. 1985	Anteil	
		Jan./Nov. 1986	Jan./Nov. 1985
		%	
		Tatsächliche Werte	
Einfuhr insgesamt	— 10,7	100	100
Ernährungswirtschaft	— 5,2	13,2	12,4
Gewerbliche Wirtschaft	— 11,8	84,9	86,0
Rohstoffe	— 46,1	7,5	12,5
Halbwaren	— 30,2	14,7	18,8
Fertigwaren	+ 2,3	62,6	54,6
Vorzeugnisse	— 0,5	14,8	13,3
Enderzeugnisse	+ 3,3	47,8	41,3
		Volumen (1980 = 100)	
Einfuhr insgesamt	+ 6,3	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 2,9	12,9	13,4
Gewerbliche Wirtschaft	+ 6,6	85,3	85,0
Rohstoffe	+ 1,7	11,2	11,8
Halbwaren	+ 5,0	17,4	17,7
Fertigwaren	+ 8,2	56,6	55,6
Vorzeugnisse	+ 7,4	14,1	14,0
Enderzeugnisse	+ 8,4	42,5	41,6

In der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken zeigten sich die stärksten Veränderungen der nominalen Werte bei den Importen von bergbaulichen Erzeugnissen (— 47 % auf 31,8 Mrd. DM), unter denen die Bezüge von Erdöl und Erdgas (— 51 %) von besonderer Bedeutung waren. Nennenswert gesunken sind aber auch die Werte für die Einfuhr von Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes (— 15 % auf 104,6 Mrd. DM). Hier haben sich vor allem die Einfuhrwerte für Mineralölzeugnisse (— 44 %), NE-Metalle und -Metallhalbzug (— 16 %) sowie für chemische Erzeugnisse (— 6,8 %) vermindert. Positiv entwickelten sich demgegenüber die Importe von Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (+ 2,9 % auf 118,3 Mrd. DM) und von Erzeugnissen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes (+ 3,5 % auf 61,0 Mrd. DM). Im Zeichen einer steigenden Binnennachfrage haben in diesen Bereichen insbesondere die Auslandsbezüge von Straßenfahrzeugen (+ 20 %), von Maschinenbauerzeugnissen (+ 7,7 %), Bekleidung (+ 7,3 %) und von Kunststoff-erzeugnissen (+ 6,4 %) zugenommen.

In der Ausfuhr wurde im Zeitabschnitt Januar/November 1986 ein nominaler Wert von 481,7 Mrd. DM erreicht, der um 2,1 % unter dem Vorjahresergebnis lag. Der Rückgang der Werte entfiel hauptsächlich auf die Exporte von gewerblichen Rohstoffen (— 15 %) und Halbwaren (— 26 %), während die Lieferungen von gewerblichen Fertigwaren stagnierten (+ 0,2 %).

Da die Durchschnittswerte gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % gesunken sind, ist die Ausfuhr real um 1,3 % gewachsen. Die Aufgliederung nach Hauptwarengruppen zeigt eine stärkere volumenmäßige Steigerung bei den Exporten von gewerblichen Fertigwaren (+ 1,8 %) und bei den Lieferungen von Ernährungsgütern (+ 10 %). Rückläufig waren auch in realer Rechnung die Ausfuhren von gewerblichen Rohstoffen (— 10 %) und Halbwaren (— 8,6 %).

	Veränderung	Anteil	
	Jan./Nov. 1986 gegenüber Jan./Nov. 1985	Jan./Nov. 1986	Jan./Nov. 1985
		%	
		Tatsächliche Werte	
Ausfuhr insgesamt	- 2,1	100	100
Ernährungswirtschaft	- 2,0	5,2	5,2
Gewerbliche Wirtschaft	- 2,2	94,1	94,2
Rohstoffe	- 15,3	1,4	1,6
Halbwaren	- 25,7	5,9	7,8
Fertigwaren	+ 0,2	86,8	84,8
Vorzeugnisse	- 5,5	16,8	17,4
Enderzeugnisse	+ 1,7	70,0	67,4
		Volumen (1980 = 100)	
Ausfuhr insgesamt	+ 1,3	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 10,0	6,0	5,5
Gewerbliche Wirtschaft	+ 0,7	93,4	93,9
Rohstoffe	- 10,2	1,4	1,6
Halbwaren	- 8,6	7,0	7,7
Fertigwaren	+ 1,8	85,0	84,6
Vorzeugnisse	+ 0,6	17,9	18,0
Enderzeugnisse	+ 2,1	67,1	66,5

Für die Warenstruktur der Ausfuhr weist die Außenhandelsstatistik im Gegensatz zur Einfuhr keine wesentlichen Veränderungen aus. Sie war nach wie vor bestimmt durch den hohen Anteil der für den deutschen Export typischen gewerblichen Fertigwaren, deren Bedeutung im Rahmen der Gesamtausfuhr in nominalen Werten von 85 auf 87 % angestiegen ist. Entsprechend gesunken ist gleichzeitig der Anteil der Lieferungen von gewerblichen Halbwaren (von 7,8 auf 5,9 %), während die Exporte von Ernährungsgütern (5,2 %) und von gewerblichen Rohstoffen (1,4 %) in nahezu unverändertem Maße beteiligt waren.

In der Gliederung nach Gütergruppen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken werden die Schwerpunkte der Ausfuhrentwicklung besser erkennbar. Im Jahresteil Januar/November 1986 entfielen allein 55 % aller Ausfuhren auf Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, deren Wert um 1,8 % auf 263,2 Mrd. DM zunahm. Erhöht hat sich darunter vor allem der Export von Maschinenbauerzeugnissen (+ 4,4 %), elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 5 %) und von Straßenfahrzeugen (+ 2,7 %), während die Lieferungen von Erzeugnissen der Luft- und Raumfahrt zurückgingen (- 36 %). Mit weiteren 25 % partizipierten die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes an der Gesamtausfuhr. Der Wert dieser Lieferungen ging jedoch um 9,4 % auf 119,1 Mrd. DM zurück. Maßgebend hierfür waren rückläufige Werte für die Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen (- 6,4 %), Eisen und Stahl (- 19 %), Mineralölerzeugnissen (- 48 %) und von NE-Metallen und -Metallhalbzeug (- 7 %).

Die Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes waren mit 12 % an der Gesamtausfuhr beteiligt. Der Absatz dieser Waren konnte von 1985 auf 1986 um 2,6 % auf 58,6 Mrd. DM gesteigert werden. Getragen wurde die Zunahme in erster Linie von den Lieferungen von Kunststoffherzeugnissen (+ 7,1 %), Bekleidung (+ 4,7 %), Holzwaren (+ 4,4 %), Glas und Glaswaren (+ 5,3 %) sowie von Druckereierzeugnissen und Vervielfältigungen (+ 3,9 %). Nicht unwesentlich waren schließlich die Rückgänge bei den Ausfuhren von bergbaulichen Erzeugnissen (- 45 % auf 4,3 Mrd. DM), unter denen vor allem die Reexporte von Erdgas (- 84 %) und die Exporte von Kohle (- 26 %) zu erwähnen sind. Rückläufig waren aber auch

die Lieferungen von Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes (einschließlich der Tabakwaren). Ihr Wert fiel um 4,1 % auf 20,7 Mrd. DM zurück.

Ländergruppen

Die regionale Struktur des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland war auch 1986 in starkem Maße durch die enge wirtschaftliche Verflechtung mit den industrialisierten westlichen Ländern (als Herstellungs- bzw. Verbrauchsländer) geprägt, die 82 % aller Einfuhren und 85 % aller Ausfuhren auf sich vereinigten. Die Partnerländer der Europäischen Gemeinschaften erbrachten davon 52 beziehungsweise 51 Prozentpunkte. Die OPEC-Länder, die im Vorjahr noch mit 5,9 beziehungsweise 4,7 % beteiligt waren, stellten 1986 nur noch 3,3 beziehungsweise 3,4 % der Gesamtein- beziehungsweise -ausfuhr. Wenig verändert hat sich dagegen der Anteil der anderen Entwicklungsländer (9,6 beziehungsweise 7,1 %). Entsprechendes gilt auch für die Staatshandelsländer in Europa und Asien, deren Bedeutung sich in beiden Handelsrichtungen etwa unverändert um 5 % bewegte.

Im Vorjahresvergleich hat sich bei der Einfuhr die Bedeutung der industrialisierten westlichen Länder im Rahmen der Gesamteinfuhr von 79 auf 82 % erhöht, und zwar zu Lasten der Entwicklungsländer und der Staatshandelsländer. Die Abnahme der Einfuhr entfiel zum überwiegenden Teil auf die Bezüge aus den industrialisierten westlichen Ländern (- 7 %). Von der Gesamtabnahme der Einfuhr um 45,6 Mrd. DM kamen auf diese Ländergruppe allein 23,4 Mrd. DM. Unter den industrialisierten westlichen Ländern dominierten die Bezüge aus den EG-Ländern, deren Wert um 17,6 Mrd. DM oder 8,2 % zurückging. Gesunken sind dabei vor allem die Importe aus dem Vereinigten Königreich (- 20 %), den Niederlanden (- 17 %) und Frankreich (- 4,8 %). Unter den „anderen europäischen Ländern“ haben insbesondere die Bezüge aus der EFTA abgenommen (- 2,9 Mrd. DM oder 5,3 %). Stark rückläufigen Einfuhren aus Norwegen (- 40 %) standen hier zunehmende Importe schweizerischen und österreichischen Ursprungs (+ 8,2 beziehungsweise + 7 %) gegenüber. Die Verminderung der Werte bei den Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Norwegen war in starkem Maße das Ergebnis des Preisverfalls bei Erdöl und Mineralölerzeugnissen.

Der Wert der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten, der 1985 noch leicht (+ 4,9 %) gewachsen war, ging im Berichtsjahr um 18 % zurück. Berücksichtigt man, daß der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem US-Dollar im Mittel der ersten elf Monate gegenüber dem Vorjahr um 26 % gefallen ist und daß die Dollar-Exportpreise der USA im ganzen rückläufig waren, so muß für die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten sogar ein nicht unerheblicher realer Anstieg angenommen werden. Entsprechendes gilt für die Bezüge aus Kanada, die um 13 % fielen (Vorjahr: - 5 %). Weiter fortgesetzt hat sich dagegen der Zuwachs bei den Einfuhren aus Japan (1986: + 17 %; 1985: + 13 %), der vorwiegend aus Bezügen von Kraftfahrzeugen, Maschinenbauerzeugnissen und elektrotechnischen Erzeugnissen bestand. Die Importe aus den Entwicklungsländern lagen in den ersten elf Monaten 1986 um 17,7 Mrd. DM oder 27 % unter dem

Vorjahresergebnis. Der fast ausschließlich preisbedingte Rückgang entfiel zu mehr als zwei Dritteln auf die Importe aus den OPEC-Ländern (— 51 %) und zu fast einem Drittel auf die Bezüge aus den anderen Entwicklungsländern (— 12 %). Der Wert der Importe aus den Staatshandelsländern verminderte sich insgesamt um 4,5 Mrd. DM oder 19 %. In der Aufgliederung nach Ländern standen Rückgänge bei den Einfuhren aus der Sowjetunion (— 31 %), Polen (— 17 %) und der Tschechoslowakei (— 12 %) einem Zuwachs der Importe chinesischen Ursprungs (+ 6,5 %) gegenüber. Der kräftige Abfall des Wertes der Einfuhr aus der Sowjetunion war bedingt durch fallende Rohstoffpreise und niedrigere Preise für Mineralölzeugnisse.

	Veränderung Jan./Nov. 1986 gegenüber Jan./Nov. 1985	Anteil	
		Jan./Nov. 1986 %	Jan./Nov. 1985
Einfuhr insgesamt	— 10,7	100	100
Industrialisierte			
westliche Länder	— 7,0	82,0	78,7
EG-Länder	— 8,2	52,2	50,7
Andere Europäische			
Länder	— 4,3	15,5	14,5
EFTA-Länder	— 5,3	13,5	12,7
Vereinigte Staaten			
und Kanada	— 17,5	7,2	7,8
Übrige	+ 11,4	7,1	5,7
Entwicklungsländer	— 26,5	12,9	15,6
OPEC-Länder	— 50,7	3,3	5,9
Andere	— 11,8	9,6	9,7
Staatshandelsländer	— 18,7	5,1	5,6

Auch auf der Ausfuhrseite hat sich 1986 der Anteil der industrialisierten westlichen Länder an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland erhöht (von 82 auf 85 %), während die Bedeutung der Entwicklungsländer (von 12 auf 11 %) und die der Staatshandelsländer (von 5,1 auf 4,8 %) zurückging. Die wertmäßige Abnahme der Ausfuhr um 10,4 Mrd. DM oder 2,1 % erstreckte sich, nach den großen Ländergruppen betrachtet, auf die Lieferungen in die Entwicklungsländer (— 10,1 Mrd. DM oder — 17 %) und in die Staatshandelsländer (— 1,7 Mrd. DM oder — 6,9 %), bei einer leichten Zunahme der Exporte in die industrialisierten westlichen Länder (+ 1,9 Mrd. DM oder + 0,5 %).

Der Rückgang der Ausfuhren in die Entwicklungsländer entfiel zu zwei Dritteln auf die Lieferungen in die OPEC-Länder (— 29 %) und zu einem Drittel auf die Exporte in die anderen Entwicklungsländer (— 9,1 %). Als Folge der in den letzten vier Jahren drastisch gesunkenen Erlöse aus dem Erdölgeschäft hat der Absatz deutscher Waren in den OPEC-Ländern 1986 eine Größenordnung erreicht, die etwa bei der Hälfte des Wertes von 1982 lag. Der Anteil der OPEC-Länder ist von 8,9 % im Jahr 1982 auf 3,4 % im Berichtsjahr gesunken. Die rückläufigen Exporte nach den Staatshandelsländern wurden durch Einbußen bei den Lieferungen nach der Sowjetunion (— 9,1 %), Polen (— 15 %), Rumänien (— 16 %) und China (— 4 %) verursacht.

Die Ausfuhr in die EG-Länder, die im Rahmen der industrialisierten westlichen Länder die größte Rolle spielen und auf die 51 % aller Exporte entfielen, verharrten auf dem

Stand des Vorjahres. Gewachsen sind unter ihnen die Exporte nach den Beitrittsländern Spanien (+ 23 %) und Portugal (+ 9,1 %), während die Lieferungen nach dem Vereinigten Königreich (— 3 %) und nach Frankreich (— 2,2 %), dem wichtigsten Abnehmerland der Bundesrepublik Deutschland, niedriger waren als im Vorjahr. Bei den Ausfuhren in die „anderen europäischen Länder“ (+ 3,4 %) dominierten die in dieser Ländergruppe enthaltenen EFTA-Länder (+ 3,8 %). Hervorzuheben ist darunter die weiterhin positive Entwicklung der Exporte nach der Schweiz (+ 7,7 %), Österreich (+ 2,4 %) und Norwegen (+ 6,1 %).

	Veränderung Jan./Nov. 1986 gegenüber Jan./Nov. 1985	Anteil	
		Jan./Nov. 1986 %	Jan./Nov. 1985
Ausfuhr insgesamt	— 2,1	100	100
Industrialisierte			
westliche Länder	+ 0,5	84,5	82,3
EG-Länder	— 0,0	51,0	50,0
Andere europäische			
Länder	+ 3,4	18,6	17,6
EFTA-Länder	+ 3,8	16,6	15,6
Vereinigte Staaten			
und Kanada	— 0,7	11,5	11,3
Übrige	— 3,8	3,3	3,4
Entwicklungsländer	— 16,6	10,5	12,3
OPEC-Länder	— 28,8	3,4	4,7
Andere	— 9,1	7,1	7,6
Staatshandelsländer	— 6,9	4,8	5,1

Im Ergebnis für den Export nach den Vereinigten Staaten, der 1985 noch um 20 % gestiegen war, schlugen sich die Folgen der De-facto-Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar nieder. Sie führten im zweiten Halbjahr zu einem leichten Rückgang der Werte (— 4,0 %) und für die ersten elf Monate zusammen zu einem gegenüber dem Vorjahr stagnierenden Wert (— 0,4 %). Die Exporte nach Kanada ermäßigten sich um 3,3 %, nachdem sie im Vorjahr noch eine Zuwachsrate von 28 % aufgewiesen hatten. Unter den übrigen Industrieländern (— 3,8 %) sind die Exporte nach Japan zu nennen, die sich um 11 % ausgeweitet haben.

Die außerordentliche Zunahme des Ausfuhrüberschusses um 35,2 auf 100,6 Mrd. DM (in den ersten elf Monaten) war hauptsächlich der Entwicklung des Warenverkehrs mit den industrialisierten westlichen Ländern zuzuschreiben. Nachdem im Außenhandel mit den EG-Ländern der Einfuhrwert deutlich gesunken ist und die Ausfuhr dorthin unverändert blieb, kam es zu einem Anwachsen des Überschusses um 17,6 auf 47,0 Mrd. DM. In erster Linie waren daran die Salden im Warenverkehr mit den Niederlanden (Aktivierung um 8,4 Mrd. DM), dem Vereinigten Königreich (um 5,7 Mrd. DM) und Spanien (um 2,3 Mrd. DM) beteiligt.

Der Aktivsaldo im Außenhandel mit den „anderen europäischen Ländern“, zu denen insbesondere die EFTA-Länder zählen, stieg um 5,6 auf 30,6 Mrd. DM, und zwar fast ausschließlich bedingt durch den Warenverkehr mit Norwegen (Aktivierung um 4,4 Mrd. DM). Relativ stark ist auch der Überschuß gegenüber den Vereinigten Staaten gewachsen (+ 5,2 auf 25,9 Mrd. DM), nachdem einem stark wechselkursbedingten Rückgang des Einfuhrwertes keine entsprechende Zunahme der Ausfuhr gegenüberstand.

Im Warenverkehr mit den Entwicklungsländern veränderte sich der Einfuhrüberschuß des Vorjahres von 6,1 Mrd. DM im Berichtsjahr in einen Ausfuhrüberschuß von 1,5 Mrd. DM (+ 7,7 Mrd. DM). Wie zu erwarten, entfiel der weitaus größte Teil der Aktivierung auf den Warenverkehr mit den OPEC-Ländern (+ 6,2 Mrd. DM). Der Aktivsaldo des Warenverkehrs mit den Staatshandelsländern von 1,0 Mrd. DM im Zeitabschnitt Januar/November 1985 vergrößerte sich in der Berichtszeit um 2,8 auf 3,8 Mrd. DM, weil die Werte für die Einfuhr stärker gefallen sind als die für die Ausfuhr. Herausragende Veränderungen ergaben sich hier im Außenhandel mit der Sowjetunion, dessen Einfuhrüberschuß von 2,9 Mrd. DM im Januar/November 1985 in der Berichtszeit völlig abgebaut worden ist.

In den nächsten Heften dieser Zeitschrift werden weitere Berichte über den Außenhandel 1986 in waren- und ländermäßiger Gliederung aufgrund der dann vorliegenden vollständigen Jahresergebnisse folgen.

Wolfgang Bergmann

Güterbeförderung der Bundesrepublik Deutschland durch die Niederlande 1984

Vorbemerkung

Von den deutschen Nordseehäfen wird seit langem geklagt, daß sie Rückgänge beim Güterumschlag sowie Verluste an Marktanteilen gegenüber ausländischen Häfen hinnehmen müssen, die nicht konjunkturell bedingt sind, sondern auf einer sich verschlechternden Wettbewerbssituation beruhen. Als Begründung wird angeführt, daß ihre Zu- und Ablaufverkehre mit dem Binnenland gegenüber denen der mit den deutschen Nordseehäfen konkurrierenden ausländischen Häfen benachteiligt sind, weil sie den Regelungen für den Binnenmarkt unterliegen, auch wenn es sich bei ihnen um Außenhandelsverkehre handelt.

Die Folge sei, daß Verkehre, die — technisch gesehen — ohne Schwierigkeiten über deutsche Seehäfen abgewickelt werden könnten, in das westliche Ausland umgelenkt werden.

Im folgenden Bericht wird dargestellt, welche Teilinformation über die Größenordnung dieser Verkehre durch die Auswertung einer niederländischen Statistik gewonnen werden konnte.

Zur Zielsetzung

Der Güterverkehr zwischen dem Ausland und der Bundesrepublik Deutschland, allgemein als „grenzüberschreitender Verkehr“ bezeichnet, ist außerordentlich umfangreich. Im Jahr 1984, das hier betrachtet werden soll, belief er sich auf 450,5 Mill. t¹⁾ Güter. In diesem Transportvolumen sind die gesamten Gütermengen enthalten, die im Wege des Außenhandels das Bundesgebiet verlassen haben bzw. dahin verbracht worden sind. Darin enthalten sind aber auch jene Gütermengen, die aus dem Ausland in das Bundesgebiet befördert wurden, um nach Umladung wieder in das Ausland versandt zu werden.

Die Erfassungskonzepte der Verkehrsstatistiken erlauben nicht die Trennung zwischen den Gütern, die Gegenstand des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland sind, und jenen, die die Bundesrepublik zwar „berühren“, aber doch — wenn auch mit Unterbrechung — nur durch sie hindurchtransportiert werden. Nicht enthalten ist im grenzüberschreitenden Verkehr dagegen die Menge der im Rahmen des unmittelbaren Durchgangsverkehrs beför-

derten Güter. Hierbei handelt es sich um Gütermengen, die zwar über die Grenzen der Bundesrepublik befördert werden — also im eigentlichen Sinne des Wortes „grenzüberschreitend“ sind —, aber im gleichen Transportvorgang auch die Bundesrepublik wieder verlassen²⁾.

Von der genannten Gesamtmenge wurden 128,5 Mill. t im Güterverkehr über See befördert, das heißt diese Gütermenge ist in Küstenhäfen der Bundesrepublik Deutschland verschifft oder gelöscht worden. Berücksichtigt man bei dieser Betrachtung ausschließlich jene Gebiete, die auf direktem Wege lediglich über See³⁾ erreicht werden können, wozu hier Amerika, Afrika, Asien⁴⁾ und Australien sowie von Europa die Länder Finnland⁵⁾, Schweden, Norwegen, Island, Großbritannien, Irland sowie die Färöer, Grönland und Malta gerechnet werden, dann belief sich der Güterumschlag in den genannten Küstenhäfen im Jahr 1984 auf 96,4 Mill. t.

Vergleicht man diese Angaben mit denen aus der Außenhandelsstatistik — wobei alle Unterschiede der Erfassungskonzepte⁶⁾ der hier gegenübergestellten Statistiken unbeachtet bleiben sollen —, wonach der Warenumschlag im Spezialhandel⁷⁾ mit diesen Gebieten ein Volumen von nicht weniger als 259,8 Mill. t erreichte⁸⁾, so wird deutlich, daß der größte Teil dieser Umschlagsmenge über andere Häfen als solche in der Bundesrepublik Deutschland abgefertigt wurde.

Aufgrund der besonderen geographischen und geopolitischen Gegebenheiten wie

- unmittelbare Nähe zur Bundesrepublik,
- hervorragende Infrastruktur mit
- kostengünstigen Transportmöglichkeiten zur Bundesrepublik

bieten sich die niederländischen Seehäfen als Alternativen zu den Küstenhäfen des Bundesgebietes an.

Daß diese Möglichkeit genutzt wurde und wird, soll anhand entsprechender niederländischer Statistiken gezeigt werden.

Die niederländische Durchfuhrstatistik

Wegen der zuvor genannten, den Verkehr begünstigenden Voraussetzungen bieten sich die niederländischen

²⁾ Eine umfassende Darstellung der hier nur skizzierten Gegebenheiten ist in Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 1 „Güterverkehr der Verkehrszweige“, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, im Abschnitt „Allgemeine und methodische Erläuterungen“ enthalten.

³⁾ Die Möglichkeit, daß alle Gebiete auf dem Luftwege erreicht werden können, soll hier vernachlässigt werden. Der Güterumschlag, der im Luftverkehr getätigt wurde, belief sich im Jahr 1984 auf insgesamt 0,5 Mill. t, also auf 0,1 % des oben genannten Gesamtgüterumschlages aller Verkehrszweige.

⁴⁾ Die Güterbeförderung auf der Straße und per Eisenbahn soll hier wegen Geringfügigkeit außer acht bleiben (siehe auch Fachserie 8, Reihe 1, „Güterverkehr der Verkehrszweige 1984“, Seite 67).

⁵⁾ Die mögliche Beförderung auf dem Landwege durch die DDR, Polen und die Sowjetunion wird als nicht existent angesehen. Dies gilt auch für die — theoretisch möglichen — Landtransporte nach Schweden und Norwegen, die auch noch Finnland passieren mußten.

⁶⁾ Kurz dargestellt in Fachserie 8, Reihe 1 (siehe Fußnote 2).

⁷⁾ Der Spezialhandel umfaßt bei der Einfuhr im wesentlichen nur die Waren, die zum Gebrauch, Verbrauch, zur Bearbeitung oder Verarbeitung in das Erhebungsgebiet eingehen, und bei der Ausfuhr die Waren, die aus der Erzeugung, Bearbeitung oder Verarbeitung des Erhebungsgebietes stammen.

⁸⁾ Spezialhandel nach Herstellungs- bzw. Verbrauchslandern.

¹⁾ Ohne in Rohrleitungen empfangenes Erdöl.

Häfen als Anlaufpunkte für den seewärtigen Verkehr der Bundesrepublik Deutschland besonders an. Die Tatsache, daß der Weitertransport der in den Niederlanden für Empfänger in der Bundesrepublik gelöschten Güter auf dem kostengünstigen Wasserwege bis tief in das Bundesgebiet hinein erfolgen kann — dies gilt selbstverständlich auch für den Gütertransport in umgekehrter Richtung — erhöht die Attraktivität dieser Umschlagplätze, die noch durch wirtschaftliche Maßnahmen erhöht wurde und wird.

Ein Beleg besonderer Art ist hierfür die niederländische Durchfuhrstatistik, deren Ergebnisse zusammen mit den übrigen Statistiken des grenzüberschreitenden Güterverkehrs publiziert werden⁹⁾. Die Daten zur Durchfuhr werden vor allem in Band I dieser Reihe, der über die „Gütertransporte von und nach den Niederlanden“¹⁰⁾ berichtet, veröffentlicht. Zum vollen Verständnis der dort aufgeführten Angaben sind einige Anmerkungen zur Datenerhebung nötig¹¹⁾.

Aus ökonomischer Sicht ist der Begriff „Durchfuhr“ sehr einfach zu definieren: Güter, die aus dem Ausland in die Niederlande verbracht werden, sind entweder für die Niederlande bestimmt — dann spricht man von Einfuhr — oder sie sind für das Ausland bestimmt, dann handelt es sich um Durchfuhr. Bei Gütern, die die Niederlande verlassen, gilt eine entsprechende Zweiteilung: Stammen sie aus den Niederlanden, so sind sie Gegenstand der Ausfuhr, stammen sie aus dem Ausland, so verlassen sie die Niederlande im Rahmen der Durchfuhr.

Bei der Registrierung dieser Güterströme zu statistischen Zwecken ist es dagegen nicht so einfach, die genannte Zweiteilung konsequent beizubehalten. Von Bedeutung ist hierbei, daß neben der staatsrechtlichen Landesgrenze auch die Zollgrenze zu beachten ist, die — zumindest — ein Teil der Güter passiert. Die folgenden Definitionen, die nur für die niederländischen Güterverkehrsstatistiken gültig sind, werden dazu beitragen, die Datenvielfalt deutlich zu trennen.

Güterzufuhr: Sie umfaßt die Gesamtheit der in den Niederlanden gelöschten/ausgeladenen Güter aus Einfuhr, Lagerung in Zollagern und einkommender Durchfuhr (mit Umladung).

Einfuhr: Hierunter ist die unmittelbare Einfuhr von Gütern in den freien Verkehr zu verstehen. Dies bedeutet, daß die Güterzufuhr über Zollager nicht darin enthalten ist

Lagerung in Zollager: Hierunter ist die gesamte Lagerungsmenge, die aus dem Ausland stammt, zu verstehen.

Einkommende Durchfuhr (mit Umladung): Sie umfaßt die Gesamtheit der in den Niederlanden gelöschten/ausgeladenen Güter, welche weder

dem freien Verkehr zugeführt noch in Zollagern aufbewahrt werden, sondern die das niederländische Staatsgebiet nach erneuter Verladung in ein anderes Beförderungsmittel wieder verlassen, um in das Ausland verbracht zu werden.

Güterabfuhr: Sie umfaßt die Gesamtheit der in den Niederlanden verladenen Güter und ist somit die Summe der Ausfuhr, der Ausfuhr aus Zollagern und der ausgehenden Durchfuhr (mit Umladung).

Ausfuhr: Hierzu rechnet die Ausfuhr von Gütern niederländischer Herkunft, das heißt, es sind auch die Mengen darin enthalten, die aus den Niederlanden kommend zunächst in Zollagern gelagert wurden und von dort exportiert werden.

Ausfuhr aus Zollagern: Hiermit wird nur die Ausfuhr ausländischer Güter aus Zollagern bezeichnet.

Ausgehende Durchfuhr (mit Umladung): Hierzu gehören die in den Niederlanden verladenen Güter, die weder aus dem freien Verkehr stammen noch in niederländischen Zollagern gelagert waren, sondern die aus dem Ausland kommend in den Niederlanden von einem ersten in ein zweites Transportmittel eingeladen wurden und für das Ausland bestimmt sind.

Eine schematische Darstellung zeigt in übersichtlicher Form, welche Güterströme in der betrachteten niederländischen Statistik unterschieden werden.

<u>Beim Grenzeingang</u>	<u>Beim Grenzausgang</u>
I. Unmittelbare Einfuhr	V. Ausfuhr
II. Lagerung im Zollager	
III. Einfuhr aus Zollager (III. ist Teil von II.)	VI. Ausfuhr aus Zollager
IV. Einkommende Durchfuhr a) mit Umladung b) ohne Umladung	VII. Ausgehende Durchfuhr a) mit Umladung b) ohne Umladung

An dieser Stelle ist festzustellen, daß die Durchfuhr ohne Umladung — wie zuvor angemerkt in den deutschen Verkehrsstatistiken als Durchgangsverkehr bekannt — in den Niederlanden grundsätzlich nicht erfaßt wird. (Es stehen zu dieser Art der Durchfuhr nur Teilergebnisse zur Verfügung.)

Aus den gegebenen Definitionen folgt, daß zur Durchfuhr nicht nur die unter IV. a) und VII. a) genannten Ströme zu rechnen sind, sondern auch die Ausfuhr aus Zollager (VI.). Ferner folgt, läßt man mögliche Zeitverschiebungen außer acht, daß die Gütermengen der Ströme IV. a) und VII. a) gleich groß sein müssen

Erfassungstechniken

Das Grunddatenmaterial zur Erstellung der hier betrachteten niederländischen Statistik des grenzüberschreitenden Güterverkehrs entstammt den Zollerklärungen, die bei der Güterzu- und -abfuhr abgegeben werden müssen. Es verdient angemerkt zu werden, daß diese Dokumente auch die Basisdaten für die Außenhandelsstatistik liefern, so daß beide Statistiken korrespondieren.

⁹⁾ Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS) „Statistiek van de aan-, af- en doorvoer“

¹⁰⁾ „Goederenvervoer van en naar Nederland“

¹¹⁾ Siehe hierzu auch die Artikel in verschiedenen Heften der CBS-Publikation „Maandstatistiek van verkeer en vervoer“ (MVV) „Doorvoer via de Nederlandse zeehavens“ (MVV 4/82), „Over entrepôtverkeer en doorvoer“ (MVV 7/82), „Entrepôtverkeer en doorvoer, 1983“ (MVV 7/84)

Für die hier besonders interessierende Statistik der Durchfuhr (mit Umladung) werden den Zolldokumenten Angaben zu den folgenden Tatbeständen entnommen:

Beim Grenzeingang	Beim Grenzausgang
Herkunftsland	Bestimmungsland
Ausladeverkehrsgebiet in den Niederlanden	Einladeverkehrsgebiet in den Niederlanden
Verkehrszweig beim Grenz- übergang	
Güterart nach NST/R ¹²⁾	
Gewicht der Güter	

Bei der Datenerfassung zu den Güterverkehrsstatistiken des grenzüberschreitenden Verkehrs der Niederlande werden gewisse Abschneidegrenzen angewandt, die hier vollständig aufgeführt werden:

Durchfuhr (mit Umladung): Es werden nur Mengen von 0,5 t oder mehr erfaßt.

Ein- und Ausfuhr: Für Auskunftspflichtige, die die Angaben per Datenträger liefern, gibt es keine untere Abschneidegrenze. Bei dem übrigen Grundmaterial muß der Güterwert größer oder gleich 1 000 hfl sein, und falls nicht, muß das Gewicht gleich oder größer 1 t sein.

Zollager-Verkehr: Die angewandte Untergrenze beträgt 0,5 t.

Für den Verkehrszweig Luftfahrt wird beim Durchgangs- und Zollager-Verkehr hinsichtlich des Gewichtes eine niedrigere Untergrenze angewandt, nämlich 50 kg anstatt 0,5 t.

Außer diesen unteren Abschneidegrenzen wird auch der Ländernachweis (Herkunfts- oder Bestimmungsland) insoweit eingeschränkt, als gewisse Mindestmengen gegeben sein müssen. Auf diese eingeschränkte Nachweisung wird im Einzelfall hingewiesen.

Ergebnisse der niederländischen Durchfuhrstatistik

Obwohl im folgenden vornehmlich nur Angaben zur Durchfuhr von Gütern durch die Niederlande, die entweder aus der Bundesrepublik stammen und über die Niederlande in ein anderes Land befördert oder von dort kom-

¹²⁾ Nomenclature uniforme des marchandises pour les Statistiques de Transport, Révisée — Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, revidierte Ausgabe von 1968, herausgegeben vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften

Tabelle 1 Güterzufuhr in die Niederlande und Guterabfuhr aus den Niederlanden von bzw nach der Bundesrepublik Deutschland 1984
1 000 t

Verkehrszweig	Güterzufuhr				Guterabfuhr			
	insgesamt	Einfuhr	zur Lagerung in Zollager	Durchfuhr ¹⁾	insgesamt	Ausfuhr	Ausfuhr aus Zollager	Durchfuhr ¹⁾
Seeschifffahrt	1 326	470	343	513	3 360	1 792	384	1 184
Binnenschifffahrt	27 068	19 236	983	6 849	72 795	16 783	3 953	52 059
Eisenbahn	1 935	1 477	88	371	3 734	815	89	2 830
Straßenverkehr	19 369	15 980	158	3 231	15 793	12 603	378	2 813
Luftfahrt	1	1	0	0	1	1	0	0
Insgesamt	49 701	37 165	1 572	10 964	95 682	31 993	4 804	58 885

Quelle: Centraal Bureau voor de Statistiek „Statistiek van de aan-, af- en doorvoer 1984, goederenvervoer van en naar Nederland“
¹⁾ Durchfuhr mit Umladung — Abweichungen in den Summen durch Abrundung

mend in das Bundesgebiet verbracht werden, besprochen werden sollen, werden in Tabelle 1 Daten dargeboten, die die gesamte Güterbewegung zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland beinhalten ¹³⁾.

Zunächst fällt auf, daß die Güterabfuhr in die Bundesrepublik nahezu doppelt so umfangreich ist wie die Güterzufuhr aus ihr. Sodann stellt man fest, daß Ein- und Ausfuhr relativ ausgeglichen sind. Dagegen sind die Durchfuhrmengen die Ursache für die zuvor angemerkte Diskrepanz zwischen Güteran- und -abfuhr. Die Durchfuhrmenge (mit Umladung), die in das Bundesgebiet verbracht wurde, beträgt — unter Einbeziehung der Ausfuhr aus Zollagern — nahezu das Sechsfache der Menge, die aus dem Bundesgebiet über die Niederlande in andere Länder transportiert wurde.

In den Tabellen 2 und 3 sind die Daten zur Durchfuhr so zusammengestellt, daß jeweils die am Transport beteiligten Verkehrszweige in einer Durchgangsrichtung zu erkennen sind ¹⁴⁾.

Zu den Tabellen 2 und 3 sind einige grundsätzliche Anmerkungen zu machen: Der Beförderungsnachweis offensichtlich unmöglicher Transporte — so besteht zum Beispiel keine Möglichkeit, amerikanische Bestimmungs-länder mit der Eisenbahn zu erreichen (siehe Tabelle 2) — sind so zu interpretieren, daß der Grenzausgang aus den Niederlanden per Eisenbahn erfolgt, und daß die Umladung der Güter in ein Schiff in einem anderen Land (z. B. Belgien) stattfindet. Entsprechendes gilt für den Grenzeingang in die Niederlande. Wenn Gütermengen aus Amerika im Straßenverkehr in die Niederlande kommen, dann sind die Verkehrsmittel in einem Hafen außerhalb der Niederlande (vielleicht in Frankreich) mit den entsprechenden Gütern beladen worden.

Die in den Tabellen nachgewiesenen „statistischen Fehler“ beruhen darauf, daß in den zugrunde liegenden Tabellen kleinere Gütermengen nicht in der entsprechenden Gliederung nachgewiesen werden. Im Ausgangsmaterial für Tabelle 2 werden für den Grenzeingang Mengen kleiner

¹³⁾ Tabelle 1, wie auch die folgenden, ist aus der Sicht der Niederlande erstellt. Bei ihrer Interpretation sind die zuvor gegebenen Definitionen (siehe S. 60 f.) zu berücksichtigen.
¹⁴⁾ Eine Zusammenstellung der Daten, aus der die Umladung aus einem Beförderungsmittel eines Verkehrszweiges in ein solches eines anderen Verkehrszweiges zu ersehen ist, war anhand des verfügbaren Datenmaterials nicht möglich. Die in den Tabellen 2 und 3 aufgeführten Angaben zu den an der Durchfuhr beteiligten Verkehrszweigen stellen die jeweiligen Randsummen solcher 2-Wege-Tabellen dar.

Tabelle 2: Durchfuhrmengen durch die Niederlande 1984 aus der Bundesrepublik Deutschland nach Verkehrszweigen beim Grenzein- und -ausgang
1 000 t

Verkehrszweig	Insgesamt	Statistischer Fehler	Bestimmungsland liegt in				
			Europa	Afrika	Amerika	Asien	Australien/ Ozeanien
Grenzeingang							
Seeschifffahrt	513,1	3,3	291,1	12,7	117,5	83,9	4,6
Binnenschifffahrt	6 848,7	16,5	4 777,9	347,9	742,7	892,5	71,2
Eisenbahn	370,7	0,8	236,6	17,0	40,3	57,1	18,9
Straßenverkehr	3 231,2	17,4	1 801,8	230,5	691,3	433,0	57,2
Luftfahrt	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Statistischer Fehler	—	— 18,2	0,2	8,7	5,8	1,2	2,3
Insgesamt	10 963,9	19,9	7 107,7	616,8	1 597,6	1 467,7	154,2
Grenzausgang							
Seeschifffahrt	10 409,2 ¹⁾		6 642,9	606,4	1 562,4	1 445,2	152,3
Binnenschifffahrt	266,9 ¹⁾		256,1	3,3	4,0	3,5	—
Eisenbahn	14,1 ¹⁾		12,4	0,2	0,5	0,6	0,4
Straßenverkehr	207,1 ¹⁾		194,1	2,1	4,3	6,2	0,4
Luftfahrt	45,5 ¹⁾		2,0	4,1	26,1	12,2	1,1
Statistischer Fehler	21,1	19,9	0,2	0,7	0,3	—	—
Insgesamt	10 963,9	19,9	7 107,7	616,8	1 597,6	1 467,7	154,2

Quelle: Centraal Bureau voor de Statistiek „Statistiek van de aan-, af- en doorvoer 1984, goederenvervoer van en naar Nederland“

¹⁾ Summe der Einzelwerte, statistischer Fehler kann nicht aufgliedert werden.

als 5 000 t nicht einzeln nachgewiesen, beim Grenzausgang sind es Mengen geringer als 1 000 t. Bei Tabelle 3 ist es gerade umgekehrt: Für die Herkunftsländer beim Grenzeingang werden Mengen von weniger als 1 000 t nicht einzeln nachgewiesen, für den Grenzausgang sind es die Mengen von weniger als 5 000 t. Hinzu kommt, daß in dem einen oder anderen Fall auch die Gesamtheit der „statistischen Fehler“ per Verkehrszweig nicht nachgewiesen werden kann. Diese Mängel des Datenmaterials sind jedoch, gemessen an der Datengesamtheit, zu vernachlässigen. (Der relative Anteil an der jeweiligen Gesamtmenge beläuft sich höchstens auf 0,2 %.)

Von außerordentlichem Interesse sind die Veränderungen, die die einzelnen Güterströme hinsichtlich der beteiligten Verkehrszweige beim Durchgang durch die Niederlande erfahren. Hierüber gibt die folgende Übersicht Auskunft.

Relative Beteiligung der Verkehrszweige an der Güterdurchfuhr durch die Niederlande im Verkehr der Bundesrepublik mit allen Ländern

Verkehrszweig	%	
	Grenzeingang	Grenzausgang
Güterstrom Bundesrepublik → übrige Länder		
Seeschifffahrt	4,7	94,9
Binnenschifffahrt	62,5	2,4
Eisenbahn	3,4	0,1
Straßenverkehr	29,5	1,9
Luftfahrt	0,0	0,4
Güterstrom Übrige Länder → Bundesrepublik		
Seeschifffahrt	99,4	2,0
Binnenschifffahrt	0,4	88,4
Eisenbahn	0,0	4,8
Straßenverkehr	0,1	4,8
Luftfahrt	0,0	0,0

Diese Übersicht macht es besonders evident: Die Weiterbeförderung der aus der Bundesrepublik Deutschland kommenden Güter erfolgt nach der Umladung in den

Tabelle 3: Durchfuhrmengen 1984 durch die Niederlande in die Bundesrepublik Deutschland nach Verkehrszweigen beim Grenzein- und -ausgang
1 000 t

Verkehrszweig	Insgesamt	Statistischer Fehler	Herkunftsland liegt in				
			Europa	Afrika	Amerika	Asien	Australien/ Ozeanien
Grenzeingang							
Seeschifffahrt	58 538,9 ¹⁾		9 426,1	13 653,1	28 702,0	2 836,5	3 921,2
Binnenschifffahrt	242,8 ¹⁾		219,0	6,7	16,5	0,6	—
Eisenbahn	4,8 ¹⁾		3,7	0,2	0,6	0,3	0,0
Straßenverkehr	65,7 ¹⁾		49,1	2,4	11,7	1,7	0,8
Luftfahrt	21,1 ¹⁾		1,6	0,7	8,0	10,8	0,0
Statistischer Fehler	12,2	12,1	—	0,1	0,2	— 0,3	0,1
Insgesamt	58 885,5	12,1	9 699,5	13 663,2	28 739,0	2 849,6	3 922,1
Grenzausgang							
Seeschifffahrt	1 183,8	1,3	94,8	48,7	643,5	324,2	71,3
Binnenschifffahrt	52 058,8	11,2	7 933,5	12 816,9	25 693,0	2 026,7	3 577,5
Eisenbahn	2 829,7	1,0	106,0	616,6	1 849,3	13,4	243,4
Straßenverkehr	2 813,0	12,0	1 565,3	178,5	547,3	480,1	29,8
Luftfahrt	0,2	0,1	0,1	—	0,0	0,0	—
Statistischer Fehler	—	— 13,5	— 0,2	2,5	5,9	5,2	0,1
Insgesamt	58 885,5	12,1	9 699,5	13 663,2	28 739,0	2 849,6	3 922,1

Quelle: Centraal Bureau voor de Statistiek „Statistiek van de aan-, af- en doorvoer 1984, goederenvervoer van en naar Nederland“

¹⁾ Summe der Einzelwerte; statistischer Fehler nicht zuordenbar

Niederlanden durch die Seeschifffahrt, der Herantransport von der Bundesrepublik Deutschland zu den niederländischen Häfen geschieht vor allem mittels Binnenschifffahrt und Straßenverkehr (im Verhältnis von 2:1); der Transport der über See in den Häfen der Niederlande für die Bundesrepublik Deutschland angekommenen Güter erfolgt fast ausschließlich durch die Binnenschifffahrt.

Obwohl die Binnenschifffahrt als der Haupttransporteur in der Verkehrsverbindung „niederländischer Hafen—Bundesrepublik Deutschland—und umgekehrt“ auftritt, wäre es verkehrt, die Binnenschifffahrt zum Konkurrenten der Küstenhäfen des Bundesgebietes zu erklären: Die Sachlage erscheint vielmehr die Vermutung zu erhärten, daß für die Beförderung über See die niederländischen Häfen attraktiver zu sein scheinen. Diese Vermutung läßt sich jedoch nicht nur mit der Besonderheit des Rheinstromes —internationalisierte Wasserstraße¹⁵⁾, Befahren durch Schiffseinheiten mit größerem Tiefgang auch bis in die Bundesrepublik hinein — erklären: Der Weitertransport von Gütern aus den Küstenhäfen des Bundesgebietes in die küstenfernen Regionen in der Bundesrepublik wäre der Binnenschifffahrt durchaus möglich. Daher ist anzunehmen, daß die offensichtliche Attraktivität der niederländischen Häfen — im Jahr 1984 wurden dort immerhin 58,9 Mill. t für die Bundesrepublik Deutschland bestimmte Güter angelandet (das entspricht nicht weniger als 69 % — also über zwei Drittel — der im gleichen Jahr tatsächlich in den Küstenhäfen des Bundesgebietes gelöschten Gütermenge) — auf anderen Vorteilen beruht als nur die für den Weitertransport verkehrsgünstige Situation.

Berücksichtigt man bei der Errechnung der relativen Beteiligung der Verkehrswege an der Güterdurchfuhr durch die Niederlande nur jene zuvor definierten Länder, die lediglich über See erreicht werden können, dann ergibt sich aufgrund der Veränderungen im Verkehr mit den entsprechenden Ländern in Europa folgendes Ergebnis:

Relative Beteiligung der Verkehrswege an der Güterdurchfuhr durch die Niederlande im Verkehr der Bundesrepublik mit ausgewählten Ländern¹⁾

Verkehrszweig	Niederländischer	
	Grenzübergang	Grenzausgang
Güterstrom Bundesrepublik → ausgewählte Länder		
Seeschifffahrt	3,6	98,3
Binnenschifffahrt	48,0	0,2
Eisenbahn	5,0	0,0
Straßenverkehr	43,3	0,6
Luftfahrt	0,0	0,6
Güterstrom Ausgewählte Länder → Bundesrepublik		
Seeschifffahrt	99,4	2,0
Binnenschifffahrt	0,4	88,4
Eisenbahn	0,0	5,2
Straßenverkehr	0,1	4,4
Luftfahrt	0,0	0,0

1) Siehe die Aufzählung auf S. 59

Im Vergleich zur ersten Gegenüberstellung ergeben sich lediglich bei den Transporten von der Bundesrepublik Deutschland in andere Länder via Niederlande ansehnli-

¹⁵⁾ Seit Inkrafttreten der Mainzer Rheinschiffahrtsakte vom 17. Juli 1831, deren Nachfolgerin — die Revidierte Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 (sog. Mannheimer Akte) — nach einer weiteren Revision (vom 20. November 1963) noch heute in Kraft ist.

che Veränderungen beim Grenzeingang in die Niederlande: Der Anteil der Binnenschifffahrt an den Transporten in die niederländischen Häfen (die Umladung kann nur dort stattgefunden haben) beträgt anstatt 62,5 nur 48,0 % und der Anteil des Straßenverkehrs beläuft sich auf 43,3 % anstatt auf 29,5 %. Es erhebt sich die Frage, warum hier eine Veränderung von rund 14 Prozentpunkten bei beiden Verkehrszweigen stattfindet, einmal eine Abnahme, zum anderen eine Zunahme. Diese Frage kann jedoch anhand des untersuchten Datenmaterials nicht beantwortet werden. Es müßten die Angaben für weitere Jahre abgewartet werden, um herauszufinden, ob sich diese Gegebenheit wiederholt oder ob es sich nur um eine Besonderheit des Berichtsjahres handelt.

Auf eine Besonderheit muß hier hingewiesen werden, sei es auch nur der Vollständigkeit oder des Außergewöhnlichen wegen. In den Angaben zur Durchfuhr sind auch 344 400 t Güter enthalten, die von der Bundesrepublik in die Bundesrepublik befördert wurden¹⁶⁾.

Güterdurchfuhr durch die Niederlande im Rahmen des Bund-Bund-Verkehrs

Verkehrszweig	Gutermenge		Anteil der Verkehrswege	
	Grenz-		Grenz-	
	eingang	ausgang	eingang	ausgang
	1 000 t		%	
Seeschifffahrt	166,4	15,8	48,3	4,6
Binnenschifffahrt	157,2	191,6	45,6	55,6
Eisenbahn	2,4	0,4	0,7	0,1
Straßenverkehr	18,4	136,6	5,3	39,7
Luftfahrt	0,1	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	344,4	344,4	100,0	100,0

Wegen der besonderen Situation und der geographischen Gegebenheiten sei eine weitergehende Interpretation der obigen Übersicht gestattet. Es kann angenommen werden, daß der größte Teil der mit Seeschiffen antransportierten Gütermengen per Binnenschiff über den Rhein in das Bundesgebiet befördert wurden. Die mit Binnenschiffen in die Niederlande verbrachte Menge wird wohl größtenteils im Straßenverkehr in das Bundesgebiet zurückgebracht worden sein. Die übrigen Verkehrswege spielen beim Bund-Bund-Verkehr nur eine untergeordnete Rolle.

Es sollte auch der Frage nachgegangen werden, ob ein Zusammenhang zwischen der beförderten Güterart und dem transportierenden Verkehrszweig besteht. Damit konnte etwa die Vermutung erhärtet werden, daß zum Beispiel Massengüter wie Feste mineralische Brennstoffe, Erze u. ä. vorzugsweise per Binnenschiff befördert werden. Leider läßt die Datenlage diese Untersuchung nur für den Grenzeingang der Güter in die Niederlande zu. Das bedeutet jedoch, daß hier die Anfuhr von für die Bundesrepublik bestimmten Gütern zum überwiegenden Teil durch die Seeschifffahrt erfolgt. Über den Weitertransport dieser Güter in die Bundesrepublik sind jedoch nur die Gesamtangaben, also für die Verkehrswege, verfügbar, nicht jedoch in einer Untergliederung nach Güterarten.

¹⁶⁾ Sogenannter „Bund-Bund-Verkehr“, oder — bildhaft ausgedrückt — „Hufeisenverkehr“ (wegen des sinnbildlichen, hufeisenförmigen Bogens, den der Transportweg beschreibt).

Tabelle 4: Durchfuhrmengen 1984 nach Kapiteln der NST/R¹⁾ und nach Verkehrszweigen beim Grenzeingang in die Niederlande
1 000 t

Kapitel der NST/R	Insgesamt	Verkehrszweig				
		Seeschifffahrt	Binnenschifffahrt	Eisenbahn	Straßenverkehr	Luftfahrt
Herkunftsland: Bundesrepublik Deutschland						
0	155,3	2,5	54,1	1,2	97,6	—
1	804,2	99,1	305,2	15,9	383,7	0,0
2	3 346,2	14,5	3 154,8	175,5	1,3	—
3	216,3	154,7	35,2	8,0	18,2	0,0
4	168,2	1,0	157,5	2,0	7,8	—
5	1 291,1	28,0	966,5	22,3	274,7	0,0
6	599,8	29,4	478,5	7,8	84,2	—
7	95,8	1,8	90,5	1,7	1,8	—
8	2 385,1	57,9	1 304,1	69,5	953,6	0,0
9	1 796,7	103,2	279,2	65,1	1 349,1	0,1
nicht berücksichtigt ²⁾	105,2	21,0	23,1	1,7	59,2	0,1
Gesamtmenge	10 963,9	513,1	6 848,7	370,7	3 231,2	0,2
Bestimmungsland: Bundesrepublik Deutschland ³⁾						
0	1 571,2	1 526,8	41,1	0,0	3,2	0,0
1	6 407,0	6 307,2	93,4	0,0	5,9	0,1
2	2 876,7	2 845,7	29,5	1,3	0,2	—
3	1 735,5	1 731,3	2,1	—	2,2	0,0
4	37 258,6	37 257,8	0,1	0,3	0,6	0,0
5	1 807,6	1 785,6	9,7	1,0	11,1	0,0
6	2 400,4	2 368,4	31,7	—	0,5	0,0
7	74,7	56,0	18,5	—	0,2	—
8	2 069,5	2 048,6	9,4	0,5	9,9	0,2
9	748,8	731,7	0,1	0,0	3,0	13,1
nicht berücksichtigt ⁴⁾	1 923,4	1 879,8	7,2	1,7	28,9	7,7
Gesamtmenge	58 873,4	58 538,9	242,8	4,8	65,7	21,1

Quelle: Centraal Bureau voor de Statistiek „Statistiek van de aan-, af- en doorvoer 1984, goederenvervoer van en naar Nederland“
¹⁾ Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, herausgegeben vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe 1968 — ²⁾ Gütermengen kleiner als 5 000 t sind in der Aufgliederung nach Kapiteln nicht berücksichtigt. — ³⁾ Ohne den nicht zuordenbaren statistischen Fehler (siehe Tabelle 3). — ⁴⁾ Gütermengen kleiner als 1 000 t sind in der Aufgliederung nach Kapiteln nicht berücksichtigt

Daher werden die vorliegenden Angaben lediglich der Vollständigkeit halber hier aufgeführt.

Vergleich mit deutschen Statistiken

Es wurde in dieser Untersuchung nur ein Vergleich eines Teils der Daten aus der niederländischen Durchfuhrstatistik mit denen der Seeverkehrsstatistik angestellt. Die zugrundeliegende Überlegung war folgende: Wie aus den Tabellen 2 und 3 folgt, wurde von den für die Bundesrepublik bestimmten Gütermengen der überwiegende Teil im Seeverkehr in die Niederlande gebracht. Wie zuvor festgestellt wurde, spricht nichts dagegen, diese Gütermengen direkt in den Küstenhäfen des Bundesgebietes anzulanden. Es wurde nun verglichen, ob bestimmte Herkunftsländer dieser Durchfuhrgüter eine ausgesprochene Vorliebe für die niederländischen Häfen haben. Als ein Indiz hierfür wurde es angesehen, wenn von einem Herkunftsland/Versandland eine größere Gütermenge zur Durchfuhr in den Niederlanden angelandet wurde als in den Küstenhäfen des Bundesgebietes ¹⁷⁾.

Von den insgesamt auf dem Seewege in den Niederlanden angekommenen Durchfuhrmengen für die Bundesrepublik (58,5 Mill. t) kamen nicht weniger als 54,7 Mill. t aus Gebieten, die gemäß der weiter vorne aufgeführten Abgrenzung Güter nur auf dem Seeweg in die Niederlande bzw. die Bundesrepublik senden können.

In der folgenden Aufstellung sind alle Länder aufgeführt, von denen mehr Durchfuhrgüter mit Bestimmung Bundes-

Tabelle 5: Güterdurchfuhr durch die Niederlande und Güteranlandung in den Küstenhäfen des Bundesgebietes 1984¹⁾
1 000 t

Einlande-/Herkunfts- verkehrsbereich	Gutermenge der		Differenz (Sp 1 — Sp 2)
	Anlandungen	Durchfuhr	
	1	2	3
Europa	27 878,9	5 586,5	+ 22 292,4
Nordafrika	2 545,9	389,0	+ 2 156,9
Westafrika	4 295,1	7 621,7	— 3 326,6
Südliches Afrika	1 667,6	5 527,9	— 3 860,3
Ostafrika	187,3	57,8	+ 129,5
Afrika, Golf von Aden	76,8	15,7	+ 61,1
Afrikanisches Binnenland	—	41,0	— 41,0
Afrika zusammen	8 772,7	13 653,1	— 4 880,4
Nordamerika	8 201,7	10 289,2	— 2 087,5
Golf von Mexiko, Karibik	5 045,8	244,9	+ 4 800,9
Südamerika, Atlantik	3 491,4	17 954,3	— 14 462,9
Süd- und Mittelamerika, Pazifik	711,4	191,9	+ 519,5
Südamerikanisches Binnenland	12,7	21,7	— 9,0
Amerika zusammen	17 463,0	28 702,0	— 11 239,0
Nahost, Mittelmeer	168,1	281,2	— 113,1
Nahost, Persischer Golf	1 306,3	348,6	+ 957,7
Mittelost	449,6	173,5	+ 276,1
Fernost	3 360,4	2 033,2	+ 1 327,2
Asiatisches Binnenland	—	—	—
Asien zusammen	5 284,4	2 836,5	+ 2 447,9
Australien/Ozeanien	5 367,9	3 921,2	+ 1 446,7
Nicht ermittelte Länder	65,5	—	+ 65,5
Welt insgesamt	64 832,4	54 699,3	+ 10 133,1

Quelle: Durchfuhrmengen aus Centraal Bureau voor de Statistiek „Statistiek van de aan-, af- en doorvoer 1984, goederenvervoer van en naar Nederland“.
¹⁾ Nur Seetransporte

republik in die Niederlande gesandt wurden, als sie Transportgüter über See in die Häfen des Bundesgebietes sandten.

¹⁷⁾ Bei dieser Betrachtung werden Einschränkungen der Vergleichbarkeit völlig außer acht gelassen.

Europa	Afrika	Amerika	Asien
Irland	Marokko	Kanada	Israel
	Mauretanien	Vereinigte Staaten	Volksrepublik
	Senegal	Dominikanische	Jemen
	Sierra Leone	Republik	Oman
	Liberia	Trinidad	Bahrain
	Republik	Guyana	Kuwait
	Südafrika	Surinam	Sri Lanka ¹⁾
	Madagaskar	Brasilien	Malaysia ²⁾
		Bolivien	Philippinen
		Paraguay	Thailand

¹⁾ Einschl. Malediven. — ²⁾ Einschl. Brunei.

Einige afrikanische Binnenländer (Ruanda, Sambia, Simbabwe) sowie einige Länder des ozeanischen Raumes wurden hier nicht aufgeführt, einmal weil sich bei den genannten Binnenländern die Differenz zwangsläufig da-

Tabelle 6. Beteiligung ausgewählter Länder am Seeverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland und an der Durchfuhr durch die Niederlande

Einlade-/ Herkunftsland	Gütermenge der		Durchfuhrmenge	
	Anlandungen in der Bundes- republik	Durchfuhr durch die Niederlande	Mehrbetrag gegenüber den Anlandungen	Anteil an der gesamten Durchfuhr ¹⁾
			1 000 t	%
Mauretanien	—	439,7	439,7	0,8
Sierra Leone	215,5	491,8	276,3	0,9
Liberia	275,3	6 024,0	5 748,7	11,0
Republik Südafrika	1 667,6	5 527,9	3 860,3	10,1
Zusammen	2 158,4	12 483,4	10 325,0	22,8
Kanada	3 456,9	4 586,8	1 129,9	8,4
Vereinigte Staaten	4 744,8	5 702,4	957,6	10,4
Brasilien	1 892,7	16 735,7	14 843,0	30,6
Guyana	0,2	110,8	110,6	0,2
Zusammen	10 094,6	27 135,7	17 041,1	49,6
Israel	143,4	278,5	135,1	0,5
Kuwait	199,0	312,4	113,4	0,6
Thailand	531,7	649,9	118,2	1,2
Zusammen	874,1	1 240,8	366,7	2,3
Insgesamt	13 127,1	40 859,9	27 732,8	74,7

Quelle: Angaben zu den Durchfuhrmengen aus Centraal Bureau voor de Statistiek „Statistiek van de aan-, af- en doorvoer 1984, goederenvervoer van en naar Nederland“

¹⁾ Gesamte Durchfuhrmenge, die nur im Seeverkehr nach den Niederlanden hatte gebracht werden können (hier 54 699 300 t)

durch ergibt, daß in der Seeverkehrsstatistik die Klassifikation gemäß dem Einladehafen und nicht nach dem Herkunftsort erfolgt, zum anderen weil bei dem geringen Transportvolumen aus der Inselwelt Ozeaniens Differenzen schnell auftreten und doch wenig Bedeutung haben.

Tabelle 7. Über See in den Niederlanden angekommene und für die Bundesrepublik Deutschland bestimmte Durchfuhrgüter nach ausgewählten Herkunftsländern und Kapiteln der NST/R

Kapitel der NST/R	Ins- gesamt ¹⁾	Herkunftsland										
		Brasilien	Liberia	Vereinigte Staaten	Republik Sudafrika	Kanada	Thailand	Sierra Leone	Maure- tanien	Kuwait	Israel	Guyana
0	832,0	4,0	—	176,8	—	25,7	615,4	—	—	—	10,1	—
1	4 259,1	1 049,1	—	2 899,2	31,6	267,3	3,1	—	—	—	8,8	—
2	2 146,1	—	—	760,9	1 285,4	99,8	—	—	—	—	—	—
3	1 056,6	—	—	746,6	—	—	—	—	—	310,0	—	—
4	30 100,7	15 471,2	6 020,7	43,8	3 661,3	3 827,3	14,5	486,2	439,2	—	25,8	110,7
5	501,3	129,7	—	25,9	234,0	109,7	2,0	—	—	—	—	—
6	386,0	—	—	201,4	103,7	60,7	—	—	—	—	20,2	—
7	627,9	—	—	307,8	171,9	—	—	—	—	—	148,2	—
8	631,5	26,9	—	363,8	23,8	165,7	—	—	—	—	51,3	—
9	174,1	12,5	—	155,4	—	6,2	—	—	—	—	—	—
Insgesamt ¹⁾	40 715,3	16 693,4	6 020,7	5 681,6	5 511,7	4 562,4	635,0	486,2	439,2	310,0	264,4	110,7

Quelle: Centraal Bureau voor de Statistiek „Statistiek van de aan-, af- en doorvoer 1984, goederenvervoer van en naar Nederland“

¹⁾ Abweichungen in den Summen gegenüber anderen Tabellen beruhen auf eingeschränkter Nachweisung der Tatbestände. Siehe Fußnote 3 in Tabelle 4

Die nebenstehende Liste verkürzt sich erheblich, wenn man nur jene Länder berücksichtigt, deren Differenz zwischen der Menge der Durchfuhrgüter und den Direktversandmengen größer als 100 000 t ist. Tabelle 6 zeigt die entsprechende Auflistung. Gleichzeitig wird deutlich, daß Güter aus nur elf Ländern 75 % der gesamten über See in die Niederlande verbrachten und für die Bundesrepublik Deutschland bestimmten Durchfuhrmengen ausmachten, und daß 50 % von dieser Menge aus letztlich drei amerikanischen Ländern angelandet wurden.

Eine nähere Untersuchung der für diese Länder registrierten jeweiligen Gesamtdurchfuhr zeigt, daß diese zum überwiegenden Teil für die Bundesrepublik bestimmt ist, wie aus der nachstehenden Übersicht zu ersehen ist.

Herkunftsland	Durchfuhrmenge für die Bundesrepublik ¹⁾ 1 000 t	Anteil an der jeweiligen Gesamtmenge %
Brasilien	16 735,7	88
Liberia	6 024,0	100
Vereinigte Staaten	5 702,4	46
Republik Südafrika	5 527,9	75
Kanada	4 586,8	80
Thailand	649,9	73
Sierra Leone	491,8	95
Mauretanien	439,7	51
Kuwait	312,4	99
Israel	278,5	75
Guyana	110,8	54

¹⁾ Nur die Mengen, die auf dem Seeweg in den Niederlanden eintrafen

Interessant ist auch die Güterzusammenstellung der Transitmengen der genannten Länder; Tabelle 7 verschafft die nötige Information.

Es zeigt sich, daß vornehmlich Güter des Kapitels 4 „Erze und Metallabfälle“ zur Durchfuhr angelandet wurden, wobei von den 30,1 Mill. t der überwiegende Teil, nämlich 28,2 Mill. t, Eisenerze waren. Ansehnlich war mit 4,3 Mill. t auch die Menge der Durchfuhrgüter des Kapitels 1 „Andere Nahrungs- und Futtermittel“, die fast vollständig, nämlich zu 4,1 Mill. t, aus Ölkuchen, Sonstigen Futtermitteln und Ölsaaten bestand (Gütergruppen 172, 179 und 181).

Bedenkt man, daß es sich bei diesen Gütern um Rohstoffe zur Weiterverarbeitung — entweder zur Verhüttung oder zur Produktion von Mischfuttern — handelt, dann erscheint die Durchfuhr durch die Niederlande zu den

Produktionsstätten im Nordwesten der Bundesrepublik Deutschland plausibel und der Situation angemessen.

Schlußbemerkung

Durch die Auswertung der niederländischen Durchfuhrstatistik für 1984 wurde gezeigt, daß in jenem Jahr 69,8 Mill. t Güter durch die Niederlande auf dem Wege von bzw. zur Bundesrepublik nach bzw. von anderen Ländern (außer den Niederlanden) befördert wurden. Es wurde vor allem gezeigt, daß von 58,9 Mill. t Gütern, die auf diesem Wege in die Bundesrepublik verbracht wurden, nicht weniger als 58,5 Mill. t über See transportiert wurden und somit direkt in der Bundesrepublik hätten angelandet werden können.

Dieses Ergebnis macht deutlich, welche Größenordnung die Umschlagsverluste der deutschen Nordseehäfen im Jahr 1984 angenommen hatten: Im gleichen Jahr belief sich nämlich in diesen Häfen der Gütererfang im grenzüberschreitenden Verkehr auf nur 39,3 Mill. t, wobei die Tatsache, daß ein Teil dieser Güter nicht für die Bundesrepublik bestimmt war, außer acht gelassen werden soll. Demnach wurden — unter der Annahme, daß die in den Niederlanden für die Bundesrepublik über See empfangenen Güter auf dem kürzesten Weg, das heißt über die Nordseehäfen, in die Bundesrepublik gebracht worden wären, hätten die Transporte das Bundesgebiet unmittelbar erreicht — 19,2 Mill. t Güter mehr über die Niederlande nach der Bundesrepublik verbracht, als bei direkten Transporten die deutschen Häfen erreichten. Selbst die Berücksichtigung auch der Ostseehäfen der Bundesrepublik verbessert diesen Vergleich nur unwesentlich: Insgesamt wurden nämlich in den Häfen des Bundesgebietes 47,4 Mill. t Güter, die über See im grenzüberschreitenden Verkehr herangeführt wurden, gelöscht, also rund 11 Mill. t weniger als über niederländische Häfen. Es erscheint daher ratsam, die Entwicklung dieses Güterstromes weiterhin zu beobachten.

Dr. Manfred Woelke

Aktienmarkt im Jahr 1986

Börsenjahr im Überblick

Auf die kräftigen Aufwärtsbewegungen der Kurse an den deutschen Aktienbörsen seit Herbst 1982, die im Jahr 1985 einen Anstieg des Aktienindex von 72,8 % brachten, folgte im Jahresverlauf 1986 eine vergleichsweise geringe Erhöhung des Kursniveaus. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Index der Aktienkurse (30. 12. 1980 = 100)¹⁾ wies am 30. Dezember 1986 einen Stand von 298,8 aus, der um 5,0 % über dem Ultimostand 1985 von 284,7 lag²⁾. Werden jedoch auch die Börseneinführungen und Kapitalerhöhungen mit betrachtet, so ist dieses Jahresergebnis positiver zu bewerten, als es die Indexerhöhung ausdrückt.

Den langfristigen Verlauf des Index der Aktienkurse mit einer starken Aufwärtsbewegung ab Ende 1982 bis Anfang 1986, gefolgt von erheblichen Schwankungen im Berichtsjahr, zeigen Schaubild 1 sowie Tabelle 1³⁾.

Aus Tabelle 1 lassen sich ebenfalls die Kursschwankungen im Berichtsjahr erkennen; die Veränderungen der Monatsdurchschnitte, die im Jahr 1985 ausnahmslos angestiegen waren, wiesen 1986 häufig wechselnde Vorzeichen mit kräftigen Ausschlägen auf. Die starke Zunahme des Jahresdurchschnittsindex 1986 gegenüber dem Durchschnittswert von 1985 um 41,3 % erklärt sich aus dem hohen Überhang des Index am Jahresende 1985. Hätte der Index im ganzen Jahr 1986 den Ultimostand von 1985 (284,7) gehalten, so hätte sich eine Zunahme um 36,1 % ergeben. Der „Überhang“ betrug also 36,1 %.

Wie in den vier vorangegangenen Jahren dürfte die Stimmung an den deutschen Aktienbörsen insbesondere von der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die sich auch in guten Unternehmenserträgen niederschlugen⁴⁾, beeinflusst worden sein. Für das Bruttosozialprodukt, das umfassend die gesamtwirtschaftliche Leistung ausdrückt, wurde im Jahr 1986 ein reales Wachstum von 2,5 % ermittelt⁵⁾. Daß dieses Wachstum nicht ganz den Prognosen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entsprach, nach der mit einem Wirtschaftswachstum von rund 3 % für 1986 gerechnet worden war, wird mit den starken Wechselkursgewin-

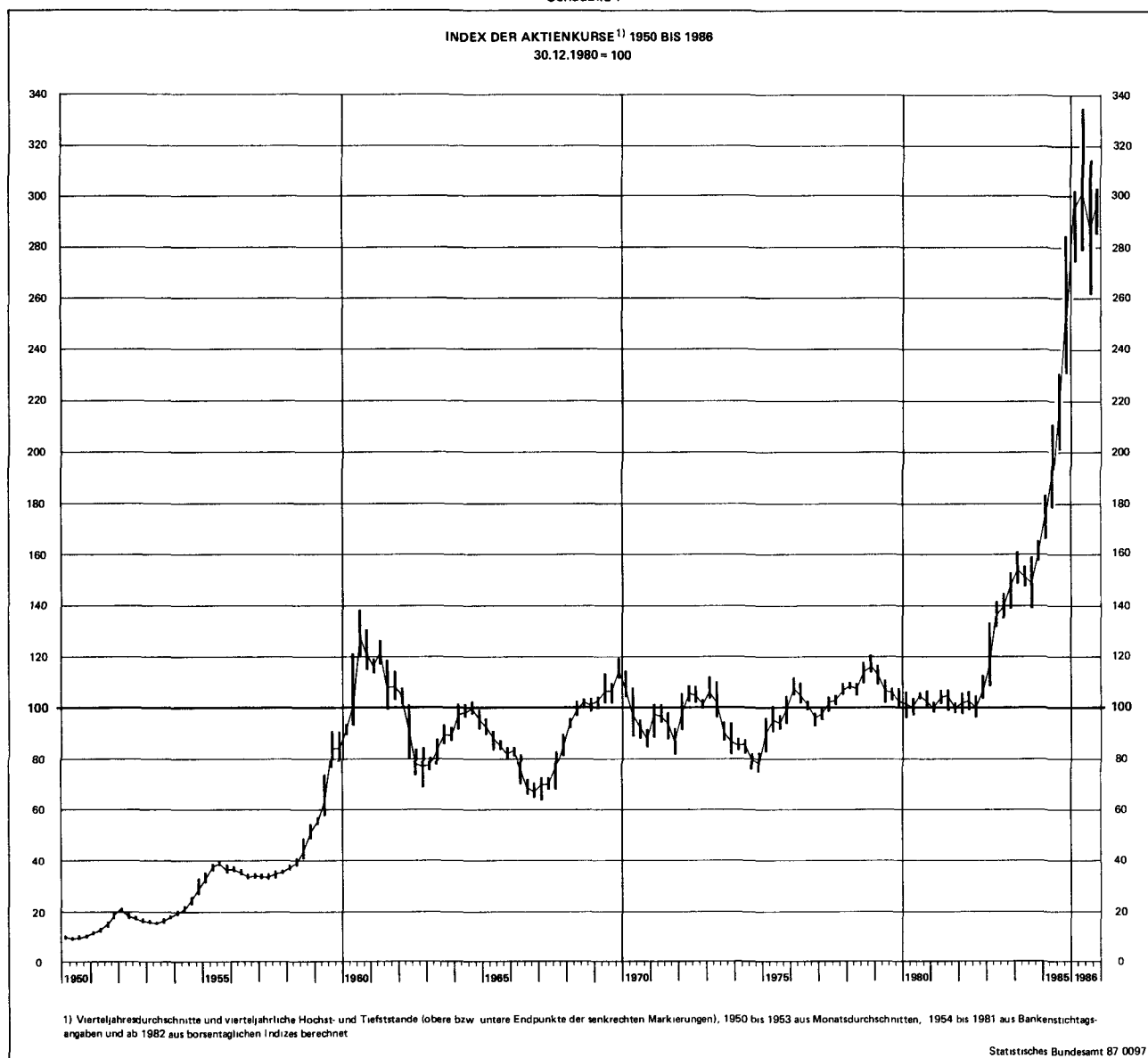
Tabelle 1: Index der Aktienkurse

Jahr Monat	Jahres- bzw Monats-				Veränderung der	
	end-	durch-	hochst-	tiefst-	End-	Durch-
	stand				indizes	schnitts-
	30. 12. 1980 = 100				gegenüber dem	gegenüber dem
					Vorjahr/Vormonat	Vorjahr/Vormonat
					%	
1973	82,9	96,2	111,9	81,9	- 17,6	- 5,9
1974	80,5	82,0	87,8	74,5	- 2,9	- 14,8
1975	104,1	94,4	104,1	82,7	+ 29,3	+ 15,1
1976	97,3	102,2	111,2	92,7	- 6,5	+ 8,3
1977	106,0	102,1	109,2	95,0	+ 8,9	- 0,1
1978	114,2	111,4	120,1	104,5	+ 7,7	+ 9,1
1979	100,8	106,8	116,9	99,7	- 11,7	- 4,1
1980	100,0	101,9	106,3	95,6	- 0,8	- 4,6
1981	98,7	101,8	106,7	97,9	- 1,3	- 0,1
1982	112,4	102,7	112,4	95,7	+ 13,9	+ 0,9
1983	152,7	135,2	152,7	108,3	+ 35,9	+ 31,6
1984	164,8	153,6	164,8	138,7	+ 7,9	+ 13,6
1985	284,7	209,2	284,7	165,8	+ 72,8	+ 36,2
1986	298,8	295,7	333,8	262,0	+ 5,0	+ 41,3
1986 Jan	286,7	299,9	313,8	283,5	+ 0,7	+ 13,0
Febr.	281,1	287,9	296,1	274,6	- 2,0	- 4,0
März	304,8	299,3	306,3	282,2	+ 8,4	+ 4,0
April	319,6	321,7	333,8	307,7	+ 4,9	+ 7,5
Mai	289,1	296,2	315,5	285,3	- 9,5	- 7,9
Juni	284,1	288,6	303,1	279,0	- 1,7	- 2,6
Juli	271,6	272,2	282,7	262,0	- 4,4	- 5,7
Aug	308,5	296,0	309,0	270,3	+ 13,6	+ 8,7
Sept	289,8	299,9	313,9	287,6	- 6,1	+ 1,3
Okt	291,8	292,0	298,4	285,5	+ 0,7	- 2,6
Nov	302,6	294,6	302,6	289,4	+ 3,7	+ 0,9
Dez	298,8	300,0	303,4	296,9	- 1,3	+ 1,8

nen der D-Mark gegenüber vielen Währungen in Verbindung gebracht, die die deutschen Exporte wesentlich erschwerten, ein Faktor, der auch bei der Belastung des Aktienmarktes anzuführen ist. Positiv dürfte sich ebenfalls die monetäre Verfassung — reichliche Liquidität bei niedrigem Zinsniveau und sogar leichtem Preisrückgang — ausgewirkt haben. Die günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten und Ertragsperspektiven der Unternehmen dürften jedoch weitgehend bereits in die Erwartungen der Anleger am Aktienmarkt und damit in die Aktienkurse eingegangen sein, so daß auf dem erreichten Niveau auch die Unsicherheit über den Fortgang der Kursentwicklung zugenommen haben mag und sich die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt von Gewinnmitnahmen stellte. Insbesondere dürften jedoch die Bewegungen der Zinsen, die zeitweise anstiegen und sich auf die Liquidität und auf alternative Anlagemöglichkeiten am Rentenmarkt auswirken, verbunden mit der Unsicherheit über ihren weiteren Verlauf, die Anlageentscheidung beeinflusst haben. Auch wird der stark gesunkene Kurs des US-Dollars, der die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie beeinträchtigte und Gewinnminderungen erwarten ließ, von erheblichem Einfluß auf den Aktienmarkt gewesen sein. Dies gilt um so mehr, als durch die Intensivierung der internationalen Kapitalmarktverflechtung der inländische Kapitalmarkt auch für ausländische Anleger größere Bedeutung gewann. Wie sich aus den Nachweisungen der Deutschen Bundesbank über die Kapitaltransaktionen mit dem Ausland ergibt⁶⁾, haben die ausländischen Anleger ihre Nettokäufe an Dividendenwerten, die in den Jahren 1976 bis 1984 zwischen 0,5 und 4 Mrd. DM gelegen hatten und im Jahr 1985 auf 10,6 Mrd. DM expandiert waren, im

1) Zur Berechnungsmethode siehe Lutzel, H./Jung, W. „Neuberechnung des Index der Aktienkurse“ in WiSta 1/1984, S. 43 ff.
2) Eine ausführliche Darstellung der Indexentwicklung sowie der Kapitalveränderungen, der Durchschnittskurse, Dividenden und Dividendenrenditen aller börsennotierten Gesellschaften wird monatlich in der Fachserie 9 „Geld und Kredit“, Reihe 2 „Aktienmarkt“ gegeben. Der börsentäglich berechnete Index kann auch täglich abgerufen bzw. Interessenten per Fernschreiben mitgeteilt werden. Wöchentlich wird er in Pressemitteilungen und — tiefer gegliedert nach Wirtschaftsgruppen — im Statistischen Wochendienst veröffentlicht.
3) Die langfristige Entwicklung des Index der Aktienkurse seit 1950 nach Wirtschaftsbereichen, ergänzt um eine zusammengefaßte Darstellung ab 1856, ist in einem Sonderheft der Fachserie 9 „Geld und Kredit“, Reihe 2, S. 1 „Index der Aktienkurse — Lange Reihe“ dargestellt.
4) Die im folgenden nachgewiesenen Dividenden der börsennotierten Gesellschaften wiesen Ende Dezember 1986 einen um zirka 13 % höheren Ausschüttungssatz als am Ende des Vorjahres aus.
5) Siehe Dorow, F. „Sozialprodukt im Jahr 1986“ in diesem Heft S. 5 ff.
6) Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Dezember 1986, Tabelle 5 d.

Schaubild 1



Berichtsjahr noch weiter verstärkt (bis einschl. November auf nahezu 14,2 Mrd. DM). Eine Ausweitung der Nachfrage durch die Vergrößerung des Anlegerkreises bedeutet jedoch nicht automatisch höhere Aktienkurse, sondern — bei einer beweglichen Anlagestrategie der Ausländer — auch ein erhöhtes Risiko eines schnelleren Trendwandels.

Im internationalen Vergleich lagen die Kursgewinne im vergangenen Jahr am unteren Ende der Skala. Erheblich höhere Zuwachsraten wurden zum Beispiel in Mailand, Paris, Tokio sowie auch in New York erzielt. Für die ausländischen Anleger am deutschen Aktienmarkt kamen jedoch zu den Aktienkursveränderungen noch die Aufwertungsgewinne der D-Mark hinzu, die sich gegenüber dem US-Dollar im Jahresendvergleich 1986 gegenüber 1985 auf rund ein Viertel beliefen und im Jahresdurchschnittsvergleich sogar rund ein Drittel ausmachten.

Kursentwicklung im Jahresverlauf

Das Börsenjahr 1986 war durch einen besonders schwankenden und differenzierten Verlauf der Aktienkurse ge-

kennzeichnet. In den ersten Januartagen setzte sich zunächst die Aktienhausse vom Dezember 1985 mit extrem hohen Börsenumsätzen, die erst in verlängerten Börsenzeiten bewältigt werden konnten, fort⁷⁾. Bis zum 15. Januar war der Gesamtindex gegenüber dem Ultimostand 1985 um rund 10 % auf einen Zwischenhochstand von 313,8 gestiegen. Auf diese Zeit der schnellen Kurssteigerungen folgte jedoch, nachdem die Aktienkurse an der New Yorker Börse deutlich zurückgefallen waren und mit dem Termin 15. Januar die Optionsrechte ausgeübt wurden, eine Phase der Konsolidierung und Gewinnmitnahmen. Der Kursrückgang setzte sich unter Schwankungen bis auf einen Indexstand von 274,6 am 27. Februar fort. In dieser Zeit ging auch der Kurs des US-Dollars an den Devisenbörsen von 2,46 DM Ende Dezember 1985 auf rund 2,20 DM Ende Februar zurück.

⁷⁾ Von der Deutschen Bundesbank wird der Aktienumsatz inländischer Emittenten im Januar 1986 mit 44 Mrd. DM gegenüber 21 Mrd. DM im Dezember 1985 und zum Beispiel 35 Mrd. DM für das ganze Jahr 1982 angegeben. Siehe: Statistische Beihäfte zu den Monatsberichten, Reihe 2, Wertpapierstatistik, Dezember 1986, Tabelle 18 a.

Ende Februar trat wiederum vorübergehend eine Wende am Aktienmarkt ein, in deren Folge sich die Aktienkurse bis zum bisherigen Höchststand des Aktienindex am 17. April mit 333,8 recht kräftig erholten. Der Kursaufschwung fiel zusammen mit einem zeitweisen Anstieg des US-Dollars (bis auf 2,40 DM am 7. April) sowie fallenden Zinsen. Die Rendite von Bundesanleihen fiel dabei von rund 6 % Ende Februar bis auf den Jahrestiefststand von 5,35 %⁸⁾ zum Zeitpunkt des Jahreshöchststandes des Aktienindex. Am 7. März hatte zudem die Deutsche Bundesbank den Diskontsatz von 4 % auf den noch Anfang Januar 1987 geltenden Satz von 3,5 % gesenkt. Nach dem Höchststand des Aktienindex am 17. April folgte, unterbrochen von einem Zwischenhoch nach der Landtagswahl in Niedersachsen (Indexstand am 16. Juni: 303,1), eine länger anhaltende Tendenz fallender Aktienkurse. Am 22. Juli wies der Aktienindex mit 262,0 seinen tiefsten Jahresstand auf. Neben den durch das Reaktorunglück in Tschernobyl verursachten Unsicherheiten mögen sich auch die wieder zurückgehende US-Dollar-Notierung und die Änderung des Zinstrends — die Rendite der öffentlichen Anleihen stieg bis Anfang Juni wieder auf 6 % an — ausgewirkt haben. Die Kurve des täglichen Aktienindex hatte dabei seit Jahresmitte 1984 erstmals wieder am 4. Juli (Indexstand: 276,2) die Kurve des gleitenden 200-Tage-Durchschnitts nach unten durchbrochen, was bei den Aktienanalysten als ein Verkaufssignal gewertet wird⁹⁾.

Auf den Tiefststand im Juli folgte wiederum eine mehrwöchige Erholung mit einem neuen Kursgipfel Anfang September. Der Aktienindex stieg dabei vom Tiefststand um nahezu 20 % bis auf den Stand von 313,9 am 2. September. Am Rentenmarkt waren in dieser Zeit die Zinsen festverzinslicher Wertpapiere wieder rückläufig, bevor sie abermals etwas anstiegen und letztlich gegen Ende November auf einem etwas niedrigeren Niveau von unter 6 % blieben. Wiederum fiel der Tiefstand der Umlaufrendite öffentlicher Anleihen mit 5,53 % mit dem Indexhoch Anfang September zusammen.

Im Laufe des September gaben die Aktienkurse wieder nach. Der Index verlor gegenüber dem Indexgipfel Anfang September rund 26 Indexpunkte (— 8,4 %), bevor er den Stand von 287,6 am 29. September erreichte. Danach bewegte er sich bis gegen Ende November auf einem durchschnittlichen Indexniveau von 293/294 mit einer Schwankungsbreite von ± 9 Indexpunkten. Die Kurve des täglichen Aktienindex, die Anfang August die Kurve des 200-Tage-Durchschnitts wieder nach oben durchbrochen hatte, schwankte in dieser Phase um diese Trendlinie, bevor sie gegen Jahresende leicht darüber lag. Gegen Ende November wurde das Börsenklima zwar wieder etwas freundlicher (der Index lag für 14 Tage über dem Stand von 300), der erhoffte Kursaufschwung gegen Jahresende

blieb jedoch aus. Trotz der positiv aufgenommenen Prognose des Sachverständigenrates über die Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs, der von einem realen Zuwachs des Bruttosozialprodukts von 2,5 % für das Jahr 1987 ausging, fehlte es an weiteren durchschlagenden Impulsen für eine beständigere Aufwärtsbewegung der Aktienkurse. Auch der Kurs des US-Dollars fiel bis gegen Jahresende deutlich unter 2 DM. Das Börsenjahr ging mit dem genannten Indexstand von 298,8 zu Ende, der um 10,5 % unter dem bisherigen absoluten Höchststand von 333,8 am 17. April, jedoch um 14 % über dem Jahrestiefststand von 262,0 am 22. Juli lag. Um den Jahresdurchschnitt von 295,7 variierten die Extremwerte von — 33,7 bis + 38,1 Indexpunkten.

Kursentwicklung nach Wirtschaftsbereichen

Wie die Untergliederung des Gesamtindex in die beiden Untergruppen „Finanzieller Sektor“ (Banken und Versicherungsgewerbe) und „Nichtfinanzieller Sektor“ erkennen läßt (siehe Tabelle 2), hat der Index „Nichtfinanzieller Sektor“ mit 7,0 % erheblich stärker zugenommen als der des „Finanziellen Sektors“ (+ 1,4 %), bei dem im Jahr 1985 der Indexanstieg (+ 109,0 %) doppelt so hoch war wie bei allen anderen börsennotierten Unternehmen des „Nichtfinanziellen Sektors“ (+ 56,7 %).

Innerhalb der „Verarbeitenden Industrie“ zeigt der Index der „Verbrauchsgüterindustrie“ eine weit überdurchschnittliche Zunahme um 41,1 %, die im Vorjahr (+ 25,0 %) gegenüber den anderen Bereichen erheblich zurückgeblieben war. Doch auch die Indexsteigerung der „Investitionsgüterindustrie“ (+ 9,0 %), die im Jahr 1985 mit 79,4 % besonders hoch war, und die der „Nahrungs- und Genußmittelindustrie“ (+ 7,1 %) lagen noch über dem Durchschnitt. Die Indexentwicklung dieser Bereiche und der Hauptwirtschaftsgruppen läßt sich aus den Tabellen 3 und 4 verfolgen (für das Berichtsjahr monatlich), der Jahresverlauf 1986 einzelner Indizes darunter auch aus Schaubild 2.

Von den einzelnen Wirtschaftsgruppen wiesen die „Kunststoff- und gummiverarbeitende Industrie“ (+ 93,2 %), „Zementindustrie“ (+ 67,6 %), „Holz-, Papier- und Druckereiindustrie“ (+ 53,8 %), „Warenhausunternehmen“ (+ 40,8 %), „Handel“ (ohne Warenhausunternehmen + 35,7 %) und „Hypothekenbanken“ (+ 33,8 %) eine besonders kräftige Indexzunahme im Verlauf des Jahres 1986 auf. Bei diesen Teilindizes, bei denen die Zuwachsraten im Jahr 1985 zumeist erheblich niedriger als beim Gesamtindex lagen, war im Berichtsjahr ein gewisser „Nachholbedarf“ vorhanden. Jedoch auch beim „Straßenfahrzeugbau“ war trotz der Spitzenposition im Vorjahr (+ 107,2 %) der Zuwachs im Jahr 1986 mit 15,1 % recht beachtlich.

Deutliche Indexrückgänge ergaben sich dagegen insbesondere bei den Indizes „Eisen- und Stahlindustrie“ (— 32,3 %), „Eisenbahnen, Straßenverkehr, Luftfahrt“ (— 21,6 %), „Schiffbau“ (— 19,5 %) und NE-Metallindustrie“ (— 16,5 %) sowie bei „Großbanken“ (— 12,1 %).

Die Untergliederung der börsennotierten Gesellschaften nach ihrer Stellung und Bedeutung am Aktienmarkt zeigt, daß die „Publikumsgesellschaften“ auch im Berichtsjahr

⁸⁾ Pressenotizen der Deutschen Bundesbank vom 22. April bis 20. Mai 1986 über „Tägliche Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post“

⁹⁾ Eine über dem langfristigen Trend des gleitenden 200-Tage-Durchschnitts liegende tägliche Indexkurve deutet auf eine optimistischere Beurteilung der momentanen Wirtschaftslage durch die Borsenteilnehmer, eine darunterliegende auf eine pessimistischere Beurteilung. Als ein Kaufsignal wird auch angesehen, wenn die Kurve des täglichen Index die Kurve des längerfristigen Trends nach oben, und als ein Verkaufssignal, wenn sie diese nach unten durchschneidet.

mit + 5,5 % einen höheren Anstieg aufwiesen als die „Nebenwerte“ (+ 2,3 %). Die Indexzunahme bei den 30 „Meistgehandelten Werten“ entspricht mit + 2,3 % dem Zuwachs der „Nebenwerte“.

Vom Höchststand des Gesamtindex im April und von dem Tiefststand im Juli wichen insbesondere die Teilindizes ab, die im Index „Verbrauchsgüterindustrie“ zusammengefaßt sind. Die Höhepunkte dieser Indizes lagen gegen Jahresende, nach Tiefstständen in den ersten Januarta- gen. Die aus Tabelle 2 ableitbare Schwankungsbreite zwi- schen den Höchst- und den Tiefstständen, die sich beim Gesamtindex auf 71,8 Indexpunkte belief, war bei den Wirtschaftsgruppen-Teilindizes „Eisenbahnen, Straßen- verkehr, Luftfahrt“ (230 Indexpunkte), „Kunststoff- und gummiverarbeitende Industrie“ (219), „Versicherungsge-

werbe“ (214), gefolgt vom „Straßenfahrzeugbau“ (145) und „Bauindustrie“ (138), außerordentlich kräftig.

Zahl und Kapital der börsennotierten Gesellschaften

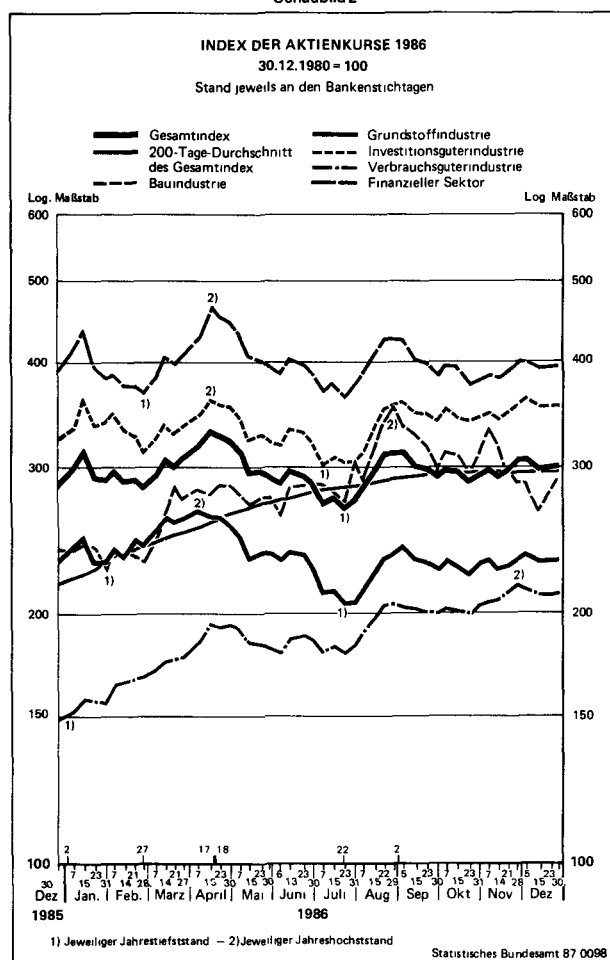
Die Zahl der Gesellschaften, deren Stammaktien an den deutschen Börsen im amtlichen Handel oder geregelten Freiverkehr notiert werden, war seit Mitte der fünfziger Jahre bis 1983 fast kontinuierlich zurückgegangen. Ge- genüber den über 680 Gesellschaften mit börsennotierten Stammaktien in den Jahren 1955 und 1956 war deren Anzahl 1983 mit 442 Gesellschaften nahezu um ein Drittel niedriger. Wie Tabelle 5 zeigt, ist seitdem die Zahl wieder gestiegen, im Jahr 1986 allein um 16 Gesellschaften. (Nach

Tabelle 2: Index der Aktienkurse
30. Dezember 1980 = 100

Wirtschaftsbereiche	1985						1986						Veränderung gegen Vorjah- resendstand in %
	Höchststand		Tiefststand		Jahresende	Hochststand		Tiefststand		Jahresende			
	Index	Datum	Index	Datum		Index	Datum	Index	Datum		Index	Datum	
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	140,7	4. 11	110,2	27. 3	134,1	168,4	22. 4.	132,4	22. 7	147,3		+ 9,8	
Energie- ¹⁾ und Wasserversorgung	142,0	4. 11	111,8	27. 3	136,0	173,0	22. 4	135,4	22. 7	151,5		+ 11,4	
Bergbau	129,8	16. 10	87,8	4. 1	112,6	125,8	21. 3.	92,8	8. 12	98,3		- 12,7	
Verarbeitende Industrie	269,2	30. 12	165,9	3. 1	269,2	308,7	17. 4	245,0	22. 7	285,0		+ 5,9	
Chemische Industrie	244,2	30. 12	162,8	4. 2	244,2	287,2	18. 4	216,8	22. 7	255,5		+ 4,6	
Großchemie	246,6	30. 12	162,0	5. 2	246,6	299,6	11. 3	221,6	4. 8	257,7		+ 4,5	
Sonstige chemische Industrie	241,5	30. 12	159,5	3. 1	241,5	274,8	22. 4	207,5	16. 7	253,1		+ 4,8	
Kunststoff- und gummiverarbeitende Industrie	229,0	17. 10	172,2	3. 1	216,8	439,4	28. 11	220,5	2. 1.	418,9		+ 93,2	
Zementindustrie	152,9	6. 9	128,5	1. 3	144,5	253,6	4. 12	136,7	3. 1	242,2		+ 67,6	
Industrie der Steine und Erden	279,5	23. 12	210,3	2. 1	275,8	321,8	3. 9	262,6	29. 7	305,6		+ 10,8	
Feinkeramische und Glasindustrie	116,5	3. 12	85,7	14. 1	110,9	140,4	1. 12	110,6	2. 1	138,7		+ 25,1	
Eisen- und Stahlindustrie	231,4	23. 12	122,8	3. 1	230,7	254,3	16. 1	155,3	22. 12	156,1		- 32,3	
NE-Metallindustrie	162,5	23. 10	119,4	3. 1	149,5	181,9	20. 1	112,0	22. 7	124,8		- 16,5	
Maschinenbau ²⁾	166,6	4. 11	111,1	14. 1	162,5	180,0	15. 1	142,3	22. 7	146,7		- 9,7	
Straßenfahrzeugbau	471,3	30. 12	229,2	3. 1	471,3	582,4	17. 4	437,4	27. 2	542,6		+ 15,1	
Schiffbau	132,9	29. 11	69,6	5. 2	130,4	155,0	17. 4	102,2	7. 7	105,0		- 19,5	
Elektrotechnische Industrie	301,0	27. 12	185,7	3. 1	300,7	328,6	11. 12	255,1	22. 7	324,1		+ 7,8	
Feinmechanische und optische Industrie	174,8	26. 11	121,5	16. 1	173,3	219,9	7. 5	173,7	13. 1	191,4		+ 10,4	
EBM-, Spiel- und Schmuckwarenindustrie	92,2	6. 11	74,2	1. 7	89,7	109,8	16. 4	84,2	22. 7	90,2		+ 0,6	
Holz-, Papier- und Druckereindustrie	192,6	8. 7	153,4	3. 1	174,8	284,4	29. 8	174,0	2. 1	268,9		+ 53,8	
Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie	142,6	30. 12	107,8	24. 1	142,6	181,3	18. 4	141,2	10. 1	165,2		+ 15,8	
dar Textil- und Bekleidungsindustrie	141,1	25. 11	107,9	16. 1	140,0	177,1	21. 4	138,2	10. 1	158,7		+ 13,4	
Brauereien	195,1	7. 10	166,7	7. 1	191,7	237,5	30. 4	192,5	2. 1	205,3		+ 7,1	
Ernährungsindustrie (ohne Brauereien)	156,5	7. 11	134,9	9. 5	149,0	173,8	31. 10	146,2	25. 2	159,9		+ 7,3	
Bauindustrie	254,5	4. 11	159,0	25. 2	237,6	361,9	2. 9	224,4	31. 1.	288,7		+ 21,5	
Industrie zusammen	247,9	30. 12	157,6	3. 1	247,9	285,6	17. 4.	228,2	22. 7.	264,0		+ 6,5	
dar. Grundstoffindustrie	232,0	30. 12	153,2	14. 1.	232,0	267,0	18. 4	202,1	22. 7	230,7		- 0,6	
Investitionsgüterindustrie	323,0	30. 12	181,5	3. 1	323,0	368,1	17. 4.	297,1	22. 7.	352,0		+ 9,0	
Verbrauchsgüterindustrie	150,1	18. 10	117,8	14. 1	148,1	214,7	28. 11	148,7	2. 1	209,0		+ 41,1	
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	183,2	7. 10	160,2	7. 1	180,5	219,7	30. 4	180,7	2. 1	193,4		+ 7,1	
Sonstige Wirtschaftsbereiche	366,7	30. 12	184,0	2. 1	366,7	441,4	17. 4	337,4	22. 7	376,3		+ 2,6	
Warenhausunternehmen	181,1	28. 11	112,4	11. 2	174,2	265,8	27. 11	174,3	2. 1	245,3		+ 40,8	
Handel (ohne Warenhausunternehmen)	283,0	30. 12	202,6	4. 2	283,0	404,0	24. 11	285,0	30. 1	383,9		+ 35,7	
Verkehr	284,1	19. 12	220,0	5. 2	281,3	363,5	12. 2	198,9	7. 7	225,4		- 19,9	
dar. Eisenbahnen, Straßenverkehr, Luftfahrt	345,2	18. 9	268,1	5. 2	340,8	460,0	12. 2	230,2	7. 7	266,6		- 21,8	
Schiffahrt	142,0	4. 11	80,7	16. 1	124,5	137,9	27. 1	98,0	23. 7	113,0		- 9,2	
Kreditbanken	287,0	30. 12	135,6	5. 2	287,0	312,6	17. 4	236,1	27. 2	271,8		- 5,3	
Großbanken	334,2	30. 12	137,2	4. 1	334,2	339,3	17. 4	257,9	27. 2	293,8		- 12,1	
Kreditbanken (ohne Großbanken)	212,1	30. 12	131,6	26. 2	212,1	272,8	17. 4	203,2	27. 2	239,1		+ 12,7	
Hypothekenbanken	157,5	30. 12	111,7	13. 3	157,5	249,2	17. 4	159,6	2. 1	210,8		+ 33,8	
Versicherungsgewerbe	629,0	30. 12	292,8	2. 1	629,0	804,3	14. 4	589,9	22. 7	655,1		+ 4,1	
Insgesamt	284,7	30. 12	165,8	3. 1	284,7	333,8	17. 4	262,0	22. 7	298,8		+ 5,0	
dar. Meistgehandelte Werte ³⁾	288,9	30. 12	162,8	4. 1	288,9	327,6	17. 4	255,2	22. 7	295,6		+ 2,3	
Publikumsgesellschaften ⁴⁾	287,8	30. 12	162,3	3. 1	287,8	338,4	17. 4	262,6	22. 7	303,6		+ 5,5	
Nebenwerte ⁵⁾	271,5	30. 12	180,0	2. 1	271,5	314,7	22. 4	260,2	22. 7	277,8		+ 2,3	
Volksaktien	258,6	30. 12	132,4	12. 2	258,6	323,5	17. 4	216,6	22. 7	245,6		- 5,0	
Finanzieller Sektor ⁶⁾	388,6	30. 12	187,4	2. 1	388,6	468,3	17. 4	355,6	27. 2	393,9		+ 1,4	
Nichtfinanzieller Sektor	246,3	30. 12	157,8	4. 1	246,3	284,0	17. 4	227,3	22. 7	263,6		+ 7,0	

1) Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung. — 2) Einschl. Büromaschinen sowie Stahl- und Leichtmetallbau. — 3) 30 Aktiengesellschaften mit Veröffentlichung der Umsätze. — 4) 94 (1986) große Aktiengesellschaften mit breitgestreuten Aktien. — 5) Börsennotierte Aktiengesellschaften, die nicht Publikumsgesellschaften sind. — 6) Kredit- und Hypothekenbanken sowie Versicherungsgewerbe.

Schaubild 2



Dividende und Rendite im Tabellenteil auf S. 24* nachgewiesen.) Die Zunahme im Jahr 1986 ergibt sich aus der Aufnahme der Börsennotierung von 22 Gesellschaften mit einem Grundkapital von 1734 Mill. DM und einem Stammaktienkapital von 1515 Mill. DM, andererseits durch das Ausscheiden von sechs Gesellschaften mit einem Grundkapital von 720 Mill. DM und einem Stammaktienkapital von 454 Mill. DM. Im Vorjahr hatte sich dagegen durch acht neu zugelassene Gesellschaften das Grundkapital um 462 Mill. DM und das Stammaktienkapital um 306 Mill. DM erhöht, andererseits durch sechs Abgänge um 552 Mill. DM bzw. 104 Mill. DM vermindert.

Die Höhe des Grundkapitals der börsennotierten Gesellschaften wird über die Zu- und Abgänge hinaus auch durch Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen verändert. Durch Kapitalerhöhungen in 118 Fällen nahm das Grundkapital im Berichtsjahr um 3 098 Mill. DM zu (1985: 2 741 Mill. DM); im einzelnen entfielen auf die folgenden Arten:

- 2 098 Mill. DM (54 Fälle) mit Bezugsrecht,
- 380 Mill. DM (15 Fälle) aus Gesellschaftsmitteln,
- 287 Mill. DM (20 Fälle) durch Ausübung von Optionsrechten,
- 162 Mill. DM (5 Fälle) ohne Bezugsrecht,
- 99 Mill. DM (6 Fälle) gegen Sacheinlagen,
- 71 Mill. DM (10 Fälle) Ausgabe von Belegschaftsaktien und
- 1 Mill. DM (8 Fälle) durch Umtausch von Wandelschuldverschreibungen.

Wirtschaftsbereichen sind die Anzahl der Gesellschaften und deren Kapital sowie die Durchschnittswerte von Kurs,

Diesen Kapitalerhöhungen steht eine Kapitalherabsetzung in Höhe von 12 Mill. DM gegenüber. Insgesamt hat

Tabelle 3: Index der Aktienkurse
30 Dezember 1980 = 100

Jahresende Monatsende	Wirtschaftsbereiche															
	Industrie										davon					
	zu- sammen	Energie- wirt- schaft, Wasser- versor- gung, Bergbau	Verarbeitende Industrie					Bau- indu- strie	Sonstige Wirt- schafts- bereiche	ins- gesamt	davon		darunter		davon	
			zu- sammen	Grund- stoff-	Investi- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-	Nah- rungs- und Genuß- mittel-				Publi- kums- gesell- schaften	Neben- werte	Meist- gehan- delte Werte	Volks- aktien	Finan- zieller Sektor	Nicht- finan- zieller Sektor
1974	81,6	65,5	84,6	87,5	80,6	81,0	129,8	66,7	78,3	80,5	81,9	71,1		54,9	74,9	83,2
1975	105,3	70,7	113,1	115,6	114,4	96,8	136,3	75,5	103,6	104,1	111,5	76,8		79,9	99,2	107,4
1976	98,9	72,3	104,8	112,5	98,2	83,5	116,5	66,7	93,3	97,3	103,3	74,0	109,7	81,4	86,1	101,1
1977	107,3	88,7	111,0	110,9	111,8	97,7	117,1	100,7	103,0	106,0	111,3	85,5	116,1	97,8	96,3	109,3
1978	114,6	96,2	118,3	116,7	120,7	112,6	113,8	109,3	113,3	114,2	117,1	102,9	121,2	121,8	107,8	116,5
1979	101,5	95,8	103,0	106,0	101,0	95,4	99,6	86,7	99,3	100,8	102,2	95,2	104,3	108,8	96,6	102,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	100,3	99,3	99,8	105,2	94,8	88,6	108,8	126,2	95,1	98,7	99,2	96,7	99,5	96,8	95,8	99,7
1982	111,6	110,4	110,4	106,1	113,0	105,3	131,2	165,3	114,4	112,4	111,6	115,9	110,4	105,2	115,7	111,3
1983	151,3	117,9	157,4	143,4	172,7	131,7	158,2	159,4	155,8	152,7	153,8	147,9	155,6	142,3	155,6	151,6
1984	156,9	111,3	165,3	154,3	180,0	118,5	160,8	165,0	182,7	164,8	161,6	178,7	162,5	138,5	185,9	157,2
1985	247,9	134,1	269,2	232,0	323,0	148,1	180,5	237,6	366,7	284,7	287,8	271,5	288,9	258,6	388,6	246,3
1986 Jan. . . .	253,4	140,0	275,0	229,1	336,5	154,8	196,7	224,4	361,0	286,7	289,9	273,2	287,0	255,1	379,5	252,4
Febr.	249,9	146,4	269,6	241,4	311,3	166,3	197,5	229,9	350,6	281,1	283,6	270,7	279,7	255,3	366,1	249,6
März	268,1	154,9	288,9	259,4	334,1	176,3	199,9	273,7	386,6	304,8	309,3	285,5	304,2	285,4	404,8	267,8
April	275,3	163,5	296,0	253,3	352,3	193,3	219,7	283,0	418,4	319,6	322,5	307,4	312,0	307,3	443,3	273,8
Mai	253,1	148,7	272,0	235,3	320,9	179,9	202,4	273,6	369,4	289,1	291,2	280,3	283,8	266,0	390,6	251,5
Juni	247,5	142,9	266,0	223,7	319,8	183,7	197,4	284,9	365,7	284,1	286,0	276,3	277,4	249,9	386,2	246,3
Juli	232,7	134,5	249,3	205,2	302,7	181,5	192,4	303,7	358,4	271,6	272,3	269,8	263,0	223,4	377,9	232,3
Aug.	266,4	146,5	286,6	234,0	352,0	203,2	202,4	351,1	402,3	308,5	311,0	298,1	301,1	256,4	423,1	266,1
Sept.	255,8	138,4	276,5	224,7	340,2	198,5	198,7	295,7	365,7	289,8	291,8	282,1	284,9	257,5	383,7	255,1
Okt.	259,8	144,5	279,9	229,0	342,9	202,7	196,5	310,6	363,3	291,8	294,3	281,5	288,2	252,6	378,9	259,6
Nov.	266,6	147,8	288,0	231,8	356,8	214,7	195,0	287,4	382,8	302,6	307,3	282,5	300,3	243,9	399,7	266,7
Dez.	264,0	147,3	285,0	230,7	352,0	209,0	193,4	288,7	376,3	298,8	303,6	277,8	295,6	245,6	393,9	263,6

Tabelle 4. Monatsdurchschnitte des Aktienindex nach Wirtschaftsbereichen
30. Dezember 1980 = 100

Monat Jahr		Wirtschaftsbereiche															
		Industrie								Sonstige Wirt- schafts- bereiche	ins- gesamt	davon		darunter		davon	
		zu- sammen	Energie- wirt- schaft, Wasser- versor- gung, Bergbau	Verarbeitende Industrie					Bau- indu- strie			Publi- kums- gesell- schaften	Neben- werte	Meist- gehan- delte Werte	Volks- aktien	Finan- zieller Sektor	Nicht- finan- zieller Sektor
				zu- sammen	Grund- stoff-	Investi- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-	Nah- rungs- und Genuß- mittel-									
1985	Juli	190,0	119,3	203,0	183,9	230,5	131,7	164,9	192,2	249,4	208,3	207,4	212,7	205,7	187,1	259,6	189,5
	Aug	192,6	122,1	205,1	184,0	284,8	130,8	167,3	216,1	246,9	209,3	208,0	215,4	207,6	192,4	255,9	192,3
	Sept	205,6	130,4	218,8	192,4	254,8	139,4	172,8	235,7	264,9	223,9	222,4	230,3	221,4	199,8	274,9	205,2
	Okt	221,6	138,3	236,5	212,2	272,0	147,9	179,9	243,7	291,1	243,0	242,7	244,5	241,5	211,7	304,1	220,6
	Nov	235,2	136,2	253,4	220,5	300,1	148,2	181,1	239,8	308,6	257,9	257,9	257,8	258,4	226,0	323,6	233,7
	Dez	235,9	133,4	254,8	223,3	300,5	148,0	178,8	236,8	331,2	265,3	265,5	264,8	265,8	236,1	348,4	234,7
1985 ¹⁾		193,1	121,9	206,2	186,1	234,7	133,6	169,1	198,7	245,4	209,2	207,4	216,9	206,6	178,3	255,0	192,4
1986	Jan	260,1	140,3	282,7	238,4	344,3	155,6	189,7	238,9	388,7	299,9	303,8	283,2	299,8	270,2	410,9	258,8
	Febr	256,4	146,6	277,2	238,6	330,9	163,8	197,8	233,7	358,0	287,9	291,0	274,8	288,6	262,6	374,4	255,8
	März	264,0	151,7	284,8	255,7	329,3	173,0	198,0	262,1	378,1	299,3	303,6	281,1	299,5	278,8	395,7	263,7
	April	277,2	160,5	298,9	261,0	351,8	188,6	213,1	279,0	421,0	321,7	325,8	304,4	315,8	307,7	445,0	276,1
	Mai	256,4	151,9	275,4	237,0	325,9	183,3	206,5	273,7	384,9	296,2	298,1	288,5	288,2	275,6	407,3	255,0
	Juni	252,2	146,6	271,2	231,4	323,2	182,9	199,3	278,0	369,7	288,6	291,2	278,1	283,6	262,2	390,9	250,8
	Juli	236,0	136,9	253,4	210,5	306,3	180,1	194,6	278,1	352,9	272,2	273,3	268,2	265,0	229,2	372,8	235,0
	Aug	254,5	143,7	273,4	223,5	334,8	196,1	199,4	322,6	388,5	296,0	298,4	286,2	288,4	248,3	408,9	254,2
	Sept	262,2	142,3	282,8	231,0	346,8	200,5	202,4	325,5	383,9	299,9	302,0	291,0	293,4	260,0	403,7	261,4
	Okt	258,0	141,6	278,3	225,9	342,7	200,3	197,3	306,9	367,8	292,0	293,7	285,1	286,5	255,3	384,6	257,7
	Nov	260,9	146,5	281,0	227,6	346,3	207,5	194,8	307,5	369,8	294,6	297,9	280,8	291,1	243,3	385,9	260,9
	Dez	265,1	146,1	286,8	231,6	354,8	210,3	193,0	276,4	377,8	300,0	304,8	279,3	297,8	243,3	395,0	264,8
1986 ¹⁾		258,6	146,2	278,8	234,4	336,4	186,8	198,8	281,9	378,4	295,7	298,6	283,4	291,5	261,4	397,9	257,9

¹⁾ Jahresdurchschnitt

sich damit das Grundkapital der Gesellschaften mit Stammaktien durch die Veränderungen in der Zahl der Gesellschaften sowie durch Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen um 4 099 Mill. DM oder 7,6 % auf 58 233 Mill. DM Ende 1986 erhöht (Zuwachs 1985: 2 585 Mill. DM).

Nachdem seit 1984 auch zunehmend Gesellschaften allein mit Vorzugsaktien an die Börse gingen, wurde in dem vergleichbaren Aufsatz im Vorjahr erstmals ein Überblick

über deren Kapital sowie über den Kurswert und den Durchschnittskurs der börsennotierten Vorzugsaktien gegeben ¹⁰⁾ Wie Tabelle 6 erkennen läßt, waren Ende 1986 insgesamt 60 Gesellschaften mit Vorzugsaktien an der

¹⁰⁾ Diese Ergebnisse sind seit Dezember 1985 auch in den monatlichen Berichten der Fachserie 9, Reihe 2 „Aktienmärkte“ unter den „Zusammenfassenden Übersichten“, Tabelle 3.3 nachgewiesen

Tabelle 5: Aktiengesellschaften mit börsennotierten Stammaktien
Kapital, Durchschnittskurs, durchschnittliche Dividende und Rendite der Aktien

Jahresende Monatsende	Alle Stammaktien							Darunter Stammaktien mit Dividende									
	Gesell- schaften	Grund- kapital	darunter börsen- notierte Stamm- aktien	Kurs¹)²)	Dividende¹)²)		Rendite¹)		Gesell- schaften	Grund- kapital	darunter börsen- notierte Stamm- aktien	Kurs¹)²)	Dividende¹)²)		Rendite¹)		
					mit	ohne	mit	ohne					mit	ohne	mit	ohne	
	Anzahl	Mill DM	DM	%	Anzahl	Mill DM	DM	%									
1970	550	26 698	358,76	15,74	4,39	480	29 303	361,08	15,95	4,42							
1971	533	31 229	385,05	15,32	3,98	452	30 192	390,13	15,84	4,06							
1972	505	32 755	29 771	425,32	13,08	3,08	428	30 606	27 620	444,84	14,00	3,15					
1973	496	34 303		348,70	12,78	3,92	422	32 010		363,70	13,91	3,82					
1974⁴)	479	36 729	32 249	314,99	13,73	4,36	397	34 734	30 409	325,76	14,57	4,47					
1975	471	39 177	34 553	388,98	13,67	3,52	372	34 923	31 283	403,27	15,10	3,75					
1976	469	40 551	35 724	352,59	12,77	3,62	357	35 707	31 104	378,88	14,67	3,87					
1977⁵)	465	42 019	36 280	376,18	14,11	3,75											
1977	465	42 019	36 280	376,18	15,28	13,87	4,06	3,69	375	38 840	33 293	394,60	16,65	15,12	4,22	3,83	
1978	459	43 075	37 334	406,85	19,07	12,20	4,69	3,00	354	38 365	32 950	438,60	21,61	13,83	4,93	3,13	
1979	458	44 500	38 592	356,24	19,38	12,40	5,44	3,48	345	39 537	34 023	386,55	21,99	14,07	5,69	3,64	
1980	459	45 592	39 417	356,43	21,41	13,70	6,01	3,84	360	41 826	35 967	377,87	23,46	15,02	6,21	3,97	
1981	456	47 239	40 798	345,88	20,16	12,90	5,83	3,73	356	40 871	35 504	372,37	23,17	14,83	6,22	3,98	
1982	450	48 827	42 196	388,35	18,99	12,15	4,89	3,13	340	41 934	36 506	420,43	21,94	14,04	5,22	3,34	
1983	442	49 840	42 993	525,01	17,56	11,24	3,34	2,14	321	41 173	35 767	564,70	21,11	13,51	3,74	2,39	
1984	449	51 549	44 330	556,52	20,11	12,87	3,61	2,31	338	43 384	37 009	614,14	24,09	15,42	3,92	2,51	
1985	451	54 133	47 130	931,06	22,97	14,70	2,47	1,58	351	47 173	41 622	1001,81	26,01	16,65	2,60	1,66	
1986																	
März	449	54 804	47 800	989,44	24,17	15,47	2,44	1,56	352	50 181	44 629	1026,23	25,89	16,57	2,52	1,61	
Juni	454	56 072	49 167	913,38	25,92	16,59	2,84	1,82	362	51 128	45 628	951,10	27,93	17,88	2,94	1,88	
Sept	457	57 228	49 970	923,75	25,95	16,61	2,81	1,80	360	51 899	46 035	965,52	28,16	18,03	2,92	1,87	
Dez	467	58 233	50 758	946,02	25,92	16,59	2,74	1,75	364	52 457	46 452	991,06	28,33	18,13	2,86	1,83	

¹⁾ Gewogenes arithmetisches Mittel der Stammaktien — ²⁾ Für ein Stück zu 100 DM — ³⁾ Gem. Körperschaftsteuergesetz vom 31.8.1976 (BGBl. I S. 2597) — ⁴⁾ Ab Dezember 1974 wird aufgrund methodischer Änderung für die Berechnung von börsennotierten Aktiengesellschaften nur der an den deutschen Wertpapierbörsen zugelassene Nominalwert der Stammaktien berücksichtigt — ⁵⁾ Nur Dividenden nach altem Körperschaftsteuerecht

Börse notiert, die ein Grundkapital von 9 698 Mill. DM ausweisen, darunter 2 739 Mill. DM in der Form von Vorzugsaktien. Davon haben 35 Gesellschaften mit einem Grundkapital von 7 206 Mill. DM ebenfalls börsennotierte Stammaktien; sie sind daher nach Zahl und Grundkapital bereits unter dem Regelnachweis der börsennotierten Stammaktien erfaßt. 25 Gesellschaften mit einem Grundkapital von 2 492 Mill. DM sind dagegen nur mit Vorzugsaktien an der Börse vertreten. Diese Zahlen ergeben sich aus den Vorjahresendständen (21 Gesellschaften mit 2 186 Mill. DM Grundkapital), durch einen Börsenzugang von acht Gesellschaften mit einem Grundkapital von 450 Mill. DM, einem Abgang von vier Gesellschaften mit einem Grundkapital von 259 Mill. DM sowie von Kapitalerhöhungen in fünf Fällen von 115 Mill. DM.

Für alle börsennotierten Gesellschaften (Stamm- und Vorzugsaktien) ergab sich damit Ende 1986 eine Zahl von 492 Gesellschaften mit einem Grundkapital von 60 725 Mill. DM (+ 4 406 Mill. DM oder 7,8 % gegenüber Ende 1985). Das börsennotierte Stammaktienkapital belief sich auf 50 758 Mill. DM (+ 3 628 Mill. DM oder + 7,7 %) und das börsennotierte Vorzugsaktienkapital auf 2 739 Mill. DM (+ 434 Mill. DM oder + 18,8 %).

Durchschnittswerte von Kurs und Dividende

Die Nachweisungen über die Kurse, Dividenden und Dividendenrenditen geben die Durchschnitte dieser Werte aller Gesellschaften mit börsennotierten Stammaktien am jeweiligen Stichtag wieder. Sie sind damit unbereinigte Größen, in die — anders als beim Aktienindex — nicht nur die Veränderungen der betrachteten Merkmale eingehen, sondern auch Veränderungen in der Zahl der Gesellschaften sowie in der Höhe des Kapitals.

Wie Tabelle 5 erkennen läßt, belief sich der gewogene Kursdurchschnitt aller börsennotierten Stammaktien Ende 1986 auf 946,02 DM für ein Stück jeweils zu 100,- DM gegenüber 931,06 DM Ende 1985. Für die „Publikums-gesellschaften“ bestimmte sich der Durchschnittskurs auf 930,85 DM und für die „Nebenwerte“ auf 1 010,88 DM. Der gesamte Kurswert der börsennotierten Stammaktien, der sich durch die Bewertung des Nominalwertes des Stammaktienkapitals zum Durchschnittskurs ergibt, übertraf Ende 1986 mit 480,18 Mrd. DM den Vorjahresendstand (438,81 Mrd. DM) um 41 369 Mill. DM oder 9,4 %.

Der Durchschnittskurs der börsennotierten Vorzugsaktien von 60 Gesellschaften (siehe Tabelle 6) betrug Ende 1986 727,74 DM je 100-DM-Aktie gegenüber 585,37 DM Ende 1985. Der Kurswert dieser Vorzugsaktien, der zum Vorjahresende 13 495 Mill. DM betragen hatte, erhöhte sich um 6 436 Mill. DM oder 47,7 % auf 19 931 Mill. DM.

Der ebenfalls in Tabelle 5 mitnachgewiesene durchschnittliche Dividendensatz lag auch Ende des Berichtsjahres deutlich höher (+ 12,8 %) als am Vorjahresende. Als Ergebnis der 467 Dividendenerklärungen, von denen 464 im Jahr 1986 abgegeben wurden (darunter 22 bereits für das Geschäftsjahr 1986), ergab sich Ende Dezember 1986 ein durchschnittlicher Dividendensatz einschließlich Steuer-

Tabelle 6: Aktiengesellschaften mit börsennotierten Vorzugsaktien

Jahresende Monatsende	Gesellschaften		Grundkapital		Börsennotierte Vorzugsaktien		
	insge- samt ¹⁾	darunter mit nur börsen- notierten Vorzugs- aktien	insge- samt ¹⁾	darunter von Ge- sell- schaften mit nur börsen- notierten Vorzugs- aktien ²⁾	Kapital	Kurswert	Durch- schnitts- kurs je 100-DM- Stück
Anzahl		Mill. DM			DM		
1980	29	5	5 515	690	1 558	4 678	300,29
1981	30	6	5 567	702	1 573	4 720	299,98
1982	31	6	5 763	702	1 647	5 174	314,21
1983	33	8	6 356	820	1 850	6 243	337,54
1984	43	15	7 133	1 351	2 171	9 415	433,66
1985	48	21	7 497	2 186	2 305	13 495	585,37
1986 März	50	22	7 692	2 310	2 404	15 548	646,87
1986 Juni	51	24	7 527	2 483	2 288	13 971	610,77
1986 Sept	53	25	9 332	2 518	2 314	15 418	666,45
1986 Dez	60	25	9 698	2 492	2 739	19 931	727,74

1) Hiern sind auch die Gesellschaften mit enthalten, deren Stammaktien an der Börse zugelassen sind, d. h. auch die Gesellschaften, deren Zahl und Grundkapital bei den börsennotierten Gesellschaften mit Stammaktien erfaßt werden (siehe Tabelle 5) –
2) Im Grundkapital der Gesellschaften, bei denen die börsennotierten Aktien nur Vorzugsaktien und keine Stammaktien sind, sind auch die nichtbörsennotierten Stammaktien enthalten.

gutschrift¹¹⁾ von 25,92 DM für ein Stück zu 100 DM und ohne Steuergutschrift von 16,59 DM. Dabei sind von den 464 im Jahr 1986 abgegebenen Dividendenerklärungen 282 (60,8 %) unverändert geblieben (darunter 86 ohne Dividende), 133 (28,7 %) wiesen eine höhere Dividende aus (darunter 27 zuvor dividendenlose Gesellschaften) und 49 (10,6 %) eine niedrigere Dividende (darunter 16 nunmehr ohne Dividende).

Auf die Dividendenrendite, die sich aus dem Verhältnis von Durchschnittsdividende zum Durchschnittskurs bestimmt, hat sich die höhere Dividende bei dem weniger stark gestiegenen Kursniveau merklich ausgewirkt. Die Dividendenrendite mit Steuergutschrift belief sich Ende 1986 auf 2,74 % gegenüber 2,47 % Ende 1985 und ohne Steuergutschrift auf 1,75 % gegenüber 1,58 %.

Dipl.-Volkswirt Wolfram Jung

11) Von den Unternehmen werden auf den ausgeschütteten Gewinn 36 % Körperschaftsteuer gezahlt, die der inländische Aktionär bei seiner persönlichen Einkommensteuer gutgeschrieben bekommt (sie macht 56,25 % der Bardividende aus)

Meldepflichtige Krankheiten 1985

Vorbemerkung

Die Zahl der Erkrankungen an ansteckenden Krankheiten geht in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren zurück. Wegen der potentiellen Gefährdung der Bevölkerung durch diese Krankheiten muß jedoch ihre epidemiologische Entwicklung weiterhin beobachtet werden. Um beim verstärkten Auftreten von Infektionskrankheiten rechtzeitig Vorkehrungen gegen eine weitere Ausbreitung treffen zu können, besteht für die im Bundes-Seuchengesetz¹⁾ genannten Krankheiten eine Pflicht zur Meldung an das Gesundheitsamt. Meldepflichtig sind die Ärzte außerhalb und innerhalb von Einrichtungen sowie andere mit der Behandlung oder Pflege betraute Personen. Bei einigen als besonders gefährlich anzusehenden Krankheiten, wie Cholera, Fleckfieber, Lepra, Milzbrand und Tollwut, ist bereits der Verdachtsfall meldepflichtig; bei den anderen Krankheiten die Erkrankung sowie der Tod. Im Fall von Virusgrippe, Keuchhusten, Masern, Puerperalfieber und Scharlach beschränkt sich die Meldepflicht auf die durch diese Krankheiten verursachten Sterbefälle.

Zu melden sind auch Personen, die Choleravibrionen sowie Erreger von Salmonellen und Shigellenruhr ausscheiden, unabhängig davon, ob sie selbst krank sind.

Über die an die Gesundheitsämter gemeldeten Erkrankten und Ausbrüche werden vierteljährliche, bei Tuberkulose und Salmonellenausscheidung jährliche Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt, deren Rechtsgrundlage § 5a des Bundes-Seuchengesetzes bildet. In der Neufassung dieser Bestimmung durch das 2. Statistikbereinigungsgesetz ist klargestellt worden, daß jeweils Angaben über das Alter und Geschlecht der Erkrankten und bei der Tuberkulose zusätzlich über Ausländer und die Art der Erkrankung (Diagnose) zu machen sind.

Zu den übertragbaren Krankheiten zählen neben den bereits erwähnten auch die Geschlechtskrankheiten. Die Vorschriften über ihre Bekämpfung und über die Meldung der erkrankten Personen an das Gesundheitsamt sind in dem „Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ geregelt. In § 11a dieses Gesetzes wird eine jährliche Bundesstatistik über die ansteckungsfähigen Geschlechtskrankheiten, ebenfalls nach Alter und Geschlecht der Erkrankten und Art der Erkrankung gegliedert, angeordnet²⁾.

Die bei den Gesundheitsämtern vorliegenden Meldungen der Ärzte werden über die Obersten Gesundheitsbehörden der Länder in bereits aggregierter Form an die Statistischen Landesämter weitergeleitet. Das Statistische Bundesamt erhält von den Statistischen Landesämtern vierteljährliche und jährliche Länderergebnisse, aus denen es Bundesergebnisse zusammenstellt.

Im folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der Statistik der meldepflichtigen Krankheiten für das Berichtsjahr 1985 dargestellt; dabei werden auch einige Vergleichszahlen aus früheren Jahren einbezogen³⁾.

Der Aussagewert der Ergebnisse aus den Statistiken über die meldepflichtigen Krankheiten wird insbesondere bei den Geschlechtskrankheiten dadurch beeinträchtigt, daß vermutlich nicht alle Erkrankungsfälle gemeldet werden, sei es, weil die Ärzte diese Krankheiten wegen der heute bestehenden Möglichkeit einer raschen Bekämpfung durch Chemotherapie und Antibiotika für weniger schwerwiegend ansehen, sei es, daß sie — bei ungesicherter Diagnose — eine Meldung nicht für gerechtfertigt halten. Die Größenordnung der bestehenden Dunkelziffer ist zwar nicht bekannt, jedoch sind die zur Verfügung stehenden statistischen Angaben ein hinreichend brauchbarer Maßstab zur Verdeutlichung der Entwicklung. Es ist zu berücksichtigen, daß in den genannten Statistiken nur die Zugänge (Inzidenzen), nicht jedoch die Bestände (Prävalenzen) erfaßt werden.

Infektiöse Darmentzündung häufigste meldepflichtige Krankheit

Für das Jahr 1985 wurden den Gesundheitsämtern 85 717 Fälle von Erkrankungen an einer der nach dem Bundes-Seuchengesetz meldepflichtigen Krankheiten mitgeteilt. In der Statistik der Geschlechtskrankheiten wurden 40 968 Erkrankungsfälle registriert. Die nach dem Bundes-Seuchengesetz gemeldeten Erkrankungen konzentrieren sich ganz überwiegend — zu 98 % — auf fünf Krankheiten: Enteritis infectiosa (infektiöse Darmentzündung), Tuberkulose, Virushepatitis, Meningitis/Encephalitis (übertragbare Hirnhaut- und Gehirnentzündung) und Shigellenruhr.

Die am häufigsten gemeldete Infektionskrankheit war auch 1985 mit 46 256 Erkrankungsfällen die *Enteritis infectiosa*, auf die 54 % aller gemeldeten Erkrankungen entfielen. In zwei Drittel der Fälle wurde die Enteritis durch Salmonellen hervorgerufen. Bei der Enteritis infectiosa handelt es sich um eine Infektion des Darmes, häufig des Dünndarmes, die eine Magenschleimhautentzündung hervorruft und mit Fieber, Erbrechen und Durchfällen einhergeht. Die eine Salmonellose verursachenden Salmonellen werden meist durch Nahrungsmittel, wie unzureichend erhitztes Geflügel, selbstzubereitete Mayonnaise, nicht durchgebratenes Fleisch oder Milchpulver übertragen. Die Zahl der Enteritiserkrankungen hatte sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl seit dem

¹⁾ Bundes-Seuchengesetz — BSeuchG — in der Fassung vom 18. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2262), geändert durch Artikel 10 des Zweiten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (2. Statistisches Bereinigungsgesetz — 2. StatBerG) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).

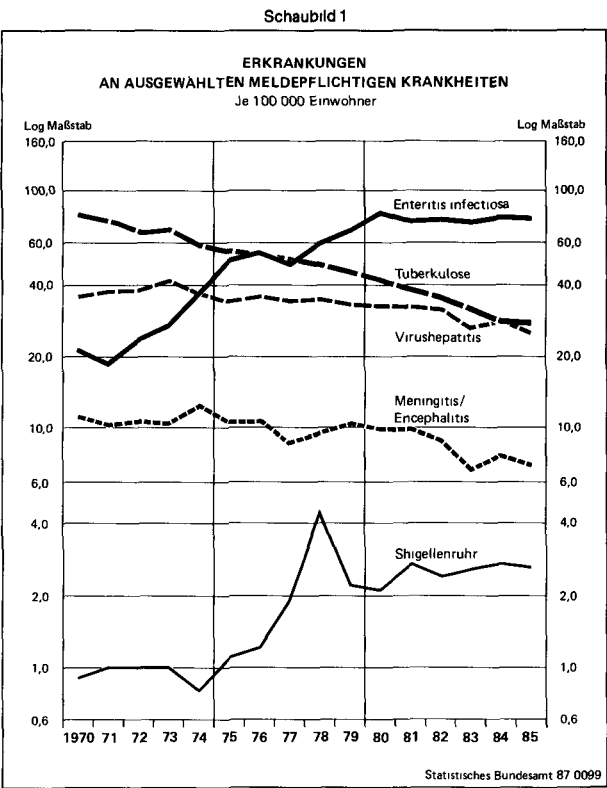
²⁾ Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1351), geändert durch Artikel 11 des Zweiten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (2. Statistisches Bereinigungsgesetz — 2. StatBerG) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).

³⁾ Eine ausführliche Darstellung der an Tuberkulose Erkrankten für das Berichtsjahr 1984 erfolgte in WiSta 2/1986. Tiefer gegliederte Angaben für alle meldepflichtigen Krankheiten sind in der Fachserie 12, Reihe 2 veröffentlicht.

letzten Kriege stark zugenommen. Seit ihrem Höchststand im Jahr 1980 mit 49 400 Fällen bewegt sich die Zahl der jährlichen Meldungen zwischen 45 000 und 47 000 mit Erkrankungsziffern zwischen 73 und 77 je 100 000 Einwohner. Für Erkrankungen an Salmonellose und an übrigen Formen der Enteritis sind Kinder im Alter unter 15 Jahren besonders anfällig; auf diese Personengruppe entfielen 1985 39 % aller Erkrankungen an Darminfektionen. Die höchsten Erkrankungsziffern ergaben sich für Säuglinge mit 826 Erkrankungen je 100 000 Neugeborene. Mit zunehmendem Alter der Erkrankten gehen die Erkrankungsziffern zurück. Bei Personen ab dem 65. Lebensjahr liegen sie bei 29. Die Erkrankungen erreichen regelmäßig in den Monaten Juli bis September ihr jährliches Maximum; am niedrigsten sind sie in den Wintermonaten.

An aktiver Tuberkulose erkrankten 1985 insgesamt 16 973 Personen; diese Zahl umfaßt neben den Erst- auch die Wiedererkrankten. Am häufigsten wurden Erkrankungen an Tuberkulose der Atmungsorgane gemeldet (14 700 Fälle). Seit Jahren sind die Tuberkuloseerkrankungen, vor allem infolge der Verbesserung der Lebensverhältnisse, rückläufig. Ausländer weisen wegen des höheren Durchseuchungsgrades in ihren Herkunftsländern eine doppelt so hohe Erkrankungsziffer wie die deutsche Bevölkerung auf. Die Anfälligkeit für Tuberkulose erhöht sich mit zunehmendem Alter. Während die Erkrankungsziffern bei den Männern bereits ab dem 20. Lebensjahr steigen, ist dies bei den Frauen erst ab dem 60. Lebensjahr der Fall.

15 153 Meldungen betrafen Erkrankungen an Virushepatitis, einer durch Viren verursachten Leberentzündung. Wichtigstes Symptom dieser sporadisch oder epidemisch auftretenden Allgemeinerkrankung sind Beschwerden des Magen- und Darmtraktes sowie grippale und rheumatoide Beschwerden. Die Virushepatitis ist häufig mit einer zwei bis sechs Wochen dauernden Gelbsucht verbunden. Nach dem Erregertyp wird zwischen Hepatitis A und B sowie „nichtbestimmbaren und übrigen Formen“ der Virushepatitis unterschieden. Während die Hepatitis A durch orale Aufnahme des Erregers übertragen wird, erfolgt die Infektion bei der Hepatitis B über das Blut, zum

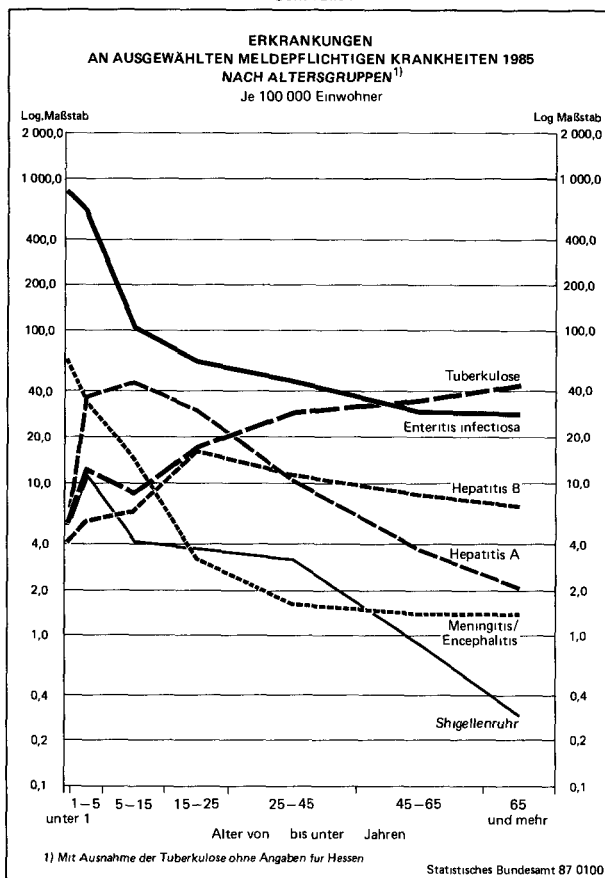


Beispiel durch Transfusion oder Injektion. Unter dieser Hepatitisform leiden deshalb bekanntlich Drogensüchtige besonders häufig. An Hepatitis A erkrankten 1985 7 300 und an Hepatitis B 6 211 Personen; weitere 1 642 Erkrankungsfälle entfielen auf die nicht näher bestimmbaren und übrigen Formen der Virushepatitis. Seit 1973 ist die Zahl der Virushepatitiserkrankungen rückläufig; die Erkrankungsziffer sank von 42 auf 25 im Jahr 1985. Dies entspricht einem Rückgang von über 40 %. Die Virushepatitis befällt vor allem Menschen in jüngeren und mittleren Lebensjahren. Abhängig von der jeweiligen Hepatitisform liegt das Maximum der Erkrankungshäufigkeit jedoch in unterschiedlichen Altersjahren. Während die Erkrankungsziffern bei der Hepatitis A 1985 bereits bei den unter

Tabelle 1: Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen Krankheiten

Krankheiten	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Anzahl								
Gemeldete Erkrankungen insgesamt	121 829	134 896	104 570	98 134	96 500	87 904	89 052	85 717
darunter:								
Enteritis infectiosa	12 847	31 262	49 400	45 545	46 370	45 056	47 014	46 256
Tuberkulose	48 262	34 070	25 924	23 358	21 727	19 587	17 137	16 973
Virushepatitis	21 770	20 942	20 011	19 813	19 369	15 970	17 137	15 153
Meningitis/Encephalitis	6 787	6 498	6 120	6 066	5 484	4 105	4 716	4 254
Shigellenruhr	542	697	1 272	1 693	1 466	1 611	1 637	1 599
Malaria	64	180	572	399	496	435	470	527
Typhus abdominalis	477	252	352	287	231	212	205	227
Paratyphus A, B und C	540	248	212	191	196	165	134	167
auf 100 000 Einwohner								
Gemeldete Erkrankungen insgesamt	200,9	218,2	169,9	159,1	156,6	147,5	145,6	140,5
darunter:								
Enteritis infectiosa	21,2	50,6	80,2	73,8	75,2	73,4	76,9	75,8
Tuberkulose	79,6	55,1	42,1	37,9	35,2	31,9	28,0	27,8
Virushepatitis	35,9	33,9	32,5	32,1	31,4	26,0	28,0	24,8
Meningitis/Encephalitis	11,2	10,5	9,9	9,8	8,9	6,7	7,7	7,0
Shigellenruhr	0,9	1,1	2,1	2,7	2,4	2,6	2,7	2,6
Malaria	0,1	0,3	0,9	0,6	0,8	0,7	0,8	0,9
Typhus abdominalis	0,8	0,4	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,4
Paratyphus A, B und C	0,9	0,4	0,3	0,5	0,3	0,3	0,2	0,3

Schaubild 2



15jährigen Kindern ihren Höhepunkt erreichten, erkrankten an Hepatitis B Personen im Alter zwischen 25 und 45 Jahren am häufigsten. Der Erkrankungsgipfel liegt bei den Hepatitis-erkrankungen jährlich im Herbst.

4 254 Meldungen entfielen auf Erkrankungen an Meningitis/Encephalitis. Infektiöse Erkrankungen der Hirnhaut und des Gehirns, die häufig kombiniert auftreten, werden sowohl durch Viren als auch durch Bakterien hervorgerufen. In der Statistik wird zwischen Erkrankungen an Meningokokken-Meningitis, anderen bakteriellen Meningitiden, Virus-Meningoencephalitis (Hirnhaut- und Gehirnentzündung) sowie an übrigen Formen der Meningoencephalitis unterschieden. Während bei der eitrigen Meningokokken-Meningitis die Erreger durch Tröpfcheninfektion übertragen werden, erfolgt die Infektion bei der Virus-Meningoencephalitis vor allem durch Zeckenbisse. Diese Krankheit wird wegen der Häufung in den Sommermonaten auch als Frühsommermeningoencephalitis bezeichnet. Auf Meningokokken-Meningitis entfielen 1985 725 und auf andere bakterielle Meningitiden 1 257 Meldungen; Erkrankungen an Virus-Meningoencephalitis wurden mit 772 Fällen und an übrigen Formen der Meningoencephalitis mit 1 500 Fällen gemeldet. Die höchste Zahl der Erkrankungen an allen Formen der Meningitis und Encephalitis zusammen wurde 1974 mit 7 700 Fällen registriert. Seitdem sind die Erkrankungszahlen rückläufig. Auch von den Erkrankungen an Hirnhaut- und Gehirnentzündung sind Kinder am häufigsten betroffen; 1985 entfielen auf sie sieben Zehntel aller gemeldeten Fälle.

An Shigellenruhr, auch bakterielle Ruhr genannt, einer durch Shigellenbakterien hervorgerufenen Dickdarmerkrankung, erkrankten 1985 1 599 Personen. Seit 1979 bewegt sich die Zahl der jährlichen Erkrankungen zwischen 1 300 und 1 700. Die höchste Erkrankungsziffer wurde 1985 bei Kindern im Alter zwischen einem und fünf Jahren mit elf Erkrankungen je 100 000 Kinder gleichen Alters registriert. Kaum gefährdet waren dagegen Erwachsene ab dem 45. Lebensjahr. Die Erkrankungsziffern erreichen bei der Shigellenruhr im dritten Jahresquartal ihr Maximum; die wenigsten Erkrankungen werden für das erste und zweite Vierteljahr gemeldet.

Auf Erkrankungen an den übrigen statistisch erfaßten meldepflichtigen Krankheiten entfielen 1985 rund 1 500 Meldungen. Unter ihnen sind vor allem Malariaerkrankungen mit 527 Fällen (Ersterkrankungen und Rückfälle) zu nennen. Malaria ist vor allem in Ländern mit feuchtheißem Klima verbreitet. Sie wird durch Bakterien verursacht, die durch den Stich von Anophelesmücken übertragen werden, und äußert sich durch meist regelmäßig, aber auch aperiodisch auftretende Fieberanfälle. Malariaerkrankungen haben durch den Ferntourismus in den letzten Jahren wieder zugenommen. Über die Hälfte der 1985 als erkrankt gemeldeten Personen waren im Alter zwischen 25 und 45 Jahren.

An Typhus abdominalis (Bauchtyphus) erkrankten 227 Personen. Die Zahl der Erkrankungen an dieser mit Fieber und Durchfällen verbundenen Krankheit, die durch verunreinigte Nahrung und Trinkwasser übertragen wird, ist rückläufig.

Ähnliche Symptome wie der Typhus abdominalis weist der Paratyphus auf, der jedoch meist einen leichteren Verlauf zeigt. An Paratyphus der Formen A, B und C erkrankten 1985 167 Personen. Auch bei dieser Krankheit geht die Zahl der gemeldeten Fälle seit längerer Zeit zurück.

Ornithose, eine von Vögeln übertragene, fieberhafte, grippeartige Allgemeinerkrankung trat 1985 in 161 Fällen auf.

Außerdem wurden noch einige weitere, seltener auftretende übertragbare Krankheiten gemeldet, so Gasbrand mit 100, angeborene Toxoplasmose mit 64, Q-Fieber mit 62, Brucellose mit 35, angeborene Listeriose mit 31 und Botulismus mit 26 Fällen⁴⁾. Für Cholera, Milzbrand, Pest, Pocken, virusbedingtes hämorrhagisches Fieber, Gelbfieber und Rotz wurden überhaupt keine Erkrankungsfälle gemeldet.

Bei einigen Krankheiten sind regionale Unterschiede hinsichtlich der Erkrankungshäufigkeit festzustellen. So trat Enteritis infectiosa 1985 am zahlreichsten in Rheinland-Pfalz mit 118 Erkrankungen je 100 000 Einwohner auf; es folgten Nordrhein-Westfalen mit 90, Niedersachsen mit 89 und Hamburg mit 76 Erkrankungen je 100 000 Einwohner. Die niedrigste Erkrankungsziffer wurde für Berlin (West) mit 40 registriert. Erkrankungen an Virushepatitis kamen

⁴⁾ Auf die Darstellung der Erkrankungsfälle an weiteren meldepflichtigen Krankheiten mit geringeren Fallzahlen wurde verzichtet.

am häufigsten in den Stadtstaaten vor, vor allem in Berlin (West) mit einer Erkrankungsziffer von 59 je 100 000 Einwohner bei einem Bundesdurchschnitt von 25. In Hamburg entfielen 43 und in Bremen 31 Erkrankungen auf 100 000 Einwohner. Bei der Virushepatitis A war die Erkrankungsziffer in Berlin (West) mit 35 beinahe dreimal so hoch und bei der Virushepatitis B mit 20 doppelt so hoch wie für das Bundesgebiet (12 bzw. 10).

Die Zugänge an Tuberkuloseerkrankungen waren in Berlin (West) — vor allem bedingt durch den höheren Anteil älterer Menschen und den hohen Ausländeranteil — mit

Tabelle 2: Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen Krankheiten 1985 nach Bundesländern

Land	Enteritis infectiosa	Tuber- kulose	Virus- hepatitis	Meningitis/ Encephalitis
Anzahl				
Schleswig-Holstein	1 585	672	460	180
Hamburg	1 204	578	675	130
Niedersachsen	6 398	1 291	1 361	469
Bremen	490	217	207	43
Nordrhein-Westfalen	14 973	4 382	4 841	1 197
Hessen	2 845	1 483	1 381	323
Rheinland-Pfalz	4 253	838	707	287
Baden-Württemberg	6 134	2 186	2 174	421
Bayern	6 936	3 951	2 076	928
Saarland	707	279	175	45
Berlin (West)	731	1 096	1 096	231
Bundesgebiet	46 256	16 973	15 153	4 254
auf 100 000 Einwohner				
Schleswig-Holstein	60,6	25,7	17,6	6,9
Hamburg	75,9	36,4	42,5	8,2
Niedersachsen	88,8	17,9	18,9	6,5
Bremen	73,9	32,7	31,2	6,5
Nordrhein-Westfalen	89,7	26,3	29,0	7,2
Hessen	51,4	26,8	25,0	5,8
Rheinland-Pfalz	117,5	23,2	19,5	7,9
Baden-Württemberg	66,3	23,6	23,5	4,5
Bayern	63,3	36,0	18,9	8,5
Saarland	67,4	26,6	16,7	4,3
Berlin (West)	39,5	59,2	59,2	12,5
Bundesgebiet	75,8	27,8	24,8	7,0

59 Erkrankungen je 100 000 Einwohner ebenfalls am häufigsten. Deutlich über dem Bundesdurchschnitt (28) waren die Erkrankungsziffern auch in Hamburg (36) und Bremen (33).

Die Zahl der Bazillenausscheider ist seit Jahrzehnten rückläufig; 1985 gab es im Bundesgebiet (ohne Hessen) noch 2 276 als Ausscheider registrierte Personen; die Hälfte davon waren Ausscheider von Typhus-abdominalis-Bazillen (1 132 Personen). 1 064 Personen wurden als Ausscheider von Paratyphus-Bazillen gemeldet und 80 Personen als Ausscheider der Erreger von Shigel-lenruhr.

Bei einem Teil der Bazillenausscheider kann es sich um Personen handeln, die bereits zu einer Zeit als erkrankt gemeldet wurden, als die Erkrankungszahlen noch wesentlich höher lagen als heute. Die Zahl der gemeldeten Bazillenausscheider läßt sich daher nicht zu der Zahl der gemeldeten Erkrankungsfälle des gleichen Jahres in Beziehung setzen.

41 000 Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten

In der Statistik der Geschlechtskrankheiten werden folgende Krankheiten nachgewiesen: Syphilis (Lues), Tripper (Gonorrhoe), Weicher Schanker (Ulcus molle), Venerische Lymphknotenentzündung (Lymphogranulomatose).

Für 1985 wurden den Gesundheitsämtern 40 968 Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten gemeldet, das waren 5 700 Fälle oder 12 % weniger als 1984.

36 710 Meldungen oder neun Zehntel der Gesamtzahl betrafen Erkrankungen an Tripper, einer Schleimhautinfektion der Harn- und Geschlechtsorgane. Zweithäufigste Geschlechtskrankheit war 1985 wie in den Vorjahren mit rund 4 000 Erkrankungsfällen die Syphilis, die ohne Behandlung mehrere Jahre nach der Erstinfektion zur fortschreitenden Gehirnparalyse führen kann. Auf die übrigen meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten entfielen 1985 nur 267 Meldungen; davon betrafen 103 Weichen Schanker und 17 Venerische Lymphknotenentzündung. In 147 Fällen wurden Mehrfachinfektionen registriert. 28 000 oder zwei Drittel der als erkrankt gemeldeten Personen waren Männer.

Tabelle 3: Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten

Jahr	Insgesamt			Darunter					
				Tripper			Syphilis		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Anzahl									
1971 ¹⁾	81 884	58 762	23 122	75 855	54 552	21 303	5665	3954	1711
1975	77 511	56 573	20 938	70 964	51 855	19 109	6206	4477	1729
1980	57 786	41 813	15 973	50 118	36 352	13 766	7325	5181	2144
1981	54 896	39 921	14 975	49 014	35 558	13 456	5502	4054	1448
1982	52 481	37 871	14 610	47 160	33 871	13 289	5022	3756	1266
1983	49 813	35 455	14 358	44 539	31 504	13 035	4938	3678	1260
1984	46 645	32 835	13 810	42 045	29 374	12 671	4250	3185	1065
1985	40 968	27 937	13 031	36 710	24 873	11 837	3991	2869	1122
auf 100 000 Einwohner									
1971 ¹⁾	133,6	200,8	72,2	123,7	186,4	66,5	9,2	13,5	5,3
1975	125,4	191,8	64,8	114,8	175,8	59,1	10,0	15,2	5,3
1980	93,9	142,1	49,7	81,4	123,6	42,8	11,9	17,6	6,7
1981	89,0	135,3	46,5	79,5	120,5	41,8	8,9	13,7	4,5
1982	85,1	128,5	45,4	76,5	114,9	41,3	8,1	12,7	3,9
1983	81,1	120,7	44,8	72,5	107,3	40,7	8,0	12,5	3,9
1984	76,2	112,3	43,2	68,7	100,5	39,7	6,9	10,9	3,3
1985	67,1	95,7	40,9	60,2	85,2	37,2	6,5	9,8	3,5

1) Ab 1971 stehen erstmals Angaben für das gesamte Berichtsjahr zur Verfügung

Von den Erkrankten standen rund neun Zehntel im Alter zwischen 20 und 50 Jahren; 7 % waren jünger und 5 % älter oder unbekannten Alters. Bei den Trippererkrankungen wiesen Personen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren mit 207 und bei der Syphilis die 25- bis unter 30jährigen mit 17 Erkrankungen je 100 000 Einwohner die höchsten Ziffern auf, beim Tripper war sie mehr als dreimal und bei der Syphilis 2,6mal so hoch wie im Durchschnitt aller Altersgruppen (60,2 bzw. 6,5).

Die Statistik der Geschlechtskrankheiten zeigt seit geraumer Zeit eine rückläufige Entwicklung der insgesamt registrierten Erkrankungen. Diese zeigt sich am deutlichsten bei den Trippererkrankungen, deren Zahl allein im letzten Jahrzehnt von knapp 71 000 auf rund die Hälfte zurückging. Bei den Syphiliserkrankungen setzte allerdings ein Rückgang erst 1979 ein; seit 1978 (8 600 gemeldete Fälle) sank die Zahl der Syphiliserkrankungen auf weniger als die Hälfte.

Geschlechtskrankheiten werden in Großstädten stets besonders zahlreich registriert. Dies zeigt sich auch bei den Ergebnissen der Statistik für 1985: In Berlin (West) war die Erkrankungsziffer für Tripper mit 420 siebenmal so hoch wie im Bundesdurchschnitt (60 Erkrankungen). Auch in Hamburg (189) und Bremen (126) sowie in Hessen (112) — mit der Großstadt Frankfurt — lagen die Erkrankungsziffern deutlich über dem Durchschnitt. Die meisten Syphiliserkrankungen wurden in Hamburg mit einer Erkrankungsziffer von 39 festgestellt; es folgten Berlin (West) mit 26 und Bremen mit 18 Erkrankungen je 100 000 Einwohner. Im Bundesdurchschnitt betrug die Erkrankungsziffer an Syphilis 7.

Infektion bereits in früheren Jahren erfolgte. Es ist ferner anzunehmen, daß der Meldung des Sterbefalles nicht immer eine entsprechende Erkrankungsmeldung vorangegangen ist

1985 starben an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten insgesamt 2 081 Personen. In dieser Zahl sind auch die Sterbefälle an Krankheiten enthalten, deren Erkrankungsfälle — wie beim Scharlach und bei der Virusgrippe — nicht meldepflichtig sind. Von den Sterbefällen entfielen allein 1 000 auf Tuberkulose (ohne Spätfolgen), darunter waren 877 Sterbefälle an Tuberkulose der Atmungsorgane. Die bereits seit Jahren rückläufige Entwicklung der Tuberkulosesterblichkeit hat sich damit im Berichtsjahr fortgesetzt. An Virusgrippe (Influenza) starben 1985 682 Personen. In den „Grippejahren“ 1978 und 1983 hatte die Zahl der Sterbefälle durch Virusgrippe jeweils über 1 000 gelegen. Erkrankungen an Virushepatitis endeten für 205 Personen tödlich. Salmonelleninfektionen führten in 89 Fällen zum Tode. Geschlechtskrankheiten endeten in 56 Fällen mit dem Tode des Erkrankten, und an Malaria starben 1985 22 Personen.

Dr. Harald Schütz

Tabelle 4: Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten 1985
nach dem Alter
auf 100 000 Einwohner

Alter von bis unter Jahren	Insge- samt	Darunter					
		Tripper			Syphilis		
		zu- sammen	männ- lich	weib- lich	zu- sammen	männ- lich	weib- lich
0 — 10	1,5	1,3	1,9	0,8	0,1	0,1	0,2
10 — 15	0,6	0,6	0,3	0,9	0,03	—	0,1
15 — 20	58,6	55,1	55,7	54,6	3,2	3,4	3,1
20 — 25	222,2	207,3	241,9	170,5	14,1	17,5	10,4
25 — 30	195,9	178,2	228,6	124,3	16,7	22,7	10,3
30 — 40	121,3	107,4	153,0	59,7	12,9	18,2	7,4
40 — 50	56,9	47,6	79,2	14,7	8,7	14,0	3,1
50 — 60	19,4	14,9	25,5	4,7	4,3	7,0	1,6
60 und mehr	3,4	2,4	5,6	0,6	1,0	2,0	0,5
Insgesamt	67,1	60,2	85,2	37,2	6,5	9,8	3,5

2 100 Sterbefälle durch meldepflichtige
Infektionskrankheiten

Angaben über die jährlichen Sterbefälle an meldepflichtigen Krankheiten stehen aus der Todesursachenstatistik zur Verfügung.

Bei einem Vergleich der Zahl der jährlichen Sterbefälle an den einzelnen Infektionskrankheiten mit den Erkrankungsmeldungen aus der Statistik der meldepflichtigen Krankheiten ist zu berücksichtigen, daß sich die Sterbefälle nicht auf die Erkrankungsfälle des gleichen Jahres beziehen lassen, da bei vielen der tödlich endenden Krankheiten die

Finanzplanung von Bund und Ländern 1986 bis 1990

Vorbemerkung

In der finanzstatistischen Berichterstattung ist es üblich geworden, jeweils bereits zum Jahresanfang einen Überblick über die mittelfristige Finanzentwicklung des Bundes und der Länder aufgrund der zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Planungsunterlagen zu vermitteln. Erste Ergebnisse der Finanzplanungsstatistik über die voraussichtliche Entwicklung der Gemeindefinanzen sind wegen der großen Zahl von Berichtsstellen demgegenüber nicht vor März verfügbar.

Für die staatliche Haushaltsebene lagen Anfang Januar die Finanzplanungsdaten für den Bund und neun Länder vor. Rheinland-Pfalz hat noch keinen Finanzplan erstellt, so daß für dieses Bundesland nur Angaben für die beiden ersten Jahre des Planungszeitraumes aus dem Doppelhaushalt 1986/87 sowie dem am 23. September 1986 verabschiedeten Nachtragshaushalt 1986/87 gemacht werden können. Für Bayern liegen bisher nur vorläufige Eckdaten vor.

Aufgrund dieser Datenlage sind die Ländersummen in der Tabelle 2 nur für die Jahre 1986 und 1987 in absoluten Zahlen angegeben, während für den Zeitraum 1988 bis 1990 lediglich Zuwachsraten auf der Basis des Jahres 1987, und zwar ohne Rheinland-Pfalz, ausgewiesen sind. Da der Anteil von Rheinland-Pfalz am gesamten Finanzvolumen der Länder nur zwischen 5 und 6 % beträgt, geben die einschließlich der Eckdaten Bayerns berechneten Veränderungen eine hinreichend zuverlässige Vorstellung von der derzeit absehbaren Entwicklung im gesamten Länderbereich. In der Anhangtabelle auf S. 26* erscheinen wegen ihres vorläufigen Charakters keine Zahlen für das Land Bayern.

Die Finanzpläne des Bundes und der Länder enthalten nicht die außerhalb der Länderhaushalte veranschlagten Finanzen der Krankenhäuser mit kaufmannischem Rechnungswesen, für die nach den Haushaltsplänen für 1986 Ausgaben in Höhe von 12,2 Mrd. DM angesetzt waren.

Die Angaben für den **Bund** beziehen sich für die Jahre 1986 und 1987 auf die am 28. November 1986 verabschiedete Fassung des Bundeshaushaltes 1987, für den Zeitraum von 1988 bis 1990 handelt es sich um die Ansätze aus der Finanzplanung. Für die **Länder** sind, abgesehen von Rheinland-Pfalz, ausschließlich Finanzplanungsergebnisse verwendet worden. Die Aufstellung der Finanzpläne der Länder erfolgte im Zeitraum zwischen Juli und Dezember 1986 (Juli: Niedersachsen, Hamburg; August: Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, September: Baden-Württemberg; Oktober: Hessen; November: Bre-

men, Berlin (West); Dezember: Bayern — vorläufig —, Saarland).

Planungsgrundlagen

Die mittelfristige Projektion der Bundesregierung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die weitgehend auch den Finanzplänen der Länder zugrunde liegt, geht von der Annahme aus, daß im Zeitraum von 1986 bis 1990 die durchschnittliche jährliche reale Zunahme des Bruttosozialproduktes rund 2,5 % betragen wird. Erwartet wird eine Steigerung der Zahl der Erwerbstätigen um jährlich 1 % sowie ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um rund 2 %. Außerdem wird damit gerechnet, daß sich der Anteil des nominalen Außenbeitrages am Bruttosozialprodukt von derzeit 5,5 auf 3 % im Jahr 1990 vermindern wird.

Abweichungen der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung von den unterstellten gesamtwirtschaftlichen Ausgangsdaten führen insbesondere zu Änderungen im Steueraufkommen, in den Zinsausgaben und der Nettokreditaufnahme. Planungsunsicherheiten ergeben sich aus der zukünftigen Entwicklung der Tarif- und Besoldungsstruktur im öffentlichen Dienst und der Sozialhilfeaufwendungen. Auch die Auswirkungen der Neugestaltung des Länderfinanzausgleiches auf die Haushalte als Folge des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 24. Juni 1986 dürfte erst bei Vorliegen der noch ausstehenden konkreten Neuregelungen zuverlässig abzuschätzen und zu bewerten sein.

Ergebnisse

Bund

Die bereinigten Ausgaben des Bundes werden sich unter Einbeziehung der im Bundeshaushalt als Mindereinnahmen veranschlagten Ergänzungszuweisungen an leistungsschwache Länder (1987: rd. 1,8 Mrd. DM) 1987 auf 270,3 Mrd. DM belaufen, das sind 1,9 % mehr als im Vorjahr. Die bereinigten Einnahmen sollen 1987 247,7 Mrd. DM betragen. In dieser Summe sind die finanziellen Auswirkungen der ersten Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 berücksichtigt, die durch eine Verbesserung des steuerlichen Familienlastenausgleichs, durch Erhöhung des Grundfreibetrages und durch Abflachung der Steuerprogression die Steuerzahler um insgesamt 19,4 Mrd. DM bei der Lohn- und Einkommensteuer entlasten. Ebenfalls in die Planung für 1987 wie auch bis 1990 einbezogen sind die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude und für moderne Heizungs- und Warmwasseranlagen, des Steuerbereinigungsgesetzes 1986, der zusätzlichen Differenzierung bei den Mineralölsteuersätzen zugunsten des bleifreien Benzins, der Neuregelung der Umsatzsteuerverteilung (Reduzierung des Bundesanteils um 0,5 auf 65 % im Jahr 1986) sowie der Förderung des selbstgenutzten Wohnungseigentums. Als Differenz zwischen den bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben errechnet sich für 1987 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 22,6 Mrd. DM, das in

erster Linie durch die Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt) finanziert werden wird. Die noch verbleibende Finanzierungslücke wird durch Münzeinnahmen gedeckt.

Die Personalausgaben sollen 1987 39,2 Mrd. DM (+ 3,4 % gegenüber 1986) betragen, von denen rund 20 % auf Versorgungsleistungen entfallen. Hierzu zählen neben den direkten Pensionszahlungen an ehemalige Beamte, Richter und Soldaten des Bundes und deren Angehörige auch die Zahlungen an die Versorgungsberechtigten nach dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 GG fallenden Personen. Für den laufenden Sachaufwand sind 1987 40,9 Mrd. DM (1986: 39,9 Mrd. DM) veranschlagt. Über 50 % dieser Mittel werden die hier zugeordneten Ausgaben für militärische Beschaffungen, Anlagen usw. beanspruchen, die auch Baumaßnahmen in den verschiedenen Wehrbereichen umfassen.

Für Zinsen, die auch die Kreditbeschaffungskosten enthalten, sind im Bundeshaushalt 1987 30,9 Mrd. DM veranschlagt. Die Zunahme um 1,7 % gegenüber 1986 beruht auf dem Anstieg des Schuldenstandes, der seinerseits bedingt ist durch die zur Haushaltsfinanzierung erforderliche Nettokreditaufnahme.

Die als Sachinvestitionen zusammengefaßten Ausgaben für Baumaßnahmen und für den Erwerb von unbeweglichen wie auch beweglichen Gütern sollen sich 1987 auf 7,9 Mrd. DM belaufen. Davon entfallen allein 6,2 Mrd. DM auf die Baumaßnahmen, die sich etwa im Verhältnis eins zu vier auf Hoch- und Tiefbau verteilen. Die Tiefbaumaßnahmen werden überwiegend im Bereich der Bundesautobahnen und Bundesstraßen durchgeführt werden. Unter den Hochbaumaßnahmen ist die mit 6,3 % gegenüber 1986 überproportionale Steigerung der Ausgaben für Schutzbaumaßnahmen im Rahmen der zivilen Verteidigung erwähnenswert. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Sachinvestitionen nur rund ein Fünftel sämtlicher investiven Ausgaben des Bundes ausmachen; der überwiegende Teil dieser Ausgaben wird in Form von Finanzierungshilfen getätigt. Davon fließt ein Drittel, vorwiegend in Form von Zuweisungen für Gemeinschaftsaufgaben, kommunalen Straßenbau, Wohnungs- und Städtebau an den öffentlichen Bereich, die restlichen zwei Drittel gehen an private Investoren.

Unter den Einnahmen bilden die Steuern und steuerähnlichen Abgaben mit 222,3 Mrd. DM den Schwerpunkt. Dieser Ansatz basiert auf der Steuerschätzung vom November 1986. Darüber hinaus kommt den sogenannten Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit eine größere Bedeutung zu. Darin enthalten sind die Abführungen des Bundesbankgewinnes, die mit 7,0 Mrd. DM im Jahr 1987, gegenüber 12,5 Mrd. DM im Jahr 1986, deutlich niedriger angesetzt werden. Ursache sind niedrigere Zinsen im In- und Ausland sowie der sinkende Dollarkurs. Daneben schlagen auch die Einnahmen aus den geplanten Privatisierungen in Höhe von 3,0 Mrd. DM zu Buche. Hierbei handelt es sich vornehmlich um die Veräußerung des Bundesanteils an der VEBA (rd. 25 %) und an VW (20 %).

Für den Planungszeitraum 1988 bis 1990 wird mit einem durchschnittlichen Anstieg der bereinigten Ausgaben um 3,2 % (Basis 1987) gerechnet (nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen auf Basis 1988: 2,9 %). Die Personalausgaben sollen um 3,5 %, der laufende Sachaufwand um 1,5 % bis 1990 zunehmen. Nach wie vor überdurchschnittlich steigen die Zinsausgaben. Die Sachinvestitionen werden mit einem durchschnittlichen Anstieg bis 1990 von nur 3,1 % geplant. Die investiven Finanzierungshilfen, vornehmlich bedingt durch den Abbau der Mischfinanzierung und dem gegenwärtig schon hohen Bundesanteil bei der Gemeinschaftsaufgabe „Aus- und Neubau von Hochschulen“, werden leicht rückläufig von 26,9 Mrd. DM im Jahr 1988 auf 26,4 Mrd. DM im Jahr 1990 erwartet.

Bei den bereinigten Einnahmen wird im Zeitraum 1988 bis 1990 von einem durchschnittlichen Anstieg um 3,5 % ausgegangen. Allerdings beruht diese Entwicklung noch auf der Steuerschätzung vom Mai 1986. Das Finanzierungsdefizit, die Differenz zwischen den bereinigten Einnahmen und Ausgaben, wird sich demnach bis 1990 weiter abbauen. Dies bedeutet, daß auch die Nettokreditaufnahme von 26,0 Mrd. DM im Jahr 1988 auf 22,3 Mrd. DM im Jahr 1990 zurückgehen wird.

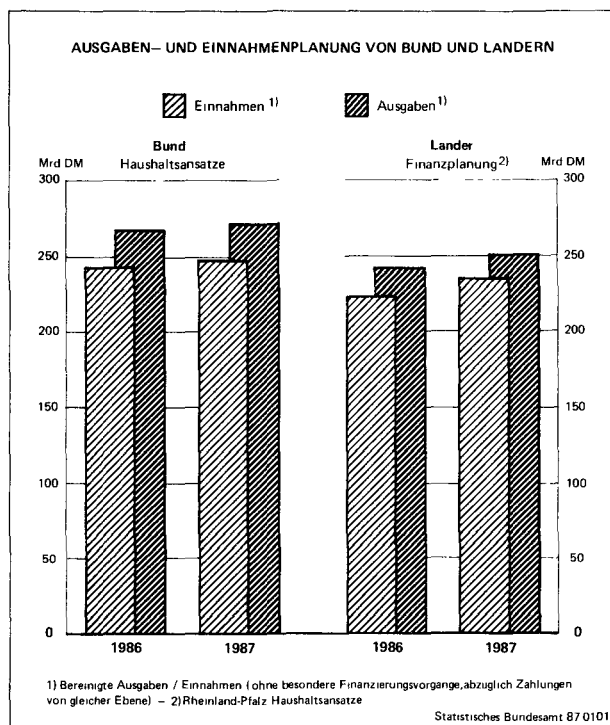
Länder

Die bereinigten Ausgaben der Länder sollen sich 1987 insgesamt auf 250,1 Mrd. DM belaufen. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 3,4 %; ohne

Tabelle 1: Ausgaben und Einnahmen des Bundes

Ausgabe-/Einnahmeart	Haushaltsansätze ¹⁾		Finanzplanung			Zunahme	
	1986	1987	1988	1989	1990	1987 gegenüber 1986	Jahresdurchschnitt 1988 bis 1990
	Mrd DM					%	
Bereinigte Ausgaben ²⁾	265,2	270,3	280,7	288,8	297,1	1,9	3,2
darunter:							
Personalausgaben	37,9	39,2	40,6	42,1	43,5	3,4	3,5
laufender Sachaufwand	39,9	40,9	42,0	42,1	42,7	2,4	1,5
Zinsausgaben	30,4	30,9	34,0	34,5	36,0	1,7	5,3
Sachinvestitionen	7,6	7,9	8,1	8,3	8,7	4,3	3,1
Bereinigte Einnahmen ²⁾	241,2	247,7	254,3	263,3	274,4	2,7	3,5
dar: Steuern und steuerähnliche Abgaben	213,5	222,3	230,4	241,5	253,2	4,1	4,4
Finanzierungssaldo	- 24,0	- 22,6	- 26,4	- 25,5	- 22,7	x	x
Nettokreditaufnahme	23,7	22,3	26,0	25,1	22,3	x	x

¹⁾ Einschl. Ergänzungszuweisungen des Bundes an leistungsschwache Länder gemäß § 11a des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (1987 1,8 Mrd. DM, 1986 1,7 Mrd. DM) Haushaltsansätze 1987 verabschiedete Fassung des Haushaltsplans vom 28. November 1986 — ²⁾ Ohne besondere Finanzierungsvorgänge



Die Steuern und steuerähnlichen Abgaben sollen 1987 175,7 Mrd. DM (+ 5,6 % gegenüber dem Vorjahr) erreichen. In Wirklichkeit dürften sie jedoch unter diesem Betrag liegen, da sie bei der Mehrzahl der Länder nicht auf der jüngsten Steuerschätzung basieren. Für die Länder insgesamt wird für 1987 mit Mindereinnahmen in Höhe von 200 Mill. DM gegenüber früheren Schätzungen gerechnet.

Im Planungszeitraum 1988 bis 1990 (ohne Rheinland-Pfalz) sollen die bereinigten Ausgaben um 2,9 % im Jahresdurchschnitt zunehmen. Die Steigerungsrate bewegt sich damit im Rahmen der Empfehlung des Finanzplanungsrates, das Ausgabenwachstum des öffentlichen Gesamthaushaltes auf eine Größenordnung von durchschnittlich jährlich 3 % zu begrenzen. Bei den bereinigten Einnahmen wird von einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate in Höhe von 3,8 % ausgegangen, allerdings bei der Mehrzahl der Länder noch ausgehend von der Steuerschätzung vom Mai 1986. Da die bereinigten Einnahmen im Planungszeitraum 1988 bis 1990 voraussichtlich stärker steigen werden als die entsprechenden Ausgaben, ergeben sich niedrigere Finanzierungsdefizite, die eine Reduzierung der Nettokreditaufnahme möglich erscheinen lassen.

Dipl.-Volkswirt Otto Dietz

die 1987 nicht mehr veranschlagten Mittel für Wohnungsbauprämien und die Sozialversicherung Behinderter ergibt sich eine geringfügig höhere Zuwachsrate von 3,5 %. Die bereinigten Einnahmen werden nach den Planungen 1987 233,3 Mrd. DM (+ 4,5 % gegenüber 1986) betragen. Das Finanzierungsdefizit wird demnach 1987 16,8 Mrd. DM erreichen. Zu dessen Finanzierung werden die Länder nach Abzug der Tilgung 16,2 Mrd. DM an Krediten aufnehmen. Der noch verbleibende Rest soll durch Rücklagenbewegungen finanziert werden.

Die Personalausgaben erhöhen sich 1987 gegenüber dem Vorjahr um 4,1 % auf 102,4 Mrd. DM. Die für die Durchführung der laufenden Verwaltungsaufgaben erforderlichen Sachmittel sollen 1987 23,6 Mrd. DM betragen, das sind 3,1 % mehr als 1986. Unterdurchschnittlich, mit 2,9 % im Vergleich zu 1986, steigen die Zinsausgaben. Die Sachinvestitionen sind mit einer Zunahme um 6,6 % zum Vorjahr auf 10,1 Mrd. DM im Jahr 1987 eingeplant.

Tabelle 2: Ausgaben und Einnahmen der Länder¹)

Ausgabe-/Einnahmeart	Finanzplanung²)		Zunahme	
	1986	1987	1987 gegenüber 1986	Jahresdurchschnitt 1988 bis 1990³)
	Mrd DM		%	
Bereinigte Ausgaben⁴)	241,8	250,1	3,4	2,9
darunter:				
Personalausgaben	98,4	102,4	4,1	3,6
Laufender Sachaufwand	22,9	23,6	3,1	4,1
Zinsausgaben	20,1	20,6	2,9	4,7
Sachinvestitionen	9,5	10,1	6,6	0,1
Bereinigte Einnahmen⁴)	223,2	233,3	4,5	3,8
dar Steuern und steuerähnliche Abgaben	166,3	175,7	5,6	4,5
Finanzierungssaldo	- 18,6	- 16,8	x	x
Nettokreditaufnahme	17,9	16,2	x	x

¹) Einzelne Länderergebnisse siehe Tabellenteil S. 26* – ²) Für Rheinland-Pfalz Doppelhaushalt 1986/87 einschließlich Nachtragshaushalt – ³) Ohne Rheinland-Pfalz, Bayern vorläufige Eckdaten – ⁴) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge, abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene

Öffentliche Ausgaben für den Verkehr 1984

1 Einführung

Mit der enormen Ausweitung der Verkehrsströme in den vergangenen Jahrzehnten — vor allem bedingt durch ein starkes wirtschaftliches Wachstum, zunehmende internationale Arbeitsteilung und eine sprunghafte Entwicklung des privaten Reiseverkehrs — hat das Verkehrswesen eine erhebliche Bedeutung gewonnen. Dies spiegelt sich nicht allein in den erbrachten Transportleistungen, sondern auch in den vielfältigen Wechselbeziehungen mit anderen Aufgabenbereichen wie Raumordnung und Städtebau, Energiewirtschaft oder Umweltschutz wider.

Die Gestaltung der Verkehrsstrukturen und -abläufe durch die staatliche Verkehrspolitik wird in einer Vielzahl rechtlicher Regelungen und behördlicher Maßnahmen, vor allem aber auch im Einsatz öffentlicher Mittel sichtbar. Die letztgenannte staatliche Einwirkung auf das Verkehrsgeschehen ist Gegenstand der folgenden Betrachtung. Tiefgegliederte Zahlen über die öffentlichen Finanzen für Verkehr sind nur der Jahresrechnungsstatistik zu entnehmen, die zuletzt für das Haushaltsjahr 1984 erstellt worden ist.

Ein wichtiger Aspekt der öffentlichen Beteiligung ist zunächst die Verteilung der Mittel auf die Verkehrsbereiche. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht interessiert besonders der Mitteleinsatz nach Ausgaben- bzw. Leistungskategorien. Zu untersuchen ist, in welchem Umfang die öffentliche Hand für die genannten Verkehrsbereiche den Verkehrswegebau selbst ausführt oder finanziert, Leistungen für die sichere und bequeme Benutzbarkeit der Verkehrsinfrastruktur durch Dritte bereitstellt (Verkehrsordnung und -überwachung im weiteren Sinne einschl. Verkehrsforschung), selbst Transportleistungen anbietet und durchführt und finanzielle Leistungen an private Verkehrsunternehmen, Verkehrseinrichtungen und sonstige am Verkehrswesen Beteiligte erbringt.

Diese Fragen lassen sich zumindest in groben Zügen mit den Angaben der öffentlichen Haushalte über die Investitionen, den Personal- und laufenden Sachaufwand sowie über den finanziellen Transfer an den nicht-öffentlichen Bereich beantworten. Mit dem Ausgabenachweis unmittelbar verbunden ist die Frage nach der Art der Finanzierung, das heißt inwieweit die bereitgestellten Mittel durch unmittelbare Einnahmen im Rahmen der Aufgabenerfüllung bzw. durch die Inanspruchnahme öffentlicher Gesamtdruckmittel aufgebracht und wie die Finanzierungslasten zwischen den Verwaltungsebenen umverteilt werden.

Schließlich wird dargestellt, daß die öffentliche Beteiligung am Verkehr in unterschiedlichen finanzwirtschaftlichen Formen erfolgt. Im Vordergrund stehen die

Ergebnisse der Finanzstatistik und damit die Kameralhaushalte der Gebiets- und sonstigen öffentlichen Körperschaften, doch werden zumindest in Umrissen auch Besonderheiten der außerhaushaltsmäßigen Finanzierung sowie der wichtige Bereich der im Verkehrssektor tätigen Unternehmen erwähnt.

Die Herauslösung von Verkehrsaufgaben aus den Haushalten der Gebietskörperschaften und ihre Übertragung auf rechtlich unselbständige oder selbständige Unternehmen kann, zum Zwecke einer flexiblen Kooperation zwischen verschiedenen Leistungsträgern, aus haushaltstechnischen und finanzpolitischen Gründen erfolgen, ohne daß deshalb die Aufgabenerfüllung in jedem Falle „privatisiert“ wäre (z. B. Tunnelbaugesellschaften mbH für den städtischen U-Bahnbau). In einigen Teilbereichen, vor allem bei der Verkehrsbedienung durch öffentliche und private Unternehmen, ist eine exakte Grenzziehung zwischen öffentlicher und privatwirtschaftlicher Sphäre, zwischen öffentlichen Finanzen und anderen Finanzbereichen allerdings gelegentlich schwierig.

2 Abgrenzung der Verkehrsbereiche in der öffentlichen Finanzwirtschaft

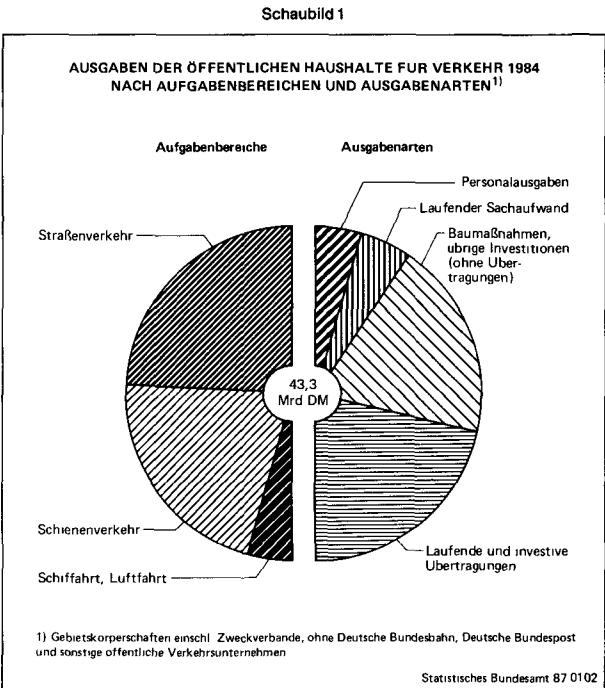
Eine Darstellung der öffentlichen Finanzen für Verkehr aus den jährlichen Haushaltsrechnungen von Bund, Ländern und kommunalen Körperschaften ist finanzstatistisch nur auf der Grundlage der Aufgabenbereichssystematik für die staatlichen und die kommunalen Haushalte möglich. Aus der Vorspalte der Tabelle 1 sind die vier großen Verkehrsbereiche Straßenverkehr, Schienenverkehr, Schifffahrt und Luftfahrt in ihrer tiefsten Gliederung ersichtlich.

Die Position „Kommunale Verkehrsunternehmen“ beim Schienenverkehr umfaßt die kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen aus sämtlichen Verkehrsbereichen, vor allem Bus- und Straßenbahnbetriebe, aber auch Schiffs- und Fahrbetriebe, Hafenanlagen, Bergbahnen und Flughafenbetriebe. Der Verkehrsanteil der „Kombinierten Versorgungs- und Verkehrsbetriebe“ ist nicht ausgliederbar. Aufgrund der haushaltssystematischen und häufig auch organisatorischen Zusammenfassung der Einrichtungen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist eine Aufteilung ihrer Ausgaben und Einnahmen auf die Verkehrszweige Straßen- und Schienenverkehr nicht möglich; der gesamte ÖPNV wird hier dem Schienenverkehr zugeordnet. Auch die Position „Forschung auf dem Gebiet des Verkehrs- und Nachrichtenwesens“ fällt aufgrund ihres Ausgabenschwerpunktes in diesen Bereich.

Die finanzstatistischen Angaben für den Verkehr enthalten Ausgabenanteile, die bei anderer Fragestellung auch Aufgabenbereichen außerhalb des Verkehrssektors zugerechnet werden könnten. Hierzu zählen zum Beispiel Umweltschutzmaßnahmen, vor allem Lärmschutzeinrichtungen im Straßenbau, wasserwirtschaftliche Maßnahmen der Bundesanstalt für Gewässerkunde und des Deutschen Hydrographischen Instituts oder Ausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen für betriebsfremde, das heißt nicht verkehrswirtschaftlich bedingte Lasten. Umge-

kehrt fehlen Einrichtungen und Maßnahmen, die zwar mehr oder weniger mit dem Verkehrsgeschehen zu tun haben, jedoch in anderen Hauptaufgabenbereichen enthalten sind. Als Beispiele seien hier Verkehrsministerien, Verkehrsabteilungen in anderen Landesministerien, die Verkehrspolizei und -rechtsprechung, Verkehrserziehung in Schulen, Schülerbeförderung, Beförderungskostenermäßigungen für Rentner und Behinderte, land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, Transport von Energie in Leitungssystemen, Straßenbeleuchtung und -reinigung genannt.

Für den in dieser Weise abgegrenzten Aufgabenbereich „Verkehr“ der öffentlichen Haushalte wurde für 1984 ein Ausgabenvolumen von 43,3 Mrd. DM ermittelt (siehe Tabelle 1). Bezogen auf den öffentlichen Gesamthaushalt (ohne Sozialversicherungs- und Krankenhausbereich) entspricht dies einem Anteil von 7,9 %. Gemessen an der Summe der unmittelbaren Ausgaben, die der Aufgabendurchführung dienen, betrugen die Haushaltsanteile des Verkehrsbereichs für den Bund einschließlich ERP-Sondervermögen 12,3 %, für die Länder 4,0 % und für die Gemeinden einschließlich Zweckverbänden 9,9 %. Unter Berücksichtigung der durch den Zahlungsverkehr zwischen den öffentlichen Haushalten bewirkten Umverteilung der Finanzierungslasten (Nettoausgaben) beliefen sich die entsprechenden Anteile auf 9,9, 5,1 und 8,4 %.



Mit 20,9 Mrd. DM sind über 48 % der Ausgabensumme dem Straßenverkehr und mit 18,6 Mrd. DM rund 43 % dem Schienenverkehr zugute gekommen (siehe Schaubild 1). Auf die Schifffahrt entfielen demgegenüber nur knapp 7 %

Tabelle 1: Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte für Verkehr 1984¹⁾
Mill DM

Verkehrsbereiche	Nummer der staat- lichen kommun- alen Haushalts- systematik		Unmittelbare Ausgaben						Unmittel- bare Einnahmen ins- gesamt ³⁾
			ins- gesamt	Personal- ausgaben	laufender Sach- aufwand, Erstat- tungen	Bau- maß- nahmen	übrige investive Ausgaben (ohne Über- tragungen)	laufende und inve- stive Über- tragungen ²⁾	
Straßenverkehr			20 893	2 690	3 254	12 722	1 368	859	3 159
Bundesautobahnen	721	—	3 036	57	443	2 269	266	—	93
Bundes- und Landesstraßen	722/3	66	6 225	631	839	4 270	474	10	135
Kreisstraßen	724	65	1 824	330	290	1 079	119	6	63
Gemeindestraßen	725	63	7 855	945	1 475	4 911	462	63	2 466
Sonstiges (z. B. Parkhäuser)	729	68	336	15	80	153	26	62	289
Straßenverwaltung	711	—	781	649	86	32	12	1	34
Sonstige Verwaltung des Verkehrswesens (z. B. Kraftfahrt-Bundesamt)	719	—	115	62	37	8	7	—	70
Nicht aufgeteilte Maßnahmen der Verkehrsförderung	78	—	720	0	3	—	—	717	9
Schienenverkehr			18 626	66	335	599	794	16 832	1 692
Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	741	—	1 827	—	140	0	1	1 686	41
Sonstiges (z. B. Betriebsbeihilfen)	749	—	122	—	2	—	—	120	1
Straßenverkehrsunternehmen	831	—	851	—	0	7	242	601	2
Eisenbahnunternehmen	832	—	12 943	0	1	3	—	12 938	2
Kommunale Verkehrsunternehmen		82	1 394	58	102	589	93	553	247
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen		83	1 051	2	5	0	458	586	1 398
Forschung auf dem Gebiet des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	172	—	438	6	84	—	0	348	2
Schifffahrt			3 002	970	488	978	53	512	577
Wasserstraßen und Hafen	731	—	2 145	638	395	882	46	183	250
Förderung der Schifffahrt	732	—	290	—	0	—	—	290	29
Wasser- und Schifffahrtsverwaltung	712	—	317	290	18	8	1	0	221
Schifffahrtsunternehmen	833	—	32	1	1	—	5	25	3
Hafen- und Umschlagsunternehmen	834	—	218	40	74	88	2	13	75
Luftfahrt			747	198	215	24	80	230	416
Flugsicherung	751	—	602	183	117	23	76	203	337
Sonstiges (z. B. Luftfahrt-Bundesamt)	759	—	124	15	99	0	2	8	3
Flughafen und Luftverkehr	835	—	22	—	0	1	1	20	77
Insgesamt			43 268	3 924	4 292	14 324	2 295	18 433	5 845

1) Haushalte der öffentlichen Gebietskörperschaften einschl. Zweckverbände, ohne Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost und sonstige öffentliche Verkehrsunternehmen —
2) Schuldendiensthilfen, Darlehen, laufende und investive Zuschüsse sowie sonstige Vermögensübertragungen an private und öffentliche Unternehmen sowie natürliche Personen —
3) Ohne Betriebsabgaben der Deutschen Bundespost an den Bund (1984 = 4,4 Mrd. DM)

(3,0 Mrd. DM) und auf die Luftfahrt 1,7 % (0,7 Mrd. DM) der Ausgaben. Insgesamt wurden die öffentlichen Mittel hauptsächlich für laufende und investive Übertragungen an den nicht-öffentlichen Bereich, insbesondere an die rechtlich selbständige Deutsche Bundesbahn verausgabt (18,4 Mrd. DM oder 42,5 %). Die Bauausgaben und sonstigen investiven Ausgaben der Gebietskörperschaften beliefen sich 1984 auf 16,6 Mrd. DM (38,3 %), die Personal- und laufenden Sachausgaben auf 8,2 Mrd. DM (18,9 %).

3 Öffentliche Ausgaben für Verkehr

3.1 Straßenverkehr

Von den für den Straßenverkehr verausgabten 20,9 Mrd. DM wurden knapp 60 % (12,7 Mrd. DM) für den Straßenbau aufgewendet, und zwar 4,9 Mrd. DM für Gemeindestraßen, 4,3 Mrd. DM für Bundes- und Landesstraßen, 2,3 Mrd. DM für Bundesautobahnen und 1,1 Mrd. DM für Kreisstraßen. Der ganz überwiegende Teil dieser Ausgaben galt den Fahrbahnverbreiterungen und Neutrassierungen vorhandener Straßen oder wurde in das bestehende Straßennetz für Straßenunter- bzw. -überführungen, Modernisierung von Einmündungen und Kreuzungen und sonstige Baumaßnahmen investiert; die Gesamtlänge des Straßenbestands hat sich nach fortgeschriebenen, teilweise geschätzten Zahlen im Berichtsjahr nur noch um knapp 0,5 % erhöht.

Ein kurzer Rückblick auf den Straßenbau der vergangenen Jahre zeigt, daß das Ausgabenvolumen im Jahr 1970 die 10-Mrd.-DM-Grenze überschritten hat, bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre auf rund 13 Mrd. DM und im Jahr 1980 einmalig auf 16,5 Mrd. DM angestiegen ist. Für die 15 Jahre seit 1970 summieren sich die Straßenbauausgaben auf nahezu 200 Mrd. DM. Der Straßenbestand hat sich im selben Zeitraum wie folgt verändert: Verlängerung der Bundesautobahnen von rund 4 000 auf über 8 000 km, Erweiterung des Gemeindestraßennetzes von rund 270 000 auf 316 000 km sowie der Kreisstraßen von rund 61 000 auf 67 000 km; die Länge der Bundes- und Landesstraßen ist mit knapp 100 000 km nahezu konstant geblieben. Die rein quantitativen Zunahmen — für die Gesamtstraßenlänge rund 13 % — sagen selbstverständlich nichts aus über die qualitative Verbesserung des Straßenbestandes durch die öffentlichen Baumaßnahmen. Nimmt man als Nutzungsindikator die Anzahl der zulassungspflichtigen Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland, die 1970 rund 16 800, 1984 dagegen rund 29 500 betrug, so ist die Straßenbelastung um mehr als 76 % gestiegen.

Den Benutzern des Straßennetzes nicht augenfällig sind die aus den öffentlichen Haushalten aufzubringenden laufenden Unterhaltungskosten für die Straßen. 1984 beliefen sie sich auf rund 2,6 Mrd. DM an Personalausgaben und etwas mehr als 3,2 Mrd. DM an laufendem Sachaufwand. Die höchsten Teilbeträge entfielen mit 0,9 Mrd. bzw. 1,5 Mrd. DM auf die Gemeindestraßen.

Zur Wahrnehmung der Planungs-, Unterhaltungs- und Verwaltungsaufgaben an Bundesfern-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen beschäftigten die Gebietskörperschaften

rund 77 700 Voll- und Teilzeitbeschäftigte. Hiervon entfielen auf die Länder einschließlich Stadtstaaten 37 000 und auf die Gemeinden einschließlich Zweckverbänden 40 700 Bedienstete. Demgegenüber weist der Bund im Bereich der Straßen keinen Personalstand aus, da gemäß Art. 90 und 85 des Grundgesetzes die Länder für die Verwaltung der Bundesfernstraßen im Auftrage des Bundes zuständig sind (Auftragsverwaltung). Bei den Beschäftigten der Länder handelt es sich um Bedienstete der Landesämter für den Straßenbau, der Straßenbauämter (Straßenneubauämter), der Autobahnämter (Autobahndirektionen) sowie der Straßen- und Autobahnmeistereien. Beispielsweise ist die Straßenverwaltung im Land Bayern in zwei Autobahndirektionen, 22 Straßenbauämter, ein gemeinsames Straßen- und Wasserbauamt sowie zahlreiche nachgeordnete Straßen- und Autobahnmeistereien gegliedert. Das Straßenpersonal der einzelnen Länder unterhält und verwaltet nicht nur die Bundesfern- und Landesstraßen, sondern übernimmt auch Aufgaben im Bereich der Planung, Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht an diesen Straßen. In der überwiegenden Zahl der Länder nimmt das Landespersonal diese Aufgaben auch bei den Kreisstraßen wahr. Auf kommunaler Ebene unterhalten und verwalten die Beschäftigten der haushaltssystematisch den Gemeindestraßen zugeordneten Bauhöfe die Kreis- und Gemeindestraßen. Darüber hinaus übernehmen sie diese Unterhaltungs- und Verwaltungsaufgaben zum Teil auch für Bundes- und Landesstraßen, soweit diese Straßen im Zuge von Ortsdurchfahrten in der Baulast der Gemeinden stehen oder aus Wirtschaftlichkeitsgründen der „gemeinsamen Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen“ unterliegen.

Mit 835 Mill. DM betreffen die Ausgaben der beiden Funktionen „Sonstige Verwaltung des Verkehrswesens“ und „Nicht aufgeteilte Maßnahmen der Verkehrsförderung“ diejenigen Leistungen der Gebietskörperschaften im Bereich der Verkehrsüberwachung und -förderung, die sich den einzelnen Straßenarten bzw. der Straßenverwaltung nicht direkt zuordnen lassen. Die Ausgaben der „Sonstigen Verwaltung des Verkehrswesens“ (115 Mill. DM) setzten sich fast ausschließlich aus den Ausgaben des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für das Straßenwesen zusammen. Während das Kraftfahrt-Bundesamt für die Überwachung des technischen Zustandes der Kraftfahrzeuge und die statistische Erfassung von Daten im Bereich des Kraftfahrzeugwesens einschließlich der Erfassung der Fahrerlaubnisse und Verkehrsordnungswidrigkeiten (Verkehrszentralregister) zuständig ist, obliegt der Bundesanstalt für das Straßenwesen die Aufgabe, die Entwicklung des Straßenwesens zu fördern. Insbesondere soll sie durch gemeinsame Forschung mit anderen Forschungseinrichtungen eine größere Wirtschaftlichkeit im Bau und in der Unterhaltung der Straßen sicherstellen und auf eine Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Straßen hinwirken.

Die Ausgaben der Funktion „Nicht aufgeteilte Maßnahmen der Verkehrsförderung“ (720 Mill. DM) umfassen überwiegend Förderungsmaßnahmen für den Straßen- und Reiseverkehr mit Berlin (West) und der DDR. So erhält die DDR gemäß Art. 18 des Transitabkommens vom 17. Dezember

1971 und einer Vereinbarung mit der DDR vom 16. November 1978 für den Transitverkehr mit Berlin (West) im Zeitraum 1980 bis 1989 jährlich eine Transitspauschale in Höhe von 525 Mill. DM. Darüber hinaus leistete der Bund investive Zuschüsse zur Verbesserung des Straßenverkehrs von und nach Berlin (West) (60 Mill. DM), Ausgleichszahlungen zur Abgeltung von Straßenbenutzungsgebühren für Personenkraftwagen im Verkehr in und durch die DDR (50 Mill. DM), Förderungsmaßnahmen für den Betrieb von Kraftomnibuslinien im grenzüberschreitenden Omnibusverkehr mit der DDR (1 Mill. DM), Erstattungen für Visagebühren Westdeutscher in die DDR (6,8 Mill. DM) sowie Erstattungen von Einreisegenehmigungsgebühren für Reisen Westberliner in die DDR oder Berlin (Ost) (12 Mill. DM). Schließlich zählen zu diesen Verkehrsförderungsmaßnahmen auch die dem Wasser- und Schifffahrtsbereich zuzurechnende Kostenbeteiligung des Bundes an Investitionen zur Verbesserung des Schiffsverkehrs auf den Transit-Wasserstraßen von und nach Berlin (West) (37,5 Mill. DM).

Die Länder und Stadtstaaten tätigten 1984 vergleichsweise geringfügige Ausgaben in diesem Verkehrsbereich in Höhe von 22 Mill. DM. Hiervon entfielen 12 Mill. DM auf Verkehrsförderungs- und Verkehrsplanungsmaßnahmen sowie weitere 10 Mill. DM auf investive Zuschüsse des Landes Rheinland-Pfalz an die Nürburgring GmbH, die den Ausbau des Nürburgrings durchführte.

3.2 Schienenverkehr

Mit einem Ausgabenvolumen von 18,6 Mrd. DM weist der Schienenverkehr (einschl. des gesamten öffentlichen Personennahverkehrs) beinahe ebenso hohe Ausgaben wie der Straßenverkehr auf. Dennoch unterscheiden sich beide Verkehrsbereiche durch unterschiedliche Ausgabenstrukturen erheblich voneinander. Während im Straßenverkehr die Sachinvestitionen sowie die Personal- und Sachausgaben dominieren, setzen sich die unmittelbaren Ausgaben des Schienenverkehrs zu 90 % (16,8 Mrd. DM) aus laufenden und investiven Übertragungen zusammen. Hiervon flossen der Deutschen Bundesbahn allein für die „Eisenbahnunternehmen“ 12,9 Mrd. DM an Bundeszuschüssen zu. Sie dienten dem Ausgleich für die Wahrnehmung struktur- und sozialpolitischer Aufgaben (Strecken- und Aufrechterhaltung, Saatarife, Förderung des kombinierten Verkehrs, Sondertarife für den Personenfernverkehr bestimmter Bevölkerungsgruppen) sowie der Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern (z. B. Erstattung betriebsfremder Versorgungsbezüge an verdrängte Reichsbahnbedienstete und Kriegsversehrte). Zusätzlich zu diesen Unterstützungen erhielt die Deutsche Bundesbahn weitere Bundes- und Landeshilfen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs („Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr“). Hierzu zählen sowohl die Bundes- als auch die Landeszuwendungen zur Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken sowie zum Bau und Ausbau von S- und U-Bahnen der Deutschen Bundesbahn. Darüber hinaus empfing die Deutsche Bundesbahn gemäß § 45 a Personenbeförderungsgesetz Ausgleichszahlungen des Bundes für Teile der nicht abgedeckten Kosten des Ausbildungsverkehrs mit Zeitfahrausweisen

Die an die Deutsche Bundesbahn geflossenen beträchtlichen Fördermittel in Höhe von über 13 Mrd. DM reichten auch 1984 zusammen mit den etwa gleich hohen eigenen Erträgen der Deutschen Bundesbahn nicht aus, die gesamten Aufwendungen in Höhe von 30,4 Mrd. DM zu finanzieren, so daß ein Defizit von 3,1 Mrd. DM verblieb. Betrachtet man die Defizitentwicklung der Deutschen Bundesbahn der letzten Jahre, so zeigt sich, daß die Bemühungen zur Eindämmung dieser Defizite zu ersten Erfolgen führten. Betrugen die Verluste im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1982 noch rund 4 Mrd. DM, so lagen sie 1983 um 0,3 Mrd. DM und 1984 um beinahe 1 Mrd. DM unter diesem Durchschnittswert. Verstärkte Rationalisierungsanstrengungen, die in den letzten Jahren zu einem beträchtlichen Personalabbau führten, haben entscheidend zu dieser verbesserten wirtschaftlichen Lage der Deutschen Bundesbahn beigetragen. Bei erhöhten Beförderungsleistungen in der Personenbeförderung (1984: 1,8 Mrd. Personen) und den zurückgelegten Personenkilometern (1984: 48 Mrd. km) reduzierte sich im Zeitraum 1980 bis 1984 der Personalstand der Deutschen Bundesbahn um mehr als 10 % von 329 000 auf 296 000 Mitarbeiter. Infolgedessen stiegen trotz erhöhter Löhne und Gehälter die Personalaufwendungen lediglich von 19,4 auf 20 Mrd. DM nur leicht an.

Die Übertragungen der Funktionen „Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr“ sowie „Sonstiges“ in Höhe von 1,8 Mrd. DM ergeben sich neben den Finanzhilfen an die Deutsche Bundesbahn aus laufenden und investiven Zuschüssen sowie aus Darlehen und Schuldendiensthilfen an private und öffentliche Nahverkehrsunternehmen (Omnibusverkehr, S-, U- und Hochbahnen, Nichtbundeseigene Eisenbahnen). Ebenso wie die Deutsche Bundesbahn erhalten diese Verkehrsunternehmen im Rahmen des 1972 verabschiedeten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes Fördermittel für die attraktivere Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs. Ein weiterer Zahlungsschwerpunkt ergibt sich aus den Ausgleichszahlungen, die den öffentlichen und privaten Straßenverkehrsunternehmen sowie den Nichtbundeseigenen Eisenbahnen aufgrund der nicht kostendeckenden Entgelte des Ausbildungsverkehrs mit Zeitfahrausweisen (§ 45 a Personenbeförderungsgesetz bzw. § 6 a Allgemeines Eisenbahngesetz) zukommen. Während der Deutschen Bundesbahn und anderen sich überwiegend im Besitz des Bundes befindlichen Verkehrsunternehmen diese Finanzhilfen vom Bund geleistet werden, sind die an die übrigen Verkehrsunternehmen fließenden Ausgleichsleistungen von den Ländern zu tragen (§ 45 a Abs. 3 und 5 Personenbeförderungsgesetz). Größere Landeshilfen erhalten die Nichtbundeseigenen Eisenbahnen auch nach § 6 b des Allgemeinen Eisenbahngesetzes als Ausgleich für ihre betriebsfremden Aufwendungen (z. B. Ausgleich für Kindergeldzulagen, Ruhegehälter und Renten, die andere Verkehrsunternehmen nicht zu tragen haben).

Der überwiegende Teil der 851 Mill. DM umfassenden investiven und laufenden Ausgaben der „Straßenverkehrsunternehmen“ fließt an die Berliner Verkehrsbetriebe. Diese bekommen vom Land Berlin laufende Zuschüsse in Höhe von 580 Mill. DM zur Deckung ihrer Betriebsverluste sowie Kapitaleinlagen zur Finanzierung von Projekten des

öffentlichen Personennahverkehrs (228 Mill. DM). Die für die „Kommunalen Verkehrsunternehmen“ ausgewiesenen laufenden und investiven Übertragungen der Kommunen und Zweckverbände in Höhe von 553 Mill. DM gelten überwiegend dem Defizitausgleich der im kommunalen Besitz befindlichen Verkehrsunternehmen. Die Verlustzuweisungen der Kommunen an ihre Verkehrsunternehmen würden ein noch höheres Niveau annehmen, wenn es nicht aufgrund von Zusammenschlüssen der Verkehrsunternehmen mit Versorgungsunternehmen zu internen Verlustausgleichszahlungen zwischen diesen beiden kommunalen Unternehmensarten käme. Die im Vergleich zu den Übertragungen höheren Sachinvestitionen (682 Mill. DM) der „Kommunalen Verkehrsunternehmen“ sowie ihre Personal- und laufenden Sachausgaben (160 Mill. DM) werden von den Kommunen zum einen für die kameral buchenden Verkehrsunternehmen (Bruttounternehmen) verausgabt, zum anderen gelten sie aber auch den kaufmännisch buchenden Verkehrsunternehmen (Nettounternehmen), deren laufende und investive Aufwendungen zum Teil über die Kommunalhaushalte abgewickelt werden. Inwieweit sich diese Ausgaben allerdings auf Brutto- oder Nettounternehmen beziehen, läßt sich aus der Finanzstatistik nicht ableiten. Mit über 1 Mrd. DM an Ausgaben, die sich auf Übertragungen und Investitionen konzentrierten, tätigten die Kommunen für die „Kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen“ etwas niedrigere Ausgaben als für die „Kommunalen Verkehrsunternehmen“. Hierbei ist allerdings weder der Ausgabenanteil bekannt, der auf die Verkehrszweige der kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen entfällt, noch lassen sich die Ausgaben den Brutto- oder Nettounternehmen zuordnen.

Die Finanzstatistik der öffentlichen Haushalte enthält lediglich die Personal- und Sachausgaben der kameral buchenden Verkehrsunternehmen sowie die an alle Verkehrsunternehmen (kameral und kaufmännisch buchende) fließenden Übertragungen. Demgegenüber werden die Personal- und die Sachausgaben der kaufmännisch buchenden Verkehrsunternehmen mit öffentlicher Mehrheitsbeteiligung und einer Bilanzsumme von mindestens 5 Mill. DM in der „Statistik der Abschlüsse der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen“ (Bilanzstatistik) erfaßt. Diese Statistik weist für das zuletzt vorliegende Jahr 1981 insgesamt 190 Schienen- und Straßenverkehrsunternehmen sowie kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen mit einer Bilanzsumme von insgesamt 29,7 Mrd. DM und laufenden Aufwendungen von 20,8 Mrd. DM aus, so daß der überwiegende Teil der Verkehrsunternehmen nicht der kameralen, sondern der kaufmännischen Buchführung unterliegt.

Außer den Ausgaben für den öffentlichen Personennahverkehr und die Verkehrsunternehmen lassen sich die Ausgaben des Bereichs „Forschung auf dem Gebiet des Verkehrs- und Nachrichtenwesens“ dem Schienenverkehr schwerpunktmäßig zuordnen. Von den unmittelbaren Ausgaben in Höhe von 438 Mill. DM betreffen ca. 75 % die Forschung im Verkehrswesen, während die restlichen 25 % die finanzielle Unterstützung der Informations- und Nachrichtentechnik zum Ziele haben. Der überwiegend

vom Bund getragene Forschungsaufwand im Verkehrswesen erstreckt sich zu mehr als 50 % auf den öffentlichen Personennahverkehr und dient der Weiterentwicklung von Stadt-, Bus- und Eisenbahnsystemen sowie der Förderung von Magnetschnellbahnen. Die restlichen Förderungsmittel kommen den Forschungen im Bereich der Luftfahrt bzw. dem Straßenwesen zugute, die zu einer Erhöhung der Sicherheit im Luftverkehr bzw. zu einem wirtschaftlicheren Lastentransport im Güterverkehr beitragen sollen. Lediglich geringe Mittel fließen in die Forschung des Wasser- und Schifffahrtbereichs, in der insbesondere die Versuchsanstalt für Wasser- und Schiffsbau in Berlin (West) anwendungsorientierte Forschungsarbeiten im Bereich des Schiffbaus, des Verkehrswasserbaus, aber auch auf dem Gebiet der Meeresforschung wahrnimmt.

3.3 Schifffahrt

Insgesamt verausgabten die öffentlichen Haushalte im Bereich des Wasser- und Schifffahrtswesens 3 Mrd. DM für den Bau, die Unterhaltung und Verwaltung der Wasserstraßen und Häfen sowie die Förderung des Hafen- und Schifffahrtswesens. Mit über 1 Mrd. DM an Sachinvestitionen diente etwa ein Drittel der Ausgaben dem Ausbau der Flüsse, Häfen und Seen (z. B. Bodensee), um über Kanalbatterweiterungen, -vertiefungen und -begradigungen sowie über die Errichtung von Stichkanälen und den Ausbau von Schleusen, Anlagen und Pumpwerken die Wasserstraßen einem intensiveren Schiffsverkehr und größeren Schiffen zugänglich zu machen. Zum Teil bezweckten die Baumaßnahmen aber nicht nur die Errichtung und Erweiterung der Infrastruktur im Wasser- und Schifffahrtsbereich, sondern auch die Unterhaltung und Instandsetzung veralteter Wasserstraßen (Befestigung der Böschung) und ihrer Fahrrinnen. Über 70 % der Baumaßnahmen und Ausrüstungsinvestitionen tätigte der Bund, der gemäß Art. 89 des Grundgesetzes die Bundeswasserstraßen verwaltet und darüber hinaus in einigen Ländern aufgrund besonderer Verwaltungsvereinbarungen für die Verwaltung der Landeswasserstraßen zuständig ist. Die restlichen Sachinvestitionen wurden fast ausschließlich von den Stadtstaaten Hamburg und Bremen zur Unterhaltung und zum Ausbau der größten Nordseehäfen sowie der Wasser- und Schifffahrtseinrichtungen im Weser- und Elbebereich vorgenommen.

Starker als in anderen Verkehrsbereichen wird die Höhe der in den öffentlichen Haushalten ausgewiesenen Sachinvestitionen des Wasser- und Schifffahrtsbereichs dadurch gemindert, daß die Abwicklung des Kanal- und Hafenbaus nicht durch staatliche Stellen selbst erfolgt, sondern an überwiegend im staatlichen Besitz befindliche Gesellschaften delegiert wird. Zur Finanzierung der Bauprojekte erhalten die Gesellschaften laufende und investive Zuschüsse, staatliche Darlehen oder Schuldendiensthilfen für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Kredite, so daß beträchtliche Umverlagerungen zwischen den Sachinvestitionen einerseits sowie den laufenden und investiven Übertragungen andererseits stattfinden. Das bekannteste Beispiel für eine derartige staatliche Gesellschaft ist die Rhein-Main-Donau AG, die sowohl für den Bau der Main-Donau-Wasserstraße, als auch für den Bau und den Be-

trieb von Wasserkraftwerken an der Donau, dem Main und dem Main-Donau-Kanal zuständig ist. Die Gesellschaft verfügte 1984 über ein Stammkapital von 200 Mill. DM, das sich zu 64,5 % auf den Bund, zu 33 % auf das Land Bayern und zu 2,5 % auf andere Gebietskörperschaften verteilte. In den Wasserstraßenbau investierte sie 1984 231 Mill. DM, die zu 70 % über Darlehen des Bundes und des Landes Bayern bzw. zu 30 % aus eigenen Gesellschaftsmitteln finanziert wurden.

Bei einem Ausgabevolumen von 1,5 Mrd. DM entfällt die Hälfte der unmittelbaren Ausgaben des Wasser- und Schifffahrtbereichs auf die Personal- und laufenden Sachausgaben der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sowie auf die sonstigen Bundes- und Landeseinrichtungen des Wasserstraßen- und Schifffahrtswesens. Zur Errichtung, Erhaltung und Verwaltung von Wasserstraßen und Häfen verfügt die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes über sechs Wasser- und Schifffahrtsdirektionen, 32 Wasser- und Schifffahrtsämter, vier Wasserstraßen-Maschinenämter sowie zwei Sonderstellen für das Maschinenwesen. Darüber hinaus werden Verwaltungs-, Überwachungs- und Forschungsaufgaben im Wasser- und Schifffahrtswesen von der Bundesanstalt für Gewässerkunde, der Bundesanstalt für Wasserbau und dem Deutschen Hydrographischen Institut sowie dem Bundesamt für Schiffsvermessungen durchgeführt. Auf Länderebene übernehmen diese Aufgaben die Hafenbauämter und die Hafenbauverwaltungen der Stadtstaaten bzw. die Häfen- und Schifffahrtsverwaltungen der Länder. Zur Bewältigung der Unterhaltungs- und Verwaltungsaufgaben beschäftigte der Bund über 17 000 Voll- und Teilzeitbeschäftigte, während die Länder, insbesondere aber die Stadtstaaten, einen Personalstand von 4 100 Mitarbeitern aufwiesen.

Bei den größeren Häfen in Hamburg und Bremerhaven sowie den Schifffahrts- und Umschlagsunternehmen der Länder handelt es sich überwiegend um Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen, deren Aufwendungen aus der Bilanzstatistik ersichtlich sind. Die hierin zuletzt für das Jahr 1981 ausgewiesenen 34 Schifffahrts- und Hafenunternehmen verfügten über eine Bilanzsumme von 1,7 Mrd. DM und tätigten laufende Aufwendungen in Höhe von 1,1 Mrd. DM. Damit übertrafen sie die für 1984 in Höhe von 250 Mill. DM angefallenen Ausgaben der in den öffentlichen Haushalten erfaßten Brutto- und Nettounternehmen um ein Vielfaches.

Neben den Investitionen und laufenden Personal- und Sachausgaben bilden die laufenden und investiven Übertragungen zur Förderung der Schifffahrt und des Hafenausbaus, aber auch zur Unterstützung der mit öffentlichen Aufgaben betrauten staatlichen Gesellschaften, einen dritten Ausgaben Schwerpunkt dieses Verkehrsbereichs. Die Mittel in Höhe von 512 Mill. DM stammen hauptsächlich vom Bund sowie vom ERP-Sondervermögen.

3.4 Luftfahrt

Bei einem Gesamtaufwand von 747 Mill. DM entfallen auf die Luftfahrt die niedrigsten Ausgaben aller Verkehrsbereiche. Während im Straßen-, Schienen- und Schiffsverkehr die Ausgaben der öffentlichen Haushalte überwiegend für

die Errichtung, Erhaltung und Verwaltung der Verkehrsinfrastruktur und für die Verkehrsbedienung entstanden sind, konzentriert sich der Schwerpunkt der öffentlichen Ausgaben des Luftbereichs auf Maßnahmen zur Überwachung des Flugverkehrs und zur Gewährleistung der Flugsicherheit. Diese Aufgaben werden überwiegend von der Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt und dem Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig übernommen. Für Flugsicherungsberatungen, Alarmdienste, Luftnachrichtenübermittlungen, Flugnavigationshilfen und sonstige Sicherungsmaßnahmen im Bereich der Luftfahrt stehen der Bundesanstalt für Flugsicherung neben der Zentrale in Frankfurt zwölf Außenstellen, drei Sonderstellen und 114 Außen-Nebenstellen zur Verfügung. Gleichzeitig arbeitet sie im Bereich der internationalen Flugsicherung mit der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocontrol) zusammen, zu deren Mitgliedern die Benelux-Staaten sowie Frankreich, Großbritannien, Irland und die Bundesrepublik Deutschland zählen. Des weiteren übernimmt das Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig die Überwachung des Luftfahrtgerätes und die Erteilung von Flugerlaubnissen.

Von den gesamten Personalausgaben des Luftfahrtbereichs in Höhe von 198 Mill. DM entfielen 99 % auf die 3 864 Vollzeit- und 89 Teilzeitbeschäftigten der beiden Bundesluftfahrtbehörden. Sie verausgabten auch den überwiegenden Teil der erfaßten laufenden Sachmittel (215 Mill. DM) und der Sachinvestitionen (104 Mill. DM) für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Flugsicherung sowie für die Unterhaltung, Verwaltung und Neuanschaffung von Flugsicherungsgeräten und die sonstige Ausstattung ihrer Gebäude und Einrichtungen. Von den insgesamt angefallenen Übertragungen des Luftbereichs (230 Mill. DM) wurden 85 % von der Bundesanstalt für Flugsicherung getätigt. Sie gewährte gemäß ihrem Kostenanteil Übertragungen an die Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (83 Mill. DM) und zahlte aufgrund der Fluglotsenaktion des Jahres 1973 Entschadigungsleistungen an private Personen (113 Mill. DM).

Zu den Ausgaben, die außerhalb der beiden Bundesluftfahrtbehörden anfielen, zählte insbesondere die Bundeserstattung an Berlin (West) zur Förderung des Luftverkehrs zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet (94 Mill. DM). Darüber hinaus leistete der Bund Beiträge an nationale und internationale Organisationen und unterstützte mehrere größere Flughäfen und Flughafengesellschaften, an denen er als Gesellschafter beteiligt ist, durch Darlehen (5 Mill. DM). Mit einem im Vergleich zu den Bundesausgaben geringen Ausgabenvolumen von 72 Mill. DM förderten die Länder über Erstattungen sowie laufende und investive Übertragungen den Flugverkehr der regionalen und internationalen Flughäfen und trugen gleichzeitig durch den Ausbau von Landeplätzen sowie die Anschaffung von Funk-, Fernmeldegeräten und sonstigen Geräten der Flugsicherung zur Verbesserung der Sicherheit im Luftverkehr bei.

Die Ausgaben für Flughäfen und Fluggesellschaften in Höhe von 22 Mill. DM bestehen fast ausschließlich aus Fördermaßnahmen der öffentlichen Gebietskörperschaften. Weitere Angaben zu den Aufwendungen der überwie-

gend kaufmännisch buchenden Flughafenunternehmen finden sich in der zuletzt für das Jahr 1981 vorliegenden Bilanzstatistik. Hiernach entstand den in dieser Statistik einbezogenen 16 staatlichen und kommunalen Flughafenunternehmen ein laufender Sachaufwand von über 1,7 Mrd. DM. Einschließlich der Anschaffung unfertiger und sonstiger Anlagen tätigten diese Unternehmen Investitionen in Höhe von 570 Mill. DM. Einen weit höheren Aufwand als die Flughäfen weist die Deutsche Lufthansa AG auf, die sich 1984 zu 83 % in öffentlichem Besitz befand (Bundesanteil 74,3 %) und die laut Geschäftsbericht der Deutschen Lufthansa AG im Jahr 1984 für die Beförderung von 15,3 Mill. Fluggästen sowie 0,6 Mill. t Lastgut über 10 Mrd. DM an Gesamtaufwendungen verbuchte. Zur Erneuerung und Modernisierung der Großraum- und Kurzstreckenflotte sowie zur Erhaltung und Erneuerung ihrer Gebäude tätigte die Deutsche Lufthansa AG darüber hinaus 1,3 Mrd. DM an Investitionen.

4 Finanzierung der öffentlichen Verkehrsausgaben

4.1 Einnahmen vom nicht-öffentlichen Bereich

Mit 5,8 Mrd. DM erreichten die unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Gebietskörperschaften im Verkehrssektor bei weitem nicht die entsprechenden Ausgaben in Höhe von 43,3 Mrd. DM (siehe Tabelle 1). In diesem Einnahmenbetrag ist allerdings die von der Deutschen Bundespost (DBP) an den Bund zu leistende Ablieferung in Höhe von 4,4 Mrd. DM (10 % der Betriebseinnahmen der DBP) nicht enthalten. Das Hauptgewicht der unmittelbaren Einnahmen der Verkehrsbereiche lag mit 3,2 Mrd. DM oder 54 % aller Verkehrseinnahmen beim Straßenverkehr. Hiervon erzielten allein die Kommunen 2,8 Mrd. DM an Einnahmen aus Erschließungs- und Wegebaubeiträgen der Straßenanlieger, Beiträgen und Gebühren für die Bereitstellung und Nutzung von Park- und Stellplätzen, Mieten und Pachten für Werbeeinrichtungen an Straßen (z. B. Leuchtsäulen, Reklamewände) sowie aus Erlösen beim Grundstücksverkauf. Die restlichen Einnahmen des Aufgabenbereichs „Straßenverkehr“ verteilten sich je zur Hälfte auf den Bund bzw. auf die Länder einschließlich Stadtstaaten. Während der Bund seine Einnahmen vor allem aus der Bewirtschaftung seiner Grundstücke, aus Gebühreneinnahmen des Kraftfahrt-Bundesamtes sowie aus Darlehenstilgungen der Deutschen Bundesbahn erzielte, ergaben sich die Einnahmen der Länder aus den Gebühren für die Sondernutzung der Landesstraßen, den Entschädigungsleistungen der Straßenbenutzer für Schäden an Bundes- und Landesstraßen, den Erlösen aus der Bewirtschaftung und dem Verkauf von Grundstücken und anderen Vermögensgegenständen, den Erstattungen für den Einsatz landeseigener Kraftfahrzeuge und Straßengeräte sowie aus Erschließungsbeiträgen.

Mit 1,7 Mrd. DM oder 29 % aller unmittelbaren Verkehrseinnahmen resultierten die auf die einzelnen Aufgabenbereiche bezogenen zweithöchsten Verkehrseinnahmen aus dem Schienenverkehr. Zu über 97 % handelte es sich hierbei um kommunale Einnahmen aus Gewinn- und Konzessionsabgaben der überwiegend im kommunalen Be-

sitz befindlichen Verkehrsunternehmen bzw. kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen. Inwieweit die Einnahmen sich hierbei aus Ablieferungen der Verkehrs- oder der Versorgungszweige der kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen zusammensetzten, läßt sich aus der Finanzstatistik nicht ersehen. Doch dürfte aufgrund der meist defizitären Lage der Verkehrsbetriebe der überwiegende Teil der Einnahmen den Versorgungszweigen zuzuordnen sein.

Lediglich 17 % der unmittelbaren Verkehrseinnahmen der öffentlichen Gebietskörperschaften entfielen auf die beiden restlichen Verkehrsbereiche „Schifffahrt“ (577 Mill. DM) bzw. „Luftfahrt“ (416 Mill. DM). Im Wasser- und Schifffahrtsbereich konzentrierten sich die Einnahmen auf Gebühren und Abgaben für die Benutzung, Unterhaltung und Verwaltung der Wasserstraßen und Häfen. Schließt man die Rückzahlung von ERP-Darlehen für den Hafen- und Schiffsbau in die Betrachtung ein, so erhielten der Bund und das ERP-Sondervermögen 66 % der Einnahmen dieses Verkehrsbereichs, während die restlichen Einnahmen den Stadtstaaten und den Ländern zukamen. Noch stärker als im Schifffahrtsbereich dominierten im Luftbereich die Bundeseinnahmen mit 95 % des Gesamtaufkommens. Sie betrafen zum einen die Gebühreneinnahmen und Personalkostenerstattungen der Bundesanstalt für Flugsicherung, zum anderen erhielt der Bund Gewinnausschüttungen sowie Darlehensrückflüsse von denjenigen Luftfahrtgesellschaften und Flughäfen, an denen er als Gesellschafter beteiligt ist.

Neben den unmittelbaren Einnahmen der angesprochenen Verkehrsbereiche knüpfen auch die Mineralölsteuer in einer Höhe von 22,3 Mrd. DM (Gesamtaufkommen 24,0 Mrd. DM) und die Kraftfahrzeugsteuer (7,3 Mrd. DM) mit ihren Bemessungsgrundlagen (Mineralölverbrauch bzw. Motorleistung/zulässiges Gesamtgewicht) weitgehend an der Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur an. Damit kann das unter der Funktion „Allgemeine Finanzwirtschaft“ erfaßte Aufkommen aus diesen beiden Steuerarten im weiteren Sinne ebenfalls zu den Verkehrseinnahmen gezählt werden. Entgegen dem in der öffentlichen Finanzwirtschaft grundsätzlich geltenden Prinzip der Deckung aller Ausgaben durch alle Einnahmen findet das Aufkommen dieser beiden Steuerarten überwiegend eine zweckgebundene Verwendung für den Straßenverkehr bzw. den öffentlichen Personennahverkehr.

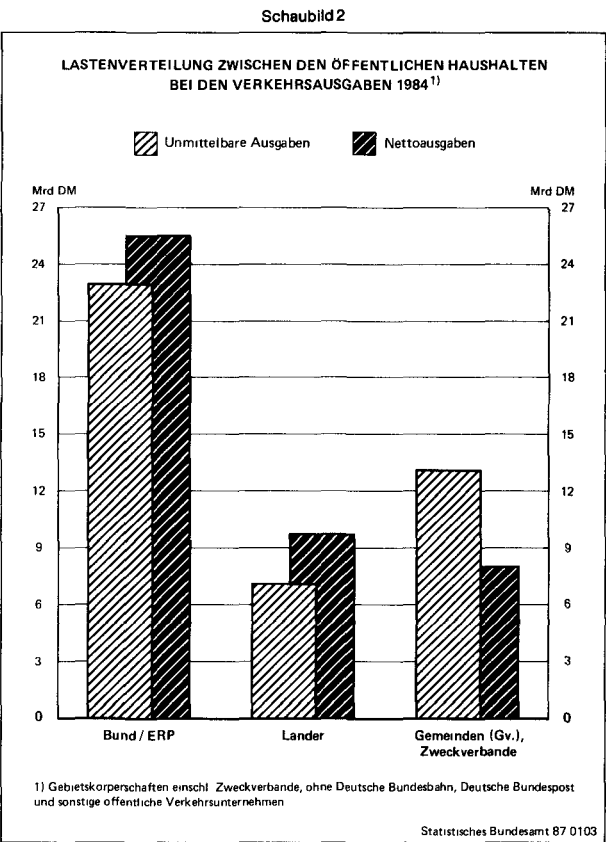
4.2 Lastenverteilung zwischen den öffentlichen Haushalten

Zur Förderung des Verkehrswesens sowie als finanzieller Ausgleich für die von den Gebietskörperschaften vorgenommene Delegation von Verkehrsaufgaben fließen im Verkehrsbereich zwischen den öffentlichen Haushalten umfangreiche Zahlungen, die je nach ihrem Saldo zu einer Erhöhung oder Abschwächung der aus den unmittelbaren Ausgaben entstandenen Belastungen eines öffentlichen Haushalts führen. Tabelle 2 und Schaubild 2 zeigen für die öffentlichen Gebietskörperschaften Bund/ERP, Länder einschl. Stadtstaaten, Gemeinden einschl. Zweckverbänden die unmittelbaren Ausgaben sowie die um den Saldo des Zahlungsverkehrs bereinigten unmittelbaren Ausga-

ben (Nettoaussgaben) nach Verkehrsbereichen. Hiernach ergibt sich für den Bund/ERP bzw. die Länder einschl. Stadtstaaten ein negativer Saldo des Zahlungsverkehrs in Höhe von 2,5 bzw. 2,6 Mrd. DM, dem ein entsprechender Überschuß bei den Gemeinden von 5,1 Mrd. DM gegenübersteht.

Tätigten die Gemeinden ohne Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs noch 30 % der aus der Wahrnehmung von Verkehrsaufgaben resultierenden Ausgaben aller Gebietskörperschaften (unmittelbare Ausgaben), so reduzierte sich durch Erstattungen und Zuweisungen des Bundes und der Länder die kommunale Belastung auf 18,5 % (Nettoaussgaben). Zahlungen zwischen den Gebietskörperschaften für das Verkehrswesen fanden fast ausschließlich für den Straßen- und Schienenverkehr statt, während im Wasser- und Luftbereich nur geringfügige Verlagerungen vom Bund auf die Länder zu verzeichnen waren. Die Konzentration des Zahlungsverkehrs auf den Straßen- und Schienenverkehr ergibt sich aufgrund der Förderungsmaßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem sogenannten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), durch Zweckzuweisungen im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs zwischen Ländern und Gemeinden sowie durch die Übertragung von Verkehrsaufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen auf die beiden nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände „Rheinland“ und „Westfalen-Lippe“.

Gemäß § 10 Abs. 1 GVFG in der Fassung vom 13. März 1972 erhalten die Kommunen sowie die öffentlichen und



privaten Unternehmen zur Förderung des kommunalen Straßenbaus und des öffentlichen Personennahverkehrs

Tabelle 2. Lastenverteilung zwischen den öffentlichen Haushalten bei den Verkehrsausgaben 1984¹⁾

Verkehrsbereiche	Insgesamt			Bund/ERP			Länder/Stadtstaaten			Gemeinden/Gv./Zweckverb		
	Unmittelbare Aus-gaben	Netto-aus-gaben	Be- (+)/Entla-stung (-)	Unmit-teilbare Aus-gaben	Netto-aus-gaben	Be- (+)/Entla-stung (-)	Unmit-teilbare Aus-gaben	Netto-aus-gaben	Be- (+)/Entla-stung (-)	Unmit-teilbare Aus-gaben	Netto-aus-gaben	Be- (+)/Entla-stung (-)
Straßenverkehr	20 893	20 589	- 303	6 253	7 907	1 654	3 941	6 341	2 400	10 699	6 341	- 4 358
Bundesautobahnen	3 036	3 056	20	2 891	2 950	59	144	105	- 39	-	-	-
Bundes- und Landesstraßen	6 225	5 888	- 337	2 523	2 861	338	2 245	2 738	493	1 457	289	- 1 167
Kreisstraßen	1 824	1 359	- 466	-	-	-	199	808	609	1 625	550	- 1 075
Gemeindestraßen	7 855	8 400	546	4	1 262	1 258	502	1 856	1 354	7 349	5 282	- 2 066
Sonstiges (z. B. Parkhäuser)	336	288	- 49	21	21	-	47	47	0	268	219	- 49
Straßenverwaltung	781	762	- 19	-	-	-	781	762	- 19	-	-	-
Sonstige Verwaltung des Verkehrswesens (z. B. Kraftfahrt-Bundesamt)	115	117	2	115	115	- 0	0	3	2	-	-	-
Nicht aufgeteilte Maßnahmen der Verkehrsförderung	720	720	- 0	698	698	-	22	22	- 0	-	-	-
Schienenverkehr	18 626	18 910	284	13 847	14 824	978	2 334	2 429	94	2 445	1 657	- 788
Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	1 827	2 998	1 170	506	1 484	978	1 321	1 514	193	-	-	-
Sonstiges (z. B. Betriebsbeihilfen)	122	120	- 2	1	1	-	121	119	- 2	-	-	-
Straßenverkehrsunternehmen	851	760	- 90	-	-	-	851	760	- 90	-	-	-
Eisenbahnunternehmen	12 943	12 943	-	12 920	12 920	-	23	23	-	-	-	-
Kommunale Verkehrsunternehmen	1 394	675	- 719	-	-	-	-	-	-	1 394	675	- 719
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	1 051	982	- 69	-	-	-	-	-	-	1 051	982	- 69
Forschung auf dem Gebiet des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	438	432	- 6	419	419	-	19	13	- 6	-	-	-
Schifffahrt	3 002	2 999	- 2	2 224	2 094	- 129	778	905	127	-	-	-
Wasserstraßen und Hafen	2 145	2 142	- 4	1 644	1 521	- 122	502	620	118	-	-	-
Förderung der Schifffahrt	290	290	-	290	290	-	0	0	-	-	-	-
Wasser- und Schifffahrtsverwaltung	317	317	1	288	281	- 7	29	37	8	-	-	-
Schifffahrtsunternehmen	32	33	1	2	2	-	30	31	1	-	-	-
Hafen- und Umschlagsunternehmen	218	217	- 1	-	-	-	218	217	- 1	-	-	-
Luftfahrt	747	745	- 3	675	676	0	72	69	- 3	-	-	-
Flugsicherung	602	598	- 4	554	555	0	48	43	- 5	-	-	-
Sonstiges (z. B. Luftfahrt-Bundesamt)	124	124	0	116	116	-	8	8	0	-	-	-
Flughäfen und Luftverkehr	22	23	1	5	5	-	17	18	1	-	-	-
Insgesamt	43 268	43 243	- 25	22 998	25 501	2 503	7 126	9 744	2 618	13 144	7 998	- 5 146

¹⁾ Haushalte der öffentlichen Gebietskörperschaften einschl. Zweckverbände, ohne Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost und sonstige öffentliche Verkehrsunternehmen

Zuschüsse des Bundes. Diese werden vom Bund über die Länder an die Zuschußempfänger weitergereicht und erstrecken sich im kommunalen Straßenbau auf die Förderung des Baus und Ausbaus von verkehrswichtigen Straßen sowie im öffentlichen Personennahverkehr auf die finanzielle Unterstützung des Baus und Ausbaus von Verkehrsverbindungen und Verkehrseinrichtungen. Die Finanzhilfen des Bundes betragen zur Zeit 60 % (75 % in Zonenrandgebieten) der zuschufähigen Aufwendungen zuzüglich landesunterschiedlicher Komplementärhilfen.

Zur Finanzierung der Bundeshilfen werden Teile des Mineralölsteueraufkommens von zur Zeit 5,6 Pfennig je Liter herangezogen. Die Einnahmen werden zu 0,25 % für Forschungszwecke verwandt, der Rest dient jeweils zu 50 % der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw. des kommunalen Straßenbaus, wobei bis zu 15 % der Mittel des kommunalen Straßenbaus auf die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs umgeschichtet werden können. Die GVFG-Mittel für den kommunalen Straßenbau verteilen sich nach dem Anteil der zugelassenen Kraftfahrzeuge eines Landes am Gesamtbestand der Kraftfahrzeuge aller Länder auf die einzelnen Länder und werden dann aufgrund beantragter Programme auf die jeweiligen Zuschußempfänger verteilt. Demgegenüber fließen die Mittel für den ÖPNV ausschließlich nach landesunabhängigen Einzelprojekten an die Kommunen und die öffentlichen bzw. privaten Verkehrsunternehmen.

Insgesamt gewährte der Bund im Jahr 1984 Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in Höhe von 2,5 Mrd. DM. Diese Mittel entfielen in Höhe von 1,1 Mrd. DM auf den kommunalen Straßenbau, in Höhe von 1,4 Mrd. DM auf den öffentlichen Personennahverkehr der Kommunen und kommunalen Verkehrsunternehmen (ca. 25 % der Fördermittel des ÖPNV erhielt allein die Deutsche Bundesbahn) und in Höhe von 6 Mill. DM auf die Verkehrsforschung. Die Finanzhilfen dienten der Finanzierung von Vorhaben in einer Gesamthöhe von 4,5 Mrd. DM, wovon 2 Mrd. DM den Straßenbau und 2,5 Mrd. DM den Personennahverkehr betrafen. Tiefergehende Analysen über die Struktur der Fördermittel liefert der „Bericht über die Verwendung der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden für das Jahr 1984“, der vom Bundesminister für Verkehr herausgegeben wurde.

Die im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs zwischen Ländern und Kommunen gezahlten Finanzhilfen betreffen den Bau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes- und Landesstraßen, soweit sie in kommunaler Baulast stehen. Darüber hinaus erhalten die Kommunen Landesfördermittel für die Unterhaltung, den Bau oder Ausbau der kommunalen Straßen. Die Verteilung der Mittel auf die verschiedenen Gemeinden bzw. Landkreise erfolgt in der Regel nach einem kilometerabhängigen Satz, der bei Straßen im Zuge von Ortsdurchfahrten höher liegt. Bei den Zuweisungen an die Kreise geht die Bevölkerungszahl in den Verteilungsschlüssel ein. Die Zuweisungen dieses Verkehrslastenausgleichs stammen in einigen Ländern aus der „Kraftfahrzeugsteuer-Verbundmasse“, in anderen Ländern aus dem „Allgemeinen Steuerverbund“. Letzterer enthält in der

Mehrzahl der Länder wiederum das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer.

Neben den Zweckzuweisungen bzw. den besonderen Finanzaufweisungen erhalten die Kommunen in Niedersachsen, im Saarland und in Rheinland-Pfalz allgemeine Straßenzuweisungen, die sich nach der Straßenlänge und zum Teil auch nach der Einwohnerzahl bemessen. Diese allgemeinen Zuweisungen werden in Rheinland-Pfalz im Straßenverkehrsbereich erfaßt, während sie in Niedersachsen und im Saarland der „Allgemeinen Finanzwirtschaft“ funktional zugeordnet werden.

Die von Bund/ERP und Ländern an die Gemeinden geleisteten Zahlungen im Bereich des Straßenverkehrs in Höhe von rund 4,4 Mrd. DM resultierten zu 16,8 % (740 Mill. DM) aus den Zuschüssen des Landes Nordrhein-Westfalen an die beiden nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände „Rheinland“ und „Westfalen-Lippe“. Diesen beiden Landschaftsverbänden hat das Land Nordrhein-Westfalen seine Aufgaben im Bereich der Errichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Bundesfern- und Landesstraßen übertragen. Die an die Landschaftsverbände fließenden Landesmittel wurden darüber hinaus durch direkte Bundeserstattungen in Höhe von 65,2 Mill. DM verstärkt, die den Landschaftsverbänden für die Unterhaltung und Verwaltung der Bundesstraßen gezahlt wurden.

Neben den angeführten drei Schwerpunkten des Zahlungsverkehrs lassen sich eine Reihe weiterer, in ihrer Höhe weniger ins Gewicht fallender Ausgleichszahlungen zwischen den Gebietskörperschaften anführen. Zu den bedeutsamsten zählen die Erstattungen des Bundes an die Länder für die Planung, Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bauleitplanung) an Bundesfernstraßen. Demgegenüber erhalten die Länder für die in der Auftragsverwaltung (Art. 90, 85 des Grundgesetzes) wahrgenommene Unterhaltung der Bundesfernstraßen nur soweit Erstattungen, wie die Unterhaltungsausgaben im Rahmen der in einigen Ländern bestehenden Verwaltungsvereinbarung über die „gemeinsame Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen“ anfallen. Die restlichen durch die Auftragsverwaltung entstandenen Ausgaben der Länder werden direkt über den Bundeshaushalt abgewickelt, so daß der Bund 1984 für die Bauleitplanung und Unterhaltung der Bundesfernstraßen lediglich Erstattungen in einer Größenordnung von 342 Mill. DM an die Länder bzw. die beiden Landschaftsverbände Nordrhein-Westfalens leistete. Weiterhin zahlten Bund und Länder den Kommunen Ausgleichszahlungen für Kreuzungsmaßnahmen von kommunalen Straßen mit Schienenwegen der Deutschen Bundesbahn bzw. der sonstigen Eisenbahnen nach den §§ 3, 13, 17 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes.

Betrachtet man den Zahlungsverkehr aller Gebietskörperschaften insgesamt, so würde sich bei übereinstimmender Ausgaben-/Einnahmuzuordnung ein Zahlungsverkehrssaldo von Null ergeben, der eine Gleichheit von unmittelbaren Ausgaben und Nettoausgaben zur Folge hätte. Kommt es dennoch zu einem von Null abweichenden Zahlungsverkehrssaldo (siehe Tabelle 2), so ist dieser auf abweichende haushaltssystematische Veranschlagungen des Zahlungsverkehrs aus der Sicht der Ausgaben- bzw.

Einnahmenseite der Haushalte zurückzuführen. Derartige Abweichungen ergeben sich zwangsläufig, soweit die Haushaltssystematiken der staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften nicht übereinstimmen. So steht beispielsweise für die Erfassung der Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs der staatlichen Funktionsziffer 741 keine entsprechende kommunale Gliederungssystematik gegenüber, so daß der Zahlungsverkehr dieses Verkehrsbereichs auf kommunaler Ebene unter den Verkehrsunternehmen bzw. den Straßen ausgewiesen wird. Hieraus resultiert ein positiver Zahlungsverkehrssaldo im Bereich „Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr“ in Höhe von 1,2 Mrd. DM und ein negativer Verkehrssaldo bei den Verkehrsunternehmen bzw. den Straßen in ähnlicher Höhe. Analog hierzu läßt sich der überwiegende Teil der Zahlungsverkehrssalden der restlichen Funktionen erklären.

Dr. Johannes Natrop

Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe 1984

Vorbemerkung

Auf Anordnung des Rates der Europäischen Gemeinschaften¹⁾ wurden für 1984 die Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel sowie Bank- und Versicherungsgewerbe erhoben. Diese Befragung fand zum dritten Mal seit 1978 gleichzeitig mit einer Arbeitskostenerhebung im Produzierenden Gewerbe statt und ermöglicht daher einen aktuellen Vergleich zwischen diesen Wirtschaftsbereichen. Dieser Vergleich kann jedoch nur für die „Aufwendungen je Arbeitnehmer“ durchgeführt werden, da im Dienstleistungsbereich auf die Untergliederung der Aufwendungen nach Arbeitern und Angestellten verzichtet wird.

Die Arbeitskosten werden mit Stichprobenerhebungen erfragt. Während für das Produzierende Gewerbe mit der Kartei des Produzierenden Gewerbes eine geeignete und aktuelle Auswahlgrundlage zur Verfügung stand, mußte für den Groß- und Einzelhandel auf die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung (HGZ) von 1979 und für das Bank- und Versicherungsgewerbe auf zwar aktuellere, aber nicht allen Forderungen des Stichprobenplanes genügende Verwaltungsunterlagen der Deutschen Bundesbank und der Aufsichtsämter für das Versicherungswesen zurückgegriffen werden. Die HGZ 1979 erwies sich als ziemlich veraltete Auswahlgrundlage: Die Statistischen Landesämter hatten von zahlreichen Stichprobenunternehmen, insbesondere Kleinunternehmen des Einzelhandels, keine Meldungen erhalten, da die angeschriebenen Unternehmen teils nicht mehr als selbständige Einheiten bestanden hatten oder ihre Arbeitnehmerzahl unter die Abschneidegrenze von zehn gesunken und damit die Auskunftspflicht erloschen war.

Ausfälle ergaben sich allerdings auch aus der der Arbeitskostenerhebung zugrunde liegenden Aufgabenstellung, die Kosten von I I beschäftigter Arbeitnehmer darzustellen. So wurden Unternehmen, in denen überwiegend von der Sozialversicherungspflicht befreite Teilzeitbeschäftigte tätig waren, teilweise von der Erhebung ausgeschlossen. Die übrigen Unternehmen wurden gebeten, diese Arbeitnehmer und die auf sie entfallenden Kosten aus den im Fragebogen geforderten Angaben auszuschließen, wenn

ihnen dies nach den vorliegenden Abrechnungsunterlagen ohne allzu großen Aufwand möglich war. Die schließlich erfaßten, von der Sozialversicherungspflicht befreiten Personen, knapp 48 000, darunter 32 000 im Einzelhandel, wurden entsprechend dem Verhältnis zwischen den mit ihnen vereinbarten Arbeitsstunden und der betrieblichen Wochenarbeitszeit in Vollzeiteinheiten umgerechnet. Die sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten wurden, wie in den bisherigen Erhebungen, durch Multiplikation mit 0,6 zu den Vollzeiteinheiten „verdichtet“.

Die dargestellten Umstände bzw. Erfordernisse haben sich besonders auf die Ergebnisse im Einzelhandel, vor allem bei den Kleinunternehmen des Einzelhandels, ausgewirkt. So war hier die Zahl der in der Erhebung repräsentierten Kleinunternehmen 1984 um 23 % und ihre Beschäftigtenzahl um 17 % geringer als nach den Ergebnissen der 1981er Erhebung, für die die (gleiche) Auswahlgrundlage aktueller gewesen war und bei der das Problem der Teilzeitbeschäftigung in der Aufbereitung etwas anders behandelt worden war.

Zusammensetzung der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen

Da zwischen der Zusammensetzung der Arbeitnehmer und dem Niveau der Arbeitskosten in den Unternehmen ein enger Zusammenhang besteht, wird vor der Darstellung der Personalaufwendungen ein Überblick über die Beschäftigtenstruktur in den erfaßten Wirtschaftsbereichen gegeben. Die letzten detaillierten Angaben hierzu stammen zwar aus der schon weiter zurückliegenden Gehalts- und Lohnstrukturerhebung von 1978, jedoch lassen die uns vorliegenden neueren Informationen erwarten, daß die damals beobachteten charakteristischen Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen im wesentlichen erhalten geblieben sind.

Bei Betrachtung der Tabelle 1 fällt zunächst die unterschiedliche Höhe des Anteils der Arbeiter an den Beschäftigten auf, die im Handel mit 35 % (Großhandel) bzw. 23 % (Einzelhandel) erhebliche, im Bank- und Versicherungsgewerbe — mit 6 bzw. 4 % — geringe Bedeutung haben. Als weiterer Unterschied zwischen diesen Wirtschaftsbereichen ist für die Angestellten, besonders anhand der für die Leistungsgruppen III und IV angegebenen Werte, festzustellen, daß höher bewertete Angestelltentätigkeiten im Handel seltener sind als im Bank- und Versicherungsgewerbe. Während hier fast die Hälfte der Beschäftigten Arbeiten der Leistungsgruppe III ausführt, ist im Einzelhandel fast derselbe Anteil aller Angestellten in den Leistungsgruppen IV oder V beschäftigt. Weitere Merkmale des Einzelhandels sind der — besonders gegenüber dem Großhandel — hohe Anteil weiblicher und, wohl auch im Zusammenhang damit, teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer (66 bzw. 23 %). In der Zusammensetzung der Beschäftigten des Bankgewerbes einerseits und des Versicherungsgewerbes andererseits bestehen keine erheblichen Unterschiede. Zu erwähnen ist lediglich der höhere Anteil der männlichen Angestellten sowie der Angehörigen der Leistungsgruppen I und II im Versicherungsgewerbe.

¹⁾ EG-Verordnung Nr. 3149/83 vom 4. November 1983

Gegenüber dem Dienstleistungsbereich unterscheiden sich die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe vor allem durch den hohen Arbeiteranteil (71 %); relativ gering sind hier die Anteile der weiblichen und der teilzeitbeschäftigten Arbeitskräfte. Wie die Angaben über die Angestellten in Tabelle 1 zeigen, üben sie im Produzierenden Gewerbe noch häufiger als im Versicherungsgewerbe höherwertige Tätigkeiten aus.

Da in aller Regel die Arbeitskosten von Angehörigen der höheren Leistungsgruppen/Angestellten/Männern/Vollbeschäftigten über den Werten von Angehörigen der unteren Leistungsgruppen/Arbeitern/Frauen/Teilzeitbeschäftigten liegen, kann aus der Beschäftigtenstruktur der Wirtschaftszweige in etwa auch die Rangordnung der Wirtschaftszweige nach der Höhe der Arbeitskosten abgelesen werden.

Durchschnittliche Arbeitskosten
1978, 1981 und 1984

Wie in den vorangegangenen Erhebungen wurde auch 1984 ein erheblicher Unterschied zwischen dem Arbeitskostenniveau im Groß- und Einzelhandel sowie dem Bank- und Versicherungsgewerbe festgestellt: Mit 43 800 DM beliefen sich die Kosten je Arbeitnehmer im Handel auf knapp 70 % der Aufwendungen des Bank- und Versicherungsgewerbes (63 200 DM, siehe Tabelle 2). Für die Jahre 1978 und 1981 war nahezu derselbe prozentuale Abstand ermittelt worden. Auch die Kostenrelationen zum Produzierenden Gewerbe blieben in etwa konstant: Die Aufwendungen je Arbeitnehmer im Produzierenden Ge-

werbe (54 000 DM) lagen etwa in der Mitte zwischen den Angaben des Handels sowie des Bank- und Versicherungsgewerbes; die Aufwendungen der Arbeiter (46 300 DM) entsprachen eher den Arbeitskosten des Handels, die Aufwendungen der Angestellten (71 400 DM) den Aufwendungen des Bank- und Versicherungsgewerbes. Wie in den früheren Erhebungen ergab sich bei den Arbeitskosten zwischen dem Groß- und dem Einzelhandel (49 300 zu 39 400 DM) ein wesentlich größerer Unterschied als zwischen dem Bank- und dem Versicherungsgewerbe (61 700 gegenüber 66 800 DM).

In keinem der erfaßten Dienstleistungsbereiche war eine so deutliche Abstufung der Arbeitskosten nach der Unternehmensgröße zu beobachten wie im Produzierenden Gewerbe. So betrug der Abstand zwischen den Arbeitskosten der höchsten und der niedrigsten Unternehmensgrößenklasse 1984 im Bankgewerbe, dem Dienstleistungsbereich mit der stärksten Differenzierung nach der Unternehmensgröße, lediglich 17 %, während im Produzierenden Gewerbe ein Abstand von 30 % zwischen diesen Größenklassen festgestellt wurde. Im Versicherungsgewerbe war kaum ein Einfluß der Unternehmensgröße auf die Höhe der Arbeitskosten nachzuweisen.

Die Arbeitskosten in den einzelnen Sparten des Großhandels zeigten mit Werten von 42 100 bis 58 900 DM eine relativ starke Streuung, während sich die Aufwendungen der Einzelhandelszweige innerhalb einer ziemlich engen Spanne bewegten (36 300 bis 43 600 DM). Im Bankgewerbe wurde für Realkreditinstitute, dem Wirtschaftszweig mit dem höchsten Kostenniveau, etwa derselbe Wert wie für die Angestellten im Produzierenden Gewerbe festgestellt.

Tabelle 1 Zusammensetzung der Beschäftigten im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe 1978
Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1978
Prozent

Wirtschaftsbereich	Anteil der Arbeiter an allen Arbeitnehmern				Anteil der Angestellten an allen Arbeitnehmern					
	insgesamt	davon Arbeiter der Leistungsgruppe ¹⁾			insgesamt	davon Angestellte der Leistungsgruppe ¹⁾				
		1	2	3		I	II	III	IV	V
Beschäftigte:										
Großhandel insgesamt	34,6	13,0	11,0	10,5	65,4	2,6	9,6	29,5	20,4	3,4
darunter										
Frauen	6,3	0,3	1,1	4,9	24,9	0,1	1,1	9,0	12,3	2,4
Teilzeitkräfte ²⁾	2,9	0,1	0,5	2,3	5,0	—	0,1	1,7	2,6	0,6
Einzelhandel insgesamt	22,6	7,9	3,9	10,9	77,4	0,9	7,3	22,1	43,2	3,8
darunter										
Frauen	10,6	1,3	1,9	7,4	55,6	0,1	2,1	12,6	37,7	3,2
Teilzeitkräfte ²⁾	4,6	0,4	0,5	3,7	17,9	—	0,3	2,6	13,8	1,2
Bankgewerbe insgesamt	5,8	1,8	1,5	2,6	94,2	3,5	15,4	48,0	20,8	6,4
darunter										
Frauen	2,7	0,1	0,5	2,1	46,5	0,1	1,8	24,3	15,6	4,8
Teilzeitkräfte ²⁾	2,1	0,1	0,3	1,7	5,1	0,0	0,2	1,9	2,1	0,9
Versicherungsgewerbe insgesamt	4,1	1,9	0,1	2,1	95,9	4,5	20,3	48,3	19,0	3,9
darunter										
Frauen	2,3	0,4	0,0	1,7	39,1	0,1	2,6	23,0	10,6	2,8
Teilzeitkräfte ²⁾	1,2	0,1	0,0	1,0	3,4	—	0,1	1,9	1,1	0,3
nachrichtlich										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	71,4	35,9	21,3	14,2	28,6	1,5	7,5	13,6	5,5	0,6
darunter										
Frauen	14,7	0,9	6,1	7,7	8,4	0,0	0,5	3,5	3,8	0,5
Teilzeitkräfte ²⁾	2,0	0,2	0,7	1,1	1,3	0,0	0,0	0,5	0,6	0,1
Arbeiter/Angestellte für sich insgesamt	100	50,3	29,8	19,8	100	5,1	26,0	47,4	19,3	2,1
darunter										
Frauen	20,6	1,3	8,5	10,7	29,2	0,1	1,8	12,4	13,2	1,8
Teilzeitkräfte ²⁾	2,7	0,2	1,1	1,5	4,4	0,0	0,2	1,7	2,1	0,4

¹⁾ Kurzdefinition der Leistungsgruppen (LG) LG 1 Facharbeiter — LG 2 Angelernte Arbeiter — LG 3 Ungelernte Arbeiter — LG I Leitende Angestellte — LG II Angestellte mit verantwortlicher Tätigkeit und eingeschränkter Dispositionsbefugnis — LG III Angestellte mit fachlich qualifizierter, selbständiger Tätigkeit nach allgemeiner Anweisung — LG IV Angestellte mit fachlich qualifizierter Tätigkeit ohne Entscheidungsbefugnis — LG V Angestellte mit einfacher, schematischer Tätigkeit — ²⁾ In Vollzeiteneinheiten umgerechnet

Über diesem Wert lagen nur die Arbeitskosten in der Rückversicherung²⁾.

Von 1981 bis 1984 erhöhten sich die Kosten je Arbeitnehmer in den erfaßten Dienstleistungsbereichen um 14,3 % (Großhandel) bis 17,4 % (Einzelhandel), also in ähnlichem Umfang wie im Produzierenden Gewerbe. Die relativ hohe Zunahme im Einzelhandel dürfte teilweise auf die oben dargestellte hohe Ausfallquote und die gegenüber 1981 etwas modifizierte Behandlung der Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen sein. Das wird besonders durch die hohe Zuwachsrate der Arbeitskosten in Kleinunternehmen (21,7 %) gestützt, bei denen die meisten Ausfälle zu verzeichnen waren. Denn es ist zu vermuten, daß die 1984 ausgefallenen Unternehmen im Jahr 1981 wohl eher unter-

durchschnittliche Arbeitskosten angegeben hatten, so daß ihr Ausfall 1984 eine Anhebung des Durchschnittswertes bewirkt haben dürfte. Vom Einzelhandel abgesehen lagen die Zuwachsraten in den Dienstleistungsbereichen — wie im Produzierenden Gewerbe — unter den Vergleichswerten für den Zeitraum von 1978 bis 1981; die Entwicklung der Arbeitskosten je Arbeitnehmer hat sich also in den Jahren 1981 bis 1984 verlangsamt.

Im gesamten Zeitraum von 1978 bis 1984 erhöhten sich die Arbeitskosten je Vollbeschäftigten im Dienstleistungsbereich insgesamt mit rund 37 % etwas weniger als im Produzierenden Gewerbe (40 %). Die Aufwendungen im Großhandel und im Versicherungsgewerbe stiegen mit 41 und 40 % in etwa gleichem Umfang wie im Produzierenden Gewerbe, während sich im Einzelhandel mit 34 % eine relativ geringere Zuwachsrate ergab.

²⁾ Siehe Tabelle auf S. 27*

Tabelle 2: Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer¹⁾ im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe sowie im Produzierenden Gewerbe nach Unternehmensgrößenklassen

Unternehmen mit Arbeitnehmern ²⁾	Groß- und Einzelhandel	Großhandel ³⁾	Einzelhandel ⁴⁾	Bank- und Versicherungs-gewerbe	Bank-gewerbe	Versiche-rungs-gewerbe	Produzierendes Gewerbe		
							insgesamt	Arbeiter	Angestellte
DM									
1984									
10 und mehr	43 795	49 294	39 422	63 225	61 715	66 847	53 987	46 280	71 397
10 — 49	41 883	46 695	37 084	56 692	56 099	67 964	43 687	41 372	52 169
50 — 99	46 006	49 388	38 887	57 749	57 255	63 886	46 002	41 573	59 154
100 — 199	45 205	48 835	38 391	57 560	56 659	64 952	47 677	42 198	61 609
200 — 499	46 252	50 278	40 122	58 299	56 255	66 607	49 978	43 598	64 505
500 — 999	44 627	52 718	38 311	62 513	58 780	69 073	52 645	44 992	67 842
1 000 und mehr	43 333	54 625	41 122	67 245	67 690	66 566	62 246	51 683	81 641
1981									
10 und mehr	37 714	43 143	33 579	54 457	53 413	57 203	46 728	40 813	61 159
10 — 49	35 232	40 649	30 473	47 809	47 434	55 396	38 141	36 501	44 685
50 — 99	39 635	42 773	33 982	48 579	48 158	55 827	40 602	36 924	52 937
100 — 199	39 992	43 410	33 827	50 031	49 479	54 467	41 736	37 270	53 822
200 — 499	39 521	43 130	33 700	50 295	48 891	57 225	43 083	38 061	55 668
500 — 999	38 108	45 643	33 239	53 790	52 517	56 654	45 458	39 621	58 338
1 000 und mehr	38 124	49 608	35 728	58 072	58 442	57 475	53 573	45 649	69 112
1978									
10 und mehr	31 977	34 975	29 450	46 017	45 307	47 816	38 444	33 608	50 780
10 — 49	30 186	33 229	27 036	39 673	39 284	48 132	32 175	30 829	37 723
50 — 99	33 069	35 013	29 371	42 016	41 708	46 627	33 058	30 351	42 753
100 — 199	33 119	35 367	28 322	42 359	41 656	48 245	34 454	30 828	45 443
200 — 499	32 496	35 301	28 020	42 835	42 102	47 004	35 797	31 826	46 258
500 — 999	31 709	37 020	28 205	44 420	44 293	44 769	37 555	32 660	48 888
1 000 und mehr	32 770	38 260	31 671	48 952	49 403	48 284	43 399	36 888	56 775
Zunahme in %									
1984 gegenüber 1981									
10 und mehr	16,1	14,3	17,4	16,1	15,5	16,9	15,5	13,4	16,7
10 — 49	18,9	14,9	21,7	18,6	18,3	22,7	14,5	13,3	16,9
50 — 99	16,1	15,5	14,4	18,9	18,9	14,4	13,3	12,6	11,7
100 — 199	13,0	12,5	13,5	15,0	14,5	19,3	14,2	13,2	14,5
200 — 499	17,0	16,6	19,1	15,9	15,1	16,4	16,0	14,5	15,9
500 — 999	17,1	15,5	15,3	16,2	11,9	21,9	15,8	13,6	16,3
1 000 und mehr	13,7	10,1	15,1	15,8	15,8	15,8	16,2	13,2	18,1
1981 gegenüber 1978									
10 und mehr	17,9	23,4	14,0	18,3	17,9	19,6	21,5	21,4	20,4
10 — 49	16,7	22,3	12,7	20,5	20,7	15,1	18,5	18,4	18,5
50 — 99	19,9	22,2	15,7	15,6	15,5	19,7	22,8	21,7	23,8
100 — 199	20,8	22,7	19,4	18,1	18,8	12,9	21,1	20,9	18,4
200 — 499	21,6	22,2	20,3	17,4	16,1	21,7	20,4	19,6	20,3
500 — 999	20,2	23,3	17,8	21,1	18,6	26,5	21,0	21,3	19,3
1 000 und mehr	16,3	29,7	12,8	18,6	18,3	19,0	23,4	23,8	21,7
1984 gegenüber 1978									
10 und mehr	37,0	40,9	33,9	37,4	36,2	39,8	40,4	37,7	40,6
10 — 49	38,7	40,5	37,2	42,9	42,8	41,2	35,8	34,2	38,3
50 — 99	39,1	41,1	32,4	37,4	37,3	37,0	39,2	37,0	38,4
100 — 199	36,5	38,1	35,6	35,9	36,0	34,6	38,4	36,9	35,6
200 — 499	42,3	42,4	43,2	36,1	33,6	41,7	39,6	37,0	39,4
500 — 999	40,7	42,4	35,8	40,7	32,7	54,3	40,2	37,8	38,8
1 000 und mehr	32,2	42,8	29,8	37,4	37,0	37,9	43,4	40,1	43,8

¹⁾ Ohne Auszubildende, Teilzeitbeschäftigte wurden im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet — ²⁾ Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende — ³⁾ Ohne Rückgewinnung — ⁴⁾ Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen

Tabelle 3 Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer¹⁾ in den Zweigen des Groß- und Einzelhandels in % des Wirtschaftszweiges mit den höchsten Arbeitskosten

Wirtschaftszweig	1978	1981	1984
Großhandel mit ²⁾			
Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	75	71	72
Nahrungs- und Genußmitteln	74	70	74
landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren	82	75	80
Holz und Baustoffen	80	80	82
Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren	79	79	84
pharmazeutischen, medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln	76	78	89
Maschinen, technischem Bedarf und Fahrzeugen	91	89	92
Brennstoffen, Erzen und technischen Chemikalien	100	100	100
Einzelhandel mit ³⁾			
Nahrungs- und Genußmitteln	82	80	83
Schuhen und Lederwaren	83	81	84
medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln (einschl. Apotheken)	83	83	88
Heimtextilien	86	90	92
Bekleidung	88	86	93
Sortimenteinzelnhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nicht-Lebensmittel	97	95	96
Büchern, Zeitungen, Papierwaren, Bürobedarf	98	92	98
Einrichtungsgegenständen und Haushaltsartikeln	100	100	100

1) Ohne Auszubildende, Teilzeitbeschäftigte wurden im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet — 2) Ohne Rückgewinnung — 3) Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen.

Die in diesem Zeitraum besonders starke Zunahme der Arbeitskosten bei Großunternehmen des Produzierenden Gewerbes findet nur im Großhandel eine gewisse Entsprechung. Im Einzelhandel und Versicherungsgewerbe lag die Zuwachsrate der Arbeitskosten in diesen Unternehmen unter dem Durchschnitt für alle Größenklassen³⁾.

In den Zweigen des Einzelhandels erhöhten sich die Aufwendungen je Arbeitnehmer 1978 bis 1984 ziemlich gleichmäßig (siehe Tabelle 3). So blieb ihre Rangordnung in diesem Zeitraum unverändert. Dagegen zeigten sich in der Rangfolge der Großhandelssparten größere Verschiebungen. So gehörte zum Beispiel der Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln 1978 zu den drei Wirtschaftszweigen mit den geringsten und 1984 zu den drei Wirtschaftszweigen mit den höchsten Arbeitskosten.

Anteil der Löhne und Gehälter an den Arbeitskosten

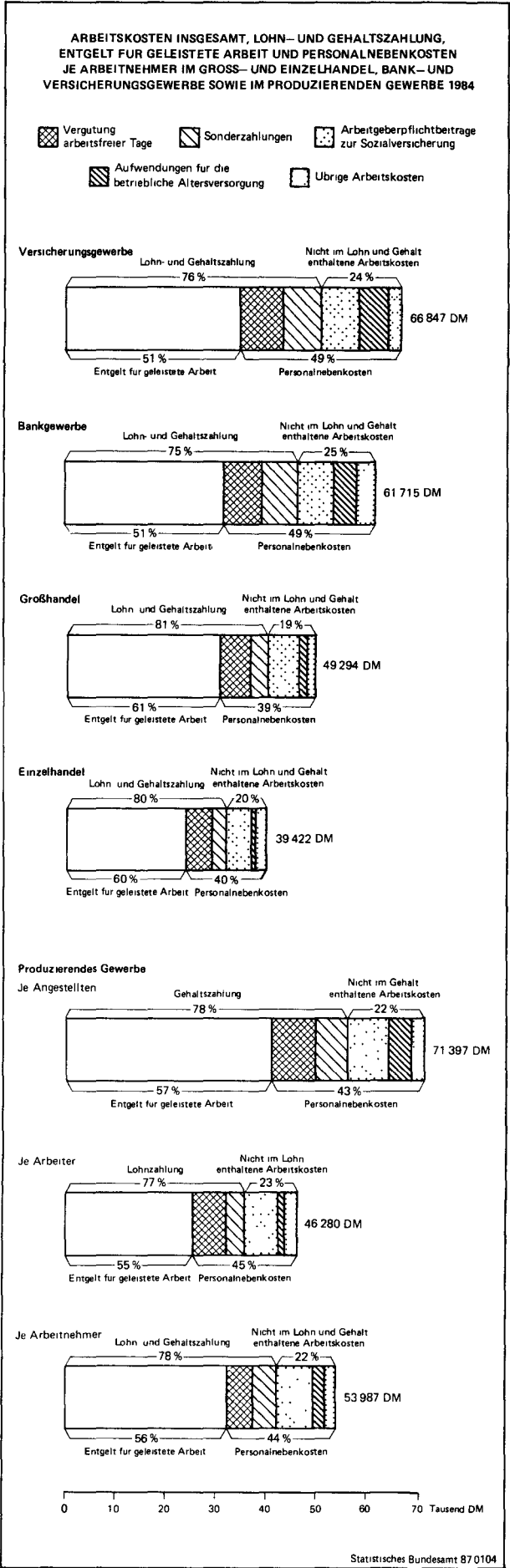
Auch 1984 bildeten die Lohnzahlungen den weitaus größten Bestandteil der Arbeitskosten. Wie Schaubild 1 zeigt, bestimmt das Verdienstniveau die Rangordnung der Wirtschaftszweige nach den Arbeitskosten. Auf die Lohn- und Gehaltszahlungen entfielen im Handel rund 80 % und im Bank- und Versicherungsgewerbe 75 % der Gesamtaufwendungen. Allerdings ist im gesamten Beobachtungszeitraum ein — geringfügiger — Rückgang des Lohnanteils zu beobachten.

Anteil der Löhne und Gehälter an den gesamten Arbeitskosten %

	Großhandel	Einzelhandel	Bankgewerbe	Versicherungsgewerbe	Produzierendes Gewerbe
1978	82,4	81,1	75,5	78,5	80,4
1981	82,0	80,7	75,6	76,5	79,6
1984	81,2	80,0	74,8	75,5	77,8

3) Siehe Tabelle auf S. 28*

Schaubild 1



Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage

In den Arbeitskostenerhebungen werden die Sonderzahlungen und die Vergütung arbeitsfreier Tage als Bestandteile der Löhne und Gehälter nachgewiesen. Die Sonderzahlungen werden in der Gliederung nach „Urlaubsgeld“, „vermögenswirksamen Leistungen“ sowie „Gratifikationen“ (Weihnachtsgeld, Jahresabschlußzahlungen, 13. Monatsgehalt u. ä.) erfaßt. Wie in den vorangegangenen Erhebungen wurden hier erhebliche Unterschiede zwischen dem Handel sowie dem Bank- und Versiche-

rungsgewerbe festgestellt: So standen Zahlungen von 7 270 DM in Banken und 7 570 DM in Versicherungen Leistungen von 3 520 DM im Großhandel und 2 730 DM im Einzelhandel gegenüber (siehe Tabelle 4). Auch am eigenen Verdienstniveau gemessen erscheinen die Leistungen im Bank- und Versicherungsgewerbe ungewöhnlich hoch: Sie entsprachen hier 2,2 bzw. 2,1 Monatsverdiensten, während sie im Handel nur etwa 1,1 und auch im Produzierenden Gewerbe nur 1,5 Monatsverdienste betrugen. Zwischen den Unternehmensgrößenklassen differierten die Sonderzahlungen wesentlich stärker als die Löhne

Tabelle 4: Struktur der Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer¹⁾ im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und Versicherungsgewerbe sowie im Produzierenden Gewerbe
Unternehmen mit 10 Arbeitnehmern und mehr²⁾

Kostenart	Großhandel ³⁾		Einzelhandel ⁴⁾		Bank-gewerbe		Versicherungs-gewerbe		Produzierendes Gewerbe	
	DM	% ⁵⁾	DM	% ⁵⁾	DM	% ⁵⁾	DM	% ⁵⁾	DM	% ⁵⁾
im Jahr 1984										
Arbeitskosten insgesamt	49 294	163,8	39 422	167,8	61 715	196,5	66 847	194,3	53 987	179,2
Löhne und Gehälter ⁶⁾	40 003	132,9	31 550	134,3	46 175	147,0	50 481	146,7	42 020	139,5
Entgelt für geleistete Arbeit ⁷⁾	30 092	100	23 495	100	31 413	100	34 410	100	30 131	100
Personalnebenkosten insgesamt	19 202	63,8	15 927	67,8	30 301	96,5	32 437	94,3	23 857	79,2
Gesetzliche Personalnebenkosten ⁸⁾	9 055	30,1	7 395	31,5	10 366	33,0	11 447	33,3	10 436	34,6
Sonderzahlungen insgesamt ⁹⁾	3 516	11,7	2 731	11,6	7 273	23,2	7 569	22,0	4 643	15,4
Gratifikationen	2 262	7,5	1 661	7,1	6 433	20,5	5 254	15,3	2 696	8,9
Urlaubsgeld	805	2,7	786	3,3	332	1,1	1 730	5,0	1 450	4,8
Vermögenswirksame Leistungen	449	1,5	285	1,2	507	1,6	584	1,7	496	1,6
Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	6 395	21,3	5 323	22,7	7 489	23,8	8 503	24,7	7 247	24,1
Urlaubsvergütung	3 909	13,0	3 291	14,0	4 436	14,1	4 876	14,2	4 229	14,0
Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	998	3,3	942	4,0	1 279	4,1	1 492	4,3	1 433	4,8
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 487	4,9	1 091	4,6	1 774	5,6	2 135	6,2	1 585	5,3
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	6 524	21,7	5 312	22,6	7 259	23,1	7 752	22,5	7 299	24,2
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	1 210	4,0	688	2,9	4 550	14,5	5 798	16,8	2 357	7,8
dar: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ¹⁰⁾	545	1,8	287	1,2	1 774	5,6	2 839	8,3	1 197	4,0
Aufwendungen für die berufliche Bildung	804	2,7	1 311	5,6	1 890	6,0	1 177	3,4	854	2,8
Übrige Personalnebenkosten	753	2,5	560	2,4	1 840	5,9	1 639	4,8	1 457	4,8
im Jahr 1981										
Arbeitskosten insgesamt	43 143	162,0	33 579	165,9	53 413	195,2	57 203	192,5	46 728	175,5
Löhne und Gehälter ⁶⁾	35 364	132,8	27 108	133,9	40 383	147,6	43 758	147,2	37 188	139,6
Entgelt für geleistete Arbeit ⁷⁾	26 627	100	20 238	100	27 360	100	29 719	100	26 630	100
Personalnebenkosten insgesamt	16 516	62,0	13 341	65,9	26 053	95,2	27 484	92,5	20 099	75,5
Gesetzliche Personalnebenkosten ⁸⁾	7 912	29,7	6 346	31,4	8 873	32,4	10 034	33,8	9 195	34,5
Sonderzahlungen insgesamt ⁹⁾	3 106	11,7	2 332	11,5	6 315	23,1	6 442	21,7	3 965	14,9
Gratifikationen	1 974	7,4	1 488	7,4	5 535	20,2	4 566	15,4	2 227	8,4
Urlaubsgeld	742	2,8	584	2,9	296	1,1	1 274	4,3	1 247	4,7
Vermögenswirksame Leistungen	390	1,5	261	1,3	484	1,8	602	2,0	491	1,8
Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	5 630	21,1	4 538	22,4	6 708	24,5	7 596	25,6	6 594	24,8
Urlaubsvergütung	3 220	12,1	2 553	12,6	3 765	13,8	4 212	14,2	3 663	13,8
Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	1 059	4,0	937	4,6	1 334	4,9	1 589	5,3	1 459	5,5
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 351	5,1	1 048	5,2	1 609	5,9	1 795	6,0	1 472	5,5
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	5 467	20,5	4 330	21,4	5 910	21,6	6 599	22,2	6 143	23,1
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	1 038	3,9	543	2,7	4 055	14,8	4 474	15,1	1 609	6,0
dar: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ¹⁰⁾	474	1,8	252	1,2	1 632	6,0	1 948	6,6	721	2,7
Aufwendungen für die berufliche Bildung	687	2,6	1 080	5,3	1 422	5,2	949	3,2	682	2,6
Übrige Personalnebenkosten	588	2,2	518	2,6	1 644	6,0	1 423	4,8	1 106	4,2
im Jahr 1978										
Arbeitskosten insgesamt	34 975	157,8	29 450	162,1	45 307	192,9	47 816	184,2	38 444	170,1
Löhne und Gehälter ⁶⁾	28 825	130,1	23 889	131,5	34 187	145,6	37 549	144,6	30 911	136,8
Entgelt für geleistete Arbeit ⁷⁾	22 161	100	18 165	100	23 484	100	25 962	100	22 603	100
Personalnebenkosten insgesamt	12 814	57,8	11 285	62,1	21 822	92,9	21 854	84,2	15 840	70,1
Gesetzliche Personalnebenkosten ⁸⁾	6 444	29,1	5 544	30,5	7 410	31,6	8 231	31,7	7 593	33,6
Sonderzahlungen insgesamt ⁹⁾	2 379	10,7	1 981	10,9	5 362	22,8	5 403	20,8	3 059	13,5
Gratifikationen	1 612	7,3	1 273	7,0	4 661	19,8	4 034	15,5	1 733	7,7
Urlaubsgeld	518	2,3	557	3,1	237	1,0	790	3,0	918	4,1
Vermögenswirksame Leistungen	249	1,1	151	0,8	465	2,0	579	2,2	407	1,8
Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	4 285	19,3	3 743	20,6	5 341	22,7	6 184	23,8	5 249	23,2
Urlaubsvergütung	2 424	10,9	2 055	11,3	2 916	12,4	3 407	13,1	2 760	12,2
Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	750	3,4	757	4,2	1 114	4,7	1 271	4,9	1 286	5,7
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 111	5,0	930	5,1	1 311	5,6	1 506	5,8	1 202	5,3
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	4 550	20,5	3 819	21,0	4 967	21,2	5 439	20,9	5 009	22,2
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	710	3,2	530	2,9	4 092	17,4	3 333	12,8	1 234	5,5
dar: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ¹⁰⁾	312	1,4	266	1,5	1 937	8,2	1 437	5,5	584	2,6
Aufwendungen für die berufliche Bildung	496	2,2	769	4,2	980	4,2	550	2,1	486	2,2
Übrige Personalnebenkosten	393	1,8	442	2,4	1 081	4,6	944	3,6	804	3,6

¹⁾ Ohne Auszubildende, Teilzeitbeschäftigte wurden im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet — ²⁾ Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende — ³⁾ Ohne Rückgewinnung — ⁴⁾ Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen — ⁵⁾ Bezogen auf das Entgelt für geleistete Arbeit — ⁶⁾ Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage — ⁷⁾ Laufend gezahltes Entgelt für die geleistete Arbeitszeit (Jahreslohn- und -gehaltssumme vermindert um die Sonderzahlungen, die Vergütung arbeitsfreier Tage sowie soziale Bestandteile, wie z. B. Verheiraten- und Kinderzuschläge) — ⁸⁾ Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen — ⁹⁾ Zahlungen, die im allgemeinen nicht laufend bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung geleistet werden — ¹⁰⁾ Differenz der Pensionsrückstellungen nach Paragraph 6a EStG am 31. Dezember und 1. Januar des jeweiligen Erhebungsjahres

und Gehälter. So beliefen sich die Sonderzahlungen im Bankgewerbe bei Kleinunternehmen auf 1,7, bei Großunternehmen auf 2,4 Monatsverdienste⁴⁾.

Am Gesamtwert der Sonderzahlungen hatten die Gratifikationen bei weitem das größte Gewicht; ihr Anteil schwankte zwischen 61 % (Einzelhandel) und 88 % (Banken). Auf das Urlaubsgeld entfielen im Handel 23 % und in Versicherungen 29 %, während es im Bankgewerbe nur 5 % ausmachte. Der geringe Wert bei Banken dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß kein Tarifaabschluß über Urlaubsgeld im privaten Bankgewerbe vorliegt. Die vermögenswirksamen Leistungen erreichten nur im Großhandel (13 %) mehr als ein Zehntel der Sonderzahlungen.

In allen Wirtschaftsbereichen erhöhten sich die Sonderzahlungen stärker als die Löhne und Gehälter insgesamt. Die einzelnen Formen der Sonderzahlungen entwickelten sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen recht unterschiedlich. Vom Großhandel abgesehen haben in allen Wirtschaftsbereichen die vermögenswirksamen Leistungen relativ wenig zugenommen, im Bank- und Versicherungsgewerbe wohl deshalb, weil in den Tarifaabschlüssen für das private Bank- und Versicherungsgewerbe bereits 1981 Leistungen von 624 DM im Jahr vereinbart waren. Die höchsten Zuwachsraten wurden mit etwa 35 % beim Urlaubsgeld im Einzelhandel und Versicherungsgewerbe festgestellt. Wesentlich geringer stiegen die Gratifikationen. Hierfür wurde mit 16 % die höchste Zuwachsrate im Bankgewerbe ermittelt, ein gegenüber dem Steigerungssatz des Produzierenden Gewerbes (21 %) ziemlich niedriger Wert.

Die Vergütung arbeitsfreier Tage streute mit Werten von 5 300 DM (Einzelhandel) bis 8 500 DM (Versicherungsgewerbe) wesentlich weniger zwischen den Wirtschaftsbereichen als die Sonderzahlungen. Auch die Aufteilung des Gesamtwertes auf die Vergütung der Urlaubstage (57 bis 62 %), Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (16 bis 18 %) sowie die Vergütung gesetzlicher Feiertage (20 bis 25 %) zeigte keine starken Abweichungen. Die Angaben für „Ausfalltage“ entsprachen im Bankgewerbe wie im Produzierenden Gewerbe dem Verdienst von etwa 50 Arbeitstagen; etwas höhere Werte errechneten sich für das Versicherungsgewerbe (52), niedrigere im Einzelhandel (48) und insbesondere im Großhandel (46). Für den gesamten Bereich ohne Großhandel ergaben sich knapp 30 Urlaubs- und 9 Krankheitstage, für den Großhandel 28 bzw. 7 Tage.

Im gesamten Beobachtungszeitraum und Erfassungsbereich (einschl. Produzierendes Gewerbe) wurde bis 1981 von Erhebung zu Erhebung bei der Vergütung arbeitsfreier Tage eine größere Zunahme festgestellt als bei den Lohn- und Gehaltszahlungen. Von 1981 bis 1984 stieg diese Kostenposition erstmals bei Banken und Versicherungen — wie auch im Produzierenden Gewerbe — weniger als die Löhne und Gehälter (jeweils 12 % gegenüber 14 bzw.

15 %)⁵⁾. Für den gesamten Dienstleistungsbereich entwickelten sich die Bestandteile der Vergütung arbeitsfreier Tage von 1981 bis 1984 ziemlich gleichartig, doch waren die Entwicklungstendenzen in den einzelnen Bereichen zum Teil unterschiedlich stark ausgeprägt: Die Lohn- und Gehaltszahlungen im Krankheitsfall gingen damals zurück oder stagnierten (im Einzelhandel), die Vergütung gesetzlicher Feiertage blieb — mit Ausnahme des Versicherungsgewerbes — deutlich hinter der Verdienstentwicklung zurück, während die Urlaubsvergütung auch in diesem Zeitraum, insbesondere im Handel, stärker als die gesamten Lohnkosten zunahm.

Nicht im Lohn enthaltene Arbeitskosten

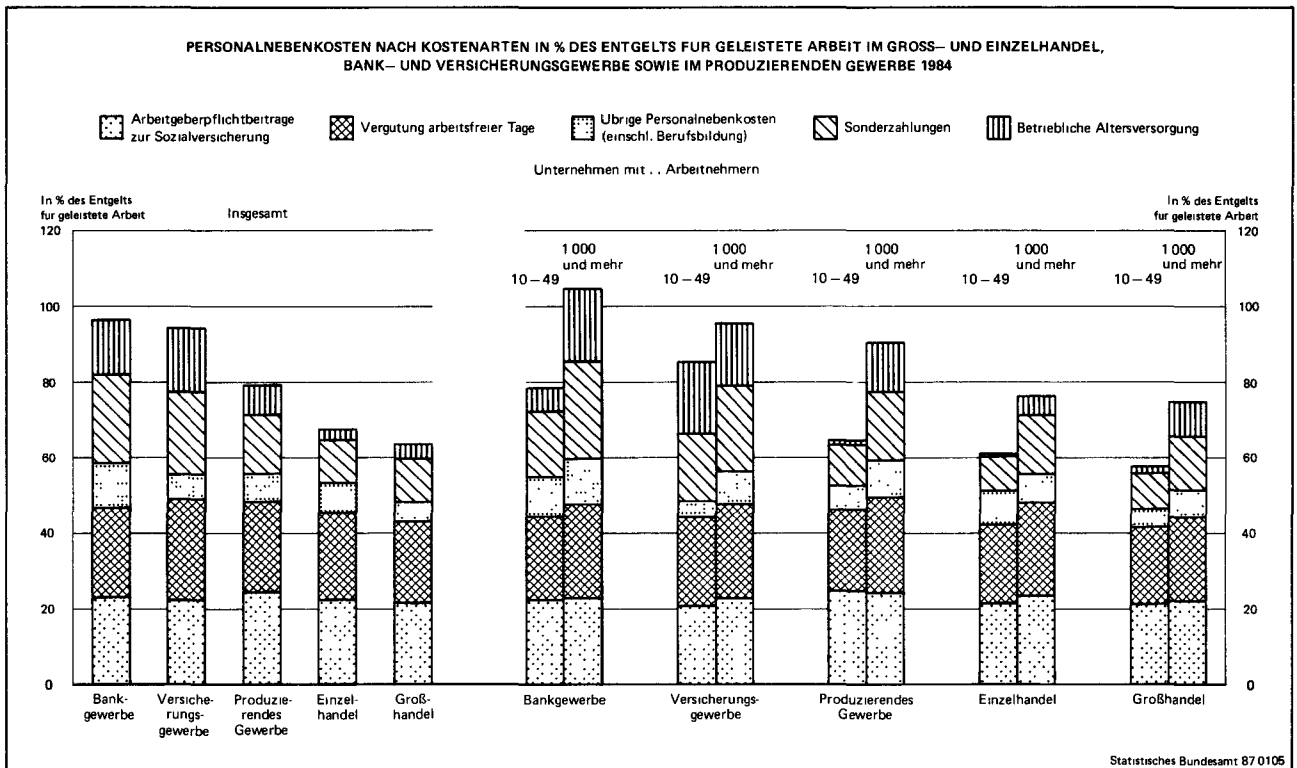
In den meisten Wirtschaftszweigen bilden die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung nach den Lohn- und Gehaltszahlungen die wichtigste Kostenart (siehe Schaubild 2), die auch zwischen den Wirtschaftszweigen mit unterschiedlichem Verdienstniveau relativ wenig schwankt. Die Beitragsbemessungsgrenzen erfordern dabei bei niedrigen Verdiensten relativ hohe, bei hohen Verdiensten relativ niedrige Beitragsleistungen. Entsprechend beliefen sich die Zahlungen des Versicherungsgewerbes (7 750 DM) auf 146 % der vom Einzelhandel abgeführten Beiträge (5 310 DM), während die Lohn- und Gehaltszahlungen des Versicherungsgewerbes 160 % der Löhne und Gehälter des Einzelhandels ausmachten.

Mit Zuwachsraten zwischen 18 % (Versicherungen) und 23 % (Einzelhandel, Banken) erhöhten sich die Sozialversicherungsbeiträge im allgemeinen, abgesehen vom Versicherungsgewerbe, stärker als die Sonderzahlungen. In dieser Entwicklung finden die relativ starken Anhebungen der Beitragsbemessungsgrenzen seit 1981, der erhöhte Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung sowie die 1984 eingeführte Änderung bei der Erfassung der Sonderzahlungen ihren Ausdruck.

Bei den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung, der im allgemeinen wichtigsten freiwilligen Leistung der Unternehmen, waren in allen bisher durchgeführten Arbeitskostenerhebungen sehr erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Dienstleistungsbereichen und den Unternehmensgrößenklassen zu beobachten. Im Jahr 1984 bewegten sich die Aufwendungen in einer Spanne von 690 DM (Einzelhandel) und 5 800 DM (Versicherungen). Die Leistungen der Versicherungen lagen damit deutlich über den Vergleichswerten für die Banken (4 550 DM) und auch über den Aufwendungen dieser Art für die Angestellten im Produzierenden Gewerbe (4 690 DM). Im Handel und Bankgewerbe betrugen die Aufwendungen der Großunternehmen ein Mehrfaches der Leistungen kleiner Unternehmen; nur im Einzelhandel ist eine ähnlich starke Abstufung zwischen den Unternehmensgrößenklassen wie im Produzierenden Gewerbe zu beobachten.

⁴⁾ Siehe Tabelle auf S. 28*f

⁵⁾ Siehe Tabelle auf S. 28*f



Die starke Zunahme der Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung von 1981 auf 1984 im Produzierenden Gewerbe (+ 47 %) fand allenfalls im Versicherungsgewerbe (+ 30 %) und im Einzelhandel (+ 27 %) eine gewisse Entsprechung. Im Bankgewerbe stiegen diese Werte sogar weniger als die Lohn- und Gehaltszahlungen (12 % gegenüber 14 %).

Zwischen dem Niveau der Aufwendungen für die berufliche Bildung und den gesamten Arbeitskosten ist keine enge Beziehung festzustellen. Zwar wurde der höchste Wert (1 890 DM) bei den Banken ermittelt, doch ließ sich der Einzelhandel (1 310 DM) die berufliche Bildung mehr kosten als das Versicherungsgewerbe (1 180 DM), der Großhandel (800 DM) und auch das Produzierende Gewerbe (850 DM). Für diese Kostenart wurde häufig in Kleinunternehmen mehr als in Großunternehmen aufgewendet. Nur die Großunternehmen des Versicherungsgewerbes „investierten“ hier wesentlich mehr als die kleinen Unternehmen.

Von 1981 bis 1984 stiegen die Aufwendungen für die berufliche Bildung mit Zuwachsraten zwischen 17 % (Großhandel) und 33 % (Banken) deutlich mehr als die Lohn- und Gehaltszahlungen. Diese starke Zunahme ist vor allem auf außerordentlich hohe Steigerungsraten bei den Sach- und Fremdkosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung (einschl. Lehrgangskosten) zurückzuführen.

Die sonstigen Arbeitskosten⁶⁾ machten im Bank- und Versicherungsgewerbe sowie im Produzieren-

den Gewerbe zwischen 2 und 3 %, im Handel etwas mehr als 1 % der gesamten Arbeitskosten aus. In Großunternehmen wurden für diese Kostenarten im allgemeinen etwas höhere, in Kleinunternehmen niedrigere Prozentwerte festgestellt. Von 1981 auf 1984 erhöhten sie sich im allgemeinen weniger als die Lohn- und Gehaltszahlungen. Eine Ausnahme bildet hier nur der Großhandel (+ 28 %), bei dem in diesen Jahren — wie im Produzierenden Gewerbe — die Entlassungsentschädigungen besonders zunahmen.

Personalnebenkosten im Verhältnis zum Entgelt für geleistete Arbeit

Mit den Ergebnissen der Arbeitskostenerhebung wird eine wichtige betriebs- und personalwirtschaftliche Kennzahl berechnet, der Quotient Personalnebenkosten zum Entgelt für geleistete Arbeit. Als Entgelt für geleistete Arbeit gelten die Lohn- und Gehaltszahlungen (ohne Sozialzuschläge) abzüglich der Sonderzahlungen und der Vergütung arbeitsfreier Tage, während die Personalnebenkosten die gesamten Arbeitskosten ohne das Entgelt für geleistete Arbeit umfassen. Ein Vergleich dieser Angabe zwischen den einzelnen Dienstleistungsbereichen bestätigt die auch in früheren Erhebungen und bei den Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes zu beobachtende Tendenz, daß diese Kennzahl in Wirtschaftszweigen mit hohen Arbeitskosten relativ große Werte, in Wirtschaftszweigen mit niedrigen Arbeitskosten geringe Werte annimmt. So beliefen sich die Personalnebenkosten im Bank- und Versicherungsgewerbe auf rund 95 %, im Groß- und Einzelhandel dagegen nur auf etwa 65 % des Entgelts für geleistete Arbeit. Allerdings erscheinen die Personalnebenkosten im Bank- und Versicherungsgewerbe auch gegenüber Wirtschaftszweigen mit ähnlichem Kostenniveau im Produzierenden Gewerbe relativ hoch; sie

⁶⁾ Entlassungsentschädigungen, Familienunterstützungen, Wohnungsfürsorge, Beihilfen im Krankheitsfall, Verpflegungszuschüsse, Auslosungen, Naturalleistungen, Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen, sonstige Zuwendungen, sonstige gesetzliche Aufwendungen, Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen

betragen — auf das Entgelt für geleistete Arbeit bezogen — in der Chemischen Industrie (mit Arbeitskosten von 68 200 DM) zum Beispiel nur 90 % und im Luftfahrzeugbau (67 700 DM) nur 82 %.

In allen Dienstleistungsbereichen außer dem Versicherungsgewerbe ist ein erheblicher Einfluß der Unternehmensgröße auf die Relation Personalnebenkosten/Entgelt für geleistete Arbeit festzustellen. So beliefen sich die Personalnebenkosten in Kleinbetrieben des Bankgewerbes auf 79 %, in Großbetrieben dagegen auf 104 % des Entgelts für geleistete Arbeit. Wie Schaubild 2 zeigt, beruhen die Wertunterschiede bei dieser Kennzahl ganz überwiegend auf differierenden Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung, die Sonderzahlungen und die Sammelposition „übrige Personalnebenkosten“. Der auf die Vergütung arbeitsfreier Tage und die Beiträge zur Sozialversicherung entfallende Anteil dieser Kennzahl streute zwischen den Dienstleistungsbereichen nur noch innerhalb einer Spanne von 43 bis 47 %. Der Abstand im Niveau der Personalnebenkosten zwischen Groß- und Kleinunternehmen beruht ebenfalls auf Differenzen bei den Sonderzahlungen und Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung (allerdings nicht im Versicherungsgewerbe), doch sind bei Großunternehmen auch höhere Aufwendungen für Urlaubs- und Krankheitstage, die „übrigen Personalnebenkosten“ und die Sozialversicherungsbeiträge festzustellen. Bei den einzelnen Kostenarten schwanken die Abstände zwischen den Groß- und Kleinunternehmen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche erheblich.

Wie im ganzen bisherigen Beobachtungszeitraum stiegen auch in den Jahren 1981 bis 1984 die Personalnebenkosten stärker als das Entgelt für geleistete Arbeit. Die Kennzahl Personalnebenkosten/Entgelt für geleistete Arbeit erhöhte sich von Erhebungsjahr zu Erhebungsjahr wie folgt:

		Großhandel	Einzelhandel	Bankgewerbe	Versicherungsgewerbe	Produzierendes Gewerbe
1978	57,8	62,1	92,9	84,2	70,1
1981	62,0	65,9	95,2	92,5	75,5
1984	.	63,8	67,8	96,5	94,3	79,2

In allen Wirtschaftsbereichen — außer dem Bankgewerbe — stiegen die gesetzlichen Personalnebenkosten weniger als die Personalnebenkosten insgesamt. Ursache hierfür waren vor allem geringere oder stagnierende Aufwendungen für die gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie die geringe, vorwiegend durch Unregelmäßigkeiten des Kalenders bewirkte Zunahme der Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten

Schlußbemerkung

Die Darstellung der Arbeitskosten in Wirtschaftszweigen mit einer sehr unterschiedlichen Höhe und Zusammensetzung der Personalnebenkosten gibt Anlaß, sich mit der nicht selten in der Öffentlichkeit vertretenen Auffassung auseinanderzusetzen, die hohen Personalnebenkosten verhinderten eine leistungsgerechte Ausrichtung der Personalausgaben. Hierbei wird implizit unterstellt, die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer könne nur durch direkte, möglichst ohne zeitlichen Verzug gewährte Zahlungen für die geleistete Arbeit angeregt werden; Jahresson-

derzahlungen, bezahlte arbeitsfreie Zeiten, eine bessere Absicherung bei Krankheit und im Alter hätten kaum Auswirkung auf ihre Leistung. Demgegenüber ist aus Umfragen bekannt, daß die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik durchaus die in den Personalnebenkosten enthaltenen Leistungen der Arbeitgeber, wie bezahlten Urlaub und die Jahressonderzahlungen, zu schätzen wissen und auch als Gegenleistung für ihre Arbeit ansehen. Allerdings dürfte der Anreiz, den die verschiedenartigen Aufwendungen des Unternehmens bewirken, auch wesentlich von den individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmer abhängen. So wird die Zusage einer Altersrente für einen jungen Arbeitnehmer mit niedrigem Verdienst meist einen geringen, für einen älteren Arbeitnehmer mit höherem Einkommen dagegen häufig einen starken Anreiz bilden. Die personalwirtschaftliche Aufgabenstellung kann also nicht darin gesehen werden, Personalnebenkosten zu vermeiden oder so gering wie möglich zu halten, sondern die zur Verfügung stehenden Mittel so auf die verschiedenen Kostenarten zu verteilen, daß eine optimale Annäherung an die personalwirtschaftlichen Ziele erreicht wird. In diese Überlegungen sind die gesetzlichen und tariflichen Aufwendungen als von außen vorgegebene Daten einzubeziehen.

Die dargestellte Zusammensetzung der Arbeitskosten nach Wirtschaftszweigen läßt vermuten, daß derartige Überlegungen in der Praxis längst ihren Niederschlag gefunden haben. So besteht beispielsweise zwischen dem Einzelhandel und den Versicherungen der größte Unterschied in den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Dies erscheint im Sinne dieser Überlegungen durchaus plausibel, denn die Sozialversicherungsrente dürfte bei Versicherungsangestellten einen wesentlich geringeren Anteil der Arbeitsbezüge ausmachen als bei den Beschäftigten im Einzelhandel, so daß bei Versicherungsangestellten ein viel dringlicheres Interesse an betrieblichen Renten besteht. Dieser Unterschied in den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung zwischen Wirtschaftszweigen mit unterschiedlich hohen Arbeitskosten ist auch im Produzierenden Gewerbe eindeutig zu belegen⁷⁾.

Dipl.-Volkswirt Peter Kaukewitsch

7) Siehe WiSta 8/1986, S. 651 ff., detaillierte Ergebnisse sind in der Fachserie 16, Arbeitskostenerhebungen, Heft 1 „Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1984“ und Heft 2 „Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe 1984“ veröffentlicht

Preise im Jahr 1986

Das Jahr 1986 war für die Preisstatistik ein Jahr der Rekorde, wenn man diesen Ausdruck aus dem Bereich des Sports in der Statistik verwenden darf. Erstmals seit 1953 wies der Preisindex für die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt wieder eine negative Veränderungsrate auf. Am stärksten aber gefallen ist 1986 der Einfuhrpreisindex, nämlich um fast 20 %. Eine so hohe Minusveränderung war bisher noch für keinen Jahresdurchschnitt dieser Indexreihe ermittelt worden. Auch beim Großhandelspreisindex war 1986 mit $-7,4\%$ die stärkste negative Jahresveränderungsrate zu verzeichnen. Das gleiche gilt für den Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, der im Jahresdurchschnitt 1986 um $3,0\%$ niedriger lag als 1985.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im Dezember 1986 um $1,1\%$ unter dem Ergebnis vom Dezember 1985. Damals hatte die jährliche Veränderungsrate noch $+1,8\%$ ausgemacht. Die Bundesrepublik Deutschland gehört damit nach wie vor zu den Ländern mit der günstigsten Verbraucherpreisentwicklung.

Der stärkste Einfluß auf das Preisgeschehen im Inland ging im vergangenen Jahr vom Ausland her aus, insbesondere von fallenden Einfuhrpreisen als Folge des Preisverfalls bei Erdöl und Mineralölerzeugnissen in Verbindung mit einer relativ starken Aufwertung der DM.

Außenwert¹⁾ der D-Mark gegenüber

	dem US- Dollar	dem franzö- sischen Franc	der italie- nischen Lira	dem Pfund Sterling	14 Industrie- ländern
Dezember 1985 = 100					
1986 Januar	102,9	100,3	100,0	104,5	101,4
Februar	107,7	100,3	99,8	109,1	102,2
Marz	111,0	100,5	99,7	109,6	102,8
April	110,5	103,6	100,4	107,0	102,6
Mai	112,8	104,2	100,5	107,4	102,9
Juni	112,4	104,2	100,6	108,0	103,0
Juli	116,8	105,2	100,6	111,9	104,0
August	121,8	106,5	101,0	118,7	105,9
September	123,2	107,1	101,2	121,2	106,8
Oktober	125,4	107,0	101,4	127,2	108,1
November	124,0	106,9	101,4	126,1	108,2
Dezember	126,2	107,3	101,7	127,3	109,0

¹⁾ Umrechnung von Ergebnissen der Deutschen Bundesbank

Dabei ist insbesondere auf den Kursverfall des US-Dollar hinzuweisen, gegenüber dem die DM im Laufe des Jahres 1986 26% an Wert gewann. Gegenüber dem britischen Pfund hat die DM in der gleichen Zeit sogar 27% an Wert gewonnen. Auch die Währungen der meisten anderen wichtigen Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland wurden gegenüber der stabilen DM abgewertet, während sich lediglich gegenüber den Währungen der Schweiz, Österreichs, Japans, Italiens, Belgiens und der Niederlande keine oder nur geringe Veränderungen ergaben.

Aber auch vom Inland ging eher ein stabilisierender Einfluß auf das Preisgeschehen aus. Auf binnenwirtschaftlicher Seite wurde die Stabilität des Preisniveaus im Jahr 1986 vor allem durch relativ maßvolle Einkommenssteige-

rungen auf der Arbeitnehmerseite begünstigt. Die Arbeitnehmerinkommen, gemessen an den durchschnittlichen Bruttowochenverdiensten für Arbeiter in der Industrie und an den Bruttomonatsverdiensten für Angestellte in der Industrie und im Handel, lagen im Jahresdurchschnitt 1986 nach ersten vorläufigen Schätzungen nur um etwa $3,6\%$ höher als im Jahr 1985.

Zweck dieses Aufsatzes ist es, die Preisentwicklung im Inland im Jahr 1986 im Zusammenhang darzustellen, auf preisrelevante Vorgänge im Ausland hinzuweisen und Abhängigkeiten der Preisentwicklung zwischen den verschiedenen Wirtschaftsstufen aufzuzeigen.

Weltmarktpreise, Seefrachten

Für die Beobachtung der für die deutsche Wirtschaft relevanten Weltmarktpreisentwicklung ist der HWWA- Weltmarktpreisindex des Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, besonders gut geeignet, da er auf den deutschen Importbedarf abgestellt ist und mit und ohne Kohle und Erdöl nachgewiesen wird. Einschließlich dieser Energierohstoffe lag der Index im Jahresdurchschnitt 1986 auf Dollar-Basis gerechnet um 27% niedriger als im Jahresdurchschnitt 1985. Damit ist der Index im vierten Jahr

Schaubild 1

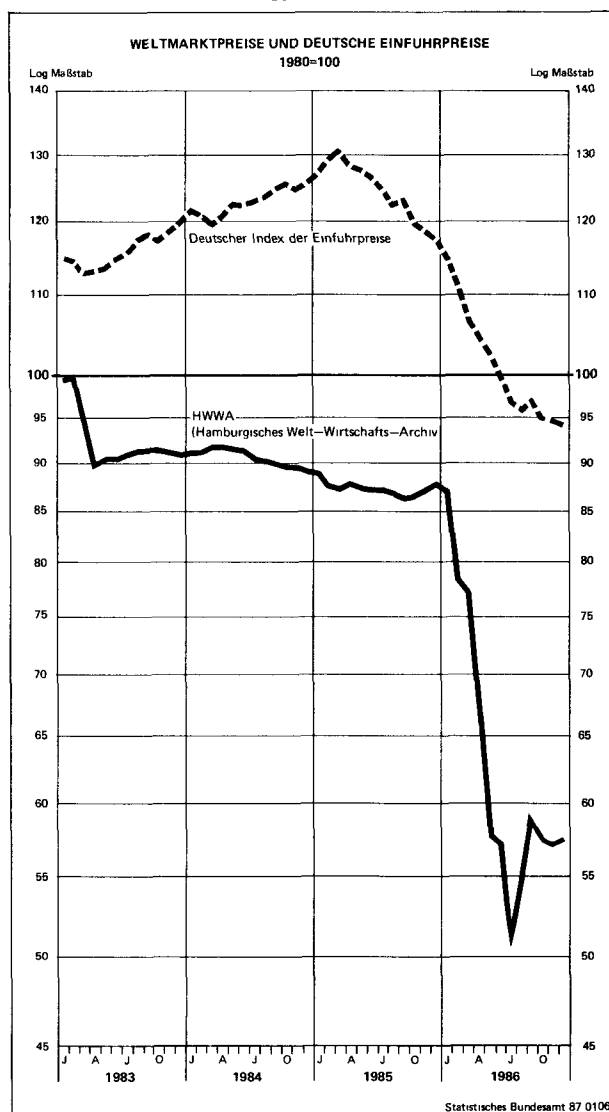
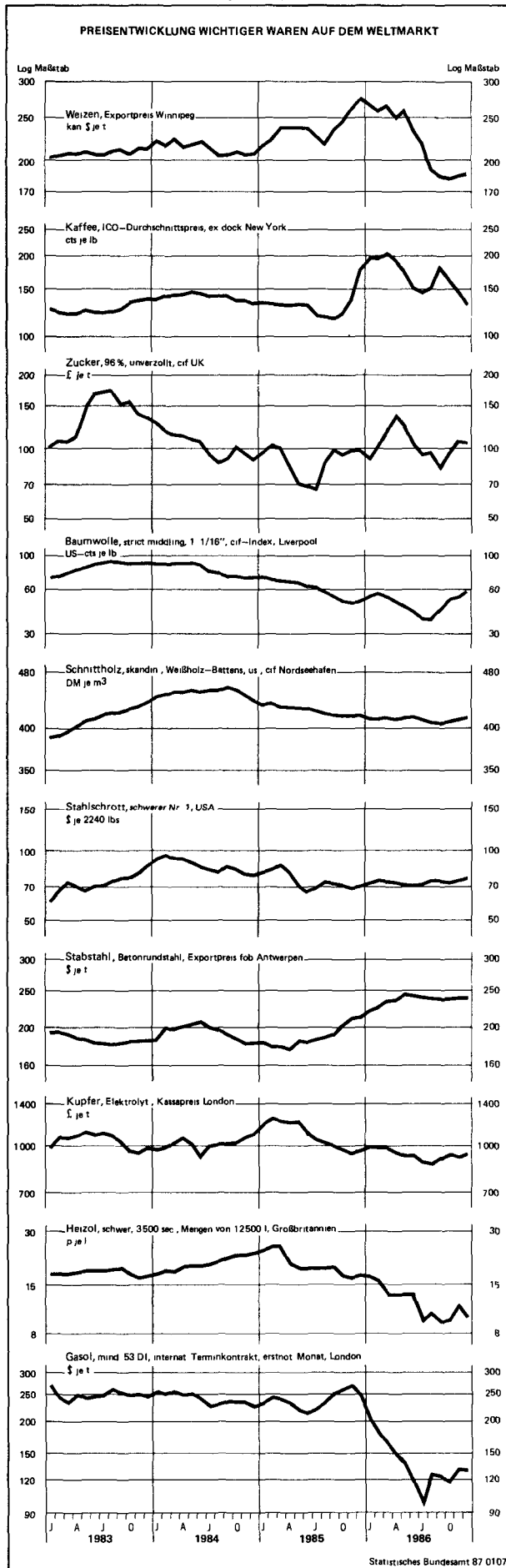


Schaubild 2



hintereinander gefallen. Die Preisrückgänge im Jahr 1986 sind aber fast ausschließlich auf den Preisverfall beim Erdöl zurückzuführen. Ohne die Energierohstoffe ist der HWWA-Index (auf Dollar-Basis) leicht gestiegen (+ 3,2 %).

Rechnet man die auf Dollar-Basis ermittelten Rohstoffpreisindizes auf DM-Basis um, und das ist in der Regel die relevante Basis für deutsche Rohstoff-Verbraucher, dann ergibt sich wegen der Kursverluste des US-Dollar gegenüber der DM ein noch wesentlich günstigeres Bild. Der HWWA-Weltmarktpreisindex ohne Energierohstoffe auf DM-Basis lag im Jahr 1986 um 24 % unter dem Vorjahresniveau, der HWWA-Index einschließlich Kohle und Erdöl sogar um 46 %.

Auch bei den Indizes der Seefrachten des Statistischen Bundesamtes hat sich der Kursverfall des US-Dollar niedergeschlagen, da die Seefrachten meist in US-Dollar abgerechnet, die Indizes aber (seit der Indexumstellung auf Basis 1980 = 100) auf DM-Basis berechnet werden. Von Dezember 1985 auf Dezember 1986 fielen die Indizes der Linienfahrt durchschnittlich um 17 %, die der Tramp-Trockenfahrt (Zeitcharter) um 36 %, während die der Tramp-Tankerfahrt (Reisecharter) um 21 % anstiegen. Dabei blieben bei der Indexberechnung der Tramp-Tankerfahrt (Reisecharter) die halbjährlichen Änderungen der

	Linienfahrt	Trockenfahrt	Trampfahrt
	- Zeitcharter -	- Reisecharter -	- Reisecharter -
	1980 = 100	1980 = 100	Worldscale = 100 ¹⁾
1985 D	155,5	64,9	41,1
1986 D	129,8	41,3	49,8
1985 Dezember	143,0	55,7	46,6
1986 Januar	140,8	50,2	47,0
Februar	136,0	44,5	44,5
März	132,4	41,5	44,4
April	133,6	41,7	42,7
Mai	132,2	42,4	50,8
Juni	131,5	39,2	58,9
Juli	128,4	35,0	55,5
August	125,3	34,8	69,8
September	124,9	40,3	53,8
Oktober	124,2	42,8	41,8
November	125,0	42,0	37,7
Dezember	123,8	41,1	51,2

¹⁾ Die zum 1.1. und 1.7. eines jeden Jahres festgelegten Worldscale-Grundtarife gelten jeweils für die folgenden sechs Monate

Worldscale-Basis unberücksichtigt. In einer ersten vorläufigen Berechnung ergaben sich im Durchschnitt folgende Prozentwerte für diese halbjährlichen Änderungen: Dezember 1985 auf Januar 1986 — 25 %, Juni 1986 auf Juli 1986 — 13 %. Damit sind die absoluten Frachtraten in der Tankerfahrt im Jahr 1986 deutlich zurückgegangen.

Trotz zeitweilig gestiegener Tankerfrachtraten in den Monaten Mai bis September 1986 — wegen der günstigen Ölpreise hatte vorübergehend die Verbrauchernachfrage, insbesondere nach Heizöl, stark zugenommen und entsprechend die Tonnagenachfrage und die Frachtraten nach oben getrieben, wodurch im August 1986 der Tankerindex (unbereinigt) um fast 50 % höher lag als im Dezember 1985 — haben über das ganze Jahr 1986 die niedrigen Seefrachtraten zur weiteren Verbilligung des deutschen Imports beigetragen.

Ein- und Ausführpreise, Terms of Trade

Mit Ausnahme des Monats September ist im Jahr 1986 der Index der Einfuhrpreise Monat für Monat kontinuierlich zurückgegangen und lag schließlich im Dezember 1986 um 20 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Schon der Dezemberstand 1985 war um 6,5 % niedriger als der Dezember 1984 gewesen. Im Jahresdurchschnitt lagen die Einfuhrpreise 1986 um 19 % niedriger als 1985.

	Dez. 1986 1980 = 100	Veränderung in % Dez. 1985 Dez. 1986 gegenüber Dez. 1984 Dez. 1985	
		Dez. 1984	Dez. 1985
Einfuhrgüter insgesamt	94,4	- 6,5	- 19,6
Güter aus EG-Ländern	99,5	- 3,4	- 13,8
Güter aus Drittländern	90,0	- 9,0	- 24,5
Güter der Ernährungswirtschaft	98,9	- 4,0	- 14,9
Güter der gewerblichen Wirtschaft	93,7	- 6,8	- 20,3
Güter für die Land- und Forstwirtschaft	86,7	- 11,6	- 16,7
Güter für das Produzierende Gewerbe	91,6	- 7,6	- 23,4
Güter für den privaten Verbrauch	102,9	- 2,3	- 9,1

Wie schon im Vorjahr war der Preisrückgang bei den Einfuhren aus Drittländern im Dezember 1986 mit 25 % gegenüber Dezember 1985 wesentlich stärker als bei den Einfuhren aus EG-Ländern (- 14 %). In den stärkeren Preisrückgängen bei den Einfuhren aus Drittländern hat sich zum einen die stärkere Aufwertung der DM gegenüber den Währungen dieser Länder niedergeschlagen, während die DM gegenüber den Währungen der EG-Länder - wie schon im Jahr 1985 - deutlich weniger stark aufgewertet wurde. Zum anderen haben die stärker im Preis gefallen Rohstoffe einen größeren Anteil am Import aus Drittländern als an der Einfuhr aus EG-Ländern.

In der Gliederung nach den herstellenden Sektoren sind die Güter der gewerblichen Wirtschaft, zu denen auch Erdöl, die meisten industriellen Rohstoffe und Mineralöl-erzeugnisse zählen, von Dezember 1985 bis Dezember 1986 mit - 20 % stärker im Preis gefallen als die Güter der Ernährungswirtschaft (- 15 %). Ähnlich ist das Bild hinsichtlich der Verwendung der Güter. Die Preise der Güter für das Produzierende Gewerbe, zu denen die Rohstoffe zählen, fielen bis Dezember 1986 mit - 23 % gegenüber Dezember 1985 wesentlich stärker als die der Güter für die Land- und Forstwirtschaft (- 17 %) und für den privaten Verbrauch (- 9,1 %).

Am stärksten verbilligt haben sich von Dezember 1985 auf Dezember 1986 Erdöl (- 61 %), Mineralöl-erzeugnisse (- 57 %), Erdgas (- 48 %), organische Grundstoffe und Chemikalien (- 26 %), Eisenerz (- 26 %), NE-Metalle und -Metallhalbzeug (- 17 %) sowie Rohkaffee (- 50 %) und Rohkakao (- 34 %). Teurer wurden u. a. Speisekartoffeln (+ 31 %), Platin und Palladium (+ 5,5 %), Papierzellstoff (+ 6,1 %), Sulfatzellstoff (+ 5,3 %) und Straßenfahrzeuge (+ 1,6 %).

Der Ausführpreisindex entspricht in seiner Entwicklung weitgehend der des weiter unten noch zu besprechenden Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte. Im Dezember 1986 lagen die Ausführpreise um 2,6 % unter dem Stand vom Dezember 1985, im Jahresdurchschnitt 1986 um 2,2 % unter dem Vorjahr. Auch hier ist seit Januar eine kontinuierliche Abnahme von Monat zu Monat festzu-

stellen. Auch bei der Ausfuhr sind die Grundstoffpreise am stärksten gefallen (im Dezember 1986 um 10 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat). Die Grundstoffe haben bei der Ausfuhr aber eine geringere Bedeutung als bei der Einfuhr. Bei der deutschen Ausfuhr dominieren die Fertigwaren. Da die Preise für Fertigwaren im gleichen Zeitraum nur um 0,1 % gefallen sind, haben bei der Ausfuhr die Güter der gewerblichen Wirtschaft mit - 2,4 % deutlich weniger im Preis nachgegeben als bei der Einfuhr. Die Preise der Güter der Ernährungswirtschaft sind um 6,4 % gefallen.

	Dez. 1986 1980 = 100	Veränderung in % Dez. 1985 Dez. 1986 gegenüber Dez. 1984 Dez. 1985	
		Dez. 1984	Dez. 1985
Ausfuhrgüter insgesamt	115,3	+ 0,7	- 2,6
Güter der Ernährungswirtschaft	103,5	- 3,8	- 6,4
Güter der gewerblichen Wirtschaft	116,0	+ 0,8	- 2,4
Grundstoffe	104,6	- 2,4	- 9,9
Fertigwaren	119,0	+ 1,9	- 0,1

Von Dezember 1985 auf Dezember 1986 wurden die folgenden nennenswerten Preisveränderungen festgestellt: Mineralöl-erzeugnisse (- 46 %), Eisen und Stahl (- 12 %), NE-Metalle und -Metallhalbzeug (- 13 %), organische Grundstoffe und Chemikalien (- 12 %), Öle und Fette zur Ernährung (- 15 %) sowie Getreide und Getreide-erzeugnisse (- 21 %). Nennenswerte Preissteigerungen gab es im gleichen Zeitraum bei Stahlbauerzeugnissen (+ 2,6 %), Maschinenbauerzeugnissen (+ 2,9 %), Holzwaren (+ 3,3 %), Bekleidung (+ 2,9 %) sowie bei feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Uhren (+ 2,5 %).

	Terms of Trade ¹⁾ (Index der Ausführpreise Index der Einfuhrpreise × 100)		
	Ausfuhr	Einfuhr	Terms of Trade ¹⁾
		1980 = 100	
1985 September	119,5	123,0	97,2
Oktober	119,0	119,6	99,5
November	118,7	118,7	100,0
Dezember	118,4	117,4	100,9
1986 Januar	118,5	114,8	103,2
Februar	118,0	111,0	106,3
März	117,9	106,8	110,4
April	117,6	104,4	112,6
Mai	117,4	102,3	114,8
Juni	117,1	99,8	117,3
Juli	116,6	96,6	120,7
August	116,2	95,9	121,2
September	116,1	96,6	120,2
Oktober	115,6	94,8	121,9
November	115,4	94,6	122,0
Dezember	115,3	94,4	122,1

¹⁾ Wegen der Unterschiede zwischen den Außenhandelspreisindizes und den Außenhandels-Durchschnittswertindizes differieren auch die jeweils berechneten Terms of Trade

Als Relation zwischen dem Ausführpreisindex und dem Einfuhrpreisindex (× 100) werden die Terms of Trade für den Außenhandel ermittelt. Sie zeigen an, ob für eine bestimmte Menge von Einfuhrgütern real mehr oder weniger Güter ausgeführt werden müssen als im Vergleichszeitraum. Abgesehen vom September 1986, für den wegen eines leichten Anstiegs der Einfuhrpreise gegenüber dem Vormonat ein leichter Rückgang der Terms of Trade zu verzeichnen war, hat sich das reale Austausch-

verhältnis laufend zu Gunsten der deutschen Wirtschaft verbessert, insgesamt von Dezember 1985 auf Dezember 1986 um 21 %¹⁾.

Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise;
Einkaufspreise auf der Erzeugerstufe

Nun schon im vierten Jahr hintereinander liegen die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte niedriger als im Vorjahr. Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte wird mit und ohne Mehrwertsteuer berechnet. In der Darstellung ohne Mehrwertsteuer ist er für die Mehrzahl der Abnehmer von Produkten der Landwirtschaft die entscheidende Größe, da gewerbliche Käufer die Vorsteuer von der eigenen Steuerschuld abziehen können. Der Index ohne Mehrwertsteuer lag im Dezember 1986 um 8,3 % niedriger als im Dezember 1985. Damit hat die Landwirtschaft auch im Berichtsjahr wieder einen wesentlichen Beitrag zur Preisstabilität im Inland geleistet.

	Veränderung in %	
	Dez 1985	Dez 1986
	gegenüber	gegenüber
	Dez. 1984	Dez 1985
Landwirtschaftliche Erzeugnisse insgesamt	- 2,1	- 8,3p
Getreide	- 4,2	- 0,2
Saatgut	- 10,7	+ 0,3
Hackfruchte	- 4,0	+ 6,7
dar. Speisekartoffeln	- 20,3	+ 58,6
Ölpflanzen	- 7,8	+ 0,4
Heu	- 1,8	- 8,6
Stroh	+ 15,8	- 1,2
Tabak	+ 2,0	- p
Hopfen	- 0,9	- 0,8
Obst	+ 5,1	- 21,2
Gemüse	+ 4,6	- 21,3
Weinmost	+ 33,3	- 34,7
Baumschulerzeugnisse	+ 6,7	+ 6,9
Schnittblumen und Topfpflanzen	+ 0,4	- 1,7
Schlachtvieh	- 5,4	- 15,5
dar. Kühe	- 5,9	- 8,3
Kälber	+ 7,9	- 3,5
Schweine	- 4,5	- 24,5
Nutz- und Zuchtvieh	- 7,0	- 17,5
dar. Ferkel	- 12,2	- 27,0
Milch	+ 0,2	- 0,3p
Eier	+ 3,4	- 9,4
Wolle	- 4,8	- 40,6
Bienenhonig	- 0,7	-

Besonders stark waren die Preisrückgänge im Jahr 1986 bei tierischen Erzeugnissen (Dezember 1985 auf Dezember 1986 — 9,6 %), während die Preise für pflanzliche Erzeugnisse im Durchschnitt um 5,1 % zurückgingen.

Zwischen Dezember 1985 und Dezember 1986 fielen insbesondere die Preise für Obst und Gemüse (— 21 %), Schlachtvieh (— 16 %, darunter Schweine — 25 %), Nutz- und Zuchtvieh (— 18 %), Eier (— 9,4 %) sowie Wolle (— 41 %). Wesentlich teurer wurden im gleichen Zeitraum Speisekartoffeln (+ 59 %), Saatkartoffeln (+ 9,2 %), Baumschulerzeugnisse (+ 6,9 %), Futterhafer (+ 13 %) sowie Braugerste (+ 7,9 %).

Auf der Vorleistungsseite der Landwirtschaft haben sich die kräftigen Verbilligungen insbesondere bei Brenn- und Treibstoffen (im Dezember 1986 — 36 % gegenüber dem

entsprechenden Vorjahresmonat), bei Dünge- und Bodenverbesserungsmitteln (— 17 %) und beim Kauf von Nutz- und Zuchtvieh (— 18 %) in einem deutlichen Rückgang der Veränderungsrate des Preisindex für landwirtschaftliche Betriebsmittel niedergeschlagen (— 8,7 %).

Die starken Verbilligungen bei wichtigen Gütergruppen auf der Vorleistungsseite der Landwirtschaft hätten zu einem noch günstigeren Preisverlauf des Betriebsmittel-

	Veränderung in %	
	Dez 1985	Dez 1986
	gegenüber	gegenüber
	Dez. 1984	Dez 1985
Landwirtschaftliche Betriebsmittel insgesamt	- 1,0	- 8,7
Dünge- und Bodenverbesserungsmittel	+ 5,7	- 16,5
Futtermittel	- 5,5	- 6,6
Saatgut	- 1,2	- 1,7
Nutz- und Zuchtvieh	- 6,8	- 17,7
Pflanzenschutzmittel	- 11,6	- 2,8
Brenn- und Treibstoffe	- 1,1	- 36,4
Allgemeine Wirtschaftsausgaben	+ 1,6	- 0,3
Unterhaltung der Gebäude	+ 1,7	+ 2,2
Unterhaltung der Maschinen und Geräte	+ 2,1	+ 2,0
Neubauten	+ 0,5	+ 1,7
Neue Maschinen	+ 2,0	+ 2,0

index geführt, wenn sich nicht die Ausgaben der Landwirtschaft für Bauleistungen (die Unterhaltung von Gebäuden war im Dezember 1986 um 2,2 % teurer als im Dezember 1985, Neubauten zogen um 1,7 % im Preis an), für die Unterhaltung von Maschinen und Geräten (+ 2,0 %) sowie für den Kauf neuer Maschinen (+ 2,0 %) verteuert hätten.

Als Quotient aus dem Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und dem Preisindex für landwirtschaftliche Betriebsmittel (beide einschl. Mehrwertsteuer) werden Terms of Trade für die Landwirtschaft berechnet. Sie sagen aus, ob die Landwirtschaft mengenmäßig betrachtet mehr oder weniger eigene Erzeugnisse für den Einkauf von Vorleistungen und Investitionsgütern aufwenden mußte als in der Vergleichsperiode. Erstmals seit 1981 haben sich im Jahr 1986 die Terms of Trade der Landwirtschaft wieder geringfügig verbessert. Sie lagen im Dezember 1986 um 0,1 % günstiger als im Dezember 1985. Dabei ist der Genauigkeit halber darauf hinzuweisen, daß der Inputpreisindex dem Outputpreisindex nicht ganz entspricht. Letzterer umfaßt auch den Gartenbau, der im Inputpreisindex bisher noch nicht berücksichtigt werden konnte, doch kann der mögliche Fehler wegen der relativ geringen Bedeutung des Gartenbaus im Rahmen der Landwirtschaft vermutlich vernachlässigt werden.

„Terms of Trade“ der Landwirtschaft
mit pauschaler Mehrwertsteuer

	$\frac{\text{Verkaufspreisindex}}{\text{Einkaufspreisindex}} \times 100$	
	1980 = 100	Veränderung in %
1982 Dezember	97,8	- 3,8
1983 Dezember	95,5	- 2,4
1984 Dezember	95,2	- 0,3
1985 Dezember	94,2	- 1,1
1986 Dezember	94,3p	+ 0,1

Der starke Preiseinbruch im Vorjahr — der Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten hatte im November 1985 um 9,1 % unter dem Ergebnis vom November 1984 gelegen — hat dazu geführt, daß im November 1986 dieser Index mit + 2,6 % wieder eine positive Veränderungsrate

¹⁾ Das Statistische Bundesamt berechnet auch aus den Durchschnittswertindizes der Außenhandelsstatistik Terms of Trade (siehe S. 54f.), die von den hier behandelten rein preisstatistischen Terms of Trade abweichen können.

aufweist. Das absolute Preisniveau dagegen blieb weiterhin sehr niedrig und lag im November 1986 noch um 11 % unter dem durchschnittlichen Niveau von 1980.

Zur Abrundung des Bildes über die Preisentwicklung in den Bereichen der „Urproduktion“ (Pflanzenbau, Tierzucht und Sammeln) wird in diesem Beitrag auch ein Überblick über die Preise im Hochseefischfang gegeben. Dabei handelt es sich aber nicht um Preisindizes, sondern um Durchschnittserlöse je Kilogramm, die aus den Ergebnissen der Statistik über Verkaufserlöse und Fangmengen abgeleitet werden. Nachdem die Durchschnittserlöse schon im Jahr 1985 bei drei der vier hier nachgewiesenen Fischarten erheblich gesteigert werden konnten und die Preise für Heringe nur geringfügig gefallen waren, konnten im Jahr 1986 die Preise für Heringe von Oktober 1985 auf Oktober 1986 (+ 18 %) und Rotbarsch (+ 28 %) kräftig, für Seelachs (+ 7,7 %) deutlich angehoben werden. Lediglich Kabeljau wurde um 12 % billiger. Hauptursache dafür war der starke Rückgang der Fangmengen bei Heringen und Rotbarsch, die durch die relativ geringen Mengenzunahmen bei Kabeljau und Seelachs nicht ausgeglichen werden konnten.

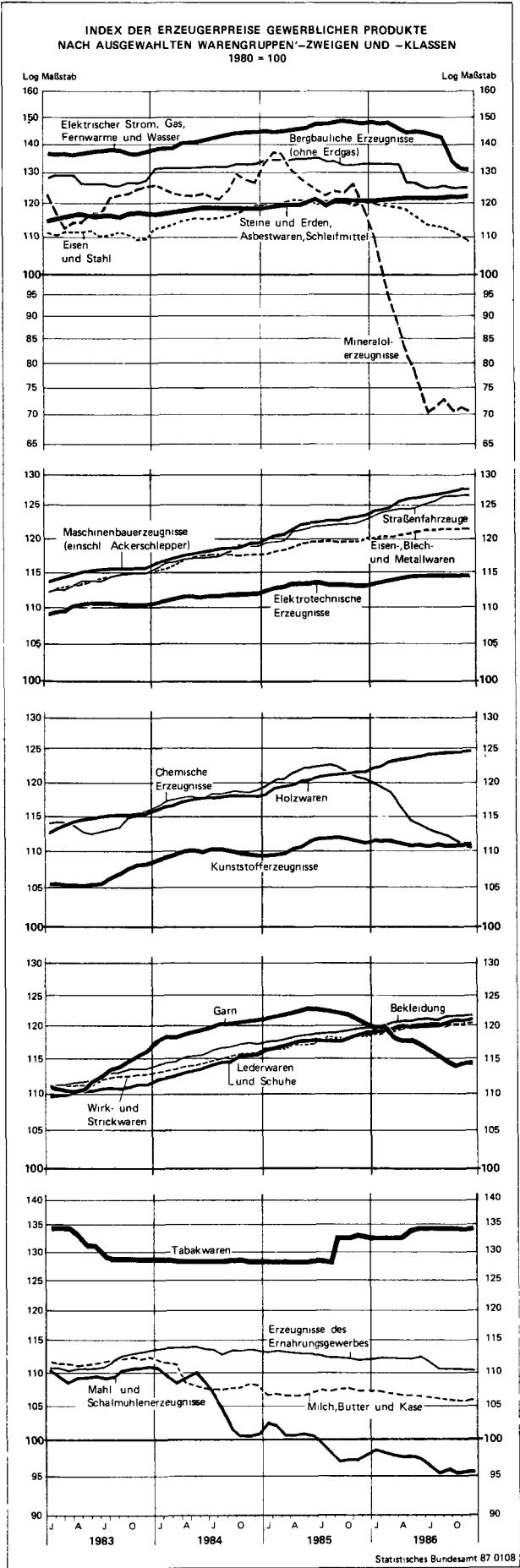
	Heringe	Kabeljau	Seelachs	Rotbarsch
	DM je kg ¹⁾			
1984 D	0,55	1,64	1,20	2,01
1985 D	0,54	2,06	1,33	2,34
1985 Oktober	0,45	2,86	1,69	2,32
November	0,56	3,05	1,96	2,95
Dezember	0,60	2,92	1,82	3,30
1986 Januar	0,76	2,70	2,11	2,90
Februar	0,59	2,26	1,65	2,26
März	0,76	2,35	1,77	2,68
April	0,53	2,24	1,66	2,12
Mai	0,57	2,38	1,85	2,20
Juni	0,57	2,41	1,62	2,56
Juli	0,59	2,55	1,22	2,24
August	0,56	2,68	1,27	2,24
September	0,55	2,97	1,47	2,14
Oktober	0,53	2,51	1,82	2,97

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Auch der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte nahm im Verlauf des Jahres 1986 von Monat zu Monat kontinuierlich ab und hatte im Monat November mit - 4,9 % den niedrigsten Stand der jährlichen Veränderungsrate seit Beginn der Berechnung dieses Index im Jahr 1948 erreicht. Im Dezember 1986 gingen

		Veränderung in %		
	Dez 1986	Dez 1985	Dez 1986	Dez 1985
	1980 = 100	gegenüber	Dez 1984	Dez 1985
Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt	115,7	+ 0,9	- 4,8	
darunter				
Fertigerzeugnisse	116,0	+ 1,5	- 2,6	
Investitionsgüter	124,5	+ 2,8	+ 2,7	
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	108,7	+ 0,3	- 7,3	
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	130,7	+ 2,9	- 11,6	
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	124,8	- 0,2	- 6,0	
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	113,5	+ 0,6	- 3,6	
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	101,1	- 1,4	- 14,2	
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	121,9	+ 2,4	+ 2,3	
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	118,9	+ 1,7	+ 0,9	
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	112,3	- 0,8	- 1,3	

Schaubild 3



die Preise nochmals leicht zurück. Die Jahresveränderungsrate im Dezember 1986 betrug — 4,8 %.

Dieser Preisrückgang ist in erster Linie auf die günstige Preisentwicklung auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen zurückzuführen. Der nachstehend beschriebene Index der Grundstoffpreise für das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft lag im Jahresdurchschnitt 1986 um 14 % (vorläufiges Ergebnis) niedriger als im Jahr 1985. Aber auch die bereits eingangs erwähnte relativ geringe Zunahme der Arbeitnehmerverdienste in der Industrie hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Daß sich in Teilbereichen nachfragebedingt die Preisauftriebstendenzen stärker durchsetzen konnten, läßt sich anhand der industriellen Fertigerzeugnisse zeigen. Diese sind zwar insgesamt von Dezember 1985 auf Dezember 1986 um 2,6 % billiger geworden, doch stiegen bei den Untergruppen die Preise für Investitionsgüter um 2,7 %, während die Preise für Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) um 7,3 % fielen.

Am stärksten verbilligt haben sich von Dezember 1985 auf Dezember 1986 neben den Mineralölerzeugnissen (— 41 %) das Erdgas (— 32 %), organische Grundstoffe und Chemikalien (— 28 %), Betonstahl (— 32 %), Bau-stahlmatten (— 27 %), NE-Metalle und Edelmetalle (— 17 %), Düngemittel (— 22 %) und Wellpappenpapier (— 19 %). Wesentlich teurer wurden im gleichen Zeitraum Rostkaffee (+ 9,6 %), Kaffee-Extrakte (+ 8,1 %), Asbest-waren (+ 7,1 %), Kalisalze (+ 6,4 %) sowie Stahlguß (+ 6,0 %).

Zur Beobachtung der Preisentwicklung auf der Kostenseite der Unternehmen berechnet das Statistische Bundesamt den Index der Grundstoffpreise. Dabei werden Preismeßzahlen wichtiger Vorleistungsgüter mit mehr oder weniger weitem Verarbeitungsgrad aus dem Großhandelspreisindex, den Indizes der Erzeugerpreise land- und forstwirtschaftlicher sowie industrieller Produkte und aus dem Einfuhrpreisindex zu einem Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes zusammengefaßt. Um die Einfuhrpreise dem Ab-Werk-Preis-Konzept der Inlandsverkaufspreise anzupassen, werden zu den Grenzübergangspreisen cfr der Einfuhrpreisstatistik alle Einfuhrabgaben (jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer) hinzugerechnet.

	Nov 1986 1980 = 100	Veränderung in % Nov 1985 gegenüber Nov 1984	
		Nov. 1984	Nov 1985
Grundstoffe insgesamt	99,5	— 3,8	— 15,6
inländische Grundstoffe	109,3	— 0,5	— 7,1
importierte Grundstoffe	84,9	— 8,5	— 28,1
Grundstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft,			
Fischerei	96,8	— 6,6	— 8,0
inländisch	96,8	— 3,3	— 5,3
importiert	97,0	— 12,0	— 12,8
Grundstoffe aus dem Produzierenden			
Gewerbe	99,9	— 3,5	— 16,6
inländisch	111,4	—	— 7,5
importiert	83,4	— 8,0	— 29,9
Grundstoffe für das Verarbeitende			
Gewerbe	91,1	— 6,1	— 19,5
Grundstoffe für das Baugewerbe	115,3	+ 1,8	— 2,0
Energie, Brenn- und Treibstoffe	115,0	— 0,8	— 16,0
Betriebsstoffe	117,1	— 0,2	— 2,3
Rohstoffe	83,1	— 8,6	— 27,9
Halbwaren und Fertigwaren-Vorzeugnisse	107,6	— 1,4	— 9,7

Noch nie war der Rückgang des Grundstoffpreisindex so ausgeprägt wie im Jahr 1986. Im Juli 1986 lag der Index mit einem Stand von 101,6 um 17 % niedriger als im Juli 1985, und auch die Novemberrate (— 16 %) zeigt, daß das Produzierende Gewerbe im Jahr 1986 die zur Produktion benötigten Vorleistungsgüter wesentlich billiger als vor Jahresfrist einkaufen konnte. Im Jahresdurchschnitt 1986 lag der Index immerhin noch um 14 % unter dem Vorjahresergebnis.

In der Untergliederung nach der Herkunft der Güter wird deutlich, daß — wie zu erwarten — die Preise der importierten Grundstoffe (— 28 %) von November 1985 auf November 1986 viel stärker gefallen sind als die der inländischen Grundstoffe (— 7,1 %).

Auch der Index der Großhandelsverkaufspreise weist für das Jahr 1986 Rekordergebnisse aus: Im Dezember 1986 erreichte er mit — 9,4 % die niedrigste Jahresveränderungsrate seit Bestehen des Index im Jahr 1960. Im Dezember 1985 hatte die jährliche Veränderungsrate — 1,2 % betragen und ist nun schon seit Oktober 1985 (— 1,4 %) ununterbrochen negativ.

	Dez 1986 1980 = 100	Veränderung in % Dez 1985 gegenüber Dez 1984	
		Dez 1984	Dez 1985
Großhandelsverkaufspreise insgesamt	104,4	— 1,2	— 9,4
nach Wirtschaftsgruppen (institutionell)			
Getreide, Futter- und Düngemittel, Tiere	91,2	— 3,7	— 9,8
Feste Brennstoffe, Mineralölerzeugnisse	74,7	— 6,6	— 36,8
Erze, Stahl, NE-Metalle usw	110,3	— 0,2	— 9,4
Holz, Baustoffe, Installationsbedarf	118,4	+ 1,5	+ 0,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	105,8	— 0,1	— 6,5
Fahrzeuge, Maschinen, techn. Bedarf	117,6	+ 1,4	+ 0,2

Vergleicht man die Veränderungsraten einzelner Wirtschaftsgruppen (das sind Dreisteller der Systematik der Wirtschaftszweige), dann zeigt sich ein ähnliches Bild wie auf der vorher beschriebenen Wirtschaftsstufe: Die Preise für feste Brennstoffe, Mineralölerzeugnisse (— 37 %) zeigten im Dezember 1986 gegenüber dem Dezember 1985 den stärksten Rückgang. Größere Preisnachlässe gab es auch beim Handel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren (— 9,8 %), beim Handel mit Erzen, Stahl, NE-Metallen usw (— 9,4 %) sowie beim Handel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (— 6,5 %), während Holz, Baustoffe und Installationsbedarf (+ 0,1 %) sowie Fahrzeuge, Maschinen und technischer Bedarf (+ 0,2 %) sogar geringfügig teurer waren als vor Jahresfrist.

Baupreise; Kaufwerte für Bauland

Obwohl auch im Jahr 1986 die Bautätigkeit insgesamt gegenüber 1985 nur geringfügig anstieg (in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird eine Zunahme der realen Bauinvestitionen um 1,9 % nachgewiesen), lagen die Baupreise bei allen Bauwerksarten im Jahr 1986 doch meist geringfügig höher als 1985. Das liegt sicherlich auch daran, daß die Bauwirtschaft durch die von den rückläufigen Einfuhrpreisen ausgehenden preisdämpfenden Effekte weniger begünstigt wurde als andere Wirtschaftsbereiche.

Im Wohnungsbau ist die Beschäftigungslage nach wie vor besonders ungünstig. Die Baugenehmigungen (genehmigte Baukosten für die Errichtung neuer Gebäu-

de) für Wohngebäude insgesamt gingen in den ersten zehn Monaten des Jahres 1986 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 5,8 % zurück. Doch war die Entwicklung bei den verschiedenen Wohngebäuden sehr unterschiedlich: Während bei Ein- und Zweifamilienhäusern um 3,2 % mehr Baukosten genehmigt wurden, war bei den Mehrfamiliengebäuden ein Rückgang um fast 30 % zu verzeichnen. Dennoch lag der Preisindex für Wohngebäude in konventioneller Bauart (einschl. Mehrwertsteuer) im November 1986 um 1,7 % höher als im November 1985. Damals hatte die Veränderungsrate + 0,6 % betragen.

Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Erhebungsmonat in % ¹⁾					
	1982	1983	1984	1985	1986
Februar	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,4	—	+ 0,3
Mai	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,1	—	+ 0,8
August	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5
November	— 0,4	+ 0,2	— 0,2	+ 0,1	+ 0,2

¹⁾ Nach dem Preisindex für Wohngebäude (in konventioneller Bauart) einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Beiden Einfamiliengebäuden allein sieht die Situation (aus der Sicht der Bauwirtschaft) ähnlich günstig aus. Der Preisindex für Einfamiliengebäude in konventioneller Bauart lag im November 1986 um 1,7 % über November 1985. Im Jahresdurchschnitt 1986 betrug die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr 1,4 %, und auch die Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart (ohne Unterkellerung) waren im gleichen Zeitraum um 1,4 % teurer als vor Jahresfrist.

Preisindizes für Einfamiliengebäude				
Jahr	In vorgefertigter Bauart ¹⁾		In konventioneller Bauart	
	1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1968	47,6		41,8	
1969	48,8	+ 2,5	44,1	+ 5,5
1970	52,2	+ 7,0	51,3	+ 16,3
1971	56,5	+ 8,2	56,6	+ 10,3
1972	60,2	+ 6,5	60,4	+ 6,7
1973	63,2	+ 5,0	64,9	+ 7,5
1974	67,4	+ 6,6	69,7	+ 7,4
1975	72,1	+ 7,0	71,4	+ 2,4
1976	75,6	+ 4,9	74,0	+ 3,6
1977	79,1	+ 4,6	77,8	+ 5,1
1978	84,4	+ 6,7	82,7	+ 6,3
1979	90,8	+ 7,6	90,2	+ 9,1
1980	100	+ 10,1	100	+ 10,9
1981	108,4	+ 8,4	105,8	+ 5,8
1982	114,1	+ 5,3	108,6	+ 2,6
1983	119,6	+ 4,8	110,7	+ 1,9
1984	124,4	+ 4,0	113,4	+ 2,4
1985	125,8	+ 1,1	113,8	+ 0,4
1986	127,6	+ 1,4	115,4	+ 1,4

¹⁾ Ohne Unterkellerung

Die deutlich günstigere Beschäftigungsentwicklung der Bauwirtschaft im gewerblichen Bau (Zunahme der realen Bauinvestitionen 1986 gegenüber dem Vorjahr + 4,8 %) und im öffentlichen Bau (+ 6,1 %) hat sich in der Preisentwicklung bei den übrigen Bauwerken niedergeschlagen. Der Preisindex für Bürogebäude (ohne Mehrwertsteuer) lag im November 1986 um 2,0 % über dem Stand von November 1985, der für gewerbliche Betriebsgebäude um 2,3 %. Im Straßenbau lagen die Preise im November um 1,4 % höher als vor Jahresfrist.

Die etwas günstigere Baukonjunktur hat auch auf dem Grundstücksmarkt zu einer gewissen Belebung geführt.

Die durchschnittlichen Kaufwerte für baureifes Land liegen seit dem vierten Vierteljahr 1985 wieder über den Vergleichswerten des entsprechenden Vorjahreszeitraums, und zwar zuletzt im zweiten Quartal 1986 mit 118,02 DM/m² (ohne Erschließungskosten) um etwas mehr als fünf Prozent. Allerdings ist bei der Verwendung dieser Zahlen zu beachten, daß die Kaufwerte für Bauland keine Preisindizes darstellen, die im Prinzip nur reine Preisveränderungen zeigen sollen. Vielmehr schlagen sich auch Qualitätsunterschiede bei den veräußerten Grundstücken in der Veränderungsrate der durchschnittlichen Kaufwerte nieder. Sie können aber durchaus Hinweise über die Tendenz der Preisentwicklung auf dem Grundstücksmarkt geben.

Durchschnittswerte in DM je m ² von baureifem Land							
1979	1	V _j	63,38	1983	1	V _j	111,77
	2	V _j	66,64		2	V _j	118,57
	3	V _j	69,09		3	V _j	117,98
	4	V _j	72,53		4	V _j	123,49
1980	1	V _j	75,31	1984	1	V _j	117,81
	2	V _j	77,56		2	V _j	115,72
	3	V _j	83,44		3	V _j	123,22
	4	V _j	88,40		4	V _j	118,92
1981	1	V _j	90,10	1985	1	V _j	115,17
	2	V _j	96,51		2	V _j	112,27
	3	V _j	97,29		3	V _j	108,06
	4	V _j	103,67		4	V _j	120,65
1982	1	V _j	105,51	1986	1	V _j	121,37
	2	V _j	106,85		2	V _j	118,02
	3	V _j	110,30		3	V _j	
	4	V _j	115,91		4	V _j	

Auch die Zahl der gemeldeten Fälle von Baulandkäufen hat im zweiten Quartal 1986 wieder deutlich zugenommen. Im ersten Quartal 1986 war allerdings noch mit 12 694 Veräußerungsfällen der niedrigste Stand seit Bestehen dieser Statistik im dritten Vierteljahr 1961 nachgewiesen worden.

Zahl der gemeldeten Fälle von Baulandkäufen	
1983	1 Vj 14 928
	2 Vj 18 077
	3 Vj 16 942
	4 Vj 18 122
1984	1 Vj 14 981
	2 Vj 16 658
	3 Vj 15 057
	4 Vj 14 999
1985	1 Vj 13 397
	2 Vj 14 644
	3 Vj 13 603
	4 Vj 15 052
1986	1 Vj 12 694
	2 Vj 15 079

Verbraucherpreise, Einzelhandelspreise

Nachdem die jährlichen Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nun im fünften Jahr hintereinander jeweils kleiner waren als im Vorjahr, kann die Preisstatistik für 1986 darüber hinaus ein Rekordergebnis melden: Erstmals seit 1953 — damals waren nach Beendigung des Koreakrieges spekulativ überhöhte Preise zurückgenommen worden — ist die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung mit — 0,2 % wieder

Schaubild 4

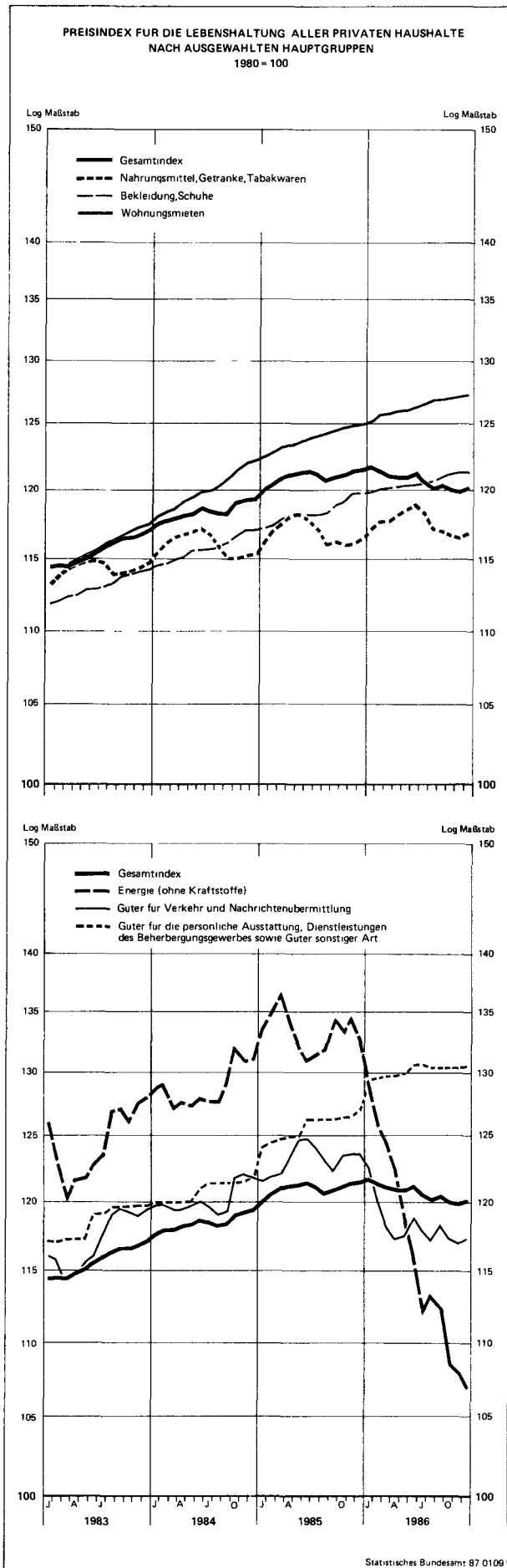
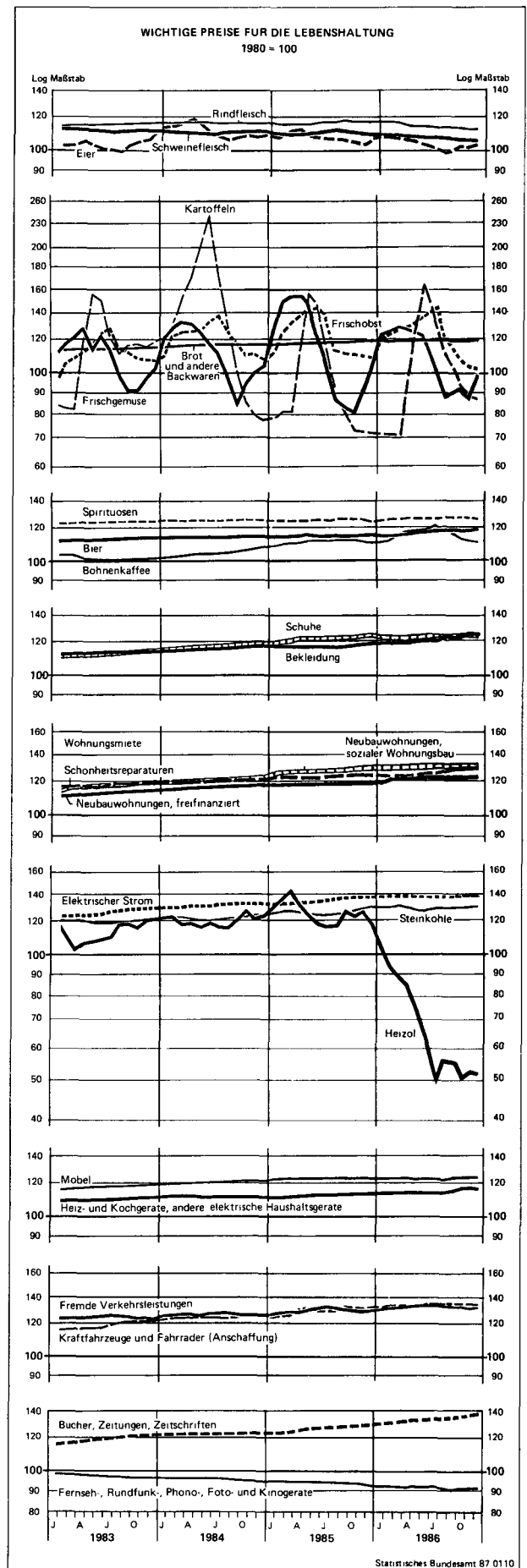


Schaubild 5



negativ. 1985 war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt noch um 2,2 % gegenüber 1984 angestiegen. Im Monat Dezember 1986 lag dieser Index sogar um 1,1 % unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats. Im Dezember 1985 hatte die Jahresveränderungsrate + 1,8 % betragen.

Veränderung 1986 D gegenüber 1985 D in % Preisindex für die Lebenshaltung				
alle privaten Haushalte	4-Personen-Haushalte mit höherem Einkommen	mittlere 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	2-Personen-Rentnerhaushalte	einfache Lebenshaltung eines Kindes
- 0,2	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3

Vergleicht man die Preisindizes für die verschiedenen Haushaltstypen und die einfache Lebenshaltung eines Kindes, dann fällt auf, daß der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt 1986 mit - 0,2 % gegenüber 1985 die günstigste Entwicklung aufweist, während der Preisindex für 2-Personen-Rentner- und Sozialhilfeempfängerhaushalte sowie der Index für die einfache Lebenshaltung eines Kindes mit + 0,2 bzw. + 0,3 % einen etwas weniger günstigen Verlauf nahmen. Das liegt hauptsächlich daran, daß in den beiden letztgenannten Preisindizes die Waren mit den größten Preisrückgängen im Jahresdurchschnitt 1986, Heizöl (- 45 % gegenüber Jahresdurchschnitt 1985) und Kraftstoffe (- 25 %), mit wesentlich kleineren Wägungsanteilen berücksichtigt werden als im Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Die günstige Preisentwicklung im Jahr 1986 auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen hat sich auch beim Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte niederschlagen. Im Verlauf des Jahres 1986 sind die jährlichen positiven Veränderungsraten fast kontinuierlich zurückgegangen. Geringfügige Anstiege gab es nur zweimal, im August aufgrund einer vorübergehenden Verteuerung der Mineralölerzeugnisse und im Dezember hauptsächlich wegen des kräftigen Anstiegs der Preise für besonders ernte-, saison- und witterungsabhängige Nah-

rungsmittel sowie Blumen (+ 3,6 % von November auf Dezember 1986).

	Dez 1986 1980 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez 1985 Dez 1984	Dez 1986 Dez 1985
Gesamtlebenshaltung	120,1	+ 1,8	- 1,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,8	+ 1,0	+ 0,3
Bekleidung, Schuhe	121,3	+ 2,3	+ 1,3
Wohnungsmieten	127,3	+ 2,4	+ 1,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	107,0	+ 0,9	- 19,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	119,6	+ 1,6	+ 1,0
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	122,1	+ 1,5	+ 1,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	117,3	+ 1,5	- 5,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	118,4	+ 1,2	+ 1,4
die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	130,6	+ 4,2	+ 2,8

Wenn auch die Verbraucherpreise im Durchschnitt im Dezember 1986 um 1,1 % niedriger lagen als im Dezember 1985, dann bedeutet das nicht, daß alle Waren und Dienstleistungen billiger geworden seien. In der Gliederung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Hauptgruppen zeigt sich vielmehr ein sehr differenziertes Bild.

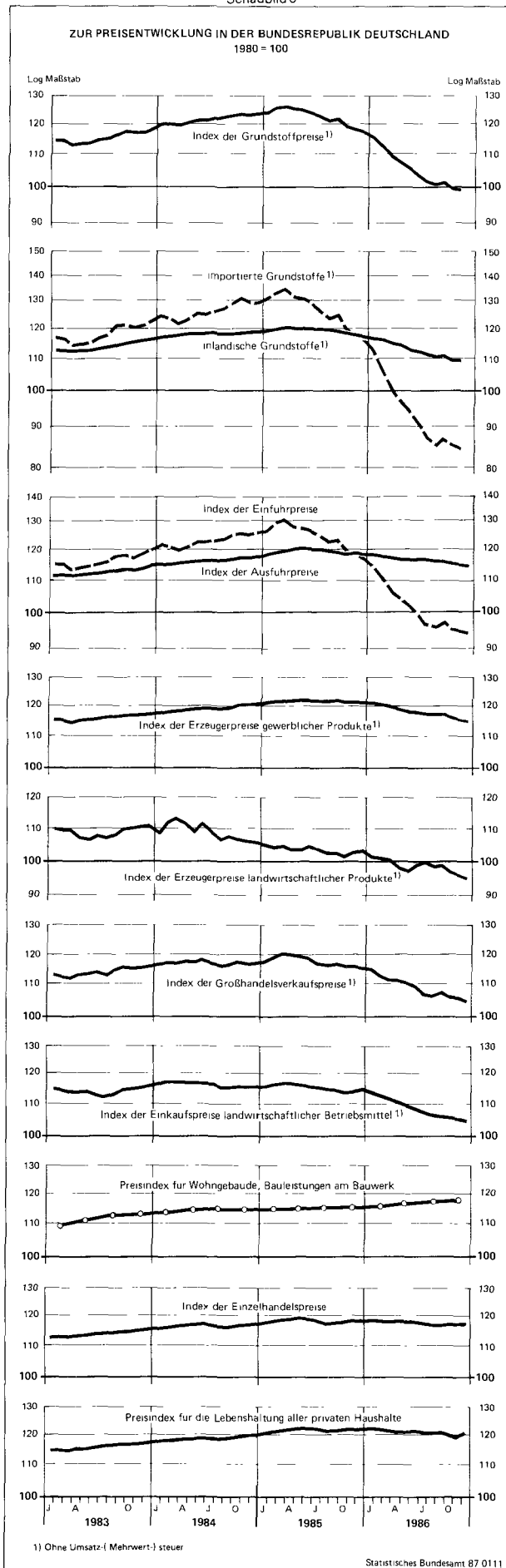
Wie zu erwarten sind die Preise für Haushaltsenergie (ohne Kraftstoffe) um 19 % gesunken, hauptsächlich wegen gefallener Heizölpreise (- 56 %). Aber auch Gas (- 20 %) und die Umlagen für Zentralheizung und Warmwasser (- 22 %) sind billiger geworden. Andererseits sind im gleichen Zeitraum die Preise für elektrischen Strom (+ 2,4 %) und feste Brennstoffe (+ 1,7 %) gestiegen.

Auch die Preise der Hauptgruppe „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sind von Dezember 1985 auf Dezember 1986 zurückgegangen (- 5,1 %), wobei aber allein der Preisrückgang bei Kraftstoffen (- 30 %) den Ausschlag gegeben hat. Dagegen sind u. a. die Preise für neue Personenkraftwagen (+ 3,0 %), die Kraftfahrzeugreparaturen (+ 2,2 %) und die Miete von Kraftfahrzeugen (+ 5,8 %) deutlich gestiegen.

Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung

Jahr Monat	Gesamt- lebens- haltung	Verbrauchs- und Gebrauchsgüter						Dienst- leistungen und Reparaturen	Wohnungs- und Garagen- nutzung
		zusammen	Nahrungsmittel			andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter			
			zusammen	besonders ernte-, saison- und witterungs- abhängige	sonstige	zusammen	ohne Blu- men, Kohle und Heizöl		
1980 = 100									
1986 Januar	121,6	119,4	114,0	114,3	114,0	121,1	121,5	124,3	126,1
Februar	121,3	118,8	114,8	121,0	114,1	120,1	120,9	124,5	126,4
Marz	121,0	118,1	114,5	118,5	114,0	119,3	120,3	124,8	126,6
April	120,9	118,0	115,1	125,1	113,9	118,8	120,0	124,9	126,8
Mai	120,9	117,7	115,4	128,7	113,8	118,5	120,1	125,0	126,9
Juni	121,1	117,8	115,8	133,3	113,6	118,5	120,6	125,4	127,1
Juli	120,5	116,9	114,9	126,2	113,5	117,5	120,2	125,5	127,3
August	120,2	116,3	113,0	109,2	113,4	117,4	120,0	125,5	127,6
September	120,4	116,5	112,6	105,7	113,5	117,7	120,3	125,5	127,7
Oktober	120,0	115,8	112,1	101,0	113,4	117,0	119,6	125,6	127,9
November	119,9	115,6	111,7	98,2	113,3	116,9	119,4	125,7	128,0
Dezember	120,1	115,8	112,1	101,6	113,3	116,9	119,4	125,9	128,2
Veränderung Dezember gegenüber Dezember des Vorjahres in %									
1984	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,2	- 4,3	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 3,9
1985	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,4
1986	- 1,1	- 3,2	- 0,7	- 2,0	- 0,6	- 3,9	- 2,0	+ 2,2	+ 1,9

Schaubild 6



Bei den übrigen Hauptgruppen weisen Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nur einen geringen Anstieg auf (Dezember 1985 bis Dezember 1986 + 0,3 %). Hier hat sich u. a. die für die Verbraucher günstige Preisentwicklung auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe in einem Rückgang der Preise für Fleisch (frisch, gefroren oder tiefgefroren) um 2,1 % und Geflügelfleisch (– 1,5 %) niedergeschlagen. Andererseits sind Fische und Fischfilets um 8,4 % teurer geworden, und auch frische Kartoffeln waren im Dezember 1986 um 21 % teurer als vor Jahresfrist.

Weit überdurchschnittlich verteuert haben sich die Preise bei den Gütern für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie bei Gütern sonstiger Art (+ 2,8 %). Auch die Wohnungsmieten (+ 1,8 %) sind deutlich gestiegen.

Eine aufschlußreiche Aussage ergibt sich, wenn man die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung in der Untergliederung nach Waren (Verbrauchs- und Gebrauchsgüter), Dienstleistungen und Reparaturen sowie Wohnungs- und Garagennutzung untersucht. Die Preisveränderungen für Waren liegen seit Jahren deutlich niedriger (1986 gegenüber dem Vorjahr – 3,2 %) als bei den Leistungen (+ 2,2 %) und bei den Mieten (+ 1,9 %).

	Veränderung in %	
	Dez 1985	Dez 1986
	gegenüber	
	Dez 1984	Dez 1985
Einzelhandelspreise	+ 1,6	– 0,8
Preise für die Lebenshaltung insgesamt	+ 1,8	– 1,1
ohne besonders ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungsmittel sowie ohne Blumen	+ 1,8	– 1,1

Der Index der Einzelhandelspreise, der im wesentlichen aus den Preisreihen für Waren aus dem Preisindex für die Lebenshaltung errechnet wird, lag Mitte Dezember 1986 um 0,8 % niedriger als im Dezember 1985. Das war deutlich weniger als der Preisrückgang bei den Waren im Verbraucherpreisindex (– 3,2 %). Der große Unterschied erklärt sich durch die Unterschiede im Wägungsschema, das beim Einzelhandelspreisindex wesentlich kleinere Gewichtsanteile für – das im Preis besonders stark rückläufige – Heizöl ausweist, und zwar deshalb, weil die Händler, von denen die privaten Haushalte Heizöl und Kraftstoffe beziehen, zum Teil zum Großhandel gerechnet werden.

Aufgrund der gefallen Ölpreise hat sich die Preisentwicklung im Jahr 1986 auch im Ausland deutlich beruhigt. Im internationalen Vergleich gehört die Bundesrepublik Deutschland – wie in allen Jahren zuvor auch im Jahr 1986 – zu den Ländern mit der günstigsten Preisentwicklung. Verwendet man als Indikator für die allgemeine Preisentwicklung die Veränderung der nationalen Verbraucherpreisindizes (jeweils für den letzten nachgewiesenen Monat, das ist in der Regel der November 1986), so lag die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit Luxemburg mit Jahresveränderungen von jeweils – 1,2 % an erster Stelle (im Dezember allerdings war die Preisentwicklung in Luxemburg mit – 1,4 % noch günstiger als bei uns mit

	Veränderung in % ¹⁾					
	Nov 1984		Nov 1985 gegenüber Nov 1984		Nov 1986	
	Nov 1983		Nov 1985		Nov 1985	
Bundesrepublik Deutschland	+ 2,1	(1)	+ 1,8	(1)	– 1,2	(2)
Belgien	+ 5,3	(10)	+ 4,2	(10)	+ 0,5	(6)
Danemark	+ 5,9	(11)	+ 3,4	(6)	+ 4,3	(13)
Frankreich	+ 6,9	(14)	+ 4,8	(11)	+ 2,1	(9)
Griechenland	+ 18,0	(18)	+ 22,6	(19)	+ 19,8	(19)
Großbritannien	(+ 4,9	(8)	+ 5,5	(13)	+ 3,5	(12)
Irland	+ 6,7	(13)	+ 4,9	(12)	+ 3,2	(10)
Italien	+ 8,6	(16)	+ 8,8	(17)	+ 4,7	(15)
Luxemburg	+ 3,2	(5)	+ 4,0	(9)	– 1,2	(1)
Niederlande	+ 2,9	(4)	+ 1,8	(2)	+ 0,1	(5)
Norwegen	+ 6,0	(12)	+ 5,8	(14)	+ 8,7	(17)
Österreich	+ 5,3	(9)	+ 2,6	(4)	+ 1,2	(7)
Portugal	+ 24,9	(19)	+ 16,0	(18)	+ 10,6	(18)
Schweden	+ 7,3	(15)	+ 6,9	(15)	+ 3,5	(11)
Schweiz	+ 2,9	(3)	+ 3,1	(5)	– 0,1	(4)
Spanien	+ 10,0	(17)	+ 8,4	(16)	+ 8,3	(16)
USA	+ 4,0	(7)	+ 3,6	(7)	+ 1,3	(8)
Kanada	+ 4,0	(6)	+ 4,0	(8)	+ 4,5	(14)
Japan	+ 2,2	(2)	+ 1,9	(3)	– 0,3	(3)

1) Zahlen in Klammern = Rangfolge

— 1,1 %) Die stärksten Preissteigerungen unter den hier nachgewiesenen Ländern waren in Griechenland (+ 19,8 %) Portugal (+ 10,6 %) und Norwegen (+ 8,7 %) zu verzeichnen

Verbraucherpreisniveau in den EG-Ländern (einschl. Wohnungsmiete)

	November 1985	November 1986
Bundesrepublik Deutschland	100	100
Danemark	110	111
Frankreich	96	92
Niederlande	90	90p
Belgien	87	86
Irland	91	84
Italien	75	77p
Luxemburg	80	77
Großbritannien	90	73
Spanien	65	65p
Griechenland	58	60
Portugal	55	52

Obwohl die Preise im Ausland im Jahr 1986 meist schneller gestiegen sind als in der Bundesrepublik Deutschland, ist das Verbraucherpreisniveau im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland in den meisten Ländern gesunken, und zwar dank der erwähnten Verbesserung der Wechselkurse der DM gegenüber den Währungen der EG-Länder Für Besitzer von DM war das Verbraucherpreisniveau — wie im Vorjahr — im November 1986 in Dänemark mit einem Indexstand von 111 (Bundesrepublik Deutschland = 100) am höchsten Billig lebte man vor allem in den südlichen Ländern, zum Beispiel in Portugal (52), Griechenland (60) und Spanien (65) Aber auch in Großbritannien war das Verbraucherpreisniveau im November 1986 um 27 % niedriger als in der Bundesrepublik Deutschland

Zusammenfassung

Aus der Sicht der Preisstatistik war 1986 ein sich heraushebendes Jahr, denn mit einer Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung von — 0,2 % war dieser Index erstmals seit 1953 wieder niedriger als im Vorjahr, und auch bei den Preisindizes auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen gab es überwiegend negative Veränderungsraten Ursächlich für diese günstige Entwicklung war

der Rückgang der Einfuhrpreise, hauptsächlich aufgrund ruckläufiger Erdölpreise und der Aufwertung der DM Aber auch die relativ geringen Einkommenssteigerungen auf der Arbeitnehmerseite haben wesentlich zur Preisstabilität beigetragen

	Veränderung in %	
	Dez 1985 gegenüber Dez 1984	Dez 1986 Dez 1985
	Dez 1984	Dez 1985
Grundstoffpreise	– 3,8 ¹⁾	– 15,6 ¹⁾
Einfuhrpreise	– 6,5	– 19,6
Ausfuhrpreise	+ 0,7	– 2,6
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	– 2,1	– 8,3p
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	– 1,0	– 8,7
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	+ 0,9	– 4,8
Großhandelsverkaufspreise	– 1,2	– 9,4
Wohnungsbaupreise	+ 0,6 ¹⁾	+ 1,7 ¹⁾
Einzelhandelspreise	+ 1,6	– 0,8
Preise für die Lebenshaltung insgesamt	+ 1,8	– 1,1
ohne besonders ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungsmittel sowie ohne Blumen	+ 1,8	– 1,1

1) November gegen November

Dipl.-Volkswirt Oswald Angermann

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	2*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	14*	"
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen	15*	"
Ausgewählte Tabellen		
Bevölkerung		
Personen, die aufgrund eines Rechtsanspruchs oder durch Ermessensentscheidung eingebürgert wurden, nach ausgewählten früheren Staatsangehörigkeiten	16*	einmalig
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Bodennutzung und Ernte 1986 (Endgültiges Ergebnis)	17*	"
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	20*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	21*	"
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unternehmensteile	22*	"
Geld und Kredit		
Kurs, Dividende und Rendite börsennotierter Stammaktien	24*	einmalig
Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern	25*	vierteljährlich
Finanzplanung der Länder	26*	einmalig
Löhne und Gehälter		
Kosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im Groß- und Einzelhandel und im Bank- und Versicherungsgewerbe nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	27*	"
Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und Versicherungsgewerbe sowie im Produzierenden Gewerbe	28*	"
Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	30*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	32*	"
Preisindizes für Bauwerke; Kaufwerte für Bauland	34*	vierteljährlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1986						
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt	Nov.	Dez
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige ²⁾	1 000	25 357p	25 542p	.	25 774p	25 859p	25 995p	26 149p	26 146p	26 060p	.
dar. Abhängige	1 000	22 075p	22 248p	.	.	.	22 688p
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose ⁴⁾	1 000	2 266	2 304	2 228p	2 078	2 132	2 120	2 046	2 026	2 088p	2 218p
und zwar											
Männer	1 000	1 277	1 289	1 200p	1 077	1 092	1 080	1 040	1 033	1 073p	1 206p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	166	159	145p	125	150	159	151	135	132p	139p
Ausländer	1 000	270	253	248p	235	234	231	233	235	240p	255p
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,3	9,0p	8,4	8,6	8,5	8,2	8,1	8,3p	8,9p
Zugang an Arbeitslosen	1 000	306	313	303p	251	347	269	283	303	292p	347p
Offene Stellen	1 000	88	110	154p	173	170	169	165	155	145p	141p
Arbeitsvermittlungen	1 000	146	156	164p	178	191	160	180	172	148p	144p
Kurzarbeiter	1 000	384	235	197p	118	87	77	180	235	205p	247p
Unternehmen und Arbeits- stätten											
Insolvenzen	Anzahl	16 760	18 876	.	1 634	1 680	1 484	1 573	1 652	1 436	.
Unternehmen	Anzahl	12 018	13 625	.	1 215	1 237	1 046	1 085	1 146	994	.
dar. Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	2 193	2 306	.	199	181	165	174	196	173	.
Baugewerbe	Anzahl	2 765	3 228	.	250	269	207	237	217	207	.
Handel	Anzahl	3 146	3 370	.	318	333	295	293	321	262	.
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	Anzahl	3 149	3 835	.	382	386	327	319	343	283	.
Ubrige Gemeinschaftsdienstleistungen ⁵⁾	Anzahl	4 742	5 251	.	419	443	438	488	506	442	.
Beantragte Konkursverfahren	Anzahl	16 698	18 804	.	1 633	1 675	1 483	1 572	1 648	1 435	.
dar. mangels Masse abgelehnt	Anzahl	12 826	14 512	.	1 270	1 297	1 175	1 237	1 295	1 132	.
Eröffnete Vergleichsverfahren	Anzahl	91	105	.	8	8	5	3	8	4	.
Wechselproteste	Anzahl	153 929	152 349	.	11 187	11 220	9 928	10 006	10 864	9 056	.
Wechselsumme	Mill. DM	1 295	1 410	.	110	110	99	97	105	76	.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁶⁾											
Rinder (einschl. Kalber)	1 000	15 688	15 627	.	15 806
Schweine	1 000	23 617	24 282	.	.	.	24 959
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	1 000	5 018	4 858	.	384	406	391	504	536	443	.
Kalber	1 000	686	688	.	55	52	54	64	63	51	.
Schweine	1 000	36 805	37 018	.	3 228	3 159	3 012	3 271	3 316	3 060	.
Schlachtmenge	1 000 t	4 640	4 641	.	398	395	378	438	453	401	.
dar. Rinder	1 000 t	1 493	1 455	.	120	126	120	156	165	135	.
Kalber	1 000 t	81	81	.	6	6	7	8	8	6	.
Schweine	1 000 t	3 045	3 085	.	270	262	250	273	279	259	.
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	1 000	432 875	410 232	.	33 349	35 018	34 835	34 697	29 852	29 963	.
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	t	304 333	310 767	.	26 937	30 015	26 269	29 504	31 536	27 745	.
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	1 000 t	293	191	.	13	12	15	22	14	.	.
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ⁹⁾ 10)	1980=100	98,6	103,0	.	109,5	100,3	90,1	111,8	114,7	114,2	.
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ⁹⁾ 10)	1980=100	105,5	110,5	.	96,0	87,7	85,0	101,4	107,7	119,9	.
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	394 885	408 706	.	29 557	29 585	27 987	31 281	.	.	.
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	372 974	384 027	.	28 590	28 505	27 592	30 120	.	.	.
Gaserzeugung ¹¹⁾	Mill. m ³	35 167	35 064	.	2 314	2 449	2 477	2 331r	2 844	.	.
Inlandsversorgung mit Gas ¹¹⁾	Mill. m ³	62 077	65 946	.	3 847	3 776	3 683	4 630r	5 120	.	.
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte ¹²⁾	1 000	6 854	6 940	.	7 044	7 096	7 122	7 149	7 130	7 114	.
Tätige Inhaber und Angestellte ¹³⁾	1 000	2 149	2 174	.	2 207	2 211	2 226	2 242	2 243	2 245	.
Arbeiter ¹⁴⁾	1 000	4 704	4 766	.	4 837	4 885	4 896	4 908	4 887	4 868	.
Bergbau	1 000	218	213	.	209	209	209	212	210	210	.
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 636	6 727	.	6 835	6 888	6 913	6 937	6 920	6 904	.
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1 000	1 372	1 368	.	1 366	1 375	1 379	1 381	1 373	1 369	.
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	3 488	3 597	.	3 720	3 752	3 764	3 781	3 777	3 771	.
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	1 327	1 317	.	1 310	1 313	1 318	1 323	1 319	1 316	.
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	450	446	.	440	447	453	453	451	448	.
Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	Mill. Std	7 841	7 906	.	659	675	594	700	739	667	.
Bruttolohnsumme ¹²⁾	Mill. DM	158 621	167 461	.	15 072	15 720	14 677	14 600	16 051	17 500	.
Bruttogehaltssumme ¹²⁾	Mill. DM	115 031	120 861	.	11 495	10 728	10 221	10 173	10 238	14 211	.
Kohleverbrauch ¹²⁾ 15)	1 000 t	41 833	41 153	.	9 285	.	.	8 186	.	.	.
Heizölverbrauch ¹²⁾	1 000 t	14 409	12 976	.	3 179	.	.	3 074	.	.	.
Gasverbrauch ¹²⁾ 16)	Mill. m ³	26 485	27 061	.	6 494	.	.	6 020	.	.	.
Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	173 919	177 893	.	14 769	14 799	14 125	15 120	15 826	15 107	.

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 436* dargestellt — 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenschätzungen (Durchschnittsberechnungen, für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitte) — Methodische Erläuterungen hierzu in „Entwicklung der Erwerbstätigkeit“, WiSta 11/1982 und „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen“, WiSta 8/1986 — 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter — 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“ — 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe — 6) 1983 bis 1985: Viehzählung im Dezember — 7) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr — 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat — 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt — 10) Fachliche Unternehmensteile — 11) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³ — 12) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. — 13) Einschli. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen — 14) Einschli. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen — 15) Heizwert H_u = 29,3076 GigaJoule/t = 8,1410 kWh/m³ — 16) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7892 kWh/m³

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Sept. 85	Okt. 85	Nov. 85	Dez. 85	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,1 p	+ 0,7 p	..	+ 1,1 p	+ 1,0 p	+ 1,0 p	..	+ 0,6 p	- 0,0 p	- 0,3 p	..
dar. Abhängige	+ 0,1 p	+ 0,8 p
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose ⁴⁾	+ 0,3	+ 1,7	- 3,3 p	- 4,9	- 5,7	- 6,5 p	- 5,5 p	- 3,5	- 1,0	+ 2,0 p	+ 7,3 p
und zwar:											
Männer	+ 0,3	+ 1,0	- 6,9 p	- 8,2	- 8,3	- 9,0 p	- 7,1 p	- 3,7	- 0,7	+ 4,0 p	+ 12,3 p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 13,6	- 4,3	- 9,0 p	- 13,4	- 15,1	- 15,7 p	- 14,9 p	- 5,3	- 10,2	- 2,5 p	+ 5,3 p
Ausländer	- 7,5	- 6,3	- 2,1 p	- 1,4	- 1,5	- 2,1 p	- 1,8 p	+ 1,0	+ 0,6	+ 2,4 p	+ 6,1 p
Arbeitslosenquote	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zugang an Arbeitslosen	- 0,8	+ 2,1	- 3,0 p	- 0,3	- 5,9	- 7,8 p	+ 5,6 p	+ 5,1	+ 7,2	- 3,6 p	+ 18,9 p
Offene Stellen	+ 16,0	+ 25,1	+ 39,9 p	+ 41,2	+ 38,6	+ 32,0 p	+ 28,3 p	- 2,1	- 6,0	- 6,3 p	- 2,8 p
Arbeitsvermittlungen	+ 12,6	+ 7,0	+ 4,7 p	+ 8,0	+ 5,2	+ 1,3 p	+ 9,2 p	+ 12,4	- 4,3	- 14,2 p	- 2,6 p
Kurzarbeiter	- 43,2	- 38,9	- 15,8 p	+ 76,7	+ 85,0	+ 28,4 p	+ 34,0 p	+ 134,2	+ 30,5	- 12,6 p	+ 20,4 p
Unternehmen und Arbeits- stätten											
Insolvenzen	+ 4,0	+ 12,6	..	- 1,1	- 1,0	+ 4,1	..	+ 6,0	+ 5,0	- 13,1	..
Unternehmen	+ 1,5	+ 13,4	..	- 5,2	- 1,0	- 0,1	..	+ 3,7	+ 5,6	- 13,3	..
dar. Verarbeitendes Gewerbe	- 11,3	+ 5,2	..	- 3,9	+ 4,3	+ 8,1	..	+ 5,5	+ 12,6	- 11,7	..
Baugewerbe	+ 12,1	+ 16,7	..	- 4,0	- 19,3	- 4,2	..	+ 14,5	- 8,4	- 4,6	..
Handel	+ 1,1	+ 7,1	..	- 2,0	+ 8,1	+ 4,4	..	- 0,7	+ 9,6	- 18,4	..
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	+ 6,1	+ 21,8	..	- 8,1	+ 5,9	- 5,0	..	- 2,4	+ 7,5	- 17,5	..
Übrige Gemeinschaften ⁵⁾	+ 11,1	+ 10,7	..	+ 9,4	- 1,0	+ 14,8	..	+ 11,4	+ 3,7	- 12,6	..
Beantragte Konkursverfahren	+ 4,4	+ 12,6	..	- 0,9	- 1,3	+ 4,4	..	+ 6,0	+ 4,8	- 12,9	..
dar. mangels Masse abgelehnt	+ 4,7	+ 13,1	..	+ 0,6	- 0,5	+ 4,7	..	+ 5,3	+ 4,7	- 12,6	..
Eröffnete Vergleichsverfahren	- 37,2	+ 15,4	..	- 40,0	+ 100,0	- 42,9	..	- 40,0	+ 166,7	- 50,0	..
Wechselproteste	- 5,6	- 1,0	..	- 15,4	- 15,3	- 19,5	..	+ 0,8	+ 8,6	- 16,6	..
Wechselsumme	- 14,3	+ 8,9	..	- 8,5	+ 0,0	- 15,6	..	- 2,0	+ 8,2	- 27,6	..
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁶⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	+ 0,9	- 0,4
Schweine	+ 0,7	+ 2,8
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	+ 9,8	- 3,2	..	+ 16,2	+ 2,4	+ 0,6	..	+ 28,9	+ 6,3	- 17,3	..
Kälber	+ 9,0	+ 0,3	..	+ 2,4	+ 7,4	+ 0,4	..	+ 18,2	- 0,4	- 19,8	..
Schweine	+ 1,8	+ 0,6	..	+ 2,7	+ 1,5	- 1,4	..	+ 8,6	+ 1,4	- 7,7	..
Schlachtmenge	+ 3,2	+ 0,0	..	+ 8,8	+ 3,3	+ 0,9	..	+ 15,9	+ 3,4	- 11,4	..
dar. Rinder	+ 8,0	- 2,5	..	+ 18,8	+ 3,8	+ 2,5	..	+ 29,6	+ 5,8	- 18,3	..
Kälber	+ 13,0	- 0,4	..	+ 5,8	+ 13,5	+ 4,6	..	+ 21,1	+ 0,1	- 20,6	..
Schweine	+ 0,8	+ 1,3	..	+ 4,1	+ 2,8	+ 0,1	..	+ 9,2	+ 2,0	- 7,1	..
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	- 0,5	- 5,2	..	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,5	..	- 0,4	- 14,0	- 0,4	..
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	+ 2,5	+ 2,1	..	+ 10,0	+ 7,5	+ 6,7	..	+ 12,3	+ 6,9	- 12,0	..
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	+ 7,1	- 35,0	..	+ 24,2	- 21,4	+ 48,8	- 37,9
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	+ 3,4	+ 4,5	..	+ 2,8	- 0,1	+ 0,4	..	+ 24,1	+ 2,6	- 0,4	..
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	+ 4,2	+ 4,7	..	+ 2,6	- 1,7	- 8,2	..	+ 19,3	+ 6,2	+ 11,3	..
Elektrizitätserzeugung	+ 5,6	+ 3,5	..	+ 1,9	+ 11,8
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 3,8	+ 3,0	..	+ 3,5	+ 9,2
Gaserzeugung ¹¹⁾	- 3,3	- 0,3	..	+ 2,9 r	- 4,2	- 5,9 r	+ 22,0
Inlandsversorgung mit Gas ¹¹⁾	+ 1,1	+ 6,2	..	+ 17,4 r	- 1,5	+ 25,7 r	+ 10,6
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte ¹²⁾	- 1,1	+ 1,3	..	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	..	+ 0,4	- 0,3	- 0,2	..
Tätige Inhaber und Angestellte ¹³⁾	- 0,9	+ 1,1	..	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	..	+ 0,7	+ 0,0	+ 1,1	..
Arbeiter ¹⁴⁾	- 1,1	+ 1,3	..	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,8	..	+ 0,2	- 0,4	- 0,4	..
Bergbau	- 4,3	- 2,2	..	- 1,3	- 1,4	- 1,5	..	+ 1,6	- 0,9	- 0,4	..
Verarbeitendes Gewerbe	- 0,9	+ 1,4	..	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	..	+ 0,4	- 0,3	- 0,2	..
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	- 1,6	- 0,3	..	- 0,4	- 0,6	- 0,7	..	+ 0,1	- 0,6	- 0,3	..
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,7	+ 3,1	..	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,8	..	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	..
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 1,0	- 0,8	..	- 0,2	- 0,2	- 0,4	..	+ 0,4	- 0,3	- 0,2	..
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	- 0,9	- 0,9	..	- 0,4	- 0,1	- 0,3	..	+ 0,1	- 0,5	- 0,6	..
Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	- 1,0	+ 0,8	..	+ 3,3	- 0,4	- 1,8	..	+ 17,8	+ 5,6	- 9,8	..
Bruttolohnsumme ¹²⁾	+ 2,2	+ 5,6	..	+ 8,1	+ 5,1	+ 2,6	..	- 0,5	+ 9,9	+ 9,0	..
Bruttogehaltsumme ¹²⁾	+ 3,1	+ 5,1	..	+ 6,1	+ 5,9	+ 5,7	..	- 0,5	+ 0,6	+ 38,8	..
Kohleverbrauch ^{12) 15)}	- 7,6	- 1,6	..	- 14,5 a)	- 11,8 b)
Heizölverbrauch	- 6,8	- 9,9	..	+ 28,8 a)	- 3,3 b)
Gasverbrauch ^{12) 16)}	+ 3,0	+ 2,2	..	+ 0,3 a)	- 7,3 b)
Stromverbrauch ¹²⁾	+ 4,4	+ 2,3	..	+ 0,2	- 1,2	- 1,6	..	+ 7,0	+ 4,7	- 4,5	..

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 436* dargestellt — 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenschätzungen (Durchschnittsberechnungen, für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitt bzw. Veränderung gegenüber Vorjahresquartal oder Vorquartal) — 3) Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 11/1982 und WiSta 8/1986. — 4) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter — 5) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“ — 6) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe — 7) 1982 bis 1985 Viehzählung im Dezember — 8) In Bruterien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr — 9) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat — 10) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt — 11) Fachliche Unternehmensteile. — 12) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³ — 13) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas, Fernwärme- und Wasserversorgung. — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1 — 14) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen — 15) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen — 16) Heizwert H_u = 29,3076 GigaJoule/t = 8,410 kWh/m³ — 17) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³.

a) 3 Vj 1986 gegenüber 3 Vj 1985 — b) 3 Vj 1986 gegenüber 2 Vj 1986.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Index des Auftragseingangs für 1) das Verarbeitende Gewerbe	1980=100	107,9	118,2	127,8	119,6	128,2	127,0	108,3	130,6	136,7	122,1
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980=100	109,2	120,8	125,7	114,8	121,8	123,4	106,1	119,5	125,9	110,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	108,2	119,3	133,6	127,0	138,3	135,8	111,7	134,2	140,6	130,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	105,0	111,4	115,0	106,9	110,3	108,5	102,3	138,0	142,6	116,3
Index der Nettoproduktion 2) 3)											
Bergbau	1980=100	90,6	90,1	91,1	83,2	85,4	79,4	79,2	78,6	86,1	87,1
Verarbeitendes Gewerbe	1980=100	96,3	99,5	105,1	106,1	112,3	101,6	90,8	114,2	116,5	116,1
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980=100	94,0	97,8	99,1	100,2	103,6	96,1	89,9	101,4	102,6	100,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	98,7	102,2	112,7	115,8	124,4	108,2	92,8	125,6	126,9	128,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	91,5	94,0	95,1	94,2	98,1	91,2	80,3	107,0	108,0	104,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980=100	99,3	101,1	104,0	98,5	104,3	103,8	100,8	109,5	121,9	120,4
Index der Bruttonettoproduktion 2) für											
Investitionsgüter	1980=100	100,4	99,6	111,4	111,5	123,9	105,4	91,0	123,6	123,6	129,0
Verbrauchsgüter	1980=100	94,2	95,4	98,9	99,8	104,7	91,5	77,4	110,0	110,7	110,9
Index der Arbeitsproduktivität											
Produktionsergebnis je Beschäftigten	1980=100	105,0	109,7	114,1	114,2	120,2	108,3	97,1	120,6	123,5	123,0
Produktionsergebnis je Arbeiter	1980=100	107,8	112,5	116,7	116,9	122,8	110,4	99,1	123,2	126,3	126,1
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	1000 t	82 202	79 426	82 398	6 076	6 482	7 329	6 577	6 401	6 953	6 413
Braunkohle, roh (Förderung)	1000 t	124 281	126 739	120 667	8 583	7 727	8 872	8 276	8 143	10 125	10 206
Erdöl, roh	1000 t	4 116	4 055	4 105	353	333	338	335	320	322	312
Zement (ohne Zementklinker)	1000 t	30 366	28 633	25 574	2 667	2 691	2 861	2 568	2 830	2 903	2 397
Roheisen für die Stahlherzeugung	1000 t	25 659	28 937	30 229	2 392	2 348	2 125	2 228	2 303	2 302	2 268
Stahlrohblöcke und -brammen	1000 t	35 346	38 991	40 086	3 135	3 174	2 884	2 967	3 085	3 161	3 033
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzeug)	1000 t	26 061	27 957	28 919	2 174	2 443	2 145	2 105	2 555	2 361	2 199
Chemiefasern	1000 t	906	934	977	85	82	76	50	72	82	...
Motorenbenzin	1000 t	19 380	19 813	20 037	1 686	1 559	1 743	1 744	1 544	1 507	1 684
Heizöl	1000 t	36 991	36 890	34 851	3 168	2 738	2 910	2 891	2 651	2 329	2 533
Schnittholz	1000 m³	9 325	9 874	9 388	822	916	907	773	923	960	833
Personenkraftwagen	1000 St	3 568	3 511	3 868	313	344	272	225	352	363	365
Farbfernsehempfangsgeräte	1000 St	4 706	3 906	306	285	323	175	243	366	443	378
Geräte und Einrichtungen für die ADV 4)	Mill. DM	9 180	11 915	15 095	1 186	1 435	1 368	1 072	1 641	1 622	1 590
Isolierglas, auch bearbeitet	1000 m²	12 609	12 030	11 659	849	1 001	1 079
Baumwollgarn	t	177 928	189 601	197 116	14 645	17 186	16 238	9 349	20 308	21 610	18 713 r
Fleischwaren	t	913 967	955 337	987 672	83 095	81 401	84 248	82 243	86 016	89 952	83 224
Zigaretten	Mill. St	155 768	160 630	167 002	11 655	13 363	15 498	14 953	15 332	15 934 r	13 652
Gesamtumsatz 5) 6)	Mrd. DM	1 312,7	1 398,5	1 496,4	115,0	125,0	121,6	104,8	129,5	132,7	123,9
Bergbau	Mill. DM	32 274	34 878	35 677	2 527	2 376	2 416	2 212,8	2 435	2 604	2 667
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	1 280,4	1 363,6	1 460,7	112,4	122,7	119,2	102,6	127,0	130,1	121,2
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	Mill. DM	405 509	441 888	461 341	33 685	34 973	34 141	30 225	34 576	35 957	31 643
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	531 471	562 482	628 815	49 610	56 900	53 109	43 683	58 615	58 709	57 898
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	176 778	187 606	194 708	14 692	16 058	17 010	14 730	18 919	19 610	16 922
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Mill. DM	166 639	171 605	175 849	14 462	14 718	14 932	13 952	14 918	15 809	14 782
dar. Auslandsumsatz 7)	Mill. DM	355 234	402 524	444 068	33 706	38 040	35 707	29 178	38 122	38 333	37 044
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	1000	1 122	1 106	1 026	1 000	1 012	1 022	1 032	1 036	1 039	1 026
dar. Angestellte	1000	154	153	147	142	140	139	140	143	144	144
Arbeiter	1000	912	899	827	810	824	835	844	845	845	832
Gelieferte Arbeitsstunden	Mill. Std	1 480,3	1 460,7	1 269,5	108,9	121,3	128,5	108,8	131,8	139,6	117,6
im Hochbau	Mill. Std	1 052,4	1 030,9	856,1	70,5	78,4	82,9	69,9	85,2	90,8	76,8
dar. Wohnungsbau	1000 Std	631 694	620 907	484 248	39 894	44 115	45 110	36 943	46 259	49 443	41 663
Gewerblicher Hochbau	1000 Std	272 841	268 446	240 259	19 715	22 020	24 342	21 191	24 877	26 483	22 182
Öffentlicher Hochbau	1000 Std	130 337	126 010	116 845	9 737	10 908	11 977	10 661	12 827	13 607	11 792
im Tiefbau	1000 Std	427 901	429 877	413 356	38 342	42 926	45 612	38 912	46 580	48 840	40 852
Straßenbau	1000 Std	145 908	143 931	132 496	12 260	13 905	14 779	12 755	15 412	16 215	13 302
Gewerblicher Tiefbau	1000 Std	90 715	91 562	91 466	8 328	9 271	9 790	8 372	9 817	10 304	8 855
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1000 Std	191 278	194 384	189 394	17 754	19 750	21 043	17 785	21 351	22 321	18 695
Bruttolohnsumme	Mill. DM	30 798	31 334	27 513	2 429	2 457	2 698	2 477	2 633	2 768	3 171
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	6 767	6 879	6 701	544	558	550	546	549	547	798
Index des Auftragseingangs	1980=100	94,4	88,9	87,4	106,2	117,9	114,4	110,5	114,2	99,1	75,1
Index des Auftragsbestands	1980=100	89,2	82,6	77,3	95,3	86,5	86,5	85,9	85,9	110,1	100,8
Produktionsindex 2) 8) 9)	1980=100	88,7	89,1	82,7	95,3	98,3	101,0	88,5	106,1	110,1	100,8
Gesamtumsatz	Mill. DM	108 402	111 006	101 958	7 785	9 294	10 376	9 311	10 821	11 611	11 072
dar. Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	106 390	108 950	99 976	7 619	9 090	10 165	9 124	10 625	11 392	10 886
Handwerk											
Beschäftigte	1000	3 727,7	3 733,7	3 668,6	3 618,9	3 618,9	3 618,9	3 720,8	3 720,8	3 720,8	3 720,8
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	323 586	329 139	325 966	83 917,0	83 917,0	83 917,0	87 421,5	87 421,5	87 421,5	87 421,5

1) 1985 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen — 2) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt — 3) Fachliche Unternehmensteile — 4) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile — 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1 — 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — Umsatz mit deutschen Exporteuren — 8) Unternehmen — 9) Vormonatsvergleich eingeschränkt, da Ergebnisse ab Oktober bereits aufgrund der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe 1986 berechnet sind. Der hieraus resultierende statistische Effekt beläuft sich auf etwa +3,9 % beim Hochbau und +1,0 % beim Tiefbau.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1983	1984	1985	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
	1982	1983	1984	Aug. 85	Sept. 85	Okt. 85	Nov. 85	Juli 86	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	
Index des Auftragsengangs für 1) das Verarbeitende Gewerbe	+ 4,4	+ 9,5	+ 8,1	- 3,7	+ 1,9	- 3,1	- 5,9	- 14,7	+ 20,6	+ 4,7	- 10,7	
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	+ 7,1	+ 10,6	+ 4,1	- 7,9	- 3,9	- 8,8	- 8,5	- 14,0	+ 12,6	+ 5,4	- 12,1	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 10,3	+ 12,0	- 2,5	+ 2,8	- 2,6	- 6,0	- 17,7	+ 20,1	+ 4,8	- 7,1	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 4,8	+ 6,1	+ 3,2	- 0,3	+ 8,2	+ 3,9	- 1,7	- 5,7	+ 34,9	+ 3,3	- 18,4	
Index der Nettoproduktion 2) 3)												
Bergbau	- 4,8	- 0,6	+ 1,1	- 2,9	- 8,3	- 7,3	- 12,9	- 0,3	- 0,8	+ 9,5	+ 1,2	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 0,9	+ 3,3	+ 5,6	+ 0,7	+ 3,3	+ 0,4	- 0,2	- 10,6	+ 25,8	+ 2,0	- 0,3	
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	+ 3,2	+ 4,0	+ 1,3	- 3,7	- 1,0	- 2,2	- 1,5	- 6,5	+ 12,8	+ 1,2	- 1,9	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,4	+ 3,5	+ 10,3	+ 3,3	+ 4,8	+ 1,0	- 0,2	- 14,2	+ 35,3	+ 1,0	+ 1,6	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,2	- 0,9	+ 4,2	+ 2,7	+ 1,9	- 12,0	+ 33,3	+ 0,9	- 3,4	
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,9	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,9	+ 0,6	- 2,9	+ 8,6	+ 11,3	- 1,2	
Index der Bruttonproduktion 2) für Investitionsgüter	- 0,9	+ 3,0	+ 11,8	+ 2,6	+ 3,1	- 2,6	- 2,1	- 13,7	+ 35,8	0	+ 4,4	
Verbrauchsgüter	+ 1,5	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,2	- 2,5	+ 2,2	+ 1,6	- 15,4	+ 42,1	+ 0,6	+ 0,2	
Index der Arbeitsproduktivität Produktionsergebnis je Beschäftigten	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,0	- 0,4	+ 1,7	- 0,7	- 1,1	- 10,3	+ 24,2	+ 2,4	- 0,4	
Produktionsergebnis je Arbeiter	+ 5,7	+ 4,4	+ 3,5	- 0,2	+ 1,9	- 0,3	- 0,6	- 10,2	+ 24,3	+ 2,5	- 0,2	
Produktion ausgewählter Erzeugnisse												
Steinkohle (Förderung)	- 7,7	- 3,4	+ 3,7	- 8,5	- 7,4	- 8,7	- 3,2	- 10,3	- 2,7	+ 8,6	- 8,8	
Braunkohle, roh (Förderung)	- 2,4	+ 2,0	- 4,8	- 9,4	- 16,6	- 5,1	- 5,6	- 6,7	- 1,6	+ 24,3	+ 0,8	
Erdöl, roh	- 3,3	- 1,5	+ 1,2	- 2,3	- 3,0	- 5,8	- 11,9	- 0,9	- 4,5	+ 0,6	- 3,1	
Zement (ohne Zementklinker)	+ 1,2	- 5,7	- 10,7	+ 2,8	- 0,0	+ 1,1	+ 17,4	- 10,2	+ 10,2	+ 2,6	- 17,4	
Roheisen für die Stahlherzeugung	- 2,3	+ 12,8	+ 4,5	- 8,4	- 5,3	- 13,0	- 13,6	+ 4,8	+ 3,4	+ 0,0	- 1,5	
Stahlrohblöcke und -brammen	- 0,2	+ 10,3	+ 2,8	- 8,1	- 8,1	- 11,5	- 12,9	+ 2,9	+ 4,0	+ 2,5	- 4,0	
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbezeug)	+ 1,1	+ 7,3	+ 3,4	- 10,7	+ 8,4	- 8,4	- 8,1	- 1,9	+ 21,4	- 7,6r	- 6,9	
Chemiefasern	+ 7,4	+ 3,1	+ 4,6	- 19,5	- 9,3	- 6,6	- 33,6	+ 45,1	+ 13,4	
Motorbenzin	- 0,3	+ 2,3	+ 1,1	- 1,3	- 6,0	- 12,9	+ 1,2	+ 0,1	- 11,5	- 2,4	- 3,9	
Heizöl	- 11,6	- 0,3	- 5,5	- 5,0	- 1,5	- 11,3	- 7,7	- 0,7	- 8,3	- 12,1	+ 4,5	
Schnittholz	+ 8,2	+ 5,9	- 4,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 1,0	+ 0,7	- 14,8	+ 19,4	+ 4,0	- 13,2	
Personenkraftwagen	+ 1,8	- 2,6	+ 10,2	+ 11,9	+ 2,0	- 0,8	- 0,8	- 17,2	+ 56,4	+ 3,1	+ 0,6	
Farbfernsehempfangsgeräte	+ 12,8	- 17,0	- 2,9	+ 12,5	- 4,1	+ 8,6	- 1,8	+ 38,9	+ 50,6	+ 21,0	- 14,7	
Geräte und Einrichtungen für die ADV 4)	+ 16,9	+ 29,8	+ 26,7	- 4,6	+ 16,0	- 1,8	- 7,7	- 21,6	+ 53,1	- 1,2	- 1,9	
Isolierglas, auch bearbeitet	+ 0,1	- 4,6	+ 3,1	
Baumwollgarn	+ 8,1	+ 6,6	+ 4,0	- 2,1	+ 12,8	+ 10,0	+ 14,8	- 42,4	+ 117,2	+ 6,4	- 13,4	
Fleischwaren	+ 2,5	+ 4,5	+ 3,4	- 0,6	+ 4,1	- 0,3	- 3,6	- 2,4	+ 4,6	+ 4,1	- 7,5	
Zigaretten	+ 6,5	+ 3,1	+ 4,0	+ 6,4	+ 10,7	+ 0,0	- 8,4	- 3,5	+ 2,5	+ 4,1	- 14,3	
Gesamtumsatz 5) 6)	+ 2,2	+ 6,5	+ 7,0	- 5,6	- 1,0	- 4,1	- 3,9	- 13,8	+ 23,5	+ 2,5	- 6,6	
Bergbau	- 2,9	+ 8,1	+ 2,3	- 15,2	- 9,5	- 12,9	- 13,0	- 8,4	+ 10,0	+ 7,0	+ 2,4	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 2,3	+ 6,5	+ 7,1	- 5,4	- 0,8	- 3,9	- 3,7	- 13,9	+ 23,8	+ 2,4	- 6,8	
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	+ 1,1	+ 9,0	+ 4,4	- 19,1	- 11,8	- 15,4	- 15,5	- 11,5	+ 14,4	+ 4,0	- 12,0	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,2	+ 5,8	+ 11,8	+ 3,8	+ 4,3	+ 1,5	+ 2,6	- 17,7	+ 34,2	+ 0,2	- 1,4	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 6,1	+ 3,8	- 0,6	+ 5,2	+ 2,0	+ 0,2	- 13,4	+ 28,4	+ 3,7	- 13,7	
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,5	- 1,1	+ 1,7	- 0,1	- 2,3	- 6,6	+ 6,9	+ 6,0	- 6,5	
dar. Auslandsumsatz 7)	+ 2,1	+ 13,3	+ 10,3	- 6,9	- 2,0	- 4,0	- 3,6	- 18,3	+ 30,7	+ 0,6	- 3,4	
Bauhauptgewerbe												
Beschäftigte	- 2,7	- 1,4	- 7,2	- 3,2	- 3,2	- 1,8	- 1,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	- 1,2	
dar. Angestellte	- 1,7	- 0,8	- 4,2	- 4,2	- 2,5	- 1,4	- 1,4	+ 0,8	+ 1,9	+ 0,8	- 0,1	
Arbeiter	- 2,4	- 1,4	- 8,1	- 2,7	- 3,0	- 1,7	- 1,4	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,0	- 1,5	
Geleistete Arbeitsstunden	- 2,8	- 1,3	- 13,1	- 6,2	- 0,4	- 2,9	+ 12,4	- 15,3	+ 21,1	+ 5,9	- 15,8	
im Hochbau	- 0,2	- 2,0	- 17,0	- 8,3	- 3,0	- 3,8	+ 10,9	- 15,6	+ 21,9	+ 6,5	- 15,4	
dar: Wohnungsbau	+ 1,8	- 1,7	- 22,0	- 11,6	- 7,7	- 6,7	+ 10,1	- 18,1	+ 25,2	+ 6,9	- 15,7	
Gewerblicher Hochbau	+ 0,6	- 1,6	- 10,5	- 5,4	+ 5,4	+ 2,5	+ 10,1	- 12,9	+ 17,4	+ 6,5	- 16,3	
Öffentlicher Hochbau	- 10,0	- 3,3	- 7,3	± 0	+ 5,0	- 1,0	+ 16,4	- 11,8	+ 21,5	+ 6,1	- 13,3	
im Tiefbau	+ 9,4	+ 0,5	- 3,8	- 2,0	+ 4,6	- 1,3	+ 15,4	- 14,7	+ 19,7	+ 4,9	- 16,4	
Straßenbau	- 10,4	- 1,4	- 7,9	- 4,7	+ 1,2	- 3,2	+ 20,9	- 13,7	+ 20,8	+ 5,2	- 18,0	
Gewerblicher Tiefbau	- 9,3	+ 0,9	- 0,1	- 4,0	+ 8,6	+ 0,1	+ 14,3	- 14,5	+ 17,3	+ 5,0	- 14,1	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	+ 7,2	+ 1,6	- 2,6	+ 0,9	+ 5,4	- 0,5	+ 12,2	- 15,5	+ 20,1	+ 4,5	- 16,2	
Bruttolohnsumme	+ 0,2	+ 1,7	- 12,2	+ 0,2	- 0,3	- 4,3	+ 1,8	- 8,2	+ 6,3	+ 5,1	+ 14,6	
Bruttogehaltsumme	+ 1,6	+ 1,7	- 2,6	- 0,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 3,7	- 0,6	+ 0,4	- 0,3	+ 45,9	
Index des Auftragsengangs	+ 9,9	- 5,8	- 1,7	+ 18,3	+ 8,7	+ 9,5	+ 3,2	- 3,4	+ 3,3	- 13,2	- 24,2	
Index des Auftragsbestands	+ 7,7	- 7,4	- 6,4	..	+ 9,7a)	- 0,7b)	
Produktionsindex 2) 8) 9)	+ 0,6	+ 0,5	- 7,2	- 0,3	+ 1,4	- 1,6	+ 18,9	- 12,4	+ 19,9	+ 3,8	- 8,4	
Gesamtumsatz	+ 1,7	+ 2,4	- 8,2	- 0,1	+ 10,3	+ 3,7	+ 7,1	- 10,3	+ 16,2	+ 7,3	- 4,6	
dar. Baugewerblicher Umsatz	+ 1,6	+ 2,4	- 8,2	- 0,0	+ 10,6	+ 3,6	+ 7,2	- 10,2	+ 16,4	+ 7,2	- 4,4	
Handwerk												
Beschäftigte	- 1,7	+ 0,2	- 1,7	..	- 0,7a)	+ 2,8b)	
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 3,3	+ 1,7	- 1,0	..	+ 4,0a)	+ 4,2b)	

1) 1985 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen — 2) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt — 3) Fachliche Unternehmensteile — 4) Ohne Ein- und Ausgabeinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile — 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 — 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — Umsatz mit deutschen Exporteuren — 8) Unternehmens — 9) Vormonatsvergleich eingeschränkt, da Ergebnisse ab Oktober bereits aufgrund der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe 1986 berechnet sind. Der hieraus resultierende statistische Effekt beläuft sich auf etwa +3,9 % beim Hochbau und +1,0 % beim Tiefbau.

a) 3 Vj 86 gegenüber 3 Vj 85 — b) 3 Vj 86 gegenüber 2 Vj 86

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Mai	Juni	Juli	Aug	Sept	Okt.	Nov.
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	163 880	135 869	115 823	11 423	12 515	12 326	11 040	9 892	9 344	7 619
Rauminhalt	1000 m³	202 712	159 632	125 018	11 192	12 201	12 014	10 865	9 675	9 432	7 662
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	64 766	51 994	40 650	3 625	3 937	3 885	3 543	3 145	3 122	2 527
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	38 580	30 085	30 011	2 881	2 887	3 118	2 767	2 802	2 848	2 375
Rauminhalt	1000 m³	161 775	119 599	127 915	12 915	12 755	13 446	12 542	13 244	13 229	11 251
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	32 387	23 868	25 108	2 611	2 626	2 529	2 512	2 870	2 833	2 118
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	419 655	336 080	252 248	20 343	22 195	21 904	20 324	18 163	17 835	15 095
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	1000 m³	173 681	193 817	154 283	3 187	4 777	4 654	5 207	6 517	8 780	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1000 m³	147 639	150 794	123 491	3 332	3 832	3 911	4 482	5 930	8 059	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	340 781	398 373	312 053	6 641	9 851	9 293	10 226	12 920	18 037	...
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte)¹)²)	1980=100	111,8	120,9	123,4	112,8	115,1r	114,0r	102,0r	117,9r	123,7	110,6
davon mit:											
Getreide, Futter- und Dungemitteln, Tieren	1980=100	120,6	120,6	117,4	113,0	107,3	97,2	101,0r	113,2r	107,1r	96,8
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	1980=100	120,2	154,7	159,9	130,6	133,1	115,2r	102,7	124,9r	142,2r	119,7
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	1980=100	126,6	151,9	156,9	134,0	137,8	135,8	118,9r	139,3r	144,4r	128,2
festen Brennstoffen, Mineralölzeug- nissen	1980=100	109,5	112,6	112,7	80,0	73,0	69,1	61,6r	63,9r	67,0r	62,4
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	1980=100	108,6	123,9	132,7	113,7r	126,6r	117,6	99,3r	123,0r	119,8r	111,2
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	1980=100	101,3	106,6	100,5	104,5	115,4	123,7	109,6r	129,2r	134,1r	111,9
Altmateriale, Reststoffen	1980=100	98,4	136,6	133,8	89,9	97,6	90,8	71,2	87,3	94,4r	78,4
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	111,2	119,9	121,5	126,9	124,7r	126,7r	110,4r	122,8r	135,5r	119,7
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980=100	107,5	126,9	132,5	100,8r	105,1	126,1r	133,5r	177,5r	164,3r	137,8
Metallwaren, Einrichtungsgegen- ständen	1980=100	110,6	123,4	126,2r	116,6	121,4r	123,4r	112,4r	140,7	151,2r	135,0
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	1980=100	110,9	138,5	139,4	120,0	126,0	138,1	119,0r	162,1r	174,5r	154,0
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	1980=100	116,5	125,9	134,5	138,4r	150,4r	148,3r	125,3r	145,1r	165,3r	144,2
pharmazeutischen, kosmetischen u. a. Erzeugnissen	1980=100	120,4	130,3	139,3	139,7r	145,8r	149,0r	129,1	146,2r	154,5r	142,3
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o. a. S.	1980=100	111,9	121,6	130,7	113,3	123,6	130,4	116,4r	131,7r	137,9r	133,1
Binnengroßhandel	1980=100	108,7	119,7	122,6	114,1r	116,7r	115,6r	104,5r	119,8r	125,6	111,5
Produktionsverbindungshandel	1980=100	108,9	121,1	123,5	112,2r	115,3r	111,9r	101,2r	116,1r	120,1r	105,9
Konsumtionsverbindungshandel	1980=100	108,3	117,0	120,8	117,9	119,6	123,0r	111,3r	127,3	136,8r	122,8
Außenhandel	1980=100	110,6	124,3	125,7	109,2r	110,5r	109,5r	94,6r	112,4	118,1r	107,8
dar.: Einfuhrhandel	1980=100	112,6	126,4	125,4	113,6r	112,9r	108,4r	98,2r	119,0r	124,0r	111,2
Ausfuhrhandel	1980=100	97,3	109,8	111,8	92,8	95,4	100,0r	82,3r	94,8r	93,4r	92,8
Streckengroßhandel	1980=100	112,0	120,4	120,7	102,6	106,0	100,2r	88,0r	101,7r	105,6r	95,0
Lagergroßhandel	1980=100	108,1	121,1	124,5	117,0	118,8r	119,7r	107,7r	124,5r	131,0r	116,9
Einzelhandel (Umsatzwerte)²)	1980=100	108,4	111,3	113,9	117,7	111,0	116,7r	104,5r	113,2r	124,6	123,0p
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	114,7	117,2	119,0	126,6	119,9r	124,2r	117,7r	114,8r	124,7	119,1p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980=100	101,9	104,6	108,5	113,1	93,9r	101,0r	90,9r	122,3r	136,0	135,0p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	1980=100	103,0	105,8	103,6r	98,9r	99,9r	107,3r	91,9r	108,2	124,2	124,3p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	1980=100	107,6	109,7	111,8	97,5r	97,0r	102,0r	96,9r	106,4r	124,3	138,5p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1980=100	108,6	111,4	115,2r	98,8	102,3r	111,5	110,8r	123,7r	129,2	131,5p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	1980=100	113,2	119,1	124,5r	125,4	126,5r	133,2r	122,4r	123,2r	132,8	128,8p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturkfst.)	1980=100	116,8	124,3	122,6	113,0	110,0r	108,3r	99,2r	103,2r	101,4	94,8p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	1980=100	114,5	117,5	121,5	144,7	148,5r	150,4r	113,3r	129,4r	145,4	128,8p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1980=100	102,8	105,3	108,3r	106,0r	95,6r	102,2r	94,1	99,0r	108,2	114,7p
darunter nach Erscheinungsformen:											
Versandhandelsunternehmen	1980=100	95,3	98,1	98,3	86,4	79,0	74,2	79,8	120,5r	133,9	137,9p
Warenhäuser	1980=100	94,3	91,5	92,1	88,1r	78,9	97,1	82,2	82,8r	92,1	110,2p
SB-Warenhäuser	1980=100	114,2	118,8	122,0r	130,0	119,7	129,6r	123,8	118,0r	132,1p	...
Verbrauchermärkte	1980=100	149,6	168,2	190,2	226,5r	207,9r	214,8r	204,0r	199,5r	221,5p	...
Supermärkte	1980=100	122,2	126,3	130,5	140,0	131,4	136,7	130,5r	125,8r	136,6p	...
Gastgewerbe (Umsatzwerte)²)	1980=100	107,1	109,8	111,7	127,3	118,2r	123,2r	124,1r	127,1	123,9	...
Beherbergungsgewerbe	1980=100	109,1	114,9	119,3	142,7r	136,8	140,3r	147,8r	157,5	145,8	...
Gaststättengewerbe	1980=100	105,9	107,1	107,5	120,4r	108,5r	114,7r	113,2r	111,6	111,8	...
Kantinen	1980=100	109,9	110,3	116,1	110,1	120,5	117,7r	102,8r	124,5	135,8	...
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland³)	1000	421 659	424 389	422 256	38 573	39 395	46 269	49 397	41 329	37 340	...
Einreisen über die Grenze zur DDR⁴)	1000	14 386	15 614	16 637	1 954	1 556	1 934	1 877	1 638	1 764	1 210
Ausreisen über die Grenze zur DDR⁴)	1000	14 512	15 855	17 162	1 974	1 515	1 654	2 047	1 692	1 639	1 252
Ankünfte⁵)	1000	51 996	57 180	58 676	6 066	5 915	6 169	6 019	6 584
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1000	9 830	11 942	12 686	1 148	1 242	1 644	1 483	1 381
Übernachtungen⁵)	1000	190 839	207 953	213 082	21 125	22 154	26 483	27 495	24 630
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1000	21 599	26 152	28 079	2 550	2 647	3 938	3 485	3 043
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	Mill. DM	32 839	35 089	37 648	2 877	3 060	3 170	2 798	3 290	3 514	3 090
Lieferungen nach Berlin (West)	Mill. DM	25 408	26 090	27 687	2 116	2 220	2 211	1 983	2 303	2 591	2 396
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes	Mill. DM	6 947	6 408	7 901	534	529	664	536	532	720	609
Bezüge des Bundesgebietes	Mill. DM	6 878	7 744	7 636	552	519	562	513	545	623	588

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) In jeweiligen Preisen. — 3) Einschl. Durchreisen. — 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West). — 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1982	1983	1984	Aug. 85	Sept. 85	Okt. 85	Nov. 85	Juli 86	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	+ 24,6	- 17,1	- 14,8	+ 10,6	- 1,7	- 5,4	+ 1,5	- 10,4	- 10,4	- 5,5	- 18,5
Rauminhalt	+ 22,6	- 21,3	- 21,7	+ 3,1	- 10,7	- 9,2	- 5,1	- 9,6	- 11,0	- 2,5	- 18,8
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 26,7	- 19,7	- 21,8	+ 3,3	- 11,8	- 7,2	- 5,2	- 8,8	- 11,2	- 0,7	- 19,1
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 21,3	- 22,0	- 0,2	- 2,2	- 2,3	+ 2,0	+ 7,0	- 11,3	+ 1,3	+ 1,6	- 16,6
Rauminhalt	+ 15,1	- 26,1	+ 7,0	+ 13,4	+ 4,6	+ 11,1	+ 13,0	- 6,7	+ 5,6	- 0,1	- 15,0
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 14,6	- 26,3	+ 5,2	+ 9,5	+ 23,6	+ 16,5	+ 7,1	- 0,7	+ 14,3	- 1,3	- 25,2
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 25,3	- 19,9	- 24,9	- 3,2	- 17,4	- 15,7	- 9,9	- 7,2	- 10,6	- 1,8	- 15,4
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 6,0	+ 11,6	- 20,4	- 16,3	- 15,8	- 16,0		+ 11,9	+ 25,2	+ 34,7	
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 8,0	+ 2,1	- 18,1	+ 12,4	- 5,3	+ 0,3		+ 14,6	+ 32,3	+ 35,9	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 1,8	+ 16,9	- 21,7	- 20,1	- 18,7	- 17,3		+ 10,0	+ 26,3	+ 39,6	
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte) 1) 2)	+ 3,8	+ 8,1	+ 2,1	- 14,5r	- 6,3r	- 10,3	- 9,9	- 10,5r	+ 15,6r	+ 4,9r	- 10,6
davon mit:											
Getreide, Futter- und Düngemitteln,											
Tieren	+ 7,9	0,0	- 2,7	- 16,3r	- 9,3r	- 14,2r	- 9,1	+ 3,9r	+ 12,1r	- 5,4r	- 9,6
textilen Rohstoffen und Halbwaren,											
Hauten usw.	+ 10,4	+ 28,7	+ 3,4	- 18,6	- 17,3r	- 14,5r	- 17,1	- 10,9r	+ 21,6r	+ 13,9r	- 15,8
technischen Chemikalien, Rohdrogen,											
Kautschuk	+ 16,7	+ 20,0	+ 3,3	- 14,8	- 7,9r	- 12,0r	- 15,8	- 12,4r	+ 17,2r	+ 3,7r	- 11,2
festen Brennstoffen, Mineralerzeug-											
nissen	- 4,4	+ 2,8	+ 0,1	- 49,4r	- 42,4r	- 44,0r	- 41,2	- 10,9r	+ 3,7r	+ 4,9r	- 6,8
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	- 1,8	+ 14,1	+ 7,1	- 19,9r	- 11,6r	- 21,0r	- 11,9	- 15,6r	+ 23,9r	- 2,6r	- 7,2
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 8,3	+ 5,2	- 5,7	- 1,3r	+ 8,3r	+ 2,8	+ 8,7	- 11,4r	+ 17,9r	+ 3,8r	- 16,6
Altmaterial, Reststoffen	+ 8,0	+ 38,0	- 2,0	- 40,7	- 33,9	- 29,8r	- 30,1	- 21,6	+ 22,6	+ 8,1r	- 17,0
Nahrungsmitteln, Getränken,											
Tabakwaren	+ 3,4	+ 7,8	+ 1,3	- 3,2r	+ 7,2r	+ 0,6r	- 4,1	- 12,9r	+ 11,2r	+ 10,3r	- 11,6
Textilien, Bekleidung, Schuhen,											
Lederwaren	+ 6,1	+ 18,0	+ 4,4	- 4,1r	+ 6,9r	- 1,4r	+ 1,2	+ 5,9	+ 33,0r	- 7,4r	- 16,1
Metallwaren, Einrichtungsgegen-											
ständen	+ 8,0	+ 11,6	+ 2,3r	+ 0,6r	+ 5,3	+ 0,5r	- 2,5	- 8,9r	+ 25,2r	+ 7,5r	- 10,7
feinmechanischen und optischen											
Erzeugnissen, Schmuck usw.	+ 11,7	+ 24,9	+ 0,6	+ 1,2r	+ 4,6r	+ 1,0	+ 1,2	- 13,8r	+ 36,2r	+ 7,6r	- 11,7
Fahrzeugen, Maschinen,											
technischem Bedarf	+ 10,5	+ 8,1	+ 6,8	+ 6,5r	+ 9,6r	+ 9,2r	+ 1,9	- 15,5r	+ 15,8r	+ 13,9r	- 12,8
pharmazeutischen, kosmetischen u.a.											
Erzeugnissen	+ 7,0	+ 8,2	+ 6,9	- 0,2	+ 7,7r	+ 3,3r	+ 2,1	- 13,4	+ 13,2r	+ 5,7r	- 7,9
Papier, Druckerzeugnissen, Waren											
verschiedener Art, o.a. S.	+ 5,6	+ 8,7	+ 7,5	- 2,7	- 1,9r	0,0r	- 1,5	- 10,7r	+ 13,1r	+ 4,7r	- 3,5
Binnengroßhandel	+ 0,9	+ 10,1	+ 2,4	- 12,7r	- 5,5r	- 10,0	- 9,0	- 9,6r	+ 14,6r	+ 4,8r	- 11,2
Produktionsverbundhandel	+ 1,5	+ 11,2	+ 2,0	- 17,8r	- 10,8r	- 14,3r	- 12,3	- 9,8r	+ 14,7r	+ 3,4r	- 11,8
Konsumtionsverbundhandel	- 0,2	+ 8,0	+ 3,2	- 1,4r	+ 4,9	- 1,2r	- 2,5	- 9,5	+ 14,4r	+ 7,5r	- 10,2
Außenhandel	+ 5,5	+ 12,4	+ 1,1	- 20,0r	- 8,7	- 11,3r	- 12,4	- 13,6r	+ 18,8r	+ 5,1r	- 8,7
dar.: Einfuhrhandel	+ 7,5	+ 12,3	+ 0,8	- 17,2r	- 8,3r	- 9,0r	- 11,3	- 9,4r	+ 21,2r	+ 5,2	- 10,3
Ausfuhrhandel	- 0,6	+ 12,8	+ 1,8	- 17,7r	- 14,4r	- 15,9r	- 17,8	- 17,7r	+ 15,2r	- 1,5r	- 0,6
Streckengroßhandel	+ 0,4	+ 7,5	+ 0,2	- 26,9r	- 15,5r	- 19,6r	- 19,5	- 12,2r	+ 15,6r	+ 3,8r	- 10,0
Lagergroßhandel	+ 3,0	+ 12,0	+ 2,8	- 9,4r	- 2,7r	- 6,8r	- 6,2	- 10,0r	+ 15,6r	+ 5,2r	- 10,8
Einzelhandel (Umsatzwerte) 2)	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,3	- 2,3r	+ 5,9r	+ 1,1	- 2,4p	- 10,5r	+ 8,3	+ 10,1	- 1,3p
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken,											
Tabakwaren	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,5	- 1,0r	+ 4,7	+ 2,6	- 3,7r	- 5,2r	- 2,5r	+ 8,6	- 4,5p
Textilien, Bekleidung, Schuhen,											
Lederwaren	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,7	+ 3,2r	+ 14,3r	+ 2,0	- 4,9p	- 10,0r	+ 34,5r	+ 11,2	- 0,7p
Einrichtungsgegenständen											
(ohne elektrotechnische usw.)	+ 4,6	+ 2,7	- 2,1	- 1,0	+ 8,2r	+ 6,0	+ 5,3p	- 14,4r	+ 17,7r	+ 14,8	+ 0,1p
elektrotechnischen Erzeugnissen,											
Musikinstrumenten usw.	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,9	- 0,9r	+ 5,7r	+ 4,2	+ 0,5p	- 5,0r	+ 9,8r	+ 16,8	+ 11,4p
Papierwaren, Druckerzeugnissen,											
Büromaschinen	+ 3,0	+ 2,6	+ 3,4r	+ 1,2r	+ 5,7r	+ 4,5	+ 3,2p	- 0,6r	+ 11,6r	+ 4,4	+ 1,8p
pharmazeutischen, kosmetischen und											
medizinischen Erzeugnissen usw.	+ 5,7	+ 5,2	+ 4,5	+ 1,6r	+ 5,4r	+ 3,2	+ 2,5p	- 8,1r	+ 0,7r	+ 7,8	- 3,0p
Kraft- und Schmierstoffen											
(Tankstellen ohne Agenturkankst.)	- 2,7	+ 6,4	- 1,4	- 23,8r	- 15,1r	- 26,1	- 19,4p	- 8,4	+ 4,0r	- 1,7	- 6,5p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen											
und -reifen	+ 12,1	+ 2,6	+ 3,4	+ 8,8r	+ 15,3r	+ 9,2	+ 7,0p	- 24,7	+ 14,2r	+ 12,4	- 11,4p
sonstigen Waren, Waren											
verschiedener Art	+ 1,2	+ 2,4	+ 2,8r	- 11,8	- 1,6r	- 6,7	- 7,0p	- 7,9r	+ 5,2r	+ 9,3	+ 6,0p
darunter nach Erscheinungsformen											
Versandhandelsunternehmen	- 2,5	+ 2,9	+ 0,2	- 2,1	+ 11,8r	+ 4,6	- 2,2p	+ 7,5	+ 51,0r	+ 11,1	+ 3,0p
Warenhäuser	+ 1,1	- 3,0	+ 0,7	+ 0,2	+ 7,3r	+ 1,5	- 1,3p	- 15,3	+ 0,7r	+ 11,2	+ 19,7p
SB-Warenhäuser	+ 9,5	+ 4,0	+ 2,7r	+ 3,9	+ 10,2r	+ 5,8		- 4,5r	- 4,7r	+ 11,9	
Verbrauchermarkte	+ 8,6	+ 12,4	+ 13,1	+ 10,0r	+ 14,4r	+ 17,6		- 5,0r	- 2,2r	+ 11,0	
Supermarkte	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,3	0,0r	+ 5,7r	+ 2,8		- 4,5r	- 3,6r	+ 8,6	
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 2)	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,3r	+ 1,0	+ 1,8		+ 0,7r	+ 2,4	- 2,5	
Beherbergungsgewerbe	+ 3,0	+ 5,3	+ 3,8	+ 3,9r	+ 2,7	+ 2,8		+ 5,3r	+ 6,6	- 7,4	
Gaststättengewerbe	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,4	- 0,4r	+ 0,6	+ 1,1		- 1,3r	- 1,4	+ 0,2	
Kantinen	+ 0,7	+ 0,4	+ 5,3	+ 1,9r	+ 0,3	+ 2,3		- 12,7r	+ 21,1	+ 9,1	
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen											
der Bundesrepublik Deutschland 3)	- 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 3,8	+ 2,6	+ 4,7		+ 6,8	- 16,3	- 9,7	
Einreisen über die Grenze zur DDR 4)	+ 3,0	+ 8,5	+ 6,5	- 0,7	- 2,9	+ 8,0	+ 15,2	- 2,9	- 12,8	+ 7,1	- 31,0
Ausreisen über die Grenze zur DDR 4)	+ 2,8	+ 9,3	+ 8,2	- 3,8	- 4,0	- 8,1	+ 12,2	+ 23,8	- 17,4	- 3,1	- 23,6
Ankünfte 5)	+ 1,3	+ 3,4	+ 2,7	- 1,8	+ 0,7			+ 2,4	+ 9,4		
darunter Gäste mit Wohnsitz											
außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,9	+ 10,5	+ 6,3	- 6,2	- 8,6			- 9,8	- 6,9		
Übernachtungen 5)	- 2,7	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,9			+ 3,8	- 10,4		
darunter Gäste mit Wohnsitz											
außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,5	+ 9,9	+ 7,5	- 3,1	- 5,7			- 11,5	- 12,7		
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	+ 6,7	+ 6,8	+ 7,3	- 3,1	- 1,6	- 10,0	- 11,0	- 11,7	+ 17,6	+ 12,5	- 12,1
Lieferungen nach Berlin (West)	+ 7,4	+ 2,7	+ 9,9	- 2,8	- 1,8	- 3,6	- 6,4	- 10,3	+ 16,1	+ 6,8	- 7,5
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes	+ 8,8	- 7,8	+ 23,3r	- 30,5	- 9,0	+ 3,6	- 3,5	- 19,3	- 0,7	+ 35,3	- 15,4
Bezüge des Bundesgebietes	+ 3,6	+ 12,6	- 1,4	- 16,9	- 17,0	- 11,7	- 3,2r	- 8,8	+ 6,2	+ 14,3	- 5,9

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 2) In jeweiligen Preisen — 3) Einschl. Durchreisen — 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West) — 5) In allen Beherbergungstatten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill DM	390 192	434 257	463 811	32 571	34 470	34 528	27 975	34 045	37 540	32 000
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill DM	50 475	54 605	57 953	4 771	4 562	4 259	3 977	4 367	4 827	4 351
Gewerbliche Wirtschaft	Mill DM	333 780	372 970	398 283	27 180	29 089	29 596	23 537	29 046	31 938	26 961
Rohstoffe	Mill DM	52 203	58 237	57 456	2 595	2 278	2 217	2 018	2 155	2 369	2 033
Halbwaren	Mill DM	73 144	81 403	86 794	5 076	5 154	4 503	3 740	4 438	4 445	3 854
Fertigwaren	Mill DM	208 433	233 330	254 034	19 509	21 656	22 875	17 780	22 453	25 124	21 075
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill DM	304 711	337 775	365 521	26 763	28 608	28 571	22 474	27 872	30 995	26 624
dar. EG-Länder	Mill DM	198 943	217 269	235 664	17 258	18 231	18 196	13 893	17 491	18 617	16 457
Entwicklungsländer	Mill DM	63 069	69 816	71 698	4 245	4 059	4 171	4 004	4 484	4 794	3 809
Staatshandelsländer	Mill DM	22 157	26 432	26 310	1 544	1 782	1 764	1 461	1 672	1 731	1 544
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill DM	432 281	488 223	537 164	40 632	44 395	45 417	36 117	44 407	48 226	42 235
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill DM	23 624	26 673	28 025	2 020	2 204	2 281	2 038	2 320	2 671	2 185
Gewerbliche Wirtschaft	Mill DM	405 729	458 342	505 812	38 350	41 914	42 841	33 785	41 821	45 181	39 716
Rohstoffe	Mill DM	7 203	8 299	8 565	590	616	601	506	605	670	587
Halbwaren	Mill DM	34 328	40 172	41 038	2 516	2 692	2 383	1 988	2 381	2 794	2 360
Fertigwaren	Mill DM	364 198	409 872	456 209	35 243	38 605	39 857	31 291	38 835	41 716	36 769
Ländergruppen (Verbrauchslander)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill DM	341 307	395 898	441 278	34 481	37 745	37 885	29 763	37 974	41 235	36 172
dar. EG-Länder	Mill DM	217 677	243 639	257 265	20 681	23 077	22 481	17 020	22 680	23 605	21 819
Entwicklungsländer	Mill DM	66 976	67 484	66 366	4 076	4 476	4 946	4 367	4 322	4 686	4 078
Staatshandelsländer	Mill DM	22 605	23 325	27 883	1 999	2 095	2 492	1 919	2 039	2 237	1 922
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüber- schuß (+)	Mill DM	+42 089	+53 966	+73 353	+8 061	+9 925	+10 889	+8 141	+10 361	+10 686	+10 235
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	1980=100	114,3	127,2	135,9	114,5	121,2	121,4	98,3	119,7	132,0	112,5
Ausfuhr	1980=100	123,4	139,4	153,3	139,2	152,1	155,6	123,7	152,1	165,2	144,7
Index des Volumens											
Einfuhr	1980=100	100,1	105,3	109,7	112,0	118,2	120,1	99,8	117,8	130,5	113,4
Ausfuhr	1980=100	109,8	119,8	126,9	119,2	130,8	132,9	106,9	130,9	144,1	125,8
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	1980=100	114,1	120,8	123,9	102,2	102,5	101,0	98,5	101,6	101,1	99,2
Ausfuhr	1980=100	112,4	116,3	120,8	116,8	116,3	117,0	115,7	116,2	114,7	115,0
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	1980=100	98,5	96,3	97,5	114,3	113,5	115,8	117,5	114,4	113,5	115,9
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill	1 147,3	1 086,1	1 104,4	89,3	89,7	96,4	85,0	97,4
Straßenverkehr	Mill	6 306,4	5 948,2	5 808,9
Luftverkehr	Mill	35,9	38,6	41,7	3,8	4,0	4,1	4,3	4,5
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1000 t	310 021	329 780	334 613	25 171	26 335	25 706	23 481	26 918
Straßenverkehr											
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1000 t	354 535	366 502	380 512	33 565	34 761	34 465	31 528	36 614
Binnenschifffahrt	1000 t	223 936	236 478	222 408	21 263	21 254	20 592
Seeschifffahrt	1000 t	126 275	132 307	138 979	11 485p	11 137p	11 595p	11 220p	10 410p	11 333p	...
Luftverkehr	1000 t	619	676	741	65	61	63	60	60
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1000 t	55 229	57 770	56 790	5 166	4 797	5 270	5 212	4 937
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1000	2 847,5	2 739,2	2 671,0	280,2	278,5	263,4	200,3	245,4	271,4	218,3
dar. Personenkraftwagen	1000	2 426,8	2 393,9	2 379,3	247,8	249,0	238,7	182,9	225,6	252,8	203,8
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1000	6 123,3	6 236,0	6 256,8	600,9	595,0	618,4	512,4	563,1	599,6	496,7
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	374 107	359 485	327 745	35 330r	35 021r	33 611r	31 969r	31 479r	32 833	...
Getotete	Anzahl	11 732	10 199	8 400	828r	838r	780r	834r	818r	894	...
Schwerverletzte	Anzahl	145 090	132 514	115 533	12 453r	12 285r	11 577r	11 171r	10 684r
Leichtverletzte	Anzahl	344 120	333 519	306 562	33 208r	32 919r	31 928r	30 569r	29 727r	41 932	...
Unfälle mit nur Sachschaden	1000	1 318,0	1 421,3	1 512,6	132,0	126,2	123,9	119,9r	131,1r	148,2	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	Mrd DM	96,4	99,8	104,2	105,5	105,4	108,1	108,3	107,0	108,7	112,0p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	Mrd DM	84,0	84,1	86,0	83,4	84,3	86,1	88,2	92,3	100,0	96,2p
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd DM	85,5	96,3	105,3	92,1	106,2	99,3	92,6	95,4	80,2	83,5p
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privat- personen	Mrd DM	1 808,5	1 915,6	2 013,9	2 051,8	2 066,9	2 072,9	2 075,9	2 082,1	2 088,2	2 099,1p
an öffentliche Haushalte	Mrd DM	1 380,5	1 468,8	1 548,2	1 589,4	1 606,2	1 608,7	1 612,3	1 618,8	1 622,6	1 630,5p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	Mrd DM	427,9	446,8	465,8	462,4	460,7	464,4	463,8	463,3	465,6	468,6p
	Mrd DM	1 368,1	1 454,6	1 551,4	1 595,3	1 606,7	1 609,1	1 623,5	1 627,0	1 640,2	1 672,1p
	Mrd DM	548,4	568,8	601,6	631,8	633,3	632,4	635,4	637,1	641,0	644,8p
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1000	2 174,0	2 351,3	2 441,1	175,3	176,4	177,3	163,2	232,7	187,8	199,6
Bauspareinlagen (Bestände)	Mill DM	125 374	124 850	122 654	118 996	118 497	117 223	116 590	116 023	115 625	114 996
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	Mill DM	138 979	145 039	145 816	144 567	145 777	144 517	144 133	144 116	144 101	143 040

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse — 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1982	1983	1984	Aug. 85	Sept. 85	Okt. 85	Nov. 85	Juli 86	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 3,6	+ 11,3	+ 6,8	- 21,5	- 6,7	- 7,5	- 14,0	- 19,0	+ 21,7	+ 10,3	- 14,8
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 1,6	+ 8,2	+ 6,1	- 7,6	- 1,1	+ 3,2	- 5,8	- 6,6	+ 9,8	+ 10,5	- 9,9
Gewerbliche Wirtschaft	+ 3,8	+ 11,7	+ 6,8	- 23,6	- 7,4	- 9,2	- 15,7	- 20,5	+ 23,4	+ 10,0	- 15,6
Rohstoffe	- 12,0	+ 11,6	- 1,3	- 52,5	- 52,8	- 47,3	- 49,3	- 49,3	+ 6,8	+ 9,9	- 14,2
Halbwaren	+ 4,8	+ 11,3	+ 6,6	- 41,3	- 35,4	- 37,1	- 46,8	- 17,0	+ 18,7	+ 0,2	- 13,3
Fertigwaren	+ 8,3	+ 11,9	+ 8,9	- 6,8	+ 12,6	+ 6,4	+ 1,6	- 22,3	+ 26,3	+ 11,9	- 16,1
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 6,4	+ 10,9	+ 8,2	- 16,8	- 2,5	- 5,0	- 10,5	- 21,3	+ 24,0	+ 11,2	- 14,1
dar. EG-Länder	+ 6,0	+ 9,2	+ 8,5	- 20,0	- 2,2	- 8,0	- 14,5	- 23,6	+ 25,9	+ 10,7	- 15,7
Entwicklungsländer	- 7,8	+ 10,7	+ 2,7	- 37,5	- 23,5	- 14,1	- 27,1	- 4,0	+ 12,0	+ 6,9	- 20,5
Staatshandelsländer	+ 3,7	+ 19,3	- 0,5	- 32,6	- 16,0	- 26,9	- 30,2	- 17,2	+ 14,5	+ 3,5	- 10,8
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 1,1	+ 12,9	+ 10,0	- 7,3	+ 1,2	- 4,5	- 4,5	- 20,5	+ 23,0	+ 8,6	- 12,4
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	- 1,0	+ 12,9	+ 5,1	- 4,5	- 0,2	+ 0,1	- 6,7	- 10,7	+ 13,8	+ 15,1	- 18,2
Gewerbliche Wirtschaft	+ 1,2	+ 13,0	+ 10,4	- 7,7	+ 1,3	- 2,3	- 4,5	- 21,1	+ 23,8	+ 8,0	- 12,1
Rohstoffe	- 0,2	+ 15,2	+ 3,2	- 18,1	- 12,4	- 12,5	- 11,5	- 15,8	+ 19,6	+ 10,7	- 12,4
Halbwaren	+ 0,3	+ 17,0	+ 2,2	- 33,2	- 27,1	- 23,4	- 21,1	- 16,6	+ 19,8	+ 17,4	- 15,5
Fertigwaren	+ 1,3	+ 12,5	+ 11,3	- 5,2	+ 4,0	- 0,3	- 3,1	- 21,5	+ 24,1	+ 7,4	- 11,9
Ländergruppen (Verbrauchsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 2,5	+ 16,0	+ 11,5	- 4,4	+ 3,5	+ 0,6	- 1,3	- 21,4	+ 27,6	+ 8,7	- 12,4
dar. EG-Länder	+ 0,8	+ 11,9	+ 9,7	- 5,3	+ 5,5	- 0,3	- 1,3	- 24,3	+ 33,3	+ 9,7	- 13,2
Entwicklungsländer	- 7,6	+ 0,8	- 1,7	- 19,2	- 12,2	- 16,9	- 21,3	- 11,7	- 1,0	+ 7,7	- 12,3
Staatshandelsländer	+ 10,2	+ 3,2	+ 19,5	- 17,0	- 4,7	- 8,6	- 14,6	- 23,0	+ 6,3	+ 9,7	- 14,1
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	- 17,9	+ 28,2	+ 35,9	+142,7	+ 39,5	+ 23,3	+ 45,8	- 25,2	+ 27,3	+ 3,1	- 4,2
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	+ 3,6	+ 11,3	+ 6,8	- 21,5	- 6,6	- 7,5	- 13,9	- 19,0	+ 21,8	+ 10,3	- 14,8
Ausfuhr	+ 1,1	+ 13,0	+ 10,0	- 7,3	+ 1,1	- 2,1	- 4,4	- 20,5	+ 23,0	+ 8,6	- 12,4
Index des Volumens											
Einfuhr	+ 3,9	+ 5,2	+ 4,2	- 2,9	+ 10,9	+ 9,6	+ 3,6	- 16,9	+ 18,0	+ 10,8	- 13,1
Ausfuhr	- 0,3	+ 9,1	+ 5,9	- 3,0	+ 5,2	+ 1,6	- 1,1	- 19,6	+ 22,5	+ 10,1	- 12,7
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	- 0,3	+ 5,9	+ 2,6	- 19,1	- 15,8	- 15,6	- 16,9	- 2,5	+ 3,1	- 0,5	- 1,9
Ausfuhr	+ 1,4	+ 3,5	+ 3,9	- 4,5	- 3,9	- 3,5	- 3,4	- 1,1	+ 0,4	- 1,3	+ 0,3
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	+ 1,7	- 2,2	+ 1,2	+ 18,1	+ 14,2	+ 14,4	+ 16,2	+ 1,5	- 2,6	- 0,8	+ 2,1
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	+ 1,7	- 5,3	+ 1,7	+ 0,0	- 1,2	- 11,8	+ 14,5
Straßenverkehr	- 3,7	- 5,7	- 2,3
Luftverkehr	+ 2,5	+ 7,7	+ 8,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 5,7	+ 4,8
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	- 2,5	+ 6,4	- 1,5	- 9,6	- 3,9	- 8,7	+ 14,6
Straßenverkehr											
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	+ 5,5	+ 3,4	+ 3,8	+ 0,5	+ 6,0	- 8,5	+ 16,1
Binnenschifffahrt	+ 0,9	+ 5,6	- 6,0
Seeschifffahrt	- 7,9	+ 4,8	+ 5,0	+ 1,1p	- 4,5p	+ 0,7p	...	- 3,2p	- 7,2p	+ 8,9p	...
Luftverkehr	+ 5,6	+ 9,2	+ 9,6	+ 6,5	+ 3,4	- 5,1	+ 0,7
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	- 3,1	+ 4,6	- 1,7	+ 12,9	+ 5,6	- 1,1	- 5,3
Kraftfahrzeuge											
Zulassungenfabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 10,5	- 3,8	- 2,5	+ 15,7	+ 20,2	+ 10,5	+ 11,9	- 23,9	+ 22,6	+ 10,6	- 19,6
dar. Personenkraftwagen	+ 12,6	- 1,4	- 0,6	+ 22,0	+ 21,5	+ 11,0	+ 11,8	- 23,4	+ 23,4	+ 12,1	- 19,3
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 7,7	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 11,8	+ 6,0	+ 8,9	- 17,1	+ 9,9	+ 6,5	- 17,2
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	+ 4,3	- 3,9	- 8,8	- 0,2r	- 4,1r	+ 4,9	...	- 4,9r	- 1,5r	+ 4,3	...
Getötete	+ 1,1	- 0,5	- 17,6	+ 4,8r	+ 4,3r	+ 11,8	...	+ 6,9r	- 1,9r	+ 9,3	...
Schwerverletzte	+ 4,6	- 8,7	- 12,8	- 3,2	- 7,6r	- 3,5r	- 4,4r
Leichtverletzte	+ 4,8	- 3,1	- 8,1	+ 2,4	- 2,2r	+ 5,8	...	- 4,3r	- 2,8r	+ 3,8	...
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 3,6	+ 7,8	+ 6,4	+ 7,0	+ 9,7	+ 16,5	...	- 3,2	+ 9,4	+ 13,0	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	+ 8,8	+ 3,5	+ 4,4	+ 7,5	+ 7,1	+ 7,9	+ 7,4	+ 0,2	- 1,2	+ 1,6	+ 3,0p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	- 3,3	+ 0,1	+ 2,3	+ 5,0	+ 9,4	+ 20,5	+ 9,6p	+ 2,4	+ 4,6	+ 8,3	- 3,8p
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 14,2	+ 12,6	+ 9,4	- 8,7	- 3,0	- 18,4	- 16,3p	- 6,7	+ 3,0	- 15,9	+ 4,1p
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	+ 6,5	+ 5,9	+ 5,1	+ 5,9	+ 5,7	+ 5,5	+ 5,3p	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5p
an öffentliche Haushalte	+ 7,1	+ 6,4	+ 5,4	+ 7,2	+ 7,0	+ 6,7	+ 6,5p	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,2	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,6	+ 1,2p	- 0,1	- 0,9	+ 0,5	+ 0,6p
	+ 5,9	+ 6,3	+ 6,6	+ 10,2	+ 10,2	+ 10,5	+ 11,1p	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,9p
	+ 5,8	+ 3,7	+ 5,8	+ 11,4p	+ 11,3	+ 11,6	+ 11,9p	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6p
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	+ 6,3	+ 8,2	+ 3,8	+ 1,7	+ 5,2	+ 2,0	+ 3,3	- 7,9	+ 42,6	- 19,3	+ 6,3
Bauspareninlagen (Bestände)	+ 3,7	- 0,4	- 1,8	- 2,1	- 2,2	- 2,3	- 2,2	- 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,5
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	+ 4,5	+ 4,4	+ 0,5	- 1,7	- 1,9	- 2,3	- 2,5	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,7

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mill. DM	226 655	227 394	261 153	13 635	13 646	25 023	17 118	15 130	20 037	22 691
Festverzinsliche Wertpapiere	Mill. DM	4 280	2 992	3 769	394	234	177	309	176	452	181
Aktien (Nominalwert)											
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	8,09)	7,89)	6,99)	5,9	6,0	6,0	5,8	5,8	6,0	6,1
Index der Aktienkurse	1980=100	135,29)	153,69)	209,29)	296,2	288,6	272,2	296,0	299,9	292,0	294,6
dar. Publikumsgesellschaften	1980=100	135,39)	151,69)	207,49)	298,1	291,2	273,3	298,4	302,0	293,7	297,9
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	1000	1 0149)	8599)	8369)	736	690	722	736	702	694	...
Arbeitslosenhilfe	1000	4859)	5989)	6169)	616	597	581	575	562	557	...
Unterhaltsgeld 1)	1000	1309)	1319)	1359)	155	155	139	131	146	163	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 586,69)	2 733,79)	2 670,39)	2 687,2	2 552,7	2 744,2	2 611,6	2 503,7	2 553,2	...
dar. Beiträge	Mill. DM	2 389,39)	2 537,29)	2 457,69)	2 295,5	2 402,5	2 529,1	2 451,4	2 361,7	2 391,4	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 720,39)	2 470,49)	2 478,19)	2 531,2	2 349,3	2 537,7	2 258,3	2 309,0	2 502,1	...
dar. Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 425,39)	1 178,69)	1 173,89)	1 158,3	997,0	1 031,5	1 024,4	1 005,2	1 030,8	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	1000	35 8069)	36 0149)	36 2019)	36 288	36 295	36 285	36 390	36 587
dar.: Pflichtmitglieder 2)	1000	20 7769)	20 8869)	21 0949)	21 223	21 223	21 224	21 314	21 516
Rentner	1000	10 4609)	10 5689)	10 6229)	10 648	10 652	10 650	10 653	10 652
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder 3)											
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	342 715	357 471	375 638	26 224	40 987	28 837	28 433	39 851	26 233	27 609 p
(gem. Art. 106 Abs. 3 GG) 4)	Mill. DM	291 419	305 104	324 067	20 670	37 622	23 520	22 857	36 579	20 982	22 198 p
dar.: Lohnsteuer	Mill. DM	128 889	136 350	147 630	11 034	12 401	13 941	12 717	12 102	12 051	11 831 p
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	28 275	26 368	28 568	860	7 284	655	446	8 257	379	401 p
Körperschaftsteuer	Mill. DM	23 675	26 312	31 836	564	7 825	28	79	7 747	193	115 p
Umsatzsteuer	Mill. DM	59 190	55 500	51 428	4 781	5 082	4 408	5 077	4 723	4 834	6 083 p
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	46 681	54 983	58 397	4 654	4 258	4 441	4 431	3 445	4 401	4 423 p
Bundessteuern	Mill. DM	52 115	54 059	55 036	4 455	4 712	4 698	4 744	4 857	4 669	4 720 p
dar. Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	48 879	50 664	51 164	4 090	4 458	4 427	4 306	4 593	4 416	4 441 p
dar.: Zölle	Mill. DM	4 746	5 332	5 412	430	419	424	426	424	491	450 p
Tabaksteuer	Mill. DM	13 881	14 429	14 452	1 204	1 096	1 259	1 219	1 317	1 238	1 255 p
Branntweinabgaben	Mill. DM	4 277	4 238	4 153	276	320	327	276	302	294	285 p
Mineralölsteuer	Mill. DM	23 338	24 033	24 521	1 966	2 413	2 215	2 170	2 363	2 186	2 230 p
Landessteuern	Mill. DM	18 377	18 581	18 475	2 347	1 602	1 763	2 363	1 466	1 446	2 108 p
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	4 992	4 492	4 287	905	100	59	941	62	69	1 036 p
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	6 984	7 284	7 350	852	935	1 001	809	777	739	597 p
Biersteuer	Mill. DM	1 296	1 255	1 254	113	120	113	130	116	105	111 p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage 5)	Mill. DM	4 377	4 135	4 491	278	3	849	310	3	887	296 p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer 5)	Mill. DM	-23 575	-24 408	-26 430	-1 526	-2 953	-1 993	-1 841	-3 054	-1 751	-1 715 p
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	Mill. St	121 661	120 040	121 101	8 889	9 624	10 903	10 132	10 490	11 042	10 076
Bierausstoß	1000 hl	94 983	92 585	93 295	8 827	8 680	9 344	8 313	7 729	7 787 r	6 818
Leichtöl: Benzin bleifrei	1000 hl	3 097	2 548	2 631	3 144	3 176	3 692	4 576	4 391
Benzin bleihaltig	1000 hl	301 527	316 568	308 571	25 290	24 079	26 127	24 081	24 221	25 456	21 405
Gasöl (Dieselkraftstoff)	1000 dt	129 700	133 723	136 638	12 101	12 585	13 732	13 044	13 428	14 986	12 570
Heizöl (EL und L)	1000 dt	320 347	331 808	356 120	40 733	40 820	38 556	24 798	15 747	16 891	17 342
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch 6) 7)											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	DM	1 400,88	1 435,46	1 499,06
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel 8)	DM	449,60	462,59	457,04
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	DM	132,15	135,19	149,25
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	2 836,88	2 848,76	2 864,85
dar. für Nahrungs- und Genußmittel 8)	DM	739,69	740,18	736,58
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	DM	188,80	189,44	208,19
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	4 293,78	4 394,34	4 525,33
dar. für Nahrungs- und Genußmittel 8)	DM	922,32	930,37	949,11
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	DM	232,66	264,23	271,17
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std	40,5	40,9	40,7	40,7
Index	1980=100	97,3	98,3	97,9	98,0
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	15,41	15,77	16,39	17,14
Index	1980=100	114,1	116,8	121,3	127,3
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	627	647	667	698
Index	1980=100	111,0	114,7	118,5	124,6
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 325	3 446	3 589	3 765
Index	1980=100	113,7	117,4	121,9	127,4
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	1980=100	99,9	99,9	98,7	98,1
Index der tariflichen Stundenlöhne	1980=100	113,9	116,9	121,7	127,6
Index der tariflichen Monatsgehälter	1980=100	113,2	115,9	119,5	124,4

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte — 2) Ohne Rentner. — 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer — 4) Vor der Steuerverteilung. — 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz — 6) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. — 7) Aufgrund der Einführung einer neuen Systematik (SEA 1983) liegen für 1986 noch keine Zahlen vor. — 8) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen. — 9) D. errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1982	1983	1984	Aug. 85	Sept. 85	Okt. 85	Nov. 85	Juli 86	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	+ 7,1	+ 0,3	+ 14,8	- 11,6	- 11,9	- 3,3	+ 3,9	- 31,6	- 11,6	+ 32,4	+ 13,2
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 38,4	- 30,1	+ 26,0	+ 66,1	+ 11,4	- 53,1	- 99,6	+ 74,6	- 43,0	+ 156,8	- 99,6
Aktien (Nominalwert)											
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	- 12,1 ⁹⁾	- 2,5 ⁹⁾	- 11,5 ⁹⁾	- 10,8	- 9,4	- 9,1	- 9,0	- 3,3	± 0,0	+ 3,4	+ 1,7
Index der Aktienkurse	+ 31,6 ⁹⁾	+ 13,6 ⁹⁾	+ 36,2 ⁹⁾	+ 41,4	+ 33,9	+ 20,2	+ 14,2	+ 8,7	+ 1,3	- 2,6	+ 0,9
dar. Publikumsgesellschaften	+ 31,9 ⁹⁾	+ 12,0 ⁹⁾	+ 36,8 ⁹⁾	+ 43,5	+ 35,8	+ 21,0	+ 15,5	+ 9,2	+ 1,2	- 2,7	+ 1,4
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 9,5 ⁹⁾	- 15,3 ⁹⁾	- 2,7 ⁹⁾	- 2,0	- 3,3	- 2,1		+ 2,0	- 4,7	- 1,1	...
Arbeitslosenhilfe	+ 66,9 ⁹⁾	+ 23,2 ⁹⁾	+ 32,8 ⁹⁾	- 3,9	- 4,4	- 3,8		- 0,9	- 2,3	- 0,8	...
Unterhaltsgeld ¹⁾	- 9,5 ⁹⁾	+ 1,0 ⁹⁾	+ 2,5 ⁹⁾	+ 16,5	+ 18,0	+ 20,4		+ 6,1	+ 11,4	+ 11,9	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 18,0 ⁹⁾	+ 5,7 ⁹⁾	- 2,3 ⁹⁾	+ 5,0	+ 2,5	- 0,8		- 4,8	- 4,1	+ 2,0	...
dar. Beiträge	+ 18,1 ⁹⁾	+ 6,2 ⁹⁾	- 3,1 ⁹⁾	+ 4,3	+ 3,5	+ 3,7		- 3,1	- 3,7	+ 1,3	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 2,2 ⁹⁾	- 9,2 ⁹⁾	+ 0,3 ⁹⁾	+ 5,4	+ 15,6	+ 10,2		- 11,0	+ 2,2	+ 8,4	...
dar. Arbeitslosengeld	- 5,1 ⁹⁾	- 17,3 ⁹⁾	- 0,4 ⁹⁾	- 1,3	+ 4,6	- 0,3		- 0,7	- 1,9	+ 2,6	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	- 0,1	+ 0,6 ⁹⁾	+ 0,5 ⁹⁾	+ 0,7	+ 0,7	...		+ 0,3	+ 0,5
dar.: Pflichtmitglieder ²⁾	- 0,2	+ 0,5 ⁹⁾	+ 1,0 ⁹⁾	+ 1,4	+ 1,5	...		+ 0,4	+ 0,9
Rentner	+ 0,5	+ 1,0 ⁹⁾	+ 0,5 ⁹⁾	+ 0,3	+ 0,3	...		+ 0,0	- 0,0
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern	+ 4,6	+ 4,3	+ 5,1	+ 6,4	+ 1,3	+ 3,6	+ 3,7 ^p	- 1,4	+ 40,2	- 34,2	+ 5,2 ^p
(gem. Art. 106 Abs. 3 GG) ⁴⁾											
dar.: Lohnsteuer	+ 4,9	+ 4,7	+ 6,2	+ 6,1	- 0,3	+ 3,4	+ 3,9 ^p	- 2,8	+ 60,0	- 42,6	+ 5,8 ^p
Veranlagte Einkommensteuer	+ 4,4	+ 5,8	+ 8,3	+ 4,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,9 ^p	- 8,8	+ 4,8	- 0,4	- 1,8 ^p
Körperschaftsteuer	- 7,6	- 6,7	+ 8,3	x	- 0,5	x	x	x	x	x	x
Umsatzsteuer	+ 10,3	+ 11,1	+ 21,0	x	+ 2,0	x	x	x	x	x	x
Einfuhrumsatzsteuer	+ 10,2	- 6,2	- 7,3	+ 38,4	+ 8,2	+ 32,4	+ 24,0 ^p	+ 15,2	- 7,0	+ 2,3	+ 25,9 ^p
Bundessteuern	+ 6,1	+ 17,8	+ 6,2	- 10,7	- 19,4	- 11,6	- 12,6 ^p	- 0,2	- 22,2	+ 27,7	+ 0,5 ^p
dar. Zölle und Verbrauchsteuern	+ 5,1	+ 3,7	+ 1,8	+ 3,0	+ 6,5	+ 1,2	+ 0,2 ^p	+ 1,0	+ 2,4	- 3,9	+ 1,1 ^p
(ohne Biersteuer)	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,0	+ 2,9	+ 6,0	+ 1,7	+ 0,8 ^p	- 2,7	+ 6,7	- 3,9	+ 0,6 ^p
dar.: Zölle	+ 0,4	+ 12,3	+ 1,5	- 0,7	- 1,2	+ 7,6	+ 0,3 ^p	+ 0,4	- 0,3	+ 15,6	- 8,4 ^p
Tabaksteuer	+ 13,7	+ 4,0	+ 0,2	- 2,5	+ 10,4	+ 6,8	- 5,2 ^p	- 3,1	+ 8,0	- 6,0	+ 1,4 ^p
Brantweinabgaben	- 0,1	- 0,9	- 2,0	- 12,5	+ 13,3	- 9,9	- 2,6 ^p	- 15,5	+ 9,4	- 2,8	- 3,0 ^p
Mineralölsteuer	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,0	+ 8,9	+ 4,6	- 0,6	+ 5,1 ^p	- 2,0	+ 8,9	- 7,5	+ 2,0 ^p
Landessteuern	+ 8,1	+ 1,1	- 0,6	+ 14,7	+ 30,4	+ 11,7	+ 8,6 ^p	+ 34,0	- 37,9	- 1,3	+ 45,8 ^p
dar.: Vermögensteuer	+ 0,2	- 10,0	- 4,6	+ 5,8	- 20,6	- 12,0	+ 13,1 ^p	x	x	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	+ 4,4	+ 4,3	+ 0,9	+ 43,4	+ 52,0	+ 17,8	+ 28,3 ^p	- 19,2	- 4,0	- 4,9	- 19,2 ^p
Biersteuer	+ 0,3	- 3,2	- 0,0	- 0,3	+ 7,5	- 9,5	+ 6,1 ^p	+ 14,4	- 10,7	- 9,5	+ 5,8 ^p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	- 29,3	- 5,5	+ 8,6	+ 10,6	+ 20,5	+ 5,1	+ 9,8 ^p	x	x	x	x
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	+ 2,0	+ 3,5	+ 8,3	+ 5,4	+ 1,0	+ 2,1	+ 3,5 ^p	x	x	x	x
Verbrauchsbesteuerter Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	+ 7,9	- 1,3	+ 0,9	+ 2,3	+ 6,5	- 5,6	- 11,4	- 7,1	+ 3,5	+ 5,3	- 8,8
Bierausstoß	+ 0,2	- 2,5	+ 0,8	- 2,4	- 0,1	- 3,5	+ 1,1	- 11,0	- 7,0	+ 0,7	- 12,4
Leichtöle: Benzin bleifrei			x	x	x	x	x	+ 1,0	+ 16,2	+ 23,9	- 4,0
Benzin bleihaltig	+ 3,9	+ 5,0	x	- 10,8	- 6,0	- 10,6	- 12,2	- 7,8	+ 0,6	+ 5,1	- 15,9
Gasole (Dieselkraftstoff)	+ 5,6	+ 3,1	+ 2,2	+ 6,1	+ 7,0	+ 4,2	+ 7,0	- 5,0	+ 2,9	+ 11,6	- 16,1
Heizöl (EL und L)	- 3,1	+ 3,6	+ 7,3	- 39,2	- 38,0	- 46,2	- 25,5	- 35,7	- 36,5	+ 7,3	+ 2,7
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch^{6) 7)}											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	+ 7,8	+ 2,5	+ 4,4								
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 4,8	+ 2,9	- 1,2								
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	+ 2,6	+ 2,3	+ 10,4								
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 5,4	+ 0,4	+ 0,6								
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 2,1	+ 0,1	- 0,5								
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	- 6,5	+ 35,7	+ 9,9								
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 5,1	+ 2,3	+ 3,0								
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 3,2	+ 0,9	+ 2,0								
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	- 3,0	+ 13,6	+ 2,6								
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	- 0,5	+ 1,0	- 0,5								
Index	- 0,5	+ 1,0	- 0,5								
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 3,5	+ 2,3	+ 3,9								
Index	+ 3,3	+ 2,4	+ 3,9								
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1								
Index	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,3								
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 1,2	+ 3,6	+ 4,1								
Index	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,8								
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	± 0,0	± 0,0	- 1,2								
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 3,5	+ 2,6	+ 4,1								
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,1								

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte - 2) Ohne Rentner - 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer - 4) Vor der Steuerverteilung - 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz - 6) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 7) Aufgrund der Einführung einer neuen Systematik (SEA 1983) liegen für 1986 noch keine Zahlen vor. - 8) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen - 9) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1986						
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Preise											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1980=100	116,1	115,2	...	108,8	107,2	106,5	105,9	105,1	104,6	104,2
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1980=100	115,6	113,8	...	105,3	103,2	102,2	101,4	100,3	99,7	99,2
Neubauten und neue Maschinen	1980=100	118,3	120,4	...	122,6	122,9	123,2	123,4	123,5	123,7	123,7
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	1980=100	106,9	103,1	..	98,9	99,0	98,1	98,8	96,1	95,8p	94,9p
Pflanzliche Produkte	1980=100	106,5	101,1	..	106,2	107,6	102,1	101,6	96,1r	95,9r	97,4
Tiensche Produkte	1980=100	107,0	103,9	..	96,1	95,7	96,5	97,7	96,2	95,7p	93,8p
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	1980=100	97,0	89,6		90,7	90,0	89,2	88,8	88,9	89,4	...
Index der Grundstoffpreise 2)	1980=100	121,2	122,1		103,9	101,6	100,7	101,3	99,9	99,5	...
Inländische Grundstoffe	1980=100	117,8	119,1		112,4	111,3	110,8	110,9	109,8	109,3	...
Importierte Grundstoffe	1980=100	126,3	126,6		91,2	87,2	85,7	87,1	85,2	84,9	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	1980=100	119,2	121,8	118,2	118,5	117,7	117,5	117,5	116,2	115,9	115,7
Investitionsgüter 3)	1980=100	116,8	120,1	123,4	123,4	123,7	124,0	124,2	124,4	124,5	124,5
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	1980=100	115,4	118,5	110,6	110,2	108,2	108,9	109,5	108,7	108,8	108,7
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	1980=100	141,0	146,1	141,8	144,7	144,0	143,0	142,3	133,0	130,9	130,7
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	1980=100	131,7	133,9	127,9	127,0	125,2	125,2	125,4	124,6	124,7	124,8
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1980=100	116,0	118,3	114,9	114,8	114,0	113,9	114,0	113,7	113,6	113,5
Erz des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	1980=100	118,0	120,9	106,1	105,6	102,8	102,6	102,9	101,8	101,6	101,1
dar.: Mineralerzeugnisse	1980=100	124,5	127,8	82,0	78,9	70,1	71,2	73,1	70,6r	71,4	70,7
Eisen und Stahl	1980=100	115,3	119,9	115,4	116,4	114,2	113,3	113,0	111,7	110,0	108,6
Chemische Erzeugnisse	1980=100	118,1	121,6	114,6	114,0	113,2	112,8	112,2	111,5	111,3	111,3
Erz des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1980=100	115,5	118,4	121,1	121,1	121,4	121,6	121,8	121,9	121,9	121,9
dar. Maschinenbauerzeugnisse 4)	1980=100	118,0	122,0	126,2	126,3	126,7	126,9	127,0	127,2	127,3	127,3
Straßenfahrzeuge	1980=100	117,5	121,4	125,3	124,9	125,1	125,8	126,5	126,6	126,6	126,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980=100	111,4	113,0	114,1	114,2	114,4	114,3	114,3	114,3	114,4	114,4
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1980=100	117,1	119,2	121,0	121,1	121,4	121,3	121,4	121,4	121,5	121,5
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1980=100	114,5	117,4	118,6	118,7	118,7	118,8	118,7	118,9	118,9	118,9
dar.: Textilien	1980=100	116,2	118,9	118,3	118,6	118,3	118,0	117,8	117,6	117,6	117,6
Bekleidung	1980=100	115,9	118,5	120,8	120,7	121,0	121,2	121,4	121,4	121,4	121,4
Erz. des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1980=100	114,8	114,2	113,4	114,2	113,8	112,9	112,9	112,7	112,4	112,3
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 5)	1980=100	114,0	114,5	116,2			116,7			116,9	
Bürogebäude 1)	1980=100	114,8	115,8	117,8			118,2			118,6	
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	112,8	113,2	114,9			115,3			115,5	
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	114,7	115,5	117,9			118,4			118,9	
Straßenbau 5)	1980=100	100,8	102,6	104,8			105,0			105,0	
Brücken im Straßenbau 5)	1980=100	108,4	108,7	110,8			111,3			111,5	
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	1980=100	116,9	117,5	108,8	109,1	106,8	106,6	107,2	105,8	105,2	104,4
dar. Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	115,4	114,6	111,4	113,1	111,1	109,9	110,1	107,9	106,8	105,8
Index der Einzelhandelspreise 5)	1980=100	115,6	117,5	117,3	117,7	117,7	117,2	116,9	116,7	116,8	116,9
dar. Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	115,6	116,3	116,9	118,7	118,0	116,6	116,1	115,7	115,4	115,7
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980=100	118,4	121,0	120,7	121,1	120,5	120,2	120,4	120,0	119,9	120,1
darunter für											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	116,0	116,9	117,6	118,9	118,4	117,2	117,0	116,7	116,5	116,8
Bekleidung, Schuhe	1980=100	115,7	118,4	120,6	120,5	120,6	120,7	121,0	121,2	121,3	121,3
Wohnungsmieten, Energie 6)	1980=100	122,7	126,8	123,4	123,2	122,1	122,6	122,5	121,4	121,3	121,1
Wohnungsmieten	1980=100	120,0	123,9	126,4	126,3	126,6	126,8	126,9	127,0	127,2	127,3
Energie 6)	1980=100	128,8	133,4	116,4	116,0	112,0	113,1	112,4	108,4	107,8	107,0
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1980=100	115,9	117,7	119,1	119,0	119,1	119,2	119,3	119,4	119,6	119,6
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1980=100	118,0	119,7	121,5	121,4	121,5	121,5	121,8	121,9	122,0	122,1
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1980=100	120,1	123,2	118,3	118,9	117,9	117,2	118,3	117,3	117,0	117,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit 7)	1980=100	114,2	116,2	117,8	117,9	117,3	117,1	117,2	117,9	117,9	118,4
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1980=100	120,8	125,7	130,1	130,6	130,6	130,4	130,4	130,4	130,4	130,6
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	1980=100	118,7	121,5	121,4	121,8	121,4	121,0	121,2	120,8	120,7	120,9
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	1980=100	118,4	120,9	120,7	121,2	120,7	120,3	120,4	120,0	119,9	120,0
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	1980=100	118,7	121,1	121,4	122,2	121,7	121,0	120,9	120,5	120,3	120,5
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 8)	1980=100	117,0	118,5	118,9	120,2	119,3	118,4	118,3	118,0	117,8	118,1
Index der Einfuhrpreise	1980=100	122,8	124,6	101,0	99,8	96,6	95,9	96,6	94,8	94,6	94,4
dar. Güter aus EG-Ländern	1980=100	118,0	120,0	104,6	104,1	101,7	101,2	101,2	99,9	99,4	99,5
Güter aus Drittländern	1980=100	127,0	128,6	97,9	96,0	92,1	91,3	92,5	90,4	90,3	90,0
Index der Ausfuhrpreise	1980=100	116,2	119,4	116,8	117,1	116,6	116,2	116,1	115,6	115,4	115,3
dar.: Güter für EG-Länder	1980=100	116,4	119,8	116,5	116,9	116,1	115,6	115,5	114,8	114,6	114,5
Güter für Drittländer	1980=100	116,0	119,0	117,1	117,4	117,0	116,7	116,7	116,4	116,2	116,0

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer — 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung — 4) Einschl. Ackerschlepper — 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 6) Ohne Kraftstoffe — 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes — 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Sept. 85	Okt. 85	Nov. 85	Dez. 85	Aug. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86
Preise											
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 2,0	- 0,8	.	- 7,2	- 7,4	- 8,2	- 8,7	- 0,6	- 0,8	- 0,5	- 0,4
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 1,9	- 1,6	.	- 9,8	- 10,0	- 11,1	- 11,6	- 0,8	- 1,1	- 0,6	- 0,5
Neubauten und neue Maschinen	+ 2,9	+ 1,8	...	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	-
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	- 1,2	- 3,6	.	- 3,8	- 5,3	- 6,1p	- 8,3p	+ 0,7	- 2,7	- 0,3p	- 0,9p
Pflanzliche Produkte	- 0,7	- 5,1	...	+ 4,5	- 3,1r	- 4,7	- 5,1	- 0,5	- 5,4	- 0,2	+ 1,6
Tierische Produkte	- 1,5	- 2,9	...	- 6,8	- 6,1	- 7,9p	- 9,6p	+ 1,2	- 1,5	- 0,5p	- 2,0p
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte	+ 1,3	- 7,7	.	+ 2,9	+ 5,5	+ 2,6	.	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6	..
Index der Grundstoffpreise²⁾	+ 5,2	- 7,0	..	- 16,5	- 15,9	- 15,6	...	+ 0,6	- 1,4	- 0,4	...
Inländische Grundstoffe	+ 3,8	+ 1,1	.	- 6,9	- 7,0	- 7,1	.	+ 0,1	- 1,0	- 0,5	...
Importierte Grundstoffe	+ 7,1	+ 0,2	...	- 30,0	- 28,9	- 28,1	.	+ 1,6	- 2,2	- 0,4	.
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	+ 2,9	+ 2,2	- 3,0	- 3,8	- 4,7	- 4,9	- 4,8	± 0,0	- 1,1	- 0,3	- 0,2
Investitionsgüter ³⁾	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) ³⁾	+ 2,4	+ 2,7	- 6,7	- 7,5	- 8,3	- 8,5	- 7,3	+ 0,6	- 0,7	+ 0,1	- 0,1
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	+ 3,3	+ 3,6	- 2,9	- 3,5	- 10,1	- 11,6	- 11,6	- 0,5	- 6,5	- 1,6	- 0,2
Bergbäuliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	+ 3,5	+ 1,7	- 4,5	- 6,3	- 6,0	- 6,0	- 6,0	+ 0,2	- 0,6	+ 0,1	+ 0,1
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 2,8	+ 2,0	- 2,9	- 3,8	- 3,8	- 3,9	- 3,6	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,1
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	+ 4,1	+ 2,5	- 12,2	- 14,6	- 15,0	- 15,1	- 14,2	+ 0,3	- 1,1	- 0,2	- 0,5
dar. Mineralerzeugnisse	+ 4,4	+ 2,7	- 35,8	- 41,5	- 42,8	- 43,0	- 40,5	+ 2,7	- 3,3	+ 1,1	- 1,0
Eisen und Stahl	+ 4,1	- 4,0	- 3,8	- 6,0	- 7,0	- 8,3	- 10,1	- 0,3	- 1,2	- 1,5	- 1,3
Chemische Erzeugnisse	+ 3,7	+ 3,0	- 5,8	- 8,5	- 8,5	- 8,0	- 7,6	- 0,5	- 0,6	- 0,2	± 0,0
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
dar. Maschinenbauerzeugnisse ⁴⁾	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 0,1	+ 0,2	± 0,1	± 0,0
Straßenfahrzeuge	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,0	+ 0,6	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	- 1,2	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	± 0,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,9	- 0,1	+ 0,2	± 0,0	± 0,0
dar.: Textilien	+ 3,8	+ 2,3	- 0,5	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 1,0	- 0,2	- 0,2	± 0,0	± 0,0
Bekleidung	+ 3,1	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Erz. des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	+ 1,4	- 0,5	- 0,7	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 1,3	± 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,1
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude ⁵⁾	+ 2,5	+ 0,4	+ 1,5	.	.	+ 1,7	.	.	.	+ 0,2a)	.
Bürogebäude ¹⁾	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,7	.	.	+ 2,0	.	.	.	+ 0,3a)	.
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude ¹⁾	+ 2,0	+ 0,4	+ 1,5	.	.	+ 1,7	.	.	.	+ 0,2a)	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ¹⁾	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,1	.	.	+ 2,3	.	.	.	+ 0,4a)	.
Straßenbau ⁵⁾	+ 1,4	+ 0,3	+ 2,1	.	.	+ 1,4	.	.	.	± 0,0a)	.
Brücken im Straßenbau ⁵⁾	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,9	.	.	+ 2,1	.	.	.	+ 0,2a)	.
Index der Großhandelsverkaufspreise¹⁾	+ 2,8	+ 0,5	- 7,4	- 8,1	- 8,5	- 9,2	- 9,4	+ 0,6	- 1,3	- 0,6	- 0,8
dar.. Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,2	- 0,7	- 2,8	- 2,6	- 3,1	- 4,6	- 6,5	+ 0,2	- 2,0	- 1,0	- 0,9
Index der Einzelhandelspreise⁵⁾	+ 2,1	+ 1,6	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,8	- 0,8	± 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1
dar. Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	± 0,0	± 0,0	- 0,4	- 0,3	- 0,3	+ 0,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 2,4	+ 2,2	- 0,2	- 0,4	- 0,9	- 1,2	- 1,1	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,2
darunter für											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,3
Bekleidung, Schuhe	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0
Wohnungsmieten, Energie ⁶⁾	+ 3,7	+ 3,3	- 2,7	- 3,9	- 4,6	- 5,1	- 4,8	- 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,2
Wohnungsmieten	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Energie ⁶⁾	+ 3,5	+ 3,6	- 12,7	- 16,3	- 18,7	- 19,9	- 19,1	- 0,6	- 3,6	- 0,6	- 0,7
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	± 0,0
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 2,6	+ 2,6	- 4,0	- 3,3	- 5,0	- 5,3	- 5,1	+ 0,9	- 0,8	- 0,3	+ 0,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit ⁷⁾	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,6	± 0,0	+ 0,4
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sowie Güter sonstiger Art	+ 1,9	+ 4,1	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,8	± 0,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,2
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	+ 2,3	+ 2,4	- 0,1	- 0,2	- 0,7	- 1,0	- 0,9	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,2
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	+ 2,4	+ 2,1	- 0,2	- 0,4	- 0,8	- 1,2	- 1,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,1
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,6	- 0,7	- 0,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,2
Einfache Lebenshaltung eines Kindes ⁸⁾	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1	± 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,3
Index der Einfuhrpreise	+ 6,0	+ 1,5	- 18,9	- 21,5	- 20,7	- 20,3	- 19,6	+ 0,7	- 1,9	- 0,2	- 0,2
dar.. Güter aus EG-Ländern	+ 4,6	+ 1,7	- 12,8	- 15,0	- 14,8	- 14,8	- 13,8	± 0,0	- 1,3	- 0,5	+ 0,1
Güter aus Drittländern	+ 7,2	+ 1,3	- 23,9	- 26,8	- 25,7	- 25,1	- 24,5	+ 1,3	- 2,3	- 0,1	- 0,3
Index der Ausführpreise	+ 3,5	- 2,3	- 2,2	- 2,8	- 2,9	- 2,8	- 2,6	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,1
dar. Güter für EG-Länder	+ 3,5	+ 2,9	- 2,8	- 3,7	- 3,9	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 0,6	- 0,2	- 0,1
Güter für Drittländer	+ 3,4	+ 2,6	- 1,6	- 2,0	- 1,9	- 1,9	- 1,7	± 0,0	- 0,3	- 0,2	- 0,2

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Einschl. Acker-schlepper - 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 6) Ohne Kraftstoffe - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes - 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet

a) November 1986 gegenüber August 1986

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1985	1986 ⁵⁾			1986 ⁵⁾		
					4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	Sept.	Okt.	Nov.
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	61 307	61 049	61 020	61 020	61 007	61 048
dar. Ausländer ¹⁾	1 000	4 535	4 364	4 379	4 379	4 399	4 434	...	4 483
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	369 963	364 140	364 661	81 406	50 971	118 019	116 919	37 029	33 013	21 367
Ehescheidungen	Anzahl	121 317	130 744	128 124
Lebendgeborene	Anzahl	594 177	584 157	586 155	141 110	142 101	158 409	165 081	56 371	54 497	47 582
dar. Ausländer	Anzahl	61 471	54 795	53 750	12 922	12 315	15 064	15 254	5 239
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	52 442	52 998	55 070	13 747	13 458	14 526	15 856	5 416
Gestorbene ²⁾	Anzahl	718 337	696 118	704 296	176 703	190 235	172 856	162 758	54 767	56 486	53 950
dar. Ausländer	Anzahl	8 064	7 835	7 694	1 972	1 884	1 929	1 757	605
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	6 099	5 633	5 244	1 350	1 270	1 354	1 267	459
Totgeborene	Anzahl	2 790	2 567	2 414	572	588	651	631	217	209	177
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-124 160	-111 961	-118 141	-35 593	-48 134	-14 447	+ 2 323	+ 1 604	- 1 989	- 6 368
Deutsche	Anzahl	-177 567	-158 921	-164 197	-46 543	-58 565	-27 582	-11 174	- 3 030
Ausländer	Anzahl	+ 53 407	+ 46 960	+ 46 056	+10 950	+10 431	+13 135	+13 497	+ 4 634
Wanderungen ³⁾											
Zuzüge	Anzahl	372 027	457 093	512 108	126 216	119 268
dar. Ausländer	Anzahl	276 448	333 297	399 951	96 377	92 499
Fortzüge	Anzahl	489 162	608 240	428 717	108 132	86 067
dar. Ausländer	Anzahl	425 189	546 457	367 719	93 422	72 795
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	-117 135	-151 147	+83 391	+18 084	+33 201
dar. Ausländer	Anzahl	-148 741	-213 160	+32 232	+ 2 955	+19 704
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	7,4	7,1	7,2	7,2	7,2	7,3
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,0	5,9	6,0	5,3	3,4	7,8	...	7,4	6,4	4,3
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	19,8	21,3	21,0
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	9,7	9,5	9,6	9,2	3,4	10,4	...	11,3	10,5	9,5
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	13,6	12,5	12,3	11,7	11,4	13,6
	% aller Lebendgeb.	10,3	9,4	9,2	9,2	8,7	9,5	9,2	9,3
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 330,9	1 290,6	1 279 ⁶⁾	1 280 ⁶⁾	1 309 ⁶⁾	1 376 ⁶⁾	1 342 ⁶⁾	1 385 ⁶⁾
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	8,8	9,1	9,4	9,7	9,5	9,2	9,6	9,6
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,7	11,3	11,5	11,5	12,6	11,4	...	11,0	10,9	10,8
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,8	1,8	1,8	1,8	1,7	1,7
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	1,0	1,0	0,9	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8
Wanderungen ³⁾											
Zuzüge											
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	74,3	72,9	78,1	76,4	77,6
Fortzüge											
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	86,9	89,8	85,8	86,4	84,6
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	- 0,4	- 0,4	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1
dar. Ausländer ¹⁾	%	- 2,8	- 3,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	...	+ 2,7
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	+ 2,2	- 1,6	+ 0,1	+ 0,7	- 2,8	+ 2,7	+ 1,6	+ 4,0	+ 8,6	- 0,3
Ehescheidungen	%	+ 2,4	+ 7,8	- 2,0
Lebendgeborene	%	- 4,3	- 1,7	+ 0,3	- 1,1	+ 2,2	+ 8,4	+ 6,6	+ 9,7	+ 6,3	+ 6,4
dar. Ausländer	%	- 15,8	- 10,9	- 1,9	+ 1,1	+ 3,7	+ 8,5	+ 7,0	+ 13,1
Gestorbene ²⁾	%	+ 0,3	- 3,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,5	- 0,9	+ 0,4	- 0,8	- 7,8
Wanderungen ³⁾											
Zuzüge	%	- 11,6	+ 22,9	+ 12,0	+ 15,8	+ 14,7
dar. Ausländer	%	- 14,3	+ 20,6	+ 20,0	+ 14,0	+ 13,1
Fortzüge	%	- 1,4	+ 24,3	- 29,5	- 7,5	- 9,2
dar. Ausländer	%	- 2,0	+ 28,5	- 32,7	- 8,8	- 10,5

1) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters, Jahresergebnisse 1983 und 1984 jeweils am 30.9., 1985 am 31.12. — 2) Ohne Totgeborene. — 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes. — 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwertigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. — 5) Vorläufiges Ergebnis. — 6) Geschätzt nach Calot-Verfahren (siehe WiSta 8/1981, S. 549 ff.)

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen				
	1983	1984	1985	1986 ⁶⁾	1985		1986 ⁷⁾		
					3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
in jeweiligen Preisen Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 549 280	1 621 820	1 706 850	1 808 250	435 720	460 530	(418 520)	(446 170)	(462 280)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32 220	34 800	31 070	33 650	15 670	8 520	(3 000)	(3 480)	(16 250)
Warenproduzierendes Gewerbe	685 060	710 210	755 590	809 450	191 310	202 970	(187 470)	(207 570)	(205 680)
Handel und Verkehr	254 860	267 300	275 890	280 240	68 890	73 360	(66 140)	(69 710)	(69 590)
Dienstleistungsunternehmen	430 440	459 250	484 510	513 870	122 680	124 190	(124 600)	(126 750)	(130 720)
Staat, private Haushalte ³⁾	228 420	234 330	244 140	257 130	58 240	72 710	(58 670)	(60 190)	(61 600)
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1 674 840	1 754 310	1 839 910	1 944 510	467 460	496 220	(452 190)	(478 570)	(495 020)
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	964 160	1 002 840	1 041 790	1 079 490	259 520	282 050	(253 090)	(266 170)	(267 850)
Staatsverbrauch	336 210	350 230	365 710	383 050	87 870	109 380	(86 140)	(89 840)	(92 750)
Anlageinvestitionen	343 820	354 630	359 300	375 150	94 780	103 090	(71 830)	(97 960)	(98 550)
Ausrüstungen	135 600	137 580	153 850	162 220	36 400	48 830	(34 030)	(40 480)	(38 450)
Bauten	208 220	217 050	205 450	212 930	58 380	54 260	(37 800)	(57 480)	(60 100)
Vorratsveränderung	- 1 800	5 100	7 500	5 600	13 300	-24 200	(18 000)	(700)	(13 500)
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	36 910	50 300	72 700	107 310	13 930	28 480	(23 140)	(24 730)	(24 350)
Ausfuhr ⁵⁾	524 630	587 970	647 340	633 870	161 610	167 260	(155 320)	(161 310)	(155 870)
Einfuhr ⁵⁾	487 720	537 670	574 640	526 560	147 680	138 780	(132 180)	(136 580)	(131 520)
Bruttosozialprodukt	1 679 300	1 763 100	1 847 000	1 950 600	469 400	498 800	(452 200)	(479 400)	(497 000)
Volkseinkommen									
insgesamt	1 285 140	1 351 610	1 423 340	1 513 150	363 950	388 420	(346 840)	(371 890)	(387 770)
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	920 730	952 850	989 430	1 038 650	244 640	280 580	(234 660)	(252 360)	(258 000)
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung ²⁾	4,6	4,7	5,2	5,9	6,6	5,2	(5,1)	(8,2)	(6,1)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 11,3	8,0	- 10,7	8,3	- 15,0	- 4,4	(- 8,8)	(- 3,1)	(3,7)
Warenproduzierendes Gewerbe	4,3	3,7	6,4	7,1	9,8	6,6	(6,4)	(12,1)	(7,5)
Handel und Verkehr	4,6	4,9	3,2	1,6	5,3	3,1	(0,9)	(2,3)	(1,0)
Dienstleistungsunternehmen	8,2	6,7	5,5	6,1	5,6	5,6	(5,6)	(5,9)	(6,6)
Staat, private Haushalte ³⁾	3,6	2,6	4,2	5,3	4,6	3,0	(3,9)	(6,2)	(5,8)
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	4,8	4,7	4,9	5,7	6,0	5,0	(4,7)	(7,7)	(5,9)
Privater Verbrauch	5,0	4,0	3,9	3,6	5,1	4,3	(3,6)	(4,0)	(3,2)
Staatsverbrauch	3,1	4,2	4,4	4,7	5,7	3,7	(3,5)	(5,4)	(5,6)
Anlageinvestitionen	5,2	3,1	1,3	4,4	2,3	2,2	(3,0)	(6,9)	(4,0)
Ausfuhr ⁵⁾	1,4	12,1	10,1	- 2,1	12,4	3,4	(- 1,5)	(0,3)	(- 3,6)
Einfuhr ⁵⁾	1,6	10,2	6,9	- 8,4	7,2	2,0	(- 8,6)	(- 4,8)	(- 10,9)
Bruttosozialprodukt	5,1	5,0	4,8	5,6	6,1	4,7	(4,7)	(7,2)	(5,9)
Volkseinkommen	5,0	5,2	5,3	6,3	6,9	5,2	(5,4)	(8,7)	(6,5)
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	2,0	3,5	3,8	5,0	4,3	3,9	(4,6)	(5,3)	(5,5)
in Preisen von 1980 Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 384 910	1 425 120	1 466 280	1 503 260	375 540	382 370	(354 880)	(373 430)	(384 020)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32 840	35 590	34 560	36 580	17 780	9 640	(3 130)	(3 780)	(18 140)
Warenproduzierendes Gewerbe	609 430	621 580	640 810	654 290	159 440	169 910	(153 600)	(166 450)	(162 830)
Handel und Verkehr	231 430	240 410	246 280	251 580	61 500	65 540	(59 530)	(63 420)	(62 140)
Dienstleistungsunternehmen	362 350	377 190	392 900	408 680	98 930	99 230	(100 650)	(101 750)	(103 070)
Staat, private Haushalte ³⁾	208 010	211 000	215 170	219 280	53 840	53 920	(54 530)	(54 740)	(54 820)
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1 493 920	1 534 870	1 574 850	1 614 710	401 660	410 670	(383 010)	(400 310)	(411 140)
insgesamt	139	142	145	147	147	150	(141)	(146)	(149)
je Erwerbstätigen (1970 = 100)									
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	839 600	851 880	866 930	902 470	215 610	235 330	(210 500)	(222 270)	(223 700)
Staatsverbrauch	301 440	308 820	315 480	323 360	77 940	84 980	(76 870)	(79 010)	(80 320)
Anlageinvestitionen	312 440	314 900	313 900	323 480	82 980	89 660	(61 950)	(84 660)	(85 100)
Ausrüstungen	119 900	119 360	130 530	136 540	30 790	41 430	(28 770)	(34 010)	(32 280)
Bauten	192 540	195 540	183 370	186 940	52 190	48 230	(33 180)	(50 650)	(52 820)
Vorratsveränderung	- 1 500	4 200	5 800	9 700	11 500	-22 400	(15 900)	(1 200)	(12 800)
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	45 820	62 600	78 690	60 690	15 270	25 230	(17 780)	(13 860)	(10 880)
Ausfuhr ⁵⁾	468 810	508 660	545 600	542 300	135 680	141 030	(131 780)	(137 790)	(133 670)
Einfuhr ⁵⁾	422 990	446 060	466 910	481 610	120 410	115 800	(114 000)	(123 930)	(122 790)
Bruttosozialprodukt	1 497 800	1 542 400	1 580 800	1 619 700	403 300	412 800	(383 000)	(401 000)	(412 800)
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1,4	2,9	2,9	2,5	4,0	2,6	(1,8)	(3,8)	(2,3)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 8,8	8,4	- 2,9	5,8	0,5	- 0,9	(- 5,2)	(- 1,6)	(2,0)
Warenproduzierendes Gewerbe	1,2	2,0	3,1	2,1	4,9	2,3	(0,9)	(4,6)	(2,1)
Handel und Verkehr	2,0	3,9	2,4	2,2	4,1	2,4	(1,9)	(4,3)	(1,0)
Dienstleistungsunternehmen	3,0	4,1	4,2	4,0	4,2	4,2	(3,8)	(4,0)	(4,2)
Staat, private Haushalte ³⁾	0,9	1,4	2,0	1,9	2,0	2,1	(1,7)	(1,8)	(1,8)
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1,5	2,7	2,6	2,5	3,5	2,5	(1,7)	(3,8)	(2,4)
insgesamt	3,0	2,6	1,9	1,5	2,7	1,6	(0,7)	(2,7)	(1,2)
je Erwerbstätigen									
Privater Verbrauch	1,7	1,5	1,8	4,1	2,8	2,7	(3,2)	(4,8)	(3,8)
Staatsverbrauch	0,2	2,4	2,2	2,5	3,2	2,4	(1,9)	(2,5)	(3,1)
Anlageninvestitionen	3,2	0,8	- 0,3	3,1	0,9	0,8	(1,8)	(5,3)	(2,6)
Ausfuhr ⁵⁾	- 0,6	8,5	7,3	- 0,6	9,2	2,1	(- 1,5)	(2,0)	(- 1,5)
Einfuhr ⁵⁾	0,8	5,5	4,7	3,1	5,3	4,4	(- 1,8)	(8,1)	(2,0)
Bruttosozialprodukt	1,8	3,0	2,5	2,5	3,5	2,2	(1,7)	(3,3)	(2,4)

1) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. — 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 4) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung insgesamt zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben. — 5) Waren und Dienstleistungen einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen. — 6) Rechenstand Januar 1987. — 7) Rechenstand Dezember 1986.

Bevölkerung

Zum Aufsatz: „Entwicklung der Einbürgerungen“

Personen, die aufgrund eines Rechtsanspruchs oder durch Ermessensentscheidung eingebürgert wurden, nach ausgewählten früheren Staatsangehörigkeiten

Frühere Staatsangehörigkeit	Anspruchseinbürgerungen			Ermessenseinbürgerungen					
				insgesamt	darunter Personen mit deutschem Ehegatten	insgesamt	darunter Personen mit deutschem Ehegatten	insgesamt	darunter Personen mit deutschem Ehegatten
	1983	1984	1985	1983		1984		1985	
Anzahl									
Europäische Staaten	24 002	22 160	19 883	9 949	3 263	9 851	3 208	9 073	2 774
darunter:									
Bulgarien	10	10	22	198	87	151	61	121	64
Frankreich	10	6	6	230	74	202	63	203	60
Griechenland	6	9	4	344	154	255	113	242	94
Italien	15	16	15	1 119	320	930	270	782	190
Jugoslawien	722	676	542	2 395	786	2 658	810	2 273	616
Niederlande	5	2	6	313	143	302	136	261	104
Österreich	23	16	25	1 047	319	963	326	886	252
Polen	6 349	5 269	5 120	833	393	719	313	805	382
Rumänien	12 641	12 915	11 897	276	115	369	168	256	122
Sowjetunion	2 343	1 629	1 036	103	44	75	34	110	53
Spanien	3	5	1	258	69	318	102	190	73
Tschechoslowakei	910	778	580	826	238	678	195	595	183
Türkei	7	11	7	846	174	1 042	240	1 303	252
Ungarn	926	800	602	644	185	632	204	598	203
Außereuropäische Staaten	455	531	566	3 543	1 534	3 972	1 688	3 961	1 745
darunter:									
Ägypten	—	—	—	171	78	125	63	133	79
Israel	195	264	267	177	41	203	45	199	40
Korea, Republik	—	—	—	489	179	405	122	320	84
Südafrika	59	53	83	125	48	124	34	76	43
Syrien	3	3	3	200	98	241	108	253	111
Vereinigte Staaten	6	17	19	212	35	190	33	142	32
Staatenlos	624	586	512	773	294	808	327	796	269
Ungeklärt und ohne Angabe	70	74	58	69	25	64	18	64	25
Insgesamt . . .	25 151	23 351	21 019	14 334	5 116	14 695	5 241	13 894	4 813
Prozent ¹⁾									
Europäische Staaten	95,4	94,9	94,6	69,4	32,8	67,0	32,6	65,3	30,6
darunter:									
Bulgarien	0,0	0,0	0,1	1,4	43,9	1,0	40,4	0,9	52,9
Frankreich	0,0	0,0	0,0	1,6	32,2	1,4	31,2	1,5	29,6
Griechenland	0,0	0,0	0,0	2,4	44,8	1,7	44,3	1,7	38,8
Italien	0,1	0,1	0,1	7,8	28,6	6,3	29,0	5,6	24,3
Jugoslawien	2,9	2,9	2,6	16,7	32,8	18,1	30,5	16,4	27,1
Niederlande	0,0	0,0	0,0	2,2	45,7	2,1	45,0	1,9	39,8
Österreich	0,1	0,1	0,1	7,3	30,5	6,6	33,9	6,4	28,4
Polen	25,2	22,6	24,4	5,8	47,2	4,9	43,5	5,8	47,5
Rumänien	50,3	55,3	56,6	1,9	41,7	2,5	45,5	1,8	47,7
Sowjetunion	9,3	7,0	4,9	0,7	42,7	0,5	45,3	0,8	48,2
Spanien	0,0	0,0	0,0	1,8	26,7	2,2	32,1	1,4	38,4
Tschechoslowakei	3,6	3,3	2,8	5,8	28,8	4,6	28,8	4,3	30,8
Türkei	0,0	0,0	0,0	5,9	20,6	7,1	23,0	9,4	19,3
Ungarn	3,7	3,4	2,9	4,5	28,7	4,3	32,3	4,3	33,9
Außereuropäische Staaten	1,8	2,3	2,7	24,7	43,3	27,0	42,5	28,5	44,1
darunter:									
Ägypten	—	—	—	1,2	45,6	0,9	50,4	1,0	59,4
Israel	0,8	1,1	1,3	1,2	23,2	1,4	22,2	1,4	20,1
Korea, Republik	—	—	—	3,4	36,6	2,8	30,1	2,3	26,3
Südafrika	0,2	0,2	0,4	0,9	38,4	0,8	27,4	0,5	56,6
Syrien	0,0	0,0	0,0	1,4	49,0	1,6	44,8	1,8	43,9
Vereinigte Staaten	0,0	0,1	0,1	1,5	16,5	1,3	17,4	1,0	22,5
Staatenlos	2,5	2,5	2,4	5,4	38,0	5,5	40,5	5,7	33,8
Ungeklärt und ohne Angabe	0,3	0,3	0,3	0,5	36,2	0,4	28,1	0,5	39,1
Insgesamt . . .	100	100	100	100	35,7	100	35,7	100	34,6

1) Bei Personen mit deutschem Ehegatten: Anteil an den durch Ermessensentscheidung eingebürgerten Personen nebenstehender früherer Staatsangehörigkeit insgesamt.

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung (Endgültiges Ergebnis) Kulturarten

1 000 ha

Jahr Land	Landwirtschaftlich genutzte Fläche											
	insgesamt	Ackerland	Haus- und Nutzgarten (Gartenland)	Obst- anlagen	Baum- schulen	Dauergrünland					Reb- land	Korb- weiden-, Pappel- anlagen, Weih- nachts- baum- kulturen
						zu- sammen	Wiesen	Mäh- weiden	Weiden und Almen, ohne Hutun- gen	Hutun- gen, Streu- wiesen		
1980/85 D	12 120,7	7 245,3	44,0	51,5	19,1	4 657,8	2 436,8	996,5	1 108,2	116,3	99,2	3,8
1984	12 044,4	7 222,5	40,4	49,6	19,3	4 606,9	2 413,2	990,9	1 090,6	112,2	101,4	4,3
1985	12 019,1	7 240,3	38,4	49,5	19,1	4 566,3	2 389,0	998,2	1 067,8	111,3	101,2	4,2
1986	11 999,7	7 251,3	38,1	49,1	19,1	4 536,9	2 370,3	994,5	1 062,1	109,9	101,0	4,2

nach Ländern (1986)

Schleswig-Holstein	1 087,2	596,7	3,5	1,1	4,6	480,9	120,1	83,7	266,4	10,7	—	0,4
Hamburg	15,5	8,1	0,0	1,5	0,3	5,5	1,4	1,7	2,3	0,2	—	0,1
Niedersachsen	2 736,8	1 634,6	8,3	11,5	3,8	1 077,4	276,2	385,7	402,3	13,2	—	1,2
Bremen	10,5	2,1	0,0	—	0,0	8,3	1,9	3,2	3,2	0,0	—	0,0
Nordrhein-Westfalen	1 609,5	1 095,2	5,2	3,8	4,0	499,9	141,3	186,9	160,6	11,1	0,0	1,4
Hessen	777,9	513,8	1,1	1,4	0,8	257,2	121,2	91,3	36,9	7,8	3,3	0,2
Rheinland-Pfalz	727,5	428,1	1,2	6,4	0,8	223,4	96,2	79,3	40,8	7,1	67,3	0,2
Baden-Württemberg	1 509,9	838,8	4,6	17,0	2,3	622,0	499,6	52,2	56,6	13,7	24,9	0,3
Bayern	3 454,8	2 093,6	13,8	6,0	2,3	1 333,3	1 096,7	102,5	88,6	45,6	5,3	0,4
Saarland	68,6	39,3	0,2	0,3	0,1	28,5	15,6	8,1	4,4	0,5	0,1	0,0
Berlin (West)	1,4	1,0	0,0	—	0,2	0,3	0,2	0,0	0,1	0,0	—	0,0

Fruchtarten 1986

1 000 ha

Anbauart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Getreide insgesamt	4 812,0	367,8	4,2	1 098,4	1,5	762,7	386,4	324,8	560,2	1 274,7	30,5	0,6
Brotgetreide	2 072,6	202,6	1,9	467,7	0,8	289,8	173,6	135,0	235,0	552,8	12,9	0,6
Weizen	1 848,1	154,6	1,2	289,5	0,5	236,4	144,1	105,7	216,3	493,1	6,6	0,0
Winterweizen	1 565,8	152,0	1,2	275,8	0,4	228,8	137,3	96,4	201,1	456,9	5,8	0,0
Sommerweizen	92,3	2,6	0,1	13,8	0,0	7,6	6,8	9,3	15,2	36,2	0,8	0,0
Roggen ¹⁾	413,7	48,0	0,7	176,2	0,3	50,9	29,5	28,1	17,0	56,4	6,1	0,6
Wintermenggetreide	10,8	—	—	1,9	0,0	2,5	—	1,2	1,7	3,3	0,2	—
Futter- und Industriegetreide	2 552,3	164,7	2,2	587,4	0,7	416,1	207,4	186,1	293,4	676,8	17,4	0,0
Gerste	1 947,4	139,6	1,6	453,6	0,5	338,7	146,6	137,3	197,4	521,5	10,5	0,0
Wintergerste	1 265,9	117,5	1,2	302,4	0,4	294,5	111,3	51,3	91,9	291,7	3,9	0,0
Sommergerste	681,5	22,2	0,4	151,2	0,1	44,2	35,3	86,1	105,6	229,9	6,6	0,0
Hafer	505,6	24,4	0,7	110,4	0,2	71,1	55,9	38,4	77,7	121,2	5,6	0,0
Sommermenggetreide	99,3	0,6	—	23,3	0,0	6,3	4,9	10,4	18,3	34,0	1,4	0,0
Körnermais	187,1	0,5	0,0	43,4	0,0	56,9	5,4	3,7	31,9	45,1	0,2	0,0
Hülsenfrüchte insgesamt	69,1	4,1	0,1	17,1	0,0	6,9	3,0	5,3	15,1	17,0	0,5	0,0
Speiseerbsen und -bohnen	4,4	0,1	—	0,0	—	1,5	0,6	0,4	0,3	1,5	0,1	0,0
Ackerbohnen	27,7	0,6	0,0	7,7	0,0	4,7	1,2	0,8	2,7	9,9	0,1	0,0
Alle anderen Hülsenfrüchte	37,0	3,5	0,1	9,4	—	0,7	1,2	4,1	12,1	5,7	0,4	0,0
Hackfrüchte insgesamt	699,8	28,2	0,2	239,1	0,1	111,0	40,3	42,2	52,0	185,8	0,8	0,0
Kartoffeln	209,7	4,1	0,0	79,0	0,0	17,6	8,7	12,4	14,9	72,4	0,4	0,0
frühe	20,2	0,5	0,0	5,6	0,0	2,4	0,8	4,4	1,7	4,7	0,1	0,0
mittelfrühe und späte	189,5	3,6	0,0	73,4	0,0	15,2	7,9	8,0	13,2	67,7	0,4	0,0
Zuckerrüben	390,5	17,2	—	145,8	0,0	80,5	21,8	22,7	23,3	79,1	0,0	0,0
Runkelrüben	93,9	6,3	0,1	13,4	0,0	11,3	9,5	6,3	13,4	33,1	0,4	0,0
Alle anderen Hackfrüchte	5,7	0,6	0,1	0,9	0,0	1,5	0,2	0,7	0,4	1,2	0,0	0,0
Gemüse, Erdbeeren u.a. Garten- gewächse insgesamt	63,6	6,4	1,4	11,7	0,1	14,8	5,2	5,7	8,7	9,1	0,4	0,2
Gemüse ohne Samenbau,	55,4	5,9	0,9	10,6	0,0	12,3	4,5	5,3	7,4	8,1	0,3	0,1
Spargel, Erdbeeren	7,8	0,4	0,5	1,0	0,1	2,4	0,7	0,4	1,2	0,9	0,1	0,1
Blumen und Zierpflanzen	0,4	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
ohne Samenbau	343,1	92,7	0,6	40,8	0,1	22,9	24,1	15,1	47,5	98,1	1,3	0,0
Handelsgewächse insgesamt	307,5	91,2	0,6	35,7	0,1	21,4	23,8	13,0	42,7	77,7	1,2	0,0
Ölfrüchte	297,2	90,4	0,5	34,7	0,1	20,9	23,6	12,3	41,0	72,8	1,0	0,0
Winterraps	10,3	0,9	0,0	1,0	0,0	0,6	0,2	0,7	1,7	5,0	0,2	—
Sommerraps, Winter- und Sommerrüben	2,9	0,2	—	0,1	—	—	0,0	1,1	1,3	0,2	—	—
Tabak	10,7	1,3	—	4,6	0,0	1,4	0,2	0,4	1,8	1,0	0,0	0,0
Rüben und Gräser zur Samen- gewinnung	22,1	0,0	—	0,4	—	0,1	0,0	0,7	1,6	19,2	0,0	0,0
Alle anderen Handels- gewächse	1 254,5	96,7	1,6	225,7	0,4	176,5	54,7	33,9	152,8	506,7	5,4	0,1
Futterpflanzen insgesamt	157,1	2,6	0,0	1,0	0,0	1,2	5,9	5,5	38,8	101,2	0,8	0,0
Klee, Klee gras und Klee- Luzerne-Gemisch	27,5	0,1	0,0	0,1	—	0,1	2,0	2,0	8,7	14,1	0,3	0,0
Luzerne	116,5	37,5	0,9	19,6	0,0	17,3	4,4	7,0	8,7	20,3	0,7	0,0
Grünmais, Silomais	946,9	56,1	0,7	202,7	0,3	156,7	41,8	19,0	95,6	370,4	3,6	0,0
Alle anderen Futterpflanzen	6,5	0,4	—	2,3	—	1,1	0,6	0,5	0,8	0,7	0,0	0,0
Grundüngung ²⁾ und Schwarz- brache ohne Kleebrache	9,1	0,7	0,0	1,8	0,0	0,4	—	0,9	2,6	2,1	0,4	0,0

Siehe auch Fachserie 3, Reihe 3 1 2

1) Hessen einschl. Wintermenggetreide — 2) Zum Unterpfügen bestimmte Hauptfrüchte.

Ernte 1986 (Endgültiges Ergebnis)

dt/ha

Anbauart	Jahr	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Wurt- tem- berg	Bayern	Saar- land
Getreide insgesamt	1986	53,2	66,3	58,8	55,2	59,5	53,8	46,6	45,1	49,3	40,7
	1985	53,1	60,3	54,2	50,4	54,9	52,7	48,2	52,2	54,2	45,1
Brotgetreide	1986	59,0	71,7	64,7	61,5	65,0	60,3	50,3	49,0	55,4	42,6
	1985	57,0	66,2	57,4	51,6	58,7	57,1	53,0	55,3	59,1	47,3
Weizen	1986	63,1	79,6	76,0	73,2	69,2	63,4	52,8	49,8	57,4	46,1
	1985	60,8	74,2	65,8	57,8	62,2	60,0	55,4	56,3	61,2	52,5
Winterweizen	1986	64,0	80,0	77,1	74,1	69,8	63,9	53,5	50,3	58,1	46,9
	1985	61,3	74,7	66,5	58,2	62,7	60,4	55,9	56,7	61,8	53,6
Sommerweizen	1986	49,0	53,9	54,1	54,2	52,6	53,8	45,5	43,5	48,5	40,4
	1985	51,1	51,8	51,0	50,3	50,9	49,4	46,9	50,3	53,0	43,1
Roggen ¹⁾	1986	42,7	46,2	44,3	42,4	46,2	45,1	41,0	39,1	38,8	38,7
	1985	42,8	42,8	42,3	41,8	43,5	44,0	45,0	42,9	43,3	42,1
Wintermenggetreide	1986	45,8	—	—	46,9	51,3	—	43,0	41,3	44,5	41,5
	1985	45,1	—	—	42,0	47,4	—	42,5	46,0	46,6	46,3
Futter- und Industriegetreide	1986	47,3	59,8	53,7	49,5	53,6	47,8	43,6	39,4	42,7	39,1
	1985	49,1	53,8	51,4	48,6	50,9	48,8	44,5	47,7	49,4	43,5
Gerste	1986	48,2	60,8	55,0	50,5	55,2	49,7	45,0	39,2	42,1	40,8
	1985	49,7	54,4	51,7	48,5	52,4	50,0	46,0	47,4	49,8	44,0
Wintergerste	1986	51,6	64,1	58,5	52,9	56,6	52,3	47,6	42,9	43,5	44,7
	1985	53,4	56,9	53,9	50,9	54,2	53,2	50,9	52,1	54,8	50,7
Sommergerste	1986	41,7	43,6	44,6	45,6	45,9	41,3	43,5	36,0	40,2	38,5
	1985	43,9	45,9	45,2	44,6	42,2	41,0	43,3	43,9	44,3	40,7
Hafer	1986	45,0	54,3	50,6	47,0	46,9	43,5	39,4	40,4	46,1	36,2
	1985	48,1	51,3	50,6	49,9	46,2	46,5	40,9	49,2	49,3	43,1
Sommernenggetreide	1986	41,4	48,8	—	43,7	44,3	42,4	41,6	37,7	41,0	38,2
	1985	43,5	43,9	—	43,9	42,5	43,4	40,5	45,0	43,5	41,7
Körnermais	1986	70,3	63,2	63,2	63,2	73,9	73,4	61,1	70,5	72,9	59,0
	1985	67,1	63,9	63,9	63,9	65,2	70,2	60,6	75,4	67,5	47,2
Speiseerbsen und -bohnen	1986	34,2	38,8	—	41,3	36,6	37,5	35,9	31,2	30,2	33,7
	1985	37,5	38,7	—	30,5	40,8	39,3	37,1	31,2	32,4	37,1
Ackerbohnen	1986	38,4	37,5	32,0	40,6	40,7	34,1	37,9	31,9	38,0	34,2
	1985	38,7	40,3	37,0	38,7	43,4	35,3	39,5	30,8	39,2	31,6
Kartoffeln	1986	352,4	367,8	363,7	381,1	364,6	348,0	306,6	307,4	335,2	308,1
	1985	359,3	390,7	382,1	397,5	386,3	313,9	304,0	313,0	337,7	295,9
frühe	1986	274,7	262,7	288,5	314,3	264,4	300,5	274,2	241,4	243,5	205,5
	1985	287,9	285,9	297,3	308,7	329,0	269,2	277,2	260,4	254,6	232,1
mittelfrühe und späte	1986	360,7	381,9	384,1	386,2	380,4	352,8	324,3	316,2	341,6	321,9
	1985	367,1	403,1	404,8	406,4	396,8	318,8	317,3	318,8	342,8	305,0
Zuckerrüben ²⁾	1986	517,9 ⁵⁾	448,4	—	476,7	499,1	485,8	534,9	550,2	574,3	416,5
	1985	516,3	447,2	—	475,6	502,4	488,5	509,1	521,6	578,3	325,9
Runkelrüben	1986	1 043,0	888,3	447,9	782,7	940,6	1 017,9	954,7	1 198,7	1 179,1	804,0
	1985	1 059,9	857,5	569,2	850,7	946,9	1 053,2	976,7	1 182,4	1 188,2	787,4
Ölfrüchte	1986	31,5	36,6	30,4	31,1	31,4	30,8	27,8	27,7	28,8	25,2
	1985	30,2	34,1	31,9	28,4	27,7	27,4	24,1	28,1	29,3	24,1
Winterraps	1986	31,8	36,7	30,5	31,3	31,6	30,9	28,1	28,0	29,3	25,9
	1985	30,5	34,2	32,1	28,7	27,9	27,5	24,3	28,5	29,7	24,5
Sommerraps, Winter- und Sommerrüben	1986	22,4	23,1	23,0	23,0	23,5	24,8	21,6	20,8	22,5	21,8
	1985	22,5	20,5	20,5	20,5	23,8	21,7	21,0	21,7	23,7	22,2
Grünmais, Silomais ³⁾	1986	478,8	430,2	456,4	442,6	494,5	506,7	512,2	496,2	489,6	517,7
	1985	475,7	455,8	474,0	442,3	472,0	518,1	491,4	475,4	491,0	559,2
Rauhfutter insgesamt ⁴⁾	1986	80,3	82,9	73,8	89,1	78,3	69,9	67,9	73,7	82,5	74,7
	1985	81,2	83,0	59,0	92,3	77,2	72,6	75,6	71,0	83,6	60,6
Klee, Klee gras und Klee- Luzerne-Gemisch ⁴⁾	1986	85,1	84,1	73,0	86,7	93,5	77,0	72,7	80,9	87,8	79,8
	1985	84,7	87,8	72,6	83,9	80,5	75,3	78,5	78,0	88,3	65,0
Luzerne ⁴⁾	1986	87,2	77,3	77,3	77,3	86,7	87,8	73,9	83,3	91,7	78,6
	1985	86,0	76,8	76,8	76,8	78,4	76,9	80,7	80,8	92,2	64,0
Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) ⁴⁾	1986	85,5	86,3	72,6	97,9	90,1	76,9	69,5	78,7	79,2	80,1
	1985	87,8	90,1	51,3	103,9	92,9	69,8	75,8	77,3	80,1	61,2
Dauerwiesen ⁴⁾	1986	78,1	79,9	69,5	86,6	76,6	66,0	66,4	72,5	80,9	74,1
	1985	78,6	79,6	56,9	90,3	76,1	65,1	72,8	69,8	82,1	60,4
Mähweiden ⁴⁾	1986	84,1	85,7	77,9	90,4	78,4	74,0	69,3	77,3	93,9	74,8
	1985	86,1	84,5	65,0	93,3	76,8	82,3	78,8	74,3	94,3	60,5

Siehe auch Fachserie 3, Reihe 3.2.1

1) Hessen einschl. Wintermenggetreide. — 2) Lander- und Bundesergebnisse aus unterschiedlichen Quellen — 3) In Grünmasse — 4) In Heu berechnet (einschl. Grünfutter- und Weidenutzung). — 5) Vorläufig

Ernte 1986 (Endgültiges Ergebnis)

1 000 t

Anbauart	Jahr	Bundes- gebiet 1)	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
Getreide insgesamt	1986	25 589,9	2 440,0	24,5	6 059,5	4 536,7	2 077,9	1 513,4	2 519,4	6 283,2	124,3
	1985	25 914,5	2 244,9	22,6	5 629,8	4 235,1	2 050,4	1 608,2	2 974,6	7 000,0	138,7
Brotgetreide	1986	12 223,9	1 451,8	12,4	2 875,2	1 884,1	1 046,5	678,2	1 150,6	3 063,0	55,0
	1985	11 742,4	1 295,6	11,0	2 369,5	1 707,9	988,6	733,1	1 308,9	3 262,0	59,4
Weizen	1986	10 406,2	1 230,0	9,4	2 119,0	1 636,3	913,5	557,8	1 077,3	2 829,1	30,5
	1985	9 865,9	1 081,8	8,1	1 618,6	1 464,6	850,1	592,4	1 231,1	2 984,2	32,2
Winterweizen	1986	9 953,6	1 216,1	9,1	2 044,5	1 596,1	877,0	515,6	1 011,0	2 653,7	27,4
	1985	9 422,1	1 065,0	7,8	1 543,9	1 417,4	824,7	565,5	1 162,8	2 802,9	29,6
Sommerweizen	1986	452,6	14,0	0,3	74,5	40,1	36,5	42,1	66,4	175,4	3,1
	1985	443,8	16,8	0,3	74,7	47,2	25,5	26,9	68,2	181,3	2,6
Roggen 2)	1986	1 768,3	221,8	3,1	747,4	235,1	132,9	115,3	66,4	219,1	23,5
	1985	1 821,4	213,8	2,9	742,4	232,6	138,5	130,8	70,4	260,5	25,9
Wintermenggetreide	1986	49,4	—	—	8,8	12,7	—	5,2	6,9	14,8	1,0
	1985	55,1	—	—	8,5	10,7	—	9,8	7,4	17,4	1,3
Futter- und Industriegetreide	1986	12 064,1	984,8	11,8	2 910,3	2 232,1	991,8	812,4	1 157,1	2 891,6	68,1
	1985	12 968,3	944,8	11,3	2 995,2	2 152,2	1 027,2	857,6	1 458,0	3 439,6	78,5
Gerste	1986	9 377,1	849,3	8,5	2 289,9	1 871,0	727,9	617,8	774,1	2 193,4	42,7
	1985	9 690,5	776,9	8,0	2 204,0	1 714,0	707,8	636,4	951,8	2 642,2	47,0
Wintergerste	1986	6 537,2	752,7	6,8	1 600,8	1 667,9	582,3	243,7	394,0	1 269,6	17,3
	1985	6 351,1	629,2	6,2	1 428,6	1 505,0	553,1	247,8	442,9	1 518,5	17,8
Sommergerste	1986	2 839,9	96,5	1,8	689,0	203,1	145,6	374,1	380,0	923,8	25,4
	1985	3 339,4	147,7	1,8	775,3	209,0	154,7	388,7	508,8	1 123,7	29,2
Hafer	1986	2 276,0	132,6	3,3	518,6	333,2	243,0	151,2	314,2	558,5	20,2
	1985	2 806,5	164,0	3,3	677,8	395,9	294,3	183,4	419,7	639,8	27,0
Sommernenggetreide	1986	411,0	3,0	—	101,9	27,9	20,9	43,4	68,8	139,7	5,3
	1985	471,4	3,9	—	113,4	42,3	25,1	37,8	86,5	157,6	4,5
Körnermais	1986	1 302,0	3,3	0,2	274,1	420,5	39,6	22,8	211,7	328,6	1,2
	1985	1 203,8	4,4	0,2	265,1	375,0	34,5	17,5	207,7	298,4	0,8
Speiseerbsen und -bohnen	1986	15,0	0,2	—	0,0	5,4	2,2	1,6	0,9	4,4	0,2
	1985	10,8	0,6	—	0,2	5,0	1,3	1,3	1,2	1,2	0,1
Ackerbohnen	1986	106,4	2,3	0,1	31,0	19,3	4,2	3,1	8,6	37,5	0,3
	1985	55,1	1,2	0,1	13,5	11,2	1,9	2,6	5,2	19,2	0,1
Kartoffeln	1986	7 390,3	151,8	0,7	3 010,8	643,3	303,7	381,5	458,2	2 426,1	13,3
	1985	7 905,4	177,6	0,7	3 103,2	706,6	304,7	379,9	485,2	2 732,9	13,7
frühe	1986	555,6	12,8	0,1	176,0	63,6	24,0	120,8	42,0	115,1	1,0
	1985	629,8	13,8	0,1	221,2	92,7	26,0	114,8	40,3	119,4	1,3
mittelfrühe und späte	1986	6 834,7	139,0	0,6	2 834,9	579,7	279,7	260,6	416,1	2 311,0	12,2
	1985	7 275,5	163,7	0,6	2 882,0	613,9	278,7	265,0	444,9	2 613,5	12,4
Zuckerrüben 3)	1986	20 224,1 6)	768,9	—	6 949,7	4 019,4	1 061,0	1 213,0	1 283,0	4 544,4	0,4
	1985	20 813,0	775,6	—	7 237,7	4 099,3	1 061,4	1 176,8	1 218,7	4 845,7	0,2
Runkelrüben	1986	9 797,9	561,2	4,7	1 051,6	1 064,7	969,0	605,1	1 606,0	3 900,2	32,2
	1985	10 810,2	584,4	5,9	1 147,5	1 184,9	1 147,7	667,0	1 690,4	4 341,9	37,3
Ölfrüchte	1986	968,9	333,7	1,7	111,1	67,3	73,5	36,1	118,3	224,1	3,0
	1985	802,8	310,1	1,8	96,5	54,2	51,1	24,0	96,0	166,5	2,2
Winterraps	1986	945,9	331,6	1,7	108,7	66,0	72,9	34,6	114,7	212,9	2,6
	1985	781,9	308,8	1,8	94,3	51,5	50,7	22,7	92,0	158,1	1,9
Sommerraps, Winter- und Sommerrübsen	1986	23,0	2,1	0,0	2,4	1,3	0,6	1,5	3,6	11,1	0,4
	1985	20,9	1,3	0,0	2,2	2,8	0,4	1,3	4,0	8,4	0,4
Grünmais, Silomais 4)	1986	45 427,2	2 414,5	31,2	8 973,5	7 748,3	2 117,6	971,2	4 836,1	18 134,5	184,0
	1985	44 387,0	2 452,6	32,4	8 471,1	7 147,0	2 220,9	900,1	4 849,3	18 086,6	210,8
Rauhfutter insgesamt 5)	1986	29 442,0	2 023,2	29,1	6 080,1	2 717,6	1 572,9	1 290,9	4 480,8	11 013,2	190,0
	1985	29 829,0	2 033,8	23,3	6 283,0	2 709,0	1 658,2	1 445,7	4 350,0	11 132,5	148,5
Klee, Klee gras und Klee- Luzerne-Gemisch 5)	1986	1 336,4	22,0	0,1	8,6	11,5	45,3	40,2	313,7	888,4	6,4
	1985	1 299,8	26,6	0,1	7,9	10,8	46,6	40,9	294,4	868,4	4,0
Luzerne 5)	1986	239,6	0,4	0,0	0,9	0,9	17,8	14,6	72,9	129,7	2,4
	1985	240,9	0,7	0,0	0,7	0,5	16,7	14,4	76,5	129,6	1,5
Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) 5)	1986	996,2	323,5	6,8	191,6	156,3	33,9	48,6	68,9	160,7	5,5
	1985	924,1	348,1	4,8	162,3	139,3	27,9	49,6	80,0	107,9	3,6
Dauerwiesen 5)	1986	18 509,8	959,9	9,4	2 393,2	1 082,7	800,2	638,1	3 622,4	8 872,2	115,4
	1985	18 768,9	964,5	7,7	2 513,1	1 118,8	796,2	721,3	3 509,8	9 028,6	92,6
Mähweiden 5)	1986	8 359,9	717,3	12,9	3 485,8	1 466,2	675,8	549,4	402,9	962,2	60,3
	1985	8 595,2	693,9	10,7	3 599,0	1 439,5	770,8	619,5	389,2	998,0	46,7

Siehe auch Fachserie 3, Reihe 3.2.1

1) Einschl. Bremen und Berlin — 2) Hessen einschl. Wintermenggetreide. — 3) Länder- und Bundesergebnisse aus unterschiedlichen Quellen — 4) In Grünmasse — 5) In Heu berechnet (einschl. Grünfütter- und Weidenutzung). — 6) Vorlaufing.

Produzierendes Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen

Jahr Monat	Bergbau und Ver- arbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Wirtschaftsgruppen											
		Bergbau	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Eisen- schaffende Industrie	NE-Metall- erzeugung und -halb- zeugwerke	Maschinen- bau	Straßen- fahrzeug- bau	Schrift- 	Elektro- technik	Chemische Industrie	Textil- 	Beklei- dungs- 	
Beschäftigte am Monatsende													
1 000													
1983	D . . .	6 927,1	203,9	165,9	238,3	74,2	956,4	776,7	52,9	873,7	548,8	241,5	193,9
1984	D . . .	6 853,7	194,2	165,1	222,0	73,4	930,3	785,4	45,2	878,2	550,3	235,5	191,1
1985 3)	D	6 943,1	212,6	156,5	216,6	76,1	950,2	808,9	44,1	922,6	557,0	231,4	188,4
1985 4)	Okt. . . .	7 033,3	213,4	159,3	217,4	76,7	971,1	818,6	43,9	942,3	563,5	232,2	187,9
	Nov. . . .	7 030,4	212,7	157,9	216,6	76,7	972,3	821,3	43,7	944,4	562,8	232,2	187,7
	Dez. . . .	6 985,2	211,3	152,6	214,8	76,4	969,0	818,5	43,2	940,7	560,5	230,7	186,0
1986	Jan. . . .	6 977,4	210,4	143,4	213,5	71,8	970,2	819,1	42,6	945,0	559,3	229,2	188,2
	Febr. . . .	6 992,2	210,7	139,9	214,2	71,9	973,2	824,8	42,5	948,3	562,5	229,7	188,6
	März . . .	7 013,9	210,2	144,5	213,9	72,0	976,5	829,0	42,5	952,8	564,0	229,4	188,0
	April . . .	7 016,8	209,8	150,6	212,7	71,9	976,9	828,4	42,2	954,4	562,5	228,5	186,5
	Mai	7 021,3	209,5	153,2	211,9	72,1	976,8	831,1	41,6	955,1	562,6	227,7	185,1
	Juni	7 043,9	208,7	154,1	210,7	72,4	980,1	837,1	40,8	959,3	564,6	227,2	184,1
	Juli	7 096,3	208,6	155,7	210,3	73,5	986,3	849,9	40,2	965,7	570,5	226,1	183,5
	Aug. . . .	7 121,7	208,9	156,3	210,1	73,4	991,8	846,5	40,2	970,7	572,4	226,1	184,3
	Sept. . . .	7 149,5	212,3	156,1	210,5	73,1	998,7	847,4	40,3	974,5	574,2	227,8	185,5
	Okt. . . .	7 129,9	210,4	155,2	207,7	72,6	997,0	846,3	39,9	975,7	572,0	227,4	184,7
	Nov. . . .	7 113,7	209,6	154,0	206,4	72,4	995,2	847,1	39,3	974,6	571,4	228,0	183,4
Umsatz insgesamt 1)													
Mill. DM													
1983	D	109 388,5	2 188,3	2 520,7	3 474,2	1 989,3	10 901,5	13 047,4	712,5	10 628,2	12 824,9	2 748,9	1 680,9
1984	D	116 538,2	2 393,0	2 544,0	3 999,6	2 191,7	11 626,0	13 544,7	686,7	11 197,6	14 143,3	2 906,0	1 787,7
1985 3)	D	124 712,8	2 979,1	2 397,0	4 341,9	2 189,1	13 096,4	15 375,6	611,8	12 642,4	14 845,1	3 064,1	1 839,0
1985 4)	Okt. . . .	138 398,3	2 989,8	3 238,2	4 852,1	2 403,6	13 682,4	17 223,6	654,3	13 860,5	15 758,5	3 689,0	2 142,5
	Nov. . . .	128 968,5	3 064,9	2 356,9	4 229,7	2 040,3	13 117,9	17 072,5	617,3	13 581,7	14 318,3	3 256,6	1 650,9
	Dez. . . .	127 003,7	3 490,0	1 932,3	3 621,3	1 622,1	17 303,7	14 588,8	1 786,0	15 185,6	12 899,2	2 642,0	1 367,3
1986	Jan. . . .	119 029,4	3 084,5	1 505,6	4 117,2	2 062,9	10 761,1	15 153,3	319,5	11 762,9	15 049,0	3 262,4	2 069,4
	Febr. . . .	118 008,1	2 966,7	1 231,1	4 007,6	1 923,7	11 344,3	16 254,0	291,7	12 141,7	14 209,3	3 144,3	2 201,7
	März . . .	120 872,3	2 881,2	1 768,3	4 212,5	1 834,3	12 673,6	16 301,2	205,4	12 866,1	14 164,7	3 127,6	2 195,7
	April . . .	132 279,3	2 853,4	2 695,2	4 450,2	2 085,5	13 712,1	19 421,2	471,8	13 408,0	15 256,1	3 315,6	1 797,4
	Mai	114 975,8	2 527,0	2 649,0	3 888,5	1 770,3	11 573,3	15 290,7	844,1	11 699,7	13 589,6	2 713,7	1 189,9
	Juni	125 025,7	2 375,6	2 925,6	4 076,2	1 933,1	13 963,4	16 775,2	617,2	13 541,4	14 207,5	2 977,4	1 351,0
	Juli	121 608,2	2 415,9	3 116,7	3 734,8	1 877,9	13 623,7	15 072,5	629,8	12 842,7	13 961,2	3 071,6	2 084,3
	Aug. . . .	104 803,1	2 212,8	2 758,8	3 342,4	1 639,0	11 075,1	11 773,0	297,1	11 144,3	12 453,1	2 316,1	2 182,5
	Sept. . . .	129 463,2	2 434,9	3 148,9	3 981,9	1 881,5	13 897,5	16 582,2	597,3	15 234,5	14 313,2	3 362,0	2 673,4
	Okt. . . .	132 689,3	2 604,2	3 287,9	3 943,5	2 004,6	13 703,8	17 377,4	643,2	14 369,7	15 142,5	3 561,7	2 161,0
	Nov. . . .	123 913,2	2 667,2	2 725,0	3 479,0	1 668,1	13 193,3	17 605,2	624,6	14 217,6	13 560,2	3 034,8	1 560,5
darunter Auslandsumsatz 2)													
Mill. DM													
1983	D	29 602,8	296,3	235,3	1 297,8	571,0	4 867,0	5 838,4	266,8	3 250,2	5 120,3	639,1	258,3
1984	D	33 543,7	358,8	257,8	1 567,0	655,9	5 329,7	6 575,7	347,0	3 541,2	5 960,6	727,8	299,0
1985 3)	D	37 032,2	377,8	271,1	1 692,8	665,7	5 759,2	7 655,9	306,8	4 082,0	6 391,0	813,7	332,6
1985 4)	Okt. . . .	39 912,9	350,7	313,7	1 867,8	720,2	6 299,7	8 447,5	211,8	4 242,4	6 460,9	951,5	364,8
	Nov. . . .	38 413,0	315,7	280,2	1 597,9	637,8	6 042,9	8 510,8	405,2	4 262,0	5 992,2	818,6	217,4
	Dez. . . .	40 201,2	377,0	240,9	1 508,2	520,1	8 847,5	7 489,7	1 319,9	4 427,1	5 626,6	708,0	210,0
1986	Jan. . . .	35 290,0	326,6	260,0	1 437,4	616,0	4 773,8	7 762,7	121,1	3 650,5	6 597,2	863,7	426,0
	Febr. . . .	35 846,0	332,7	252,5	1 385,5	586,9	5 110,5	8 166,0	90,3	4 009,7	6 149,4	868,2	467,0
	März . . .	36 750,8	316,8	256,0	1 475,4	568,0	5 947,0	7 914,3	68,9	4 304,5	6 153,5	862,6	455,2
	April . . .	40 278,2	342,4	300,4	1 536,8	629,5	6 305,6	9 363,4	140,8	4 290,2	6 793,2	905,3	280,6
	Mai	33 706,2	345,1	276,4	1 325,0	540,1	5 198,2	7 314,9	263,0	3 611,0	5 809,7	741,1	154,8
	Juni	38 040,1	279,2	309,5	1 438,7	581,1	6 287,9	7 986,9	392,6	4 378,7	6 025,3	830,3	232,8
	Juli	35 706,7	255,8	276,8	1 319,4	600,2	6 176,6	7 100,3	380,5	4 073,6	5 795,5	865,1	463,6
	Aug. . . .	29 177,9	230,3	253,6	1 188,6	494,0	4 844,7	5 320,7	144,1	3 411,6	5 079,7	632,8	496,8
	Sept. . . .	38 121,7	286,9	283,4	1 448,2	569,6	6 237,1	7 679,4	312,2	4 696,2	5 870,6	861,9	541,0
	Okt. . . .	38 333,1	265,5	301,0	1 432,9	590,8	5 917,6	8 346,9	432,4	4 231,7	5 969,9	889,2	374,9
	Nov. . . .	37 044,1	256,9	273,1	1 279,2	513,3	6 049,7	8 598,4	379,8	4 185,1	5 385,1	755,3	208,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1

Darstellung nach der „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung – Kombinierte Betriebe werden derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt – Im Hinblick auf die einzelnen Stufen der Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe siehe Heft 1, E „Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe“ in Wirtschaft und Statistik 6/1979, S. 394 ff.

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer – 2) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren – 3) Endgültige Ergebnisse – 4) Vorläufiges Ergebnis

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

1980 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ²⁾	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe										
		zu- sammen	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- (oh. H.v. Stahlrohren) werke	NE- Metall- halbzeug-	Eisen-, Stahl- und Temper- gießerei	Ziehereien und Kaltwalz- werke	Chemische Industrie	Holzbear- beitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- erzeugung	Gummi- verar- beitung	
1982	103,4	102,0	95,7	87,4	90,7	96,4	94,1	109,8	85,6	115,3	107,3
1983	107,9	109,2	100,7	90,8	106,9	96,1	100,5	119,3	90,1	126,3	109,8
1984	118,2	120,8	103,0	103,2	115,4	101,6	109,9	132,5	92,7	149,7	113,6
1985	127,8	125,7	96,2	109,1	121,0	113,9	111,0	139,7	90,1	148,2	126,5
1985	Okt.	141,1	138,0	122,1	115,3	130,5	129,6	122,3	148,5	105,9	159,8	155,0
	Nov.	129,8	121,0	86,8	103,3	115,1	116,1	111,9	134,4	93,9	147,4	139,7
	Dez.	122,1	110,3	71,5	99,8	102,4	97,5	93,2	124,9	76,6	129,8	107,3
1986	Jan.	131,2	128,2	59,6	117,0	138,3	124,4	111,2	146,1	85,7	164,6	127,8
	Febr.	130,3	118,7	53,4	106,1	116,6	117,0	115,2	133,3	82,3	147,8	127,4
	Marz ..	131,5	119,9	74,2	106,6	118,6	116,9	108,5	131,8	86,8	148,1	139,9
	April	139,1	131,9	107,6	112,2	128,2	130,2	120,0	143,7	101,7	174,6	141,9
	Mai	119,6	114,8	107,2	92,8	110,1	103,5	102,2	126,4	89,8	139,5	121,8
	Juni	128,2	121,8	115,7	101,9	114,3	113,1	110,1	133,1	95,8	152,6	132,9
	Juli	127,0	123,4	123,6	96,8	115,1	108,8	110,8	135,0	94,4	148,4	126,2
	Aug.	108,3	106,1	112,1	85,3	91,4	92,6	88,7	116,4	80,9	124,1	106,4
	Sept.	130,6	119,5	122,9	90,9	102,2	112,7	103,3	132,4	102,7	146,9	138,5
	Okt.	136,7	125,9	123,0	93,9	117,6	111,3	110,6	137,8	108,1	160,6	155,2
	Nov.	122,1	110,7	98,2	85,8	110,0	95,4	97,3	121,5	94,9	148,1	133,2

Jahr Monat	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe										
	zu- sammen	Stahlver- formung, Ober- flächen- veredlung, Hartung	Stahl- und Leicht- metall-, Schienen- fahrzeug	Maschinen- bau	Straßen- fahrzeug-	Her- stellung von Kraft- wagen und -motoren	Schiffbau	Elektro- technik	Fein- mechanik, Optik	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Herst. von Büro- maschinen, ADV-Geräten und -Ein- richtungen
1982	105,4	97,6	106,5	101,3	120,7	122,3	116,0	101,1	99,4	112,9
1983	108,2	100,3	98,0	101,4	129,5	132,9	90,9	104,1	100,7	129,3
1984	119,3	108,7	99,2	113,3	138,8	142,6	108,6	116,5	111,6	156,5
1985	133,6	120,6	102,3	128,4	161,9	167,0	149,6	126,9	122,0	185,5
1985	Okt.	144,3	136,7	101,2	135,1	162,5	166,7	195,5	148,5	141,0	164,1
	Nov.	138,9	125,8	120,0	128,1	173,7	179,6	86,3	131,8	134,2	213,2
	Dez.	138,5	106,7	97,5	134,3	153,0	158,2	262,0	140,3	119,5	237,6
1986	Jan.	138,0	139,6	94,5	133,2	182,6	189,2	43,1	128,3	128,4	152,5
	Febr.	140,8	133,5	89,5	132,1	189,1	196,3	50,3	134,7	133,8	182,8
	März	139,6	127,7	109,2	136,2	169,9	175,2	45,6	134,0	135,4	204,7
	April	145,9	137,2	110,2	138,2	182,5	188,3	197,8	136,5	133,5	166,1
	Mai	127,0	119,7	95,4	128,7	152,2	156,4	51,8	120,1	123,4	144,2
	Juni	138,3	128,4	97,6	135,1	181,1	187,4	32,1	128,3	123,2	169,5
	Juli	135,8	130,4	133,7	134,0	164,2	168,6	55,0	126,6	122,5	144,3
	Aug.	111,7	107,5	113,0	106,8	132,5	136,4	30,5	106,9	104,1	131,0
	Sept.	134,2	123,7	151,2	118,1	157,4	162,2	146,6	129,9	120,4	188,5
	Okt.	140,6	129,7	113,7	123,5	180,7	185,9	135,5	136,6	128,1	138,5
	Nov.	130,6	119,0	89,3	123,4	157,9	162,6	190,3	124,3	130,7	164,6

Jahr Monat	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe										
	zu- sammen	Fein- keramik	Her- stellung und Ver- arbeitung von Glas	Her- stellung von Holz- und Polster- möbeln	Papier- und Pappever- arbeitung	Druckerei, Vervielfältigung	Her- stellung von Kunststoffs- waren	Leder- erzeugung	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Beklei- dungsgewerbe
1982	100,2	97,3	98,2	91,1	109,7	102,4	103,2	118,8	102,5	100,0
1983	105,0	98,6	105,9	93,0	112,7	103,6	113,7	138,5	104,3	103,4
1984	111,4	106,9	109,1	95,1	119,5	112,0	125,7	155,2	98,0	112,0
1985	115,0	106,0	114,4	91,3	128,4	117,5	130,8	156,7	103,4	112,1
1985	Okt.	137,3	129,3	126,4	104,2	142,4	133,5	146,9	172,6	176,4	159,1
	Nov.	118,3	106,2	118,8	98,8	128,7	124,3	133,4	189,4	111,8	91,2
	Dez.	95,7	78,4	113,3	77,5	110,9	119,8	112,1	140,2	50,1	60,0
1986	Jan.	117,3	120,9	131,0	103,1	141,4	120,5	138,7	178,3	68,8	85,3
	Febr.	119,8	109,8	113,5	97,7	130,2	114,7	133,4	167,1	83,3	144,7
	März	127,7	122,7	123,9	93,6	128,1	119,2	132,0	143,8	109,1	192,7
	April	132,0	120,5	123,0	104,2	143,7	126,9	150,9	167,4	189,2	129,4
	Mai	106,9	95,1	107,9	88,4	123,5	120,2	132,4	158,2	129,3	68,4
	Juni	110,3	101,3	114,8	96,1	136,8	122,1	145,4	161,6	59,3	61,0
	Juli	108,5	105,7	118,1	88,0	136,6	121,5	143,5	130,6	40,9	74,1
	Aug.	102,3	95,4	103,7	82,0	117,3	113,3	123,5	97,6	57,8	117,7
	Sept.	138,0	117,3	119,1	103,7	136,5	125,3	145,1	166,3	139,0	210,4
	Okt.	142,6	135,5	134,1	112,7	143,8	140,7	157,5	165,5	186,9	162,2
	Nov.	116,3	101,7	119,1	102,6	130,4	131,8	135,9	148,3	109,9	82,1

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

Derstellung nach „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe)

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1980 = 100

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Elektrizitäts- und Gasversorgung			Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								Bau- haupt- gewerbe ¹⁾
	ins- gesamt	ohne Bau- haupt- gewerbe	zu- sammen	Elektri- zitäts- versorgung	Gas- versorgung	zu- sammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
								zu- sammen	Grund- stoff- und Produk- tions- güter- gewerbe	Investi- tions- güter produzierendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter produzierendes Gewerbe	Nähr- ungs- und Genuß- mittel- gewerbe		

kalendermonatlich

1983		95,5	96,4	101,1	103,8	90,1	96,1	90,6	96,3	93,9	98,8	91,6	99,4	89,0
1984		98,7	99,6	105,5	110,0	87,3	99,3	90,0	99,6	97,9	102,3	94,1	101,1	89,5
1985		102,6	104,5	110,1	114,6	92,1	104,1	90,8	104,6	98,7	112,1	94,5	103,6	83,7
1985	Nov.	110,4	113,0	127,1	128,9	119,9	112,1	97,3	112,7	99,2	125,1	98,7	116,2	84,9
	Dez.	98,5	101,5	123,0	125,4	113,4	100,2	86,5	100,7	85,2	116,8	84,5	97,5	68,1
1986	Jan.	98,1	103,0	131,9	133,8	124,2	101,2	100,4	101,2	96,3	105,7	95,4	103,8	50,1
	Febr.	97,1	103,2	127,1	128,5	121,3	101,7	91,5	102,1	93,5	111,8	93,8	95,9	36,0
	März	101,1	105,1	122,3	125,6	109,0	104,1	91,7	104,5	97,2	114,6	95,9	93,6	61,5
	April	113,9	115,3	111,6	116,4	92,5	115,6	91,3	116,5	105,9	129,5	104,6	106,6	99,8
	Mai	98,5	99,4	91,0	97,7	64,1	99,9	79,6	100,7	96,6	109,1	86,9	96,3	89,9
	Juni	107,0	107,6	92,6	98,9	67,4	108,5	80,8	109,6	101,4	121,3	95,5	102,4	100,7
	Juli	105,6	105,4	92,0	99,2	63,3	106,2	84,6	107,1	100,4	114,4	97,0	108,4	107,1
	Aug.	91,2	91,2	87,0	93,3	61,7	91,5	80,1	91,9	91,3	94,1	80,9	101,4	91,1
	Sept.	112,2	112,4	100,0	105,5	78,1	113,2	79,2	114,5	101,7	125,8	108,0	109,3	110,4
	Okt.	119,9	120,2	111,2	116,9	88,3	120,7	89,4	121,9	106,8	132,9	113,7	127,3	117,1
	Nov.	109,9	111,0	117,3	121,0	102,8	110,7	84,5	111,6	97,2	124,1	99,6	115,0	98,5

von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

1983	95,4	96,3	101,2	103,9	90,1	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	88,8
1984	98,6	99,6	105,5	110,0	87,3	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	89,2
1985	103,0	105,0	110,5	115,1	92,3	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	83,7
1985	Nov.	113,8	116,6	130,6	132,7	122,4	115,7	100,0	116,3	102,1	129,2	102,4	119,7	86,2
	Dez.	100,5	103,7	124,5	127,6	112,1	102,5	89,1	103,0	86,4	119,5	87,9	98,7	67,9
1986	Jan.	95,5	100,3	130,0	132,0	122,0	98,5	98,5	98,5	94,2	102,8	92,6	100,7	47,3
	Febr.	104,2	110,9	138,0	139,2	133,1	109,2	98,6	109,6	100,6	119,9	100,2	103,4	37,2
	Marz	102,7	106,5	120,2	123,7	106,1	105,6	91,8	106,1	98,3	116,1	98,4	95,4	65,2
	April	113,0	114,3	111,1	115,8	92,5	114,5	89,6	115,4	105,3	128,2	103,0	106,0	100,1
	Mai	103,9	104,5	92,1	99,6	62,1	105,3	83,2	106,1	100,2	115,8	94,2	98,5	97,1
	Juni	109,5	110,4	96,0	102,2	71,3	111,3	85,4	112,3	103,6	124,4	98,1	104,3	100,3
	Juli	100,3	100,0	87,7	94,5	60,4	100,8	79,4	101,6	96,1	108,2	91,2	103,8	103,1
	Aug.	90,1	90,1	85,0	91,3	59,8	90,4	79,2	90,8	89,9	92,8	80,3	100,8	90,3
	Sept.	111,8	112,2	101,4	106,8	79,8	112,9	78,6	114,2	101,4	125,6	107,0	109,5	108,2
	Okt.	114,7	115,0	107,7	113,1	86,2	115,4	86,1	116,5	102,6	126,9	108,0	121,9	112,0
	Nov.	114,2	115,3	119,9	123,8	104,3	115,1	87,1	116,1	100,6	128,9	104,3	120,4	102,5

Jahr Monat	Bauhaupt- gewerbe ¹⁾		Bergbau			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe							
	Hoch- bau- lei- stungen	Tief- bau- lei- stungen	darunter			Mineral- öler- arbeitung	Ge- winnung und Ver- arbeitung von Stei- nen und Erden	Eisen- schaf- fende Industrie	NE- Metaller- zeugung, NE-Metall- halbzeug- werke	Eisen-, Stahl- und Temper- gießerei	NE- Metall- gießerei	Ziehe- reien, Kaltwalz- werke; Mechanik a.n.g.	Che- mische Industrie
			Stein- kohl- berg- bau	Braun- kohl- berg- bau	Ge- winnung von Erdöl, Erdgas								

kalendermonatlich

1983	88,5	89,6	89,5	93,5	92,2	80,9	86,8	81,9	105,2	82,4	95,7	89,2	103,3
1984	88,8	90,3	85,4	96,0	94,6	80,7	86,1	89,7	108,8	84,3	105,8	89,2	108,7
1985	77,3	90,9	89,8	92,7	90,3	78,9	78,6	93,7	110,5	86,9	113,2	88,3	110,7
1985	Nov.	76,4	94,5	88,7	98,6	110,9	78,0	80,3	95,0	110,1	88,7	122,8	90,1	109,1
	Dez.	62,6	74,2	84,7	96,1	86,6	77,8	60,5	73,7	97,2	70,9	95,4	64,4	97,6
1986	Jan.	51,6	48,4	97,4	90,8	112,0	74,7	48,7	90,9	115,7	91,5	132,3	85,4	112,6
	Febr.	36,1	35,9	87,6	92,4	98,4	73,5	42,7	90,5	112,8	91,8	130,7	90,5	108,6
	März	59,7	63,5	87,9	97,1	98,2	76,6	59,8	91,2	114,1	90,4	126,2	87,4	112,3
	April	88,1	113,0	96,4	90,2	81,7	73,0	91,7	94,8	125,6	103,2	148,0	105,7	117,3
	Mai	79,0	102,1	83,4	77,8	71,9	83,6	85,3	84,1	109,7	81,3	82,9	86,5	108,0
	Juni	88,4	114,6	85,6	72,5	72,8	76,4	93,6	91,1	114,3	89,2	121,3	98,0	111,3
	Juli	94,0	121,9	93,3	82,7	76,8	82,9	98,7	82,6	123,2	80,0	80,5	97,9	112,2
	Aug.	79,5	104,2	86,8	76,8	67,7	82,6	87,1	79,1	105,3	60,9	73,7	78,4	101,2
	Sept.	97,5	124,9	84,1	75,9	66,7	75,8	101,9	90,1	118,9	95,4	115,0	100,4	108,1
	Okt.	104,6	131,3	90,5	92,9	91,7	72,5	105,9	89,3	127,0	98,3	157,9	107,8	115,5
	Nov.	88,2	110,2	84,0	94,3	77,8	76,4	86,3	84,4	107,7	82,5	90,6	90,0	108,0

von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

1983		88.3	89.4	89.4	93.4	92.3	81.2	86.6	82.0	105.1	82.2	95.6	89.2	103.4
1984		88.6	90.0	85.5	95.9	94.9	80.7	85.9	89.7	108.7	84.3	105.8	89.3	108.8
1985		77.4	90.9	90.2	93.1	90.6	79.2	78.7	93.9	111.1	87.6	114.3	88.8	111.1
1985	Nov.	77.7	95.7	90.7	101.2	115.2	82.1	82.2	97.3	114.4	92.6	129.0	92.8	111.4
	Dez.	62.8	73.7	89.2	100.6	84.8	76.1	61.1	73.6	102.5	75.2	102.5	67.5	98.4
1986	Jan.	49.0	45.3	94.7	90.5	111.0	74.1	46.6	89.4	111.9	89.0	130.1	83.2	110.1
	Febr.	37.2	37.2	93.0	98.7	109.2	80.5	45.0	98.4	120.4	98.0	138.8	96.6	116.8
	Marz	63.5	67.1	91.4	97.2	91.5	74.7	62.6	90.5	118.0	92.4	128.1	91.2	113.8
	April	88.1	113.7	93.8	87.3	82.7	73.2	91.8	94.8	123.5	100.9	145.6	103.7	117.0
	Mai	86.5	109.0	91.4	81.9	66.7	83.4	90.4	85.3	116.4	91.0	97.6	91.2	110.1
	Juni	88.0	114.1	90.6	78.5	76.1	77.0	93.5	93.5	118.2	93.1	124.3	101.7	113.9
	Juli	90.3	117.5	86.7	77.0	74.4	80.5	95.3	79.3	116.0	73.3	73.4	92.2	107.9
	Aug.	79.1	103.0	84.7	75.8	69.1	81.0	86.0	77.7	104.3	60.7	72.0	78.0	99.7
	Sept.	95.1	123.0	81.7	74.7	70.7	77.7	101.3	90.8	118.3	93.8	113.8	98.7	107.6
	Okt.	100.1	125.5	85.3	90.3	91.2	70.5	101.6	86.1	120.1	93.2	151.4	102.6	111.1
	Nov.	92.1	114.2	87.3	97.4	78.9	78.4	89.7	86.8	113.5	86.4	94.3	94.5	111.6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1

Darstellung nach der Systematik der Wirtschaftszweige Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

1) Vormonatsvergleich eingeschränkt, da Ergebnisse ab Oktober bereits aufgrund der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe 1986 berechnet sind. Der hieraus resultierende statistische Effekt beläuft sich auf etwa + 3,9 % beim Hochbau und + 1,0 % beim Tiefbau.

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1980 = 100

Jahr Monat	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				Investitionsgüter produzierendes Gewerbe										Ver- brauchs- güter produ- zierendes Gewerbe
	Her- stellung, Ver- arbeitung und Ver- edlung von Flach- glas	Holzbe- arbeitung	Zell- stoff-, Holz- schliff-, Papier- und Pappeer- zeugung	Gummi- ver- arbei- tung	Stahl- ver- formung, Ober- flächen vered- lung, Härtung	Stahl- und Leicht- metall- bau, Schie- nen- fahr- zeug- bau	Ma- schinen- bau	Straßen- fahr- zeug- bau, Repara- tur von Kraft- fahr- zeugen usw.	Schiff- bau	Elektro- technik, Repara- tur von elek- trischen Geräten für den Haushalt	Fein- mecha- nik, Optik, Her- stellung von Uhren	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Herstel- lung von Büroma- schinen, Datenver- arbeits- geräten und -einrich- tungen	Fein- keramik	
kalendermonatlich															
1983	91,1	88,0	109,0	99,5	86,7	89,7	92,6	108,0	95,0	98,3	87,5	92,5	133,8	91,3	
1984	89,9	92,7	119,6	104,4	91,1	84,0	93,0	107,3	83,1	105,8	91,0	97,1	172,0	91,5	
1985	95,7	89,5	120,1	111,3	97,0	81,6	99,1	119,0	86,7	118,0	99,3	101,7	213,5	91,0	
1985 Nov.	111,1	89,4	125,8	115,0	97,4	93,2	106,7	132,9	88,1	130,4	107,7	106,4	294,8	89,6	
1985 Dez.	88,6	73,9	98,9	93,7	76,5	112,5	123,3	103,6	70,4	116,4	100,2	89,3	256,5	72,2	
1986 Jan.	100,1	85,8	123,5	115,2	103,2	65,8	85,6	128,1	79,5	110,7	95,7	103,1	163,5	86,8	
1986 Febr.	88,8	81,6	119,3	116,7	101,9	64,4	92,7	128,0	80,4	118,6	103,4	102,6	210,6	89,2	
1986 März	90,3	85,1	118,5	117,1	102,3	69,4	101,2	122,0	79,5	121,4	105,6	102,8	225,0	90,2	
1986 April	115,0	102,0	127,7	128,1	115,9	81,4	112,3	145,6	90,0	132,9	113,8	118,9	248,9	100,6	
1986 Mai	88,7	87,3	118,3	106,2	93,1	74,1	97,1	119,9	75,8	113,6	97,3	97,7	197,5	89,0	
1986 Juni	115,0	96,4	129,3	113,8	102,3	85,3	109,5	130,0	90,1	124,8	106,4	110,3	231,1	87,4	
1986 Juli	103,9	92,7	126,7	98,5	100,7	80,1	107,1	115,9	64,1	120,3	99,1	108,7	207,9	86,4	
1986 Aug.	87,1	75,9	120,8	93,2	85,2	72,8	86,8	91,4	62,5	102,6	81,8	86,5	171,7	79,4	
1986 Sept.	117,1	100,4	127,6	124,6	104,3	85,6	110,0	129,3	72,3	136,0	111,3	116,4	260,1	93,6	
1986 Okt.	134,5	106,6	133,9	131,6	128,4	96,0	112,6	138,9	77,9	144,9	116,0	124,1	258,3	99,5	
1986 Nov.	112,3	93,7	130,9	113,8	95,6	90,2	106,1	134,4	69,4	133,8	108,3	107,9	252,8	90,2	
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt															
1983	91,1	88,0	108,9	99,2	86,6	89,7	92,6	107,8	95,0	98,2	87,4	92,5	133,9	91,3	
1984	89,9	92,7	119,2	104,3	90,9	83,9	92,9	107,1	83,0	105,7	90,9	97,1	172,2	91,5	
1985	96,2	89,9	120,6	112,0	97,7	81,7	99,5	119,6	87,3	118,6	99,8	102,3	214,1	91,4	
1985 Nov.	115,4	92,3	128,0	118,7	101,1	96,1	110,1	138,0	91,2	134,3	111,8	110,2	301,7	92,0	
1985 Dez.	92,6	76,5	103,5	98,5	82,7	112,1	124,6	107,5	72,8	120,7	102,4	94,3	249,9	74,9	
1986 Jan.	99,0	83,1	120,8	112,1	100,1	64,6	82,7	124,8	78,1	107,7	93,3	100,2	159,9	84,4	
1986 Febr.	95,0	87,0	126,6	124,4	107,9	69,4	99,6	138,0	85,6	126,5	111,2	109,2	227,4	95,7	
1986 März	91,4	88,0	120,1	119,8	105,7	69,3	102,7	122,2	80,5	123,9	106,5	105,7	226,6	91,5	
1986 April	112,4	100,8	127,2	125,1	113,5	80,6	111,6	144,2	88,5	131,3	113,0	116,7	248,3	99,6	
1986 Mai	97,1	94,3	128,5	117,4	103,2	77,8	100,1	129,0	84,4	122,0	102,0	106,3	207,5	92,9	
1986 Juni	121,0	99,1	130,3	117,3	105,5	86,8	112,4	134,2	91,5	127,7	108,7	114,1	233,9	90,2	
1986 Juli	96,5	87,3	121,6	90,8	93,8	76,5	102,1	108,7	59,6	113,5	94,2	101,7	199,1	81,7	
1986 Aug.	85,8	75,4	116,6	93,6	83,4	72,1	86,5	89,3	61,7	100,7	80,9	85,4	171,4	78,5	
1986 Sept.	114,5	99,5	127,1	121,3	102,9	85,9	110,8	129,8	70,4	135,1	111,6	115,3	255,5	93,4	
1986 Okt.	129,8	101,5	128,4	125,1	121,6	92,6	107,4	132,5	74,0	138,2	111,0	117,6	250,5	94,9	
1986 Nov.	116,0	97,9	133,3	120,5	100,2	93,3	110,9	139,0	72,4	138,8	112,6	112,8	261,4	94,2	
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt															
1983	91,1	88,0	108,9	99,2	86,6	89,7	92,6	107,8	95,0	98,2	87,4	92,5	133,9	91,3	
1984	89,9	92,7	119,2	104,3	90,9	83,9	92,9	107,1	83,0	105,7	90,9	97,1	172,2	91,5	
1985	96,2	89,9	120,6	112,0	97,7	81,7	99,5	119,6	87,3	118,6	99,8	102,3	214,1	91,4	
1985 Nov.	115,4	92,3	128,0	118,7	101,1	96,1	110,1	138,0	91,2	134,3	111,8	110,2	301,7	92,0	
1985 Dez.	92,6	76,5	103,5	98,5	82,7	112,1	124,6	107,5	72,8	120,7	102,4	94,3	249,9	74,9	
1986 Jan.	99,0	83,1	120,8	112,1	100,1	64,6	82,7	124,8	78,1	107,7	93,3	100,2	159,9	84,4	
1986 Febr.	95,0	87,0	126,6	124,4	107,9	69,4	99,6	138,0	85,6	126,5	111,2	109,2	227,4	95,7	
1986 März	91,4	88,0	120,1	119,8	105,7	69,3	102,7	122,2	80,5	123,9	106,5	105,7	226,6	91,5	
1986 April	112,4	100,8	127,2	125,1	113,5	80,6	111,6	144,2	88,5	131,3	113,0	116,7	248,3	99,6	
1986 Mai	97,1	94,3	128,5	117,4	103,2	77,8	100,1	129,0	84,4	122,0	102,0	106,3	207,5	92,9	
1986 Juni	121,0	99,1	130,3	117,3	105,5	86,8	112,4	134,2	91,5	127,7	108,7	114,1	233,9	90,2	
1986 Juli	96,5	87,3	121,6	90,8	93,8	76,5	102,1	108,7	59,6	113,5	94,2	101,7	199,1	81,7	
1986 Aug.	85,8	75,4	116,6	93,6	83,4	72,1	86,5	89,3	61,7	100,7	80,9	85,4	171,4	78,5	
1986 Sept.	114,5	99,5	127,1	121,3	102,9	85,9	110,8	129,8	70,4	135,1	111,6	115,3	255,5	93,4	
1986 Okt.	129,8	101,5	128,4	125,1	121,6	92,6	107,4	132,5	74,0	138,2	111,0	117,6	250,5	94,9	
1986 Nov.	116,0	97,9	133,3	120,5	100,2	93,3	110,9	139,0	72,4	138,8	112,6	112,8	261,4	94,2	
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt															
1983	91,1	88,0	108,9	99,2	86,6	89,7	92,6	107,8	95,0	98,2	87,4	92,5	133,9	91,3	
1984	89,9	92,7	119,2	104,3	90,9	83,9	92,9	107,1	83,0	105,7	90,9	97,1	172,2	91,5	
1985	96,2	89,9	120,6	112,0	97,7	81,7	99,5	119,6	87,3	118,6	99,8	102,3	214,1	91,4	
1985 Nov.	115,4	92,3	128,0	118,7	101,1	96,1	110,1	138,0	91,2	134,3	111,8	110,2	301,7	92,0	
1985 Dez.	92,6	76,5	103,5	98,5	82,7	112,1	124,6	107,5	72,8	120,7	102,4	94,3	249,9	74,9	
1986 Jan.	99,0	83,1	120,8	112,1	100,1	64,6	82,7	124,8	78,1	107,7	93,3	100,2	159,9	84,4	
1986 Febr.	95,0	87,0	126,6	124,4	107,9	69,4	99,6	138,0	85,6	126,5	111,2	109,2	227,4	95,7	
1986 März	91,4	88,0	120,1	119,8	105,7	69,3	102,7	122,2	80,5	123,9	106,5	105,7	226,6	91,5	
1986 April	112,4	100,8	127,2	125,1	113,5	80,6	111,6	144,2	88,5	131,3	113,0	116,7	248,3	99,6	
1986 Mai	97,1	94,3	128,5	117,4	103,2	77,8	100,1	129,0	84,4	122,0	102,0	106,3	207,5	92,9	
1986 Juni	121,0	99,1	130,3	117,3	105,5	86,8	112,4	134,2	91,5	127,7	108,7	114,1	233,9	90,2	
1986 Juli	96,5	87,3	121,6	90,8	93,8	76,5	102,1	108,7	59,6	113,5	94,2	101,7	199,1	81,7	
1986 Aug.	85,8	75,4	116,6	93,6	83,4	72,1	86,5	89,3	61,7	100,7	80,9	85,4	171,4	78,5	
1986 Sept.	114,5	99,5	127,1	121,3	102,9	85,9	110,8	129,8	70,4	135,1	111,6	115,3	255,5	93,4	
1986 Okt.	129,8	101,5	128,4	125,1	121,6	92,6	107,4	132,5	74,0	138,2	111,0	117,6	250,5	94,9	
1986 Nov.	116,0	97,9	133,3	120,5	100,2	93,3	110,9	139,0	72,4	138,8	112,6	112,8	261,4	94,2	
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt															
1983	91,1	88,0	108,9	99,2	86,6	89,7	92,6	107,8	95,0	98,2	87,4	92,5	133,9	91,3	
1984	89,9	92,7	119,2	104,3	90,9	83,9	92,9	107,1	83,0	105,7	90,9	97,1	172,2	91,5	
1985	96,2	89,9	120,6	112,0	97,7	81,7	99,5	119,6	87,3	118,6	99,8	102,3	214,1	91,4	
1985 Nov.	115,4	92,3	128,0	118,7	101,1	96,1	110,1	138,0	91,2	134,3	111,8	110,2	301,7	92,0	
1985 Dez.	92,6	76,5	103,5	98,5	82,7	112,1	124,6	107,5	72,8	120,7	102,4	94,3	249,9	74,9	
1986 Jan.	99,0	83,1	120,8	112,1	100,1	64,6	82,7	124,8	78,1	107,7	93,3	100,2	159,9	84,4	
1986 Febr.	95,0	87,0	126,6	124,4	107,9	69,4	99,6	138,0	85,6	126,5	111,2	109,2	227,4	95,7	
1986 März	91,4	88,0	120,1	119,8	105,7	69,3	102,7	122,2	80,5	123,9	106,5	105,7	226,6	91,5	
1986 April	112,4	100,8	127,2	125,1	113,5	80,6	111,6	144,2	88,5	131,3	113,0	116,7	248,3	99,6	
1986 Mai	97,1	94,3	128,5	117,4	103,2	77,8	100,1	129,0	84,4	122,0	102				

1) Einschl. Spielwaren, Schmuck, Fullhalter, Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen, Foto- und Filmfabriken

Geld und Kredit

Zum Aufsatz: „Aktienmarkt im Jahr 1986“

Kurs, Dividende und Rendite börsennotierter Stammaktien¹⁾

Stand am Jahresende

Wirtschaftsbereiche	Aktien- gesellschaften		Grundkapital		Darunter börsennotierte Stammaktien		Durchschnittswerte									
							Kurs		Dividende				Rendite			
									mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne
									Steuergrundschrift 2)							
	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986
	Anzahl		Mill. DM				DM/100 DM–Stück						%			
Energie- und Wasserver- sorgung, Bergbau	32	33	7 102	7 756	4 988	5 617	433,76	453,24	21,40	13,69	19,58	12,53	4,93	3,16	4,32	2,76
Energie-3) und Wasserver- sorgung	26	27	6 643	7 291	4 678	5 301	434,81	459,01	21,81	13,96	19,91	12,74	5,02	3,21	4,34	2,78
Bergbau	6	6	459	465	310	316	417,89	356,45	15,21	9,74	14,00	8,96	3,64	2,33	3,93	2,51
Verarbeitende Industrie	277	286	34 363	36 708	30 657	32 710	783,58	807,38	21,96	14,05	26,37	16,88	2,80	1,79	3,27	2,09
Chemische Industrie	24	25	12 086	12 959	11 687	12 604	602,54	626,14	27,48	17,59	29,80	19,07	4,56	2,92	4,76	3,05
Großchemie	3	3	7 752	8 401	7 752	8 401	553,61	576,24	28,13	18,00	31,25	20,00	5,08	3,25	5,42	3,47
Sonstige chemische Industrie	21	22	4 334	4 558	3 934	4 203	698,95	725,90	26,20	16,77	26,91	17,22	3,75	2,40	3,71	2,37
Kunststoff- und gummiver- arbeitende Industrie	7	7	502	517	471	498	347,06	662,24	12,46	7,97	17,30	11,08	3,59	2,30	2,61	1,67
Zementindustrie	5	4	274	275	229	230	625,23	1 021,49	23,06	14,76	20,38	13,04	3,69	2,36	2,00	1,28
Industrie der Steine und Erden	8	8	199	202	195	197	593,11	645,78	13,17	8,43	13,80	8,83	2,22	1,42	2,14	1,37
Feinkeramische- und Glas- industrie	13	14	604	645	457	498	408,94	506,19	13,74	8,79	16,39	10,49	3,36	2,15	3,24	2,07
Eisen- und Stahlindustrie	12	12	4 137	4 243	3 590	3 703	403,77	274,47	4,67	2,99	15,28	9,78	1,16	0,74	5,57	3,56
NE-Metallindustrie	6	6	823	823	799	799	529,68	442,36	15,57	9,96	20,77	13,29	2,94	1,88	4,70	3,01
Maschinenbau 4)	49	50	3 758	3 619	3 171	3 151	569,33	531,40	14,95	9,57	17,93	11,48	2,63	1,68	3,37	2,16
Straßenfahrzeugbau	8	8	4 886	5 861	4 014	4 636	1 726,25	1 720,86	26,34	16,86	38,00	24,32	1,53	0,98	2,21	1,41
Schiffbau	5	4	162	266	145	266	255,90	216,66	0,17	0,11	X	X	0,07	0,04	X	X
Elektrotechnische Industrie Feinmechanische und optische Industrie	21	27	4 639	4 837	3 890	4 033	1 201,70	1 299,54	29,14	18,65	28,68	18,35	2,42	1,55	2,21	1,41
EBM-, Spiel- und Schmuck- warenindustrie	6	6	65	66	56	57	575,42	627,99	21,69	13,88	34,70	22,21	3,77	2,41	5,53	3,54
Holz-, Papier- und Druckereindustrie	14	13	329	384	212	211	379,19	392,07	15,50	9,92	13,46	8,61	4,09	2,62	3,43	2,20
Leder-, Textil- und Beklei- dungsindustrie	15	16	483	523	426	446	318,83	479,68	13,70	8,77	16,10	10,30	4,30	2,75	3,36	2,15
dar. Textil- und Beklei- dungsindustrie	29	30	555	590	482	516	439,99	493,89	17,61	11,27	18,17	11,63	4,00	2,56	3,68	2,36
Brauereien	27	28	477	505	404	431	418,54	462,22	15,84	10,14	17,53	11,22	3,78	2,42	3,79	2,43
Ernährungsindustrie (ohne Brauereien)	41	41	644	653	617	626	745,48	801,90	19,91	12,74	20,53	13,14	2,67	1,71	2,56	1,64
Bauindustrie	14	15	217	245	216	239	608,39	685,25	24,29	15,55	29,48	18,87	3,99	2,56	4,30	2,75
Industrie zusammen	6	7	499	519	499	507	981,21	1 182,28	30,80	19,71	27,95	17,89	3,14	2,01	2,36	1,51
dar. Grundstoffindustrie	315	326	41 965	44 983	36 144	38 834	738,03	761,05	22,00	14,08	25,41	16,26	2,98	1,91	3,34	2,14
Investitionsgüterindustrie	64	65	17 888	18 909	16 862	17 914	551,09	547,88	21,54	13,79	25,88	16,56	3,91	2,50	4,72	3,02
Verbrauchsgüterindustrie	103	108	13 829	15 024	11 478	12 344	1 181,39	1 220,87	23,62	15,11	28,61	18,31	2,00	1,28	2,34	1,50
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie	55	57	1 786	1 877	1 484	1 586	389,70	540,89	14,38	9,20	16,30	10,43	3,69	2,36	3,01	1,93
Sonstige Wirtschaftsbereiche Warenhausunternehmen	55	56	861	898	833	866	709,99	769,67	21,05	13,47	23,00	14,72	2,96	1,90	2,99	1,91
Handel (ohne Warenhaus- unternehmen)	136	141	12 169	13 250	10 986	11 924	1 566,13	1 548,43	26,14	16,74	27,60	17,67	1,67	1,07	1,78	1,14
Verkehr	3	3	940	952	940	952	610,15	861,95	18,83	12,05	16,13	10,33	3,09	1,98	1,87	1,20
dar. Eisenbahnen, Straßen- verkehr, Luftfahrt	15	17	592	775	373	544	597,11	1 036,96	16,83	10,77	15,69	10,04	2,82	1,80	1,51	0,97
Schiffahrt	21	21	1 459	1 468	1 092	1 103	412,04	331,09	12,54	8,10	10,55	6,83	3,04	1,97	3,19	2,06
Kreditbanken	11	11	1 250	1 250	897	897	434,41	340,90	12,64	8,18	9,89	6,42	2,91	1,88	2,90	1,88
Großbanken	6	6	167	175	157	168	286,58	267,95	10,60	6,78	11,33	7,25	3,70	2,37	4,23	2,71
Kreditbanken (ohne Groß- banken)	20	20	6 110	6 588	5 789	6 260	1 143,40	1 058,20	29,35	18,78	32,69	20,92	2,57	1,64	3,09	1,98
Hypothekendarlehen	3	3	3 637	3 911	3 637	3 911	1 290,99	1 107,51	28,52	18,26	32,20	20,61	2,21	1,41	2,91	1,86
Versicherungsgewerbe	17	17	2 473	2 677	2 152	2 350	893,97	976,12	30,75	19,68	33,50	21,44	3,44	2,20	3,43	2,20
Ubrige	14	14	620	663	607	644	1 011,79	1 284,86	32,16	20,58	32,93	21,07	3,18	2,03	2,56	1,64
Insgesamt	25	25	1 843	1 984	1 713	1 840	4 896,58	4 791,64	30,95	19,81	30,60	19,59	0,63	0,40	0,64	0,41
dar. Meistgehandelte Werte ⁵⁾	38	41	606	818	472	580	715,53	766,52	15,01	9,61	19,65	12,58	2,10	1,34	2,56	1,64
Publikumsgesell- schaften ⁶⁾	451	467	54 133	58 233	47 130	50 758	931,06	946,02	22,97	14,70	25,92	16,59	2,47	1,58	2,74	1,75
Nebenwerte ⁷⁾	30	30	31 049	33 852	29 011	31 015	868,52	856,89	24,95	15,97	29,06	18,60	2,87	1,84	3,39	2,17
Volksaktien	94	97	43 001	46 178	38 263	41 139	913,77	930,85	23,95	15,33	27,37	17,52	2,62	1,68	2,94	1,88
Finanzieller Sektor ⁸⁾	357	370	11 132	12 054	8 867	9 619	1 005,63	1 010,88	18,75	12,01	19,73	12,64	1,86	1,19	1,95	1,25
Nichtfinanzieller Sektor	3	3	3 574	3 883	3 277	3 282	725,78	667,08	23,55	15,07	30,49	19,51	3,24	2,08	4,57	2,92
Aktien mit Dividende	59	59	8 573	9 236	8 108	8 745	1 926,53	1 860,44	29,90	19,14	32,27	20,65	1,55	0,99	1,73	1,11
Aktien ohne Dividende	392	408	45 560	48 997	39 022	42 013	724,20	755,69	21,53	13,78	24,60	15,75	2,97	1,90	3,26	2,08
	351	364	47 173	52 457	41 622	46 452	1 001,81	991,06	26,01	16,65	28,33	18,13	2,60	1,66	2,86	1,83
	100	103	6 960	5 776	5 508	4 306	396,40	460,08	X	X	X	X	X	X	X	X

Siehe auch Fachserie 9, Reihe 2

1) Stammaktien von Gesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet, die im amtlichen Handel und geregelten Freiverkehr notiert werden – 2) Getrennter Nachweis aufgrund der Körperschaftsteuerreform – 3) Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung – 4) Einschl. Büromaschinen sowie Stahl- und Leichtmetallbau – 5) 30 Aktiengesellschaften mit Veröffentlichungen der Umsätze – 6) Große Aktiengesellschaften mit breitgestreuten Aktien – 7) Börsennotierte Aktiengesellschaften, die nicht Publikumsgesellschaften sind – 8) Kredit- und Hypothekendarlehen sowie Versicherungsgewerbe

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern

Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte ¹⁾								Einnahmen der öffentlichen Haushalte ¹⁾					
	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv. 2)	ins- gesamt ²⁾	darunter		Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv. 2)	ins- gesamt ²⁾
							Personal- aus- gaben	Bau- maß- nahmen						
1982	246 617	1 953	3 474	224 210	153 048	548 184	177 244	40 957	208 938	1 933	3 036	199 642	145 779	478 209
1983	248 720	1 815	4 261	228 287	151 651	555 458	182 143	37 727	216 781	1 813	3 608	206 901	150 315	500 140
1984	253 851	1 692	4 482	234 296	154 710	568 012	184 945	36 278	225 204	1 680	3 725	216 062	155 830	521 481
1985	258 745	1 517	4 355	241 780	162 591	585 912	190 682	36 926	235 979	1 497	4 261	225 711	163 452	547 822
1985 1. Vj . .	72 717	490	1 216	56 245	30 736	142 810	44 909	4 825	50 586	431	1 275	51 008	30 039	114 745
2. Vj . .	61 684 _r	381	870	54 514 _r	32 999	130 896 _r	39 909	7 210	58 744	374	843	51 923 _r	33 849	126 183 _r
3. Vj . .	59 395 _r	375	1 029	56 448 _r	35 363 _r	132 067 _r	40 298	9 809	61 861 _r	380	1 261	54 384 _r	36 021	133 365 _r
4. Vj . .	64 949	271	1 240	66 721	44 318	154 569	46 784	13 269	64 788	312	882	60 592	44 407	148 051
1986 1. Vj . .	68 628	447	1 027	58 585	32 506	142 075	45 764	4 936	51 322	403	1 305	53 274	30 451	117 636
2. Vj . .	63 125	347	968	56 891	35 027	136 735	42 366	7 765	64 433	339	376	53 956	35 671	135 151
3. Vj . .	63 513	343	1 201	58 782	37 553	140 489	42 350	10 592	58 663	352	1 977	56 253	37 701	134 042

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme ^{3) 4)}						Fundierte Schulden ^{4) 5)}						
	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv.	ins- gesamt	Bund ⁶⁾		ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv.	ins- gesamt	
							zusammen	dar : Lasten- ausgleichs- fonds					
1982	+ 37 174	—	+	559	+ 24 026	+ 6 447	+ 68 206	308 476,7	2 339,4	5 226,0	187 185,2	97 245,5	598 133,5
1983	+ 31 475	—	+	368	+ 21 637	+ 2 684	+ 56 165	341 636,4	1 831,8	5 592,0	209 991,1	99 932,6	657 152,1
1984	+ 28 305	—	+	865	+ 19 381	+ 1 238	+ 49 789	365 532,0	1 646,7	6 458,0	229 224,7	101 155,9	702 370,6
1985	+ 22 386	—	—	174	+ 15 855	+ 1 125	+ 39 192	392 355,3	1 574,0	6 287,0	246 268,4	102 048,1	746 958,8
1985 1. Vj . .	+ 9 599	—	+	10	— 1 000	+ 189	+ 8 798	377 380,0	1 628,4	6 468,0	230 463,3	101 354,8	715 666,1
2. Vj . .	+ 13 169	—	—	185	+ 3 655	— 128	+ 16 511 _r	384 332,7	1 656,4	6 285,0	233 712,9	101 148,0	725 478,6
3. Vj . .	+ 51	—	—	+	3 531	+ 742	+ 4 324 _r	387 287,0	1 643,6	6 285,0	237 397,2	101 879,5	732 848,7
4. Vj . .	— 432	—	—	+	9 629	+ 347	+ 9 545	392 355,3	1 574,0	6 287,0	246 368,1	102 159,3	747 169,6
1986 1. Vj . .	+ 13 016	—	+	58	— 169	+ 565	+ 13 469	398 195,2	1 585,9	6 345,0	248 568,3	102 639,2 _r	755 747,7 _r
2. Vj . .	+ 970	—	—	195	+ 667	+ 219	+ 1 661	397 597,6	1 619,5	6 152,0	249 180,3	102 913,4	755 843,3 _r
3. Vj . .	+ 4 965	—	—	132	+ 3 728	+ 432	+ 8 994	403 464,5	1 620,2	6 020,3	252 878,0	103 322,1	765 684,9

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern									
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer (E u. K.) 100 %	Gewerbe- steuer- umlage ⁷⁾	Gewerbe- steuer, netto	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer ⁸⁾	(Zuschlag zur) Grund- erwerb- steuer	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt ⁹⁾	darunter Stadt- staaten ¹⁰⁾
	A	B								
1983	431,1	6 336,1	26 184,4	— 4 358,4	21 826,0	23 494,4	1 214,9	494,2	53 796,8	4 258,1
1984	435,3	6 667,5	28 320,1	— 4 146,0	24 174,1	24 297,1	967,6	560,2	57 101,8	4 486,5
1985	439,5	6 926,4	30 758,5	— 4 508,3	26 250,2	26 340,2	903,3	593,5	61 453,1	5 102,1
1984 4. Vj . .	108,0	1 426,8	7 244,5	— 1 971,6	5 272,9	11 760,0	189,3	106,6	18 863,6	1 144,4
1985 1. Vj . .	103,2	1 600,4	7 449,0	— 106,8	7 342,1	1 512,5	240,2	180,4	10 978,9	1 242,2
2. Vj . .	109,5	1 827,3	7 576,7	— 1 091,3	6 485,4	6 116,3	219,0	158,1	14 915,6	1 206,7
3. Vj . .	116,1	2 033,1	7 632,4	— 1 112,3	6 520,1	5 856,2	209,4	138,7	14 873,6	1 272,4
4. Vj . .	110,7	1 465,6	8 100,4	— 2 197,9	5 902,5	12 855,2	234,7	116,2	20 685,0	1 380,9
1986 1. Vj . .	102,9	1 650,0	7 476,9	— 92,1	7 384,8	1 575,3	239,6	181,6	11 134,0	1 198,0
2. Vj . .	107,5	1 974,6	7 951,1	— 1 082,1	6 869,0	6 327,9	216,5	167,7	15 663,2	1 220,5
3. Vj . .	118,1	2 040,5	8 232,7	— 1 165,9	7 066,8	6 000,3	214,7	144,0	15 584,3	1 255,9

1) Bis einschl. 1984 Ergebnisse der Jahresrechnungssstatistik ab 1985 kumulierte Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik, kommunale und staatliche Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen bis 1985 in den Jahresdaten (z. T. schätzungsweise) enthalten, in den Vierteljahresdaten nicht Erläuterungen zu den Ausgabe-/Einnahmearten siehe Fachserie 14, Reihe 3.1, Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts und Reihe 2, Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte — 2) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene — 3) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (—) von Kreditmarktmitteln — 4) Ohne Schulden (Aufnahme/Tilgung) bei Verwaltungen und Innere Darlehen — 5) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums — 6) Einschl. der ab 1.1.1980 mitübernommenen LAF-Schulden — 7) An Bund/Länder abgeführt — 8) Soweit den Gemeinden zugeflossen — 9) Nach der Steuerverteilung — 10) Nur gemeindlicher Bereich

Zum Aufsatz: „Finanzplanung von Bund und Ländern“

Finanzplanung der Länder¹⁾

Mill. DM

Länder	Jahr	Ausgaben ²⁾					Einnahmen ²⁾		Finanzierungs-saldo	Netto-kredit-auf-nahme
		insgesamt	darunter				insgesamt	darunter Steuern und steuer-ähnliche Abgaben		
			Personal-aus-gaben	laufender Sach-aufwand	Zins-aus-gaben	Sach-investi-tionen				
Schleswig-Holstein	1986	9 628	3 815	735	1 070	493	8 717	6 103	— 911	922
	1987	10 079	4 002	758	1 097	552	9 101	6 489	— 978	889
	1988	10 385	4 121	774	1 164	553	9 420	6 754	— 965	971
	1989	10 691	4 263	772	1 233	592	9 808	7 123	— 883	889
	1990	11 016	4 410	773	1 316	603	10 213	7 504	— 803	809
Niedersachsen	1986	27 427	11 305	2 010	2 270	770	25 241	16 998	— 2 186	1 799
	1987	27 910	11 675	2 017	2 415	837	25 545	17 876	— 2 365	2 057
	1988	28 506	12 135	2 015	2 512	825	26 362	18 603	— 2 144	1 907
	1989	29 125	12 694	2 042	2 606	693	27 407	19 545	— 1 718	1 708
	1990	29 975	13 278	2 086	2 729	667	28 507	20 592	— 1 468	1 457
Nordrhein-Westfalen	1986	57 726	22 796	4 136	6 206	965	51 008	43 493	— 6 718	6 718
	1987	59 794	23 727	4 180	6 563	968	54 275	46 505	— 5 519	5 513
	1988	60 874	24 530	5 219	6 893	865	56 389	48 212	— 4 485	4 486
	1989	62 526	25 357	5 283	7 232	717	59 412	51 040	— 3 114	3 113
	1990	64 587	26 214	5 446	7 475	653	62 654	54 053	— 1 933	1 933
Hessen	1986	20 473	8 558	1 464	1 574	956	18 705	15 496	— 1 768	1 620
	1987	21 177	8 917	1 532	1 601	961	19 971	16 650	— 1 206	1 200
	1988	22 180	9 268	1 579	1 662	988	21 031	17 648	— 1 149	1 150
	1989	22 932	9 614	1 610	1 754	987	22 033	18 675	— 899	900
	1990	23 697	9 973	1 643	1 802	993	23 068	19 718	— 629	630
Rheinland-Pfalz ³⁾	1986	13 473	5 501	922	1 296	622	12 224	8 768	— 1 249	1 237
	1987	13 843	5 621	951	1 331	650	12 762	9 229	— 1 081	1 062
Baden-Württemberg	1986	34 909	14 461	2 238	2 254	1 437	34 055	26 984	— 854	849
	1987	36 515	15 115	2 445	2 224	1 483	35 336	28 454	— 1 179	990
	1988	37 538	15 686	2 516	2 289	1 470	36 588	29 684	— 950	950
	1989	38 937	16 180	2 577	2 462	1 516	38 337	31 322	— 600	600
	1990	40 642	16 691	2 688	2 525	1 702	40 092	32 995	— 550	550
Saarland	1986	4 377	1 733	466	624	168	3 625	2 426	— 752	751
	1987	4 568	1 791	470	665	185	3 816	2 580	— 752	750
	1988	4 705	1 845	474	698	216	3 823	2 667	— 882	880
	1989	4 825	1 900	486	774	175	3 978	2 817	— 847	846
	1990	4 949	1 957	496	846	169	4 148	2 966	— 801	800
Hamburg	1986	12 672	5 281	2 122	1 163	1 042	11 436	8 786	— 1 236	1 161
	1987	13 189	5 500	2 206	1 226	1 019	11 873	9 132	— 1 316	1 199
	1988	13 547	5 692	2 310	1 307	849	12 124	9 349	— 1 423	1 150
	1989	13 948	5 890	2 405	1 407	821	12 523	9 711	— 1 425	1 063
	1990	14 485	6 096	2 511	1 504	870	12 935	10 083	— 1 550	1 081
Bremen	1986	5 075	2 161	762	835	352	4 253	2 681	— 822	826
	1987	5 496	2 229	797	844	566	4 924	2 843	— 572	575
	1988	5 586	2 270	809	866	469	5 156	2 938	— 430	410
	1989	5 658	2 312	813	884	494	5 289	3 029	— 369	351
	1990	5 713	2 370	820	892	471	5 468	3 148	— 245	221
Berlin (West)	1986	21 207	7 196	4 968	762	1 097	20 541	5 642	— 666	650
	1987	21 771	7 450	5 089	773	1 208	21 102	5 803	— 669	615
	1988	22 221	7 690	5 186	822	1 312	21 609	5 953	— 612	550
	1989	22 786	7 960	5 275	862	1 447	22 276	6 303	— 510	500
	1990	23 505	8 240	5 367	897	1 577	23 048	6 672	— 457	450

1) Ohne Bayern – 2) Bereinigte Ausgaben / bereinigte Einnahmen – 3) Doppelhaushalt 1986 / 87 einschl. Nachtragshaushalt

Löhne und Gehälter

Zum Aufsatz: „Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe“
**Kosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer¹⁾ im Groß- und Einzelhandel und
im Bank- und Versicherungsgewerbe nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**
Unternehmen mit 10 Arbeitnehmern und mehr²⁾

Wirtschaftszweig	Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer					
	1984	1981	1978	Zunahme 1984 gegenüber 1981	Zunahme 1981 gegenüber 1978	Zunahme 1984 gegenüber 1978
	DM			%		
Großhandel ³⁾	49 294	43 143	34 975	14,3	23,4	40,9
Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und mit Halbwaren	47 263	40 387	34 814	17,0	16,0	35,8
Brennstoffen, Erzen und technischen Chemikalien	58 863	53 529	42 564	10,0	25,8	38,3
Holz- und Baustoffen	47 996	42 923	34 932	11,8	22,9	37,4
Maschinen, technischem Bedarf und Fahrzeugen	54 100	47 687	38 852	13,4	22,7	39,2
Möbeln, Einrichtungs- und Haushalts- gegenständen, Eisen- und Metall- waren	49 200	42 380	33 782	16,1	25,5	45,6
Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	42 127	37 917	31 850	11,1	19,0	32,3
Nahrungs- und Genußmitteln	43 272	37 488	31 341	15,4	19,6	38,1
pharmazeutischen, medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln .	52 227	41 989	32 153	24,4	30,6	62,4
Einzelhandel ⁴⁾	39 422	33 579	29 450	17,4	14,0	33,9
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln	36 305	30 398	26 465	19,4	14,9	37,2
medizinischen, kosmetischen und Reini- gungsmitteln (einschl. Apotheken) . .	38 270	31 606	26 915	21,1	17,4	42,2
Bekleidung	40 616	32 561	28 530	24,7	14,1	42,4
Schuhen und Lederwaren	36 737	30 605	26 734	20,0	14,5	37,4
Heimtextilien	40 227	34 032	27 915	18,2	21,9	44,1
Einrichtungsgegenständen und Haus- haltsartikeln	43 569	37 921	32 320	14,9	17,3	34,8
Büchern, Zeitungen, Papierwaren, Büro- bedarf	42 685	35 025	31 595	21,9	10,9	35,1
Sortiments Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Lebensmittel	41 799	35 915	31 501	16,4	14,0	32,7
Bankgewerbe	61 715	53 413	45 307	15,5	17,9	36,2
Kreditbanken	66 810	60 061	.	11,2	.	.
Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)	59 679	49 511	.	20,5	.	.
Genossenschaftliche Kreditinstitute . . .	56 325	48 223	.	16,8	.	.
Realkreditinstitute	71 043	63 693	.	11,5	.	.
Teilzahlungs- und sonstige Kredit- institute	69 577	58 488	.	19,0	.	.
Versicherungsgewerbe	66 847	57 203	47 816	16,9	19,6	39,8
Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen	64 089	53 823	.	19,1	.	.
Schaden- und Unfallversicherung	69 892	58 469	.	19,5	.	.
Rückversicherung	81 594	67 904	.	20,2	.	.

1) Ohne Auszubildende; Teilzeitbeschäftigte wurden im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet — 2) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende. —
3) Ohne Rückgewinnung — 4) Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie Kraft- und Schmierstoffen

Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeit im Bank- und Versicherungsgewerbe

Lfd. Nr	Kostenart	Großhandel ²⁾					Einzelhandel ³⁾				
		1978	1981	1984	Veränderung 1984 gegenüber		1978	1981	1984	Veränderung 1984 gegenüber	
					1981	1978				1981	1978
DM			%		DM			%			
Unternehmen mit 10 Arbeit											
1	Arbeitskosten insgesamt	34 975	43 143	49 294	+ 14,3	+ 40,9	29 450	33 579	39 422	+ 17,4	+ 33,9
2	Entgelt für geleistete Arbeit ⁵⁾	22 161	26 627	30 092	+ 13,0	+ 35,8	18 165	20 238	23 495	+ 16,1	+ 29,3
3	Personalnebenkosten insgesamt	12 814	16 516	19 202	+ 16,3	+ 49,9	11 285	13 341	15 927	+ 19,4	+ 41,1
4	Gesetzliche Personalnebenkosten ⁶⁾	6 444	7 912	9 055	+ 14,4	+ 40,5	5 544	6 346	7 395	+ 16,5	+ 33,4
5	Sonderzahlungen insgesamt ⁷⁾	2 379	3 106	3 516	+ 13,2	+ 47,8	1 981	2 332	2 731	+ 17,1	+ 37,9
6	Gratifikationen	1 612	1 974	2 262	+ 14,6	+ 40,3	1 273	1 488	1 661	+ 11,6	+ 30,5
7	Urlaubsgeld	518	742	805	+ 8,5	+ 55,4	557	584	786	+ 34,6	+ 41,1
8	Vermögenswirksame Leistungen	249	390	449	+ 15,1	+ 80,3	151	261	285	+ 9,2	+ 88,7
9	Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	4 285	5 630	6 395	+ 13,6	+ 49,2	3 743	4 538	5 323	+ 17,3	+ 42,2
10	Urlaubsvergütung	2 424	3 220	3 909	+ 21,4	+ 61,3	2 055	2 553	3 291	+ 28,9	+ 60,1
11	Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	750	1 059	998	- 5,8	+ 33,1	757	937	942	+ 0,5	+ 24,4
12	Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 111	1 351	1 487	+ 10,1	+ 33,8	930	1 048	1 091	+ 4,1	+ 17,3
13	Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	4 550	5 467	6 524	+ 19,3	+ 43,4	3 819	4 330	5 312	+ 22,7	+ 39,1
14	Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	710	1 038	1 210	+ 16,6	+ 70,4	530	543	688	+ 26,7	+ 29,8
15	dar: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ⁸⁾	312	474	545	+ 15,0	+ 74,7	266	252	287	+ 13,9	+ 7,9
16	Aufwendungen für die berufliche Bildung	496	687	804	+ 17,0	+ 62,1	769	1 080	1 311	+ 21,4	+ 70,5
17	Übrige Personalnebenkosten	393	588	753	+ 28,1	+ 91,6	442	518	560	+ 8,1	+ 26,7
18	Löhne und Gehälter ⁹⁾	28 825	35 364	40 003	+ 13,1	+ 38,8	23 889	27 108	31 550	+ 16,4	+ 32,1
Unternehmen mit 10											
19	Arbeitskosten insgesamt	33 229	40 649	46 695	+ 14,9	+ 40,5	27 036	30 473	37 084	+ 21,7	+ 37,2
20	Entgelt für geleistete Arbeit ⁵⁾	21 684	26 024	29 590	+ 13,7	+ 36,5	17 547	19 393	23 028	+ 18,7	+ 31,2
21	Personalnebenkosten insgesamt	11 545	14 624	17 105	+ 17,0	+ 48,2	9 489	11 079	14 056	+ 26,9	+ 48,1
22	Gesetzliche Personalnebenkosten ⁶⁾	6 103	7 401	8 592	+ 16,1	+ 40,8	4 925	5 477	6 728	+ 22,8	+ 36,6
23	Sonderzahlungen insgesamt ⁷⁾	2 067	2 653	2 908	+ 9,6	+ 40,7	1 381	1 528	2 059	+ 34,8	+ 49,1
24	Gratifikationen	1 370	1 718	1 780	+ 3,6	+ 29,9	747	802	1 050	+ 30,9	+ 40,6
25	Urlaubsgeld	455	574	714	+ 24,4	+ 56,9	436	446	689	+ 54,5	+ 58,0
26	Vermögenswirksame Leistungen	241	361	414	+ 14,7	+ 71,8	198	281	320	+ 13,9	+ 61,6
27	Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	3 994	5 087	6 010	+ 18,1	+ 50,5	3 274	3 781	4 678	+ 23,7	+ 42,9
28	Urlaubsvergütung	2 342	3 029	3 755	+ 24,0	+ 60,3	1 949	2 279	2 990	+ 31,2	+ 53,4
29	Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	591	803	845	+ 5,2	+ 43,0	448	568	631	+ 11,1	+ 40,8
30	Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 061	1 255	1 409	+ 12,3	+ 32,8	876	934	1 057	+ 13,2	+ 20,7
31	Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	4 422	5 298	6 292	+ 18,8	+ 42,3	3 578	3 943	4 992	+ 26,6	+ 39,5
32	Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	296	412	555	+ 34,7	+ 87,5	88	132	192	+ 45,5	+118,2
33	dar: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ⁸⁾	72	139	199	+ 43,2	+176,4	13	23	27	+ 17,4	+107,7
34	Aufwendungen für die berufliche Bildung	487	764	849	+ 11,1	+ 74,3	1 006	1 519	1 871	+ 23,2	+ 86,0
35	Übrige Personalnebenkosten	279	410	490	+ 19,5	+ 75,6	162	176	263	+ 49,4	+ 62,3
36	Löhne und Gehälter ⁹⁾	27 744	33 764	38 508	+ 14,1	+ 38,8	22 202	24 702	29 765	+ 20,5	+ 34,1
Unternehmen mit 1 000											
37	Arbeitskosten insgesamt	38 260	49 608	54 625	+ 10,1	+ 42,8	31 671	35 728	41 122	+ 15,1	+ 29,8
38	Entgelt für geleistete Arbeit ⁵⁾	22 811	28 131	31 241	+ 11,1	+ 37,0	18 560	20 272	23 318	+ 15,0	+ 25,6
39	Personalnebenkosten insgesamt	15 449	21 477	23 384	+ 8,9	+ 51,4	13 112	15 456	17 804	+ 15,2	+ 35,8
40	Gesetzliche Personalnebenkosten ⁶⁾	6 827	8 765	9 623	+ 9,8	+ 41,0	6 005	6 844	7 779	+ 13,7	+ 29,5
41	Sonderzahlungen insgesamt ⁷⁾	3 037	4 315	4 497	+ 4,2	+ 48,1	2 597	3 151	3 374	+ 7,1	+ 29,9
42	Gratifikationen	2 192	2 719	3 121	+ 14,8	+ 42,4	1 831	2 288	2 297	+ 0,4	+ 25,5
43	Urlaubsgeld	552	1 163	879	- 24,4	+ 59,2	634	616	812	+ 31,8	+ 28,1
44	Vermögenswirksame Leistungen	293	433	497	+ 14,8	+ 69,6	133	248	265	+ 6,9	+ 99,2
45	Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	4 591	6 603	6 952	+ 5,3	+ 51,4	4 077	5 009	5 766	+ 15,1	+ 41,4
46	Urlaubsvergütung	2 545	3 588	4 236	+ 18,1	+ 66,4	2 123	2 694	3 501	+ 30,0	+ 64,9
47	Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	841	1 433	1 087	- 24,1	+ 29,3	978	1 193	1 178	- 1,3	+ 20,5
48	Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 204	1 582	1 630	+ 3,0	+ 35,4	977	1 122	1 086	- 3,2	+ 11,2
49	Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	4 751	5 742	6 882	+ 19,9	+ 44,9	4 006	4 507	5 466	+ 21,3	+ 36,4
50	Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	1 751	2 829	2 871	+ 1,5	+ 64,0	989	1 013	1 180	+ 16,5	+ 19,3
51	dar: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ⁸⁾	788	1 300	1 276	- 1,8	+ 61,9	543	533	528	- 0,9	- 2,8
52	Aufwendungen für die berufliche Bildung	686	761	874	+ 14,8	+ 27,4	695	871	1 148	+ 31,8	+ 65,2
53	Übrige Personalnebenkosten	633	1 227	1 308	+ 6,6	+106,6	747	905	870	- 3,9	+ 16,5
54	Löhne und Gehälter ⁹⁾	30 439	39 049	42 690	+ 9,3	+ 40,2	25 234	28 432	32 457	+ 14,2	+ 28,6

1) Ohne Auszubildende; Teilzeitbeschäftigte wurde im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet — 2) Ohne Rückgewinnung — 3) Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen — 4) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende — 5) Laufend gezahltes Entgelt für die geleistete Arbeitszeit (Jahreslohn- und -gehaltssumme vermindert um die Sonderzahlungen, die Vergütung arbeitsfreier Tage sowie soziale Bestandteile, wie z B Verheiraten- und Kinderzuschläge)

nehmer¹⁾ im Groß- und Einzelhandel, sowie im Produzierenden Gewerbe

Bankgewerbe					Versicherungsgewerbe					Produzierendes Gewerbe					Lfd. Nr
1978	1981	1984	Veränderung 1984 gegenüber		1978	1981	1984	Veränderung 1984 gegenüber		1978	1981	1984	Veränderung 1984 gegenüber		
			1981	1978				1981	1978				1981	1978	
DM			%		DM			%		DM			%		

nehmern⁴⁾ und mehr

45 307	53 413	61 715	+	15,5	+	36,2	47 816	57 203	66 847	+	16,9	+	39,8	38 444	46 728	53 987	+	15,5	+	40,4	1
23 484	27 360	31 413	+	14,8	+	33,8	25 962	29 719	34 410	+	15,8	+	32,5	22 603	26 630	30 131	+	13,1	+	33,3	2
21 822	26 053	30 301	+	16,3	+	38,9	21 854	27 484	32 437	+	18,0	+	48,4	15 840	20 099	23 857	+	18,7	+	50,6	3
7 410	8 873	10 366	+	16,8	+	39,9	8 231	10 034	11 447	+	14,1	+	39,1	7 593	9 195	10 436	+	13,5	+	37,4	4
5 362	6 315	7 273	+	15,2	+	35,6	5 403	6 442	7 569	+	17,5	+	40,1	3 059	3 965	4 643	+	17,1	+	51,8	5
4 661	5 535	6 433	+	16,2	+	38,0	4 034	4 566	5 254	+	15,1	+	30,2	1 733	2 227	2 696	+	21,1	+	55,6	6
237	296	332	+	12,2	+	40,1	790	1 274	1 730	+	35,8	+	119,0	918	1 247	1 450	+	16,3	+	58,0	7
465	484	507	+	4,8	+	9,0	579	602	684	—	3,0	+	0,9	407	491	496	+	1,0	+	21,9	8
5 341	6 708	7 489	+	11,6	+	40,2	6 184	7 596	8 503	+	11,9	+	37,5	5 249	6 594	7 247	+	9,9	+	38,1	9
2 916	3 765	4 436	+	17,8	+	52,1	3 407	4 212	4 876	+	15,8	+	43,1	2 760	3 663	4 229	+	15,5	+	53,2	10
1 114	1 334	1 279	—	4,1	+	14,8	1 271	1 589	1 492	—	6,1	+	17,4	1 286	1 459	1 433	—	1,8	+	11,4	11
1 311	1 609	1 774	+	10,3	+	35,3	1 506	1 795	2 135	+	18,9	+	41,8	1 202	1 472	1 585	+	7,7	+	31,9	12
4 967	5 910	7 259	+	22,8	+	46,1	5 439	6 599	7 752	+	17,5	+	42,5	5 009	6 143	7 299	+	18,8	+	45,7	13
4 092	4 055	4 550	+	12,2	+	11,2	3 333	4 474	5 798	+	29,6	+	74,0	1 234	1 609	2 357	+	46,5	+	91,0	14
1 937	1 632	1 774	+	8,7	—	8,4	1 437	1 948	2 839	+	45,7	+	97,6	584	721	1 197	+	66,0	+	105,0	15
980	1 422	1 890	+	32,9	+	92,9	550	949	1 177	+	24,0	+	114,0	486	682	854	+	25,2	+	75,7	16
1 081	1 644	1 840	+	11,9	+	70,2	944	1 423	1 639	+	15,2	+	73,6	804	1 106	1 457	+	31,7	+	81,2	17
34 187	40 383	46 175	+	14,3	+	35,1	37 549	43 758	50 481	+	15,4	+	34,4	30 911	37 188	42 020	+	13,0	+	35,9	18

bis 49 Arbeitnehmern⁴⁾

39 284	47 434	56 099	+	18,3	+	42,8	48 132	55 396	67 964	+	22,7	+	41,2	32 175	38 141	43 687	+	14,5	+	35,8	19
22 650	27 120	31 394	+	15,8	+	38,6	26 911	29 772	36 640	+	23,1	+	36,2	20 285	23 426	26 515	+	13,2	+	30,7	20
16 635	20 314	24 705	+	21,6	+	48,5	21 221	25 624	31 324	+	22,2	+	47,6	11 891	14 715	17 172	+	16,7	+	44,4	21
6 659	8 063	9 648	+	19,7	+	44,9	7 453	9 121	11 231	+	23,1	+	50,7	6 756	7 936	9 135	+	15,1	+	35,2	22
3 872	4 648	5 409	+	16,4	+	39,7	4 756	6 141	6 505	+	5,9	+	36,8	1 836	2 348	2 814	+	19,8	+	53,3	23
3 102	3 857	4 542	+	17,8	+	46,4	3 570	4 464	4 678	+	4,8	+	31,0	856	1 117	1 404	+	25,7	+	64,0	24
229	206	249	+	20,9	+	8,7	731	1 140	1 274	+	11,8	+	74,3	628	830	993	+	19,6	+	58,1	25
541	585	618	+	5,6	+	14,2	455	537	553	+	3,0	+	21,5	353	402	418	+	4,0	+	18,4	26
4 433	5 757	6 909	+	20,0	+	55,9	5 428	7 038	8 518	+	21,0	+	56,9	4 209	4 932	5 685	+	15,3	+	35,1	27
2 647	3 533	4 419	+	25,1	+	66,9	3 275	4 118	5 029	+	22,1	+	53,6	2 234	2 827	3 350	+	18,5	+	50,0	28
575	790	846	+	7,1	+	47,1	826	1 197	1 365	+	14,0	+	65,3	788	882	983	+	11,5	+	24,7	29
1 211	1 435	1 644	+	14,6	+	35,8	1 327	1 723	2 124	+	23,3	+	60,1	1 187	1 222	1 352	+	10,6	+	13,9	30
4 820	5 777	7 064	+	22,3	+	46,6	5 276	6 177	7 673	+	24,2	+	45,4	4 559	5 540	6 546	+	18,2	+	43,6	31
1 793	1 699	2 016	+	18,7	+	12,4	4 687	4 784	6 934	+	44,9	+	47,9	179	298	330	+	10,7	+	84,4	32
734	583	803	+	37,3	+	9,4	2 520	2 625	4 121	+	57,0	+	63,5	19	33	47	+	42,4	+	147,4	33
1 235	1 818	2 574	+	41,6	+	108,4	316	415	551	+	32,8	+	74,4	640	1 051	1 155	+	9,9	+	80,5	34
482	615	732	+	19,0	+	51,9	758	1 069	1 142	+	6,8	+	50,7	467	546	641	+	17,4	+	37,3	35
30 955	37 525	43 712	+	16,5	+	41,2	34 094	42 951	51 664	+	20,3	+	51,5	26 330	30 706	35 014	+	14,0	+	33,0	36

Arbeitnehmern⁴⁾ und mehr

49 403	58 442	67 690	+	15,8	+	37,0	48 284	57 475	66 566	+	15,8	+	37,9	43 399	53 573	62 246	+	16,2	+	43,4	37
24 208	28 487	33 123	+	16,3	+	36,8	26 198	29 696	34 055	+	14,7	+	30,0	24 341	28 909	32 666	+	13,0	+	34,2	38
25 195	29 955	34 567	+	15,4	+	37,2	22 086	27 779	32 511	+	17,0	+	47,2	19 058	24 665	29 581	+	19,9	+	55,2	39
7 923	9 587	11 078	+	15,6	+	39,8	8 375	10 221	11 506	+	12,6	+	37,4	8 278	10 210	11 427	+	11,9	+	38,0	40
6 421	7 339	8 375	+	14,1	+	30,4	5 541	6 656	7 832	+	17,7	+	41,3	3 902	5 115	5 950	+	16,3	+	52,5	41
5 553	6 425	7 424	+	15,5	+	33,7	4 248	4 710	5 426	+	15,2	+	27,7	2 389	3 118	3 737	+	19,9	+	56,4	42
303	361	401	+	11,1	+	32,3	711	1 337	1 827	+	36,6	+	157,0	1 075	1 455	1 678	+	15,3	+	56,1	43
564	553	550	—	0,5	—	2,5	582	608	579	—	4,8	—	0,5	438	542	535	—	1,3	+	22,1	44
5 799	7 573	8 335	+	10,1	+	43,7	6 361	7 691	8 558	+	11,3	+	34,5	5 986	7 775	8 348	+	7,4	+	39,5	45
3 073	4 145	4 825	+	16,4	+	57,0	3 478	4 207	4 854	+	15,4	+	39,6	3 119	4 233	4 833	+	14,2	+	55,0	46
1 382	1 647	1 561	—	5,2	+	13,0	1 328	1 647	1 524	—	7,5	+	14,8	1 586	1 844	1 733	—	6,0	+	9,3	47
1 344	1 781	1 950	+	9,5	+	45,1	1 555	1 837	2 181	+	18,7	+	40,3	1 281	1 698	1 781	+	4,9	+	39,0	48
5 188	6 175	7 527	+	21,9	+	45,1	5 481	6 670	7 735	+	16,0	+	41,1	5 370	6 631	7 867	+	18,6	+	46,5	49
5 545	5 538	6 349	+	14,6	+	14,5	3 143	4 184	5 483	+	31,0	+	74,5	2 110	2 818	4 300	+	52,6	+	103,8	50
2 907	2 374	2 566	+	8,1	—	11,7	1 250	1 721	2 557	+	48,6	+	104,6	1 052	1 341	2 302	+	71,7	+	118,8	51
987	1 404	1 809	+	28,8	+	83,3	584	1 048	1 221	+	16,5	+	109,1	571	729	938	+	28,7	+	64,3	52
1 255	1 925	2 172	+	12,8	+	73,1	975	1 530	1 682	+	9,9	+	72,5	1 119	1 597	2 177	+	36,3	+	94,5	53
36 427	43 399	49 833	+	14,8	+	36,8	38 101	44 043	50 444	+	14,5	+	32,4	34 229	41 799	46 964	+	12,4	+	37,2	54

6) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen — 7) Zahlungen, die im allgemeinen nicht laufend bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung geleistet werden — 8) Differenz der Pensionsrückstellungen nach Paragraph 6a EStG am 31. 12. und 1. 1. des jeweiligen Erhebungsjahres — 9) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Erzeugnisse des			Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)		
				Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter				
1984 D	119,2	116,4	116,0	118,0	115,5	114,5	114,8	116,8	115,4	141,0
1985 D	121,8	118,7	118,3	120,9	118,4	117,4	114,2	120,1	118,5	146,1
1986 D	118,2	115,2	114,9	106,1	121,1	118,6	113,4	123,4	110,6	141,8
1985 Okt.	121,9	118,6	118,2	119,7	119,0	118,0	113,9	120,9	118,5	147,9
Nov.	121,9	118,5	118,2	119,6	119,0	117,9	113,7	120,9	118,9	148,0
Dez.	121,5	118,1	117,7	117,8	119,2	117,8	113,8	121,2	117,3	147,9
1986 Febr.	120,6	117,1	116,7	113,2	120,0	118,3	114,0	122,0	113,9	147,8
März	120,1	116,5	116,1	110,9	120,2	118,4	114,0	122,3	112,1	148,0
April	119,4	116,1	115,6	108,9	120,7	118,5	113,9	122,8	111,6	145,1
Mai	118,6	115,3	115,0	106,5	120,9	118,6	114,0	123,0	110,4	144,6
Juni	118,5	115,1	114,8	105,6	121,1	118,7	114,2	123,4	110,2	144,7
Juli	117,7	114,3	114,0	102,8	121,4	118,7	113,8	123,7	108,2	144,0
Aug.	117,5	114,2	113,9	102,6	121,6	118,8	112,9	124,0	108,9	143,0
Sept.	117,5	114,3	114,0	102,9	121,8	118,7	112,9	124,2	109,5	142,3
Okt.	116,2	114,0	113,7	101,8	121,9	118,9	112,7	124,4	108,7	133,0
Nov.	115,9	113,9	113,6	101,6	121,9	118,9	112,4	124,5	108,8	130,9
Dez.	115,7	113,8	113,5	101,1	121,9	118,9	112,3	124,5	108,7	130,7

Jahr Monat	Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)		Mineralölerzeugnisse		Sterne und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter elektrischer Strom	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- werke ⁴⁾		
1984 D	129,5	131,7	127,7	124,5	131,9	117,7	115,3	114,7	114,0	117,8
1985 D	132,8	133,9	129,4	127,8	133,7	119,9	119,9	118,9	110,9	122,3
1986 D	137,1	127,9	130,6	82,0	67,1	121,5	115,4	113,9	92,1	125,2
1985 Okt.	134,9	132,6	129,8	123,7	125,2	120,4	120,1	118,8	103,8	122,8
Nov.	134,9	132,6	129,8	125,2	128,8	120,4	119,9	118,4	101,8	122,6
Dez.	134,9	132,7	129,8	118,8	116,0	120,4	120,8	119,4	99,1	122,7
1986 Febr.	135,4	132,8	130,6	102,2	93,8	120,7	119,9	118,4	96,0	124,1
März	135,7	132,8	130,6	94,4	89,2	121,1	119,3	117,7	95,4	124,6
April	135,7	132,8	130,6	88,4	83,1	121,4	118,9	117,4	95,1	125,2
Mai	135,7	127,0	130,6	81,0	65,6	121,6	118,4	116,8	94,4	125,5
Juni	136,7	127,0	130,6	78,9	58,6	121,6	116,4	114,5	94,6	126,0
Juli	138,3	125,2	130,6	70,1	44,8	121,7	114,2	112,8	91,8	125,7
Aug.	138,3	125,2	130,6	71,2	52,1	121,7	113,3	111,8	89,7	125,8
Sept.	138,4	125,4	130,6	73,1	54,6	121,7	113,0	111,6	89,6	125,7
Okt.	138,5	124,6	130,7	70,6 _r	51,7	122,0	111,7	110,7	88,0	125,7
Nov.	138,5	124,4 _r	130,7	71,4	54,1	121,8	110,0	109,0	86,6	125,9
Dez.	138,6	124,8	130,7	70,7	53,0	121,9	108,6	107,5	85,5	125,5

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)				
	darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	zusammen	darunter Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			
							gewerbl	Arbeitsmaschinen	Kraft-	Land-
1984 D	118,1	114,0	114,2	119,1	119,5	118,0	118,5	116,9	117,8	119,9
1985 D	123,6	117,9	119,1	121,0	120,9	122,0	123,0	120,1	120,0	123,2
1986 D	129,1	119,0	118,5	124,4	124,5	126,2	127,6	123,3	124,0	126,6
1985 Okt.	124,7	118,9	120,4	122,0	122,1	123,1	124,1	120,7	121,3	124,5
Nov.	124,7	119,1	120,3	122,2	122,3	123,2	124,3	121,1	121,3	124,6
Dez.	125,0	119,0	120,4	122,1	122,2	123,3	124,4	121,2	121,4	124,8
1986 Febr.	127,0	119,1	120,0	122,7	122,6	124,5	125,8	121,9	122,3	125,4
März	128,1	119,0	119,5	123,0	122,8	124,8	126,1	122,3	122,3	125,7
April	128,9	119,0	119,1	123,6	123,5	125,6	127,0	122,7	124,1	126,1
Mai	129,3	119,2	119,0	123,9	123,7	126,0	127,5	123,3	124,1	126,2
Juni	129,9	119,1	118,7	124,5	124,6	126,3	127,9	123,8	124,8	126,6
Juli	129,8	119,4	118,7	124,9	125,0	126,7	128,2	123,9	124,8	126,8
Aug.	130,0	119,4	118,6	125,2	125,4	126,9	128,4	124,0	124,8	126,9
Sept.	129,9	119,3	118,2	125,3	125,5	127,0	128,6	124,1	124,8	127,3
Okt.	130,2	118,9	117,5	125,6	125,9	127,2	128,8	123,9	124,8	127,3
Nov.	130,6	118,3	116,3	125,8	125,9	127,3	128,9	124,1	124,8	127,8
Dez.	130,3	118,1	115,4	125,7	126,0	127,3	128,9	124,1	124,8	127,8

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.a.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen; Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter feinme- chanische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Kraft- räder ⁵⁾	Teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1984 D	117,5	117,3	117,8	120,3	111,4	112,5	115,2	117,1	113,2	118,1	102,2
1985 D	121,4	121,8	120,5	126,4	113,0	114,9	118,6	119,2	115,6	121,6	103,2
1986 D	125,3	126,3	123,4	128,1	114,1	117,5	122,0	121,0	116,8	114,6	100,6
1985 Okt.	122,1	122,7	121,0	126,5	113,1	115,6	119,3	119,8	115,8	121,8	102,6
Nov.	122,1	122,7	121,0	126,7	113,0	115,5	119,1	119,8	115,7	121,0	102,0
Dez.	122,9	123,9	121,1	126,7	113,0	115,8	119,1	120,0	115,2	120,5	102,4
1986 Febr.	124,0	124,6	122,9	127,8	113,4	116,8	121,0	120,2	116,3	119,3	101,1
Marz	124,3	124,9	123,3	127,8	113,6	116,8	121,0	120,3	116,5	118,5	100,8
April	124,7	125,3	123,6	127,8	114,0	117,1	121,5	120,8	116,3	116,4	100,7
Mai	124,7	125,3	123,7	127,8	114,1	117,3	122,0	120,9	116,3	114,7	100,2
Juni	124,9	125,5	123,7	127,8	114,2	117,4	122,2	121,1	116,5	114,0	100,4
Juli	125,1	125,9	123,6	127,8	114,4	117,7	122,5	121,4	116,3	113,2	100,4
Aug.	125,8	127,0	123,6	127,8	114,3	117,9	122,5	121,3	116,7	112,8	100,8
Sept.	126,5	127,9	123,7	128,7	114,3	118,2	122,6	121,4	117,5	112,2	100,6
Okt.	126,6	128,0	123,7	128,7	114,3	118,3	123,1	121,4	118,0	111,5	100,5
Nov.	126,6	128,1	123,7	128,9	114,4	118,2	122,8	121,5	117,7	111,3	100,2
Dez.	126,6	128,1	123,7	128,9	114,4	118,0	122,9	121,5	117,6	111,3	100,1

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas- und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holz- schliff, ⁶⁾ Zellstoff, Papier und Pappe	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1984 D	116,7	109,5	94,9	117,5	115,8	116,0	112,8	109,7	118,5	124,4
1985 D	120,2	110,3	94,0	120,4	121,0	120,5	117,6	110,8	123,2	128,4
1986 D	123,0	110,3	94,8	123,9	116,3	120,1	120,0	110,9	124,8	127,1
1985 Okt.	121,2	110,3	94,1	121,3	119,7	120,4	118,4	111,7	124,5	128,8
Nov.	121,2	110,5	93,9	121,4	118,9	120,3	118,4	111,3	124,7	128,6
Dez.	121,2	110,5	94,1	121,4	118,0	120,2	118,2	111,0	124,9	128,7
1986 Febr.	122,0	110,1	94,5	122,8	117,6	120,2	118,9	111,5	124,8	127,7
März	122,1	109,9	94,4	123,1	117,5	120,4	119,0	111,4	124,7	127,7
April	122,5	110,0	94,8	123,5	117,8	120,2	119,1	111,0	124,8	127,5
Mai	122,9	110,2	94,9	123,8	117,2	120,1	119,7	110,8	124,8	127,3
Juni	123,3	110,1	95,0	124,0	117,0	120,1	120,4	110,9	124,8	127,1
Juli	123,6	110,0	95,1	124,2	116,7	120,2	120,4	110,6	124,7	127,0
Aug.	123,5	110,2	95,0	124,2	115,7	120,1	120,5	110,8	124,8	126,9
Sept.	123,6	110,2	95,0	124,4	115,4	120,0	120,3	110,6	124,8	126,9
Okt.	123,6	110,7	94,9	124,5	114,9	120,1	120,9	110,7	125,0	126,8
Nov.	123,8	110,7	94,6	124,6	114,5	120,3	121,0	110,4	125,0	126,6
Dez.	123,8	110,6	94,7	124,8	114,2	120,2	121,0	110,4	125,0	125,8

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes				Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schälmühlen- erzeugnisse	Milch, Butter und Käse	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse		
1984 D	113,9	113,7	116,2	115,9	113,5	106,0	108,9	110,7	128,5	117,8
1985 D	117,5	117,6	118,9	118,5	112,7	99,5	107,1	110,5	130,0	119,9
1986 D	119,8	120,1	118,3	120,8	111,5	96,8	106,5	108,7	133,7	122,0
1985 Okt.	118,1	118,4	119,2	119,2	112,1	97,3	107,5	110,5	132,9	120,4
Nov.	118,4	118,8	119,1	119,3	111,9	97,1	107,4	110,2	133,0	120,4
Dez.	118,4	118,7	118,8	119,4	112,0	97,6	107,4	110,4	132,9	120,5
1986 Febr.	118,7	118,8	118,9	119,9	112,2	98,4	107,2	109,5	132,9	120,9
März	118,8	118,9	118,8	120,2	112,2	98,0	107,0	109,2	132,9	121,1
April	119,5	119,8	118,8	120,4	112,1	97,8	106,8	108,7	132,9	121,3
Mai	119,7	120,0	118,8	120,6	112,1	97,9	106,8	108,8	134,0	122,2
Juni	119,7	119,9	118,6	120,7	112,3	97,8	106,5	109,1	134,2	122,4
Juli	120,2	120,6	118,3	121,0	111,9	96,2	106,3	109,3	134,2	122,4
Aug.	120,2	120,6	118,0	121,2	110,9	95,1	106,2	108,9	134,2	122,5
Sept.	120,2	120,7	117,8	121,4	110,9	95,7	106,1	108,6	134,2	122,5
Okt.	120,5	121,0	117,6	121,4	110,7	95,1	105,9	108,1	134,2	122,4
Nov.	120,5	121,0	117,6	121,4	110,4	95,4	105,8	107,0	134,1	122,4
Dez.	120,6	121,1	117,6	121,4	110,3	95,4	105,9	106,9	134,2	122,7

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2.

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter — 3) In den Preisindizes für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt — 4) Ohne Ferrolegierungswerke. — 5) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotoren sowie Verbrennungsmotoren für Kraftfahrzeuge — 6) Ohne Preisrepräsentanten für Holzschliff

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾									
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

Alle privaten Haushalte¹⁾

1984 D	118,4	118,4	116,0	115,7	122,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8
1985 D	121,0	121,0	116,9	118,4	126,8	123,9	133,4	117,7	119,7	123,2	116,2	125,7
1986 D	120,7	120,8	117,6	120,6	123,4	126,4	116,4	119,1	121,5	118,3	117,8	130,1
1985 Nov.	121,3	121,8	116,1	119,7	127,8	124,8	134,5	118,5	120,3	123,6	116,3	126,4
Dez.	121,4	121,7	116,4	119,7	127,2	125,0	132,3	118,4	120,4	123,6	116,8	127,0
1986 Jan.	121,6	121,7	117,1	119,8	126,5	125,3	129,2	118,5	120,9	122,5	117,9	129,3
Febr.	121,3	121,3	117,7	120,1	125,6	125,6	125,7	118,8	121,1	120,2	118,1	129,5
März	121,0	121,0	117,7	120,2	125,4	125,8	124,4	118,9	121,2	118,1	118,1	129,7
April	120,9	120,8	118,2	120,3	124,9	126,0	122,3	119,0	121,3	117,3	118,1	129,7
Mai	120,9	120,7	118,5	120,5	123,9	126,1	118,6	118,9	121,3	117,5	118,1	129,9
Juni	121,1	120,9	118,9	120,5	123,2	126,3	116,0	119,0	121,4	118,9	117,9	130,6
Juli	120,5	120,5	118,4	120,6	122,1	126,6	112,0	119,1	121,5	117,9	117,3	130,6
Aug.	120,2	120,5	117,2	120,7	122,6	126,8	113,1	119,2	121,5	117,2	117,1	130,4
Sept.	120,4	120,7	117,0	121,0	122,5	126,9	112,4	119,3	121,8	118,3	117,2	130,4
Okt.	120,0	120,3	116,7	121,2	121,4	127,0	108,4	119,4	121,9	117,3	117,9	130,4
Nov.	119,9	120,3	116,5	121,3	121,3	127,2	107,8	119,6	122,0	117,0	117,9	130,4
Dez.	120,1	120,4	116,8	121,3	121,1	127,3	107,0	119,6	122,1	117,3	118,4	130,6

4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höheren Einkommen²⁾

1984 D	118,7	118,8	115,7	115,9	122,2	119,5	129,9	116,5	116,9	120,3	115,6	123,7
1985 D	121,5	121,6	116,6	118,7	126,2	123,2	134,8	118,4	118,7	123,3	117,7	129,0
1986 D	121,4	121,5	117,2	121,0	122,9	125,6	115,2	119,8	120,6	117,7	119,5	133,5
1985 Nov.	121,9	122,3	115,7	120,0	127,1	124,1	135,9	119,1	119,3	123,5	117,9	129,7
Dez.	122,0	122,2	116,0	120,1	126,6	124,2	133,5	119,0	119,4	123,5	118,4	130,3
1986 Jan.	122,3	122,3	116,9	120,2	125,9	124,5	130,1	119,2	120,0	122,3	119,2	132,7
Febr.	122,1	122,0	117,6	120,5	125,2	124,8	126,3	119,5	120,2	119,8	119,5	132,9
März	121,7	121,7	117,6	120,6	124,9	125,0	124,6	119,6	120,3	117,4	119,5	133,0
April	121,6	121,5	118,1	120,7	124,4	125,1	122,3	119,7	120,4	116,7	119,6	133,0
Mai	121,6	121,5	118,3	120,9	123,5	125,3	118,2	119,6	120,4	116,9	119,7	133,2
Juni	121,8	121,7	118,5	120,9	122,8	125,5	115,0	119,7	120,5	118,5	119,5	134,0
Juli	121,4	121,4	118,1	120,9	121,8	125,7	110,5	119,8	120,5	117,5	119,1	134,0
Aug.	121,0	121,3	116,8	121,1	122,1	125,9	111,4	119,9	120,6	116,6	119,0	133,8
Sept.	121,2	121,5	116,5	121,4	122,0	126,0	110,4	120,0	120,8	117,7	119,1	133,8
Okt.	120,8	121,2	116,2	121,6	120,8	126,1	105,6	120,1	120,9	116,6	119,6	133,8
Nov.	120,7	121,1	116,0	121,7	120,7	126,3	104,6	120,3	121,0	116,3	119,7	133,8
Dez.	120,9	121,2	116,3	121,8	120,5	126,4	103,5	120,3	121,0	116,6	120,1	134,0

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen³⁾

1984 D	118,4	118,3	115,7	116,3	123,1	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8
1985 D	120,9	121,0	116,6	119,1	127,3	124,2	135,0	117,7	123,3	122,3	117,7	125,1
1986 D	120,7	120,8	117,1	121,5	124,7	126,7	119,6	119,1	124,7	116,3	119,4	130,3
1985 Nov.	121,3	121,7	115,8	120,5	128,3	125,1	136,1	118,4	123,8	122,5	117,9	126,0
Dez.	121,4	121,7	116,1	120,5	127,9	125,3	134,4	118,3	123,9	122,4	118,3	126,9
1986 Jan.	121,6	121,7	116,9	120,6	127,3	125,6	131,8	118,4	124,1	121,2	119,1	129,3
Febr.	121,4	121,3	117,5	120,9	126,7	125,9	128,8	118,7	124,3	118,7	119,5	129,5
März	121,0	121,0	117,4	121,0	126,5	126,1	127,5	118,8	124,4	116,0	119,5	129,8
April	121,0	120,8	117,9	121,2	126,0	126,2	125,5	118,9	124,6	115,1	119,5	129,7
Mai	120,9	120,8	118,1	121,4	125,2	126,4	122,2	118,9	124,6	115,4	119,6	129,8
Juni	121,2	121,0	118,4	121,4	124,7	126,6	119,8	119,0	124,7	117,0	119,4	130,8
Juli	120,7	120,6	117,9	121,4	123,8	126,8	116,2	119,1	124,8	115,9	119,0	130,8
Aug.	120,3	120,6	116,7	121,6	124,1	127,0	116,7	119,2	124,8	115,1	118,9	130,7
Sept.	120,4	120,7	116,5	121,9	124,0	127,2	115,8	119,3	124,9	116,3	119,0	130,6
Okt.	120,0	120,4	116,2	122,1	122,7	127,3	111,2	119,4	125,0	115,1	119,5	130,6
Nov.	119,9	120,3	116,0	122,2	122,5	127,4	110,1	119,6	125,1	114,8	119,6	130,6
Dez.	120,0	120,3	116,2	122,3	122,3	127,6	109,0	119,6	125,2	115,1	120,0	130,9

Fußnoten siehe folgende Seite

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾									
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern⁴⁾

1984 D	118,7	118,7	115,4	115,5	123,4	120,8	130,1	115,7	126,8	117,5	117,1	116,8
1985 D	121,1	121,2	116,1	118,3	127,7	125,0	134,7	177,5	128,4	119,0	119,7	120,0
1986 D	121,4	121,6	116,3	120,4	127,2	127,6	126,0	119,2	129,9	115,7	122,1	123,8
1985 Nov.	121,0	121,9	114,4	119,5	128,8	126,0	136,0	118,4	128,9	119,0	119,7	120,7
Dez.	121,3	121,9	114,9	119,5	128,7	126,1	135,2	118,3	129,0	118,9	120,7	121,4
1986 Jan.	121,7	121,9	116,0	119,6	128,6	126,4	134,2	118,5	129,3	118,4	122,5	122,6
Febr.	121,9	121,9	116,8	119,9	128,4	126,7	132,6	118,7	129,5	117,1	122,7	122,8
März	121,8	121,9	116,7	120,0	128,4	127,0	131,9	118,8	129,6	115,7	122,4	123,1
April	121,9	121,8	117,4	120,2	128,0	127,1	130,2	118,9	129,7	115,2	122,4	123,1
Mai	122,0	121,7	117,8	120,3	127,6	127,3	128,2	119,0	129,8	115,5	122,7	123,3
Juni	122,2	121,8	118,3	120,3	127,3	127,5	126,9	119,2	129,9	116,3	122,3	124,5
Juli	121,7	121,6	117,6	120,3	126,9	127,7	124,7	119,2	129,9	115,4	121,3	124,5
Aug.	121,0	121,5	115,6	120,4	127,0	127,9	124,5	119,4	130,0	114,8	120,8	124,4
Sept.	120,9	121,6	115,2	120,8	126,9	128,1	123,7	119,5	130,1	115,4	120,9	124,4
Okt.	120,5	121,2	114,7	121,0	125,8	128,2	119,7	119,7	130,3	114,8	122,0	124,4
Nov.	120,3	121,1	114,3	121,1	125,5	128,3	118,3	120,0	130,4	114,5	122,1	124,4
Dez.	120,5	121,1	114,7	121,2	125,4	128,5	117,3	120,0	130,4	114,9	123,0	124,6

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1984 D	117,0	.	115,0	116,2	122,2	121,0	125,6	115,9	116,5	128,6	119,7	116,4
1985 D	118,5	.	114,7	119,0	126,5	125,3	129,9	117,8	118,2	130,0	121,8	119,3
1986 D	118,9	.	114,6	121,5	123,5	128,0	110,0	119,2	120,2	132,5	124,1	121,9
1985 Nov.	117,9	.	112,2	120,4	127,6	126,3	131,2	118,4	119,0	129,7	122,7	120,5
Dez.	118,1	.	112,8	120,5	126,9	126,5	128,2	118,3	119,2	129,7	122,5	120,9
1986 Jan.	118,7	.	114,2	120,6	126,1	126,8	124,0	118,5	119,4	131,2	122,7	121,2
Febr.	119,1	.	115,0	120,9	125,3	127,1	119,7	118,7	119,6	132,0	123,2	121,4
März	119,0	.	114,7	121,1	125,1	127,4	118,2	118,9	119,8	132,6	123,5	121,5
April	119,5	.	115,8	121,2	124,7	127,6	116,0	119,0	119,9	132,7	123,7	121,8
Mai	119,8	.	116,8	121,3	123,6	127,8	111,4	119,1	120,0	132,9	123,9	121,9
Juni	120,2	.	117,8	121,4	122,9	127,9	108,0	119,2	120,1	132,9	124,0	122,0
Juli	119,3	.	116,1	121,4	121,9	128,2	103,3	119,3	120,3	132,5	124,1	122,1
Aug.	118,4	.	113,9	121,5	122,6	128,4	105,4	119,3	120,4	132,5	124,6	122,1
Sept.	118,3	.	113,4	121,9	122,7	128,6	105,5	119,5	120,4	132,5	124,6	122,2
Okt.	118,0	.	112,8	122,0	122,1	128,7	102,6	119,6	120,7	133,0	124,7	122,4
Nov.	117,8	.	112,3	122,2	122,3	128,8	103,0	119,8	120,8	132,0	124,9	122,3
Dez.	118,1	.	112,8	122,2	122,4	129,0	102,8	119,8	120,9	133,1	124,8	122,4

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 665 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1980 — 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 4 148 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1980. — 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 575 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1980 — 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 192 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1980 — 5) Bedarfsstruktur 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr, Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke — 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte — Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes — 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck) — 8) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfleisch, und Blumen. — 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaues, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt

Preisindizes für Bauwerke¹⁾
Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)
1980 = 100

Jahr Monat	Neubau								
	Wohngebäude				Büro- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude		
	insgesamt	Einfamilien -	Mehrfamilien -	Gemischt- genutzte -			insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau
			Gebäude						
1984 D	114,0	113,4	114,3	114,3	115,8	113,8	115,7	115,0	116,3
1985 D	114,5	113,8	114,8	115,0	116,8	114,3	116,5	115,9	117,2
1986 D	116,2	115,4	116,6	116,8	118,9	115,9	118,9	117,9	119,9
1983 Aug.	112,3	111,8	112,5	112,6	113,7	112,2	114,0	113,2	114,9
Nov.	112,5	111,9	112,7	112,8	114,1	112,4	114,3	113,6	115,1
1984 Mai	114,2	113,6	114,5	114,5	115,9	114,0	116,0	115,4	116,6
Aug.	114,4	113,8	114,7	114,7	116,2	114,2	116,0	115,4	116,6
Nov.	114,2	113,6	114,5	114,5	116,1	114,0	115,7	115,2	116,2
1985 Febr.	114,2	113,6	114,4	114,5	116,3	114,0	115,8	115,3	116,4
Mai	114,2	113,5	114,5	114,7	116,5	113,9	116,2	115,5	116,8
Aug.	114,8	114,0	115,1	115,3	117,1	114,5	116,9	116,2	117,6
Nov.	114,9	114,1	115,3	115,5	117,3	114,7	117,2	116,4	118,0
1986 Febr.	115,2	114,4	115,6	115,8	117,8	114,9	117,6	116,9	118,4
Mai	116,1	115,2	116,4	116,6	118,6	115,7	118,5	117,7	119,4
Aug.	116,7	115,8	117,0	117,3	119,3	116,3	119,5	118,4	120,6
Nov.	116,9	116,0	117,3	117,5	119,7	116,6	119,9	118,7	121,1

Jahr Monat	Neubau						Instandhaltung von Wohngebäuden			
	Straßenbau			Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Staudämme	Ein- familiengebäude mit Schönheitsreparaturen	Mehr- familiengebäude ohne Schönheitsreparaturen		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
	insgesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- und Landes- straßen							
1984 D	100,8	100,9	100,8	108,4	102,5	101,1	119,2	118,7	119,0	118,0
1985 D	102,6	102,5	102,8	108,7	102,9	101,5	121,5	120,9	121,1	119,9
1986 D	104,8	104,6	104,9	110,8	105,4	103,8	124,0	123,4	123,4	122,8
1983 Aug.	100,0	100,1	99,9	107,9	101,7	100,6	116,8	116,4	116,5	116,1
Nov.	99,9	99,9	99,8	107,9	101,6	100,4	117,0	116,5	116,7	115,9
1984 Mai	100,8	100,9	100,7	108,8	102,7	101,3	119,2	118,7	119,0	118,1
Aug.	101,2	101,2	101,2	108,7	102,8	101,4	119,9	119,5	119,7	119,0
Nov.	101,3	101,3	101,3	108,3	102,7	101,1	120,2	119,6	119,9	118,9
1985 Febr.	101,6	101,5	101,7	108,0	102,3	100,9	120,5	119,9	120,3	118,7
Mai	102,4	102,2	102,6	108,3	102,6	101,2	121,1	120,5	120,8	119,4
Aug.	103,0	102,8	103,2	109,1	103,2	101,8	122,0	121,4	121,6	120,7
Nov.	103,5	103,3	103,7	109,2	103,5	102,2	122,2	121,6	121,8	120,8
1986 Febr.	104,2	103,9	104,4	109,6	104,3	102,7	122,9	122,2	122,4	121,4
Mai	104,8	104,7	105,0	110,6	105,4	103,7	123,7	123,0	123,1	122,5
Aug.	105,0	104,9	105,0	111,3	105,7	104,3	124,5	123,9	123,9	123,6
Nov.	105,0	104,9	105,0	111,5	106,0	104,3	124,9	124,3	124,3	123,8

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4.
1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Kaufwerte für Bauland

Jahr 1) Vierteljahr	Baulandarten insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland			Sonstiges Bauland ²⁾		
	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²
1983	73 172	76 402	88,52	55 860	47 303	119,91	8 251	14 248	46,07	9 061	14 851	29,29
1984	66 245	68 501	87,72	49 247	41 125	121,95	6 960	11 893	45,09	10 038	15 483	29,56
1985	62 382	75 815	78,69	48 957	41 146	116,09	5 747	12 641	39,94	7 678	22 028	31,08
1985 2. Vj	14 644	16 987	78,85	11 533	9 316	112,27	1 319	2 582	44,21	1 792	5 088	35,24
3. Vj	13 603	16 521	72,48	10 572	8 932	108,06	1 341	2 816	38,23	1 690	4 773	26,12
4. Vj	15 052	17 615	81,26	11 599	9 760	120,65	1 504	2 753	40,19	1 949	5 102	28,07
1986 1. Vj	12 694	14 307	84,40	9 986	8 252	121,37	1 186	2 211	49,56	1 522	3 843	25,08
2. Vj	15 079	16 037	83,26	12 120	9 527	118,02	1 315	2 221	40,75	1 644	4 290	28,06

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 5
1) Jahresergebnis mit Nachmeldungen — 2) Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen